



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

**„All the things that I struggle, everyday“ –
Fragmente migrantischer Widerstände in Los Angeles
zwischen Alltag und Selbstorganisation**

Verfasserin

Mag. phil. Dina Gianni

angestrebter akademischer Grad

Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 300

Dissertationsgebiet lt.
Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

Ich möchte allen, die diese Dissertation ermöglicht haben, meinen Dank aussprechen. Vor allem danke ich meinen InterviewpartnerInnen für ihre Zeit und das Vertrauen, das sie mir entgegengebracht haben. Ganz besonders danke ich auch Eva Kreisky für die Betreuung dieser Arbeit und ihre große Unterstützung.

Schließlich gilt mein tiefer Dank meinem Mann Christian. Ohne seinen Zuspruch, seinen Rückhalt und sein Vertrauen hätte ich diese Forschungsarbeit nicht gewagt.

Caminante, no hay puentes, se hace puentes al andar

Reisende, Brücken existieren nicht, man errichtet sie, während man geht

(Gloria Anzaldúa)ⁱ

ⁱ Anzaldúa 1983.

Inhaltsverzeichnis

I. METHODISCHER RAHMEN UND THEORETISCHE EINORDNUNG

1. Einleitung	9
1.1. Fragestellungen und Zielsetzung	9
1.2. Aufbau	13
2. Methodische Vorgehensweise	15
2.1. Die Interviews	15
2.1.1. Eduardo, Esteban, Isaura, Jeff, Junghee, Liz, Neidi, Olivia, Saoul – meine InterviewpartnerInnen	16
2.1.2. Mein Aufenthalt im Feld	19
2.1.3 Oszillationen zwischen Theorie und Empirie	24
2.2. Übriges Datenmaterial	26
3. Migration und Widerstand	28
3.1. Migration theoretisieren	28
3.1.1. Neuere Entwicklungen in der Migrationsforschung	28
3.1.2. Autonomie versus Eigen-Sinnigkeit der Migration	33
3.1.3. Zum Begriff des Migrationsregimes	36
3.2. Machttheoretische Überlegungen	38
3.2.1. Macht und Herrschaft	38
3.2.2. Neoliberale Gouvernementalität	42
3.2.3. Widerstand	46
3.3. Rassismus und Migration	54
3.3.1. Rassismus: einige begriffliche Klärungen	54
3.3.2. Aufenthaltsstatus als Strukturkategorie	59
4. Undokumentiert-Sein – Begründung der Begriffswahl	62

II. EMPIRISCHE VERORTUNGEN

5. Migrationsregime in den USA: historische und aktuelle Bezüge	67
5.1. Von <i>Jim Crow</i> zum Schutz der Heimat: „Secure Our Borders Now!“	68
5.2. Aushandlungsräume: Regelungen der Einreise und des Aufenthalts	79
5.2.1. Von der imaginären zur gesicherten Grenze	79
5.2.2. Die Institutionalisierung einer <i>Regierung</i> der Migration	85

5.2.3. Die Re-Organisation des Migrationsregimes nach 9/11	94
5.2.4. SB1070 in Arizona.....	107
5.3. Konditionen und Produktivität des Migrationsregimes der Gegenwart	110
5.3.1. Absicherung der andauernden Illegalität.....	110
5.3.2. <i>Deportabilität</i> als Regulativ.....	115
5.3.3. Die Kommodifizierung undokumentierter Anwesenheit.....	119
5.4. Zusammenfassung.....	125
6. Schauplatz Los Angeles	127
6.1. Die Bevölkerung ohne Papiere: eine Skizze	127
6.2. Los Angeles als Disziplinarraum	132
6.3. Die Kämpfe der Migration in Los Angeles.....	139
6.3.1. Das <i>Immigrants Rights Movement</i>	139
6.3.2. Die <i>Mega Marches</i> 2006	143
 III. FELDBEWEGUNGEN: WIDERSTÄNDE „DESTILLIEREN“	
7. Darstellung der Ergebnisse	153
8. Fragmente migrantischer Widerstände in drei Motiven.....	154
8.1. Ent-Grenzungen.....	154
8.1.1. De-Skandalisierung als widerständiges Sprechen	154
8.1.2. Visionierungen utopischer Orte	166
8.1.3. Immaterielle Grenzen überschreiten	174
8.2. Eigen-Sinnige Subjektkonstitutionen	186
8.2.1. Transkodierung als Interventionstaktik.....	186
8.2.2. Furchtlos-Sein	198
8.3. Widerstand organisieren	211
8.3.1. <i>Grassroots Community Organizing</i> als Handlungsmöglichkeit	211
8.3.2. Undokumentierte Jugendliche organisieren sich.....	226
9. Schluss: All the things that I struggle, everyday.....	244
10. Epilog.....	252
11. Quellenverzeichnis	255
12. Anhang	284

I. METHODISCHER RAHMEN UND THEORETISCHE EINORDNUNG

1. Einleitung

1.1. Fragestellungen und Zielsetzung

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit liegt in der Widerständigkeit undokumentierter (illegalisierter) MigrantInnen, die am Beispiel Los Angeles exemplarisch untersucht wird.

Die Idee zu dem Thema entwickelte sich während eines längeren USA-Aufenthalts im Jahr 2007, in dessen Rahmen ich trotz vielfältiger Überlegungen zu einer Dissertation immer wieder zu der Praxis undokumentierter MigrantInnen zurückgekehrt bin. Das wachsende Interesse an dem Thema verstärkte sich durch den Kontakt mit MigrantInnen und ersten Einblicken in ihre Geschichten.

Die Idee, dazu eine Dissertation zu schreiben, war weniger von einer mangelnden Aufarbeitung des Themas motiviert, sondern vielmehr von der Art der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, die mich oft verstörte, da sie gänzlich von meinen empirischen Beobachtungen abwich.

Geprägt war der Forschungsprozess daher von der Skepsis gegenüber einer Migrationsforschung, die nationale wie kulturalisierte Differenzen argumentiert und MigrantInnen als Opfer ihrer Verhältnisse hinterlässt.

Doch auch romantisierende und essentialisierende Darstellungen von MigrantInnen als revolutionäre HeldInnen, die sich den Mächten ihrer Kontrolle entziehen, standen bald in Konkurrenz zu meinen Eindrücken und Erfahrungen.

Entgegen diesen antagonistischen Perspektiven erhielt der Untersuchungsgegenstand eine ganz eigentümliche Dynamik. Denn es hat sich gezeigt, dass die Handlungsfähigkeit der Menschen zwar in bestimmten Bereichen beschränkt, aber weder prinzipiell verunmöglicht noch automatisch immer genutzt wird.

Im Gegensatz zu europäischen Ländern, wie etwa Frankreich oder Italien, wo illegalisierte Migrationen eine vergleichsweise neue Entwicklung darstellen, ist die organisierte Integration undokumentierter migrantischer Anwesenheit in den USA seit vielen Jahrzehnten Realität.

Eine große Zahl der geschätzten 11 bis 20 Millionen Menschen in den USA, die über keine Aufenthaltspapiere verfügen, können sich ein Leben an einem anderen Ort wahrscheinlich nicht mehr vorstellen. Häufig ist ein großer Teil der Familie ebenfalls

migriert oder nach der Ankunft wurde eine Familie gegründet. Der jeweilige Ort wurde zu ihrem Lebensmittelpunkt und Zuhause.

In Los Angeles, wo beinahe jede zweite EinwohnerIn außerhalb der USA geboren wurde und jede zehnte keine Aufenthaltspapiere besitzt, spitzt sich diese Situation zu.

Denn undokumentierte MigrantInnen bewegen sich in repressiven Räumen. Die Bestreitung des Rechts, sich dort aufzuhalten, wo man möchte, wo Familie und Freunde sind, bedrängt alle Bereiche des Lebens: die Arbeitssituation, die Wohnungssituation, die Ausbildung, die Planung der Zukunft, für sich und die Angehörigen.

Für bestimmte Menschen sind die Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten restriktiv. Mit einem mexikanischen Pass gibt es faktisch nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit, eine Aufenthaltsbewilligung für die USA zu erhalten.

Die Anwesenheit von Millionen von Menschen ohne Recht auf Aufenthalt wird dabei staatlich begünstigt. Während sich der Druck zur Migration durch Freihandelsabkommen wie NAFTA (North American Free Trade Agreement) und die Neoliberalisierung vieler Herkunftsökonomien für immer mehr Menschen immer mehr erhöht, sind die Möglichkeiten zur Legalisierung des Aufenthalts in den USA selektiv.

Obwohl die Menschen bereits eine Grenze passiert haben, sehen sie sich im Inneren mit neuen Grenzziehungen konfrontiert. Das Titelzitat meines Interviewpartners Saoul – „All the things that I struggle, everyday“ – zeigt meiner Einschätzung nach an, dass tägliche Kämpfe unweigerlich an eine undokumentierte Existenz in den USA gekoppelt sind.

Undokumentiert zu sein bedeutet nicht nur die permanente Angst vor der Abschiebung, sondern auch eine fundamentale Einschränkung von Möglichkeiten im Alltag: nicht Auto fahren dürfen, den Lohn nicht einfordern können, nur unter erschwerten Bedingungen studieren können, jederzeit taxiert und gefilzt werden, sich immer in Gefahr begeben müssen.

Ungleichheiten werden für undokumentierte MigrantInnen besonders im Alltag spürbar und erfahrbar, weshalb gerade in den Alltagskontexten kontinuierlich widerständige Handlungen erprobt werden. Mit einem Fokus auf die Praktiken „im Kleinen“ sollen jedoch keineswegs die Ungleichheiten auf der Makroebene zugedeckt oder verschwiegen werden, vielmehr denke ich, dass diese insbesondere von unten wirken und Reibung daher auch dort stattfindet.

Ebenso wie die oft wenig sichtbaren Praktiken des Alltags haben mich die Formen organisierter Widerständigkeit interessiert. Die vielfachen Konfliktlinien, die die Bewegungen durchziehen, stehen auch hier in Kontrast zu einer romantisierten migrantischen Subjektivität und eröffneten Widersprüche und Kontroversen. Daher haben mich insbesondere die kritischen Stimmen in den Widerstandsbewegungen interessiert, die davon zeugen, dass Machtasymmetrien auch in den Bewegungen selbst eingelagert

sind.

Auch den Menschen, die sich täglich unter entrechteten Bedingungen behaupten, aber nicht organisiert politisch tätig sind, wollte ich Raum in meiner Arbeit geben. Auf ihnen lastet der Druck, alleine eine Familie ernähren zu müssen oder das Studium noch schnell vor der drohenden Abschiebung zu beenden, weshalb kaum Raum für anderes vorhanden ist. Gerade diese alltäglichen Geschichten des Widerstands werden innerhalb eines eng gefassten Verständnisses von politischer Aktivität oft ausgeblendet und sind daher besonders spärlich dokumentiert.

Das Forschungsinteresse meiner Arbeit liegt deshalb in den Kämpfen des Alltags, aber auch in den Kämpfen der Menschen, deren Stimme innerhalb von Widerstandsbewegungen wenig gehört wird.

Ausgehend von diesen Überlegungen habe ich auf folgende Forschungsfragen fokussiert:

- Auf welche Weise artikulieren sich undokumentierte MigrantInnen in Los Angeles widerständig?
- Wie wirken sie auf Machtverhältnisse ein?
- In welchen Kontexten realisieren sie widerständiges Handeln?
- Wodurch werden Handlungsspielräume eröffnet, wodurch werden sie begrenzt?

Von Beginn an war klar, dass ich mich diesen Fragen nur durch Gespräche mit den Menschen selbst nähern konnte.

In den Interviews mit Eduardo, Esteban, Isaura, Jeff, Junghee, Liz, Neidi, Olivia und Saoul erfuhr ich von vielen „verschütteten“ widerständigen Geschichten.

Einige meiner InterviewpartnerInnen haben fast die Hälfte ihres Lebens in den USA verbracht, manche sogar mehr. Einen großen Raum in ihren Schilderungen nahmen daher die Bedingungen ihres Aufenthalts ein sowie ihre Bemühungen, diese individuell oder kollektiv zu verändern. Doch auch die undokumentierte Einreise präsentierten sie als einen wichtigen Moment in ihrer Biografie.

Die Untersuchung bewegt sich jenseits der Pfade der etablierten Migrationstheorien, die für die Analyse der undokumentierten Migration in den USA (und nicht nur in den USA) mehrheitlich die Vorlage bilden. Im Gegensatz dazu betrachte ich die etablierte Migrationsforschung an sich als Problem und habe versucht, Möglichkeiten und Begrenzungen von Handlungsspielräumen im Kontext von Rassismus und Sexismus aufzuspüren.

Dementsprechend sind weder der normative Charakter „illegaler“ Migration noch

Strategien zu deren Verhinderung interessant, sondern die Praxis der MigrantInnen, die versuchen, einen emanzipativen Umgang mit ihrer Position zu realisieren.

Auch wenn dabei dem Faktum ihrer Ausbeutung Rechnung getragen werden muss, kann diese meiner Ansicht nach nicht mit ihrer Viktimisierung gleichgesetzt werden. Vielmehr versuche ich, ihre Handlungen zu kontextualisieren und eine materialistische Kritik zu formulieren, die erklären kann, warum Machtverschiebungen so schwierig sind und wie sie aber gleichzeitig schon passieren.

Forschung und Theorieentwicklung verstehe ich als Instrumente politischer Praxis, weil sie Ansatzpunkte für verändernde gesellschaftliche Praktiken aufzeigen.

Die Anwendung alternativer Wissensproduktionen war im Kontext dieser Untersuchung zentral, da sie halfen, diese Praktiken erklärbar zu machen. Gleichzeitig konnten neue Wissensobjekte geschaffen und bestehende Diskurse somit hinterfragt bzw. erweitert werden.

Forschung kritisch anzuwenden bedeutet für mich, Normalität zu dekonstruieren, Rassismus und Geschlechterverhältnisse zu benennen, Forschung unter Umständen selbst als Teil der Problemstellung zu betrachten, die eigene Verstricktheit in Machtverhältnisse zu reflektieren und Kämpfe offenzulegen.

Ich habe in dieser Arbeit zu zeigen versucht, dass die Kämpfe meiner InterviewpartnerInnen aus einer flüchtigen Perspektive nicht immer sichtbar sind, aber dass sie dessen ungeachtet offensiv und kraftvoll existieren.

Die in den Ergebnissen dargestellten Widerstandsgeschichten sind Fragmente. Sie beziehen sich auf die spezifischen Biografien der Erzählenden und lassen daher die ganze Bandbreite migrantischer Widerstände nur erahnen.

1.2. Aufbau

Die Dissertation geht der Frage nach, wie sich undokumentierte MigrantInnen in Los Angeles widerständig artikulieren.

Die forschungsleitende Fragestellung gibt auch die Perspektive dieser Arbeit vor: Diese liegt in der Subjektivität undokumentierter MigrantInnen und ihren alltagsweltlichen Erlebnissen und Erfahrungen. Durch diesen Blickwinkel werden die Menschen und ihre Handlungen selbst zum Forschungsgegenstand. Die Datengewinnung erfolgte deshalb vor allem durch Interviews mit den handelnden Personen.

Im folgenden Kapitel (vgl. Kapitel 2) gehe ich vertieft auf die Methodik der Interviews und meine Erfahrungen im Feld ein. Über den Bestand der selbsterhobenen Daten sowie die allgemeine Quellenlage zum Thema gebe ich ebenfalls im Rahmen des Methodikkapitels Auskunft.

Der nächste Abschnitt dient der theoretischen Einordnung der Arbeit (vgl. Kapitel 3). Ein Überblick über den Stand der Forschung zu Migration dient mir zunächst als Ausgangspunkt, um den gewählten theoretischen Ansatz zu begründen. Geleitet haben mich in der theoretischen Auseinandersetzung überdies macht- und staatstheoretische Reflexionen sowie Ansätze zu einer Kritischen Rassismusforschung. Danach hielt ich es für wesentlich, die Begriffsverwendung der „undokumentierten MigrantIn“ zu begründen (vgl. Kapitel 4).

In Kapitel 5 erfolgt eine empirische Verortung des Forschungsgegenstandes. Brüche und Kontinuitäten im Migrationsregime der USA werden herausgearbeitet, um zu klären, wo heute historisch formierte und re-organisierte Unterdrückungsmechanismen erkannt werden können. Ein Blick auf die Konditionen des Migrationsregimes der Gegenwart soll Aufschluss darüber geben, wie subjektives Handeln heute im Kontext von Zwängen und Ambivalenzen realisiert wird.

Die Spezifika des Untersuchungsfeldes Los Angeles sind Gegenstand des Folgekapitels (vgl. Kapitel 6). Hier haben mich neben den demografischen Besonderheiten und der spezifischen Kontrollarchitektur vor allem die AkteurInnen und Konflikte der Widerstandsbewegung(en) interessiert, die zentral sind für das Verständnis der Interviewberichte.

Abschnitt III (vgl. Kapitel 7 und 8) dieser Arbeit widmet sich den Erzählungen meiner InterviewpartnerInnen und stellt das Kernstück der Untersuchung dar. Ich habe versucht, die vorausgehenden Überlegungen und die entwickelten Annahmen produktiv in die Auseinandersetzung mit den Interviewberichten einfließen zu lassen. Mit Hilfe der Erzählenden unternehme ich hier die eigentliche Annäherung an die Hauptforschungsfrage, indem ich einige Fragmente migrantischer Widerstände aus ihren Berichten „destilliere“.

Die Schlussbetrachtungen (vgl. Kapitel 9) sind der abschließenden Reflexion der Ergebnisse gewidmet.

Im Epilog schließlich skizziere ich einige Ereignisse, die zwar erst unmittelbar nach Ende des Untersuchungszeitraums anzusiedeln sind, aber meines Erachtens einer Erwähnung bedürfen (vgl. Kapitel 10).

2. Methodische Vorgehensweise

2.1. Die Interviews

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit liegt in der Handlungsfähigkeit und den Praktiken der MigrantInnen.¹ Ein adäquates methodisches Verfahren muss daher bei den Menschen und ihren Handlungen ansetzen.

In diesem Sinne kommen die ProtagonistInnen dieser Arbeit selbst zu Wort. Mit ihrer Hilfe sollen weitgehend unsichtbare Verhältnisse und Subjekte problematisiert und Kategorien vermeintlicher Normalität aufgebrochen werden.

Eduardo, Esteban, Isaura, Jeff, Junghee, Liz, Neidi, Olivia und Saoul sprechen über ihre Erfahrungen in und abseits politischer Bewegungen: ihre Widerständigkeit in den kleinen, alltäglichen Handlungskontexten, aber auch über die Hintergründe ihrer Selbstorganisation, die ebenfalls wenig dokumentiert ist. Hier waren die Interviews unverzichtbar. Sie waren ein Mittel, den Menschen Raum zu geben, ihren Kampf selbst zu bestimmen.

Neben Gemeinsamkeiten haben die Erzählenden vor allem auch ihre Unterschiede sichtbar gemacht. Während sich einige von ihnen als politische AktivistInnen beschreiben und innerhalb von Bewegungen Veränderung bewirken wollen, sind andere nicht organisiert politisch tätig, was sie freilich nicht daran hindert, die Kontexte, in denen sie leben, kritisch zu reflektieren.

Weil die Interviews das Kernmaterial bilden, geben sie auch den Untersuchungszeitraum vor.

In vielen Fällen beginnen die Schilderungen mit der undokumentierten Reise und setzen sich fort bis zur Gegenwart. Weil die täglichen Kämpfe² ein zentraler Gegenstand der Gespräche waren, fokussieren die Interviews zu einem Großteil auf die Bedingungen und Konfliktfelder der Gegenwart.³ Isaura und Junghee kamen bereits gegen Ende der 1980er Jahre in die USA, weshalb ihre Berichte teilweise in dieser Zeitspanne anzusiedeln sind. Der Untersuchungszeitraum deckt daher die Periode der späteren 1980er Jahre bis zum ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends ab. Mit dem Abschluss der Feldforschung im Mai 2010 endet der Erhebungs- und Untersuchungszeitraum.

¹ Gegenstand der Untersuchung sind *undokumentierte* MigrantInnen, also jene, die über keine gültigen Aufenthaltspapiere verfügen. Sofern aus dem Kontext ersichtlich ist, dass von undokumentierten MigrantInnen die Rede ist, führe ich das Adjektiv nicht immer an. Gleiches gilt auch für die Bezeichnung *migrantisch* oder *Migrationen*. So sind etwa mit migrantischen Widerständen im Rahmen dieser Arbeit die Praktiken undokumentierter MigrantInnen gemeint. Zu der Begriffsverwendung *undokumentiert* vgl. Kapitel 4.

² In Anschluss an Foucault verwende ich die Begriffe Widerstand/Widerstände und Kämpfe in dieser Arbeit synonym (vgl. z.B. Foucault 2005a: 244).

Meine InterviewpartnerInnen betrachte ich als ExpertInnen, weil sie über ihre Beteiligung an für die Untersuchung relevanten Prozessen über ExpertInnenwissen verfügen (vgl. Gläser, Laudel 2009: 11). Da ich mit den Interviews wenig Sichtbares sichtbar machen wollte, interessierte ich mich besonders für die Positionen, die jenseits eines etablierten Leaderships migrantischer Organisation zu finden waren und dort, wo die Kämpfe außerhalb politischer Bewegungen stattfinden.

Die Erzählenden sprechen in den Interviews über ihre Wünsche, Pläne und über zurückliegende Erlebnisse, sie artikulieren unterschiedliche Standpunkte und denken laut über mögliche Widerstandsstrategien nach.

2.1.1. Eduardo, Esteban, Isaura, Jeff, Junghee, Liz, Neidi, Olivia, Saoul – meine InterviewpartnerInnen

Im Folgenden skizziere ich zunächst die Biografien von Eduardo, Esteban, Isaura, Jeff, Junghee, Liz, Neidi, Olivia und Saoul. Im nächsten Kapitel gehe ich dann knapp auf die jeweilige Interviewsituation ein und beschreibe, wie der Erstkontakt zustande kam.

Einige meiner InterviewpartnerInnen äußerten den Wunsch, nicht mit ihrem vollen Namen zu erscheinen, andere nannten ihn gleich zu Beginn des Interviews. Um keinen Unterschied zwischen meinen InterviewpartnerInnen zu machen, beziehe ich mich auf sie alle ausschließlich mit ihren Vornamen. Dies wird auch unserem persönlichen Umgang miteinander gerecht.

Eduardo ist 28 Jahre alt⁴ und kam im Jahr 2000 mittels Touristenvisum aus Oaxaca, Mexiko, in die USA. Freunde halfen ihm bei der ansonsten nicht einfachen Visumsbeschaffung. Zum Zeitpunkt unseres Interviews studierte er am Los Angeles City College, war arbeitslos und wurde von seiner Mutter unterstützt, die in Beverly Hills als Köchin arbeitet. Eduardo lebt seit zehn Jahren undokumentiert in L.A. und ist politisch aktiv. Er engagiert sich in unterschiedlichen Formen der Selbstorganisation, unter anderem bei *Cop Watch L.A.*⁵ und *MigraWatch*⁶. Beide Organisationen schützen migrantische Viertel vor behördlicher Brutalität und Diskriminierung durch Patrouillen und unterstützen MigrantInnen durch rechtliche Beratung.

³ Die Interviews wurden im Zeitraum von März bis April 2010 geführt.

⁴ Die Altersangaben beziehen sich auf den Zeitpunkt der Interviews.

⁵ Vgl. *Cop Watch L.A.* <http://www.copwatchla.org/> (10.05.2010).

⁶ Vgl. *MigraWatch* <http://www.migrawatch.org/> (10.05.2010).

Esteban kam im Jahr 1997 wie Eduardo aus Oaxaca, Mexiko. Seine Familie verlor durch die Umstrukturierung der Landwirtschaft infolge von NAFTA ihr Grundstück. Esteban ist ebenfalls 28 Jahre alt und mit Eduardo befreundet. Im Unterschied zu ihm kam er jedoch nicht mittels Visum, sondern überquerte mit erst 15 Jahren heimlich die Grenze. Auch Esteban studierte am Los Angeles City College und stand zum Zeitpunkt unseres Interviews kurz vor seinem Abschluss. Im Jahr 2008 wurde er von den Einwanderungsbehörden aufgegriffen, woraufhin ein Asylverfahren eröffnet wurde. Er hoffte daher, sein Studium noch vor der wahrscheinlichen Abschiebung beenden zu können.

Isaura kam undokumentiert in den 1980er Jahren als Teenager in die USA. Sie wurde in Mexiko geboren, lebte aber mit ihrer Familie zwischenzeitlich auch in El Salvador, wo sie durch die politische Aktivität ihrer Eltern mit der dortigen Guerilla in Berührung kam. Nach ihrer Ankunft in den USA arbeitete sie in verschiedenen *Sweatshops*⁷ in L.A. Ende der 1990er Jahre heiratete sie und erhielt dadurch eine Aufenthaltsgenehmigung. Isauras Beispiel zeigt, dass der Aufenthaltsstatus trotz aller damit verbundenen Hindernisse und Schwierigkeiten keine starre Kategorie, sondern veränderbar ist. Ihre Schilderungen zeugen auch von den grundlegenden Unterschieden zwischen einer undokumentierten und einer legalisierten Anwesenheit. Isaura arbeitet heute für die *Comision de la Mujer*, eine Außenstelle der in El Salvador regierenden FMLN (*Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional*). Im Rahmen der *Mega Marches 2006* organisierte sie den zentralamerikanischen Zusammenschluss „Frente Continental“.

Jeff ist 26 Jahre alt und Student an der University of California, Los Angeles. Er kam im Alter von zehn Jahren mit seiner Mutter aus Südkorea mittels Touristenvisa in die USA, nach deren Ablauf wurden beide undokumentiert. Jeff ist in unterschiedlichen Formen der Selbstorganisation aktiv, insbesondere in der politischen Arbeit zur Verabschiedung des *DREAM Act*.⁸ Er engagiert sich bei den Organisationen *Alliance of Korean-American Students in Action*, zusammen mit meiner Interviewpartnerin Liz bei *DREAM Team L.A.* sowie beim *National Korean American Service & Education Consortium* (NAKASEC) ebenfalls in L.A.

Junghee kam Ende der 1980er Jahre wie Jeff mit ihren Eltern mittels Touristenvisa aus Südkorea in die USA. Sie ist vor allem in der Organisation undokumentierter

⁷ Bezeichnung für Fabriken oder Manufakturen, die Arbeitsrechte unterlaufen und Niedriglöhne bezahlen. In den USA sind damit oft die *Maquiladoras* der Großkonzerne gemeint, die häufig undokumentierte migrantische ArbeiterInnen beschäftigen.

⁸ Gesetzesvorschlag zur Legalisierung undokumentierter Jugendlicher (vgl. 8.3.2.).

ArbeiterInnen aktiv. Außerdem ist sie im Rahmen von NAKASEC in der Bildungsberatung für undokumentierte MigrantInnen beschäftigt. Junghee ist von allen meinen InterviewpartnerInnen am längsten undokumentiert, und zwar seit etwa 20 Jahren.

Liz ist 25 Jahre alt und kam als Vierzehnjährige mit ihren Eltern in die USA. Wie Eduardo und Esteban wurde sie in Oaxaca, Mexiko, geboren. Sie hat ihren Bachelor an der California State University of Northridge absolviert, wo sie zusammen mit anderen undokumentierten StudentInnen die Unterstützungsgruppe *Dreams To Be Heard* gegründet hat. Liz begann sich bereits mit 17 Jahren in unterschiedlichen Zusammenhängen politisch zu engagieren und war vor drei Jahren auch Mitbegründerin von *DREAM Team L.A.* Im Mai 2010 hat Liz zusammen mit drei weiteren undokumentierten Jugendlichen in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion das Büro von Senator John McCain in Tucson besetzt, um für die Verabschiedung des *DREAM Act* zu mobilisieren. Sie befindet sich deshalb zur Zeit der Fertigstellung dieser Arbeit in einem Abschiebeverfahren (vgl. Epilog).

Neidi ist 22 Jahre alt und kam im Alter von neun Jahren mit ihrer Mutter und ihrer Schwester aus Cuernavaca, Morelos, im südlicheren Mexiko mit falschen Papieren in die USA. Die Familie flüchtete vor der Gewalt des Vaters. Neidi ist seit ihrem zwölften Lebensjahr politisch aktiv, nicht zuletzt durch den Einfluss ihrer Mutter. 2008 schloss Neidi ihr Studium an der University of California, Santa Cruz, ab. Wie Liz hatte sie an ihrer Universität eine Unterstützungsgruppe für undokumentierte StudentInnen mitbegründet. Zusammen mit Jeff und Liz ist sie auch aktiv bei *DREAM Team L.A.* Neidi will Anwältin werden und ihr Leben ganz den migrantischen Kämpfen widmen.

Olivia ist Mitte zwanzig und arbeitet als Aktivistin bei NAKASEC. Sie ist die einzige meiner InterviewpartnerInnen, über deren Aufenthaltsstatus ich nicht sicher bin. Olivia hat das Interview mit Jeff und Junghee ermöglicht und nahm dann spontan selbst daran teil. Also führten wir das Interview eben zu dritt. Diese Zusammensetzung war zwar nicht geplant, aber ich bin der Meinung, dass Forschung sich nach der Wirklichkeit richten sollte und nicht umgekehrt. So entstand ein einstündiges, für meine Arbeit überaus aufschlussreiches Gruppeninterview. Manches im Gespräch lässt darauf schließen, dass Olivia undokumentiert ist, einiges spricht dagegen. Olivia steht in dieser Untersuchung gewissermaßen für die Ungewissheit des Aufenthaltsstatus, die in L.A. so sehr den Alltag abbildet.

Saoul ist etwa Mitte dreißig und überquerte als Siebzehnjähriger Anfang der 1990er Jahre

illegal die Grenze. Nachdem er 1994 abgeschoben wurde, kam er kurz darauf erneut illegal in die USA. Vor etwa zehn Jahren lernte er seine ebenfalls undokumentierte Partnerin kennen, mit der er mittlerweile eine fünfjährige Tochter hat. Weil sie in den USA zur Welt kam, ist seine Tochter US-Staatsbürgerin. Saoul arbeitet als Elektriker und Computerprogrammierer in privaten Haushalten.

2.1.2. Mein Aufenthalt im Feld

Maureen Maisha Eggers (2007: 246) hat dafür plädiert, „die symbolisch immer wieder rekonstruierte[...] Grenze zwischen *theoretischem* Wissen und *Erfahrungswissen*“ zu überwinden. Sie erkennt in diesen Grenzziehungen einen hegemonialen Nutzen, der darin liegt, dass nur „objektiv“ konstruiertes Wissen autorisiert wird.

Dieses erlebte Wissen stellte eine wichtige Ressource für diese Arbeit dar. Sowohl meine Erfahrungen als auch meine Irritationen im Feld sind daher in die Erkenntnisgewinnung eingeflossen.

Ich verbrachte zwei Aufenthalte in Los Angeles, die der Recherche für diese Arbeit gewidmet waren. Die erste Forschungsreise führte mich im Mai 2009 für etwa einen Monat nach L.A., die zweite im Frühjahr 2010 für drei Monate.

Schon im Vorfeld meines ersten Aufenthalts konnte ich erste Kontakte herstellen, die damals noch auf die unterschiedlichen *pro migrant-Organisationen*⁹ fokussierten. Auf die in L.A. zahlreich vertretenen und sehr heterogenen Formen migrantischer Organisation und der *advocacy* wird häufig kollektiv als *Immigrant Rights Movement* Bezug genommen (vgl. 6.3.1.). Die Bedeutung der Bezeichnung hängt dabei von der Perspektive ab. Selbstorganisierte Bewegungen mit sehr knappen finanziellen Ressourcen fühlen sich darin oft nicht repräsentiert, während größere, geförderte Organisationen und Einzelpersonen diesen Titel häufig für sich beanspruchen. Diese Konflikte wurden im Rahmen meines ersten Aufenthalts schon ansatzweise spürbar.

Die bereits vorhandenen Kontakte erwiesen sich als überaus hilfreich bei der Planung meines zweiten, längeren Forschungsaufenthalts, in dessen Rahmen ich die Interviews führte. Eine meiner hilfreichsten Kontaktpersonen war William Torres, einer der Organisatoren der *Mega Marches* von 2006 (vgl. 6.3.2.) und der jährlichen *MayDay*-Demonstrationen. Er ermöglichte mir die Teilnahme an Pressekonferenzen, strategischen Treffen und berichtete mir oft über interessante Geschehnisse hinter den Kulissen.

⁹ Mit *pro migrant-Organisationen* beziehe ich mich auf Organisationen der *Fürsprache* für MigrantInnen, die ich von den Formen der migrantischen *Selbstorganisation* unterscheide (vgl.

Außerdem war William während meines gesamten Aufenthalts ein verlässlicher Freund. Die ersten Interviews führte ich mit Javier Rodriguez, Juan José Gutierrez und Gloria Saucedo. Alle drei verfügen über legale Aufenthaltstitel und haben ihre politischen Wurzeln in der Chicano-Bewegung von L.A. Javier Rodriguez ist Journalist, Juan José Gutierrez Anwalt für Einwanderungsrecht und Gloria Saucedo ist Direktorin der Organisation *Hermanidad Mexicana Nacional*.¹⁰ Javier und Juan José sind beide Personen mit großem Geltungsdrang, die um die Schlüsselrolle bei den *Mega Marches* 2006 konkurrierten. Das Interview mit Gloria war zwar atmosphärisch angenehmer, aber auch ihre Erzählungen hinterließen bei mir den Eindruck einer paternalistischen Form der Fürsprache.

Nicht nur zahlreiche informelle Gespräche, sondern auch meine InterviewpartnerInnen bestätigten später diese Wahrnehmung (vgl. 8.3.).

Mehr denn je wollte ich daher mit den Menschen reden, die Undokumentiert-Sein täglich erfahren und daher für sich selbst sprechen. Dabei wollte ich keinesfalls nach dem Aufenthaltstitel fragen und dadurch bloßstellend oder verletzend sein. Ich wollte meinen InterviewpartnerInnen auch an keiner Stelle das Gefühl geben, ich würde sie oder ihre Geschichten zugunsten eines „journalistischen“ Interesses ausnützen. Alle meine InterviewpartnerInnen gehen offen mit ihrem Status um und setzen ihn teilweise auch in ihren Kämpfen ein. Liz, Jeff und Neidi sind mit ihren Geschichten sogar an die Öffentlichkeit gegangen (vgl. Epilog).

William ermöglichte zunächst den Kontakt zu seinem Freund Saoul. Ich habe Saoul mehrmals in größerem Rahmen getroffen, das Interview führten wir bei unserem dritten Treffen in einem mexikanischen Lokal in East L.A.

Neidis Name wurde von mehreren Leuten genannt, zum ersten Mal persönlich getroffen habe ich sie bei einer Versammlung der *Southern California Immigration Coalition* (SCIC), die ich mit William besuchte. Dort vereinbarten Neidi und ich ein gemeinsames Mittagessen in der darauffolgenden Woche. Das Interview lief ziemlich komprimiert ab, da Neidi im Anschluss einen Termin hatte. Dennoch war ich der Meinung, dass das Gespräch mit ihr viele Fragen beantworten konnte.

Der Kontakt zu Eduardo und Liz lief über eine dritte Person, die ich wiederum über William kennengelernt hatte. Eduardos und mein Apartment lagen nur etwa zwei Blocks voneinander entfernt, das Interview führten wir in einer ruhigen Ecke eines Cafés in der Umgebung von Koreatown.

6.3.1.).

¹⁰ *Hermanidad Mexicana Nacional* bietet in unterschiedlichen Büros in L.A. Rechtsberatung für undokumentierte MigrantInnen an. Vgl. die Website: <http://www.lahermandadmexicananacional.com/> (18.02.2011).

Liz kam bei unserem ersten Treffen beträchtlich zu spät (was, wie ich später merken sollte, sehr oft der Fall war). Wir hatten uns an einem für L.A. ungewöhnlich kalten Abend in einem Coffeeshop verabredet, wo wir dann auch das Interview durchführten. Anschließend brachte mich Liz mit dem Auto nach Hause und wir setzten unser Gespräch auf der Heimfahrt fort. Diese Autofahrt ist eine meiner lustigsten und interessantesten Erinnerungen an L.A.

Olivia traf ich das erste Mal im Büro von NAKASEC in Koreatown. Ich hatte einen Termin mit ihr vereinbart, um ihr von meinem Forschungsprojekt zu erzählen. Olivia zeigte sich sehr interessiert und empfahl mir, mit zwei Freunden von ihr zu sprechen, die ebenfalls bei NAKASEC arbeiteten, Jeff und Junghee. Zufällig stellte sich im Nachhinein heraus, dass Jeff und Liz miteinander befreundet sind und gemeinsam bei *DREAM Team L.A.* arbeiten.

Olivia und ich vereinbarten einen zweiten Termin, an dem auch Jeff und Junghee anwesend sein sollten, um zusammen ein Gruppeninterview zu führen. Bei diesem Treffen äußerte Olivia den Wunsch, auch daran teilzunehmen, also wurde es ein Interview zu dritt. Weil Junghee im Interview beinahe ausschließlich koreanisch sprach, übersetzten Jeff und Olivia.

Der Kontakt zu Isaura kam über Yuisa zustande, die ich wiederum wie Neidi im Rahmen einer Pressekonferenz des *Immigrant Rights Movement* kennengelernt hatte. Yuisa ist aktiv bei der Organisation *Radical Women*, einem Mix aus feministischem Lesezirkel und aktivistischer Vereinigung. Yuisa empfahl mir das Gespräch mit Isaura, die ich dann auch per E-Mail kontaktierte. Wir trafen uns wenige Tage später in einem Lokal in Downtown L.A.

Ich habe die Interviews bewusst sehr offen geführt, weil ich nicht suggestiv sein und die Themen so wenig wie möglich selbst vorgeben wollte. Die Gespräche haben deshalb oft biografisch-narrativen Charakter mit wenig Unterbrechung von meiner Seite, um den Erzählfluss nicht zu stören. Das Ziel der Interviews bestand darin, Unsichtbares sichtbar zu machen. Deshalb war es mir wichtig, bei meinen GesprächspartnerInnen einen Erzählfluss anzuregen. Es ging mir nicht darum, mich an einem Interviewleitfaden festzuklammern, sondern meine GesprächspartnerInnen in der Darstellung ihrer Geschichten, Meinungen und Interpretationen zu unterstützen (Breuer 2009: 64). Meine Vorgehensweise bei den Gesprächen war davon bestimmt, Interesse, Aufgeschlossenheit und Sensibilität für sie und ihre Erfahrungen zu zeigen. Ich machte deshalb bereits im Vorfeld klar, dass unsere Treffen keinen formalen, einengenden Charakter haben sollten, sondern meine InterviewpartnerInnen in ihrem Erzählstil frei sein sollten.

Ich unternahm auch nicht den Versuch, mich in einer Forscherrolle zu verkapseln, um den

Gesprächsverlauf nicht zu „stören“ oder zu beeinflussen. Ich war ja Teil des Gesprächs und beeinflusste es, so wie es auch mich beeinflusste (ebd.). Wichtig war daher nicht, meine Rolle unsichtbar zu machen, sondern sie kritisch zu reflektieren und im Sinne der Erkenntnisgewinnung zu nutzen (ebd.).

Meine InterviewpartnerInnen und ich trafen uns unter teilweise sehr unterschiedlichen Voraussetzungen. Auch wenn meine Lebenssituation in Österreich als prekär bezeichnet werden kann (geringfügiges Einkommen, Lukrierung von Stipendien usw.), ist nicht jeder Aspekt meines Lebens permanent in Gefahr, wie dies bei einem undokumentierten Aufenthaltsstatus der Fall ist. Ich bin im Besitz eines EU-Passes, der mir gewissermaßen mein Recht auf Mobilität über Staatsgrenzen hinweg sichert.

Eduardo, Esteban, Jeff, Junghee, Liz, Neidi, (Olivia) und Saoul haben dieses Recht nicht. Ihre Mobilität in der Welt ist in sehr vehementer Weise beschnitten. Nur weil ich die Möglichkeit hatte, zu ihnen zu kommen, konnte ich sie überhaupt treffen.

In einer E-Mail hat mir Neidi geschrieben: „I know you'll be back or one day I'll be able to travel like the birds and visit you in Europe!“ (Neidi 2010). Meine Möglichkeit und ihre Unmöglichkeit waren nicht immer, aber doch oft präsent und fühlbar.

Neidis Worte in der E-Mail machen deutlich, dass wir unterschiedliche Positionen innerhalb von Machtverhältnissen einnehmen. Auch wenn ich diese Positionen kritisiere, bin ich ein Teil von ihnen, denn ich nutze ja z.B. meine Reisefreiheit. Und obwohl ich denke, dass es nicht in allen Fällen möglich ist, eine präzise Linie zwischen den rassistisch diskriminierten und den nicht rassistisch diskriminierten Personen zu ziehen, kann ich doch eindeutig behaupten, dass der Rassismus, den etwa Neidi im Alltag erfährt, ungleich intensiver und verletzender ist als der Rassismus, mit dem auch ich schon konfrontiert war.

Die Reflexion meiner Subjektposition hat mich von Beginn dieser Forschungsarbeit an beschäftigt. Allerdings dauerte es lange, bis ich mir selbst eingestehen konnte, dass dieser selbstreflexive Prozess nie abgeschlossen sein kann.

Im Forschungsfeld und in der Auseinandersetzung mit meinen InterviewpartnerInnen wurde meine Position natürlich akut und je akuter sie wurde, desto häufiger irritierte sie mich auch. Die Geschichten, die ich hörte, haben mich oft tief bewegt. Aber durfte/sollte ich diese Bewegung auch zeigen? Oder war es nicht eher sehr unangebracht, den Eindruck entstehen zu lassen, ich beanspruchte für mich die gleichen Gefühle wie etwa meine InterviewpartnerInnen, deren Lebenssituation sich doch so fundamental von meiner unterscheidet? Ich erinnere mich an einige Situationen, in denen ich innerlich abwog, wie viel Empathie von meiner Seite wohl zulässig sei, ohne bemitleidend zu erscheinen.

Eske Wollrad hat in ihrer antirassistischen Arbeit eine Annahme formuliert, die mir im

Nachhinein betrachtet viel Aufschluss über meine eigene Wahrnehmung und Position während meines Aufenthalts in L.A. geliefert hat (vgl. Wollrad 2007). Sie spricht davon, dass Rassismus *alle* Menschen auf unterschiedliche Weise betrifft. Während Schwarze Menschen Verletzungen erfahren, hat Rassismus für Weiße den Verlust von Würde zur Folge, nicht nur wenn sie ihn ausüben, sondern auch wenn sie ihn geschehen lassen (vgl. ebd.: 39). Einer Trennung von Betroffenen und Nicht-Betroffenen wird durch die Allgegenwart von Rassismus die Grundlage entzogen (ebd.), es kommt niemand ungeschoren davon (ebd.: 53). Wollrad geht davon aus, dass schmerzliche Erfahrungen, die auch Weiße durch Rassismus machen, im Rahmen „kollektiver gewaltvoller Zurichtungen“ (ebd.) überschrieben werden, um den Mythos der Nicht-Betroffenheit von Weißen aufrechtzuerhalten. „Rassismus war für mich etwas, das immer da stattfand, wo ich nicht war, und das Leuten widerfuhr, die ich nicht kannte“ (ebd.: 45).

Zurück zu meiner Zwickmühle: Ich ging zunächst davon aus, dass eine offen gezeigte Betroffenheit von meiner Seite völlig fehl am Platze sei. Innerlich gingen mir verschiedene Erzählungen und Ereignisse oft nahe, doch ich bemühte mich, meine Bewegung zumindest herunterzuspielen. Als Neidi im Interview erzählte, dass sie sich radikale Schritte in ihrer politischen Arbeit vorstellen kann, die möglicherweise auch zu ihrer Abschiebung führen, hatte sie für einen kurzen Moment Tränen in den Augen. Ich erinnere mich, wie auch ich einen Kloß im Hals verspürte und ich alle Kraft aufwendete, um ihn zu kontrollieren. Ich fürchtete nicht nur eine platte Mitleidsbekundung, sondern hatte auch das Gefühl, das es mir angesichts meiner privilegierten Position einfach nicht zustehe, so die Fassung zu verlieren.

Rückblickend denke ich in Bezug auf Wollrads These, dass das Verhalten, das ich von mir selbst erwartete, bereits ein Bestandteil hegemonial rassistischer Diskurse ist. Denn hätte ich auch geweint, wäre ich auch *betroffen* gewesen und hätte meine Verstrickung nicht geleugnet. Die Befürchtung einer völlig unpassenden Grenzüberschreitung mag begründet sein. Dennoch betrachte ich die De-Thematisierung meiner eigenen Gefühle als Ausdruck einer hegemonialen strategischen Vermittlung des Nicht-Betroffenseins. Ich versicherte mir auf diese Weise selbst, dass mich Neidis Geschichte, ihr Undokumentiert-Sein letztlich gar nicht betrifft. Natürlich bin ich betroffen. Machtverhältnisse lassen niemanden außen vor, niemand kommt ungeschoren davon (ebd.: 53).

Wollrad sieht daher den springenden Punkt in der Verflüssigung der Trennlinie von Betroffenen und Nicht-Betroffenen und in der Aufdeckung von Interessen, die eine nicht-migrantische Betroffenheit de-thematisieren wollen (ebd.: 50). Diese Spaltung ist auch in der Organisierung in L.A. spürbar, wo eine breite Solidarisierung der Schwarzen und der migrantischen Bevölkerung letztlich immer daran scheiterte, dass die Formulierung einer kollektiven Unterdrückungserfahrung abgelehnt wird (vgl. 5.2.3.: 102f., 6.3.2.).

Nicht nur eine selbstreflexive Auseinandersetzung erachte ich daher für zentral, sondern insbesondere auch die Abhängigkeit einer Forschung zu Migration von migrantischen Wissensproduktionen.

2.1.3 Oszillationen zwischen Theorie und Empirie

In der Auswertung der ExpertInneninterviews orientierte ich mich an der Methode der *Grounded Theory* (Strauss 1998, Breuer 2009). Die Herausarbeitung der Theorie erfolgt mit dieser Methode „gegenstandsgegründet“. Das Kernelement der *Grounded Theory* ist das theoretische Sampling, das die ständige Rückkopplung der Theorie an das Datenmaterial bezeichnet (Strauss 1998: 70f., Breuer 2009: 57f.).

Theoriebildung, Datenerhebung und Ereignisdeutung sind überlappende Prozesse, die einander bedingen, verändern und leiten. Im Gegensatz zu einer deduktionslogisch orientierten Forschungsstrategie, in der das Forschungsdesign vor Untersuchungsbeginn feststeht, erfolgten die Auswahl der Stichprobe und die Auswertung der zum jeweiligen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden erhobenen Daten in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnis- und Theorieentwicklung (Breuer 2009: 57f.). Der Forschungsprozess der *Grounded Theory* setzt sich in diesem Sinne aus einem permanenten Oszillieren zwischen den verschiedenen Forschungsphasen zusammen (ebd.: 55). Weil Oszillation ein dynamischer Prozess ist, veränderten und verdichteten sich die theoretischen Annahmen mit fortschreitender empirischer Erhebung und Auswertung.

Der Vorteil der *Grounded Theory* liegt in dem „Aufbrechen“ des Textes durch Kodierung, um auch die nicht manifesten Inhalte sichtbar zu machen. Die Kodierung verlief dabei in zwei Prozessen, und zwar offen und axial.

Im Rahmen des offenen Kodierens habe ich den transkribierten Text zunächst grob sortiert und einzelnen Textstellen Codes zugewiesen. Eine Textstelle konnte dabei mehreren Codes zuzuordnen sein (was sogar ziemlich häufig der Fall war). Das offene Kodieren verlief in mehreren Schritten, wobei ich bemüht war, mit jedem Kodierschritt mehr vom Text zu abstrahieren. Durch axiales Kodieren setzte ich die Codes nun zueinander in Beziehung. Je nachdem mit wie vielen anderen ein bestimmter Code verknüpft war, erhielt dieser mehr Dichte. Die Codes, die ich am häufigsten zuordnete und die gleichzeitig auch die größte Dichte aufwiesen, entwickelten sich zu Schlüsselcodes. Ebenso erwiesen sich andere Codes als nicht verknüpfbar und für meine Fragestellung als unwesentlich. Auch die Erstellung einer Kodehierarchie zur Feststellung der Häufigkeit half mir, die Relevanz der Codes für die Untersuchung festzulegen.

Die Organisation der Daten erfolgt mit der Software Atlas.ti¹¹, die nach den Vorgaben der Grounded Theory zur Analyse qualitativer Felddokumente entwickelt wurde. Für die Auswertung habe ich alle Interviewtranskripte in einer „hermeneutischen Einheit“ gespeichert. Weil die Codes in der computergestützten Bearbeitung leicht verworfen, neu zugeordnet oder neu erstellt werden können, war der Überblick über die Daten jederzeit gegeben.

Da ich die Aussagen meiner InterviewpartnerInnen möglichst unverzerrt wiedergeben¹² wollte, arbeite ich über weite Strecken mit direkten Zitaten. Um die Interviewzitate im Text visuell hervorzuheben, erscheinen sie mit einfachem Zeilenabstand und in der gleichen Schriftgröße wie der übrige Text. Demgegenüber werden Literaturzitate in kleinerer Schrift dargestellt.

Die Quellenangabe richtet sich nach der Archivierung in Atlas.ti. Das Zitat (Neidi P:4, 4:5) bezieht sich auf eine Textstelle im *Primary Document 4*¹³, die im vierten Absatz beginnt und im fünften endet. Aus Gründen der Transparenz setze ich den Namen meiner jeweiligen InterviewpartnerIn an den Anfang des Zitats, wenn die SprecherIn aus dem jeweiligen Kontext nicht klar hervorgeht. Die Angabe (Jeff P:2, 6:7) bezieht sich auf eine Textstelle, in der Jeff spricht, obwohl das Interview zu dritt geführt wurde und in seiner Gesamtheit als (Jeff, Junghee, Olivia P:2) zitiert werden muss.

Wortwiederholungen, Zwischenfragen von meiner Seite (mit (F:) gekennzeichnet) oder für den jeweiligen Kontext nicht relevante Passagen habe ich beim direkten Zitieren teilweise ausgespart und die entsprechenden Textstellen mit [...] markiert. Betonte Erzählpassagen sind kursiv gesetzt. Fragezeichen in Klammern zeigen akustisch unverständliche und daher nicht transkribierte Passagen an.

Ich bin der Meinung, dass die Interviews ein sehr dichtes Material darstellen und wahrscheinlich noch auf viele andere Fragen hin untersucht werden könnten. Da wissenschaftliches Arbeiten immer nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit behandeln kann, konnte ich in diesem Rahmen einige spannende Aspekte nicht ausreichend berücksichtigen. Ich betrachte die Interviews aber als Dokumente, die zukünftiger Forschung nützlich sein könnten.

¹¹ Atlas.ti GmbH Berlin (2010). „Atlas.ti. The Knowledge Workbench“, Version 6.2.19.

¹² Ich bin mir bewusst, dass die Interviews trotz wissenschaftlicher Genauigkeit keine Ausschnitte der Wirklichkeit darstellen, sondern Interpretationen der Wirklichkeit. Um aber keinen weiteren Interpretationsschritt hinzuzufügen, fasse ich in vielen Fällen die entsprechenden Textpassagen nicht zusammen, sondern gebe sie wie transkribiert wieder.

¹³ Die jeweiligen Quellen werden in Atlas als *Primary Documents* bezeichnet. Im Rahmen meiner Untersuchung sind die Interviewtranskripte wie folgt nummeriert. Eduardo: Primary Document 1; Jeff, Junghee, Olivia: Primary Document 2; Liz: Primary Document 3; Neidi: Primary Document 4; Saoul: Primary Document 5; Isaura: Primary Document 6; Esteban: Primary Document 7.

2.2. Übriges Datenmaterial

Neben den sieben ExpertInneninterviews als Kerndaten der Untersuchung konnten im Rahmen des Forschungsaufenthalts weitere Feldmaterialien erhoben werden (vgl. 11.1.). Um mehr Informationen über die wenig dokumentierte Quellenlage zum *Immigrant Rights Movement*¹⁴ in L.A. zu gewinnen, führte ich neun weitere Interviews mit Personen, die sowohl in die Organisation der *Mega Marches* 2006 und der alljährlichen *MayDay Marches* als auch in Entscheidungsprozesse der Bewegung (z.B. Pressekonferenzen) eingebunden sind.

Diese Interviews wurden jedoch nicht tiefenanalytisch bearbeitet und auch nicht transkribiert, sondern als Audiomaterial ergänzend hinzugezogen.

Abgesehen von den bereits erwähnten Gesprächen mit Javier Rodriguez, Juan José Gutierrez und Gloria Saucedo (2.1.2.: 20) sprach ich mit dem ebenfalls bereits genannten William Torres, Mitorganisator der *Mega Marches* 2006 und Mitglied der *March 25 Coalition*; Yuisa Gimeno, Vorsitzende der *Radical Women L.A.*; Danny Park, *Koreatown Immigrant Workers Alliance* (KIWA); Fernando Fernando, *Bayan L.A.*¹⁵; Aquilina Soriano-Versoza, Leiterin des *Pilipino Workers' Center*, und Nathalie Contreras, *Homies Unidos*¹⁶. Alle diese Personen sind durch verschiedene Zusammenhänge und in unterschiedlichem Ausmaß in die Bewegung des *Immigrant Rights Movement* eingebunden. Ihre unterschiedlichen Kontexte deuten bereits die Heterogenität dieser Bewegung an.

Durch die Nähe zum Feld hatte ich außerdem Zugang zu internen E-Mails, Briefen und Presseaussendungen, die ebenfalls ergänzende Informationen zu der Bewegung lieferten.

Ein nichtkommerzieller Film, ein Kinofilm und ein Amateurfilm dienten mir ebenfalls als Ressourcen. Sowohl „An Unfinished Dream“ der jungen Filmemacherin Margarita Reyes als auch „Papers – The Movie“ von Graham Streets Productions, Inc. widmet sich dem Thema undokumentierter Jugendlicher in L.A. In dem zehnminütigen Amateurfilm „Neidi's Story“ erzählt meine Interviewpartnerin Neidi ihre Geschichte.

Neben diesen Felddaten war vor allem meine eigene Offenheit und Aufmerksamkeit in alltagsweltlichen Situationen eine wichtige Forschungsstrategie.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt nicht in der Quantifizierung von Menschen oder Ereignissen, sondern in der Annäherung an ihre Praktiken. Das Datenmaterial wurde dieser Fragestellung entsprechend ausgewählt und angepasst.

¹⁴ Präziser zur Bezeichnung *Immigrants Rights Movement* in L.A. vgl. 6.3.1. Ich verzichte im Rahmen dieser Arbeit auf eine Übersetzung des Begriffs ins Deutsche.

¹⁵ Zusammenschluss undokumentierter philippinischer MigrantInnen. *Bayan L.A.* hat keine Website, aber zu *Bayan USA* vgl. <http://bayanusa.org/> (18.02.2011).

¹⁶ Verein zur Gewaltprävention für Jugendliche, vgl. <http://homiesunidos.org> (18.02.2011).

Ungefähre Zahlenwerte zur Größe der undokumentierten Bevölkerung oder ihren Eigenschaften können bestenfalls als Orientierung dienen. Berichte des *Department of Homeland Security* basieren auf Festnahmen und erfolgten Abschiebungen der Einwanderungsbehörden und zählen Ereignisse, nicht Personen. Diese Daten geben daher eher Aufschluss über die Kontrolltätigkeit der Behörden (vgl. Karakayali, Tsianos 2005).

Die am häufigsten zitierte Quelle zur Erfassung der undokumentierten Bevölkerung in den USA ist das *Pew Hispanic Center*, eine dem Think-Tank *Pew Research Center* angegliederte Forschungseinrichtung in Washington, D.C. Die Schätzungen des *Pew Hispanic Center* beruhen auf dem „Current Population Survey“ (CPS) des US-Zensusbüros (Passel, Cohn 2011: 4; USCB 2010b). In dessen Rahmen wird monatlich eine Stichprobe von 50.000 Haushalten besucht und darin lebende Personen ab 16 Jahren werden von BeamtInnen des Zensusbüros zu Themen des Arbeitsmarkts befragt. Die Gesamtzahl der im CPS angegebenen MigrantInnen¹⁷ wird mit den MigrantInnen mit Aufenthaltsrecht verglichen. Der Unterschied zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen ergibt die Schätzung der undokumentierten Bevölkerung.

Die entsprechende Schwankungsbreite (Passel, Cohn 2011: 9), aber vor allem Verzerrungen durch den Kontakt mit Behörden sind daher bei der Verwendung dieser Daten zu berücksichtigen. Insbesondere in Kapitel 6.1. zitiere ich eine Reihe dieser Studien als Orientierung, allerdings mit dem Hinweis auf die Herkunft der Zahlen.

Vor allem in der Analyse des Migrationsregimes der Gegenwart (vgl. 5.3.) habe ich auch eine Reihe von Regierungsdokumenten und Gesetzestexten als Quellen hinzugezogen. Es handelt sich dabei ausschließlich um Online-Materialien.

TV- und Radiobeiträge sowie eine relativ große Anzahl an Zeitungsartikeln waren ebenfalls wichtige Ressourcen, und zwar insbesondere in den Kapiteln 5 und 6.

Der Stand der Forschung sowie die wissenschaftliche Quellenlage zu undokumentierter Migration bzw. undokumentierter Migration in den USA ist Gegenstand von Kapitel 3.1.

¹⁷ Das *Pew Hispanic Center* definiert den Begriff *immigrant*, den ich mit „MigrantIn“ übersetze, als eine Person, die in den USA lebt, aber außerhalb der USA geboren wurde (Fortuny et al. 2007: 3) Bemerkenswert ist, dass die Subjektdefinition *immigrant* laut US-Einwanderungsrecht jenen vorbehalten ist, deren Aufenthalt durch den Staat bewilligt wurde. Als *immigrants* werden all jene in den USA befindlichen Personen bezeichnet, die außerhalb der USA geboren wurden, keine StaatsbürgerInnen sind und Aufenthaltsrecht (Greencard) besitzen (vgl. USCIS 2010a). Undokumentierte MigrantInnen werden synonym als *illegal aliens* oder *deportable aliens* bezeichnet (vgl. USCIS 2010b).

3. Migration und Widerstand

Die Theoretisierung von Migration und Widerstand eröffnet ein vielschichtiges, interdisziplinäres Forschungsfeld. Im Rahmen des reflexiven Forschungsvorgangs wurden stetig neue Anforderungen an die Theoriegenerierung gestellt.

Ansätze einer Kritischen Migrationsforschung, macht- und staatstheoretische Überlegungen sowie Reflexionen aus der Rassismusforschung flossen daher in die Theoriebildung ein.

Die folgenden Schritte sollen der Konzeptualisierung der Praktiken meiner InterviewpartnerInnen dienen und damit zusammenhängend auch dem besseren Verständnis für das Konfliktfeld, in dem sie sich bewegen.

3.1. Migration theoretisieren¹⁸

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt in der Annäherung an Widerstandspraktiken von *undokumentierten*, weil *illegalisierten* MigrantInnen (vgl. Kapitel 4). Mit Hilfe der in Kapitel 2 vorgestellten Methodik sollen am Beispiel der ProtagonistInnen dieser Arbeit konkrete Ansatzpunkte widerständigen Handelns aufgezeigt werden. Dieses Forschungsziel wirft Fragen nach den Möglichkeiten und Begrenzungen von Handlungsspielräumen auf sowie nach den Kontexten, in denen ein solches Handeln realisiert wird.

Fragen, die die Migrationsforschung lange nicht interessiert haben, aber allmählich in den Fokus eines wissenschaftlichen – transdisziplinären – Interesses rücken. Im Folgenden möchte ich die fragmentarischen Verschiebungen im migrationstheoretischen Diskurs skizzieren und davon ausgehend die Wahl des theoretischen Ansatzes dieser Arbeit begründen.

3.1.1. Neuere Entwicklungen in der Migrationsforschung

Der Mainstream der Migrationsforschung¹⁹ sucht typischerweise nach Erklärungen für

¹⁸ Der Titel dieses Kapitels wurde entlehnt von Kraller, Parnreiter 2005.

¹⁹ Als den Mainstream der Migrationsforschung bezeichne ich jene Arbeiten, die dem hegemonialen Kompromiss von Migration als *Problem* in die Hände spielen und sich als Erklärungsangebote für Migration etabliert haben. Üblicherweise lassen solche Analysen Geschlechterverhältnisse und Rassismus unberücksichtigt und betrachten den Staat als Hauptakteur. Vgl. z.B. die Beiträge in dem Band von Brettell und Hollifield 2008 oder Massey et al. 1998.

menschliche Wanderungsbewegungen, um Kontroll- und Regulierungsmechanismen von Staaten gegenüber Migrationen zu analysieren. Häufig werden Governance-Ansätze verfolgt, die vorgeben, man könne und – vor allem *müsse* – Migrationen *eindämmen*. Undokumentierte Migration wird in aller Regel als ein zu lösendes Problem behandelt – entweder um Opfer zu schützen (vor Schleppern oder Menschenhändlern) oder um Kriminelle („Illegale“) abzuwehren.

Frühere Erklärungsansätze für Migrationen gingen von ökonomischen Überlegungen aus, wie etwa das modernisierungstheoretisch geprägte Push/Pull-Modell. Angenommen wurde, dass auf Menschen Abstoßungskräfte im Heimatland und Anziehungskräfte im Zielland wirken. Migration wurde als unidirektionaler Standortwechsel konzeptualisiert, häufig auf Basis naturalistischer Vorstellungen von Entwurzelung/Wiedereinpflanzung und Nationalstaaten als Container (Karakayali, Tsianos 2007: 8).

Ähnlich entkontextualisiert präsentierten neoklassische Ansätze Migrationen als Einzelentscheidungen zur Einkommensmaximierung (vgl. Massey et al. 1998: 17). Da die unterschiedlichen Lohnniveaus zwischen den Staaten als ursächlich angenommen werden, wurden Arbeitsmarktpolitiken als zentraler Regulationsfaktor betrachtet.

Als die „Orthodoxie“ (Mezzadra 2005: 794) in den Migrationstheorien hat sich Anfang der 1990er Jahre die neue „Ökonomie der Migration“ durchgesetzt (vgl. Stark 1991), die für sich beansprucht, Migrationen multikausal zu erklären. Demnach muss der Kontext der Familie und des Umfelds, dem das migrierende Individuum angehört, analysiert werden. Es handelte sich hierbei also zumindest teilweise um einen systemischen Ansatz (vgl. Düvell 2006: 85).

In den wissenschaftlichen Debatten der letzten Jahre hat sich das Integrations- bzw. Assimilationsparadigma als prägend herausgestellt (ebd.: 158f.). Damit wird nicht nur ein implizit hierarchisierendes Bild von MigrantInnen und Aufnahmegesellschaften vermittelt, sondern zusätzliche Hürden für MigrantInnen (Sprach- und Staatsbürgerschaftstests, Integrationskurse und -verträge) werden vor dem Hintergrund von Kultur und Werten als Voraussetzungen für ein erfolgreiches Zusammenleben betrachtet.²⁰

Wissenschaftliche Untersuchungen, die von den etablierten Migrationstheorien geleitet sind, arbeiten auch häufig mit Begriffen wie „Zuwanderung“ und „Einwanderung“ (vgl. z.B. Münz et al. 1999; Köck et al. 2004). Die US-amerikanischen wissenschaftlichen Diskurse berufen sich entsprechend auf *immigration* und *immigrants*, während fast nie auf *migration* oder *migrants* Bezug genommen wird (vgl. z.B. Brettell, Hollifield 2008; Massey et al. 1998).

Durch diese Begriffsverwendung wird Migration bereits sprachlich auf ein extern motiviertes Phänomen reduziert und der Staat als passiver Empfänger von

²⁰ Vgl. z.B. den Beitrag von Schmitter Heisler in Brettell, Hollifield 2008: 83-111.

„Migrationsströmen“ (Joppke 1999: 1) konstruiert. Zusätzlich wird ständig daran erinnert, dass Menschen von „außen“ nach „innen“ kommen.

Modelle von Inklusion und Exklusion, die in der Vorstellung von Grenzen als Festungen ihren Ausdruck finden, suggerieren, MigrantInnen müssten aufgrund der Exklusionsbestrebungen der Staaten in Parallelwelten leben, in denen sie zur Handlungsunfähigkeit verdammt sind. Vor diesem Hintergrund sind auch die Smuggling- und Traffickingdiskurse von internationalen Organisationen zu betrachten, die MigrantInnen zu Opfern machen und durch Öffentlichkeitsarbeit „Betroffenheit“ in der Bevölkerung erzeugen wollen (vgl. Georgi 2010).

All diese Ansätze eint die Suche nach Erklärungen für den nicht enden wollenden „Zustrom“²¹ von MigrantInnen, der häufig in die Konstatierung eines staatlichen Versagens in der Migrationspolitik und der Erosion staatlicher Souveränität mündet²² (Benz, Schwenken 2005: 363). MigrantInnen sind in diesen Erklärungsversuchen amorphe Masse und nie handelnde Subjekte.

Der Fokus der Forschung liegt hier auf dem Staat als Protagonisten, dessen Aufgabe darin liegt, Migrationen zu managen und zu regieren. Gefragt wird nach der optimalen Beschaffenheit von Migrationskontrollen, ohne dabei diese grundsätzlich in Frage zu stellen. Nationalstaatliche und kontrolltechnische Logiken werden bekräftigt und MigrantInnen in klar abgegrenzten, entkontextualisierten Räumen gedacht (Mezzadra 2005: 794). Nicht nur werden Erfahrungen und Widerständigkeit von MigrantInnen innerhalb rassistischer und sexistischer Strukturen ausgeblendet, vielmehr werden die Strukturen selbst unhinterfragt hingenommen.

Georgi und Wagner (2009) begründen diese „Indienstnahme von Migrationsforschung für die Bedürfnisse staatlichen ‚Migrationsmanagements‘“ mit den Strukturen ihrer Wissensproduktion. Migrationsforschung werde einem allgemeinen Trend zufolge im Rahmen neoliberaler Wissenschaftsreformen realisiert, deren knappe Mittel und häufige Anbindung an Think-Tanks und internationale Organisationen die ForscherInnen disziplinieren und die Möglichkeiten der Selbstreflexion stark einschränken.

Weltsystemtheoretische und neomarxistische Arbeiten nahmen zwar globale Ausbeutungsverhältnisse in den Blick, ließen aber ebenfalls die *Perspektive* der MigrantInnen weitgehend unberücksichtigt (vgl. Düvell 2006: 94f.)

Die Gemeinsamkeit der skizzierten Erklärungsangebote liegt daher in der Darstellung der MigrantInnen als überwältigte und sprachlose EmpfängerInnen von Reflexen nationaler und internationaler Entwicklungen.

„Migrantinnen und Migranten erscheinen in dieser Vorstellung als Körper ohne Willen, mitgerissen

²¹ Vgl. z.B. Brettell, Hollifield 2008: 140, 154, 143, 48, 139, 141 und 166.

²² Vgl. z.B. Brettell, Hollifield 2008: 175f. oder 88f.

durch das Walten von Kräften, die weitaus stärker sind als sie, und dazu bestimmt, in den Einwanderungsgesellschaften entweder, in guter Absicht, als Opfer angesehen zu werden, denen man helfen muss, oder, in böser Absicht, als Fremde, die immer kurz davor stehen, zu Feinden zu werden“ (Mezzadra 2005: 794).

Benz und Schwenken (2005: 364f.) stellen in der Governance-Perspektive dieser Zugänge nicht nur eine Komplizenschaft der Politikwissenschaft mit dem Staat fest, sondern konfrontieren diese auch mit dem Vorwurf, die *Entsubjektivierung* der MigrantInnen zu reproduzieren. Wissensvermittlung über Migration werde damit zur Übertragung von „Herrschaftswissen“ (ebd.: 366).

Die Leerstellen und die hegemoniale Vereinnahmung von Migrationsforschung wurden ab den 1990er Jahren und vermehrt zu Beginn des neuen Jahrtausends vor allem rund um das von Moulier-Boutang (1992) entwickelte Konzept der „Autonomie der Migration“ beantwortet (vgl. 3.1.2.). Zahlreiche ForscherInnen, zuweilen mit eigener Migrationserfahrung, spannten einen Diskurs um Migrationen auf, der die bis dahin weitgehend unhinterfragten Begriffe, Kategorien und Annahmen selbst zum Gegenstand kritischer Forschung erhob (Kraler, Parnreiter 2005: 330). Statt Viktimisierung und Kriminalisierung rückt das emanzipative Moment der Migrationshandlung in den Fokus der Analyse sowie die Veränderungen, die illegalisierte Migrationen in der Herrschaftsarchitektur verursachen (z.B. Grenzaufrüstung). Das Konzept der „Autonomie der Migration“ ist dabei selbst umstritten, weil es etwa spezifische Gewaltverhältnisse und Ungleichheitslinien unterbewertet und häufig dazu tendiert, MigrantInnen als homogene Widerstandssubjekte zu porträtieren. In Kapitel 3.1.2. werde ich präzisieren, warum ich das von Benz und Schwenken (2005) eingeführte Konzept der *Eigensinnigkeit* gegenüber dem der Autonomie für sinnvoller erachte.

Obwohl die *Migration Studies* in den USA bereits seit mehreren Jahren eine Hochkonjunktur erfahren, konnte sich eine kritische Perspektive innerhalb der etablierten, institutionell verankerten Forschung noch keinen Raum verschaffen. Mir ist auch keine alternative Vernetzung bekannt – vergleichbar etwa mit Kollektiven in Österreich oder Deutschland.²³

Ein kritischer Umgang mit Migrationen ist noch am ehesten innerhalb der *Chicano Studies* oder *Latin American Studies* zu verorten, dann allerdings mit dem Fokus auf lateinamerikanische Migrationen (vgl. z.B. Poblete 2003 oder Calderón, Saldívar 1998).

²³ In Deutschland haben sich 2002 KünstlerInnen, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen zu der „Forschungsgruppe Transmigration“ zusammengeschlossen, 2008 wurde das Netzwerk „Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung“ (KritNet) gegründet, dessen Mitglieder hauptsächlich aus Österreich und Deutschland kommen.

Was eine gendersensible Migrationsforschung betrifft, lassen sich in den USA ähnliche Defizite beobachten, wie sie auch für den deutschsprachigen Raum bereits konstatiert wurden (vgl. Lutz 2008).²⁴

Eine institutionell verankerte subjektorientierte Forschung findet etwa am *UCLA Center for Labor Research and Education*²⁵ statt. Das *Labor Center* ist auch mit der aktivistischen Szene vernetzt, wie etwa der Bewegung undokumentierter Jugendlicher (vgl. 8.3.2.) oder den zahlreichen in L.A. ansässigen Gewerkschaftsbüros, die auch in der Bewegung des *Immigrant Rights Movement* eine Rolle spielen. Neben Themen der undokumentierten Arbeit und Rassismus gibt es auch einen nennenswerten thematischen Schwerpunkt zu den Kämpfen undokumentierter StudentInnen mit dem Namen *Underground Undergrads* (Madera 2008).

Ruth Milkman, ehemalige Direktorin des *UCLA Institute for Research on Labor and Employment*, forscht zur migrantischen Selbstorganisation in L.A., wobei sie insbesondere auf die Politisierung migrantischer *ArbeiterInnen* fokussiert (z.B. Milkman 2000). In diesem Zusammenhang nennenswert ist insbesondere auch Nicholas De Genova, meines Wissens der einzige US-amerikanische Forscher, der in seinen Texten den Autonomiegedanken von Moulier-Boutang (1992) aufgreift.

Die Soziologin Pierrette Hondagneu-Sotelo (1994, 2001) arbeitet zu genderspezifischen Migrationserfahrungen, fokussiert dabei allerdings auf mexikanische bzw. lateinamerikanische MigrantInnen in den USA.

Daneben gibt es vereinzelt Arbeiten zu den sogenannten *Mega Marches* von 2006, auf die ich in Kapitel 6.3. Bezug nehme.

Obwohl zum Thema undokumentierter Migration in den USA eine nur schwer zu überblickende Fülle an wissenschaftlicher Literatur zur Verfügung steht, muss eine für die Fragestellung dieser Arbeit relativ dürftige Quellenlage festgestellt werden. Die ExpertInneninterviews, zusätzlich erhobene Feldmaterialien sowie das im Feld erworbene Erfahrungswissen waren daher für die Entwicklung dieser Untersuchung unverzichtbare Quellen.

²⁴ Lutz (2008) führt an, dass – da sowohl Migrations- als auch Geschlechterforschung Querschnittswissenschaften sind – häufig eine Tendenz bestehe, die jeweils andere innerhalb der eigenen als Nischenthema zu behandeln. Migrationsforschung sei dann „genderspezifisch“ oder Geschlechterforschung „ethnizitätsspezifisch“ (Lutz 2008).

²⁵ Vgl. die Website des *Center for Labor Research and Education der University of California, Los Angeles* <http://www.labor.ucla.edu/> (14.01.2011).

3.1.2. Autonomie versus Eigen-Sinnigkeit der Migration

Eine kritische Debatte über Migrationen brachte der bereits erwähnte französische Philosoph Yann Moulier-Boutang 1992 mit seiner Idee einer *Autonomie der Migration* in Gang. Boutang nahm an, dass Migrationen nicht an Ereignisse wie wirtschaftliche Aufschwünge oder Flauten gekoppelt sind, sondern dass sie ihre eigene *Materialität* besitzen. Migrationen sind demnach Ausdruck des Widerstands von Subjekten gegen die Regierung ihrer Mobilität und entwickeln als solche eine Dynamik *autonom* von Kontrollmechanismen (Moulier-Boutang 1992).

„[...] auch wenn sich Myriaden von ExpertInnen und BeamtInnen in den Behörden und staatlichen und internationalen Einrichtungen mit der Emigration beschäftigen, haben sie keine Ahnung von dieser Selbständigkeit, dieser Autonomie der Migrationsflüsse“ (Moulier-Boutang 1992).

Mit der Annahme einer Autonomie der migrantischen Bewegungen legte Moulier-Boutang dar, warum Menschen allen Kontroll- und Regulierungsmechanismen zum Trotz nicht aufhören zu migrieren.²⁶ Immer höher werden die Grenzzäune, das Sicherheitspersonal stetig aufgestockt und neueste Technologie wird eingesetzt, um die Unruhe²⁷ ihrer Mobilität zu ordnen. Doch nichts scheint diese Bewegungen im Zaum halten zu können, an ihnen beißen sich die Staaten die Zähne aus (vgl. Benz, Schwenken 2005: 363). Durch ihre Flucht, ihre Weigerung, sich Kontrollregimen zu unterwerfen, und die Artikulation eines Begehrens wirken die MigrantInnen verändernd auf Machtprozesse und Kräfteverhältnisse ein: Sie machen Staatsapparate und Grenzen porös (Tsianos, Papadopoulos 2008). Die Idee einer Autonomie der Migration widerspricht der Gleichsetzung von Migration mit einem bloßen Standortwechsel und betrachtet illegalisierte Bewegungen über Grenzen vielmehr als *subversiven* Akt.

Die bedeutendste Errungenschaft des Konzepts der Autonomie der Migration liegt in der Abkehr von Viktimisierungsdiskursen und einer Umlenkung des Fokus auf MigrantInnen als handelnde, widerständige Subjekte. Doch auch wenn diese Überlegungen wichtig und notwendig waren, um hegemoniales Wissen aufzubrechen, zeigen sie meiner Ansicht nach Verkürzungen.

Das Konzept der Autonomie der Migration entwickelte sich aus dem Autonomiegedanken

²⁶ Eine gewisse Unabhängigkeit von Migrationen gegenüber staatlichen Kontrollmechanismen haben sogar Vertreter von Governance-Ansätzen festgehalten (vgl. Massey et al. 1998: 450f.). Sie räumen ein, dass die Entwicklung und Ausweitung transnationaler Netzwerke zu einer zunehmenden Unabhängigkeit von Migrationen gegenüber den Faktoren, die sie ursprünglich ausgelöst haben, führt. Da sich diese Netzwerke außerhalb des Kontrollbereiches staatlicher Regierungen entwickeln, sei es für Regierungen schwierig, Migrationsströme zu beeinflussen.

²⁷ Moulier-Boutang (2007: 172f.) gebraucht den Begriff der „Unruhe“, um auszudrücken, dass Bewegungen immer nach etwas streben und daher nie „ruhig“ sind. Vielmehr bringen Migrationen Unruhe in die staatlich regulierte Ordnung, indem sie Kategorien in Frage stellen und/oder sich

des Operaismus (*operaismo*), dessen zentrales Verdienst in der Emanzipation von einer relativ starren Subjektkonzeption lag (Bifo 2003: 1). Im Rahmen der Arbeitskämpfe in Italien der 1960er und 1970er Jahre erhielt der Begriff mehr dynamischen und prozesshaften Charakter, was in dem veränderten Begriff der *Subjektivierung* Ausdruck fand. Autonomie bedeutete, dass das Leben nicht nur von Regulierung und Disziplinierung beeinflusst wird, die von oben nach unten wirkt, sondern insbesondere von Kampf, Sabotage und Fluchtlinien, die vektorial wirken. Bifo hat die Autonomie als „Selbstregulierung des sozialen Körpers“ auf den Punkt gebracht, der sich durch Unabhängigkeit und Interaktion mit der disziplinären Norm konstituiert (ebd.: 2). Autonomie räumt also auch Abhängigkeiten ein, wenn auch die Fähigkeit zu Prozessen der Selbstkomposition einer lebendigen Gesellschaft den Fokus bildet (ebd.). Autonomie wollte in diesem Sinne vor allem die Entkopplung von einem sozialen Schicksal und die Räume für Veränderung anzeigen.

Eine kritische Perspektive auf Migrationen schuldet dem Autonomiekonzept deshalb viel, auch wenn es meines Erachtens die theoretischen Probleme nicht löst, die sich in Hinblick auf die Fragestellung und das Interesse dieser Arbeit ergeben.

Wie Castro Varela (2007: 7) festgestellt hat, gestaltet sich das Verhältnis von Migration und Widerstand kompliziert: Denn weder sind MigrantInnen die Opfer, als die sie so oft bezeichnet und behandelt werden, noch sind sie HeldInnen, die die Gesellschaft um jeden Preis revolutionieren wollen. Sie versuchen vielmehr auf sehr vielfältige Weise einen Umgang mit einer zugewiesenen sozialen Position zu finden.

Ich werde im Folgenden aufzeigen, wie sehr Normierungen, Disziplinierungen und Regulierungen auf undokumentierte MigrantInnen in den USA und in L.A. wirken. Der staatlich produzierte Aufenthaltsstatus ist *der* Faktor, der über die individuelle Lebensgestaltung bestimmt und existentielle Verwundbarkeiten erzeugt. Undokumentierte MigrantInnen sind täglich damit beschäftigt, sich diesen Machttechniken zu entziehen und sie zu sabotieren. Die täglichen Kämpfe, ständiges „struggling“, wie meine InterviewpartnerInnen oft eingeräumt haben, zeigen aber noch etwas anderes an: und zwar das *Scheitern* ihrer Widerstände. So wie Millionen anderer Menschen in den USA sind meine InterviewpartnerInnen seit vielen Jahren, teilweise seit Jahrzehnten undokumentiert und kämpfen teilweise beinahe ebenso lange für eine Veränderung dieser Kondition. Ihre Kämpfe finden aber immer noch innerhalb einer undokumentierten Existenz statt, von der eine Reihe von AkteurInnen profitiert. Und obwohl Verschiebungen in der Herrschaftsarchitektur in vielen Bereichen stattfinden, muss es meiner Einschätzung nach auch eine Anerkennung und Solidarität mit dem Scheitern ihrer Kämpfe geben.

diesen entziehen.

Helen Benz und Martina Schwenken haben in ihrem Artikel „Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis“ (2005) die Annahme einer Autonomie der Migration auf ihre Brauchbarkeit abgeklopft und weiterentwickelt. Ihre Hauptkritik richtet sich gegen die Entkontextualisierung bzw. Vernachlässigung von Lebenswelten und -zusammenhängen der Menschen.

MigrantInnen machen ihre Migrationen zwar selbst (Tsianos et al. 2009: 15), aber „sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (Marx, Engels 2006: 124). Die Möglichkeit zur widerständigen Praxis ist immer gekoppelt an diese Umstände. Geschlechtliche Dominanz und rassistische Organisation geben Handlungsspielräume vor und begrenzen sie zugleich. Diese Einschränkungen sind im Autonomiekonzept zwar vorhanden, aber werden als zentrale Hindernismomente nicht weiterentwickelt.

Widerstand ist immer Ausdruck eines Arrangements mit den vorgefundenen Bedingungen *und* dem Streben nach Selbstbestimmung (Benz, Schwenken 2005: 372). Subjekte handeln nicht unabhängig von ihrer Geschichte und ihren Kontexten, „dennoch entsteht etwas Neues, etwas Eigen-Sinniges“ (ebd.: 374).

„Und selbst wenn Autonomie nicht als formale Unabhängigkeit zu verstehen wäre, sondern als subjektive Haltung, erachten wir es für problematisch, mit Subjektvorstellungen zu operieren, die den tatsächlich komplexeren Positioniertheiten ebenso wenig gerecht werden wie einen emanzipatorischen Ausweg weisen. Autonomie kann in dem Moment kein Widerstandsideal sein in dem Autonomienormen disziplinierend wirken“ (ebd.).

Den theoretischen Rahmen meiner Arbeit bildet deshalb eine *Eigen-Sinnigkeit der Migration*, die sowohl die Kämpfe als auch die Kontexte, in denen diese stattfinden, einer Analyse unterzieht.

„Diese Perspektive fängt den überschüssigen und nicht staatlich zu regulierenden Anteil von Migrationsbewegungen ein, ohne eine Autonomie zu behaupten, die wir, gerade vor dem Hintergrund einer feministischen Konzeptionalisierung von Ökonomie und Subjektivität, für einen Mythos bzw. zumindest für missverständlich halten“ (ebd.).

Weil sich das Autonomiekonzept im *operaismo* auf die Figur des männlichen Massenarbeiters konzentrierte (obwohl in den Fabriken nie nur Männer gearbeitet haben) (Birkner, Foltin 2006: 155), sind dessen Schwächen auch in einem inhärenten Androzentrismus zu verorten.

Ich verstehe die Eigen-Sinnigkeit der Migration für die vorliegende Untersuchung in diesem Sinne als Weiterentwicklung oder Ergänzung des Autonomiekonzepts, weil sie mehr als der Autonomiegedanke Widersprüchlichkeiten und Fehlschläge zulässt. Autonomie reproduziert nicht zuletzt ein homogenes revolutionäres Subjekt und macht

sich durch die Ausblendung unterschiedlicher Alltagsrealitäten, machtvoller Verflechtungen und vielfältiger Unterdrückungsstrukturen der Stabilisierung von Hegemonien schuldig, die gleichzeitig kritisiert werden.

3.1.3. Zum Begriff des Migrationsregimes

Der Begriff des Migrationsregimes wurde aus der aktivistischen politischen Praxis in die Diskussion eingebracht (Tsianos 2010), um auch migrantische Widerstände und die Veränderungen in der Machtarchitektur, die diese bewirken, analytisch einzufangen. In Abkehr von marxistisch geprägten Herrschaft-Knechtschaft-Verhältnissen schlägt der Regimebegriff ein komplexes Zusammenwirken von unterschiedlichen AkteurInnen und Kräfteverhältnissen vor, die gesellschaftspolitische Kompromisse erzeugen.

Beeinflusst von einer materialistischen Staatstheorie (Poulantzas 2002) werden Versuche der Regulation und Kontrolle grenzüberschreitender Mobilität als Verdichtungen der Handlungen einer heterogenen Vielfalt von teilweise miteinander konkurrierenden AkteurInnen verstanden, deren Maßnahmen zwar aufeinander bezogen sind, aber keiner einheitlichen Strategie folgen (Transmitter 2010: 9).

Während die Vorstellung von Staat als Kräfteverhältnis einen analytischen Rahmen bietet, um Migrationspolitiken und die ihnen zugrunde liegenden Interessen zu untersuchen, stellt das Modell des Migrationsregimes eine Möglichkeit dar, das Ensemble staatlicher und nichtstaatlicher Praktiken, Widersprüche, Konflikte und Kämpfe, die mit Migration in Verbindung stehen (Karakayali, Tsianos 2005), in den Blick zu nehmen.

Dass Migrationen, ihre Kämpfe und Konditionen nicht allein durch die staatliche Perspektive erfasst werden können, wird auch durch die Emergenz neuer und die Transformation bestehender Räume evident. Migrationsbewegungen verändern Herkunfts- sowie Zielgesellschaften und migrantische Netzwerke an verschiedenen Orten spannen sich auf zu einem transmigratorischen Raum (Castro Varela 2007: 45). Im Alltag drücken sich transmigratorische Lebenssituationen etwa im Oszillieren zwischen dem Arbeitsplatz in San Diego und der Wohnung in Tijuana aus. Aber nicht nur durch die unmittelbare Grenzerfahrung werden transmigratorische Räume akut, sondern auch durch die Diaspora von Familien. Esteban telefoniert regelmäßig mit seiner Mutter in Oaxaca, weil er sich sorgt und versucht, die Beziehung zu ihr auch aus der Distanz weiterzuführen. In diesem Sinne schafft Migration einen „driftenden“ sozialen Raum“ (vgl. Karakayali, Tsianos 2007: 10).

Daneben erlaubt die Regimeanalyse, auch auf postnationale Ebenen von Kontroll- und

Herrschaftspraktiken zu fokussieren, wie z.B. NAFTA (Tsianos 2010).

Der Regimebegriff dient in diesem Sinne als Analyseinstrument, um staats-, subjekt-, rassismustheoretische oder machtanalytische Überlegungen in historische Abschnitte zu übersetzen und so spezifische Entwicklungen sichtbar zu machen (vgl. auch Karakayali 2010: 273). „Das Regime ist damit ein partieller, virtueller Quasi-Staat für bestimmte [...] Prozesse“ (Tsianos 2010).

In Migrationsregimen werden nicht nur Regelungen zur Ein- und Ausreise erzeugt, sondern auch die Konditionen des Aufenthalts reguliert (Benz, Schwenken 2005: 365). Neben unterschiedlichen Regierungstechniken werden diese Bedingungen wesentlich durch die Einwanderungsgesetzgebungen bestimmt, also durch den Zugang zu Rechten und Leistungen für Nicht-StaatsbürgerInnen. Diese sind mit Ursache dafür, dass sich MigrantInnen jenseits der Grenzüberschreitung in einem ständig prekären Raum bewegen (ebd.).

„Was den Regimebegriff so bedeutsam macht, ist, dass er es erlaubt, [...] Regulationen [von Mobilität] als Effekte, als Verdichtungen von sozialen Handlungen zu verstehen und sie nicht funktionalistisch vorauszusetzen“ (Karakayali 2008: 48).

Die Regierung menschlicher Mobilität ist daher als Verdichtung, als „Endform“ (Foucault 1983: 93) von Reibungen zu verstehen.

Aus dieser Perspektive sind Grenzen auch keine Festungen, an denen Gesellschaften von Migrationsströmen abgespalten werden, vielmehr sind sie „Aushandlungsräume“ und Ausdruck der Schwierigkeit, Migrationen zu regulieren (Tsianos et al. 2009: 14). Migrationsregime zeichnen sich durch „Funktionskomponenten“ (Karakayali 2008: 48) aus, die auf die Produktivität des Regimes hindeuten. Dabei besteht diese Produktivität nicht in der vermeintlichen Exklusion der MigrantInnen, sondern in der Bearbeitung des Überschusses und dessen ökonomischer Ausbeutung (Tsianos et al. 2009: 15) In diesem Sinne ist die Grenze der USA zu Mexiko nicht Ausdruck einseitiger Abschottungsbemühungen, sondern vielfältig funktional und produktiv (vgl. Bojadžijev 2008: 81).

In einer Dynamik von Konflikt und Kompromiss schreiben sich Kämpfe und ihre disziplinären Regulierungen im Migrationsregime permanent um. MigrantInnen werden nicht dem Staat gegenübergestellt, sondern sind aktive AkteurInnen der Kompromissfindung. Und weil Migrationen eigen-sinnig sind, können sie auch nicht wie ein Wasserhahn auf- und zugedreht werden.

3.2. Machttheoretische Überlegungen

„Ich weiß nicht, wie Sie auf den Gedanken kommen, ich hielte Veränderung für unmöglich, denn was ich untersucht habe, war immer mit politischem Handeln verbunden.“
(Michel Foucault 1993c: 20)

Ein besonderes Anliegen dieser Arbeit ist es, die vielfachen Facetten einer widerständigen Praxis aufzuzeigen. Ich möchte deshalb im Folgenden Foucaults Machtanalytik in Bezug auf seine Theoretisierung von Widerstand diskutieren, die meines Erachtens den entscheidenden Vorzug aufweist, diese Diversität der Praktiken einfangen zu können.

Foucaults Ausführungen zu Macht, Widerstand und Herrschaft eröffnen ein relativ offenes Forschungsfeld, weshalb ich seine Machttheorie in Konfrontation mit aktuellen Arbeiten seiner Rezeption diskutiere und erweitere. Durch das Zusammendenken mehrerer theoretischer Perspektiven im Anschluss an Foucault hoffe ich, die Erzählungen meiner InterviewpartnerInnen konzeptionell einordnen zu können.

3.2.1. Macht und Herrschaft

Foucault nähert sich quasi hinterrücks einer Begrifflichkeit von Macht an, nämlich über den Widerstand. Dieser Methode liegt die Logik zugrunde, dass Macht erst dann in das Feld der Sichtbarkeit rückt, wenn sie problematisiert, nämlich durch Widerstand herausgefordert wird (Klaas 2008: 156). Widerstand und Macht bei Foucault sind keine dichotome Struktur, sondern ein *Wechselspiel gegensätzlicher Strategien* (Foucault 2005a: 243). Macht und Widerstand können nur in Beziehung zueinander existieren und sind daher ohne einander nicht erklärbar. Foucault grenzt sich in seiner Machtanalytik von dualistischen und dialektischen Konzepten ab, wie sie insbesondere der Marxismus hervorgebracht hat, und plädiert stattdessen für die Überwindung des Gegensatzes von *Macht* und *Ohnmacht* (Castro Varela 2007: 67).

In seiner Auseinandersetzung mit Gilles Deleuze unterstreicht er die Kraft der Vielfältigkeit und der Dispersion:

„The freeing of difference requires thought without contradiction, without dialectics, without negation; thought that accepts divergence; affirmative thought whose instrument is disjunction; thought of the multiple-of the nomadic and dispersed multiplicity that is not limited or confined by the constraints of the same“ (Foucault 1970).

Foucault versteht unter dem Begriff der Macht „die Vielfältigkeit der Kräfteverhältnisse“, „die ein Gebiet bevölkern und organisieren“ (Foucault 1983: 93). Macht ist also nicht punktuell lokalisierbar, sondern wirkt verstreut und ist *allgegenwärtig*. Und nicht, „weil sie alles umfasst, sondern weil sie von überall kommt [...]“ (ebd.: 94).

„Die Machtbeziehungen verhalten sich zu anderen Typen von Verhältnissen (ökonomischen Prozessen, Erkenntnisrelationen, sexuellen Beziehungen) nicht als etwas Äußeres, sondern sind ihnen immanent“ (ebd.).

Macht wirkt nicht nur durch Gewalt, Zwang und Einschränkung, sondern ist *produktiv*. Sie produziert Diskurse, Wissen, Praktiken und Institutionen (vgl. Hall 2004: 148).

Wesentlich in Foucaults machttheoretischen Überlegungen ist, Macht nicht zwangsläufig als an den Staat (Foucault 1983: 93), an Institutionen oder Strukturen gekoppelt zu betrachten, sondern als „komplexe strategische Situation in einer Gesellschaft“ (ebd.: 94). Weil Macht ein „ubiquitäres Merkmal menschlicher Interaktion“ ist (Lemke 2001; 2006: 480), kann sich Macht zwar im Staat und in Institutionen kristallisieren, beschränkt sich aber nicht auf diese (Foucault 2005a: 258). In der Foucault'schen Logik würde Macht daher nicht aufhören zu wirken, würde man die Staatsapparate auflösen.

Aus *machttheoretischer* Sicht spielt der Staat deshalb eine untergeordnete Rolle, was allerdings nicht bedeuten kann, dass die Analyse der Machtverhältnisse außerhalb des Staates angesiedelt werden kann (Lemke 2000: 13). Vielmehr ist es wesentlich, die Macht nicht als im Staat konzentriert zu begreifen, sondern den Staat als Erweiterung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu denken, in dessen Rahmen Subjekte verwaltet und hierarchisiert werden (Kastner 2008: 47). Der Staat *ist* deshalb kein Apparat, er *äußert* sich als Apparat (Kreisky 1995: 215). Mithin ist die Verankerung der Machtbeziehung außerhalb von Institutionen zu suchen, wenngleich sie sich auch in Institutionen kristallisieren kann (Foucault 2005a: 258).

Als Ausdruck sozialer Verhältnisse sind im Staat sowohl emanzipative und herrschaftskritische Kräfte präsent als auch die Bemühungen, hegemoniale Verhältnisse zu stabilisieren und diese Kämpfe zu neutralisieren (Brand 2005: 10). Aus diesem Staatsverständnis wird deutlich, dass Widerstände nicht nur möglich sind, sondern ein *konstitutives* Element des Staates darstellen.

Geschlechterverhältnisse (Kreisky 1995) und Rassismus sind bereits in den Staat eingeschrieben, weshalb Prozesse der Kompromissfindung im Staat sind nicht für alle gesellschaftlichen Interessen und Anliegen gleich offen, sondern selektiv durchlässig sind (Ludwig ----).

Mit dem Begriff der *Mikrophysik* hat Foucault (1994: 38f.) verdeutlicht, dass die Wirksamkeit der Macht in den alltäglichen Beziehungen und Handlungen liegt. Widerstand

wird deshalb an vielfältigen Standorten realisiert und nimmt verschiedene Formen an, weil die komplexen Entfaltungen der Macht und deren Verbreitung eben diese Flexibilitäten erfordern (Castro Varela 2007: 68).

Zentral in Foucaults Überlegungen ist, dass Macht nur über „freie Subjekte“ ausgeübt werden kann (Foucault 2005a: 257; 2005c: 288f.), die sich noch bewegen und deshalb auch entfliehen können (Foucault 2005a: 257). Werden Menschen Fesseln angelegt, dann ist dies nicht eine Frage von einseitigen Machtwirkungen, vielmehr handelt es sich dann um physischen Zwang (ebd.: 256). Freiheit und Macht sind also wiederum keine Gegensätze, sondern assoziativ miteinander verbunden.

Ebenso sind Macht und Subjekt bei Foucault als miteinander in Beziehung stehend zu lesen. Subjekte sind die primären Effekte und Artikulationen von Macht und üben auch gleichzeitig Macht aus. Das heißt, kein Subjekt befindet sich außerhalb der Macht (Foucault 2006a: 544) und widerständiges Handeln ist daher auch *machtvolles* Handeln.

In seiner Machtanalytik unterscheidet Foucault zwischen *Machtbeziehungen*, die flexibel und reversibel sind, und *Herrschaftszuständen*, in denen sich Machtbeziehungen verfestigt haben (Foucault 2005a: 263) und Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind. In letzteren ist es bestimmten gesellschaftlichen Gruppen gelungen, Asymmetrien dauerhaft zu etablieren (Lemke 2001).

„Wenn es einem Individuum oder einer gesellschaftlichen Gruppe gelingt, ein Feld von Machtbeziehungen zu blockieren, sie unbeweglich und starr zu machen und jede Umkehrung der Bewegung zu verhindern – durch den Einsatz von Instrumenten, die sowohl ökonomischer, politischer oder militärischer Natur sein mögen –, dann steht man vor etwas, das man als einen Herrschaftszustand bezeichnen kann“ (Foucault 2005c: 276f.).

Das entscheidende Charakteristikum von Foucaults Machttheorie besteht in der Entkopplung seiner Analyse von Macht und Herrschaft von Fragen des Konsenses (Lemke 2006: 481). Im Unterschied zu Max Weber, der in seiner Herrschaftssoziologie ebenfalls zwischen Macht und Herrschaft unterschieden hat, ist gerade die *Zustimmung* für Foucault ein Mechanismus von Herrschaft und daher erklärungsbedürftig (ebd.).

Schölzel (2008: 128) merkt an, dass Herrschaftszustände niemals *perfekt* sein können und daher notwendigerweise *Lücken* bestehen.

„Lücken existieren einerseits aufgrund der potentiellen Widersprüchlichkeit verschiedener Strukturen, andererseits aufgrund des begrenzten menschlichen Bewusstseins, das jenes Handeln anleitet, das Strukturen (re)produziert“ (ebd.).

Aufgrund dieser Lücken wird Widerstand auch in verfestigten Machtbeziehungen *möglich*. *Reine* Herrschaftsbeziehungen, in denen Macht vollständig sedimentiert und unumkehrbar ist, existieren daher ebenso wenig wie Machtbeziehungen, die völlig frei von Herrschaftseffekten sind. Ein herrschaftsfreier Zustand ist für Foucault daher eine Utopie

(Schölzel 2008: 130).

Eng mit der Frage der Macht sind bei Foucault diskurstheoretische Überlegungen verbunden. Macht und Diskurs stehen in doppelter Beziehung zueinander: Denn Machtausübung bringt Diskurse hervor und Diskurse (re-)produzieren Machtverhältnisse. Der Diskurs „ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, derer man sich zu bemächtigen sucht“ (Foucault 2010: 11). Der Diskursbegriff bei Foucault ist aufgrund seiner Weite schwer zu präzisieren. Verallgemeinernd lässt sich jedoch zunächst festhalten, dass Diskurse nicht nur aus einer Menge von Sprechakten und/oder Texten bestehen, vielmehr sind sie das, was über das Sprechen und den Text hinaus *unausgesprochen mitgemeint* wird.

„Zwar bestehen diese Diskurse aus Zeichen; aber sie benutzen diese Zeichen für mehr als nur zur Bezeichnung der Sachen. Dieses *mehr* macht sie irreduzibel auf das Sprechen und die Sprache. Dieses *mehr* muss man ans Licht bringen und beschreiben“ (Foucault 1983: 74).

Foucault (2010) spricht von der *Ordnung des Diskurses* und deutet damit bereits an, dass weder das Auftauchen von Diskursen noch deren Zusammensetzung zufällig sind, sondern sich entlang historischer Konjunkturen entwickelt haben. Man kann „nicht in irgendeiner Epoche über irgendetwas sprechen“ (Foucault 1981: 68), vielmehr müssen sich die Bedingungen dafür, dass ein Diskursgegenstand überhaupt in Erscheinung treten kann, erst historisch formiert haben. Ein komplexes Bündel von Beziehungen muss die positiven Bedingungen für den Diskursgegenstand bereithalten (ebd.: 68).

„Diese Beziehungen werden zwischen Institutionen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen, Verhaltensformen, Normsystemen, Techniken, Klassifikationstypen und Charakterisierungsweisen hergestellt“ (ebd.).

Die Beziehungen ermöglichen den Diskurs, sind aber nicht in ihm präsent, vielmehr gestatten sie ihm, „in einem Feld der Äußerlichkeit platziert zu sein“ (ebd.).

„Diese Beziehungen charakterisieren nicht die Sprache, die der Diskurs benutzt, nicht die Umstände, unter denen er sich entfaltet, sondern den Diskurs selbst als Praxis“ (ebd.: 70).

Der Diskurs *erzeugt* also jene Effekte, die er bezeichnet.

Butler interpretiert Foucaults Diskursbegriff als Reglementierungsprinzip, das Identitäten produziert, die das Individuum durchdringen, totalisieren und vereinheitlichen (Butler 2001: 83). Die Bedeutung der Diskurse ist eng mit den Begriffen Macht und Subjekt verbunden. Butler hat die *Subjektivation*, die Subjektkonstitution, als die *diskursive Ausformulierung* eines Individuums bezeichnet (ebd.: 81) und damit artikuliert, dass sich Subjekte nach diskursiv konstruierten Identitäten (ebd.) identifizieren und orientieren (Mann, Frau, Inländer, Ausländer usw.) und somit *subjektivieren*.

Im Begriff der Subjektivierung wird allerdings deutlich, wie Macht durch *Befähigung* funktioniert (Pieper 2007: 220), denn in den Subjektivierungsprozessen greifen Unterwerfung und Freiheit ineinander.

Foucault hat diese paradoxe Gleichzeitigkeit mit dem Begriff der *Gouvernementalität* konzeptualisiert, die sich insbesondere in der politischen Realität des Neoliberalismus ausdrückt.

3.2.2. Neoliberale Gouvernementalität

Eine der Thesen dieser Arbeit lautet, dass die migrantische *Illegalisierung* eine *gouvernementale* Technik konstituiert. Im Anschluss an ausgewählte Gouvernementalitätsstudien gehe ich ferner davon aus, dass diese Strategien dem neoliberalen Imperativ der Flexibilität des Arbeitsmarktes untergeordnet sind (Hiemstra 2010; Lerner 2000). Hiemstra (2010) hat am Beispiel einer Kleinstadt in Colorado einen Bezug zwischen gouvernementalen Techniken und der Regierung undokumentierter Migration hergestellt. Ich schließe mich zwar nicht allen Punkten ihrer Untersuchung an, möchte aber eine wesentliche Annahme aufgreifen.

Zuvor bedarf aber Foucaults Konzept der Gouvernementalität einer Klärung, und zwar insbesondere im Rahmen der gegenwärtigen neoliberalen Verfasstheit.

Mit dem Konzept der Gouvernementalität erweiterte Foucault seine Machtanalytik Ende der 1970er Jahre. Er beschrieb damit die historische Transformation der Regierungstechniken von der repressiven Unterwerfung der Untertanen seitens eines Fürsten im 16. und 17. Jahrhundert hin zu einer zunehmend ausdifferenzierten Technik der Führung durch die *aktive Teilnahme der Bevölkerung* im Liberalismus und im modernen Neoliberalismus.

Foucault wandte sich damit gegen eine Reduktion von Regierung als Ausführung von Gesetzen und formulierte stattdessen einen Regierungsbegriff, der sich ganz allgemein darauf bezieht, das Handlungsfeld anderer zu strukturieren (Foucault 2005a: 256).

Regierung kann in Foucaults Verständnis so auch im Bereich der Schule oder der Familie wirksam werden, wenn auch alle diese Regierungsformen der Gesellschaft und dem Staat innerlich sind (Foucault 2005b: 153f.).

Ausgehend von diesem weiten Regierungsbegriff betonte Foucault die Bedeutung der Vermittlungsfunktion von Subjektivierungsprozessen und Herrschaftsformen. Er unterschied Techniken des Selbst (*techniques of the self*) und Techniken der Fremdführung (*techniques of domination*) (Foucault 1993a: 203ff.), die aus der

Perspektive der Gouvernementalität in produktiver Weise ineinandergreifen. Denn die Ausübung von Macht kann weder auf Gewalt noch auf Konsens verzichten, vielmehr benötigt sie manchmal beides zugleich (Foucault 2005a: 255f.).

„Governing people, in the broad meaning of the word, governing people is not a way to force people to do what the governor wants; it is always a versatile equilibrium, with complementarity and conflicts between techniques which assure coercion and processes through which the self is constructed or modified by himself“ (Foucault 1993a: 203f.).

Ähnlich wie in Gramscis Hegemonietheorie konstituiert sich Herrschaft nach Foucault vor allem durch die konsensuale Einbindung und Aktivierung der Subalternen (vgl. Adolphs, Karakayali 2007: 121).

In den US-amerikanischen Gouvernementalitätsstudien²⁸ wurden solch spezifische Formen der Regierung einer Gesellschaft vor dem Hintergrund des Neoliberalismus näher untersucht (vgl. Larner 2000).

Der Neoliberalismus ist neben einer politischen Lehre (Ptak ----: 73) vor allem die *Praxis* einer permanenten Suche nach Möglichkeiten und Strategien zur Durchsetzung der Marktgesellschaft (ebd.: 73f.).

„Nach neoliberaler Selbstverständnis handelt es sich um eine von oben inszenierte und gesteuerte ‚Bewegung‘, also im klassischen Sinne um ein Elitenmodell, an dessen Spitze sich die führenden Neoliberalen stets selbst wähen“ (ebd.).

Neoliberalismus ist daher sowohl eine *ideologische Rhetorik* (Kreisky 2003: 1) als auch ein ökonomisches Projekt zur *Fortführung des Kapitalismus mit marktradikaleren Mitteln* (ebd.; Kreisky 2001).

Gerade der durch den undokumentierten Aufenthalt entrechtete Status entspricht den Anforderungen eines nach neoliberalen Prinzipien restrukturierten, weil deregulierten und flexibilisierten Arbeitsmarkts (Karakayali, Tsianos 2005). In diesem Szenario stellen die Undokumentierten

„[...] die Masse perfekt flexibler Arbeitskräfte, denn sie können je nach Auftragslage angeworben und entlassen werden. Sie sind schutzlos und ohne Rechte, und man kann sie hinauswerfen, wann man will“ (Terry 2002).

Die *indirekten* Formen der Regierung spielen im Neoliberalismus eine zentrale Rolle, wie etwa Larner (2000: 6) feststellt: „Neo-liberalism is both a political discourse about the nature of rule and a set of practices that facilitate the governing of individuals from a

²⁸ Die *Governmentality Studies*, in deren Mittelpunkt Foucaults Begriff der Gouvernementalität steht, gewannen im französisch- und englischsprachigen Raum in den 1990er Jahren an Popularität. Sie entwickelten sich vor dem Hintergrund des Neoliberalismus und wurden auch in den USA im Sinne eines weiten Begriffs von Regierung für neue Problemfelder thematisch

distance.“

Das neoliberale Konzept der *aktiven Gesellschaft* wird aus einer gouvernementalen Perspektive als Selbsttechnik durch *Selbstermächtigung* konzeptualisiert (ebd.: 13). Durch die Aufforderung, „an sich selbst zu arbeiten“, um zu Glück und Wohlstand zu gelangen, wird eine gesellschaftliche Ordnung nicht aufgezwungen, sondern von den biopolitischen Subjekten selbst hervorgebracht. Entsprechend der neoliberalen Konfiguration des Staates werden zwar auch repressive Formen der Führung immer wieder aktualisiert, darüber hinaus gewinnen aber vor allem indirekte Formen der Regierung Bedeutung, in denen das Individuum auf sich selbst einwirkt und sich selbst beherrscht (Foucault 1993b: 27).

Nach Hiemstra (2010) werden gouvernementale Selbsttechniken im Kontext undokumentierter Migration *gegen* MigrantInnen gewendet, um sie im Sinne eines flexiblen Arbeitsmarktes als Arbeitskräfte zu disziplinieren. Der Disziplinierungsapparat wird dabei auf die *gesamte* Bevölkerung ausgeweitet, die ständig aufgefordert wird, sich an der Überwachung undokumentierter MigrantInnen zu beteiligen (ebd.: 92).

Obwohl ich Hiemstras Annahme im Ansatz für aufschlussreich halte, impliziert sie dennoch einen Antagonismus von Kontrolle und Unterwerfung, in dem die MigrantInnen einzig die passive Rolle der Beherrschten einnehmen.²⁹ Dagegen möchte ich vorschlagen, dass auch die *aktive* Mitgestaltung der *MigrantInnen selbst* aufgerufen wird, wodurch nicht zuletzt zentrale Möglichkeiten für widerständiges Handeln eröffnet werden (vgl. 8.2.2.).

Die gouvernementalen Regierungstechniken konstituieren sich im Wechselspiel durch die Anwendung von Machttechniken und die Bereitstellung von *Wissensformen*.

Die neoliberale gouvernementale Regierung ist eng mit der Aufforderung verbunden, sich am *Normalen* zu orientieren, am christlichen, heterosexuellen, primär männlichen Weißen. Subjekte müssen ein Verhältnis zu sich entwickeln und sich *normalisieren* (Lorey 2006). Das Normale ist das, „was in der Lage ist, sich der Norm zu fügen, und das Anormale ist das, was dazu nicht in der Lage ist“ (Foucault 2006a: 89f.). Von der neoliberalen Norm abweichende Kategorien von Menschen wie Frauen, Schwarze und People of Color werden in der flexiblen und anpassungsfähigen Gesellschaft als mangelhaft und unpassend betrachtet (Kreisky 2003: 22).

geöffnet. Vgl. dazu Lemke 2000 und den Sammelband von Bröckling, Krasmann, Lemke 2010.

²⁹ Lemkes Kritik an den Gouvernementalitätsstudien richtet sich in ähnlicher Weise gegen die kohärente und konsistente Konzeptualisierung politischer Programme, die kaum Ansatzpunkte für die Formulierung von Widerstand bieten. Die einzige Alternative, die sich nach Lemke in dieser Perspektive stelle, sei jene zwischen der erfolgreichen Implementation eines Programms und seinem Scheitern (Lemke 2000: 12ff.).

Regierung bestimmt insbesondere im Neoliberalismus ein diskursives Feld, in dem Begriffe erarbeitet, Gegenstände spezifiziert und problematisiert sowie Argumente und mögliche Bearbeitungsstrategien bereitgestellt werden (Lemke 2000: 2). Die zu „regierende Realität“ wird aus der gouvernementalen Perspektive nicht lediglich repräsentiert, sondern stellt eine *intellektuelle Bearbeitung* der Realität dar, deren Subjekte dann machttechnologisch regierbar werden (Lemke 2000: 2). So stellen etwa die Diskurse um die vermeintlichen Budgetbelastungen des ohnehin geschwächten kalifornischen Staates durch undokumentierte MigrantInnen bereits Prozesse der „Rationalisierung“ dar, die die Grundlage bilden für die machttechnologische Bearbeitung. Foucault (2006b: 435f.) spricht hier auch von *politischen Rationalitäten*, jenem machtvoll hergestellten *Wissen*, welches die Grundlage bildet, auf der die *Machttechnologien* eingesetzt werden (Lemke 2000: 2). In diesem Sinne dient das *Wissen* um die finanzielle Belastung durch illegale Migration als Voraussetzung dafür, undokumentierten MigrantInnen den Zugang zu Sozialleistungen zu versperren. Der Ursprung dieser Rationalisierungsprozesse speist sich nicht aus den Motiven oder Interessen Einzelner, vielmehr sind die politischen Rationalitäten „selbst bereits ein Effekt gesellschaftlicher Verhältnisse und ein ‚Einsatz‘ in ihnen“ (Lemke 2000: 16; vgl. Foucault 1983: 95).

Aus der Perspektive der Gouvernementalität werden auch Re-Konfigurationen von Staatlichkeit konzeptualisierbar.

„Und dass der Staat so ist, wie er jetzt ist, dürfte wahrscheinlich dieser Gouvernementalität zu verdanken sein, die dem Staat zugleich innerlich und äußerlich ist. Denn eben die Taktiken des Regierens gestatten es, zu jedem Zeitpunkt zu bestimmen, was in die Zuständigkeit des Staates gehört und was nicht in die Zuständigkeit des Staates gehört, was öffentlich ist und was privat ist, was staatlich ist und was nicht staatlich ist. Also, wenn Sie so wollen, darf man den Staat in seinem Überleben und den Staat in seinen Grenzen nur von den allgemeinen Taktiken der Gouvernementalität her verstehen“ (Foucault 2005b: 172f.).

Aus Foucaults Erklärung resultiert, dass die Konzeption des Staates nicht universell bestimmbar ist, sondern sich kontinuierlich verschiebt und wandelt. Die Grenzen zwischen Öffentlich und Privat, Staat und Gesellschaft werden innerhalb der spezifischen Rationalitäten immer wieder neu verhandelt. Während im fordistischen Wohlfahrtsstaat eine Versicherung gegenüber gesellschaftlichen Risiken verfolgt wurde, ist für die gegenwärtige Form neoliberaler Gouvernementalität die Privatisierung und Individualisierung von Risiken sowie ein prekäres Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit bestimmend (Lemke 2000: 9).

Die neoliberale Verschiebung von *government* zu *governance* bedeutet mitnichten eine Verdrängung des Staates, sondern vielmehr eine Re-Konfiguration seiner Aufgaben (Larner 2000: 12). Die Aufgabe des Staates besteht nun darin, die entsprechenden Strukturen bereitzustellen, um eine Regierung „über Umwege“ zu realisieren. Denn „[d]er Staat ist nichts anderes als der bewegliche Effekt eines Systems von mehreren

Gouvernementalitäten“ (Foucault 2006b: 115).

Aufgrund dieser Verschiebungen in der Herrschaftsarchitektur weist der neoliberale Staat eine komplexe Vielfalt an Selbsttechnologien auf, die gerade in einer Analyse widerständiger Praxis eine entscheidende Perspektive eröffnen, weil sie Ansatzpunkte für Handlungsalternativen offenlegen.

3.2.3. Widerstand

„Es reicht nicht, wenn man sagt, bei diesem Widerstand handle es sich um einen Kampf gegen die Autorität. Wir müssen schon genauer bestimmen, was diese Kämpfe gemeinsam haben.“
(Michel Foucault 2005a: 244)

In der akademischen Auseinandersetzung mit Migrationen wird Widerstand häufig konstatiert, aber kaum näher bestimmt.³⁰ Oft ist in Zusammenhang mit Formen migrantischer Selbstorganisation von Widerständigkeit die Rede, etwas weniger oft wird der Begriff auf kleinere, alltägliche Handlungskontexte bezogen. Insbesondere in letzterem Fall bleibt eine Präzisierung nicht selten aus.

Ich möchte daher nachfolgend den Versuch unternehmen, ausgehend von Foucaults Werk den Widerstandsbegriff herauszuarbeiten und zu verdichten.

Ich denke, dass Foucault in seiner Machtanalytik einen überaus brauchbaren Ansatz vorgeschlagen hat, um Widerstände zu theoretisieren. Die Stärke seines Werkes liegt meiner Ansicht nach in der Sensibilisierung für die *Vielfalt* widerständiger Praktiken (vgl. Hechler, Philipps 2008: 12). Diese reichen von Kämpfen, „die auf den Wechsel der Regierung und der Machtstruktur selber“ abzielen (Foucault 1994: 352), bis zu „situativen Resistenzen, bei denen kurzfristige Handlungsspielräume genutzt werden, ohne dass eine Verstetigung angestrebt wird“ (Hechler, Philipps 2008: 12). Gelingt es diesen lokalen, spontanen subversiven Praktiken, sich zu verketteten, können auch diese zu nachhaltigen Transformationen führen (ebd.).

In Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit bedeutet die Diversität des Widerstandsbegriffs, alltäglichen Situationen und Kontexten offen und sensibel zu begegnen und auch scheinbar beiläufige und flüchtige Gegebenheiten aus der Perspektive ihrer möglichen Widerständigkeit zu betrachten.

Zunächst werde ich ausgehend von der Formel „Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand“

³⁰ Zur Situation in Europa vgl. z.B. Bojadžijev 2008 oder Interface 2005. Im US-amerikanischen Kontext vgl. z.B. Lin 2006; Loyd, Burridge 2007; Gonzales 2009 oder Lazos 2007.

(Foucault 1983: 96), die Foucault in „Der Wille zum Wissen“ eingeführt hat, in Rekurs auf Klaas (2008) ein Missverständnis (ebd.) in Foucaults Widerstandsbegriff klären. Die Auflösung dieses „Irrtums“ in der Foucaultrezeption (vgl. Klaas 2008) dient mir dann als Ausgangspunkt, um Widerstand auf konkretes Handeln zu beziehen.

Klaas (2008: 152f.) sieht Foucaults machtanalytische Überlegungen in wesentlichen Punkten als Anschlussstelle an Nietzsches Machtbegriff³¹, der wiederum an Schopenhauers Krafttheorie anknüpft.³² Nietzsche sieht die Macht als ein Netz voneinander abhängiger, aufeinander bezogener Punkte, die er Kraftquanta oder Machtquanta nennt. Die Quanta existieren nur durch ihre *Bezüglichkeit* aufeinander, Macht wirkt also *relational*. Darüber hinaus wird Macht bei Nietzsche auch *agonal* und *dynamisch* gedacht. Denn ein Machtquantum definiert sich nicht nur durch seinen Bezug zu anderen Machtquanta, sondern – und diese Eigenschaft unterscheidet es vom *Kraftquantum* – auch durch die Reibung und die Auseinandersetzung. Die Machtquanta wissen erst dann, wie viel Macht ihnen innewohnt, wenn sie sich am *Widerstand* eines Gegners messen können. „Ein Machtquantum ist durch die Wirkung, die es übt und der es widersteht, bezeichnet“ (Nietzsche, zitiert nach Klaas 2008: 153) Die Machtquanta suchen also stets den Kampf mit einer anderen Macht (agonale Wirkung) und sind dabei permanent in Bewegung, weil sie sich nur innerhalb dieser Dynamik erfahren können (dynamische Wirkung). Das Ziel des Kampfes liegt aber nicht allein in der Selbstbemessung, sondern in der *Bezwingung* der gegnerischen Macht, um die eigene Macht *unaufhörlich zu steigern*. Das Machtquantum sucht deshalb unentwegt die Auseinandersetzung. Um sich aber im Kampf mit einer anderen Macht zu messen, muss das Gegenüber von *ungefähr gleicher Macht* sein – denn „[d]er Ausdruck ‚Macht‘ bezeichnet eine Beziehung unter ‚Partnern‘“ (Foucault 2005a: 252). Bestünde eine zu große Asymmetrie, „wäre der Kampf beendet, lange bevor die eigenen Grenzen erreicht und damit als zu überschreitendes Maß festgestellt sind“ (Klaas 2008: 153).

Ausgehend von diesen Überlegungen zu Foucault zurückkehrend, wird deutlich, dass auch hier die Macht relational, agonal und dynamisch begriffen wird. Macht ist die „Vielfältigkeit von Kräfteverhältnissen“ (Foucault 1983: 93) und vollzieht sich „im Spiel ungleicher und beweglicher Beziehungen“ (ebd.: 94) (relational, dynamisch), die wiederum nur „kraft einer Vielfalt von Widerstandspunkten existieren“ (ebd.: 96) und sich

³¹ In einem Interview aus dem Jahr 1982 spricht Foucault von dem Einfluss, den Nietzsches Werk auf ihn hatte: „Nietzsche war eine Offenbarung für mich. Ich hatte das Gefühl, da ist jemand, der ganz anders war, als man es mich gelehrt hatte. Ich las ihn mit großer Leidenschaft und brach mit meinem bisherigen Leben [...]“ (Foucault 1993c: 19).

³² Klaas verweist in Bezug auf die Auseinandersetzung Nietzsches mit Schopenhauer weiterführend auf: Klaas, Tobias Nikolaus (2002). „Das Versprechen. Grundzüge einer Rhetorik des Sozialen nach Searle, Hume und Nietzsche“, Wilhelm Fink Verlag: München.

in „unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen“ (ebd.: 93) befinden (agonal und wiederum dynamisch).

Das Missverständnis in der Interpretation von Foucaults Machtanalytik sieht Klaas in der Annahme, Widerstand sei ein zwangsläufig mit der Macht verbundenes Phänomen (Klaas 2008: 156). Die Formel „Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand“ ist nach Klaas anders zu lesen und ich schließe mich seiner Lesart hier an.

Zunächst ist an die Unterscheidung von *Kraft* und *Macht* zu erinnern, die Foucault sehr wahrscheinlich im Anschluss an Nietzsche trifft (Klaas 2008: 149ff.). Ein Kraftquantum, das nur in Bezug zu anderen Kraftquanta existieren kann – also wie die Macht eine relationale Wirkung entfaltet – verfolgt das Ziel, sich selbst zu erhalten. Demgegenüber will das *Macht*quantum aber mehr: Es will sich selbst erhalten *und* Macht über das andere Quantum gewinnen. Macht existiert über den relationalen Charakter hinaus über Dynamik und Kampf (Klaas 2008: 156). In der Physik handelt es sich um Widerstand, wenn eine Kraft sich einer anderen, auf sie einwirkenden, entgegensetzt. Weil aber Macht immer *mehr* will als Kraft, deuten die Machtbeziehungen – anders als die Kraftbeziehungen, „die notgedrungen immer nur auf eine ausgezeichnete Art aufeinander wirken“ (ebd.: 158) – über ihren relationalen Charakter hinaus auf ein *Moment der Wahl* hin. Mächte lassen in diesem Sinne „Spielräume der Reaktion“ zu – nämlich sich ihr zu ergeben oder ihr zu entgegnen und Widerstand zu leisten (ebd.).

Wo es Macht gibt, gibt es demnach nicht automatisch Widerstand, aber automatisch die *Möglichkeit* zum Widerstand. Diese Lesart deckt sich mit Foucaults folgender Erläuterung:

„Man sollte außerdem beachten, dass es Machtbeziehungen nur in dem Maße geben kann, in dem die Subjekte frei sind. Wenn einer von beiden vollständig der Verfügung des anderen unterstünde und zu dessen Sache geworden wäre, ein Gegenstand, über den dieser schrankenlose und unbegrenzte Gewalt ausüben könnte, dann gäbe es keine Machtbeziehungen. Damit eine Machtbeziehung bestehen kann, bedarf es also auf beiden Seiten einer bestimmten Form von Freiheit. Selbst wenn die Machtbeziehung völlig aus dem Gleichgewicht geraten ist, wenn man wirklich sagen kann, dass der eine alle Macht über den anderen besitzt, so lässt sich die Macht über den anderen nur in dem Maße ausüben, in dem diesem noch die Möglichkeit bleibt, sich zu töten, aus dem Fenster zu springen oder den anderen zu töten. Das heißt, dass es in Machtbeziehungen notwendigerweise *Möglichkeiten* des Widerstands gibt, denn wenn es keine *Möglichkeit* des Widerstands – gewaltsamer Widerstand, Flucht, List, Strategien, die die Situation umkehren – gäbe, dann gäbe es *überhaupt keine Machtbeziehungen*“ (Foucault 2005c: 288f.).³³

Daraus resultiert, dass die Möglichkeit zur Widerständigkeit nicht immer genutzt wird. Oft ist es einfacher oder weniger riskant, sich anzupassen und sich einer Machtbeziehung einfach zu ergeben.

Aus dieser Sichtweise kann abgeleitet werden, dass Widerstand der Macht nicht äußerlich ist – wie Foucault (2005a: 243) nicht müde wird zu betonen –, sondern eine bestimmte *Form* der Macht anzeigt. Wenn nun Widerstand einen Machttypus darstellt, dann muss

³³ Hervorhebungen D.Y.

auch die Macht, gegen die sich der Widerstand richtet, von spezifischer Art sein (Klaas 2008: 159) Denn der Macht als solcher widerständig entgegenzutreten, wäre nach Foucault unsinnig. Macht ist überall, in jede Situation eingeschrieben, weshalb man sich ihr nicht äußerlich entgegenstellen kann (ebd.).

Widerstand artikuliert sich deshalb erst dort, wo Macht zu *Herrschaft* sedimentiert. Und zwar deshalb, weil Herrschaft das Prinzip der Macht an sich gefährdet. Herrschaft verfestigt das dynamische Netz aus flexiblen, aufeinander bezogenen Punkten und kann deshalb auch als die Machtform bezeichnet werden, die die Macht am Macht-Sein hindert (ebd.: 160). Auch Lemke verortet Widerstand dort, wo Machtausübung systematisiert, reguliert und reflektiert auftritt (Lemke 2001), also sich zu Herrschaft verfestigt. Widerstand verflüssigt verfestigte Machtbeziehungen und vergrößert dadurch wieder den Handlungsspielraum.

Klaas übersetzt Foucaults Formel letztlich folgendermaßen: „Wo es *Herrschaft* gibt, gibt es die *Möglichkeit von Widerstand*“³⁴ (ebd.: 160). Widerstand und Herrschaft sind jeweils spezifische Machttypen, die sich in dem gleichen Feld bewegen, aber in unterschiedliche Richtungen ziehen.

So sind etwa AkteurInnen, die über Grenzsicherungen und die Verweigerung von Aufenthaltspapieren (und damit von Rechten) entscheiden können, „in Begriffen einer Macht-Ökonometrie“ überlegen (Tsianos 2010), dennoch üben die MigrantInnen Widerstand auf das Grenzgeschehen aus (ebd.). Die Grenzpolitiken verschieben sich in Reaktion auf die Praxis des undokumentierten Überschreitens und auch die Techniken der Einreise antworten stetig auf die sich wandelnden Politiken. Obwohl die Herrschaftsstrukturen danach streben, Kämpfe zu neutralisieren und zu integrieren, gibt es innerhalb dieser Dynamik Raum für Widerstand und Prozesse der Reibung.

Widerständige Praxis ist also nur dort denkbar, wo sich Macht zu Herrschaft verfestigt. Ist das Machtverhältnis annähernd symmetrisch, gibt es auch der Möglichkeit nach keinen Raum für Widerstand (Klaas 2008: 160). Dieser Sichtweise schließen sich auch einige jüngere Arbeiten zum Widerstandsbegriff an (vgl. Hechler, Philipps 2008: 11; Castro Varela 2007: 68). Widerstand ist damit auch eine *reaktive* Macht.

Die Frage, *warum* man überhaupt widerständig handeln soll, führt Foucault in der Folge zum Begriff der Regierung zurück. Um nämlich

„nicht derartig, im Namen dieser Prinzipien da, zu solchen Zwecken und mit solchen Verfahren regiert [zu werden] – [...] nicht so und nicht dafür und nicht von denen da [...]“ (Foucault 1992: 11f.).

Das bedeutet nicht notwendigerweise „nicht regiert werden und [...] rein gar nicht regiert

³⁴ Hervorhebungen D.Y.

werden“ (ebd.: 11), sondern „nicht *dermaßen* regiert zu werden“³⁵ (ebd.: 12).

In der Erfindung neuer Subjektivitäten sieht Foucault ein Hauptziel widerständiger Handlung.

„Abschließend könnte man sagen, das gleichermaßen politische, ethische, soziale und philosophische Problem, das sich uns heute stellt, ist nicht der Versuch, das Individuum vom Staat und dessen Institutionen zu befreien, sondern uns selbst vom Staat und der damit verbundenen Form von Individualisierung zu befreien. Wir müssen nach neuen Formen von Subjektivität suchen und die Art von Individualität zurückweisen, die man uns seit Jahrhunderten aufzwingt“ (Foucault 2005a: 250f.).

Widerständige Praktiken lassen sich in diesem Sinne sowohl in konfrontativer, kriegiger Auseinandersetzung, in Flucht, Verweigerung und Entzug wie auch als Bemühungen einer *eigen-sinnigen Selbstgestaltung* lesen (vgl. Hechler, Philipps 2008: 11).³⁶

„Der in der Subjektivierungslinie angelegte Selbstbezug beinhaltet somit ein Widerstandspotenzial, das auch eine performative Dimension der Entwicklung und Erfindung neuer Subjektformate und Subjektivierungsweisen einschließt“ (Pieper 2007: 220).

Dieser Arbeit liegt ein weiter, *funktionalistischer* Widerstandsbegriff zugrunde, der auch die nicht-intentionalen, weniger risikoreichen Handlungen (Hechler, Philipps 2008: 8) sowie die „kleinen Taktiken und Ausweichmanöver der Schwachen“ erfasst (ebd.: 9).

„Als Widerstand erscheint nun neben seinen klassischen Formen wie der Protest oder das Attentat tendenziell jede Form der Auf- oder Ablehnung innerhalb einer asymmetrischen Herrschaftsbeziehung, die als Begrenzung und Abwehr zunehmend ausgreifender Machtansprüche wirkt, gleichgültig aus welchen Einflüssen, Motiven oder Gründen sie sich speist“ (Hechler, Philipps 2008: 8).

Widerstand wird in diesem Sinne danach beurteilt, ob die widerständige Wirkung „mehr oder weniger effektiv erzielt wird“ (ebd.: 9) – ungeachtet dessen, ob sie auch beabsichtigt wurde. In diesem Sinne kann sich auch eine nicht als widerständig intendierte Handlung für die machtüberlegene Seite als kontraproduktiv erweisen. Ebenso kann ein bewusst affirmatives Verhalten als widerständig gelten (ebd.).

Castro Varela (2007: 257ff.) hat ein solch überkonformes Handeln in der *Dissimulation* als spezifische Form von Widerstand eingeführt. Dabei assimilieren sich Subjekte an aktuelle Stereotypen mit dem eigentlichen Ziel der *Abwehr* dieser Stereotype. Die türkische Gymnasiastin spricht gebrochenes, schlechtes Deutsch und karikiert damit eine hegemoniale Figur, um sich schließlich zu demaskieren und dieses Bild zu stören.

Axel Philipps (2008) hat in Zusammenhang mit der Arbeitsmarktreform „Hartz IV“ in

³⁵ Hervorhebungen D.Y.

³⁶ Hechler und Philipps sprechen von einer *autonomen* Selbstgestaltung. In Anschluss an Benz und Schwenken (2005) gehe ich aber von einer *Eigensinnigkeit* widerständiger Praktiken im

Deutschland herausgearbeitet, dass eine Analyse von Widerständigkeit als „*bewusst ausgerichtete Herausforderung* der gegebenen Machtverhältnisse“ (ebd.: 262) die Gefahr birgt, eine Vielfalt resistenter Handlungen zu übersehen oder zumindest zu unterschätzen. Erstens setzt ein Widerstandsbegriff, der Intention und Handlung zur Deckung bringt, eine „identifizierbare Gegenwelt“ voraus (ebd.). Weil sich Macht häufig tarnt, sind aber die Machtverhältnisse in der neoliberalen Verfasstheit des modernen Staates zunehmend schwierig auszumachen.

Zweitens kann eine Handlung auch durch die Macht als Widerstand markiert werden, indem diese erst durch ihre Ahndung und Verfolgung als widerständige Praxis hergestellt wird.

„Solche Praktiken, die erst aus der Berührung mit einer Macht hervorgehen, haben zwar keine utopischen oder revolutionären Intentionen, aber sie verändern auf ihre Art die gesellschaftlichen Verhältnisse, da die dominierenden Gruppen bestimmtes alltägliches Verhalten zu Widerstand erklären und somit selbst das Spektrum resistenter Handlungen erweitern und verschieben“ (ebd.: 262).

Individuelle Praktiken lassen häufig keine geplanten Zerschlagungen hegemonialer Umstände erkennen, sondern entfalten sich kurzzeitig in Lücken und Unbestimmtheiten, „um das Geschick für einen Moment zu den eigenen Gunsten zu verändern“ (Philipps 2008: 269).

Diese Praktiken vervielfachen einander und bewirken schließlich Verschiebungen in der Machtarchitektur, obwohl sie keine Frage der Motivation waren. Gerade die Kämpfe des Alltags können deshalb oft erfolgreich sein, weil sie außerhalb öffentlich verhandelter Kompromisse stattfinden (Bojadžijev 2008: 120).

Nach Foucault (1983: 95) verfolgt die Macht zwar eine Absicht, diese muss aber nicht auf die Entscheidung eines individuellen Subjekts zurückzuführen sein. Die Rationalität der Macht ist die Rationalität von Taktiken, die sich miteinander verketteten, einander hervorrufen und ausbreiten und schließlich zu *Gesamtdispositiven* führen – „und dennoch kommt es vor, dass niemand sie entworfen hat und kaum jemand sie formuliert“ (ebd.). Ähnlich schreibt Foucault in „Überwachen und Strafen“ von gesetzeswidrigen Handlungen, denen es „nicht immer direkt um den Sturz der Macht [geht], aber in ihrer Häufung können sie dazu führen“ (Foucault 1994: 352).

Das bedeutet meines Erachtens zweierlei: Erstens, dass hinter einer Handlung zwar immer eine Absicht steht, diese aber nicht zwingend mit dem *Effekt* der Handlung zur Deckung kommt. Und zweitens, dass scheinbar nebensächliche – nicht als widerständig intendierte – Handlungen einander vervielfachen und erst in ihrer Multiplikation Herrschaftsverhältnisse verschieben können.

Handlungen des Entziehens, Ausweichens und Vermeidens bringen die hegemonialen Strukturen in Bewegung und sind als anders gerichtete Bewegung deshalb bereits eine widerständige Handlung (Philipps 2008: 271). Der Effekt der Handlung kann dabei in einer situativen Verschiebung der Machtverhältnisse liegen oder sich erst retrospektiv als kumulatives Moment einstellen (Hechler, Philipps 2008: 9).

Auf individuelle Praxis bezogen, kann Widerstand im Nicht-Befolgen von Befehlen, im Übertreten eines Gesetzes oder schlicht in der Verweigerung von Zustimmung ausfindig gemacht werden (vgl. Kastner 2008: 46). Im postoperaistischen Zusammenhang haben Hardt und Negri (2000: 222) von Gehorsamsverweigerung gegenüber einer Autorität und vom Dagegen-Sein gesprochen.

Gouvernementalitätstechniken, die Verantwortlichkeiten weg vom Staat und hin zum *rationalen, verantwortlichen* Subjekt verschieben (Lemke 2000: 11), eröffnen auch neue Räume für widerständige Praktiken. Der Verweigerung von Zustimmung kommt gerade unter neoliberalen Bedingungen besondere Bedeutung zu, „unter denen immer weniger repressive Gesetze als vielmehr Wahrheitsregime und andere Formen der Einbindung das Regieren kennzeichnen“ (vgl. Kastner 2008: 49). Foucault (2006a: 287) hat in diesem Zusammenhang auch von einem *Gegen-Verhalten* gesprochen und damit den Widerstand gegen eine Verhaltensführung bezeichnet (ebd.: 286), die bestimmte gesellschaftlich durchgesetzte Werte – wie etwa die Verbundenheit mit der Nation – verweigert.³⁷

Weil Herrschaft häufig nicht genau lokalisierbar ist, richtet sich Widerstand nicht primär gegen AkteurInnen, sondern gegen spezifische Machttechniken oder Machtformen (Foucault 2005a: 245). Häufig sind dies Machtformen, die

„dem unmittelbaren Alltagsleben [gelten], das die Individuen in Kategorien einteilt, ihnen ihre Individualität zuweist, sie an ihre Identität bindet und ihnen das Gesetz einer Wahrheit auferlegt, die sie in sich selbst und die anderen in ihnen zu erkennen haben“ (ebd.).

Indem Widerstand als spezifische Machtform begriffen wird, muss die widerständige Handlung als heterogenes Feld betrachtet werden. Jede Form von Widerstand ist selbst *machtvoll*, das heißt, sie ist von Machtbestrebungen, Kräfteverhältnissen und Widersprüchen durchsetzt. Machtverhältnisse werden in Bewegung gebracht und gleichzeitig immer wieder stabilisiert (Castro Varela 2007: 68). Diese Perspektive ermöglicht einen nicht essentialisierenden Blick auf Widerstände bzw. widerständige Subjekte und die vielfach problematischen Beziehungen innerhalb unterschiedlicher Formen politischer Organisation.

Auch in kritischeren Arbeiten jüngerer Migrationsforschung werden Ungleichheiten

³⁷ Foucault (2006a: 287f.) veranschaulicht dieses Gegen-Verhalten am Beispiel der Desertion im 17. und 18. Jahrhundert. In diesem Sinne wird die Verbundenheit mit der Nation durch die Verweigerung des Waffentragens abgelehnt.

innerhalb migrantischer Netzwerke und Praktiken tendenziell de-thematisiert, ebenso werden in wissenschaftlichen Untersuchungen migrantischen Widerstands in L.A. solche Konflikte dem Blick entzogen (vgl. z.B. Gonzales 2009 bzw. Cortés 2008). Aufgrund der diskreten Wirkung von Androzentrismus (Kreisky 2004: 27) bleiben insbesondere hegemoniale Männlichkeiten in widerständischen Kontexten häufig untheoretisiert, wie dies meiner Ansicht nach in der Theorie einer Autonomie der Migration der Fall ist (vgl. 3.1.2.).

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die Möglichkeit zur widerständigen Handlung eröffnet sich dort, wo Machtverhältnisse zu Herrschaft verfestigt sind. Widerstand operiert deshalb immer unter Bedingungen asymmetrischer Beziehungen. Lücken im Herrschaftszustand sind die Ansatzpunkte für widerständiges Handeln, weshalb eine wesentliche Taktik dissidenter Praxis in der Auslotung von Handlungsspielräumen besteht. Widerstand muss als solcher nicht intentional sein, das heißt, eine widerständige Handlung kann erst von der machtüberlegenen Seite als solche markiert und damit produziert werden. Gleichwohl sind zahlreiche Formen von Widerstand durch ihre Intention gekennzeichnet (Selbstorganisation). Widerständige Praxis bringt Machtbeziehungen situativ und/oder retrospektiv in Bewegung. Schließlich eröffnet Widerstand als machtvolleres Handeln wiederum ein asymmetrisches Handlungsfeld, welches Machtverhältnisse gleichzeitig verschiebt und verfestigt.

3.3. Rassismus und Migration

Meine Untersuchung ist von der Annahme geleitet, dass Migrationen und ihre Bedingungen Reaktion und Ausdruck rassistisch geprägter Machtverhältnisse sind. Weil Nationalstaaten durch Ein- und Ausschluss auf Basis einer konstruierten (kulturellen) Identität funktionieren, die ihr fremde Körper differenziert und dazu neigt, sie auszuschließen, betrachte ich Rassismus als ein der staatlichen Herrschaft inhärentes Prinzip (Bojadžijev 2008: 42).

Nationen sind – wie Hobsbawm (2005: 20) festgestellt hat – „Doppelphänomene“, die zwar von oben konstruiert werden, aber auch von unten analysiert werden müssen. Sie sind als solche gleichsam konstruiert und wirkungsmächtig. Die Nation als *erfundene Gemeinschaft* (Anderson 1996) wird im idealen Fall durch ein gemeinsames, abgegrenztes Territorium, den souveränen Staat, realisiert.

Die Vorstellung einer homogenen Kultur, die als „Volk“ ihren Raum beansprucht, regelt Fragen der Zugehörigkeit sowie der Befugnis der Raumbetretung und -gestaltung (Castro Varela 2007: 46). Diskurse wie „Das Boot ist voll“ speisen sich aus dieser Politik des Raumes (ebd.).

Foucault (1999) hat Rassismus als grundlegenden Mechanismus der Macht bezeichnet, weshalb Rassismus als charakteristisches Funktionsprinzip in den modernen Staat eingeschrieben ist. Rassismus funktioniert als Mechanismus, der Bevölkerungen hierarchisiert, Gruppen gegeneinander ausspielt und Mächte fragmentiert (ebd.) und wird als solcher zu einem Prinzip der Vergesellschaftung.

Nachfolgend werde ich zunächst einige grundlegende Begriffe klären (allen voran den Rassismusbegriff), um in einem zweiten Schritt die Verbindung von Rassismus und Migration anhand des Aufenthaltsstatus als Strukturkategorie zu explizieren.

3.3.1. Rassismus: einige begriffliche Klärungen

Die US-amerikanischen Rassismustheorien konzeptualisieren Rassismus kaum in Bezug auf Migrationen und insbesondere auf undokumentierte Migrationen. Rassismus wird in Zusammenhang mit *Jim Crow*, Sklaverei und Apartheid betrachtet und nicht im Rahmen von Gastarbeiterprogrammen oder Quotenregelungen diskutiert (vgl. Loyd, Burrige 2007). Umso wichtiger erscheint mir angesichts der Vermeidung des Themas in Migrationszusammenhängen eine Analyse gegenwärtiger Verdichtungen von Rassismus in den USA (vgl. auch 5.1.).

In der Intersektionalitätsdebatte wird im Rahmen der Kategorientrias auf das Konzept der „Rasse“ verwiesen. Inzwischen wird dieses vielfach kritisiert und entweder nicht verwendet oder aber in Anführungszeichen gesetzt, um eine vorsichtige Verwendung des Begriffs anzudeuten (Bojadžijev 2008: 28). Auch in einigen kritischen, antirassistischen Untersuchungen US-amerikanischer ForscherInnen ist „Rasse“ eine Argumentationskategorie (vgl. z.B. Bonilla-Silva 2003; Murguía, Forman 2003; Kivel 2006). Weil aber eine der zentralen Funktionen von Rassismus in der Konstruktion von etwas liegt, das es nicht gibt – der „Rasse“ –, ist Rassismus nicht durch seine Wirkung kritisch konzeptualisierbar (Bojadžijev 2008: 29).

Ich ziehe es daher vor, von dem Prozess der *Rassifizierung* zu sprechen, da in dieser Begrifflichkeit sowohl die Konstruiertheit der „Rasse“ artikuliert wird als auch deren herrschaftstechnisches Element. Rassifizierung bezeichnet nach Wollrad (2007: 42f.) einen Prozess der Übertragung von Zeichen auf Körper und deren Wertung. „Hautfarbe“ ist innerhalb der Rassifizierungsdynamiken eines der prominentesten Zeichen (ebd.).

Die britischen Theoretiker Robert Miles und Malcolm Brown haben Rassismus jenseits von sozialen Konstruktionen wie „Rasse“ oder „Ethnie“ definiert. Miles und Brown (2003: 83) bestimmen Rassismus als Organisation von *naturalisierten* Gruppen, um Ungleichheiten zwischen diesen Gruppen zu legitimieren. Rassismus wird in diesem Sinne als Ordnungsprinzip verstanden, das Ein- und Ausschlüsse regelt, die sich im Staat verdichten und dort weiter ausgearbeitet werden (Bojadžijev, Tsianos 1999).

Mit dieser relativ weiten Begrifflichkeit wird Rassismus in vielen Feldern anwendbar, in denen Asymmetrien durch determinierte Gruppenidentitäten aufgrund biologischer oder „kulturell“ spezifischer Merkmale produziert oder reproduziert werden. Auch Sexismus und Androzentrismus sind in dieser Begrifflichkeit als rassistisch einzuordnen, da auch in Bezug auf Geschlecht eine Festlegung stattfindet, die naturalisierte Gruppen voneinander differenziert.

Gutiérrez Rodríguez (2006) hat in ähnlicher Weise mit dem Begriff der *Ethnisierung* die Ausbildung *ethnisierter Subjekte* durch staatliche Definitionspraktiken artikuliert: StaatsbürgerInnen, illegale Fremde, Fremde mit Aufenthaltsrecht usw. Über Einwanderungs- und Aufenthaltsgesetzgebung werden Subjekte produziert, deren Zugehörigkeit zur Staatsgemeinschaft über ein imaginäres „wir“ und ein symbolisches „sie“ (Hobsbawm 2005: 19) definiert wird. Derrida hat darauf hingewiesen, dass Gegensatzpaare keine friedliche Koexistenz, sondern eine gewaltförmige Hierarchie darstellen, denn „[e]iner der beiden Begriffe regiert [...] den anderen oder hat die Oberhand“ (zitiert nach Hall 2004: 145).

Was Foucault als *Normalisierung* und *Disziplinartechnik* beschrieben hat (2006a: 89ff.), bezeichnet Hall (2004: 144) als Praxis der *Stereotypisierung*. Es handelt sich dabei um

eine Strategie der Spaltung, die das Normale und Akzeptable vom Anormalen und Inakzeptablen trennt (ebd.). Die Praxis der Stereotypisierung reduziert, essentialisiert, naturalisiert und fixiert Differenz und konstituiert in diesem Sinne das Zusammenspiel von Macht und Wissen. Denn Foucault (1994: 39) zufolge gibt es keine Machtbeziehung, die nicht ein spezifisches Wissensfeld erzeugt, und kein Wissen, welches nicht Machtbeziehungen bereits voraussetzt und befördert. Entscheidend ist, dass das Verhältnis der stereotypisierenden bzw. stereotypisierten Gruppen *als Antagonismus reguliert wird* (Bojadžijev, Tsianos 1999).

Gramsci hat mit seinem Begriff des Alltagsverstandes ähnlich argumentiert. Demnach werden auf dem staatlichen Feld bestimmte Praktiken, Normen und Wissensformen bereitgestellt, durch die die Subjekte sich selbst und ihre Umwelt wiedererkennen und nach denen sie ihr Handeln ausrichten. Durch die Übernahme dieser Wissensformen in den Alltagsverstand erlangt eine Gesellschaft erst ihre Handlungsfähigkeit (Gramsci 2002: Heft 13 - §11: 1548; vgl. Ludwig ---). Die Erzeugung staatlicher Subjektformen und deren Integration in den Alltagsverstand bildet aus einer hegemonietheoretischen Perspektive die Voraussetzung dafür, dass eine bestimmte Ordnung der Bevölkerung überhaupt möglich ist (ebd.).

Dieses hergestellte Wissen dient der Produktion eines gesellschaftlichen Konsenses, in dem undokumentierte MigrantInnen als Gesetzesbrecher und Schmarotzer gelten und der überdies die Grundlage dafür bildet, dass sich die Bevölkerung auch selbst *aktiv* an der Regierung der Migration beteiligt (vgl. Hiemstra 2010; vgl. auch 8.2.2.).

Prozesse gesellschaftlicher Hierarchisierung und Differenzierung konstituieren sich somit in historischen Bezügen von lokalisierten Praktiken, Wissenstechnologien, Institutionsdynamiken, Produktionsverhältnissen und diskursiven Konstruktionen (Ludwig ---).

Bojadžijev (2008: 56) hat mit ihrer relationalen Theorie des Rassismus gezeigt, dass sich dieser „konjunkturell im Verhältnis zu den Kämpfen organisiert und reorganisiert“. Es kann deshalb nicht *die* eine Erklärung für Rassismus geben, vielmehr muss Rassismus als Herrschaftsverhältnis im Kontext spezifischer, sich verändernder historischer Bezüge bestimmt werden (ebd.). Anti-chinesische Stimmungsmache und Gesetzgebung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den USA, der Ausschluss aller als fremd konstruierten Personen von den Schürfrechten während des Goldrausches in Kalifornien (vgl. z.B. Rohrbough 1997, Kanazawa 2005) und die gegenwärtige strukturelle und direkte Gewalt gegen MigrantInnen sind so im Lichte konjunktureller Verschiebungen von Rassismus zu betrachten.

Auch Weiß-Sein hat sich innerhalb historischer Konjunkturen gewandelt und modifiziert.

Weiß-Sein bezieht sich dabei nicht auf ein vermeintlich wesenhaft Weißes (vgl. Wollrad 2007: 40), sondern auf hegemonial akzeptierte und erwünschte Denk- und Verhaltensweisen. Weiße Subjektivierungen sind in diesem Sinne kollektive Zurichtungsprozesse, die dazu dienen, Weiße als normale und homogene Gruppe herzustellen, die nie rassifizierend beschrieben wird (vgl. Wollrad 2007: 41).

Während PolInnen, IrInnen oder ItalienerInnen in den heutigen USA als weiß gelten, bildeten sie im Rahmen der Kolonialisierung zu Beginn des 17. Jahrhunderts als leibeigene ArbeiterInnen die Unterklasse (vgl. Root 2004).

Innerhalb unterschiedlicher historischer Perioden hat sich stets eine bestimmte Form von Weiß-Sein als hegemonial durchgesetzt und die weiße Dominanz gesichert (Murguia, Forman 2003: 65). Weiß-Sein impliziert heute sowohl europäische Herkunft als auch Zugehörigkeit zur Mittel- bzw. Oberklasse,³⁸ während Schwarz-Sein oder Mexikanisch-Sein nicht nur auf nicht-europäische Abstammung verweist, sondern auch mit Unter- bzw. Arbeiterklasse verknüpft ist (Murguia, Forman 2003: 65).

Die Begriffe Schwarz und Weiß³⁹ sollen keinen Essentialismus ausdrücken, sondern werden von mir als Analysekatoren in der Untersuchung eingesetzt, um Macht- und Herrschaftsverhältnisse dekonstruierbar zu machen (vgl. Wollrad 2007: 42). „Weiße“ bezeichnet Menschen, die als solche konstruiert sind und dadurch Macht erfahren, die sie als selbstverständlich hinnehmen und als deren Folge sie sich nie mit Rassismus auseinandersetzen müssen. Das weiße Subjekt ist zwar konstruiert, aber die Konstruktion begründet reale Machtverhältnisse (weiße Privilegien). Weiß-Sein ist deshalb Konstruktion *und* Realität, Fiktion *und* Tatsache (vgl. ebd.: 44f.).

Die Bezeichnung „Schwarze Menschen“ verweist auf eine kollektive Unterdrückungserfahrung, die genau wie der Begriff „People of Color“ Ausdruck eines Selbstbewusstseins und eines subversiven Potentials ist (vgl. Wollrad 2007: 42). Eduardo hat die Bezeichnung „People of Color“ im Interview mehrmals verwendet, um auf eine Gruppe hinzuweisen, die in verstärktem Maße Ziel staatlicher Repression ist und sich gleichzeitig gegen diese widerständig formiert (Eduardo P:1, 7:7).

Paul Kivel (2006: 36) beschreibt in seinem Buch „Uprooting racism“, was es heute in den USA bedeutet, eine Person of Color zu sein.

³⁸ Eine Ausnahme bildet die Benennung *white trash*, die nach Wray (2006: 2) eine *Störung* der weißen Ordnung und einen „Schwellenzustand“ bezeichnet.

³⁹ In Anlehnung an Wollrad (2007: 42) führe ich die Begriffe Schwarz, People of Color und Weiß in Großschreibung an. Ebenso schreibe ich Mexikanisch dann groß, wenn ein Bezug zu Unterdrückung oder Diskriminierung vorliegt. Wollrad bemerkt, dass die Großschreibung von Weiß vielfach kritisiert wurde, weil sie eine Gleichsetzung mit dem widerständigen Begriff Schwarz nahelegt. Die Kursivsetzung von *weiß*, auf die deshalb von einigen ForscherInnen zurückgegriffen wird, bewirkt allerdings auch meiner Ansicht nach eine optische Hervorhebung, die *weiß* bedeutsamer erscheinen lässt als Schwarz. Weiß als Adjektiv führe ich daher in kleiner Schrift und recte an.

„People of color face distinct disadvantages, many of which have to do with discrimination and violence. If we were to talk about running a race for achievement and success in this country, and white people and people of color lined up side by side as a group, then every white benefit would be steps ahead of the starting line and every disadvantage would be steps backwards from the starting line before the race even began. The disadvantages of being a person of color in the United States today include personal insults, harassment, discrimination, economic and cultural exploitation, stereotypes and invisibility, as well as threats, intimidation, and violence. Not every person of color has experienced all the disadvantages, but they each have experienced some of them, and they each experience the vulnerability to violence that being a person of color in this country entails.“

Rassismus und seine Praktiken verändern sich zwar konjunkturell (vgl. Bojadžijev 2008: 56), seine Funktionen liegen aber unverändert darin, die Privilegien einer bestimmten – entsprechend den Konjunkturen instabilen – Gruppe abzusichern. Diese Gruppe bezeichnen Murguia und Forman (2003: 66) als die *weiße Hegemonie*.

In den heutigen Vereinigten Staaten sehen Murguia und Forman (ebd.) diese Hegemonie in drei elitären Gruppen.⁴⁰ Die einflussreichste weiße Schicht sind die sogenannten „old money families“. Sie haben ihren Reichtum geerbt, sind typischerweise protestantisch, ihre Kinder besuchen Ivy League-Universitäten und sie besitzen Einfluss in machtüberlegenen Kreisen (z.B. die Kennedy-Familie). Die zweite weiße Gruppe zeichnet sich durch ihr großes finanzielles Vermögen aus, genießt aber nicht dieselbe Reputation wie die „old money families“. Mitglieder dieser Gruppe sind junge, in der Regel männliche Unternehmer, die „market men“ (vgl. Aldrich 1996: 29ff.). Die dritte weiße Schicht in den USA umfasst den größeren Teil der Mittelklasse europäischer Abstammung, die in gepflegten suburbs residieren und die reproduktiven Hausarbeiten typischerweise an migrantische ArbeiterInnen auslagern.

Was Weiß-Sein in der US-amerikanischen Gesellschaft bedeutet, hat Peggy McIntosh (1988) trefflich beschrieben als das Tragen eines unsichtbaren, schwerelosen Rucksacks gefüllt mit Verpflegung, Plänen, Pässen, Visa, Kleidung, Wörterbüchern, Werkzeugen und Blankoschecks. Dieser „Rucksack“ konstituiert das weiße Privileg in der US-amerikanischen Gesellschaft. Zentrales Merkmal dieses Privilegs ist dessen Unkenntlichmachung durch die Herstellung und Absicherung von Normalität. „I think whites are carefully taught not to recognize white privilege, as males are taught not to recognize male privilege“ (ebd.).

Die Zugehörigkeit zu der weißen Hegemonie in den USA bedeutet den Besitz dieses Rucksacks und die Möglichkeit, ein gutes Leben für sich zu gestalten. Nicht-Zugehörigkeit bedeutet, ständig kämpfen zu müssen (Murguia, Forman 2003: 65), emotionale Ausbeutung und affektive Erschöpfung.

Rassismus organisiert Beziehungen und ist überdies in die Strukturen von Herrschaft eingeschrieben, deren Effekt er zugleich ist (Bojadžijev 2008: 25).

⁴⁰ Die Ausführungen von Murguia und Forman habe ich im Folgenden geringfügig abgewandelt

3.3.2. Aufenthaltsstatus als Strukturkategorie

Einordnungen und Zuschreibungen erhalten als Auseinandersetzungen konkurrierender Interessenslagen eine strategische Bedeutung im Migrationsregime. Kategorien wie Geschlecht, Herkunft, Alter oder Körper entfalten durch ihre relationale Wirkung Unterdrückungsmechanismen, die Zugänge differenzieren und regeln (Degele, Winker 2007: 4). Acker (2006: 10) bezeichnet diese Strukturkategorien als Ungleichheitsregime (*inequality regimes*), da sie Ungleichheit produzierende Praktiken konfigurieren.

Die Kategorientrias Klasse, „Rasse“⁴¹, Geschlecht hat sich in den Diskursen um Intersektionalität und Interdependenz insofern etabliert, als mehrheitlich angenommen wird, dass diese ebenso unterschiedlich wie nachhaltig Ungleichheitsstrukturen in nahezu allen Gesellschaften produzieren (Klinger, Knapp 2007: 20). Die US-amerikanische Juristin Kimberlé Crenshaw (1994) entwarf vor knapp 20 Jahren eines der ersten Modelle zur Intersektionalität, indem sie am Beispiel von Gewalt gegen Schwarze und Latina-Frauen in den USA aufzeigte, wie Unterdrückungssysteme konvergieren. Während sie die Konstruktionen von „Rasse“, Klasse und Geschlecht als die primären Strukturierungseffekte für Gewalt gegen diese Frauen annimmt, erläutert sie vor dem Hintergrund des *Immigration Control and Reform Act von 1986* (IRCA; vgl. 5.2.2.: 89f.), wie die Kategorie „Aufenthaltsstatus“ diese Trias kreuzt.

Vier Tage nach der Einführung von IRCA unterzeichnete der damalige Präsident Reagan die *Immigration Marriage Fraud Amendments*, um sogenannte Scheinehen (*sham marriages*) zu verhindern. Mit diesem Zusatz endete die bis dahin gültige obligatorische Verleihung der Aufenthaltsgenehmigung bei Heirat einer US-StaatsbürgerIn. Erst nach Ablauf einer zweijährigen Probefrist, innerhalb derer die migrantische EhepartnerIn sich in einem „konditionalen“ Aufenthaltsstatus befand, konnte diese nun um die Aufenthaltsgenehmigung ansuchen. Die Geldstrafe im Falle einer „Scheinehe“ wurde gemäß diesem Zusatz auf 250.000 Dollar erhöht (Dowell, Kelley 1987: 10). Unter diesen neuen Umständen sahen sich nun viele Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt waren, mit dem Dilemma konfrontiert, entweder die Misshandlung zwei Jahre durchzustehen, um nicht die Abschiebung zu riskieren, oder aber ihre Ehemänner, und damit auch das Land, zu verlassen (Crenshaw 1994). Crenshaw macht in ihren Ausführungen deutlich, wie sich diese restriktive gesetzliche Bestimmung mit bereits existierenden Strukturkategorien kreuzte und so innerhalb bereits unterdrückender Mechanismen im Migrationsregime eine spezielle Form der Verletzlichkeit für migrantische Frauen produzierte.

Der Intersektionalitätsansatz, wie ihn Crenshaw hier entworfen hat, wurde in den vergangenen Jahren breit rezipiert und weiterentwickelt. Kritik an dem Ansatz wurde

und ergänzt. Zur Geschichte der weißen Elite in den USA vgl. v. a. Aldrich 1996.

⁴¹ Zur Kategorie „Rasse“ vgl. meine Anmerkungen auf Seite 55.

insbesondere dahingehend geäußert, als die Metapher der Kreuzung impliziere, die verdichteten Kategorisierungseffekte hätten jenseits der Kreuzung nicht mehr viel miteinander zu tun (Lorey 2008; Dietze et al. 2007: 8f.). Dieser Annahme hält das Modell der *Interdependenz* (Dietze et al. 2007: 8f.) eine den Kategorien immer schon intrinsische Abhängigkeit entgegen, die auch vor und nach Überschneidungen existiert.

Der strukturelle Zwang, der in dem von Crenshaw angeführten Beispiel durch die zusätzliche Kategorisierung „Aufenthaltsstatus“ auf die Frauen wirkt, ist demnach nicht nur als Effekt einer Schnittmenge zu verstehen, sondern wirkt auch *über* den Einflussbereich dieser gesetzlichen Bestimmung hinaus. Aufenthaltsstatus als interdependente Kategorie – so meine These – ist demnach *immer* vergeschlechtlicht, rassifiziert usw. und nicht nur für den Moment der Kreuzung.

Auch wenn es innerhalb des Interdependenzansatzes Einwände gegen die Kategorisierung gibt (Lorey 2008), da diese per se Festlegungen und Ausschlüsse konstituiere (ebd.), denke ich, dass diese Analyseperspektive nicht verworfen werden muss. Gerade weil Kategorisierungen Ausdruck von Herrschaftseffekten sind, entsteht aus einer dekonstruktivistischen ForscherInnenperspektive eine Notwendigkeit ihrer Benennung und Sichtbarmachung. Der Rückgriff auf interdependente Strukturkategorien soll diesen also nicht Legitimität verschaffen, sondern sie im Gegenteil als machtvolle Organisationsprinzipien von Gesellschaften erkennen – und zwar mit dem Hinweis auf ihre diskursiv konstruierte Beschaffenheit.

Wie ich in Kapitel 3.2.1. skizziert habe, werden innerhalb von Subjektivierungsprozessen Identitäten *hergestellt*, die die Position des Subjekts in der Gesellschaft angeben. Während das Angebot an Identitätskategorien (Mann, Frau, Inländer, Ausländer usw.) und der Appell zur Zuordnung Artikulationen eines Herrschaftsgestus sind, ermöglichen die in der Subjektivierungslinie angelegten Freiräume eine Verschiebung dieser Identitätskategorien. Die Gleichzeitigkeit von Unterwerfung und Freiheit – klassisches Merkmal der Subjektivierung – zeigt aber an, dass diese Positionen grundsätzlich nicht frei wählbar sind (vgl. Wollrad 2007: 41). Die Gebundenheit der Wahl hängt mit der Vielzahl interdependenter Gewaltachsen und Ungleichheitslinien sowie „mit spezifischen Zeit-Raum-Konstellationen zusammen, die die jeweiligen Subjektivierungen prägen und immer wieder verändern“ (ebd.).

Das Beispiel von Crenshaw zeigt, wie Ein- und Ausschluss über den Aufenthaltsstatus geregelt werden. Das wird auch deutlich in den Kämpfen der MigrantInnen, die nicht den Erwerb der Staatsbürgerschaft zum Ziel haben, sondern die Bewilligung ihres Aufenthalts. Die undokumentierte Anwesenheit kann in diesem Sinne auch als prekäre Anwesenheit bestimmt werden, während die legale Anwesenheit und die Staatsbürgerschaft als vergleichsweise sicher eingestuft werden können, was den Zugang zu staatlichen

Leistungen, Arbeitsbewilligungen und dem Wahlrecht anbelangt.

Ausgehend von interdependenten Strukturkategorien können der Besitz der Staatsbürgerschaft und ein undokumentierter Status aber mehr oder weniger prekär bzw. sicher sein. Undokumentierte asiatische MigrantInnen werden etwa nicht zusätzlich *profiled*, während mexikanische MigrantInnen grundsätzlich mit einem Generalverdacht belegt werden – und zwar ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus. Ngai (2005: 8) hat die Wirkmächtigkeit des staatlichen Aufenthaltsstatus abhängig von der Person, die ihn trägt, mit dem Begriff des *alien citizen* verdeutlicht. Sie bezeichnet damit „Asian Americans and Mexican Americans born in the United States with formal U.S. citizenship but who remained alien in the eyes of the nation“ (ebd.).

Ähnlich hat Sassen (2002: 5) vorgeschlagen, dass Staatsbürgerschaft Implikationen jenseits ihrer juristischen Bestimmtheit erhält. Sie argumentiert, dass Staatsbürgerschaft – bedingt durch Prozesse der Globalisierung und der damit verbundenen Emergenz eines breiteren in staatliche Entscheidungsverfahren eingebundenen AkteurInnenspektrums (ebd.: 4) – eine entscheidende Wandlung erfahren hat. Weil undokumentierte MigrantInnen in ihrem täglichen Leben teilweise die gleichen Handlungen ausüben wie StaatsbürgerInnen, werde Staatsbürgerschaft durch *nicht formalisierte* Praktiken erweitert (ebd.: 4ff.). Umgekehrt sind Sassen zufolge ethnisierte, vergeschlechtlichte und andere identitär konstruierte Gruppen auch bei legalem Aufenthaltsstatus mit erheblichen Teilnahmebarrieren konfrontiert (ebd.).

Auch wenn sich die Bedeutungsvarianz von undokumentiertem Aufenthalt, Staatsbürgerschaft oder legalem Aufenthalt vor dem Hintergrund interdependenter Kategorien und veränderter internationaler Dynamiken verschiebt, darf meines Erachtens die Wirkmächtigkeit der staatlichen Subjektkategorien – und darunter ganz besonders des undokumentierten Status – nicht unterschlagen werden.

Das Beispiel meiner InterviewpartnerInnen wird dies am eindringlichsten zeigen können (vgl. Teil III).

4. *Undokumentiert-Sein* – Begründung der Begriffswahl

Begriffe transportieren Wertigkeiten und Vorstellungen über die Wirklichkeit (Kreisky 2004: 24). „Sie sind die Griffe, mit denen man die Dinge bewegen kann“ (Brecht, zitiert nach Köller 2004: 321). Bleiben Begriffe unhinterfragt, können sie sich als Wahrheiten durchsetzen und Machtverhältnisse verfestigen (vgl. Foucault 1981: 74).

Ich möchte daher im Folgenden den Gebrauch des Begriffs der *undokumentierten MigrantIn* im Rahmen dieser Untersuchung klären und begründen.

Während die juristische Konstruktion der Illegalität auf die Jahre 1887 bzw. 1924⁴² datiert werden kann (Ngai 2005: 61), hat sich der Begriff des *illegal alien* im US-Repräsentationsregime⁴³ ab den 1950er Jahren als hegemonial durchgesetzt (ebd.). Der Begriff beschreibt dabei nicht nur eine staatliche Subjektkategorie, sondern vor allem eine *rassifizierte* Kategorie, deren diskursiver Bedeutungsgehalt in enger Verbindung mit Mexikanisch-Sein steht. Das Adjektiv „illegal“ verortet MigrantInnen in einem kriminellen Kontext und macht sie zum „Sicherheitsrisiko“.

Die so Bezeichneten müssen sich mit diesen Zuschreibungen auseinandersetzen und können sich ihnen teilweise gar nicht mehr entziehen. Auf amtlichen Formularen, in den Medien und im täglichen Leben werden sie damit konfrontiert.

„Illegale“ Migration existiert nicht „an sich“, sondern ist als jeweils historisch spezifisches Produkt von bestimmten menschlichen Bewegungen, ihren Reiserouten, ihrer normativen Ordnung, den historischen Kontexten und unterschiedlichen Politiken der Differenz zu betrachten (De Genova 2007: 425). In diesem Sinne können Begriffe wie „MigrantIn“ oder „illegale“, „undokumentierte MigrantIn“ nicht unhinterfragt eine Kategorie kritischer Forschung sein, wenn sie die Beziehung des Subjekts zum Staat beschreiben, sondern müssen aufgebrochen und hinterfragt werden.

Denn rassistische Diskurse kennzeichnen sich gerade dadurch, dass konstruierte Gruppen der Fremddefinition unterworfen werden (BUM 2003). Die hegemoniale Wirkung dieser Diskurse entfaltet sich darin, dass diese Gruppen durch die rassistische Zuschreibung in eine gesellschaftliche Position gedrängt werden, die sie sich primär nicht selbst ausgesucht haben (ebd.).

⁴² Der Beginn der illegalisierten Migrationen in die USA wird zumeist mit der Einführung des Chinese Exclusion Act im Jahr 1887 datiert (vgl. z.B. Kanazawa 2005 oder Stobbe 2004: 138). Ngai (2005: 61) setzt die Genese illegalisierter Einwanderung mit dem *Johnson Reed Act* 1924 an, da dieser erstmals globale Beschränkungen enthielt (vgl. auch 5.2.1.: 83).

⁴³ Hall (2004: 115) bezeichnet mit dem Begriff des Repräsentationsregimes das Repertoire an Bildern und visuellen Effekten, durch das Differenz in einem bestimmten historischen Abschnitt repräsentiert wird.

„Unter dieser Voraussetzung finden dann jene Selbstdefinitionsprozesse statt, die zu einer politischen Subjektivierung führen. Immer wieder maßen sich nicht rassistisch Diskriminierte an, in diesen Definitionsprozessen einen Beitrag zu leisten, womit sie prompt rassistische Fremddefinition reproduzieren“ (ebd.).

Schon die Bezeichnung als Migrant oder Migrantin fungiert als Chiffre einer Position in der Gesellschaft, weil sie markiert, dass jemand nicht von „hier“ ist, und stellt deshalb ein Mittel dar, Rechte zu verwehren. Durch diese Kategorisierungen werden Grenzüberschreitungen geordnet und kontrolliert (Lenz 2007: 141).

„Die staatlichen Kategorien stellen aber nicht nur ein administratives Verfahren dar, sondern repräsentieren ein ganzes Setting der politischen Bearbeitung von Migration, das unter anderem die Grenzen des Sagbaren und des Legitimen strukturiert und die Achsen des Diskurses um Migration mitbestimmt“ (Karakayali 2008: 16).

Verschiedene Forschungseinrichtungen und Medien lehnen die Begrifflichkeit des *illegal alien* oder des *illegal immigrant* ab, die im medialen Mainstream wie etwa der „New York Times“, aber auch in neo-konservativen Medien wie „Fox News“ Verwendung findet, und sprechen stattdessen von *unauthorized* (z.B. das *Pew Hispanic Center*) oder *undocumented immigrants* (z.B. die „Los Angeles Times“). Während die Begrifflichkeit der *unautorisierten* Migration die staatliche Perspektive des Gesetzesbruchs bekräftigt, hat sich das Adjektiv *undokumentiert* sowohl in der US-amerikanischen kritischeren Forschung (vgl. z.B. De Genova 2002, 2004, 2007, 2009a, 2009b) als auch in der aktivistischen Szene durchgesetzt. Auch in den Medien wird teilweise „undokumentierte Migration“ (*undocumented immigration*) als die politisch „korrektere“ Bezeichnung verwendet.

Undokumentiert-Sein bezieht sich dabei auf den Umstand, keine Aufenthaltspapiere zu besitzen, und nicht *zwingend* darauf, überhaupt keine Papiere zu besitzen, also z.B. einen mexikanischen Pass (vgl. auch 5.3.2.: 117f.).

Um als Forscherin Zuschreibungspraktiken nicht zu reproduzieren, halte ich die Frage nach der Selbstbezeichnung rassistisch diskriminierter Gruppen für notwendig. Interessant war daher, wie sich meine InterviewpartnerInnen in den Gesprächen selbst bezeichneten.

Eduardo, Jeff, Neidi, Saoul und Isaura begannen ihre Erzählungen mit dem Hinweis darauf, dass sie undokumentiert sind (oder waren). Sie sprechen von sich als „undocumented person“ (Jeff P:2, 2:2), „undocumented youth“ (Neidi P:4, 5:5) oder „a person that came to this country undocumented“ (Isaura P:6, 2:2). Eduardo und Esteban setzen sich in Beziehung zu anderen „undocumented people“ (P:1, 3:3; P:7, 4:4. 5:5) und Saoul macht deutlich „[...] before my nationality, before my skin, I’m human. I’m from the human species of planet earth. Okay?“ (P:5, 12:12).

Während „undocumented“ das beschreibende Adjektiv ist, artikulieren Bestimmungen wie „person“ oder „people“ die Weigerung, eine Reduktion auf den Status zu akzeptieren. Unterdrückung und Diskriminierung werden anerkannt, gleichzeitig wird eine ausschließlich durch den Migrationsstatus festgelegte Subjektbestimmung abgelehnt.

MigrantIn-Sein ist *auch* eine rassistische Markierung, die einen bestimmten Platz in der Gesellschaft zuweist. Die Interviews und meine Erfahrungen in L.A. haben aber gezeigt, dass in den Kämpfen der Migration eine Aneignung der Begriffe und eine emanzipatorische Aufladung erfolgt. Denn um die rassistische Organisation zu bekämpfen, ist ihre Benennung notwendig. Wenn Saoul erzählt: „[...] being an immigrant, it's very hard, it's not easy“ (P:5, 22:22), dann benennt er, dass Migrantisch-Sein jeden Aspekt seines Lebens erschwert, weil die selbstverständlichsten Dinge des Alltags mit Hürden versehen sind.

„[...] trotz der Reduktion und Funktionalisierung, die aus dieser Markierung entstehen, liegt in diesem ‚Angesprochen werden‘ auch eine Anerkennung ihrer Existenz und damit auch die Möglichkeit der Entwicklung von Strategien für eventuelle Handlungs- und Rezeptions(spiel)räume, die dieser Reduktion bzw. Funktionalisierung entgegenwirken können“ (Frketic 2006).

Begriffe sind nicht von vornherein festgelegt, sondern Ergebnis von Aushandlungen in konkreten historischen Kontexten. Der ausschließliche Blick auf dominierende Gruppen und ihre Versuche, bestimmte Begriffe und Bedeutungen umzusetzen, wäre daher verkürzt. Auch die Versuche subalternen Gruppen, andere Bedeutungsinhalte zu schaffen, müssen sichtbar gemacht werden. So kann die Selbstbezeichnung als „MigrantIn“ auch einen Gegenentwurf und einen „oppositionellen Standort“ darstellen (FeMigra 1998).

Durch Saouls Aussage erfolgt eine Aneignung des Begriffs „immigrant“ von unten und damit auch dessen Neuaufladung. Migrantisch-Sein und Undokumentiert-Sein ist oft eine Kampfflosung, ausgedrückt durch Slogans wie „La lucha migrante“ (Der migrantische Kampf) oder das Tragen von T-Shirts mit der Aufschrift „I am undocumented“. Ähnliches geschieht durch die Bezeichnung *Immigrant Rights Movement*, die ausdrückt, dass MigrantInnen Rechte wollen, die ihnen aufgrund der rassistischen Kennzeichnung verwehrt werden.

In seinen Ausführungen zur Kontrolle der Homosexualität als „Perversion“ im 19. Jahrhundert zeigt Foucault an, wie Anknüpfungspunkte für einen Gegen-Diskurs durch die Aneignung bereits bestehender Begrifflichkeiten ermöglicht wurden:

„[...] die Homosexualität hat begonnen, von sich selber zu sprechen, auf ihre Rechtmäßigkeit oder auf ihre ‚Natürlichkeit‘ zu pochen – und dies häufig in dem Vokabular und in den Kategorien, mit denen sie medizinisch disqualifiziert wurde“ (Foucault 1983: 101).

Wenn Eduardo, Jeff, Neidi, Saoul und Isaura sich selbst als undokumentiert bezeichnen und dies als Ausgangspunkt nehmen, um von ihren Kämpfen zu erzählen, dann erhält

auch Undokumentiert-Sein eine neue Bedeutung.

Die Interviews haben gezeigt, dass es zwar Überlappungen gibt, aber keine einheitliche Selbstdefinition. Eine Einheitlichkeit wird häufig schon durch „die spaltende Vielfalt der Rassismen behindert“ (BUM 2003) sowie durch unterschiedliche Lebensumstände und Einstellungen. Junghee bezeichnet sich als „migrant worker“ (Junghee P:2, 5:5) und Neidi erzählt: „I migrated“ (Neidi P:4, 3:3), während Saoul sich als „immigrant“ (Saoul P:5, 15:15, 2:22) bezeichnet.

Junghees und Neidis Begriffsgebrauch könnte interpretiert werden als Versuch, die Perspektive eines Außen oder Innen aufzuweichen, während Saoul – wie er in unserem Interview bemerkt hat – durchaus einen Sinn in der Existenz von Staatsgrenzen sieht und im Interview eben darauf aufmerksam macht, dass er *eingewandert* ist (P:5, 12:12).

Diese heterogenen Positionen entkräften nicht zuletzt die Vorstellung eines homogenen migrantischen Subjektentwurfs.

Ich beziehe mich im Rahmen dieser Untersuchung auf den Begriff der *undokumentierten MigrantIn*. Diese Begriffsverwendung orientiert sich an den Aussagen meiner InterviewpartnerInnen, meinen Erfahrungen im Feld und meinen persönlichen Einstellungen.

Wie in Kapitel 3.3.2. dargelegt, gehe ich davon aus, dass die Schaffung bevölkerungspolitischer Subjekte darauf abzielt, Herrschaftsstrukturen zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Diese werden mit konstruierten Konzepten von Kultur und Identität begründet. Der Begriff der *ImmigrantIn* impliziert und verteidigt diese Ordnungsstruktur meines Erachtens noch mehr als jener der *MigrantIn*.

Im Sinne eines geschlechtergerechten Begriffsgebrauchs benutze ich das generische Feminin (so wie in der ganzen Untersuchung), das heißt, dass in der Formulierung durch das Binnen-I jeweils beide Geschlechter gemeint sind.

Oft lasse ich das Adjektiv „undokumentiert“ weg und verweise im Text z.B. auf migrantische Arbeit, MigrantInnen oder migrantischen Widerstand. Gemeint ist damit immer die undokumentierte Migration – sofern ich nicht explizit auf dokumentierte, also legalisierte Migration verweise. Diese Wortverwendungen beziehen sich auch stark auf die Alltagssprache in L.A., die, sobald es um legalisierte MigrantInnen geht, selten von MigrantInnen ohne beschreibendes Adjektiv spricht. Dann ist eher von *legal immigrants* die Rede, während mit *immigrants* oder *migrants* meistens auf *undocumented immigrants* Bezug genommen wird. Emanzipatorische Bezeichnungen wie „La Lucha Migrante“ oder „The Migrant Struggle“ beziehen sich in diesem Sinne ebenfalls auf die Kämpfe *undokumentierter MigrantInnen*.

Bedeutungen fließen und sind daher nie endgültig festgeschrieben, weshalb vielfältige Praktiken der Intervention in hegemoniale Bedeutungsinhalte beobachtet werden können (Hall 2004: 10). Die Selbstbezeichnung als undokumentierte MigrantIn beschreibt daher meines Erachtens trotz ihrer hegemonialen Konstruktion vor allem auch eine widerständige Daseinsform, weil diese Subjektkategorie ein umkämpftes Gebiet ist (vgl. Castro Varela 2007: 86).

II. EMPIRISCHE VERORTUNGEN

5. Migrationsregime in den USA: historische und aktuelle Bezüge

„Borders are set up to define the places that are safe and unsafe, to distinguish *us* from *them*. A border is a dividing line, a narrow strip along a steep edge. A borderland is a vague and undetermined place created by the emotional residue of an unnatural boundary. It is in a constant state of transition. The prohibited and forbidden are its inhabitants. *Los atravesados* live here: the squint-eyed, the perverse, the queer, the troublesome, the mongrel, the mulato, the half-breed, the half dead; in short, those who cross over, pass over, or go through the confines of the ‚normal.‘“
(Gloria Anzaldúa 2007: 25)

Die folgenden Kapitel sollen der skizzenhaften historischen Analyse des Migrationsregimes in den USA dienen, um die gegenwärtigen Praktiken der Regierung der Migration sowie deren Unterwanderung kontextualisiert betrachten zu können.

Ein Blick auf die konjunkturellen Verschiebungen von Rassismus in den USA (vgl. 5.1.) zeigt, dass Regelungen der Einreise und des Aufenthalts immer selektiv und entlang eines imaginierten nationalen Selbstentwurfs ausgearbeitet wurden.

In den Kapiteln 5.2.1. bis 5.2.3. unternehme ich den Versuch, die Geschichte der Taktiken bruchstückhaft nachzuzeichnen, die historisch eingesetzt wurden, um menschliche Mobilität zu regulieren beziehungsweise Illegalität zu erzeugen. Die Einwanderungsgesetze dienten dem Nationalstaat dabei als Instrument, um in bestimmten Momenten zwischen konfligierenden Strategien und Kompromissen zu vermitteln (vgl. De Genova 2004: 166).

Kapitel 5.2.4. widmet sich der Verabschiedung des bundesstaatlichen Gesetzes SB1070 in Arizona, das in den Interviews aufgrund der Aktualität des Ereignisses einen gewissen Raum beanspruchte.

In Kapitel 5.3. schließlich zeige ich drei Prozesse auf, die meiner Einschätzung nach die Funktionsweise und Produktivität des Migrationsregimes der Gegenwart bezeichnen können.

5.1. Von *Jim Crow* zum Schutz der Heimat: „Secure Our Borders Now!“⁴⁴

Im Rahmen der Sklaverei und bis zur vollständigen Aufhebung der *Jim Crow*-Gesetze 1965 infolge der Kämpfe der BürgerInnenrechtsbewegung wurden die Praktiken rassistischer Diskriminierung in den USA aufgrund geltender Rechtsprechung durchgesetzt (vgl. Epstein 1994). Nach 1965 wurde diese Ära offener rassistischer Gewalt durch eine neue Konjunktur abgelöst, die sich allerdings in ihrer antagonistischen Regulierung der Bevölkerung als nicht weniger effektiv erwiesen hat. Rassistische Praktiken der Periode vor dem Ende der *Jim Crow*-Gesetzgebung 1965 wurden teilweise aufrechterhalten, aber *reartikuliert* (Bonilla-Silva 2002: 49). Diese neue Konjunktur des Rassismus in den USA ist gekennzeichnet durch ihren leiseren, unterschwelligeren Charakter, der sich nicht mehr nur auf „Rassen“ bezieht, sondern auch auf „kulturelle Unterschiede“ (ebd.: 42).

Die rassistische Ordnung der Bevölkerung hat sich also verschoben, aber funktioniert weiterhin in allen Lebensbereichen: am Arbeits- und Wohnungsmarkt, in den sexuellen Beziehungen, bei der medizinischen Versorgung, dem Zugang zu Bildung usw.

Johnson und Hing (2007: 113) stellen daher fest:

„De jure segregation is not the primary mode of discrimination today. Rather, discrimination through proxies – such as language, immigration status, and conceptions of merit – are the civil rights problems of the twenty-first century“ (ebd.).

Rassismus hat in der Geschichte der USA, und insbesondere seit 9/11 (vgl. 5.2.3.), in seinen unterschiedlichen Konfigurationen eine zentrale Rolle bei der Stabilisierung des Nationalstaates gespielt. Einige der bestimmenden Momente von Rassismus heute sind die Problematisierung und Skandalisierung von Einwanderung als Bedrohung der Nation sowie die gleichzeitige Ausblendung und strikte Leugnung von Rassismen, die dieser Problematisierung zugrunde liegen (Loyd, Burrige 2007: 3).

Die konjunkturellen Verschiebungen von Rassismus in den USA sind nur in enger Verbindung mit der Konstruktion einer gemeinsamen *nationalen Identität* und dem Bemühen, sie zu bewahren, erklärbar (Olneck 2006: 202).

In den USA ist dieses nationale Selbstverständnis seit dem 16. Jahrhundert stark *individualistisch* geprägt (ebd.: 205). Die Freiheit, das persönliche Glück und die Selbstentfaltung des Einzelnen wurden vielfach religiös begründet und daher als unantastbar betrachtet (Schneider-Sliwa 2007: 6).

Als es für die Entwicklung und den Aufbau der Nation zunehmend wichtiger wurde, ArbeiterInnen anzuwerben, wurden zunächst SklavInnen aus Europa und später aus

⁴⁴ Vgl. Citizens for a Secure America (----).

Afrika in die neue Welt geholt (Root 2004: 402). Der Import von ArbeiterInnen war dabei historisch *immer* mit einem mehr oder weniger prekären sozialen Status in den USA und der Rekrutierung je nach ökonomischer Bedarfslage verbunden (vgl. ebd.: 403; Steinfeld 2002: 29).

1869 verkündete etwa der Gouverneur Henry H. Haight, dass Kalifornien eine Bevölkerung *brauche* (Commonwealth Club of California 1946: 39). Kalifornien, so Haight, brauche Einwanderer nicht unterlegener, sondern *verwandter Rassen*, die eine *ebenbürtige Gruppe* bilden und sich dauerhaft auf kalifornischem Boden niederlassen (ebd.).

In diesem Beispiel wird bereits der selektive Charakter der Anwerbung deutlich, der im Widerspruch zum Mythos einer *nation of immigrants*, die Menschen von allen Ecken des Globus willkommen hieß, steht und immer durch Nähe zum *Amerikanismus* bestimmt war. Der Amerikanismus kann dabei als Komplex von „Werten“, Ideologien und Bezugspunkten für die Integration und „identitäre“ Konstruktion der US-amerikanischen Gesellschaft betrachtet werden. Zentral dabei war historisch, dass die Gesellschaft über die *Staatsbürgerschaft* definiert wurde, weshalb einer der bedeutendsten Effekte des Amerikanismus neben dem Einschluss vor allem auch im *Ausschluss* lag.

Die individualistische und gleichzeitig zunehmend pluralistische Gesellschaft der USA bedurfte besonderer Mechanismen, um die nationale Identität zu erzeugen und zu konsolidieren, das Land in Wert zu setzen und die innere Stabilität zu sichern (Schneider-Sliwa 2007: 6). Als ein solcher Mechanismus diente die Formulierung eines nationalen Mythos bzw. Credo (*American Creed*) als Prinzip des Amerikanismus (Olneck 2006: 205). *Individuelle Freiheit* und Wohlstand sowie die Belohnung der *Tüchtigen* und *Fleißigen* waren insbesondere in der Zeit des Industriekapitalismus, als Millionen von EinwanderInnen in die USA kamen, Mittel der sozialen Kohäsion. Ebenso zentral ist die bis heute permanent proklamierte Einzigartigkeit der US-amerikanischen Nation, der *American Exceptionalism*, den Williams (zitiert nach De Genova 2010: 620) mit „an intense consciousness of *uniqueness*“ und „a hyperactive sense of *mission*“ beschreibt. Der *American Exceptionalism* steht überdies in engem Zusammenhang mit dem Glauben an die „Vorbestimmung“ der USA in der Welt, die sowohl in der „Manifest Destiny“ als auch in der „Monroe-Doktrin“ in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Ausdruck fand (ebd.).

Doch das Amerikanische Credo vom „Glück der Tüchtigen im gelobten Land“ (Schneider-Sliwa 2007: 6) unterstützte nur scheinbar eine Offenheit gegenüber EinwanderInnen. Stattdessen funktionierte der Amerikanismus als Referenzpunkt für die bis heute lauten Forderungen nach *Assimilation* der EinwanderInnen (Olneck 2006: 205). Denn

persönliches Glück durch Tugendhaftigkeit und harte Arbeit musste auch *verstanden* und *gewollt* werden (ebd.). „Adherence to the universalistic principles of the American Creed remains an important part of what Americans believe is required to be a ‚true American‘“ (Citrin, Reingold, Green 1990, zitiert nach ebd.: 207)

Als historische Kontinuität kann daher der konsequente Ausschluss konjunkturell unterschiedlich festgelegter Gruppen vom Verständnis des Amerikanismus betrachtet werden. Während „gemeinsames Blut“, Hautfarbe und eine vererbte Fähigkeit zur Eigenständigkeit (*self-government*) bis in das 19. Jahrhundert für das nationale Selbstverständnis entscheidend waren (ebd.: 207), ist der moderne Amerikanismus des 21. Jahrhunderts neben der Bereitschaft zu harter Arbeit und Verzicht auch wesentlich durch die englische Sprache, den Glauben an Gott (ebd.: 208) und die Gesetze sowie durch das Postulat des Schutzes der Nation bestimmt (Loyd, Burrige 2007: 7).

Auch wenn sich die Prinzipien des Amerikanismus konjunkturell gewandelt haben, gibt es historische Konstanten, von denen De Genova (2010: 620) folgende ausmacht: „‚America‘ was understood from its inception to be decisively derived of its European (and specifically, Anglo-Saxon) heritage [...]“.

Der viel zitierte *melting pot* hat (und hatte) daher immer eine *weiße* Prägung und war eng mit der Forderung nach Assimilation an die weiße angloamerikanische Dominanzkultur verbunden. Dieses Anpassungspostulat kann zwar zunächst als Widerspruch zu dem Prinzip des Individualismus betrachtet werden, beruhte aber auf der imaginierten *Überlegenheit* eines Amerikanismus und galt in diesem Sinne als Prozess der „Bereicherung“ für die Eingewanderten (Schneider-Sliwa 2007: 7f.).

Die Öffnung der USA für Einwanderung war daher immer *selektiv*, indem sie stets einer *Grammatik des Amerikanismus* folgte (Olneck 2006: 205).

Dieses Paradigma setzt sich bis heute fort und ist auch an der Beteuerung vieler MigrantInnen, sie seien „echte AmerikanerInnen“ (*true Americans*), abzulesen.⁴⁵

Die Schwarze BürgerInnenrechtsbewegung konnte durch ihre Kämpfe nicht nur das Ende von *Jim Crow* erreichen, sondern auch die Einführung neuer Gesetze gegen Diskriminierung (vgl. Epstein 1994). Doch durch das proklamierte Ende der Apartheid wurde der weiße Konsens hegemonial, dass Rassismus in den USA seit 1965 der Vergangenheit angehöre (Bonilla-Silva 2002: 43). Rassismus wird als historische Ungerechtigkeit betrachtet, die längst nicht mehr in organisierter Form existiert (Loyd, Burrige 2007: 13; vgl. 5.2.3.: 105).

⁴⁵ Ich beziehe mich dabei auf Transparente und Plakate, die im Rahmen von Demonstrationen in L.A. immer wieder zu sehen waren. Aufschriften wie „We are true Americans“ oder „We are the American Dream“ betonen eine Verbundenheit mit der Nation und ein *Verständnis* für den Amerikanismus.

Nicht zuletzt steht Rassismus dem positiven Selbstentwurf der USA als *nation of immigrants* diametral entgegen und muss deshalb heruntergespielt, wenn nicht gar vollständig geleugnet werden (vgl. Rommelspacher 2009: 34). Machttechniken, die rassistische Ungleichheiten neu entwerfen und reproduzieren, wurden zunehmend unsichtbar und Rassismus so zur Normalität.⁴⁶

Loyd und Burrige (2007: 6f.) nehmen in ihrer Analyse der gegenwärtigen Konjunkturen von Rassismus in den USA an, dass durch die Herstellung des *sozialen Todes (social death)*⁴⁷ rassistische Hierarchien mehr oder weniger hegemonial durchgesetzt werden können.

Der soziale Tod markiere eine Bedingung der Unfreiheit, die sich durch ihre Konditionen reproduziere. Staatsbürgerschaftsvergabe und die Kriminalisierung festgelegter Teile der Bevölkerung bezeichnen sie als *Schlüsseltechnologien* in der Herstellung des sozialen Todes. Dieser beinhalte eine verringerte Freiheit der Bewegung, gesetzlich gestörte Familienbeziehungen, Entrechtungen, keine oder eingeschränkte Möglichkeit der Teilhabe an institutionellen Entscheidungsprozessen, verminderte Berufsaussichten und verkürzte Ansprüche auf soziale Leistungen für grundlegende Lebensbedürfnisse (ebd.: 8). Innerhalb verschiedener – historisch wechselnder – Projekte (*situated projects*) werde versucht, rassistische Hierarchien durch die Herstellung des sozialen Todes abzusichern (ebd.: 6).

Ein solches *situated project* erkennen Loyd und Burrige (ebd.: 7) gegenwärtig in der Verhandlung von Einwanderung innerhalb eines liberalen Paradigmas von Anpassung (*assimilation*), nationaler Sicherheit (*national security*) und *law-and-order*.

Forderungen nach Anpassung (z.B. *English only-policies*) werden legitimiert durch den Mythos des *melting pot* mit liberalen Staatsbürgerschaftsgesetzen. Und das staatliche Vorgehen gegen „unkontrollierte“ Einwanderung und die Kämpfe der undokumentierten MigrantInnen wird in der Regel damit begründet, die *Ordnung* wiederherstellen zu

⁴⁶ Astrid Messerschmidt hat in Deutschland vier Strategien im Umgang mit Rassismus identifiziert, die allesamt dazu dienen, Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis zu banalisieren. Diese seien im Folgenden kurz angeführt, da sie meiner Einschätzung nach auch für das US-amerikanische Beispiel Geltung beanspruchen können: Erstens die skandalisierende Form der Benennung, durch die Rassismus als Ausnahmeerscheinung dargestellt wird; zweitens die Verortung rassistischer Praxis innerhalb extremistischer Gruppen und daher außerhalb der Mehrheitsgesellschaft; drittens die Vermeidung des Rassismusbegriffs durch dessen Kulturalisierung; und viertens die Behandlung von Rassismus als abgeschlossene historische Epoche (vgl. Messerschmidt 2008).

⁴⁷ Ähnlich hat Foucault (1999) eine Funktion von Rassismus mit der *Herstellung des Todes des Anderen* beschrieben. „Dort, wo eine Normalisierungsgesellschaft vorliegt, dort, wo Sie eine Macht vorfinden, die zumindest auf ihrer Oberfläche und in erster Instanz, in erster Linie, eine Bio-Macht ist, dort ist der Rassismus notwendige Bedingung dafür, jemanden dem Tod auszuliefern oder die anderen zu töten. Die Tötungsfunktion des Staates kann, sobald der Staat nach dem Modus der Bio-Macht funktioniert, nicht anders gesichert werden als durch Rassismus. [...] Selbstverständlich verstehe ich unter Tötung nicht den direkten Mord, sondern auch alle Formen des indirekten Mordes: jemanden der Gefahr des Todes auszusetzen, für bestimmte Leute das Todesrisiko oder ganz einfach den politischen Tod, die Vertreibung, Abschiebung usw. zu erhöhen“ (ebd.).

müssen, weshalb der Autorität der Gesetze (*rule of law*) eine entscheidende Funktion in der Neutralisierung von Widerständen zukommt.

Zusätzlich markierten die Anschläge des 11. September eine Konsolidierung der öffentlichen Unterstützung für die *nationale Sicherheit* und eine rigidere Umsetzung der Einwanderungsgesetzgebung (vgl. 5.2.3.). Mit der Hinwendung zum Schutz des Heimatlandes (*Homeland Security*) nach 9/11 (vgl. ebd.: 95f.) wurden auch Bemühungen, das Heim und die Gemeinde zu schützen, aufgewertet. Indikatoren dafür sind zunehmend liberalere Waffengesetze, die es etwa in Texas erlauben, eine Person zu erschießen, die unautorisiert Heim, Arbeitsplatz oder Auto betritt (vgl. Stoddard 2007).

Das Bestreben, das Eigene gegen Eindringlinge zu verteidigen, spitzt sich zu in einem ausgeprägten Fokus auf die *Sicherung der Grenze*. Diskurse des Grenzübertritts finden im Rahmen einer selbstverständlichen Notwendigkeit souveräner Grenzen zum Schutz vor „unkontrollierter“ Einwanderung statt. Die undokumentierte Überquerung der territorialen Grenze wird skandalisiert, individualisiert und kriminalisiert:

„Im souveränen öffentlichen Imaginären ist Migration ein *illegal organisierter Skandal*, in dem es nur zwei AkteurInnen gibt: Gesetze brechende MigrantInnen und kriminelle SchmugglerInnen. Aber die Kriminalisierung des Grenzübertritts und die Reduktion des komplexen und polymorphen Netzwerks, das die Migrationsbewegungen stützt, auf ein Stück mit einem Akt und zwei AkteurInnen, all das verschleiern, dass die scheinbar souveräne humanitäre Doktrin einer ‚Rettung der Menschen‘ nichts anderes ist als eine gewaltsame Fixierung auf die Politik einer ‚Rettung nationaler Grenzen‘ und auf den Schutz des nationalen Korpus vor unkontrolliertem Eindringen“ (Tsianos, Papadopoulos 2008).⁴⁸

Entsprechend fokussieren die Diskurse auf die ständige Sorge um die nationalen Grenzen. Bürgerinitiativen schließen sich zusammen zur *Secure Borders Coalition 2010*, *Veterans for Secure Borders* (----) oder den *Citizens for a Secure America* (----), die „Secure our borders now!“ fordern. Das *Department of Homeland Security* hat 2005 die „Secure Border Initiative“ ausgerufen (CBP 2010) und Obama hat wiederholt bekräftigt, wie sehr er der Sicherung der Grenzen verpflichtet ist (Organizing for America ----). Meinungsbildende Fernsehsender wie Fox initiieren Umfragen, die belegen sollen, wie sehr sich auch die Bevölkerung um den Schutz der Grenzen sorgt. Illustriert sind die Ergebnisse der Umfrage mit einem Bild von „zwölf Mexikanern“, die den Grenzzaun bei Ciudad Juárez stürmen (vgl. Blanton 2010).

Und obwohl Illegalität entweder ein Resultat des heimlichen Grenzübertritts *oder* des Aufenthalts über die genehmigte Aufenthaltsdauer hinaus ist, wird der illegale Grenzübertritt härter sanktioniert und diskursiv verurteilt (vgl. 5.3.1.). Die *Skandalisierung des illegalen Grenzübertritts* kann insbesondere seit 9/11 als Kompromisspunkt im Migrationsregime und als entscheidender Ansatzpunkt zur Disziplinierung der MigrantInnen betrachtet werden.

Rigidere Grenzpolitiken werden legitimiert mit dem Argument, dass die „Angelegenheit aus dem Ruder laufe“ und der Staat die Kontrolle zurückgewinnen müsse (Loyd, Burrige 2007: 15). Einwanderungsquoten, Grenzhochrüstungen und immer restriktivere Konditionen des Aufenthalts für MigrantInnen bedienen die Ängste vor einer „Hispanisierung“ oder „Latinisierung“ der Bevölkerung (vgl. Tiegel 2007).

Die Organisation in Bürgerwehren wie dem *Minutemen Project* des Kriegsveteranen Jim Gilchrist in Kalifornien (vgl. Gilchrist 2008) legitimiert sich durch die angebliche Untätigkeit des Staates, der es unterlässt, das „Einwanderungsproblem“ in den Griff zu bekommen. Sie fordern das Recht ein, selbst aktiv zu werden, weil der Staat in der Sicherung der Grenze nicht ausreichend präsent sei („Operating within the law to support enforcement of the law“; ebd.).

Die öffentlich bekundete Unterstützung vieler PolitikerInnen für die Aktionen der Minutemen trägt dabei zu der weitverbreiteten Leugnung von Rassismus in den USA bei (Loyd, Burrige 2007: 13). Der kalifornische Gouverneur Schwarzenegger verkündete 2006 bei einer Wahlveranstaltung: „I support any time that a civilian wants to go and do the job that law enforcement cannot do“ (Watanabe, Finnegan 2006).

Auch die Verabschiedung von SB1070 in Arizona (vgl. 5.2.4.) wurde von der Gouverneurin Brewer mit dem Argument begründet, Arizona sei von Washington im Stich gelassen worden.

„We in Arizona have been more than patient waiting for Washington to act. But decades of federal inaction and misguided policy have created a dangerous and unacceptable situation“ (Brewer 2010).

Der exzessive Fokus auf die Sicherung der Grenze ist zurückzuführen auf diese unermüdlichen Proklamationen einer durch die Porosität der Grenzen herbeigeführten Krise der Souveränität.

Der Schutz der Nation, der in den ewigen Imperativ der Grenzsicherung mündet, und das Prinzip von *law-and-order*, das sowohl durch die Nichtbeachtung der Grenze als auch durch die illegale Präsenz in den USA als bedroht diskursiviert wird, können meines Erachtens daher als Elemente eines *modernen Amerikanismus* bezeichnet werden. Die Forderung nach *Assimilation*, die insbesondere mit dem *American Exceptionalism* begründet wird, ist dabei ein ebenso zentrales, wenn auch nicht spezifisch neues, Element des gegenwärtigen Amerikanismus.

Das Bemühen, die „angloprotestantische“ Dominanz abzusichern und gegen eine Bedrohung von außen wie von innen zu verteidigen, wird in den USA mit dem Begriff des

⁴⁸ Hervorhebung D.Y.

Nativismus bezeichnet. Obwohl Nativismus in den USA seit dem 16. Jahrhundert eine Rolle spielt (Anbinder 2006: 177), ist der Begriff relativ neu. Belege für die Verwendung des Begriffs liegen bereits aus den 1960er Jahren vor (Sánchez 1997: 1020), doch erst ab den 1990er Jahren wurde er seitens der Medien vermehrt aufgegriffen. Im Rahmen einer verstärkten akademischen Auseinandersetzung mit Einwanderung in den USA hat sich der Begriff in den letzten Jahren auch im wissenschaftlichen Bereich etabliert (ebd.).

Charakteristisches Merkmal des Nativismus ist die Führung rassistischer Diskurse über die *Zugehörigkeit zur Nation*. Die Aussage des republikanischen Abgeordneten Tom Tancredo im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes 2007 verdeutlicht dies:

„I have to tell you that we are facing a situation, where if we don't control immigration, legal and illegal, we will eventually reach the point where it won't be what kind of a nation we are, balkanized or united, we will actually have to face the fact that we are no longer a nation at all“ (Tancredo,⁴⁹ zitiert nach Barry 2007).

Konstruktionen von „Rasse“, Nation und Kultur sind in diesen Diskursen in ständiger Bewegung, um Weiß-Sein als unsichtbare Norm abzusichern. Unausgesprochen, aber nicht unklar bleibt hier, wem die Nation gehört und wer als nicht zugehörig erachtet wird (vgl. Frankenberg 2001). Naturalisiert wird in der nativistischen Argumentation der Rassismus selbst, weil es nämlich *natürlich* sei, ab einer gewissen Toleranzschwelle mit Aggressivität auf „Fremde“ zu reagieren (vgl. Rätzzel 2008: 278). Gleichbedeutend wird häufig auch von *anti-immigrant sentiment* oder von *anti-immigrant feelings* gesprochen (vgl. z.B. Bennett ----), eine Wortwahl, die eine vermeintlich unbeherrschbare feindselige Haltung mittels einer Gefühlslage ausdrückt und dadurch bereits legitimiert.

Sánchez (1997: 1024) sieht die Entwicklung des Nativismus eng an den Neoliberalismus gekoppelt, da durch Schuldzuweisung an MigrantInnen Widersprüche zwischen Lebensrealitäten und neoliberaler Ideologie getarnt werden können (vgl. Hiemstra 2010). Insbesondere die weiße Arbeiterschaft, deren Legitimität historisch entlang ihrer weißen Hegemonie konstruiert wurde, sieht seit der dauerhaften Niederlassung von MigrantInnen im Gefolge von IRCA (vgl. 5.2.2.; 89f.) ihre Privilegien durch den migrantischen Arbeitskräftepool bedroht. Neoliberale Umstrukturierungen, vor allem im Rahmen der Reaganomics der 1980er Jahre, werden in diesem Sinne rassistisch bzw. nativistisch umgedeutet (vgl. Robinson 2008: 317). Die vermeintlichen Budgetbelastungen durch undokumentierte Migration werden in Zusammenhang mit Staatsverschuldung gebracht und Arbeitslosigkeit wird als Effekt von „unkontrollierter“ Einwanderung diskursiviert (vgl. ebd.).

⁴⁹ Tom Tancredo war von 1999 bis 2009 republikanischer Abgeordneter des Repräsentantenhauses für Colorado. Er kandidierte 2008 für die Präsidentschaft, zog seine Kandidatur aber Ende 2007 zurück.

Eine neoliberale Prägung des modernen Amerikanismus durch das Postulat des Wettbewerbs unterstützt diese chiffrierte rassistische Ordnung.

Diskurse um Verdienst und harte Arbeit, auf deren Grundlage Rechte (Aufenthaltstitel) zugewiesen werden, täuschen eine grundsätzliche Chancengleichheit vor und führen Ungleichheiten auf das Versagen Einzelner zurück, die eben nicht genug geleistet haben (vgl. Lorey 2007). Rassistische Grenzziehungen am Arbeitsmarkt, etwa durch Besetzung wenig sichtbarer Positionen durch Nicht-Weiße (z.B. in Küchen) oder durch bevorzugte Anstellung von Weißen, werden ebenfalls häufig innerhalb des neoliberalen Paradigmas begründet. Bonilla-Silva (2002: 49f.) macht dies deutlich in seiner Studie, in der College-StudentInnen rassistischen Ausschluss am Arbeitsmarkt entkontextualisieren und durch *individuell* bessere *Leistung* und *Qualifikation* legitimieren. Vor dem Hintergrund neoliberaler Umstrukturierung funktioniert die konsequente Verweigerung von Rechten gegenüber undokumentierten MigrantInnen auch als Versicherung zunehmend beschnittener Rechte von StaatsbürgerInnen (Benz, Schwenken 2005: 366f.).

Der Fokus auf die „illegale Migration“ hat sich in den USA historisch formiert in den Ausschlusspraktiken „unerwünschter Anderer“, die typischerweise nicht weiß, nicht englischsprachig waren und aus relativ armen Ländern kamen. In Zusammenhang mit der Nähe zur mexikanischen Grenze erklärt sich aus diesem Kontinuum die nahezu hegemoniale Gleichsetzung von *Mexikanisch-Sein* und *Illegal-Sein*, die ihre Ursprünge im Anstieg der mexikanischen undokumentierten Migration ab den 1920er Jahren hatte (vgl. 5.2.1.: 83).

Die *Rassifizierung* der MexikanerInnen fand ihren Ausdruck auch in der teilweisen Anwendung der *Jim Crow*-Gesetze auf mexikanische MigrantInnen im Südwesten der USA und speziell in Texas⁵⁰ (Ngai 2005: 7; Mize, Swords 2011: 27). Auch die temporäre Einführung der Kategorie „Mexican“ als „Rasse“ im US-Zensus (ebd.) zeigt die gezielte, bis heute andauernde Diskriminierung mexikanischer MigrantInnen an.

„Fear and/or rejection of ‚illegals‘ is often fear and rejection of Mexicans or, more generally, non-white, non-English-speaking persons. Analysis of the term ‚illegal alien‘ in context makes clear that it most often refers specifically to unauthorized Mexican immigrants and draws upon stereotypes of Mexicans as criminals, at least in the south-western United States. [...] Thus, while many unauthorized immigrants come from Canada, Ireland, and Poland, the dominant image of the ‚illegal‘ (and almost exclusively so) is the former ‚wetback‘⁵¹ – an unauthorized entrant coming from Mexico“ (Nevins 2002: 118).

⁵⁰ Öffentliche Einrichtungen in Texas waren mit Aufschriften versehen wie „No Dogs Negroes Mexicans“ oder „We Serve White's [sic!] Only, No Spanish Or Mexicans“ (Mize, Swords 2011: 27).

⁵¹ Der Begriff des *wetback* (wörtlich: nasser Rücken) ist eine noch heute gebräuchliche Abwertung undokumentierter mexikanischer MigrantInnen. Die Bezeichnung stammt aus der Zeit der Bracero-Migration, als viele Mexikaner illegal durch den Rio Grande schwammen, der die USA und Mexiko trennt. Zu den Braceros vgl. 5.2.2.: 86f.

Diskurse um den Aufenthaltsstatus ermöglichen in diesem Sinne kodierte Debatten, in denen ZuhörerInnen und SprecherInnen gleichermaßen verstehen, dass nicht auf *aliens* als normative Gruppe Bezug genommen wird, sondern auf die spezifische fremde Gruppe, die hier der vorrangige Fokus der Feindseligkeit ist. Die Betonung der „Illegalität“ fungiert so als Kode für rassistische Argumentationen (ebd.), die über den Aufenthaltsstatus geführt diskreter wirken als in Bezug auf „Rassen“ oder Herkunft.

Im Rahmen der Repräsentationspraktiken von MigrantInnen in den USA werden jeweils spezifische Bilder für Männer und Frauen entworfen, die ebenso unmissverständlich wie simpel sind. Während Mexikanerinnen als sexuell willig, promiskuitiv und besonders gebärfähig dargestellt werden, werden mexikanische Männer als Drogenschmuggler oder Vergewaltiger konstruiert. Kulturelle und geschlechtliche Differenz, Gewalt und Kriminalität werden permanent aufgerufen und miteinander verschränkt.

Michael Samers (2003) hat in seinen Ausführungen zur undokumentierten Migration in Frankreich auf die entscheidende Funktion von Diskursen in der *Mitherstellung* von Illegalität hingewiesen. Seine mittlerweile häufig zitierte Feststellung hat auch für die vorliegende Untersuchung Geltung:

„That is, if undocumented immigration is produced by stricter regulations, then the state is not so much *controlling* it, the popular press not so much *reporting* it, as they are both *creating* it“ (Samers 2003: 576).

Neben restriktiver Gesetzgebung und Implementierung kommt hier insbesondere auch die einflussreiche Rolle der Medien in den USA zum Tragen. Mediale Bilder von „traditionsverhafteten“ mexikanischen Frauen oder dem „macho behavior“ lateinamerikanischer Männer bedienen sich einer ethnisierten Geschlechterpolarität⁵², die in direkten Kontrast zu der modernen, aufgeklärten und entwickelten Gesellschaft in den USA gesetzt wird, wo Frauen Familie und Karriere unter einen Hut bringen und „aufgeschlossene“ Männer für die „Emanzipationswünsche“ der Frauen Verständnis haben. Androzentrismus und patriarchale Strukturen in der US-amerikanischen Gesellschaft werden dabei entweder als nicht existent angenommen oder schlicht dem Blick entzogen.

In den USA war die Figur des mexikanischen Arbeitsmigranten, des *sojourner*, historisch immer als Mann vergeschlechtlicht. Die Wirksamkeit seiner Ausbeutung hat sich aus den verhältnismäßig niedrigen „Reproduktionskosten“ ergeben, die auf die Trennung von Frauen und Kindern zurückzuführen waren. Die historische Produktion der ethnisierten und vergeschlechtlichten Figur „des Mexikaners“ als heterosexueller *sojourner* wurde so

⁵² Stanislaw Paulus spricht in ihrer Analyse der medialen Darstellung von MuslimInnen in Deutschland von einer „ethnisierten Geschlechterpolarität“. Vgl. Paulus 2008: 137.

zum Synonym für den *illegal alien* (De Genova 2009b). Die zunehmend weibliche, undokumentierte Migration – ab den 1980er Jahren überwiegend aus Zentralamerika, im Gefolge der Restriktionen von IRCA (vgl. 5.2.2.: 89f.) – verstörte die historisch verfestigte Vorstellung von dem jederzeit abschiebbaren „Mexikaner“ und wich der „Sorge“ über die permanente Niederlassung ganzer Familien (De Genova 2009b: 248).

Aufgrund des in den USA geltenden *ius soli*, das den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt vorsieht, werden Bedrohungsdiskurse insbesondere entlang der „besonderen Fruchtbarkeit“ mexikanischer Frauen (Nevins 2002: 118; Chavez 2008: 70ff.) und dem „anchor babyism“ (Chavez 2008: 88; Schrover et al. 2008: 180ff.) entworfen. Der Begriff des „anchor baby“ bezieht sich auf den „Vorwurf“ an migrantische Frauen, ihre Kinder „absichtlich“ in den USA zur Welt zu bringen, um ihre Existenz auf US-amerikanischen Boden zu „verankern“. Die „Bedrohung“, die daraus für die Nation entsteht, liegt in der Aufweichung der staatlich gezogenen Grenze zwischen undokumentierten Müttern und ihren US-amerikanischen Kindern durch die natürliche Mutter-Kind-Beziehung (Chock 1995, zitiert nach De Genova 2009b: 248). Initiativen wie *Proposition 187*⁵³ in Kalifornien und immer wiederkehrende Kampagnen zur Abschaffung des *ius soli* beziehen sich auf diese diskursiven Formationen der „gebärfreudigen Illegalen“.

Diskriminierende Diskursfiguren finden aber ebenso ihre andere – positive – Entsprechung, etwa in der Bezeichnung „white American“. Institutionell ethnisierende bzw. rassifizierende Ordnungskategorien wie „white“, „negro“ und „latino“ werden von der staatlichen Behörde *Office of Management and Budget* vorgegeben (OMB 1997) und im Rahmen der Volkszählungen abgefragt (USCB 2010c).

Diskurse, Gesetze und gesellschaftliche Praktiken in Bezug auf Migration in den USA rekurrieren bis in die Gegenwart auf den Amerikanismus als *gesellschaftlichen Ordnungsentwurf* (vgl. Vorländer 2007: 28).

Während Weiß-Sein (immer als unsichtbare, nie als explizite Forderung), individuelle Freiheit, *American Exceptionalism* und die damit verbundene Forderung nach Assimilation als „Bereicherung“, harte Arbeit und Fleiß als historisch konstante Elemente bezeichnet werden können, ist der Amerikanismus moderner Prägung im 21. Jahrhundert wesentlich durch den Schutz der Nation vor Eindringlingen (die nämlich den Prinzipien des Amerikanismus fern stehen), der Verpflichtung auf die Gesetze (*law-and-order*) sowie durch das neoliberale Postulat des Wettbewerbs und der Eigenverantwortlichkeit bestimmt.

⁵³ *California Proposition 187* war eine 1994 eingebrachte Gesetzesinitiative, die ein generelles Zugangsverbot zu staatlichen Leistungen für undokumentierte MigrantInnen vorsah (vgl. 6.3.2.: 145 und Ono, Sloop 2002).

Ein charakteristischer Effekt des Amerikanismus liegt in der Bereitstellung von Erklärungsangeboten, die die Widersprüche und Spannungen tarnen, die er selbst hervorbringt. So wird etwa das gesellschaftliche Konfliktpotential, das durch die neoliberale Umstrukturierung (Postulat des Wettbewerbs) entsteht, mit dem mangelnden Schutz der Grenze und der damit verbundenen Anzahl „assimilationsunwilliger“ MigrantInnen erklärt.

Die zeremoniellen Aspekte des Amerikanismus – *State of the Union Adress, Adress to the Nation*, Gedenken an den Amerikanismus verkörpernde Persönlichkeiten (männlich), Verehrung von Verfassung und Gründervätern (weiß, männlich) (vgl. Vorländer 2007: 28) – rufen immer wieder die Werte der Nation auf und liefern ständig integrierende *und* ausschließende Bezugspunkte.

Die *Wirkmächtigkeit* des Amerikanismus liegt in seiner gesellschaftlichen Durchsetzung als *Wahrheit* und daher in seiner hegemonialen Entfaltung.

5.2. Aushandlungsräume: Regelungen der Einreise und des Aufenthalts

In wissenschaftlichen Untersuchungen, aber auch in der medialen Berichterstattung wird häufig die Vorstellung vermittelt, dass undokumentierte Migration in die USA ein Effekt der Globalisierung oder zumindest ein Phänomen der jüngeren Geschichte sei. Tatsächlich nutzten die Menschen aber schon seit sehr viel längerer Zeit unterschiedliche Möglichkeiten, um sich eigen-sinnig zu bewegen. Sie haben ihnen diktierte Wege nie still befolgt, sondern sind individuell oder kollektiv – entsprechend ihren Bedürfnissen und den vorgefundenen Bedingungen – von diesen abgewichen (Bojadžijev 2008: 119). Sie haben Bedingungen modifiziert, umgekehrt schrieben sich diese Bedingungen aber auch in ihr Leben ein (ebd.).

Gerade aufgrund der Eigen-Sinnigkeit ihrer Lebensentwürfe verdichteten sich die gesellschaftlichen Kompromisse zu einer zunehmend ausdifferenzierten Regierung zur Ordnung ihrer Mobilität. Diese betraf sowohl die Regelung der territorialen Grenzüberschreitung als auch die Position der MigrantInnen in der Gesellschaft und die Konditionen ihres Aufenthalts.

Im folgenden Kapitel möchte ich skizzenhaft aufzeigen, wo Brüche und Kontinuitäten im Migrationsregime festgestellt werden können, die unter Umständen Verbindungen zur Gegenwart erlauben.⁵⁴

5.2.1. Von der imaginären zur gesicherten Grenze

Widerständige Mobilität war in der Geschichte der USA immer eng an prekarierte Lebenssituationen gekoppelt und für all jene Menschen Realität, die aus den gesellschaftspolitischen Kompromissen ausgeschlossen waren: VagabundInnen, Indigene, „Fremde“, Arme.

Bereits im Zuge der Besiedelung von Kalifornien wurden Maßnahmen ergriffen, um die indigene Bevölkerung durch deren *Immobilisierung* (Chandler 2004: 25) in den Missionen regierbar zu machen. Der berühmte Aufständische Estanislao nutzte seine innerhalb der Mission hochrangige Position als *alcalde* (Bürgermeister), um gegen die Kolonialisten zu rebellieren. Als er zusammen mit anderen Missionierten von der *ranchería* flüchtete,

⁵⁴ Im Rahmen dieser Arbeit können nur einige wenige historische Bruchstellen und Kontinuitäten skizziert werden, die viele Aspekte der Regierung der Migration sowie der Verweigerung ihrer Regierung unerwähnt lassen. Zu einer umfassenderen Darstellung vgl. Ngai 2005; LeMay, Barkan 1999 und Motomura 2006. Zur frühen Binnenmigration vgl. Cresswell 2000, 2001; Kusmer 2002

begannen sich Tausende ihm anzuschließen und einen Befreiungskampf gegen die Missionare zu führen (Osio 1996: 322). Die Mobilität der Missionierten war zwar nicht gesetzlich eingeschränkt, allerdings wurde der unerlaubte Aufenthalt außerhalb der Missionen sanktioniert (Rice et al. 1988: 90). Der Widerstand von Estanislao und seinen Leuten wurde durch *Flucht* ausgedrückt, die Verweigerung ihrer Mobilitätskontrolle. Widerständige Mobilität der indigenen Bevölkerung in der Zeit der Kolonisierung war oft Ausdruck dissidenter Praxis und der Weigerung, sich regieren zu lassen.

Der Bau der transkontinentalen Eisenbahn im 19. Jahrhundert schuf neue Möglichkeiten der Mobilität. Die Union Pacific Railroad verband zunächst die Ostküste mit der Westküste, ab 1900 die USA mit Kanada und Mexiko. Mit der Industrialisierung und einsetzenden Kapitalisierung der Gesellschaft entwickelten sich auch neue Forderungen an die Arbeiterschaft, die mehr als zuvor den Bedürfnissen der Saisonarbeit entsprechen musste (Cresswell 2000: 262). Angesichts der neuen Technologien, Bevölkerungszuwächse und eines transformierten Arbeitsmarkts entwickelte sich eine *kritische* Masse umherstreunender, *gefährlicher* Land- und Besitzloser (vgl. Pieper 2007: 216).

Mit dem Begriff der *Disziplinierung* bezeichnete Foucault (1994: 279f.) einen Machttypus, der die Ordnung menschlicher Vielfältigkeit sicherstellen sollte und von der zunehmenden Unterwerfung des Lebens unter das Paradigma der Produktivität gekennzeichnet war. Die VagabundInnen mussten sich in diesem Sinne in den rasch expandierenden Produktionsapparat ökonomisch verwertbar einspannen lassen (vgl. Pieper 2007: 216; Kusmer 2002: 3; Cresswell 2000: 262).

Zahlreiche Männer und weniger Frauen⁵⁵ begannen die Bahn als blinde Passagiere auf der Suche nach Arbeit zu nutzen. Weil sie aber *heimlich* reisten und nicht sesshaft waren, wurde ihr Reisen pathologisiert und als deviantes Verhalten markiert (Cresswell 2000: 265). Den *tramps* wurde ein angeborener Nomadentrieb und „railroad fever“ nachgesagt (ebd.), das sie zu einem Leben auf den Schienen verdammt. Tatsächlich war dieser Lebensstil nicht das Resultat von „Abenteuerlust“, sondern das Bemühen, die Existenz materiell abzusichern (Courtwright 2001: 4). Als die Zahl der LandstreicherInnen immer größer wurde, begann eine moralische Panik um sich zu greifen, die bekannt wurde als „tramp scare“ oder „tramp evil“ (Kusmer 2002: 38; Cresswell 2001: 9; Cresswell 2000: 262).

und Courtwright 2001.

⁵⁵ Cresswell (2001: 101) weist darauf hin, dass die wenigen Frauen, die die Bahn als blinde Passagiere nutzten, ständiger sexueller Gewalt ausgesetzt waren, weshalb die Zahl der reisenden Saisonarbeiterinnen gering blieb.

„The use of railroads by tramps brought the specter of homelessness to every area of the country and inaugurated an intense debate over how to deal with a group now perceived as a *national problem*“ (Kusmer 2004: 369).⁵⁶

Diese frühen Binnenmigrationen erforderten neue Machttechniken, die die Körper räumlich verteilen, ausrichten und überwachen sollten (vgl. Pieper 2007: 216).

Mehrere anti-*tramp*-Gesetze, die landesweit ab den 1870er Jahren verabschiedet worden waren, enthielten eine Reihe von Aufenthalts- und Betretungsverboten (Cresswell 2001: 51), weshalb Millionen (Higbie 2008: 251) ihr Leben in der Informalität und Prekarität arrangierten. Weil sich die Migration der ArbeiterInnen außerhalb der Kontrolle des Staates bewegte, waren die *tramps* der Inbegriff der „gefährlichen Klasse“⁵⁷ (Cresswell 2000: 270; Tiedemann 2002: 142).

Nach Kanazawa (2005: 779) waren die demografischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten des 19. Jahrhunderts durch drei Migrationen gekennzeichnet: die Einreise von SklavInnen aus Afrika, ohne die die landwirtschaftlich dominierte Wirtschaft in den Südstaaten nicht funktionieren konnte; die Vertreibung der autochthonen Bevölkerung, um deren Land wirtschaftlich zu erschließen; und schließlich die Migrationen aus China, in deren Rahmen ChinesInnen bereits im 17. Jahrhundert als Hausangestellte der spanischen Kolonialisten nach Mexiko und Ende des 18. Jahrhunderts als Handwerker an die US-amerikanische Ostküste gekommen waren.

Doch erst infolge des Goldrausches in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erreichte die Anzahl der chinesischen MigrantInnen eine signifikante Größe (Motomura 2006: 17; Chan 2000: 49). Außerdem wanderten viele ChinesInnen im Zuge der Bauernrevolten und der wirtschaftlichen und politischen Krise des Chinesischen Reichs ab. Gleichzeitig machten die Industrialisierung in den USA und die durch den Krieg mit Mexiko neu erworbenen Gebiete eine große Zahl billiger Arbeitskräfte erforderlich, die von den verarmten chinesischen Bauern gestellt wurde (Motomura 2006: 16).

Die eingewanderten ChinesInnen waren allerdings bald mit einer diskriminierenden Gesetzgebung und vor dem Hintergrund der Großen Depression und der damit verbundenen sinkenden Nachfrage nach Arbeitskraft mit anti-chinesischer Stimmungsmache konfrontiert (Kanazawa 2005: 780).

Obwohl Exklusionsstrategien früh ein Bestandteil staatlicher Überlegungen waren, wurden diese zunächst durch andere Interessen überlagert (Pitt 1961: 23). Denn alle

⁵⁶ Hervorhebung D.Y.

⁵⁷ Unter dem Titel „Kontrolle gefährlicher Klassen“ wird die Notwendigkeit polizeilicher Kontrolle der VagabundInnen dargelegt: „The vagrant has been very appropriately described as the chrysalis of every species of criminal. A wanderer through the land, without home ties, idle, and without apparent means of support, what but criminality is to be expected from such a person?“ (Tiedemann 2002: 142).

zugewanderten Schürfer leisteten einen erheblichen Beitrag zu den kalifornischen Staatseinnahmen, da die Schürfrechte für sie mit Steuerverpflichtungen verbunden waren. Gleichzeitig machten die chinesischen Einwanderer, die vor allem alleinstehende junge Männer waren, kaum Gebrauch von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen oder Spitälern (ebd.).

Schon allein die Tatsache, dass immer mehr Menschen um die Goldvorkommen in Kalifornien konkurrierten, war der allgemeinen Skepsis gegenüber den Zugewanderten äußerst zuträglich. Einheimische Minenbetreiber und Arbeiter verbündeten sich oft gegen die chinesischen Schürfer, um diese aus den Minen zu vertreiben, oder schüchterten die lokalen Antragsaufzeichner ein, um die Vergabe von Minenrechten an fremde Schürfer zu verhindern (Kanazawa 2005: 783). Außerdem waren Verbote gegen „Fremde“ über Umwege durch Verordnungen festgeschrieben.⁵⁸

Je mehr sich allerdings die budgetäre Lage Kaliforniens stabilisierte, umso eher war der Staat in der Lage, Exklusionsgesetzgebungen zu installieren (ebd.: 781).

Der *Page Act* von 1875 und der *Chinese Exclusion Act* von 1887 waren die ersten Instrumente einer vergeschlechtlichten und rassifizierten Einwanderungsrestriktion, die außerdem stark am Amerikanismus (vgl. 5.1.: 69ff.) orientiert war. Diese Mechanismen einer Einwanderungsregulierung zeigen die historisch geforderte Nähe zum Amerikanismus in der Verteilung von Rechten an, wurde der Ausschluss der ChinesInnen von der Staatsbürgerschaft doch durch ihre „kulturell“ bedingte Unvereinbarkeit mit den amerikanischen „Werten“ begründet.

„An indigestible mass in the community, distinct in language, pagan in religion, inferior in mental and moral qualities, and all peculiarities, is an undesirable element in a republic, but becomes especially so if political power is placed in its hands“ (Congress 1877).

Während sich der *Page Act* (*Exclusion of certain Asian Women and other Matters*) speziell gegen asiatische Frauen wandte (vgl. LeMay, Barkan 1999: 34), galt der *Chinese Exclusion Act* allen ChinesInnen. Beide Gesetze dienten aber de facto der Verringerung der Zahl chinesischer MigrantInnen im Land, da der Einwanderungsstopp für Frauen die Gründung von Familien verhindern sollte. Doch trotz des Verbots nahmen viele ChinesInnen das Risiko der beschwerlichen und teuren Reise in die USA auf sich, denn noch waren die Grenzen „weich“ und wenig bewacht (Pfaelzer 2008: 105).

Aus diesen Entwicklungen von den Anfängen der Besiedelung bis in das 19. Jahrhundert

⁵⁸ Der Bezirk Columbia in Tuolumne County etwa schloss AsiatInnen und Südsee-InsulanerInnen von den Schürfrechten aus (Kanazawa 2005: 783).

sind bereits Kontinuitäten erkennbar, die sich auch in den heutigen Migrationskontrollen verdichten. Die Assoziation eigen-sinniger menschlicher Wanderungsbewegungen mit kriminellem Verhalten, die Anwerbung und Disziplinierung von MigrantInnen unter dem Diktat ihrer ökonomischen Verwertbarkeit bei gleichzeitiger Problematisierung ihrer Mobilität wie auch ihrer Anwesenheit sind bis heute Konstanten im US-amerikanischen Migrationsregime.

Der *Johnson Reed Act* von 1924 bedeutete in zweierlei Hinsicht einen Bruch im Migrationsregime (vgl. Ngai 2005: 3): Erstens wurden im Rahmen eines globalen Quotensystems *neue* Kategorien der Differenz eingeführt; und zweitens markierte das Gesetz ein neues Verständnis von *Territorialität*, das von einem nie dagewesenen Bewusstsein und einer präzedenzlosen Kontrolle der *Staatsgrenzen* markiert war (ebd.; Melchor del Río 2007: 79). Der Einsatz der Border Patrol im gleichen Jahr und der Beginn der Abschiebepaxis kennzeichneten die Transformation von der „imaginären“ zur gesicherten Grenze (Melchor del Río 2007: 79; Ngai 2005: 12).

Die Restriktionen des *Reed Act* hatten überdies den für diese Untersuchung zentralen Effekt ihrer *Überschreitung* (Ngai 2005: 4), weshalb gleichzeitig mit den Einwanderungsbeschränkungen die neue juristische und diskursive Subjektfigur des *illegal alien* entstand.

Der *Reed Act* beschränkte Einwanderung nach nationaler Herkunft und erstellte durch die Zuweisung entsprechender Quoten eine Hierarchie *erwünschter Zuwanderung*. Nicht nur wurden EuropäerInnen als gemeinsame Nation klassifiziert, sie wurden auch durch ihre Zugehörigkeit zum Weiß-Sein privilegiert (ebd.: 7). Ausgeschlossen von der Zuwanderung waren etwa ChinesInnen, JapanerInnen und InderInnen, die als die rassifizierten Nicht-Weißen als für eine *Naturalisierung* (Einbürgerung) ungeeignet erachtet wurden (ebd.). In engem Zusammenhang mit diesen Zuwanderungsverboten für bestimmte *Nationen* stand die Vorstellung der *Einbürgerung* als mehr oder weniger automatische Konsequenz der *Einwanderung* (ebd.: 5). Es galt daher, potentiell unpassende, nicht-weiße von für die Staatsbürgerschaft *qualifizierten* MigrantInnen zu differenzieren, um eine Nation zu *erzeugen*, die der *Grammatik des Amerikanismus* vollständig entsprach.

Der *Reed Act* sah zwar keine Quoten für die mexikanische Einwanderung vor, regulierte diese aber in Form von gesonderten Visa-Anforderungen, weshalb die mexikanischen MigrantInnen bereits in den 1920er Jahren die größte Gruppe illegalisierter MigrantInnen ausmachten (ebd.: 7). Nicht die tatsächliche Abhaltung, sondern die strategische *Illegalisierung* mexikanischer MigrantInnen nahm mit dem *Reed Act* ihren Anfang.

In dieser Zeit begann sich auch das Konzept der „Rasse“ in den USA zu verschieben – von eugenisch begründeten Differenzen der Physiognomie in der Mitte und gegen Ende des 19. Jahrhunderts hin zu Vorstellungen, die „Rasse“ an Physiognomie *und Nationalität* knüpften (ebd.: 8). Ngai (ebd.: 8f.) ordnet diese Klassifizierungen ein in den Kontext einer juristischen Trickerei, um den 14. Zusatz zur Verfassung zu unterlaufen. Der im Verfassungstext *allgemein* zugesicherte *gleiche* Schutz durch das Gesetz⁵⁹ wurde in diesem Sinne durch das neue Einwanderungsrecht ergänzt und umgangen. Indem Subjektkategorien wie „für die Staatsbürgerschaft ungeeignete Fremde“ (*aliens ineligible to citizenship*) erzeugt und die neue Klassifikation der nationalen Herkunft (*national origin*) erfunden wurde, konnten die bereits bestehenden gesetzlich verankerten Diskriminierungen gegen die AfroamerikanerInnen auf andere rassifizierte Gruppen ausgeweitet werden (ebd.: 9).

Mit dem *Immigration and Nationality Act* (INA) von 1965 wurden die Quotenregelungen nach Herkunftsländern und das Einwanderungsverbot für BewohnerInnen der meisten asiatischen Staaten unter dem Druck der BürgerInnenrechtsbewegung aufgehoben. Ersetzt wurden die Bestimmungen des *Reed Act* durch die Einführung der für alle Staaten gleichen Quote, die nun jährlich vom Kongress neu festgesetzt wurde (Melchor del Río 2007: 81). Das Prinzip einer numerischen Begrenzung der Einwanderung blieb damit aber erhalten.

Neben einem neuen Konzept von Territorialität, in dessen Zentrum mit dem *Reed Act* nun der Schutz und die Bewachung der Staatsgrenzen standen, verschob sich die Praxis einer indirekt geregelten (z.B. Vergabe von Schürfrechten) und selektiv gemanagten Einwanderung (z.B. chinesische Exklusion) im 19. Jahrhundert hin zu einer kalkulierten, zunehmend ausdifferenzierten Regierung der Einreise und des migrantischen Aufenthalts im 20. Jahrhundert. Die wesentlichen Mechanismen dieser Regierung waren die Einführung von Gastarbeiterprogrammen, die selektive Legalisierung der bereits im Land anwesenden undokumentierten Bevölkerung und die stetige Hochrüstung der Grenzanlagen. All diese genannten Techniken betrafen in erster Linie die zahlenmäßig stärkste migrantische Gruppe, die MexikanerInnen.

⁵⁹ Neben den staatsbürgerlichen Rechten und dem *ius soli* ist in Abschnitt 1 des 14. Zusatzes zur Verfassung Folgendes festgeschrieben: „[...] nor shall any State deprive any person of life, liberty, or property, without due process of law; nor deny to any person within its jurisdiction the equal protection of the laws“ (United States Constitution a).

5.2.2. Die Institutionalisierung⁶⁰ einer *Regierung der Migration*

Die mexikanische Einwanderung als die größte kontinuierliche Migration in der Geschichte der Vereinigten Staaten (Melchor del Río 2007: 76) erhält neben ihrer Quantität insbesondere durch ihre *Modalität* Relevanz für die Analyse. Denn seit den 1920er Jahren stellten MexikanerInnen durchwegs die überwiegende Mehrheit der undokumentierten Bevölkerung, zuletzt mit einem Anteil von fast zwei Dritteln im Jahr 2010 (Passel, Cohn 2011: 2). Die Beziehungen zu den USA und die damit verbundenen Umstrukturierungen der nationalen Ökonomie Mexikos haben entscheidend zu dieser transnationalen Mobilität der mexikanischen Bevölkerung beigetragen.

Der zweijährige Krieg zwischen Mexiko und den USA endete 1848 mit der Annexion von Mexikos Norden durch die USA. Mexiko musste Kalifornien, Arizona, New Mexico, Texas, Nevada, Utah, Colorado und Teile Wyomings und Oklahomas an die USA abtreten (Akers, Davis 2007: 111). 125.000 MexikanerInnen fanden sich danach jenseits einer neuen Grenze wieder (ebd.).

In den Jahren nach dem US-amerikanischen Bürgerkrieg begannen ArbeiterInnen aus Mexiko in die USA zu reisen, um auf den Plantagen, im Eisenbahnbau, in der Verpackungsindustrie und in den Minen Arbeit zu finden. Bis dahin hatten vor allem chinesische und japanische Männer die benötigte Arbeitskraft zur Verfügung gestellt, deren Anzahl aber durch die gesetzlichen Bestimmungen des *Chinese Exclusion Act* (vgl. Motomura 2006: 25, 74; vgl. auch 5.2.1.: 78) und des „Gentlemen’s Agreement“ 1907 mit Japan⁶¹ reduziert worden war (vgl. LeMay, Barkan 1999: 100).

Die Anwerbepolitik war dabei immer von einem InländerInnenprimat bestimmt, also der Beschäftigung von vorübergehend in den USA anwesenden GastarbeiterInnen bei gleichzeitiger Privilegiensicherung der einheimischen Arbeitskräfte.

In Bezug auf die mexikanische Arbeitsmigration hielt die *Dillingham Commission*⁶² 1911 in ihren Empfehlungen fest: „[...] it is evident that in the case of the Mexican he is less desirable as a citizen than as a laborer“ (USIC 1907-1910: 690). Und an anderer Stelle:

⁶⁰ In Anlehnung an Berger und Luckmann (2009: 56) verstehe ich *Institutionalisierungen* als Resultate sozialer Reibungen, die sich durch Gewöhnung konstituieren und dadurch zu einem Modell verfestigen, das dabei von den Handelnden auch als Modell aufgefasst wird. Die *Institutionalisierung einer Regierung der Migration* bezieht sich daher auf die vielfältigen, zunehmend ausdifferenzierten, habitualisierten Prozesse der Steuerung migrantischer Mobilität und Anwesenheit.

⁶¹ Das „Gentlemen’s Agreement“ zwischen den USA und Japan war eine informelle Absprache, in der sich Japan verpflichtete, die Emigration in die USA zu untersagen, und die USA eine selektive Migration aus Japan zuließen (Motomura 2006: 123).

⁶² Die *United States Immigration Commission*, benannt nach ihrem Vorsitzenden, dem Senator William Dillingham, war ein Spezialkomitee des US-Kongresses, das eingesetzt wurde, um Empfehlungen über zukünftige Migrationskontrollen auszusprechen. Die Berichte der *Dillingham Commission* hatten wesentlichen Einfluss auf die Bestimmungen des *Johnson Reed Act* (vgl. dazu

„While the Mexicans are not easily assimilated, this is not of very great importance as long as most of them return to their native land after short time“ (ebd.: 691).

Legitimiert durch die den MexikanerInnen zugeschriebene Distanz zum Amerikanismus, wurde eine Temporalität ihrer Anwesenheit durchgesetzt, ein Mechanismus, der im Rahmen von Gastarbeiterprogrammen bis heute konjunkturell immer wiederkehrt.

Die Anreize, in die USA zu kommen, lagen für viele MexikanerInnen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vermutlich in dem trotz des mexikanischen Wirtschaftswunders ab den 1930er Jahren vergleichsweise höheren Einkommen in den USA und in der Zusammenführung mit Freunden und Familie, die bereits zuvor migriert waren (vgl. Mize, Swords 2011: 6).

Die sozialen Kompromisse zur Bearbeitung der eigen-sinnigen Migrationen bestanden nicht in deren Exklusion, sondern ihrer Absorption und Assimilierung (vgl. Tsianos, Papadopoulos 2008). Gastarbeiterprogramme waren durch die gesamte Geschichte der USA hindurch ein Mittel, den widerständigen Überschuss *produktiv* aufzunehmen, indem die Arbeitskraft *temporär* legalisiert wurde und staatsbürgerliche Rechte nicht vergeben werden mussten.

Das Bracero⁶³-Programm zur Rekrutierung mexikanischer ArbeiterInnen war ein solcher Mechanismus zur Regulierung der bereits existierenden, undokumentierten migrantischen Bewegungen und ihrer Verteilung auf alle Regionen des US-amerikanischen Festlandes (Mize, Swords 2011: 3). Auch der mexikanischen Regierung bot das Bracero-Programm eine Möglichkeit, die ohnehin stattfindende Emigration in die USA zu formalisieren (Ngai 2005: 138).

Die Ära der Braceros war das Ergebnis einer Serie von Abkommen zwischen den USA und Mexiko in der Zeit von 1942 bis 1964, zunächst um den Arbeitskräftemangel in den USA während des Zweiten Weltkriegs im Bereich der Landwirtschaft abzudecken. Während dieser 22 Jahre wurden etwa 4,5 Millionen Arbeitsverträge mit ungefähr zwei Millionen Braceros abgeschlossen (Mize, Swords 2011: 3). Die bis heute fortbestehende Ausrichtung der US-Landwirtschaft auf mexikanische migrantische Arbeit – legalisierte wie undokumentierte – nahm ihren Anfang in dieser Periode (ebd.).

Die wesentlichen Eckpfeiler der Bracero-Abkommen waren der temporäre Ausgleich eines Arbeitskräftemangels, *ohne* die heimischen Arbeitskräfte dabei zu ersetzen, sowie die Erstattung des vollen Lohns erst *nach* erfolgter Heimreise (Bustamante 1997: 140). Weil im Rahmen der Abkommen keine kontrollierende Instanz vorgesehen war, hatten die US-amerikanischen Unternehmer auch keine Veranlassung, die Bestimmungen der Abkommen einzuhalten (Mize, Swords 2011: 3).

Barken 2007: 116ff.).

Die Arbeiter wurden in eigens eingerichteten *camps* untergebracht und arbeiteten so viel, dass sie überhaupt kein Privatleben haben konnten (ebd.: 5). Und nicht zuletzt wurde die Abschiebep Praxis als entscheidender Mechanismus zur Disziplinierung der migrantischen Arbeit entwickelt. Die Erzeugung von *Furcht* wurde bereits damals als effektiver Mechanismus zur Disziplinierung der MigrantInnen angewandt (vgl. 8.2.2.).

„If a worker did not comply, he was deported. If he caused a ruckus or started making demands for better working conditions, he was deported. Growers could rely on fear rather than violence to keep workers in line because workers were made well aware of the history of state agents, usually local law officers, who were recruited to do the dirty work of punishment“ (Mize, Swords 2011: 15).

Der „Erfolg“ des Bracero-Programms bestand deshalb in der Rekrutierung einer temporären, flexiblen, weil gewerkschaftlich nicht abgesicherten Arbeiterschaft (ebd.: 5). Doch trotz der repressiven Bedingungen gab es Initiativen individuellen und kollektiven Widerstands (vgl. dazu ebd.: 15f.).

Das Bracero-Programm wurde von Beginn an *flexibel* gehandhabt, um trotz vertraglicher Vereinbarungen mit Mexiko auf die spontanen Bedürfnisse der US-Ökonomie antworten zu können. Weil diese durch das Bracero-Kontingent allein gar nicht gedeckt werden konnten, ermöglichten die USA die Einreise auch ohne die notwendigen Papiere (De Genova 2006).

Die US-GrenzbeamtInnen ließen Arbeiter einreisen, ohne zu überprüfen, ob sie von mexikanischer Seite überhaupt als Braceros autorisiert waren. Und in mehreren Grenzgebieten, besonders in Kalifornien und Texas, entwickelte sich parallel zum staatlichen Rekrutierungsprozess ein informeller Markt, der noch niedriger bezahlte Arbeiter an die Farmer vermittelte (Ngai 2005: 148). Die undokumentierte Migration übertraf die legale Migration im Rahmen des Bracero-Programms daher um ein Vielfaches. Schätzungen zufolge kam auf fünf mexikanische Landarbeiter nur ein einziger mit einem Bracero-Vertrag (De Genova 2006). In den 22 Jahren des Programms kamen 4,8 Millionen Arbeiter mit Verträgen, dagegen wurden fünf Millionen verhaftet, weil sie keine Papiere vorweisen konnten (ebd.).

Wie flexibel das Bracero-Programm in der Praxis gehandhabt wurde, veranschaulicht auch der „El Paso-Vorfall“ vom Oktober 1948 (Bustamante 1997: 141; Mize, Swords 2011: 33f.): Obwohl der Zweite Weltkrieg seit drei Jahren beendet war, konnte der Bedarf der Farmer an billiger Arbeitskraft nicht mehr allein aus dem Bracero-Programm bedient werden. Im Oktober 1948 öffneten Grenzbeamte daher auf informellen Befehl des Weißen Hauses einseitig die Grenze zu El Paso und ließen Tausende ArbeitsmigrantInnen einreisen.

⁶³ Spanisch für *Hilfsarbeiter*, auch *Feldarbeiter*.

Auch wenn nur männliche Gastarbeiter unter Vertrag genommen wurden, war die undokumentierte Migration, die das Bracero-Programm begleitete, mitnichten ausschließlich männlich. Weil die Frauen der Braceros häufig als Hausangestellte beschäftigt waren, lagen sie lediglich außerhalb der öffentlichen Sichtbarkeit (Ngai 2005: 149). Und weil für sie keine Verträge vorgesehen waren, war die weibliche mexikanische Migration dieser Zeit zum überwiegenden Teil undokumentiert.

Die zunehmende rassistische Diskriminierung von MexikanerInnen im Südwesten und vor allem in Texas veranlasste die mexikanische Regierung zur Aussetzung des Programms in den Jahren von 1942 bis 1947 (Mize, Swords 2011: 27).

Der nicht enden wollende Bedarf an migrantischer Arbeit seitens der Unternehmen führte zu Beginn der 1950er Jahre zu einem Konflikt innerhalb der US-Regierung, und zwar zwischen dem Ministerium für Arbeit, dem Ministerium für Landwirtschaft, dem Innenministerium und dem Einwanderungsministerium (ebd.: 34). Diese bürokratische Kontroverse schlug sich nieder in der widersprüchlichen Forderung nach mehr GastarbeiterInnen, um den nationalen Bedarf zu decken, bei gleichzeitigem Appell, das *wetback problem* in den Griff zu bekommen (ebd.).

1954, auf dem Höhepunkt der Bracero-Migration, „repatrierte“ die Regierung deshalb 1,3 Millionen mexikanischer ArbeiterInnen im Rahmen der „Operation Wetback“⁶⁴ (ebd.). Diese Massenabschiebung setzte nicht nur für die ArbeiterInnen selbst ein Zeichen, indem diese nämlich an ihre *Deportabilität*, die permanente Möglichkeit ihrer Abschiebung (vgl. 5.3.2.), erinnert wurden, sondern versicherte auch die Unternehmen der staatlichen Kooperation in Sachen migrantischer Rekrutierung *und* Entledigung (Mize, Swords 2011: 35).

Die Kompromisse zwischen der US-amerikanischen Regierung und den Unternehmen verdichteten sich bis in die Gegenwart in der Durchsetzung von Temporalität mexikanischer Anwesenheit im Dienste der nationalen Wirtschaft.

Die heute viel zitierte „Vision“ einer „umfassenden Einwanderungsreform“ (*Comprehensive Immigration Reform*, CIR) ist ohne Einschluss eines oder mehrerer Gastarbeiterprogramme nicht denkbar (De Genova 2009a: 446). Die gezielte Anwerbung *deportierbarer* ArbeiterInnen kann als eine Form der *gemanagten* Legalisierung (ebd.: 456) betrachtet werden, die die undokumentierten MigrantInnen in temporäre, überaus gut beaufsichtigte GastarbeiterInnen verwandelt⁶⁵ (ebd.).

Wie im Rahmen der Bracero-Abkommen haben die MigrantInnen diese

⁶⁴ Ausführlicher zur „Operation Wetback“ vgl. Mize, Swords 2011: 25ff.

⁶⁵ So meinte Bush im Jahr 2004 im Rahmen eines Vorschlags zur Einführung von Gastarbeiterprogrammen: „It is in the interest of the Nation, and each community, to identify foreign visitors and immigrants and make clear the nature of their intentions“ (OPS 2004).

Kompromisstrukturen allerdings immer wieder unterlaufen, indem sie ihren Aufenthalt eigen-sinnig ermöglichten oder verlängerten.

In ähnlicher Weise hatte der *Immigration Reform and Control Act* von 1986 (IRCA) das Ziel, die bereits in den USA anwesende undokumentierte Bevölkerung einem gesetzlichen Regulativ zu unterwerfen. IRCA war die bis dato erste und letzte Maßnahme zur *dauerhaften* Legalisierung eines Teils der undokumentierten Bevölkerung – ungeachtet ihrer nationalen Herkunft.⁶⁶

Weil die Legalisierung selektiv sein sollte, wurden für die Antragstellung qualifizierte MigrantInnen von den nichtqualifizierten getrennt.⁶⁷

IRCA zielte auch ganz speziell auf die Situation in Los Angeles ab, da zum Zeitpunkt der Verabschiedung – wie auch heute (vgl. 6.1.) – die größte Konzentration der undokumentierten MigrantInnen im L.A. County lebte⁶⁸ (Dowell, Kelley 1987: 11).

IRCA ist bis heute im öffentlichen Diskurs als großzügige Maßnahme der Legalisierung verankert und aktivierte gleichzeitig die Besorgnis wegen einer erneuten „Amnestie der illegalen Bevölkerung“ (De Genova 2004: 174). Die Rede von einer Amnestie ist eng verbunden mit dem Skandal des illegalen Grenzübertritts, weshalb diese Benennung von den MigrantInnen und den pro migrant-Organisationen in der Regel zurückgewiesen und durch den Begriff der Legalisierung ersetzt wird.

Tatsächlich war die Verabschiedung von IRCA mit dem Kalkül verbunden, die undokumentierte Bevölkerung quantifizierbar und regierbar zu machen. Für die Antragstellung musste deshalb zunächst eine festgelegte Dauer des „ungesetzlichen Aufenthalts“ (Dowell, Kelley 1987: 11) in den USA nachgewiesen werden. Im Rahmen umfangreicher Personenüberprüfungen wurden die Anträge anschließend durch Sichtung der Bankgeschäfte, Wohnungsdokumente und Gehaltsschecks geprüft (ebd.). Aus Misstrauen gegenüber dem Versprechen des damaligen INS⁶⁹, abgelehnte KandidatInnen nicht abzuschieben, sind in Los Angeles drei Monate nach Inkrafttreten von IRCA nur etwa zehn Prozent der erwarteten Anträge eingegangen (ebd.: 11). 1,6 Millionen, weniger

⁶⁶ Eine nach nationaler Herkunft selektive Legalisierung privilegiert kubanische Flüchtlinge, die unmittelbar nach ihrer Ankunft in den USA (meist auf dem Seeweg nach Miami) eine Aufenthaltsbewilligung erhalten (bisher über 400.000 Legalisierungen), und ist im Rahmen von NACARA (*Nicaraguan Adjustment and Central American Relief Act*) vorgesehen (bisher knapp 70.000 Legalisierungen; vgl. Kerwin 2010).

⁶⁷ Die zur Antragstellung berechtigte Personengruppe wurde um einen Stichtag herum definiert: Wer vor dem 1. Jänner 1982 undokumentiert die Staatsgrenze überquert hatte, konnte einen Antrag auf Legalisierung ihres/seines Status einbringen. Dasselbe galt für Personen, die vor diesem Tag die Grenze legal passiert hatten, deren Aufenthaltsgenehmigung aber vor dem Stichtag abgelaufen war (DJ 1987: 8770).

⁶⁸ Rund 30 Prozent der 3,3 Millionen undokumentierten MigrantInnen lebten 1986 im L.A. County (ebd.).

⁶⁹ *Immigration and Naturalization Service* (INS). 2003 umgewandelt in *Immigration and Customs Enforcement* (ICE).

als die Hälfte der undokumentierten Bevölkerung, erhielten eine Aufenthaltsbewilligung unter IRCA (vgl. Kerwin 2010; Woodrow, Passel 1990: 33ff.).

Weil der ununterbrochene undokumentierte Aufenthalt in den USA Bedingung war, qualifizierten sich viele erst gar nicht. Und die, die sich qualifizierten, hatten meist Verwandte oder Freunde, die sich nicht qualifizierten (Dowell, Kelley 1987: 10).

Während auf der einen Seite eine Legalisierung unter bestimmten Bedingungen ermöglicht wurde, intensivierte sich auf der anderen Seite die Verwundbarkeit derjenigen, die nicht den Kriterien von IRCA entsprachen, weil ihre Aussicht auf Legalisierung ab diesem Moment de facto nicht mehr existierte (De Genova 2004: 174).

Neben einer selektiven Legalisierung enthielt IRCA eine Reihe weiterer Bestimmungen, die auf eine zügigere Abschiebung, eine zusätzliche Schwächung undokumentierter ArbeiterInnen und die Steigerung des Mehrwerts durch undokumentierte Arbeitskraft abzielten.⁷⁰

Die Sanktionierung von Unternehmen etwa, die undokumentierte ArbeiterInnen beschäftigten, erzeugte nicht mehr Druck für die ArbeitgeberInnen, sondern für die ArbeiterInnen selbst. Weil Razzien durch das INS drei Tage im Voraus angekündigt wurden, entließen die Unternehmen ihre Angestellten im Vorfeld einfach. Auch die durch IRCA eingeführte Ausweispflicht gegenüber potentiellen ArbeitgeberInnen schwächte die ArbeiterInnen zusätzlich. Die Folge dieser Regelung war freilich nicht das Ende undokumentierter Arbeit, sondern die vermehrte Fälschung von Sozialversicherungskarten sowie ein Anstieg informeller Arbeitsverhältnisse (Lipman 2006: 23).

Statt die Zahl der undokumentierten MigrantInnen zu senken, bewirkte IRCA das Gegenteil (vgl. Kerwin 2010). In erster Linie kamen viele Menschen aus den Staaten Zentralamerikas aus Sorge vor restriktiveren Bestimmungen und dichter Grenzüberwachung *nach* dieser Legalisierungsmaßnahme. Insbesondere viele Frauen, deren Männer ihren Aufenthalt durch IRCA legalisiert hatten, überquerten aus diesem Grund undokumentiert die Grenze (vgl. Hondagneu-Sotelo 1994). Und weil viele Frauen Jobs in privaten Haushalten fanden, waren sie von den neu eingerichteten Unternehmersanktionen nicht betroffen (ebd.).

Eine weitere Ausdifferenzierung erfuhr die Regierung der Migration durch die Implementierung einer Grenzsicherungsstrategie als Teil der NAFTA-Abkommen von 1993, die bis heute in Kraft ist. Kurz nachdem Präsident Clinton sein Amt übernahm, versicherte er der Öffentlichkeit: „We will make it tougher for illegal aliens to get into our country“ (zitiert nach Nevins 2002: 89).

⁷⁰ Vgl. *Immigration Reform and Control Act of 1986 (IRCA)*, Section 242(i).

Unter dem Namen *Prevention through deterrence* begann 1993 die schrittweise Schließung der Hauptkanäle (*main gates*) der US-mexikanischen Grenze – angefangen im El Paso-Ciudad Juárez-Sektor mit dem vielsagenden Titel „Operation Blockade“, danach in Kalifornien mit „Operation Gatekeeper“, in Arizona mit „Operation Safeguard“ und in Südtexas mit der „Operation Rio Grande“ (Garcia 2010).

Das Ziel dieser Strategie lag in der Umlenkung der MigrantInnen von den relativ sicheren städtischen Gebieten in die weitaus gefährlicheren Wüstengebieten (ebd.). Während der Grenzübergang in Tijuana durch Technologisierung und stetige Personalaufstockung mittlerweile nahezu unüberwindbar geworden ist, besteht der Grenzzaun in der Wüste von Sonora in Arizona aus einem nicht einmal zehn Zentimeter hohen Stück Stacheldraht. Das tatsächliche Hindernis der Grenzüberquerung durch die Wüste liegt in den heißen Temperaturen bei Tag und den eisigen Witterungsbedingungen bei Nacht.

Die „Abschreckung“, die diese Strategie bezweckte, lag nämlich in dem Einsatz des eigenen Lebens als Preis für die Überquerung der Grenze.

Allein „Operation Gatekeeper“ in Kalifornien fielen bis zum Jahr 2009 über 5.000 Menschen zum Opfer, die entweder in der Wüste verdursteten, erfroren oder einen Hitzeschlag erlitten (Jimenez 2009).

Im Gegensatz zu der vermeintlichen Erodierung der Grenze durch NAFTA war das Nordamerikanische Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko vielmehr mit einer in der Geschichte der USA bis dahin nie dagewesenen *Bekräftigung* der Grenze verbunden. Eine Annahme, die Nevins (2002) sogar zu der Feststellung veranlasste, die Grenze in Kalifornien sei durch „Gatekeeper“ überhaupt erst *gemacht* worden. Die Kopplung dieser massiven und taktischen Grenzausrüstung an NAFTA sieht Nevins als Teil des neoliberalen Projekts, den „Markt blühen zu lassen“ (ebd.: 135).

Zum einen existieren mittlerweile hinreichend Belege dafür, dass die Strategie der „Abschreckung“ nicht wirklich abschreckte (ebd.: 136). Die undokumentierte Bevölkerung wuchs im Gegenteil laut *Pew Hispanic Center* in den Jahren von 1995 bis 1999 mit 3,6 Millionen massiv an, während in den Jahren 1990 bis 1994 ein deutlich geringerer Anstieg von zwei Millionen zu verzeichnen war (Passel 2005: 5). In den Jahren nach NAFTA kam demnach die größte Zahl undokumentierter MigrantInnen in die USA, und zwar durchschnittlich 750.000 im Jahr. Demgegenüber reisten im selben Zeitraum nur 660.000 Menschen legal ein (ebd.: 6). Der Anteil mexikanischer MigrantInnen an der undokumentierten Bevölkerung stieg in dieser Zeit indessen überproportional an (vgl. OPP 2000: 13).⁷¹ Weil die Grenzmobilität darüber hinaus riskanter wurde, war einer der Effekte der neuen Grenzsicherung die Langfristigkeit des Aufenthalts der MigrantInnen (Jimenez 2009) und dadurch ihre *nachhaltige* Einspannung in die US-Ökonomie bei

⁷¹ Im Jahr 1993 kamen jährlich etwa 400.000 Menschen undokumentiert aus Mexiko, im Jahr 1999

gleichzeitiger Gewährleistung ihrer permanenten Abschiebbarkeit.

Zweitens veranlasste die Umleitung der Migrationen in gefährlichere Gebiete hauptsächlich junge, robuste Männer, dieses Risiko alleine zu wagen, also „the perfect workers“ (Huspek, zitiert nach ebd.: 137). Und drittens gingen die Razzien am Arbeitsplatz drastisch zurück, obwohl die offizielle Strategie der Clinton-Regierung neben der Grenzaufrüstung unter anderem in der rigiden Überprüfung der ArbeiterInnen lag (ebd.: 136). Die Umsetzung im Inneren konzentrierte sich aber de facto auf die Abschiebung von ArbeiterInnen nach deren Meldung durch die Unternehmen als Mechanismus ihrer Disziplinierung – vor allem immer dann, wenn die ArbeiterInnen begannen, sich zu organisieren (ebd.: 132, Fußnote 59).

Die Rolle der Einwanderungsbehörden im Migrationsregime hat sich seit ihrer Entstehung in den 1930er Jahren zunehmend auf zwei Aufgaben ausgerichtet: auf die Erzeugung von Furcht bei den MigrantInnen im Rahmen eines Affektregimes (vgl. 8.2.2.) und auf die Regulierung des Arbeitsmarkts durch konjunkturell angepasste Kontroll- und Abschiebepraktiken.

Die massive Grenzaufrüstung der 1990er Jahre als flankierende Maßnahme der NAFTA-Abkommen war die konsequente Fortführung einer kontinuierlich intensivierten wirtschaftlichen Kooperation mit Mexiko, die die *Illegalisierung* der in die USA migrierenden Bevölkerungen aus einer Perspektive der weiteren Profitgenerierung *erforderte*.

Mit Ende des Bracero-Programms Mitte der 1960er Jahre begannen die massive Industrialisierung der Grenze (*Border Industrialization Program*) und die Errichtung arbeitsintensiver Fabriken (*Maquiladoras, Sweatshops*) in einer virtuellen Freihandelszone mit den USA (De Genova 2004: 167). Die veränderte Ausrichtung der mexikanischen Wirtschaft von einer importsubstituierenden Industrialisierung auf Auslandskapital zog zahlreiche US-Unternehmen an, die ihre Produktionskosten auf diese Weise um fast 75 Prozent senken konnten (Akers, Davis 2007: 131). Die Wendung Mexikos hin zum Freihandel mit den USA ging zunächst mit einer enormen Abwanderung in die Grenzstädte und in Folge auch mit der zunehmenden Migration in die USA einher (ebd.).

Die Einführung numerischer Beschränkungen in der Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen im Rahmen des *Immigration and Nationality Act* von 1965 wirkte sich deshalb insbesondere auf die mexikanische Migration aus (De Genova 2004: 168). Weil die Migration aus Mexiko in dieser Zeit überproportional anstieg, bot diese Reform der Einwanderungsgesetzgebung eine Garantie für die fortgesetzte Einreise undokumentierter mexikanischer MigrantInnen – ohne allerdings gesonderte Richtlinien für die mexikanische Einwanderung formulieren zu müssen, da die neuen numerischen

waren es bereits 630.000 (OPP 2000: 13).

Beschränkungen ja für *alle* Staaten Geltung hatten.

Die stetig ansteigende Einwanderung aus Mexiko, der zunehmende Bedarf an „flexibler“ Arbeitskraft und die selektive Vergabe der Staatsbürgerschaft je nach Nähe zum Amerikanismus mündeten in den Kompromiss eines *Managements* der mexikanischen Migrationen durch deren *Illegalisierung*.

Grenzaufrüstungen, die immer auch Lücken beinhalteten, eine selektive Umsetzung des Einwanderungsrechts im Inneren und eine Gesetzeslage, die eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus de facto verunmöglicht (vgl. 5.3.1.), waren und sind die Eckpfeiler der Regierung der mexikanischen Migration.

Der präzedenzlose Anstieg der Migration aus Mexiko als Folge von NAFTA wurde von den USA antizipiert (Nevins 2002: 138). Denn die neoliberale Umstrukturierung der mexikanischen Wirtschaft Ende der 1980er Jahre unter Präsident Carlos Salinas de Gortari, die 1994 mit NAFTA ihren Höhepunkt erreicht hatte, hatte für die mexikanische Bevölkerung fatale Folgen (Mize, Swords 2011: 193). Durch die weitere Öffnung des Marktes für Auslandskapital, die Privatisierung von Staatsbetrieben, den Abbau von Schutzzöllen und das Ende der staatlichen Subventionierungen für Landwirtschaftsbetriebe erlitten 1989 siebenzig Prozent der FarmerInnen einen ebenfalls siebenzigprozentigen Einkommensverlust (ebd.: 193f.).

Das Inkrafttreten von NAFTA bedeutete für die kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe dann das endgültige Ende.⁷² Die schrittweise, vollständige Liberalisierung der Märkte der drei NAFTA-Staaten durch den Abbau von Handelsbarrieren (Zölle, Aus- bzw. Einfuhrverbote oder -regelungen, Förderung heimischer Unternehmen usw.) führte zu einem beispiellosen Preisdruck für die mexikanische Landwirtschaft (ebd.). Nahezu kein Betrieb konnte sich aufgrund der Einfuhr US-amerikanischer Billigprodukte mehr halten (ebd.). Entweder versuchten die FarmerInnen in anderen Sektoren Arbeit zu finden, vor allem in der Dienstleistung, oder sie migrierten in die USA, wo sich in aller Regel zumindest bereits eine Verwandte oder Bekannte von ihnen befand. Weil NAFTA aber keine Mobilität von Personen vorsah, stieg die illegalisierte Migration an (ebd.; Passel 2005: 5).

Als Folge der Grenzaufrüstung übertrifft die undokumentierte Migration seit Mitte der 1990er Jahre sogar die legale Migration (Fry 2006; Passel, Cohn 2008). Ebenfalls ab dieser Zeit ist eine vermehrte männliche Migration feststellbar (Fry 2006), die höchstwahrscheinlich auf das multiplizierte Risiko der Grenzüberquerung seit 1994 zurückgeführt werden kann (Nevins 2002: 137).

Während die meisten undokumentierten MigrantInnen vor NAFTA aus denselben vier oder fünf mexikanischen Bundesstaaten in die USA gekommen waren, kamen sie ab

⁷² Ausführlicher zu NAFTA und dessen Implikationen für die mexikanische Ökonomie vgl. z.B.

1994 aus allen Teilen Mexikos (Portes 2006). Ehemals lebendige Orte in Mexiko sind heute Geisterstädte, weil fast die gesamte erwachsene Bevölkerung in die USA abgewandert ist. Ungefähr ein Drittel aller mexikanischen Gemeinden hat auf diese Weise einen Großteil der Bevölkerung verloren, manche sogar bis zur Hälfte (ebd.). Insbesondere der Bundesstaat Oaxaca, aus dem auch drei meiner InterviewpartnerInnen kommen (Eduardo, Esteban und Liz) und wo eine große Zahl der indigenen Bevölkerung lebt, ist von diesem sogenannten *hollowing* (Aushöhlung) massiv betroffen (ebd.; Mize, Swords 2011: 195).

Die mit der Öffnung der Grenze für den Handel simultane Schließung der Grenze für Personen bei gleichzeitiger Schaffung von Lücken⁷³ war daher der logische Schritt eines fortgesetzten Managements der Migrationen durch deren Illegalisierung.

Neben der Bewachung und Bekräftigung der US-mexikanischen Grenze in den 1990er Jahren weitete sich die Regierung der Migration im neuen Jahrtausend auf die zunehmende Disziplinierung der MigrantInnen *im Inneren* aus. Zu dieser Verschiebung im Migrationsregime kam es zunächst als Folge des „Kriegs gegen den Terror“ nach 9/11.

5.2.3. Die Re-Organisation des Migrationsregimes nach 9/11

In den Wochen vor den Ereignissen des 11. September 2001 gab es eine Reihe diplomatischer Treffen zwischen dem US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush und dem mexikanischen Präsidenten Vincente Fox. Diese Treffen, die von den Medien beider Länder breit aufgegriffen wurden (De Genova 2009a: 447), waren der Ausarbeitung von Programmen zur selektiven Legalisierung der mittlerweile über neun Millionen (Passel, Cohn 2011: 1) betragenden undokumentierten Bevölkerung in den USA und zur Rekrutierung von mexikanischen GastarbeiterInnen gewidmet (ebd.). Der mächtige Interessenverband EWIC⁷⁴ startete ein massives Lobbying für diese Initiativen (ebd.).

Doch nach den Anschlägen von 9/11 und dem ausgerufenen „War on Terror“ verkündete Bush nun der Welt, „everything has changed“ (Bush, zitiert nach De Genova 2009a: 447).

Mize, Swords 2011: 193ff.

⁷³ Diese Lücken bestehen meiner Einschätzung nach sowohl in der gezielten Erzeugung poröser Grenzabschnitte als auch der selektiven Gestaltung von Einwanderungsmöglichkeiten für bestimmte Herkunftsländer.

⁷⁴ In dem Verband EWIC (*Essential Worker Immigration Coalition*) sind vor allem Unternehmen des Dienstleistungssektors vertreten, deren Abhängigkeit von undokumentierter migrantischer Arbeit typischerweise sehr hoch ist. Vgl. die Website von EWIC <http://www.ewic.org/> (28.02.2011).

Für die MigrantInnen bedeutete dies sowohl Stillstand in den Verhandlungen mit Mexiko als auch eine Radikalisierung des Klimas. Denn in der Bekämpfung der „illegalen“ Migration konnte der „Krieg gegen den Terror“ *innerhalb* des Landes begriffen werden.

„Borders were perceived to be woefully violable and migrants were widely targeted as the embodiment of nebulous ‚foreign‘ menaces, and came to be easy stand-ins for the figure of ‚terrorism‘, generally“ (De Genova 2009a: 448).

9/11 bedeutete in zweierlei Hinsicht einen Bruch: Erstens verschoben sich die Diskurse über Einwanderung hin zu einem *neuen* Nativismus (De Genova 2006), in dessen Zentrum neben der Zugehörigkeit zur Nation nun insbesondere der *Antiterrorismus* stand. Die Subjektfigur des „illegal alien“ war in diesem neuen Nativismus die Materialisierung der Korrosion von *law-and-order*, der Porosität der Grenze und der Krise der Souveränität (ebd.).

Und obwohl die undokumentierten MigrantInnen in den USA nicht dem Profil des Terroristen entsprachen, der typischerweise arabisch oder moslemisch war, waren sie als unerlaubte Eindringlinge nichtsdestotrotz *alle* potentielle TerroristInnen (ebd.). Als Konsequenz dieses neuen Nativismus, in dem die Nation nun bedrohter war als je zuvor, wurde jeder öffentliche Diskurs über Legalisierung zum Tabu (De Genova 2009a: 447f.).

Zweitens konzentrierte sich die Disziplinierung der MigrantInnen nach 9/11 neben dem Management der Grenze vermehrt auf ihre Regierung im *Inneren*.

De Genova hat die Re-Organisation des Migrationsregimes nach 9/11 mit dem Begriff des *Homeland Security State* beschrieben (De Genova 2006, 2007, 2009a). Er spielt dabei auf die institutionelle Umstrukturierung im Jahr 2002 an, die mit der Gründung des *Department of Homeland Security* die *Terrorismusbekämpfung im Inneren* als Regierungsziel verankerte. Infolge dieser Umstrukturierung wurde die Einwanderungsbehörde *Immigration and Naturalization Service* (INS), die bis dahin für die Umsetzung der Einwanderungsgesetze innerhalb der USA zuständig war, in die neue, dem Department of Homeland Security unterstellte Agentur *Immigration and Customs Enforcement*, kurz ICE, umgewandelt. Der Name ICE und der Wechsel von *Service* zu *Enforcement* im Namen sollten bewusst ein neues, kompromissloses Vorgehen gegen undokumentierte MigrantInnen signalisieren.

Mit der Verabschiedung des *USA Patriot Act* wurden außerdem Inhaftierungen (*detentions*) und Abschiebungen (*deportations*) in großer Zahl die Eckpfeiler des reorganisierten Migrationsregimes. Die im *Patriot Act* festgesetzte obligatorische Inhaftierung „verdächtiger TerroristInnen“ (*suspected terrorists*; vgl. USA Patriot Act, Sec. 412) setzte eine Masse an Verhaftungen in Gang, die in der Regel auf unbestimmte Zeit und ohne offizielle Anklage erfolgten (De Genova 2006, 2009a).

Sowohl im *Patriot Act* als auch im *Homeland Security Act* wurden

Einwanderungskontrollen und eine erhöhte Überwachung der MigrantInnen in direkten Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung gesetzt (vgl. USA Patriot Act, Sec. 412; Homeland Security Act of 2002, Subtitle D, E und F).

Arabische MigrantInnen wurden willkürlichen Kontrollen unterworfen und abgeschoben, etwa 10.000 Flughafen-Sicherheitsbeamte wurden entlassen, weil sie keine US-Staatsbürgerschaft besaßen, und im Rahmen der „Operation Tarmac“ wurden Razzien an etwa 100 Flughäfen durchgeführt und knapp 5.000 MigrantInnen festgenommen (vgl. GAO 2003).

Allerdings wurde nicht in allen Bereichen so rigide gegen die MigrantInnen vorgegangen. Razzien am Arbeitsplatz gingen zwischen 1999 und 2003 um 95 Prozent zurück (Hsu, Lydersen 2006). Alle Aktivitäten waren scheinbar der Terrorismusbekämpfung gewidmet (De Genova 2009a: 448).

Gleichzeitig mit dem intensivierten Vorgehen gegen undokumentierte MigrantInnen nahm auch eine sichtbare migrantische Organisation im Rahmen bundesweiter Kundgebungen und Demonstrationen zu, wie etwa den sogenannten *Immigrant Workers Freedom Rides* im Jahr 2003. Diese orientierten sich an den gleichnamigen *Freedom Rides* des Jahres 1961, in denen sich Schwarze *Jim Crow* entzogen, indem sie sich über die Apartheid in den öffentlichen Verkehrsmitteln hinwegsetzten.

Was die Freedom Rides von 1961 und 2003 verband, war der performative Akt der Sichtbarmachung der ungerechten Verteilung von Rechten. Indem die MigrantInnen Busse bestiegen und in Karawanen quer durch eine Vielzahl von Bundesstaaten fuhren, machten sie sich nicht nur sichtbar und auf sich aufmerksam, sie eigneten sich auch die Straße an und veränderten den öffentlichen Raum. „We Make the Road by Riding (Se Hace el Camino al Viajar)“ schreibt Jerry Atkin (2005), der 12 Tage lang im Bus von Portland nach New York City unterwegs war.

Die hartnäckige Forderung der migrantischen Bewegungen nach Antworten zwang die Regierung, das Thema einer Einwanderungsreform wieder offiziell auf ihre Agenda zu setzen (De Genova 2009a: 451; Jachimowicz 2004).

Im Jänner 2004, wenige Tage vor dem Gipfel der Americas, präsentierte Bush in einer Rede vor dem Kongress seinen Vorschlag für eine Einwanderungsreform. Wesentlicher Pfeiler dieses Entwurfs war ein Gastarbeiterprogramm, das die bereits in den USA lebenden Menschen ohne Aufenthaltsrecht *temporär* legalisieren sollte. Bush betonte in seiner Rede wiederholt das mit den undokumentierten MigrantInnen verbundene Sicherheitsrisiko (OPS 2004).

Bushs Vorschlag für eine Einwanderungsreform schloss nicht nur die Möglichkeit der Erlangung eines permanenten Aufenthaltsrechts oder der Staatsbürgerschaft ausdrücklich

aus (ebd.), sondern war de facto auch ein Modell, das die MigrantInnen in ein Knechtschaftsverhältnis gegenüber ihren ArbeitgeberInnen verweisen sollte (De Genova 2009a: 452). Den Staat sah Bush als *broker*, der arbeitswillige MigrantInnen und Unternehmen mit Arbeitskräftebedarf zusammenbringen sollte (ebd.). Die Abhängigkeit der MigrantInnen von ihren ArbeitgeberInnen war als Instrument ihrer Disziplinierung ja gerade beabsichtigt.

Basierend auf der Logik des Anti-Terrorismus, war das Modell des Gastarbeiterprogramms als Mechanismus der erhöhten Kontrolle und Überwachung der MigrantInnen seitdem in allen Entwürfen einer Einwanderungsreform präsent. Republikaner, Demokraten und auch den Parteien nahestehende pro migrant-Organisationen greifen noch immer auf dieses Modell einer selektiven und temporären Legalisierung zurück, die als unverzichtbarer Bestandteil einer *umfassenden* Einwanderungsreform (*Comprehensive Immigration Reform*) betrachtet wird (vgl. De Genova 2009a: 452).

In einer E-Mail äußerte sich die pro migrant-Organisation *Unidos en Arizona* wie folgt zu dieser permanent gestellten Forderung:

„It is [...] in all likelihood that the terms of [*Comprehensive Immigration Reform*] will be a bitter pill for the millions who will be caught in its web as they find that they will either not qualify or that the terms of their servitude while solving their immediate, short term problem, will doom them to ultimately leave the country to be replaced by ‚new‘ ‚legal‘ workers“ (Unidos en Arizona 2010).

Neben der institutionellen und rechtlichen Re-Organisation des Migrationsregimes wurden die Migrationsdiskurse mehr und mehr unverhohlen rassistisch geführt. Der Antagonismus zwischen StaatsbürgerInnen und MigrantInnen wurde radikaler artikuliert und reguliert. Die Konstruktion von Einwanderung, und vor allem undokumentierter, als Bedrohung der Nation war ein wichtiger Referenzpunkt zur Stabilisierung des Nationalstaates in einer Zeit, in der beständig an dessen Verwundbarkeit erinnert wurde.

Außerdem verlagerte sich die ehemals elitäre weiße Schicht von Befürwortern einer restriktiven Einwanderungspolitik zunehmend in die weiße und Schwarze Arbeiterklasse, die besonders massiv von Arbeitsplatzverlust betroffen war (Robinson 2008: 311).

Der republikanische Abgeordnete Steve King präsentierte Anfang 2006 vor dem Repräsentantenhaus ein Modell einer Grenzanlage und verglich dabei MexikanerInnen mit Nutztieren.⁷⁵ King hatte außerdem bei anderen Gelegenheiten von undokumentierten MigrantInnen als Kriminellen und Krankheitsüberträgern gesprochen und dafür plädiert, den „Slow-motion Holocaust“ an der Grenze durch Aufrüstung der Grenzanlagen zu

⁷⁵ King in seiner Rede im Wortlaut: „We could also electrify this wire with the kind of current that would not kill somebody, but it would be a discouragement for them to be fooling around with it. We

beenden (vgl. Anti Defamation League 2008, America's Voice 2009).

Madeleine Cosman von den neoliberalen Think-Tanks *Cato Institute* und *Galen Institute* bezeichnete Mexikaner als Überträger längst überwundener Seuchen wie Tuberkulose (vgl. Videoclip vom 04.07.2007) und erstellte „Täterprofile“, wonach Mexikaner aufgrund psychologischer Dysfunktionen zu Vergewaltigung neigen sollen (vgl. Videoclip vom 10.05.2007).

2002 und 2006 zirkulierte ein Videospiel mit dem Titel „Border Patrol“ im Netz, das den Appell aussprach: „keep them out ... at any cost!“ MexikanerInnen wurden darin karikiert als „mexikanische Nationalisten“, „Drogenschmuggler“ und weibliche „Brüter“ (La Voz de Aztlan ----; Silverstein 2006).

Obgleich auch eine beträchtliche Anzahl asiatischer MigrantInnen und eine kleinere europäischer undokumentiert in den USA lebt (vgl. Passel, Cohn 2011: 11), richtete sich der neue Nativismus primär gegen jene, die die souveräne Staatsgrenze durch illegale Übertretung missachtet hatten. Die Gleichung „Illegal = Mexikanisch“ verfestigte sich daher nach 9/11.

Diskurse mit der Prägung eines neuen Nativismus sowie der gesellschaftliche Konsens der Terrorismusbekämpfung ermöglichten immer neue Gesetzesinitiativen zur weiteren „Sicherung“ der Grenze.

Ende 2005 brachte der Abgeordnete James Sensenbrenner aus Wisconsin den *Border Protection, Antiterrorism, and Illegal Immigration Control Act* im Repräsentantenhaus ein, der die bereits im *Patriot Act* und im *Homeland Security Act* hergestellte Assoziation Illegalität – Terrorismus fortführte. Kurz nach dessen Einführung wurde dieser Gesetzesvorschlag – bekannt unter dem Titel H.R. 4437⁷⁶ – von der Mehrheit der RepräsentantInnen angenommen und stand danach zur Debatte im damals mehrheitlich republikanischen Senat.

Die wesentlichen Bestimmungen von H.R. 4437 waren die Kriminalisierung aller undokumentierten MigrantInnen im Land, indem deren „ungesetzliche Präsenz“ (*unlawful presence*) als unmittelbar sanktionierbarer Straftatbestand festgelegt war und die sofortige Abschiebung nach sich ziehen sollte (also ohne Gerichtsverfahren). Zusätzlich sollten alle jene Personen kriminalisiert werden, die undokumentierten MigrantInnen „Hilfe leisten“ (vgl. H.R. 4437). Der „Skandal“ des illegalen Grenzübertritts sollte also wie nie zuvor sanktionierbar werden.

Um die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern, organisierte sich die bis dahin größte migrantische Bewegung in der Geschichte der USA.

Während ich in Kapitel 6.3.2. die Genese und Entwicklung der *Mega Marches* 2006 am

do that with livestock all the time“ (Videoclip vom 31.05.2007).

Beispiel von Los Angeles umfassender diskutieren werde, sollen an dieser Stelle zum besseren Verständnis der Rekonfiguration der migrantischen Disziplinierung lediglich die zentralen Konfliktlinien skizziert werden, die meiner Einschätzung nach bundesweit Geltung beanspruchen können.

Die Demonstrationen begannen am 10. März 2006 in Chicago mit etwa einer halben Million TeilnehmerInnen und erreichten ihren Höhepunkt am 25. März in Los Angeles mit bis zu zwei Millionen DemonstrantInnen (vgl. 6.3.2.). Begleitet waren diese beiden *Marches* von kleineren Aktionen und Kundgebungen, an denen wie am 10. und 25. März sowohl undokumentierte als auch legalisierte MigrantInnen beteiligt waren. Denn einerseits leben zahlreiche MigrantInnen mit legalem Aufenthaltstitel in undokumentierten Familien (Passel, Cohn 2009: ii), auf der anderen Seite sind viele legalisierte MigrantInnen ungeachtet ihres Aufenthaltstitels das Ziel von Rassismus und Nativismus – ein Umstand, dem Ngai (2005: 8) mit dem Begriff des *alien citizen* Rechnung getragen hat (vgl. 3.3.2.: 61).

Der Widerstand der MigrantInnen gegen H.R. 4437 war zunächst von einer breiten Solidarisierung gekennzeichnet, die insbesondere auch von AkteurInnen des politischen Mainstreams getragen wurde – so etwa von einzelnen Stadtverwaltungen oder Gewerkschaftsverbänden wie der *Service Employees International Union* (SEIU), deren Strategie zum Thema Migration in der Vergangenheit allerdings nie konsistent gewesen war (vgl. Milkman 2006).

Auch in zahlreichen Städten Mexikos, El Salvadors und Kolumbiens fanden im Frühjahr 2006 solidarische Aktionen statt (Pupovac 2006).

Angesichts der historischen Dimension des organisierten Widerstands begannen AktivistInnen der Bewegung und sympathisierende Medien von dem Beginn einer neuen BürgerInnenrechtsbewegung zu sprechen⁷⁷ (Johnson, Hing 2007: 99f.).

Die breit verankerte Opposition gegen H.R. 4437 verzögerte die weitere Behandlung im Kongress und veranlasste den Senat dazu, einen Gegenentwurf als Alternative zu H.R. 4437 einzubringen. Der *Comprehensive Immigration Reform Act* – S. 2611 des

⁷⁶ H.R. 4437 steht für die Gesetzesvorlage Nummer 4437 des *House of Representatives*.

⁷⁷ VertreterInnen des *National Immigrant Solidarity Network* bezeichneten sich etwa als die Vorhut der ersten BürgerInnenrechtsbewegung des 21. Jahrhunderts (o. V. 1, 2006) Ähnlich äußerten sich Partha Banerjee vom *New Jersey Immigration Policy Network* (Kyriakou 2006) oder die Organisation *Coalition to Defend Affirmative Action, Integration, and Immigrant Rights and Fight for Equality By Any Means Necessary* (BAMN) in einer Presseaussendung (BAMN 2006). Die *March 25 Coalition* schrieb in einer Aussendung: „The massive March 25 demonstration in Los Angeles [...] is irrefutable evidence that anew [sic!] Civil Rights and workers' rights movement is on the rise“ (March 25 Coalition 2006).

(damaligen)⁷⁸ Republikaners Arlen Specter enthielt neben ausführlichen Bestimmungen zur Grenzaufrüstung und der Einführung eines Gastarbeiterprogramms auch Maßnahmen zur selektiven Legalisierung der undokumentierten Bevölkerung (vgl. S. 2611). Auch der *DREAM Act* in seinem damaligen Entwurf war ein Element dieses Gesetzesvorschlags (vgl. 8.3.2.).

Konfrontiert mit dem unerwarteten Widerstand der MigrantInnen und der überdeutlichen Bekräftigung ihrer Anwesenheit (De Genova 2009a: 454), äußerte Präsident Bush im Mai 2006 in einer „Rede an die Nation“ zum ersten Mal seine Unterstützung für eine solche selektive Legalisierung (vgl. OPS 2006). Diese Perspektive verband Bush allerdings mit der unabdingbaren Notwendigkeit einer intensivierten Grenzsicherung zum „Schutz vor illegaler Einwanderung“ (ebd.) und mit einem Weg zur Staatsbürgerschaft, der die MigrantInnen disziplinieren und für den von ihnen begangenen Gesetzesbruch bestrafen sollte. Weil Straffälligkeit nicht durch „Amnestie“ belohnt werden könne (vgl. ebd.), sollte eine mögliche Legalisierung verbunden werden mit mehreren Jahren verstärkter Beobachtung, umfassenden Personenüberprüfungen und einer Reihe von Auflagen, die den MigrantInnen die Möglichkeit geben sollten, ihre „Schuld“ zu begleichen (vgl. ebd.).

Obwohl die Auflagen hart waren, vermittelte Bushs Rede zunächst eine Öffnung. Doch auch wenn Bush die Möglichkeit zum Erwerb der Staatsbürgerschaft einräumte, liegt in dieser Erklärung meines Erachtens viel mehr eine historische Kontinuität als ein Bruch. Bush versprach in derselben Rede auch die Stationierung von 6.000 Soldaten der Nationalgarde an der US-mexikanischen Grenze und betonte die Notwendigkeit eines Gastarbeiterprogramms.

In dem folgenden Ausschnitt der Rede werden einmal mehr die konsequente Sanktionierung des illegalen Grenzübertritts, die Vergabe der Staatsbürgerschaft je nach Nähe zum Amerikanismus und die Überlegenheit des Amerikanismus gegenüber alternativen nationalen Selbstverständnissen festgehalten.

„I believe that illegal immigrants who have roots in our country and want to stay should have to pay a meaningful penalty for breaking the law, to pay their taxes, to learn English, and to work in a job for a number of years. People who meet these conditions should be able to apply for citizenship, but approval would not be automatic, and they will have to wait in line behind those who played by the rules and followed the law. What I've just described is not amnesty, it is a way for those who have broken the law to pay their debt to society, and demonstrate the character that makes a good citizen.

[...] we must honor the great American tradition of the melting pot, which has made us one nation out of many peoples. The success of our country depends upon helping newcomers assimilate into our society, and embrace our common identity as Americans. Americans are bound together by our shared ideals, an appreciation of our history, respect for the flag we fly, and an ability to speak and write the English language“ (OPS 2006).

Die Forderung nach Assimilation und harter Arbeit sowie die Verpflichtung auf die

⁷⁸ Arlen Specter wechselte 2009 zu den Demokraten.

Autorität der Gesetze schlagen eine *verdiente* Form der Staatsbürgerschaft vor. Der Fokus auf Leistung täuscht dabei vor, dass Zugehörigkeit „ehrlich“ erarbeitet werden und das Faktum der Herkunft durch Verdienst „aufgewogen“ könne. In diesem Sinne tarnen neoliberale Leistungsdiskurse einen de facto rassistisch begründeten selektiven Zugang zu Staatsbürgerschaft.

Ebenso wie Bush vertrat und vertritt auch Obama damals wie heute die Position, dass der illegale Aufenthalt sanktioniert werden und die Staatsbürgerschaft *verdient* werden muss (vgl. Obama 2006, 2009a, 2009b, 2010).

„[...] you’ve got to say to the undocumented workers, you have to say, look, you’ve broken the law; you didn’t come here the way you were supposed to. So this is not going to be a free ride. It’s not going to be some instant amnesty. What’s going to happen is you are going to pay a significant fine. You are going to learn English“ (Obama 2009b).

Sowohl in Obamas als auch in Bushs Vision war bzw. ist eine Legalisierung an eine lange und mühsame Zeitspanne gebunden, die die MigrantInnen weiterhin in der Illegalität überdauern müssen und in der sie einer verstärkten Kontrolle, Disziplinierung und Überwachung ausgesetzt sind (De Genova 2009a: 455).

Weil weder H.R. 4437 noch der Gegenentwurf des Senats S. 2611 das Konferenzkomitee⁷⁹ passieren konnten, wurde keiner der beiden Vorschläge Gesetz.

Stattdessen unterzeichnete Bush im Oktober 2006 den *Secure Fence Act*, der in beiden Kammern mit jeweils großer Mehrheit angenommen worden war (vgl. *Secure Fence Act of 2006*). Autorisiert wurden darin der Bau eines etwa 700 Meilen langen Zauns entlang der Grenze zu Mexiko und ein verstärkter Einsatz von Überwachungstechnologie (vgl. ebd.). Auch die damaligen Senatoren Obama, Biden und Clinton unterstützten diese Gesetzesinitiative (De Genova 2009a: 455f.).

Die weitere Hochrüstung der Grenze wurde flankiert von zahlreichen einwanderungsbezogenen Gesetzen und Verordnungen auf bundesstaatlicher sowie County- und Gemeindeebene (ebd.: 456). Laut einem Bericht der *National Conference of State Legislatures* wurden allein im Jahr 2007 über 1.500 solcher Initiativen bundesweit eingebracht und 240 davon in knapp 50 Staaten verabschiedet (NCSL 2008). In Mississippi macht sich eine undokumentierte MigrantIn etwa strafbar, wenn sie einer bezahlten Beschäftigung nachgeht, und in Oklahoma ist es ein Vergehen, an undokumentierte MigrantInnen zu vermieten (ebd.). 21 Gesetzesinitiativen wurden im gleichen Jahr allein in Kalifornien eingebracht, 16 davon verabschiedet bzw. angenommen (ebd.).

⁷⁹ Die „conference committees“ sind ad hoc-Panels des US-Kongresses, die einberufen werden, wenn divergierende Gesetzesvorschläge bereits in beiden Kammern angenommen wurden. Sie

Obwohl die eindrucksvolle Mobilisierung der MigrantInnen die Verabschiedung von H.R. 4437 erfolgreich verhindern konnte, verlor die Bewegung nach dem Frühjahr 2006 zunehmend ihre Kraft und Dynamik. Die Verabschiedung des *Secure Fence Act* und die große Zahl weniger öffentlichkeitswirksamer Gesetze auf niedrigeren Verwaltungsebenen schienen die Bewegung zusätzlich zu entmutigen. Einige Demonstrationen zogen nur noch einen Bruchteil der Menschenmenge an, die wenige Wochen und Monate zuvor noch ganze Städte lahmgelegt hatte (vgl. Fears, Aizenman 2006).

Im Herbst 2006 sprach kaum noch jemand von dem „hoffnungsvollen“ Beginn einer neuen BürgerInnenrechtsbewegung. AktivistInnen und ForscherInnen äußerten sich zunehmend kritisch über die verpassten Möglichkeiten der Bewegung (vgl. Johnson, Hing 2007; De Genova 2009: 453ff.; Ciria-Cruz 2006).

Diese können in zwei entscheidenden Punkten zusammengefasst werden: der ausbleibenden Mobilisierung und Solidarisierung einer breiten Basis aller rassistisch diskriminierten Gruppen und der Verhaftung der Bewegung in hegemonialen Diskursen.

Auch wenn einzelne Schwarze AktivistInnen ihre Unterstützung für die *Marches* aussprachen (vgl. Watanabe 2006), war die Abwesenheit von AfroamerikanerInnen bei den Demonstrationen augenfällig (vgl. Johnson, Hing 2007: 101; Banks 2006).

Im Gegensatz zu der BürgerInnenrechtsbewegung der 1950er und 1960er Jahre, die eine Solidarisierung mit Chicanas, Native Americans und Asian Americans herstellen konnte, blieb die Formulierung einer kollektiven Unterdrückungsgeschichte aller rassistisch diskriminierten Gruppen 2006 aus.

Und während Schwarze Frauen eine entscheidende Rolle in der BürgerInnenrechtsbewegung einnahmen, gab es 2006 ebenso wenig eine emanzipative feministische Bewegung. Feministische Untersuchungen wie etwa in dem von Barbara Smith herausgegebenen Band „Home Girls. A Black Feminist Anthology“ haben auf die Unsichtbarmachung von Geschlecht in antirassistischen Zusammenhängen hingewiesen. Sie richten sich gegen eine universelle Darstellung der Identität „Frau“, die meist einen weißen, heterosexuellen und mittelständischen Erfahrungshintergrund impliziert, und schildern die Erfahrungen und Kämpfe von rassistisch diskriminierten Frauen als inhärent unterschiedlich von der männlichen *und* weißen Perspektive (vgl. Smith 2000).

Durch die konsequente Nicht-Sichtbarkeit von Frauen und die De-Thematisierung unterschiedlich konvergierender Unterdrückungslinien stabilisierte die Bewegung androzentrische Strukturen (vgl. auch 6.3.2.).

Eine breite gesellschaftliche Beteiligung und Verankerung steht letztlich in engem Zusammenhang mit einer machtvollen gegendiskursiven Bewegung. Doch Ausschlüsse

dienen dazu, Differenzen zwischen den Kammern aufzulösen (vgl. United States Senate ----).

von MigrantInnen, Schwarzen und People of Color als rassistische Mechanismen wurden nicht öffentlich thematisiert, sondern es war vielmehr eine Komplizenschaft mit hegemonialen Diskursen zu beobachten (De Genova 2009a: 453). Denn Themen wie harte Arbeit, Ehrlichkeit und Verbundenheit mit der Nation wurden von der Bewegung selbst aufgegriffen. Transparente mit der Aufschrift „The 9/11 Hijackers Did Not Speak Spanish“ oder „We are Not Terrorists“ blieben einer hegemonialen Normalität verhaftet, anstatt diese aufzubrechen (ebd.).

Denselben hegemonialen Effekt hatten die Versicherungen verschiedener Organisationen und FürsprecherInnen (ebd.: 454), die MigrantInnen seien trotz ihrer „Illegalität“ hart arbeitende, gesetzestreue und steuerzahlende ArbeiterInnen. Diese Bekräftigungen lassen nicht nur die Möglichkeit offen, dass es auch faule, kriminelle und dem Staat auf der Tasche liegende MigrantInnen gibt, sondern sortieren insbesondere diejenigen aus, die die Werte der Nation nicht teilen und die Teilhabe deshalb auch nicht *verdienen*.

Auch das Schwingen der US-Fahne und das Singen der US-Nationalhymne signalisierten Loyalitätsbekundungen und die Bereitschaft zur *Assimilation* (ebd.). In diesem Lichte können auch die Diskurse um das Schwingen der „falschen“ Fahne bewertet werden: Neben der US-amerikanischen waren auch mexikanische Fahnen zu sehen, die in den Medien als letzter Beweis für die *reconquista* und *Hispanisierung* der USA bewertet wurden (vgl. Wingett, González 2006).

Johnson und Hing (2007) haben in ihrem Artikel zu den *Marches* 2006 zentrale Kontraste zwischen der BürgerInnenrechtsbewegung der 1950er und 1960er Jahre und der migrantischen Bewegung 2006 herausgearbeitet. Das Scheitern der migrantischen Bewegung hinsichtlich eines organisierten Widerstands jenseits einer punktuellen Opposition führen sie unter anderem auf die historische Verschiebung von Rassismus in den USA zurück (vgl. 5.1.). Weil Rassismus heute diskreter funktioniert und Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die Rassismus absichern, schwieriger zu identifizieren sind, muss sich eine BürgerInnenrechtsbewegung heute entsprechend re-organisieren, um gegenwärtige diskriminierende Realitäten anzusprechen und widerständig bearbeiten zu können (vgl. ebd.: 113).

Der Fokus der *Marches* 2006 lag auf der Situation undokumentierter MigrantInnen aus Lateinamerika und insbesondere aus Mexiko. Sprechchöre auf Spanisch, spanischsprachige Transparente und mexikanische Fahnen waren ursächlich dafür, dass andere rassistisch diskriminierte Gruppen sich von der Bewegung kaum angezogen fühlten. KoreanerInnen und ChinesInnen, die ebenfalls einen erheblichen Anteil an der undokumentierten Bevölkerung ausmachen (Passel, Cohn 2011: 11), waren auf den Demonstrationen wenig bis gar nicht zu sehen. Plakate mit den Aufschriften „We came here to work“ und „We're not criminals“ riefen rassistische Stereotype auf und verärgerten

Schwarze AktivistInnen (vgl. Ciria-Cruz 2006).

Und während sich einige AktivistInnen oppositionell zu der migrantischen Bewegung äußerten (ebd.), drückten andere ihre Unterstützung und Solidarisierung aus. Der Schwarze Philosoph und Bürgerrechtsaktivist Cornel West etwa sprach anlässlich der *Marches* von der Notwendigkeit der geeinten Kämpfe aller rassistisch Diskriminierten und dem Erkennen einer gemeinsamen Unterdrückungsgeschichte durch die „kapitalistische weiße Machtstruktur“ (Zepeda-Millan 2006). Und die Schwarze Aktivistin Angela Davis äußerte sich im Dezember 2006 zu den migrantischen Kämpfen: „So, it seems to me that the struggle for immigrant rights is the key struggle of our times. And it is a struggle for civil rights. It is a struggle for human rights“ (zitiert in o. V. 2, 2006).

Andre Banks schrieb im Mai 2006 in der antirassistischen Zeitschrift „ColorLines“:

„There is little question that the current immigration debate, though coded and contrived otherwise, is entirely about race. Yet, the framing made popular by immigrants and their advocates is so hostile to Black people and our American experience that it seems impossible for us to stake a claim with this movement. Today’s immigrants will find that without Blacks, and a commitment to challenge racism beyond the reach of immigration policy alone, their movement will lose both its moral authority and the practical victory it hopes to achieve“ (Banks 2006).

Weil die Bewegung nicht danach strebte, Hegemonien aufzubrechen, wurde *Normalität* nicht verschoben, sondern hergestellt und reproduziert. Auch in Anerkennung der Möglichkeiten und des radikalen Potentials, das anfänglich in der Bewegung vorhanden war, blieb ihre Veränderungsenergie letztlich begrenzt.

Und obwohl *Sensenbrenner* verhindert werden konnte, wurde nach 2006 die staatliche Strategie der Militarisierung der Grenze und der Kriminalisierung der MigrantInnen fortgesetzt (Robinson 2008: 319; De Genova 2009a: 455). Im Vergleich der Jahre 2005 und 2007 hatte sich die Anzahl einwanderungsbezogener Gesetze mehr als vervierfacht (vgl. NCSL 2011).

Das intensivierte Vorgehen gegen die MigrantInnen war schließlich eine klare Antwort auf ihre unerwartete Mobilisierung. Im Vorfeld des 1. Mai 2006, für den zahlreiche bundesweite Aktionen und *Marches* angekündigt worden waren, statuierte die Regierung ein Exempel mit einer groß angelegten Razzia des größten Herstellers von Plastikcontainern in den USA. Die Razzia erstreckte sich auf 26 Bundesstaaten, darunter auch Kalifornien (De Genova 2009a: 456). Unmittelbar danach ließ das *Department of Homeland Security* verlauten: „Employers and workers alike should be on notice that *the status quo has changed*“⁸⁰ (DHS-ICE 2006).

Die Nichtverabschiedung von H.R. 4437 wurde von der Regierung als Konzession an die Protestbewegung zugewiesen, während der Kongress, die Bundesstaaten und

⁸⁰ Hervorhebung D.Y.

Gemeinden ungestört eine Reihe alternativer Gesetze zur Regelung des undokumentierten Aufenthalts erlassen konnten.

Mit der Präsidentschaft Barack Obamas 2008 können in Bezug auf die vorliegende Untersuchung drei Entwicklungslinien festgestellt werden: die fortgesetzte Affirmation der Grenze, eine Intensivierung der Regierung der Migration im Inneren und eine konjunkturelle Verschiebung von Rassismus.

Nach De Genova (2010: 624, 626) bedeutete die Wahl Obamas den Beginn eines *neoliberalisierten* Rassismus. Obamas Wahlerfolg wurde – insbesondere von ihm selbst – auf die unendlichen Möglichkeiten in der US-amerikanischen Nation zurückgeführt, in der wirklich „jeder es schaffen könne“ („I will never forget that in no other country on Earth is my story even possible“, Obama 2008). Eine Geschichte aus Rassismus und Gewalt wurde umgedeutet, indem die „Größe“ der USA nach ihren *Ausnahmen* beurteilt wurde (De Genova 2010: 623). Nicht weniger bedeutend wurde Obamas Sieg als letzter Beweis dafür gewertet, dass Rassismus in den USA nun tatsächlich der Vergangenheit angehöre⁸¹ (ebd.).

Obama selbst wurde nicht müde, die gegenwärtige Bedeutung von Rassismus in den USA zu banalisieren und zu de-thematisieren. Er setzte die Ära *Jim Crow* in Kontrast zu der modernen Gegenwart, indem er sich als „a man whose father less than sixty years ago might not have been served in a local restaurant“ bezeichnete, um gleich danach festzustellen, „how far we have traveled“ (Obama 2009a; De Genova 2010: 625).

Während Rassismus aus der Sphäre des Staates diskursiv verbannt und *privatisiert* wird (De Genova 2010: 624), funktioniert die rassistische Organisation der Bevölkerung weiterhin – und zwar insbesondere unter dem Deckmantel des *Wettbewerbs*.

„With the Obama presidency, in accord with the more ecumenical requirements of neoliberalism, racism is similarly privatized and race rendered a matter that the state will now actively disregard (Goldberg 2009) while reenlisting and reinvigorating the agonistic energies of racial formation for the recuperative hegemonic project of ‚postracial‘ United States nationalism (Winant 2004)“ (ebd.: 626).

In der Präsidentschaft Barack Obamas wurde der „Kampf gegen den Terror“ nicht nur fortgesetzt, sondern auch von dem unter George W. Bush ausgerufenen „state of emergency“ leise in einen Zustand der *Normalität* transformiert (ebd.: 616). Obama ließ von Beginn seiner Präsidentschaft an keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er den

⁸¹ Obamas Konkurrent im Wahlkampf, John McCain, wies in seiner Rede nach der offiziellen Bekanntgabe des Wahlsiegers z.B. überdeutlich auf das Ende einer Ära des Rassismus hin: „America today is a world away from the cruel and prideful bigotry of [racism]. There is no better evidence of this than the election of an African American to the presidency of the United States. Let there be no reason now for any American to fail to cherish their citizenship in this, the greatest nation on Earth“ (McCain 2008).

Prinzipien des Antiterrorismus ebenso verpflichtet sei wie sein Vorgänger.⁸²

Obwohl Obama im Wahlkampf eine Reform der Einwanderungsgesetzgebung zugunsten der undokumentierten Bevölkerung zu einer Priorität im Falle seiner Präsidentschaft erklärt hatte (Keyes 2008) – und aus diesem Grund die WählerInnen lateinamerikanischer Herkunft eine entscheidende Rolle bei seiner Wahl gespielt hatten (Preston 2008) –, verschwand dieser Punkt angesichts der Kontroverse um die Gesundheitsreform und angesichts der in den Diskursen dominierenden Finanzkrise schnell von der Agenda der Regierung.

Stattdessen kündigte Obama die weitere Technologisierung der US-mexikanischen Grenze mit Sensoren und Kameras an und gab die Umsetzung einer „zero-tolerance“-Strategie bekannt, wonach *jede* bei der illegalen Überquerung der Grenze aufgegriffene Person umgehend verhaftet und bestraft werde (Hsu 2009).

Und mit der Ernennung von Janet Napolitano zur Heimatschutzministerin (*Secretary of Homeland Security*) holte Obama eine bekannte Fürsprecherin weiterer Grenz militarisierung und der Ausweitung polizeilicher Rechte in die Regierung, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Verhaftung und Abschiebung von MigrantInnen weiter zu erleichtern und zu beschleunigen (De Genova 2009a: 446). Die Anzahl der Abschiebungen *verdoppelte* sich unter Obama-Napolitano und erreichte im Jahr 2009 den Rekord von knapp 1.100 Abschiebungen *pro Tag*⁸³ (DHS 2009: 11f.).

Die weitere Affirmation der Grenze unter dem Imperativ des andauernden „Kriegs gegen den Terror“ war begleitet von der konsequenten De-Thematisierung und Vermeidung migrationsbezogener Inhalte seitens der Regierung Obama. Zwar räumte Obama mehrfach die Notwendigkeit einer Einwanderungsreform ein, ließ aber verlautbaren: „the economy comes first“ (vgl. Yallin 2009).

Die zögernde Haltung Obamas gegenüber einer in der Bevölkerung unpopulären Einwanderungsreform ließ die „L.A. Times“ Ende April 2010 zu dem Schluss kommen: „A White House commitment to overhaul the nation’s immigration system this year is collapsing [...]“ (Nicholas 2010).

Während Obama in seiner Zeit als Senator wie Bush ein vehementer Befürworter einer *verdienten* Staatsbürgerschaft (*earned citizenship*) und einer *selektiven* Legalisierung gewesen war (vgl. Obama 2006), wurden mögliche Legalisierungsmaßnahmen nun auf

⁸² Zur Außenpolitik der Regierung Obama und der damit verbundenen Rolle des *American Exceptionalism* vgl. De Genova 2010.

⁸³ Das *Department of Homeland Security* unterscheidet zwischen Abschiebungen (*removals, deportations*) und der „freiwilligen Rückkehr“ (*voluntary departure*). Demnach gab es 2009 300.000 Abschiebungen und knapp 90.000 „freiwillige RückkehrerInnen“, das ergibt 817 bzw. 1.062 Abschiebungen pro Tag (DHS 2009: 11f.). Weil diese „freiwillige Rückkehr“ aber im Falle der Weigerung die gewaltsame Abschiebung nach sich zieht (vgl. DHS-OIS 2009), unterscheidet ich nicht zwischen diesen Zahlen, sondern interpretiere sie alle als *Abschiebung*.

die untersten Ränge der politischen Agenda gesetzt. Diskurse um die Finanzkrise und die von Obama ausgerufenen Rettung der Mittelklasse lähmten alle Bemühungen seitens migrantischer Initiativen und pro migrant-Organisationen, das Thema der Legalisierung zurück auf die Agenda zu bringen.

Die erste Hälfte des Jahres 2010 war damit für undokumentierte MigrantInnen von einer paralyisierenden Untätigkeit seitens der Regierung Obama geprägt (vgl. Perez et al. 2010).

5.2.4. SB1070 in Arizona

Am 23. April 2010 unterzeichnete die Gouverneurin von Arizona Jan Brewer den *Support Our Law Enforcement and Safe Neighborhoods Act*, abgekürzt als Senate Bill 1070 oder SB1070, der einen bis dahin präzedenzlosen Stil der Regierung der Migration für den Bundesstaat Arizona festschrieb.

Der undokumentierte Aufenthalt wurde zum sofort sanktionierbaren Straftatbestand (vgl. Senate Bill 1070: 2, Art. 8: C), ein Ermessensspielraum für PolizeibeamtInnen wurde eingeräumt, wonach diese bei „begründetem“ Verdacht auf illegalen Aufenthalt (*reasonable suspicion*) die Ausweispapiere überprüfen *müssen* (ebd.: 1, Art. 8: B), und den BürgerInnen von Arizona wurde als kontrollierende Instanz ein Klagerecht gegenüber der lokalen Regierung zugesprochen, sollten die Bestimmungen von SB1070 ihrer Einschätzung nach nicht entsprechend umgesetzt werden (vgl. ebd.: 2f., Art. 8: G, H).

Die bereits existierende Praxis des *racial profiling* der Polizei (vgl. 6.2.: 135f.) wurde mit SB1070 de facto gesetzlich verankert und StaatsbürgerInnen wurden per Gesetz dazu aufgerufen, sich *aktiv* an der Regierung der MigrantInnen zu *beteiligen*.⁸⁴

SB1070 verunmöglichte für undokumentierte MigrantInnen gewissermaßen jeden Schritt auf die Straße, weil durch die neuen Bestimmungen die Abschiebung damit nahezu unvermeidlich geworden war. Bis Juni 2010 hatten deshalb bereits etwa 100.000 undokumentierte MigrantInnen Arizona verlassen (Gomez 2010).

Sowohl in Arizona als auch bundesweit begannen sich die MigrantInnen zu organisieren (vgl. Jordan 2010). Die *MayDay Marches* des Jahres 2010 waren in allen Städten von dem Protest gegen SB1070 und von der Solidarität mit den in Arizona lebenden MigrantInnen geprägt. Auf der Internetplattform AltoArizona.com (Stoppt Arizona) wurde der organisierte bundesweite Widerstand gebündelt, indem über bundesweite Aktionen

⁸⁴ Der 16 Seiten lange Gesetzestext enthält eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen und repressive Regelungen, die hier nicht im Detail erläutert werden können. Vgl. dazu Senate Bill 1070.

informiert wurde, Unterschriften gesammelt und Geschichten rassistischer Gewalt in Arizona dokumentiert wurden.

Obama kündigte die verfassungsrechtliche Prüfung des Gesetzes an⁸⁵ (Riccardi 2010) und das mexikanische Außenministerium sprach eine Reisewarnung für Arizona aus (Wilkinson 2010).

In dem Grenzstaat Arizona lebten im Jahr 2010 bei einer Bevölkerung von knapp sieben Millionen EinwohnerInnen geschätzte 400.000 undokumentierte MigrantInnen (Passel, Cohn 2011: 15), 95 Prozent von ihnen waren im Jahr 2008 mexikanischer Herkunft (vgl. Pew Hispanic Center 2010). Bereits im Vorfeld der Verabschiedung von SB1070 war rassistische Gewalt gegen MigrantInnen in Arizona die Regel. Im Jahr 2009 wurden über 200 Hassverbrechen (*hate crimes*) von MigrantInnen zur Anzeige gebracht (The Media Consortium 2010). Angesichts der Tatsache, dass der Gang zur Polizei häufig vermieden wird, wenn man undokumentiert ist, beträgt die Zahl dieser Verbrechen aller Wahrscheinlichkeit nach ein Vielfaches – vom Alltagsrassismus ganz zu schweigen.

Cornel West brachte SB1070 in unmittelbaren Zusammenhang mit der historischen Unterdrückung Nicht-Weißer in den USA und dem bis in die Gegenwart andauernden Glauben an die *weiße Überlegenheit*.

„The history of white supremacy in America keep[s] [immigrants] so terrorized ... traumatized, stigmatized that they will want to walk around with their backs hunched over“ (Cornel, zitiert nach Garcia 2010).

In der Rede, die die Gouverneurin Brewer unmittelbar nach der Unterzeichnung hielt, war der Schutz des Staates Arizona vor einer „unkontrollierbar“ gewordenen Menge illegaler MigrantInnen ein zentraler Pfeiler der Argumentation.

„Thank you for being here today, to join me as we take another step forward in protecting the state of Arizona. The bill I'm about to sign into law – Senate Bill 1070 – represents another tool for our state to use as we work to solve a crisis we did not create and the federal government has refused to fix ... The crisis caused by illegal immigration and Arizona's porous border. [...] [SB1070] protects all of us, every Arizona citizen and everyone here in our state lawfully. [...] There is no higher priority than protecting the citizens of Arizona. We cannot sacrifice our safety to the murderous greed of drug cartels. We cannot stand idly by as drop houses, kidnappings and violence compromise our quality of life“ (Brewer 2010).

Der rassistische Subtext dieser Rede deckt auf, *wer* tatsächlich vor *wem* geschützt werden soll. Während Brewer zuerst den Schutz der BürgerInnen *und* aller, die sich legal in Arizona aufhalten, betont, stellt sie unmittelbar danach klar: „There is no higher priority than protecting the *citizens* of Arizona.“ „*Our* safety“ und „*our* quality of life“ bezieht sich daher auf die Sicherheit der StaatsbürgerInnen, die gleichzeitig in der großen Mehrheit *weiß* sind. Unausgesprochen, aber unmissverständlich bleibt auch, dass die

⁸⁵ Die Prüfung sollte sich auf die Einhaltung der BürgerInnenrechte und die Aufteilung der

undokumentierten MigrantInnen, die unter den Generalverdacht des kriminellen Verhaltens gestellt werden (Entführer, Drogenkartelle, Einbrecher), *nicht* weiß sind. Sie sind vielmehr allein durch ihre Präsenz die Personalisierung der Porosität der Grenze, der Krise der Souveränität und der Zersetzung von *law-and-order*.

„We cannot delay while the destruction happening south of our international border creeps its way north. [...] Today – with my unwavering signature on this legislation – Arizona strengthens its security WITHIN our borders“ (ebd.).

Der Schutz der Nation, die Achtung der Gesetze sowie die Kriminalisierung, Skandalisierung und Individualisierung des illegalen Grenzübertritts *eskalierten* gewissermaßen in der Verabschiedung von SB1070 im April 2010.

Dessen Relevanz ging dabei über Arizona hinaus. Laut einer Umfrage der „New York Times“ und von CBS unterstützen 51 Prozent der US-Bevölkerung die Maßnahmen von SB1070 (vgl. New York Times, CBS News 2010). Die Befürchtung, dass andere Bundesstaaten mit ähnlichen Gesetzen folgen könnten, wurde mit der Einbringung ähnlicher Entwürfe in South Carolina und Oklahoma im Mai 2010 bereits gestärkt (vgl. Ballvé 2010).

Kompetenzen zwischen Bundesstaaten und Föderalregierung richten (vgl. Carr 2010).

5.3. Konditionen und Produktivität des Migrationsregimes der Gegenwart

Im März 2010 lebten nach Schätzungen des *Pew Hispanic Center* über elf Millionen undokumentierte MigrantInnen in den USA (Passel, Cohn 2011: 1). Sie stellten knapp vier Prozent der Gesamtbevölkerung (ebd.: 12) und gut fünf Prozent der Arbeitskraft⁸⁶ (ebd.: 17).

Das US-Migrationsregime der Gegenwart stellt ein Set an Konditionen her, das die permanente existentielle Verwundbarkeit dieser Menschen garantiert, weil diese die *Bedingung* für die *Produktivität* des Migrationsregimes darstellt.

Auch wenn ein zugewiesener Aufenthaltsstatus vor dem Hintergrund jeweils unterschiedlicher Ungleichheitslinien mehr oder weniger prekär bzw. sicher sein kann (vgl. 3.3.2.), stellt dieser meines Erachtens dennoch die *wirkmächtigste* Kategorie im Migrationsregime dar (vgl. ebd.), durch die Zugänge unterschiedlich geregelt und Hierarchien gefestigt werden.

Ich möchte an dieser Stelle drei für diese Arbeit zentrale Kristallisationspunkte erörtern, die die Konditionen der Regierung der Migration und die Produktivität des Migrationsregimes der Gegenwart markieren: 1) Die Herstellung und Sicherung der andauernden *Illegalität*, 2) die Produktion und Erfahrung von *Deportabilität* und 3) die *Kommodifizierung* undokumentierter Anwesenheit. Diese Prozesse entfalten sich innerhalb eines Affektregimes, dessen Funktionsweise ich in Kapitel 8.2.2. mit der Hilfe der Erzählenden erläutern werde.

Ich betrachte diese Verdichtungen als Charakteristika des Migrationsregimes der Gegenwart, die auf historisch entwickelte Kompromissstrukturen zurückzuführen sind. Sie eröffnen vor allem auch das Konfliktfeld, in dem sich meine InterviewpartnerInnen bewegen, und dienen daher dem unmittelbaren Verständnis ihrer Schilderungen.

5.3.1. Absicherung der andauernden Illegalität

Neben der strategischen Illegalisierung von vor allem durch Herkunft definierten Personengruppen zielen die bestehende Gesetzeslage in den USA sowie ihre Umsetzung darauf ab, diesen Zustand der Illegalität möglichst dauerhaft abzusichern.

Das bedeutet, dass die sogenannte Legalisierung des Aufenthaltsstatus für die überwiegende Mehrheit der undokumentierten MigrantInnen im Land schlicht *unmöglich*

⁸⁶ Vgl. meine Überlegungen zu den Erhebungsmethoden des *Pew Hispanic Center* und der prinzipiellen Schwierigkeit der quantitativen Erfassung der undokumentierten Bevölkerung in Kapitel 2.2.: 27.

ist. Die Möglichkeiten zur Erlangung einer Aufenthaltsbewilligung sind dabei nicht prinzipiell restriktiv, sondern vielmehr so ausgestaltet, dass sie die spezifischen Lebensumstände undokumentierter MigrantInnen nicht treffen.

So wurden zwar in den letzten zehn Jahren jährlich etwa eine Million (!) Greencards⁸⁷ vergeben (DHS-OIS 2010: 5), doch kann der Anteil (vormals) undokumentierter MigrantInnen an dieser Zahl nur als verschwindend gering bezeichnet werden.⁸⁸ Den Taktiken seitens der Regierung und zahlreicher Interessenvertretungen, Legalisierungsmaßnahmen abzuwehren bzw. gar nicht vorzuschlagen, liegt die Absicht zugrunde, diesen Status quo der *andauernden Illegalität* von Millionen von Menschen aufrechtzuerhalten. Denn der undokumentierte Aufenthalt treibt die Produktivität einer nach neoliberalen Prinzipien flexibilisierten Arbeitskraft an die Spitze (vgl. 3.2.2.).

Entgegen der offiziellen Aversion des neoliberalen Akkumulationsregimes gegen staatliches Eingreifen in den „freien“ Markt liegt die rekonfigurierte Rolle des neoliberalen Staates in der Schaffung einer marktgünstigen Umgebung, um die Konditionen der Akkumulation ständig zu optimieren – und zwar „no matter what“ (Harvey 2005: 19).

Diskurse des skandalösen Grenzübertritts und die Forderung nach Grenzsicherung zum „Schutz“ vor illegaler Einwanderung sind als rationalisierte Wirklichkeiten zu sehen (vgl. Foucault 2006b: 435f.) und konstituieren in diesem Sinne ein diskursives Feld einer zu regierenden Realität. Sie sind daher wichtige Ansatzpunkte zur Disziplinierung der MigrantInnen, weil sie Argumente und Bearbeitungsstrategien bereitstellen und gesellschaftlichen Konsens ermöglichen. Denn Illegalität hat nicht Ausschluss zum Ziel, sondern prekären Einschluss in eine neoliberale Ordnung (vgl. De Genova 2002: 439).

Gesetzlich abgesichert ist die andauernde Illegalität mehrerer Millionen Menschen durch ein System, das die Möglichkeiten zur Legalisierung für undokumentierte MigrantInnen erstens auf Ausnahmefälle beschränkt und zweitens so ausgelegt ist, dass die *Möglichkeit*, aber nie ein *Recht* auf Vergabe besteht. Das bedeutet, dass mit der Beantragung einer Greencard immer auch die Möglichkeit besteht, die eigene Abschiebung zu verursachen, indem die undokumentierte Anwesenheit gemeldet wird.

Zentral für das Verständnis der komplexen Einwanderungsgesetzgebung in den USA sind zwei leitende Prinzipien: Zum ersten die konsequente Sanktionierung des illegalen

⁸⁷ Mit dem Erhalt einer permanenten Aufenthaltsbewilligung ist immer die Erlangung der sogenannten Greencard gemeint, die den „dauerhaft legalen Status“ (*Legal Permanent Residency*) verleiht. Die Vergabe der Greencard an undokumentierte MigrantInnen ist daher mit der *Legalisierung des Status* gleichbedeutend.

⁸⁸ Die Anzahl undokumentierter MigrantInnen in den Statistiken des *Department of Homeland Security* ist nicht explizit ausgewiesen, sondern kann nur hergeleitet werden. Da die Visakategorien angegeben sind und bei undokumentiertem Status fast nie eine Berechtigung für diese vorliegt, kann von einem entsprechend sehr niedrigen Anteil von Personen ohne Aufenthaltsrecht ausgegangen werden (vgl. DHS-OIS 2010: 20ff.).

Grenzübertritts und zum zweiten die Privilegierung der Familienzusammenführung mit einer US-StaatsbürgerIn.

Eine undokumentierte MigrantIn, die illegal über die Grenze gekommen ist und in der Regel auch in einer undokumentierten Familie lebt, steht also vor der Situation ihrer sedimentierten Illegalität.

Die Erlangung einer permanenten Aufenthaltsbewilligung ist nur dann möglich, wenn die Grenze entweder noch gar nicht oder aber *legal* überschritten wurde oder wenn eine unmittelbare Verwandtschaft zu einer US-StaatsbürgerIn⁸⁹ besteht.

Weil aber in einer Vielzahl der Fälle die ganze Familie undokumentiert ist, scheitert die Antragstellung oft daran, dass es gar keinen Bürgen gibt. Und der Weg über ein Arbeitsvisum erfordert entweder wiederum die legale Einreise oder die Antragstellung durch eine ArbeitgeberIn. Doch diese ist nur dann eine realistische Option, wenn es um erlernte, spezialisierte oder akademische Berufe geht (USCIS 2010c). Weil die meisten undokumentierten MigrantInnen aber in ungelerten Berufen konzentriert sind, gibt es auch keine Möglichkeit, über eine ArbeitgeberIn eine Greencard zu erhalten.

Kam eine Person z.B. mit einem Touristenvisum in die USA und blieb über die genehmigte Aufenthaltsdauer hinaus – d.h. sie fiel nach einer bestimmten Frist aus dem Status (*out of status*) und ist nun ein sogenannter *overstayer* –, ist eine Legalisierung zwar schwierig, aber nicht ausgeschlossen. Prinzipiell muss dann eine nahe Verwandtschaft zu einer US-StaatsbürgerIn oder einer GreencardinhaberIn bestehen, die den Antrag einreicht (vgl. Bray 2009: 238ff.). Das Einwanderungsrecht spricht dann von einer Anpassung des Status (*adjustment of status*).⁹⁰

⁸⁹ So wie etwa im Falle meines Interviewpartners Saoul, der seit etwa 15 Jahren in L.A. lebt und mit seiner ebenfalls undokumentierten Partnerin eine kleine Tochter hat, die – da sie in den USA zur Welt gekommen ist – die US-Staatsbürgerschaft besitzt. Zwar sind auch die Kinder als unmittelbare Verwandte definiert, diese können aber erst bei Volljährigkeit, also mit 21 Jahren, einen Antrag für ihre Eltern einbringen (USCIS 2010e).

Als weitere unmittelbar Verwandte neben den Kindern gelten die Eltern oder die EhepartnerInnen (ebd.). Doch von den im Jahr 2005 geschätzten 15 Millionen undokumentierten Familien, in denen zumindest eine Person über keinen legalen Aufenthaltstitel verfügt, gehören die Konstellationen, in denen die Eltern StaatsbürgerInnen sind und das Kind undokumentiert oder eine der EhepartnerInnen undokumentiert und die andere StaatsbürgerIn, zu den unwahrscheinlichsten (vgl. Passel 2005: 18ff.).

Und Eheschließungen zwischen US-StaatsbürgerInnen und Personen ohne Aufenthaltsstatus oder aus anderen Staaten werden mittlerweile so rigide geprüft und für beide Beteiligte so hart sanktioniert, dass die Erlangung einer Aufenthaltsbewilligung über den Weg der Eheschließung immer schwieriger wird (vgl. Semnara 2008).

⁹⁰ Die US-Behörde US-VISIT (*United States Visitor and Immigrant Status Indicator Technology*), die biometrische Daten aller Personen aufnimmt, die autorisiert einreisen, verfügt zwar über Schätzungen der *visa overstayers*, veröffentlicht diese aber nicht. Ein Artikel des *Center for Immigration Studies* zitiert den US-VISIT Jahresbericht 2008, wonach im Jahr 2007 82.900 Personen über die genehmigte Aufenthaltsdauer hinaus geblieben sind (vgl. Vaughan 2008). Geht

Weil dieses Verfahren mit der legalen Einreise verbunden ist, wird von den MigrantInnen teilweise der Konsularweg genutzt, um trotz illegaler Grenzüberquerung einen Antrag einbringen zu können. Eine Person, die unter Umständen bereits mehrere Jahre in den USA lebt, reist dann aus, um auf einem Konsulat im Ausland einen Antrag zu stellen (*consular processing*). Dieses Verfahren ist ursprünglich nicht als Option zur Legalisierung des Aufenthalts vorgesehen, sondern für den Familienzugang und die Einreise von Fachkräften (vgl. ebd.: 243ff.). Die Regierung hat auf diese Taktiken der MigrantInnen mit der gesetzlichen Einführung eines „Banns“ reagiert, der die Option auf eine legale Einreise in die USA für einen bestimmten Zeitraum aussetzt.⁹¹

Die Legalisierung über die Ausreise birgt aber noch weitere Risiken: Weil Anträge aus den Herkunftsländern undokumentierter MigrantInnen wegen der großen Zahl von AntragstellerInnen mit den längsten Warteschleifen verbunden sind, muss für das Verfahren ein langer Zeithorizont eingeplant werden. Für die Antragstellung muss außerdem eine unmittelbare Verwandte bürgen, die US-StaatsbürgerIn ist oder selbst bereits über eine Aufenthaltsbewilligung verfügt.

Im Falle einer negativen Entscheidung der Einwanderungsbehörden besteht überdies das Risiko, überhaupt nicht mehr zurückkehren zu können, da die illegale Einreise seit den 1990er Jahren zusehends schwieriger, gefährlicher und beschwerlicher geworden ist.

Die Lücken im Einwanderungsrecht lassen zwar Ausnahmen zu, doch sind diese Verfahren so angelegt, dass sie die AntragstellerInnen durch ihre lange Dauer zermürben. Grundsätzlich unterliegen alle Visakategorien – mit Ausnahme der Familienzusammenführung mit US-StaatsbürgerInnen (USCIS 2010e) – numerischen Beschränkungen und einer Länderquote. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Visa pro Kategorie wird jährlich im Kongress neu beschlossen. Von dieser Gesamtzahl können einem Land nie mehr als sieben Prozent der Visa zugewiesen werden. Weil die Anzahl der AntragstellerInnen die Verfügbarkeit der Visa in vielen Ländern übersteigt, führt diese Formel für bestimmte Länder zu absurden Warteschleifen und Situationen. So waren die

man von den Schätzungen des *Pew Hispanic Center* (Passel, Cohn 2008: 2) von insgesamt (heimliche Einreise und *overstayers*) 275.000 unautorisierten Grenzübertritten für das Jahr 2008 aus, ergeben die *overstayers* einen Anteil von etwa 30 Prozent. Die *overstayers* kommen typischerweise aus asiatischen und europäischen Staaten, während für lateinamerikanische und insbesondere zentralamerikanische Länder Visa sehr restriktiv vergeben werden.

⁹¹ Hält man sich nach dem Stichtag 1. April 1997 180 oder bis zu 365 Tage undokumentiert in den USA auf, reist danach aus, um im Ausland einen Antrag zu stellen, ist die legale Einreise für einen Zeitraum von drei Jahren unzulässig (vgl. INA 1968, Sec. 212(9)(B)(i)(I)). Betrug der Aufenthalt mehr als 365 Tage, verlängert sich dieser zeitliche Bann auf zehn Jahre (vgl. INA 1968, Sec. 212(9)(B)(i)(II)). Reist man ungeachtet dieses Banns erneut in die USA ein und wird abgeschoben, ist die Wiedereinreise dauerhaft blockiert, d.h. die Sperre wirkt permanent (vgl. INA 1968, Sec. 212(9)(C)).

Anträge von MexikanerInnen, die im Jahr 1992 eingegangen sind, laut „Visa Bulletin“ des *Department of State* im Oktober 2010 (!) noch immer nicht entschieden (vgl. DS 2010). Weil diese AntragstellerInnen für ihre entsprechende Kategorie unverheiratet sein müssen,⁹² dürfen sie während der Wartezeit, die in diesem Fall heute 18 Jahre beträgt, nicht heiraten, um nicht aus dem Qualifikationsprofil auszuschneiden.

Saoul ist im Jahr 1999 das Risiko der Ausreise eingegangen, um in Mexiko einen Antrag auf Familienzusammenführung mit seinem in den USA lebenden Bruder zu stellen. Nicht nur ist Saouls Antrag immer noch nicht entschieden, nach Information des *Department of State* muss Saoul auch noch weitere zehn Jahre auf eine Entscheidung warten (Saoul P:5, 20:20).

Neidis Mutter hat 1994, also unmittelbar nach der illegalen Einreise der Familie, einen sogenannten 245(i)-Antrag gestellt. Paragraph 245(i) des *Immigration and Nationality Act* sah eine Legalisierung durch Bezahlung einer Geldstrafe von 1.000 Dollar vor, wurde allerdings im Herbst 1997 außer Kraft gesetzt (vgl. Bray 2009: 53). Zwar läuft der Antrag noch, weil Neidis Mutter vor Aufhebung des Paragraphen um eine Aufenthaltsbewilligung angesucht hat, eine Entscheidung gibt es allerdings auch hier bis dato nicht.

Die Ausgestaltung des US-Einwanderungsrechts schließt durch *Herkunft* definierte Personengruppen von der Möglichkeit einer Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus aus. Das wird auch daraus ersichtlich, dass die Hauptsendeländer undokumentierter MigrantInnen von der Teilnahme an der jährlichen Greencard-Lotterie ausgeschlossen sind (vgl. FTC 2007).

Die nationale Herkunft ist auch noch heute *der* Referenzpunkt zur Regulation der Einwanderung und zur Vergabe von Aufenthaltstiteln. Die Zuweisung von Quoten und numerischen Beschränkungen mit einer für alle Staaten gleichen prozentualen Höchstgrenze diskriminiert die Bevölkerungen, die nicht zuletzt durch die Mitwirkung der USA an ökonomischen und politischen Umstrukturierungen in ihren Herkunftsländern einem vermehrten Migrationsdruck ausgesetzt sind.

Die selektive Anwerbung und Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen folgt damit nach wie vor einer Grammatik des Amerikanismus – dem historisch bewährten Modus zur Erzeugung der US-amerikanischen Nation.

Sieben Millionen der im Jahr 2008 geschätzten undokumentierten Bevölkerung von 11,9 Millionen Menschen, also etwa 60 Prozent, waren mexikanische StaatsbürgerInnen (vgl. Passel, Cohn 2009: 21). Weitere elf Prozent kamen aus den Staaten Zentralamerikas und weitere sieben Prozent aus jenen Südamerikas (ebd.). Das bedeutet, dass 80 Prozent aller durch die USA illegalisierten MigrantInnen in lateinamerikanischen Staaten geboren

⁹² In dem zitierten Beispiel geht es um ein 2B-Visum, um das unverheiratete, über 21-jährige

wurden. Etwa elf Prozent der undokumentierten Bevölkerung kamen in demselben Jahr aus den Staaten Süd- oder Ostasiens (ebd.).

Diese Zahlen spiegeln die historische Strategie eines selektiven bzw. strategischen Einschlusses. Damit zusammenhängend muss auch die Vergabe der Staatsbürgerschaft gesehen werden, die immer noch als Konsequenz der permanenten Aufenthaltsbewilligung verliehen wird.⁹³ Dementsprechend werden insbesondere auch für die Staatsbürgerschaft qualifizierte MigrantInnen von den nichtqualifizierten getrennt.

Die Ahndung des unautorisierten Grenzübertritts und die geforderte Verwandtschaft zu einer US-StaatsbürgerIn garantieren, dass die große Mehrheit der undokumentierten MigrantInnen auch weiterhin undokumentiert bleibt. In Verbindung mit der taktischen Grenzaufrüstung und der Schwierigkeit für bestimmte StaatsbürgerInnen, ein Visum zu bekommen, wird sichergestellt, dass auch in Zukunft eine große Zahl von Menschen illegal einreist.

Auch mit den besten Erfolgsaussichten (und die sind selten) ist die Einleitung eines Legalisierungsverfahrens immer mit der Möglichkeit der Ablehnung – d.h. mit der Abschiebung – verbunden.

Undokumentierte MigrantInnen in den USA sind also mit einer Situation konfrontiert, in der es entweder gar keine Möglichkeit der Legalisierung gibt, sie in jahrzehntelangen Legalisierungsverfahren zermürbt werden oder die für eine Legalisierung notwendigen Schritte (Ausreise) mit so hohen Risiken verbunden sind, dass die Entscheidung, lieber weiter undokumentiert in den USA zu bleiben, als die bessere erscheint.

5.3.2. Deportabilität als Regulativ

De Genova (2002, 2004, 2009a) hat mit dem Begriff der *Deportabilität* ausgedrückt, dass es die *permanente Möglichkeit* der Deportation⁹⁴ ist, die das undokumentierte Leben

Kinder von Greencard-InhaberInnen ansuchen können (vgl. DS 2010).

⁹³ Fünf Jahre nach Erlangung einer permanenten Aufenthaltsbewilligung kann im Falle eines einwandfreien Leumunds (kein Vermerk im Strafregister) um die Staatsbürgerschaft angesucht werden (vgl. USCIS 2010g: 11).

⁹⁴ *Deportation* ist ein in den USA behördlich verwendeter Begriff (vgl. USCIS 2010f).

Aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist auch, dass die präzise gesetzliche Kategorie für die undokumentierte MigrantIn „*deportable alien*“ lautet: „Deportable alien: An alien in and admitted to the United States *subject to any grounds of removal* specified in the Immigration and Nationality Act. This includes any alien illegally in the United States, regardless of whether the alien entered the country by fraud or misrepresentation or entered legally but subsequently violated the terms of his or her nonimmigrant classification or status“ (USCIS 2010b; Hervorhebungen im Text D. Y.).

verunsichert, und nicht zwingend die Deportation selbst. Denn viel mehr als die *tatsächliche* Abschiebung hält die *Deportabilität* des Körpers die Verwundbarkeit in allen Lebensbereichen aufrecht. Migrantische Illegalität wird somit erst durch die Kondition der Deportabilität erfahrbar.

„Migrant ‚illegality‘ is lived through a palpable sense of deportability, which is to say, the possibility of deportation, the possibility of being removed from the space of the nation-state“ (De Genova 2002: 439).

Die *Deportabilität* des Körpers garantiert nicht nur eine für die Unternehmen vollständig flexibilisierte Arbeitskraft, sondern ist vor allem auch ein Instrument staatlicher Repression, das den Aufenthalt an die politische Stimmungslage bindet. Die Massenmobilisierungen des Frühjahres 2006 waren etwa mit einem massiven Anstieg der Abschiebungen verbunden (DHS 2009: 12), und auch um gegen einzelne politische AktivistInnen vorzugehen, werden Deportationsverfahren eingeleitet (vgl. z.B. Piggott 2009, McCune 2010). Und insbesondere auch in der Disziplinierung am Arbeitsplatz werden selektive Abschiebungen oder Razzien der Einwanderungsbehörden eingesetzt (De Genova 2002: 438; Robinson 2008: 321). Deportabilität wird auf diese Weise zu einem entscheidenden *Regulativ* der undokumentierten Anwesenheit.

Während die Einwanderungsbehörden weder personell noch infrastrukturell ausreichend ausgestattet sind, um *alle* undokumentierten MigrantInnen tatsächlich abzuhalten bzw. abzuschieben, basiert die Existenz dieser Behörden im Gegenteil auf der andauernden Präsenz undokumentierter MigrantInnen und der Erhaltung einer Zone relativer Toleranz im Inneren (De Genova 2002: 438).

Die Ausarbeitung eines staatlichen Apparats zur Produktion von *Illegalität* hat nur vermeintlich das Ziel der Abschiebung. Während nämlich die Mehrheit der undokumentierten MigrantInnen nie abgeschoben wird, ist ihr Leben permanent durch *Deportabilität* in Gefahr.

„[...] it is deportability, and not deportation as such, that ensures that some are deported in order that most may remain (undeported) – as workers, whose pronounced and protracted legal vulnerability may thus be sustained indefinitely“ (De Genova 2009a: 456).

Von vermutlich 11 bis 15 Millionen Menschen ohne Aufenthaltsrecht in den USA werden zwar entlang unterschiedlicher Konjunkturen weniger oder mehr von ihnen, aber dennoch *nie alle* abgeschoben. Nach Bericht des *Department of Homeland Security* wurden im Jahr 2009 knapp 300.000 Menschen deportiert (DHS 2009: 12), was – von der niedrigsten

Die Bezeichnung *illegal alien* ist ein Synonym des *deportable alien*: „Illegal Alien: Also known as an ‚Undocumented Alien,‘ is an alien who has entered the United States illegally and is *deportable* if apprehended, or an alien who entered the United States legally but who has fallen ‚out of status‘ and is *deportable*“ (IRSUS 2010a).

Schätzung von elf Millionen ausgehend – weniger als drei Prozent der undokumentierten Bevölkerung entspricht. Die Ministerin für Heimatschutz, Janet Napolitano, betonte im Oktober 2010 diesen *selektiven* Charakter der Abschiebep Praxis, die sich ihr zufolge auf jene konzentrieren müsse, die eine Gefahr für die Sicherheit darstellten (vgl. Preston 2010).

Von insgesamt neun meiner InterviewpartnerInnen erlebte Saoul als einziger die Abschiebung,⁹⁵ während jedoch nahezu alle von der Furcht davor oder den Möglichkeiten ihrer Vermeidung berichteten. Diejenigen, die tatsächlich abgeschoben werden, kehren oft wieder zurück, so wie auch Saoul es getan hat (Saoul P:5, 22:22).

Wie Papadopoulos, Stephenson und Tsianos (2008: 162ff.) zu den Schengen-Lagern bemerkt haben, stellt die Abschiebung nicht den Endpunkt der Reise dar, sondern Zwischenstationen. Die Migration wird in diesem Sinne unterbrochen oder, wie Andrijašević (2009) feststellt, *entschleunigt*. Migrationsbewegungen werden durch Deportationen nicht unterbunden, vielmehr wird deren Geschwindigkeit reguliert, indem ihre Direktionalität temporär umgeleitet wird (ebd.). Inhaftierung und Deportation sind deshalb als Mobilitätsregulative zu betrachten, nicht als Mechanismen zur dauerhaften Verhinderung. Und in der Interpretation von De Genova (2002, 2004, 2009a) funktioniert das Regulativ nicht nur für den Moment der tatsächlichen Haft oder Abschiebung, sondern darüber hinaus durch die andauernde Herstellung von *Deportabilität* – „a constant possibility for people precariously living inside the United States“ (Talavera et al. 2010: 167).

Die staatliche Herstellung des Zustandes der Deportabilität wirkt auf diese Weise kontrollierend und verwaltend, weil das Verhalten und die Handlungen der Menschen, die sie erleben, Einschränkungen erfahren. Das Risiko der Abschiebung beeinflusst so etwa unmittelbar die räumliche Bewegungsfreiheit: über bundes- und nationalstaatliche Grenzen oder auf einer Autofahrt von einer Adresse in L.A. zur anderen,⁹⁶ da in all diesen Fällen eine Personenüberprüfung droht. Weil diese Gefahren eine gewisse Verwundbarkeit im Leben der Menschen erzeugen, werden entsprechende Strategien zu deren Vermeidung entwickelt.

So vernichten etwa viele MigrantInnen ihre Identitätsnachweise, um die Identifizierung ihrer Staatszugehörigkeit zu erschweren und somit ihre Abschiebung zu verhindern. Diese Taktik der MigrantInnen resultierte in der sogenannten *catch and release*-Praxis der Behörden, die Ausdruck der Schwierigkeit ist, die eigen-sinnigen Migrationen einer Kontrolle zu unterwerfen (vgl. OPS 2006). Wird eine undokumentierte MigrantIn verhaftet

⁹⁵ Esteban befand sich zum Zeitpunkt des Interviews in einem Abschiebep Verfahren.

⁹⁶ Undokumentierte MigrantInnen sind vom Führerscheinbesitz ausgeschlossen und riskieren beim Fahren eines Autos polizeiliche Kontrollen, die zur Abschiebung führen können.

und kann die Staatsangehörigkeit nicht ermittelt werden, wird angesichts der bereits überfüllten Abschiebezentren keine langfristige Inhaftierung angeordnet, sondern ein Termin vor dem Einwanderungsgericht anberaumt, zu dem allerdings die wenigsten erscheinen (vgl. ebd.).

Diese Praxis der MigrantInnen veranlasste neokonservative, rassistische Publizisten zu der Feststellung, die illegale Migration „zerstöre alle Nationen“.⁹⁷

Die Wirkmächtigkeit von Deportabilität kann in einem affektiven und einem existentiellen Kontext unterschieden werden.

Auf der affektiven Ebene wirkt sich Deportabilität durch Furcht, Depression (vgl. 8.2.2.) und die Sorge vor einer Trennung von Freunden und Familie aus. Aber auch Angehörige, die sich um einen Menschen sorgen, der Deportabilität erfährt, sind affektiv betroffen. In diesem Sinne wirkt die dauernde Möglichkeit der Abschiebung auch auf US-StaatsbürgerInnen verunsichernd, weil z.B. Kinder von ihren undokumentierten Eltern getrennt werden können. Die oft tragischen Folgen für die Familien, die nicht selten darin bestehen, dass minderjährige Kinder alleine in den USA zurückbleiben,⁹⁸ werden von staatlicher Seite mit der nun einmal harten, aber konsequenten Bestrafung eines Gesetzesbruches gerechtfertigt.

Existentiell wirkt Deportabilität durch die drohende finanzielle Not im Falle der Abschiebung des Hauptverdieners, dem mit einer Abschiebung verbundenen Abbruch des Studiums oder der Einschränkung der Mobilität, weil es dann auch schwierig ist, einer Arbeit nachzugehen. Esteban erfährt diese existentielle Dimension von Deportabilität, weil er versucht, seine drohende Abschiebung durch einen Asylantrag hinauszuzögern, um sein Studium in den USA noch abschließen zu können (Esteban P:7, 4:4).

Wenn die von Deportabilität betroffene Person gleichzeitig auch die materielle Existenz absichert, wird deutlich, wie verschränkt diese beiden Kontexte miteinander sind. So wie im Fall von Saoul, der sich doppelt sorgt: vor einer möglichen Trennung von seiner Familie und um deren finanzielle Lage im Fall seiner Abschiebung.

Die Kondition der Deportabilität wirkt durch gesetzliche Regelung auch *nach* der tatsächlich erfolgten Abschiebung. So wird der undokumentierte Aufenthalt in den USA nicht allein durch die Abschiebung sanktioniert, sondern darüber hinaus mit einem sogenannten Bann belegt, durch den eine legale Einreise in diesem Zeitraum verunmöglicht wird (vgl. 5.3.1.: 113). Diese Gesetzeslage sichert die konsequente

⁹⁷ „From Arizona to the Aegean Sea, there is a global plan under way to destroy all nations, and the puppet leaders don't even bother to hide it anymore“ (o. V. 4, 2010).

⁹⁸ Laut Information des *Department of Homeland Security* wurden im Zeitraum von 1998 bis 2007 über 100.000 undokumentierte Eltern abgeschoben, die ein Kind mit US-Staatsbürgerschaft

Sanktionierung des undokumentierten Grenzübertritts sowie die andauernde Illegalität des Aufenthalts.

Deportabilität erzeugt also Unsicherheit in einem weiten zeitlichen, räumlichen und sozialen Bereich.

Auf der anderen Seite wirkt Deportabilität bestärkend und versichernd für viele, die sie *nicht* erfahren. Die Praxis, unerwünschte Personen aus dem Staatsgebiet zu entfernen, vermittelt die Vorstellung von Personen, die es nicht verdienen, sich innerhalb der USA aufzuhalten. Deportabilität steigert deshalb auch den Wert von Staatsbürgerschaft und wirkt so versichernd und *verunsichernd* zugleich.

5.3.3. Die Kommodifizierung undokumentierter Anwesenheit

Die Herstellung und Sicherung der Konditionen von Illegalität und Deportabilität sind Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Interessen, die darauf abzielen, einen finanziellen Mehrwert aus undokumentierter Migration und undokumentierter Anwesenheit zu generieren. Nutznießer dieser Profite sind Großkonzerne, kleinere und mittlere Unternehmen, private Haushalte sowie der Staat auf seinen unterschiedlichen föderalen Ebenen.

Der Bedarf an flexibilisierter Niedriglohn-Arbeitskraft, die Eigen-Sinnigkeit der MigrantInnen und die staatliche Ermöglichung ihrer *illegalen* Migration mündeten in einen institutionalisierten Einschluss undokumentierter migrantischer Arbeitskraft in die US-Ökonomie. Bestimmte Wirtschaftssektoren wie die Dienstleistungen, das Baugewerbe oder die herstellenden Industrien sind auf migrantische Arbeitskraft in großer Zahl angewiesen (Passel, Cohn 2009: 14). Der migrantische Streik von 2006 mit dem Namen „A Day without an immigrant“ machte diese Abhängigkeit auf eindrucksvolle Weise deutlich (vgl. 6.3.2.: 147f.).

In der institutionalisierten Profitgenerierung durch undokumentierte Migration wird offensichtlich, dass Illegalität nicht auf die Exklusion der MigrantInnen abzielt, „sondern darauf, die Momente des Überschusses zu verwerten [...] [und] auf ihre ökonomische Dimension zurückzuführen“ (Mezzadra 2007: 183).

Die Produktivität undokumentierter Anwesenheit kann auf folgende Aspekte zurückgeführt werden: informelle Arbeit (Niedriglöhne, kaum Lohnnebenkosten, geringer Grad an gewerkschaftlicher Organisation), umfangreiche Besteuerungen, Einhebungen von

zurücklassen mussten (DHS-OIG 2009: 5).

Strafen, Inhaftierungen sowie geringe bis gar keine Inanspruchnahme staatlicher Leistungen.

Die Juristin Francine Lipman (2006: 7) kommt deshalb zu dem Schluss, dass undokumentierte MigrantInnen einem *Geldregen* gleichkämen, weshalb sie „[...] the most fiscally beneficial of all immigrants“ wären.

Weil undokumentierte MigrantInnen Abgaben zahlen (z.B. Einkommenssteuer, Konsumsteuer), aber kaum Leistungen in Anspruch nehmen und zudem im Niedriglohnssektor konzentriert sind, ist die undokumentierte Migration im Sinne einer Kosten-Nutzen-Rechnung um ein Vielfaches einträglicher als die legale Migration (Obhof 2002: 175). Weintraub ging 1984 in seiner Studie über die Inanspruchnahme staatlicher Leistungen durch undokumentierte MigrantInnen in Texas davon aus, dass der Bundesstaat Texas in einem Jahr Steuerleistungen aus undokumentierter Anwesenheit und Arbeit von etwa 170 bis 280 Millionen Dollar lukriert (Weintraub 1984: 736).

Die zunehmende Beschneidung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen an MigrantInnen, und zwar an legalisierte wie undokumentierte (vgl. Nuschler, Siskin 2005), dient dazu, die migrantische Anwesenheit für den Staat noch kostengünstiger zu machen, indem alle Aufwendungen der Reproduktion und Fürsorge den MigrantInnen selbst aufgebürdet werden (Robinson 2008: 313). Auch Vorschläge, den Familienzuzug an eine eidesstattliche Versicherung einer „Selbstfürsorge“ zu koppeln, zielen auf die Hebung der „Kosteneffizienz“ migrantischer Arbeit ab (vgl. z.B. Zavis, Gorman 2010).

Die weitgehende Infiltration und *Kommodifizierung* aller Lebensbereiche entlang einer neoliberalen kapitalistischen Marktlogik (vgl. Dokuzović, Freudmann 2009) erreicht in der undokumentierten Arbeit und Anwesenheit ihren Gipfel.

In Anlehnung an Singelstein und Stolle (2008: 98) verstehe ich unter der Kommodifizierung migrantischer Anwesenheit deren Regulierung unter dem Imperativ ihrer *Effektivität*. Zentrales Merkmal der Kommodifizierung ist die zunehmend flexible Ausrichtung staatlicher Tätigkeit, die auch ein informelles Agieren beinhaltet (vgl. ebd.), um möglichst viele migrantische Lebensbereiche der Marktlogik unterwerfen zu können.

Dass diese Lebensbereiche ferner durch rassistische und sexistische Ausschlussstrategien voneinander isoliert werden (vgl. Dokuzović, Freudmann 2009), zeigt etwa die geschlechtliche und herkunftsorientierte Teilung am Arbeitsmarkt in produktive und reproduktive Tätigkeiten (vgl. z.B. Hondagneu-Sotelo 1994, 2001; Benz, Schwenken 2005; Gutiérrez Rodríguez 2006; Lutz 2008). So arbeiten etwa migrantische Frauen aus den Ländern Zentral- und Südamerikas als Dienstmädchen und Nannies, Filipinas in Pflegeberufen und mexikanische Männer in der Gastronomie, auf Baustellen oder in der Gärtnerei. Weil viele undokumentierte ArbeiterInnen in den Haushalten, in denen sie beschäftigt sind, auch leben (vgl. Hondagneu-Sotelo 2001), eskaliert die

Kommodifizierung im Falle weiblicher migrantischer Anwesenheit.

Nicht nur verdienen undokumentierte ArbeiterInnen niedrigere Löhne als legale MigrantInnen oder US-StaatsbürgerInnen,⁹⁹ sie erhalten in aller Regel auch keine arbeitsbezogenen Versicherungsleistungen oder bezahlten Urlaub. Stattdessen leisten sie häufig unbezahlte Überstunden, arbeiten unter schlechten Bedingungen, und das häufig sechs oder gar sieben Tage die Woche (vgl. Drum Major Institute for Public Policy 2009). Dass sich die Menschen dem Projekt des organisierten Einschlusses migrantischer Arbeit (Robinson 2008: 312) auch entziehen, verdeutlichen die Biografien meiner InterviewpartnerInnen sowie der Umstand, dass nicht alle undokumentierten MigrantInnen in den USA einer Erwerbsarbeit nachgehen (vgl. Passel, Cohn 2009: i).¹⁰⁰

Um den Profit weiter zu steigern und auch die Zahl der MigrantInnen außerhalb von Erwerbsarbeitsverhältnissen einzufangen, wirkt die institutionalisierte Mehrwertabschöpfung über die Inklusion migrantischer Arbeit hinaus. Durch ein flächendeckendes Steuersystem sowie Strategien zur gezielten Einhebung von Bußgeldern bei undokumentierten MigrantInnen¹⁰¹ wird der staatliche Zugriff auch auf jene realisiert, die sich dem Imperativ der Mehrwertproduktion entziehen.

Gleichzeitig wird der Zugang zu staatlichen Leistungen mit umfangreichen Hürden versehen, um die Reproduktionskosten der MigrantInnen niedrig zu halten. So blieben auch im Rahmen der Gesundheitsreform 2010 in den USA undokumentierte MigrantInnen von den Leistungen weiterhin ausgeschlossen.¹⁰²

Seit Verabschiedung des *Revenue Act* 1913 sind *alle* in den USA *anwesenden* Personen steuerpflichtig (*Revenue Act of 1913, Section II., A.*).¹⁰³ Mittels eines „Präsenztests“¹⁰⁴

⁹⁹ Im Jahr 2007 betrug das Durchschnittseinkommen undokumentierter Familien 36.000 Dollar, jenes von Familien, die in den USA geboren wurden, 50.000 Dollar. Die Kluft in den Einkommen ist auch insbesondere deshalb markant, weil in undokumentierten Familien durchschnittlich mehr Personen (1,75) berufstätig waren als in legalisierten Familien (1,23; vgl. Passel, Cohn 2009: 16).

¹⁰⁰ Das *Pew Hispanic Center* geht in seinen Schätzungen des Jahres 2008 davon aus, dass von 11,9 Millionen undokumentierten MigrantInnen 8,3 Millionen erwerbstätig waren (vgl. Passel, Cohn 2009: I).

¹⁰¹ Die Praxis der Sanktionierung wird ausführlicher dargestellt am Beispiel von Los Angeles in Kapitel 6.2.: 134f.

¹⁰² In einer „Daten und Fakten“-Reihe informiert das Weiße Haus über die Inhalte der Gesundheitsreform. Was den „Mythos“ angeblicher Leistungen an undokumentierte MigrantInnen anbelangt, versichert die Regierung: „Fact: Absolutely not. Under the Affordable Care Act, undocumented immigrants are not able to enter the exchanges to purchase coverage nor are they able to obtain tax credits to purchase insurance. Undocumented immigrants will receive absolutely no assistance from the government“ (The White House 2010a).

¹⁰³ Die Steuerpflicht betrifft: Einkommens-, Sozialversicherungs-, Mehrwert- und Eigentumssteuer. Vgl. ausführlicher zur Besteuerung undokumentierter MigrantInnen in den USA: Lipman 2006.

¹⁰⁴ Der „substantial presence test“ ist im *Internal Revenue Code* von 1986 geregelt. Demnach wird die „Präsenz“ in den USA festgestellt, wenn eine Person zumindest 31 Tage im betreffenden Kalenderjahr und mindestens 183 Tage in den beiden letzten Jahren physisch in den USA anwesend war (vgl. IRC 1986, § 7701).

wird die Anwesenheit, und somit die Steuerpflicht, festgestellt. Ungeachtet einer in den USA traditionell starken Opposition gegen das Prinzip „Taxation without representation“ (Lipman 2006: 5) haben undokumentierte MigrantInnen aber weder ein Wahlrecht noch Anspruch auf staatliche Leistungen wie Krankenversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Essensmarken oder Medicare.¹⁰⁵ Die einzigen bundesstaatlich garantierten Leistungen, die ungeachtet des Aufenthaltsstatus in Anspruch genommen werden können, sind die medizinische Notfallhilfe¹⁰⁶ (vgl. EMTALA 1986) und das Recht auf Schulbesuch, das 1982 als universelles Recht vom U.S. Supreme Court festgelegt wurde (vgl. SCUS 1982). Doch aufgrund der ständigen Furcht vor der Abschiebung nützen viele MigrantInnen nicht einmal diese Leistungen. Überdies sind sogar diese Minimalleistungen Gegenstand ständig wiederkehrender Vorschläge ihrer Streichung, wie dies etwa bei *Proposition 187* (vgl. 6.3.2.: 145f.) oder jüngst im Gouverneurswahlkampf von Kalifornien der Fall war.¹⁰⁷

Während undokumentierte ArbeiterInnen lange Zeit über ihre Sozialversicherungsnummer besteuert wurden, wurde die Vergabepaxis in den frühen 1980er Jahren immer restriktiver,¹⁰⁸ bis die *Social Security Administration* ab 1996 nur noch StaatsbürgerInnen und legalisierten MigrantInnen¹⁰⁹ Sozialversicherungsnummern zuwies. Im Zusammenhang mit der in dieser Zeit großen Zahl undokumentierter Einreisen als Folge von NAFTA (vgl. 5.2.2.: 90ff.) ist die eingeschränkte Vergabe jedoch nicht als Versuch der Verhinderung undokumentierter Anwesenheit und Arbeit zu betrachten, sondern vielmehr als Strategie zur Regulation ihrer Modi. Weil die Sozialversicherungskarte in den USA als das gebräuchlichste Ausweisdokument gilt, bedeutete diese Regelung eine weiter verstärkte Verwundbarkeit der MigrantInnen z.B. gegenüber ihren ArbeitgeberInnen oder VermieterInnen.

Um weiterhin auch die Steuern von undokumentierten MigrantInnen einheben zu können, führte die Steuerbehörde IRS (*Internal Revenue Service*) deshalb eine Steuernummer, die „Individual Taxpayer Identification Number“ (ITIN) *speziell* für undokumentierte MigrantInnen ein.¹¹⁰

¹⁰⁵ Staatliche medizinische Altersvorsorge.

¹⁰⁶ *Emergency Medical Treatment and Active Labor Act* (EMTALA). EMTALA ist Teil des *Consolidated Omnibus Budget Reconciliation Act* (COBRA) von 1986.

¹⁰⁷ Die Vorschläge des republikanischen Kandidaten Steve Poizner zur Sanierung des kalifornischen Budgets beinhalteten in erster Linie Kürzungen der Sozialleistungen für undokumentierte MigrantInnen (vgl. Blood 2010).

¹⁰⁸ Ab 1982 wurden die Sozialversicherungskarten an undokumentierte MigrantInnen nur noch mit dem Vermerk „Not valid for employment“ vergeben. Vgl. Lipman 2006: 21, im Original: Singer, Paula N.; Dodd-Major, Linda (2004). „Identification Numbers and U.S. Government Compliance Initiatives“, in: *Tax Notes*, Vol. 104, No. 13, 20.09.2004: 1430 (Original der Verfasserin nicht zugänglich).

¹⁰⁹ Bei nicht vorliegender Arbeitserlaubnis mit entsprechendem Vermerk (SSO 2009: 6).

¹¹⁰ Im Unterschied dazu wird die TIN (Taxpayer Identification Number) über die Sozialversicherungsnummer vergeben, also an legalisierte MigrantInnen oder StaatsbürgerInnen

Die ITIN ist so insbesondere auch ein Instrument, um undokumentierte MigrantInnen zu identifizieren und von den übrigen SteuerzahlerInnen zu unterscheiden (Lipman 2006: 25).

Dieses System garantiert den Bundesstaaten die Einnahmen aus Steuergeldern, *ohne* die dafür vorgesehene Leistung auch tatsächlich auszahlen zu müssen. Denn solange keine Arbeitsbewilligung vorliegt, besteht auch kein Anspruch auf Leistungen aus der Sozialversicherung (vgl. USCA 2006).

Weil durch IRCA die Vorlage der SSN an den Arbeitgeber verpflichtend wurde (vgl. 5.2.2.: 89), umgehen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen das System seitdem entweder vollständig, indem Arbeitsverhältnisse nicht angemeldet und Gehälter unter der Hand ausbezahlt werden, oder – und das ist häufiger der Fall – es werden Arbeitsverhältnisse mit falscher SSN angemeldet (vgl. Lipman 2006: 24). Aus folgenden Gründen liegt es nämlich im Interesse der ArbeiterInnen, ihre Arbeitsverhältnisse anzumelden: Erstens müssen dann zumindest minimale arbeitsrechtliche Vereinbarungen vertraglich geregelt werden, und zweitens wird im Falle einer Legalisierung des Aufenthaltsstatus der Leistungsanspruch aus Versicherungszahlungen auf der Basis *aller* gemeldeten Gehälter zurückgerechnet, und zwar ungeachtet dessen, ob eine Arbeitsberechtigung vorlag oder nicht (ebd.: 26).

Viele undokumentierte ArbeiterInnen scheint diese Perspektive dazu zu veranlassen, die Arbeitsverhältnisse anzumelden, was auch anzeigt, dass sie einen dauerhaften oder zumindest langfristigen Aufenthalt beabsichtigen.

Im Jahr 2003 betrugen die Einnahmen aus Sozialversicherungssteuern von insgesamt 7,5 Millionen ArbeiterInnen mit nicht registrierten, also gefälschten SSNs ungefähr sieben Milliarden Dollar.¹¹¹ Die Summe der Einkommen von Personen, deren Name nicht mit der angegebenen SSN laut *Social Security Administration* übereinstimmte, betrug im Jahr 2001 421 Milliarden Dollar (Nuschler, Siskin 2005: 2).

Neben der umfangreichen Besteuerung entstand durch die strategische Illegalisierung der MigrantInnen zudem der neue Wirtschaftszweig der *Grenzindustrie*. Unternehmen wie „Blackwater“ (vgl. Zimmerman 2007), die „Corrections Corporation of America“ (vgl. Sullivan 2010) oder „Ahtna Technical Services“ (vgl. Bernstein 2010) sind die neuen Profiteure der migrantischen Kommodifizierung.

Die Inhaftierung undokumentierter MigrantInnen hat sich außerdem als lukrative Möglichkeit für unterfinanzierte Counties erwiesen, um zusätzliche Bundesgelder zu

(vgl. IRSUS 2010b).

¹¹¹ Vgl. Lipman 2006: 24, im Original: Singer, Paula N.; Dodd-Major, Linda (2004). „Identification Numbers and U.S. Government Compliance Initiatives“, in: Tax Notes, Vol. 104, No. 13, 20.09.2004: 1435 (Original der Verfasserin nicht zugänglich).

erhalten. Weil die Gefängnisse pro undokumentiertem Häftling gesonderte staatliche Subventionen beziehen, wurden inhaftierte MigrantInnen von den lokalen Sheriffs und Gefängnisleitern als „cash crops“ bezeichnet (vgl. Solomon 2002). Ruth Gilmore (2007: 7) schätzt, dass rund 25 Prozent aller Insassen in kalifornischen Gefängnissen keine StaatsbürgerInnen sind.

Nicht nur die migrantische Arbeit, sondern die gesamte migrantische *Anwesenheit* wird zum Gegenstand der Kommodifizierung. Diese Kommodifizierung betrachte ich neben dem nicht unwesentlichen Aspekt der Profitgenerierung auch als Teil des neoliberalen Projekts, die MigrantInnen, die mit bestimmten Wünschen, Zielen und Bedürfnissen gekommen sind, zu disziplinieren und zu entsubjektivieren.

Auch einzelne pro migrant -Organisationen, liberale Think-Tanks, Unternehmerverbände und Gewerkschaften unterstützen die Kommodifizierungsprozesse, indem sie auf den ökonomischen Nutzen undokumentierter MigrantInnen hinweisen und ihre „harte Arbeit“, ihre „Steuerleistungen“ und „Entbehrungen“ „würdigen“ (vgl. Loyd, Burridge 2007: 15). Durch die Einschreibung der Migrationsdiskurse in ökonomische Zusammenhänge wird auf die MigrantInnen als StatistInnen Bezug genommen, die Kapitalbewegungen folgen und deren Bestimmung es ist, die Lücken und ökonomischen Bedürfnisse der Aufnahmegesellschaft zu (er)füllen (vgl. Bratic 2002b: 119, Fußnote). Zusätzlich verschleiert das neoliberale Modell von „harter Arbeit und Verzicht“ nicht nur hinter dieser Logik stehende, staatlich gestützte Unternehmerinteressen, sondern auch die Produktion der gegenwärtigen rassistischen Ordnung der Bevölkerung, die de facto das Resultat einer Geschichte von Gewalt ist (ebd.: 17).

In diesem Sinne sichern diese Diskurse die Kondition des *sozialen Todes* ab (vgl. 5.1.: 71), weil sie neoliberale Werte als mögliche Basis für Teilhabe begründen. Gleichzeitig werden diejenigen von der Teilhabe ausgeschlossen, deren Arbeit nicht anerkannt wird, die nicht arbeiten können oder deren Arbeitslosigkeit ein Ergebnis von Rassismus ist (vgl. Bratic 2002b: 18).

Die Lebensentwürfe und -pläne der MigrantInnen werden produktiv aufgenommen und in den neoliberalen Produktionsapparat eingespannt. Zugleich wird die Anwesenheit undokumentierter MigrantInnen – und das betrachte ich als ebenso grundlegend – durch die Reduktion auf ihre ökonomische Dimension entpolitisiert.

5.4. Zusammenfassung

Rassismus wurde in der Geschichte der USA im Rahmen seiner konjunkturellen Dynamiken entscheidend über den Nationalstaat und in der Folge durch Zuwanderungsregulierungen artikuliert.

Insbesondere als die US-amerikanische Gesellschaft im Zuge unterschiedlicher Phasen der Anwerbung heterogener wurde, musste ein nationaler Selbstentwurf formuliert werden, der sowohl integrierend als auch ausschließend wirken sollte. Im *Amerikanismus* als Referenzpunkt einer hergestellten nationalen Identität konnten diese gesellschaftlichen Bedürfnisse und Forderungen gebündelt und zum Ausdruck gebracht werden. Historisch konstante – häufig implizite – Elemente des Amerikanismus waren und sind Weiß-Sein, individuelle Freiheit, der *American Exceptionalism* und das „Glück der Tüchtigen“. Der Amerikanismus moderner Prägung definiert sich überdies durch den Schutz der Nation vor Eindringlingen, der Verpflichtung auf die Gesetze (*law-and-order*) sowie durch das neoliberale Postulat des Wettbewerbs und der Eigenverantwortlichkeit.

Die Anwerbung war immer mit dem Import von ArbeiterInnen entlang ökonomischer Bedarfslagen verbunden, deren Position in der US-amerikanischen Gesellschaft mit einem mehr oder weniger prekären sozialen Status verbunden war.

Weil Einwanderung in die USA historisch mit dem Erwerb der Staatsbürgerschaft verknüpft ist, folgten bereits die frühen und teilweise noch informellen Migrationskontrollen einer Grammatik des Amerikanismus. Entsprechend der nationalen Herkunft als Kategorie der Differenz wurde zwischen erwünschter und unerwünschter Einwanderung unterschieden, die in den 1920er Jahren durch die im *Reed Act* festgesetzten Migrationskontrollen erstmals für alle Staaten gesetzlich verankert wurde. Gleichzeitig mit den neuen Einwanderungsbeschränkungen, die den Beginn der gesicherten Grenze markierten, setzte sich auch die Praxis ihrer Überschreitung fort.

Entlang unterschiedlicher Konjunkturen waren bestimmte nationale Bevölkerungen von der Zuwanderung ausgeschlossen, da sie für eine Einbürgerung als ungeeignet erachtet wurden, wie etwa ChinesInnen, JapanerInnen oder insbesondere MexikanerInnen.

Die allen MexikanerInnen zugeschriebene Distanz zu den Werten und Prinzipien des Amerikanismus verdichtete sich historisch in der Modalität ihrer Migration. Ihre stetig wachsenden Migrationen sowie der kontinuierliche Bedarf an flexibilisierter Arbeitskraft in den USA mündeten in den Kompromiss ihrer *strategischen Illegalisierung*.

Entgegen dem Mythos des *melting pot*, der eine grundsätzliche Chancengleichheit der Einwanderungsmöglichkeiten suggeriert, unterlagen diese historisch vielmehr immer der Logik des Amerikanismus. Die durch die gesamte Geschichte hindurch lautstark erhobene Forderung nach Anpassung der MigrantInnen an die weiße angloamerikanische Dominanzkultur war dabei die logische Konsequenz einer proklamierten und imaginierten

Überlegenheit der US-amerikanischen Nation.

Strategien einer kontinuierlich ausdifferenzierten Regierung der Migration im Inneren beinhalteten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Einführung von Gastarbeiterprogrammen und Maßnahmen einer selektiven Legalisierung.

Insbesondere seit 9/11 nimmt der Amerikanismus eine zentrale Position in der Stabilisierung des Nationalstaates ein. Ein gesellschaftlicher Konsens für die nationale Sicherheit und eine rigidere Umsetzung der Einwanderungsgesetzgebung resultierten in einem präzedenzlosen Fokus auf die Grenze und infolgedessen in der diskursiven Skandalisierung des illegalen Grenzübertritts. Die bereits im Zuge der NAFTA-Abkommen begonnene Hochrüstung und Technologisierung der Grenze erfuhr so nach 9/11 eine weitere Intensivierung. Die Schaffung von Lücken als Mechanismus der strategischen Illegalisierung einer großen Zahl der MigrantInnen war dabei durchwegs ein zentraler Bestandteil der Grenzstrategie. Im Rahmen des nach 9/11 ausgerufenen „Kriegs gegen den Terror“ wurde die Regierung der Migration in Form von Abschiebungen und Inhaftierungen auch im Inneren repressiver.

Unter Präsident Barack Obama setzte sich sowohl die intensiviertere Disziplinierung der Anwesenheit der MigrantInnen fort als auch die Affirmation der Grenze durch deren weitere Aufrüstung. Gleichzeitig verfolgte Obama vor dem Hintergrund von Gesundheitsreform und Finanzkrise eine Strategie der De-Thematisierung möglicher Legalisierungsmaßnahmen.

Die Forderungen nach dem Schutz der Grenzen und der Nation, die diskursive Skandalisierung der illegalen Grenzüberquerung und die Verpflichtung auf *law-and-order* als Elemente des modernen Amerikanismus kulminierten jüngst in der Verabschiedung von SB1070 in Arizona, das den undokumentierten Aufenthalt in einen Straftatbestand umwandelt und das rassistische Profiling der Behörden gesetzlich absichert.

Die historischen Entwicklungen verdichten sich im gegenwärtigen Migrationsregime in drei Prozessen, die die Regierung der Migration charakterisieren: Erstens die Herstellung und juristische Absicherung der andauernden Illegalität von geschätzten elf Millionen Menschen. Zweitens die Produktion und Erfahrung der permanenten Möglichkeit der Abschiebung, die De Genova mit dem Begriff der *Deportabilität* bezeichnet hat. Und drittens die Kommodifizierung möglichst vieler Lebensbereiche undokumentierter MigrantInnen, indem deren gesamte Anwesenheit dem neoliberalen Imperativ der Effektivität unterworfen wird.

6. Schauplatz Los Angeles

Sánchez (1997: 1009) hat L.A. Ende der 1990er Jahre pessimistisch als „a city haunted by poverty, racism and police brutality“ beschrieben. Und auch wenn ihn der Eindruck der *L.A. Riots* von 1992 zu dieser Einschätzung veranlasste, ist L.A. auch heute sowohl von großer Armut und offener rassistischer Gewalt wie auch von einer weniger spektakulären rassistischen Ordnung und behördlicher Brutalität geprägt.

Es wird geschätzt, dass jede zehnte in L.A. lebende Person keine Aufenthaltspapiere besitzt, möglicherweise ist die tatsächliche Anzahl der undokumentierten MigrantInnen weitaus höher (Fortuny et al. 2007: 45). Als 2006 bis zu zwei Millionen Menschen auf die Straße gingen, um sich gegen die sogenannte *Sensenbrenner Bill* zur Wehr zu setzen (vgl. 6.3.2.), wurden die Kämpfe der Migration in L.A. bundesweit und auch international wahrgenommen.

Drei AktivistInnen der antirassistischen Szene haben L.A. aufgrund der großen Anzahl an MigrantInnen und ihrer repressiven Regierung als *ground zero* des *Immigrant Rights Movement* bezeichnet (vgl. Deitrick, Gimeno, Sunde 2007).

Denn die Kämpfe der Migration und die Versuche ihrer Disziplinierung befinden sich in ständiger Konfrontation miteinander und erzeugen die für L.A. so typische Dynamik permanenter Turbulenz und Reibung.

6.1. Die Bevölkerung ohne Papiere: eine Skizze

Keine andere Stadt in den USA ist dermaßen migrantisch geprägt wie L.A. Was die Anzahl und die Dauer der Anwesenheit der migrantischen Bevölkerung betrifft, liegt L.A. seit den 1990er Jahren trotz einer Verlangsamung in den letzten Jahren¹¹² noch immer weit über dem Bundesdurchschnitt (Fortuny et al. 2007: 9, 40).

Annähernd vierzig Prozent der Bevölkerung wurden außerhalb der USA geboren, davon beinahe die Hälfte in Mexiko (ebd.: 45). Von den etwa zehn Millionen EinwohnerInnen spricht nur ein Drittel zu Hause ausschließlich Englisch (USCB 2009a).

Eine Million oder jede zehnte EinwohnerIn lebt ohne legalen Aufenthaltsstatus. Beinahe

¹¹² Wegen der Nähe zur US-mexikanischen Grenze siedeln sich MigrantInnen traditionell im Südwesten der USA an, wo auch die Zahl der undokumentierten MigrantInnen immer noch am höchsten ist (Passel, Cohn 2011: 23). Im Zeitraum von 1990 bis 2007 nahm das Wachstum in den 22 sogenannten *new growth states*, wie North Carolina oder Delaware, jedoch rapider zu als etwa in Kalifornien. Ab 2007 stagnierte das Wachstum in allen Bundesstaaten (ebd.; Fortuny et al. 2007: 4).

sechzig Prozent der undokumentierten MigrantInnen in L.A. kommen aus Mexiko, ein Viertel von ihnen aus den übrigen Ländern Zentralamerikas und knapp drei Prozent aus den restlichen Staaten Lateinamerikas (Fortuny et al. 2007: 45).

MigrantInnen aus Lateinamerika und der Karibik werden häufig essentialisierend als „hispanic“ oder „latino“¹¹³ bezeichnet (De Genova, Ramos-Zayas 2003). Dieser Essentialismus dient der Konstruktion eines Bedrohungsszenarios, in dem häufig alle in diese Definitionsgruppe passenden Personen addiert und der weißen Bevölkerung gegenübergestellt werden. Die in diesem Sinne ethnisierte und rassifizierte Gruppe der „hispanics“ bzw. „latinos“ stellt gut zwei Drittel der migrantischen Bevölkerung in L.A. und etwa 85 Prozent der undokumentierten Bevölkerung (Fortuny et al. 2007: 45).

Viele Menschen in L.A. sprechen von Migration, als würde die Stadt belagert oder angegriffen werden. Wenn mich Personen außerhalb des Forschungsfeldes auf den Zweck meines Aufenthalts in L.A. ansprachen, dann waren die Reaktionen oft mit der Konstatierung der gewaltigen Anzahl an „hispanics“ oder „latinos“ verbunden und auch gelegentlich mit scherzhaften Bemerkungen wie „they are taking over“ oder „they are retaking the place“. Die Sorge, man könnte irgendwann in der Minderzahl sein oder Kalifornien werde schließlich durch die MexikanerInnen „zurückerobert“, schien mir der Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsenses zu sein.

Die demografischen Erhebungen der US-Zensusbehörde, die prognostizieren, dass die weiße Bevölkerung im Jahr 2050 beinahe eine statistische Minderheit darstellen werde,¹¹⁴ spielen den Mythen um eine „Reconquista“ des Südwestens angesichts der „Hispanisierung“ der Bevölkerung weiter in die Hände.

Paul Kivel macht in der folgenden Schilderung aus seiner Kindheit in L.A. deutlich, dass diese Bedrohungsdiskurse rassistisch unterlegt sind und bereits in den 1950er Jahren, der Zeit der Bracero-Migration, geführt wurden.

„Growing up in Los Angeles in the 1950s and early 1960s, I heard repeated stories about the masses of Mexican and Central-American people pushing against our borders, pressing to get in, to overwhelm us. I remember a discussion with my parents in which I said I didn't think I ever wanted to have children because there were already so many people in the world. My parents tried to convince me that it was important that I have children because I was smart and educated and we needed more of our kind. I understood ‚our kind‘ to be white. Again I was getting the message that we had to defend ourselves, reproduce ourselves, and protect what was ours because we were under attack“ (Kivel 2006: 67).

Der problematisierten Anwesenheit der primär mexikanischen, aber auch der übrigen

¹¹³ Vgl. die Standards des *Office of Management and Budget*: „Hispanic or Latino. A person of Cuban, Mexican, Puerto Rican, Cuban, South or Central American, or other Spanish culture or origin, regardless of race. The term, ‚Spanish origin,‘ can be used in addition to ‚Hispanic or Latino‘“ (OMB 1997). Allerdings kann in der Alltagssprache auch eine emanzipatorische Aneignung der Begriffe beobachtet werden, dann aber primär in Hinblick auf die Bezeichnung *Latina* oder *Latino*.

¹¹⁴ Im Bericht heißt es: „Less than 53 percent would be non-Hispanic White“ (vgl. USCB 2010a).

lateinamerikanischen MigrantInnen steht eine weitaus weniger politisierte Anzahl undokumentierter MigrantInnen aus den Ländern Asiens gegenüber, allen voran von den Philippinen, aus Südkorea und China (Hoefler et al. 2010: 4).

Ein Drittel aller in L.A. lebenden MigrantInnen und etwa zwölf Prozent der undokumentierten Bevölkerung wurden nach den Schätzungen des *Pew Hispanic Center* in asiatischen Ländern geboren¹¹⁵ (Fortuny et al. 2007: 45). Kritisch anzumerken ist, dass die Berechnungen des *Pew Hispanic Center* auf den Zahlen der US-Zensusbehörde basieren, die durch persönliche Befragungen erhoben werden (vgl. 2.2.: 27). Angesichts der Tatsache, dass ein undokumentierter Status in vielen asiatischen *Communities* ein Stigma bedeutet (vgl. S. 140: Fußnote 135, 8.3.2.: 227), das dem positiven Image der legalen, mittelständischen MigrantIn widerspricht, muss eine Verzerrung der Ergebnisse zumindest in Betracht gezogen werden. Obwohl die Behörden nicht direkt nach dem Aufenthaltsstatus fragen, werden unter Umständen dennoch falsche Angaben gemacht, um eine illegale Anwesenheit erst gar nicht vermuten zu lassen.

Während das *Pew Hispanic Center* für das Jahr 2004¹¹⁶ von etwa 120.000 undokumentierten MigrantInnen in L.A. aus den Ländern Asiens ausgeht, spricht Isaura im Interview von zwei Millionen (P:6, 10:10). Und Danny Park von KIWA¹¹⁷ erzählte mir von vielen KoreanerInnen, die ebenfalls über Mexiko illegal über die Grenze kommen, wenn in Korea kein Touristenvisum für die USA ausgestellt wird.¹¹⁸

Die übrigen zwei Prozent der undokumentierten Bevölkerung in L.A. kommen aus den Ländern Europas oder aus Kanada (Fortuny et al. 2007: 45). Sie kommen vermutlich als TouristInnen oder StudentInnen und bleiben über die genehmigte Aufenthaltsdauer hinaus.¹¹⁹

Während meines Aufenthalts in L.A. gingen unterschiedliche Personen von unterschiedlichen Zahlen aus: Elf Millionen, 14 Millionen undokumentierte MigrantInnen in den USA, auch von 20 Millionen war die Rede. Eine Million, manchmal auch zwei Millionen in Los Angeles. Diese Schätzungen waren oft von der Anmerkung begleitet: „nobody knows“.

Die genannten Erhebungen können meines Erachtens nur als Orientierung dienen, denn

¹¹⁵ Die Berichte des *Pew Hispanic Center* spezifizieren den Anteil asiatischer MigrantInnen nicht nach Ländern (vgl. Fortuny et al. 2007). Dagegen schlüsseln die Schätzungen des *Department of Homeland Security* zwar nach Ländern auf, berichten aber nur über Bundestrends (vgl. Hoefler et al. 2010), weshalb zu den asiatischen undokumentierten MigrantInnen in L.A. keine Zahlen vorliegen.

¹¹⁶ Dies sind die bis dato zu L.A. vorliegenden aktuellsten Schätzungen.

¹¹⁷ *Koreatown Immigrant Workers Alliance*.

¹¹⁸ Danny Park erzählte mir dies im Kontext seiner täglichen Zusammenarbeit mit koreanischen MigrantInnen. Laut seiner Auskunft und meinen Recherchen liegen dazu aber keine Zahlen vor (vgl. Interview mit Danny Park).

¹¹⁹ Zu undokumentierten EuropäerInnen oder KanadierInnen haben meine Recherchen keine Ergebnisse gebracht. Die hier formulierte Annahme basiert auf Informationen im Rahmen von Alltagsgesprächen.

undokumentierte Migration ist ja gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie sich ihrer Quantifizierung entzieht. Das Beispiel der asiatischen MigrantInnen deutet dies bereits an.

Ein Charakteristikum der undokumentierten MigrantInnen, die in L.A. und im übrigen Kalifornien leben, ist die relativ lange Dauer ihres Aufenthalts. 2004 lebte die Hälfte von ihnen bereits länger als zehn Jahre in L.A. (ebd.: 9). Dies trifft auch auf meine neun InterviewpartnerInnen zu, von denen Eduardos Aufenthalt mit zehn Jahren der kürzeste ist. Das zeigt deutlich, dass sich die Menschen langfristig auf ein Leben in L.A. einrichten. Die zunehmend erschwerte Mobilität über die US-mexikanische Grenze und ein lange Zeit (und auch weiterhin relativ) großes Angebot an informellen Arbeitsplätzen veranlasste viele Menschen dazu, dauerhaft zu bleiben.

Während die verstärkte Schließung der Grenze insbesondere seit 9/11 eine bundesweite Verringerung der Migrationsdynamik bedeutete, ist die Ausrichtung der Wirtschaft auf undokumentierte migrantische Arbeitskraft für L.A. wie für keine andere urbane Ökonomie in den USA spezifisch (Flaming et al. 2005: 5f.). Ein Drittel der undokumentierten Bevölkerung in L.A. arbeitet im Dienstleistungsbereich, ein Fünftel in der herstellenden Industrie (insbesondere in den zahlreichen Textilfabriken) und ein Zehntel im Transportwesen (Fortuny et al. 2007: 54). Während etwa 90 Prozent der Frauen in privaten Haushalten und Schönheitssalons beschäftigt sind, arbeiten Männer überwiegend als Gärtner, in der Gastronomie, als Bauarbeiter oder als Truckfahrer (Flaming et al. 2005: 18). Das Verhältnis von Frauen und Männern ohne Aufenthaltspapiere ist dabei in L.A. entgegen der bundesstaatlichen Lage relativ ausgewogen mit einer nur leichten Mehrheit von Männern (Fortuny et al. 2007: 11). Obwohl in Berichten des *Pew Hispanic Center* keine Kausalitäten zu diesen Zahlen hergestellt werden, ist der vergleichsweise hohe Anteil von undokumentierten Frauen in L.A. möglicherweise auf das große informelle Beschäftigungsangebot für weibliche Arbeit im Dienstleistungsbereich und vor allem in der Textilindustrie zurückzuführen. Außerdem leben MigrantInnen in L.A. aufgrund der Langfristigkeit ihres Aufenthalts eher in Familien als in den „new growth states“ wie etwa Alabama (ebd.: 4).

Weil fast alle von ihnen einer bezahlten Beschäftigung nachgehen, befindet sich die große Mehrheit der undokumentierten MigrantInnen im Alter von 25 bis 64 Jahren (ebd.: 14).

Die Langfristigkeit ihres Aufenthalts resultierte in einer relativ großen Anzahl der sogenannten *mixed status-families*. Nur wenige Männer und Frauen leben alleinstehend (ebd.: 10, 47f.), viel häufiger kommen sie entweder bereits als Paar oder gründen in den USA eine Familie. Knapp die Hälfte von ihnen haben Kinder (ebd.: 13), von denen fast 80 Prozent in den USA zur Welt gekommen und daher per Geburt US-StaatsbürgerInnen sind. Die Zahl der Kinder mit undokumentierten Eltern beträgt demgegenüber bundesweit

66 Prozent (ebd.: 10). Allerdings leben diese Kinder häufig de facto selbst undokumentiert, weil die Eltern staatliche Leistungen aus Furcht vor ihrer eigenen Entdeckung auch für sie nicht in Anspruch nehmen (ebd.).

Undokumentierte MigrantInnen sind im Bereich unsicherer, schlecht qualifizierter und niedrig entlohnter Arbeit konzentriert (ebd.: 16). Sie haben außerdem stark eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung (ebd.: 25) und (Aus-) Bildungseinrichtungen (ebd.: 14). Knapp ein Drittel von ihnen lebte im Jahr 2003 unter der Armutsgrenze¹²⁰ – gegenüber 14 Prozent aller in den USA geborenen Personen.¹²¹ Die generell über dem Bundesdurchschnitt liegende Armutsrate in L.A. stieg in den letzten Jahren im Rahmen der Wirtschaftskrise und der überproportional großen Zahl gepfändeter Häuser in Kalifornien auf knapp über 16 Prozent an (Lozano 2010). Lateinamerikanische MigrantInnen und AfroamerikanerInnen sind in der armen Bevölkerung überrepräsentiert (ebd.).

Ab 2007 ist bundesweit ein leichter Rückgang der undokumentierten Bevölkerung zu verzeichnen, der unter Umständen mit der Ende 2007 in den USA einsetzenden Rezession in Zusammenhang gebracht werden kann (Passel, Cohn 2011: 3). Im Jahr 2010 lebten etwa 200.000 Personen ohne Aufenthaltspapiere weniger in Kalifornien als noch drei Jahre zuvor.¹²²

Diese Zahlen verdeutlichen, dass die soziale Position in der US-amerikanischen Gesellschaft ganz entscheidend über die Kategorie der Illegalität reguliert wird.

Illegalität garantiert dabei nicht nur eine neoliberal flexibilisierte ArbeiterInnenschaft und die Profitmaximierung durch Kommodifizierung migrantischer Anwesenheit, sie dient auch als Mechanismus der Kontrolle und Entwertung sowohl der Arbeit als auch der Anwesenheit (vgl. Hiemstra 2010: 86). Diese Funktionen von Illegalität werden nach Hiemstra (ebd.) besonders sichtbar auf der lokalen Ebene, was ich am Beispiel von L.A. nun zu skizzieren versuche.

¹²⁰ Diese betrug nach Fortuny et al. (2007: 23) im Jahr 2003 18.400 Dollar für einen vierköpfigen Haushalt, etwas mehr für größere Familien und etwas weniger für kleinere.

¹²¹ Der Bericht des *Pew Hispanic Center* unterscheidet *native-born citizens* (kurz *natives*) und *immigrants*. Nach dieser Definition fallen StaatsbürgerInnen, die außerhalb der USA geboren wurden und daher erst später die Staatsbürgerschaft erlangten, als *naturalisierte* StaatsbürgerInnen (*naturalized citizens*) unter den Begriff *immigrant* (Fortuny et al. 2007: 3).

¹²² Für L.A. liegen bis dato noch keine Schätzungen zu den Jahren ab 2005 vor.

6.2. Los Angeles als Disziplinarraum

Das Bestreben, sich und das Heim vor Eindringlingen zu schützen (vgl. 5.1.: 72), entwickelte sich in L.A. geradezu zu einer Besessenheit von Sicherheit und Abschottung. Dieser Fokus auf Trennung und Abgrenzung wird bereits in der Verwaltungsstruktur des Los Angeles County ersichtlich, das sich aus etwa 230 sogenannten inkorporierten und nicht inkorporierten Gebieten und Städten zusammensetzt.¹²³ Im Laufe des 20. Jahrhunderts entstanden durch die Unabhängigkeitsbemühungen einzelner Gebiete innerhalb des County ständig neue Städte (Sitton 2005: 176) wie etwa Beverly Hills oder Malibu.

Die historische Entwicklung zunehmender Autonomie einzelner Gebiete zeigt das Bestreben, sich von ärmeren, Schwarzen oder migrantischen Gegenden abzugrenzen und die *Verteilung von Individuen im Raum zu organisieren* (Foucault 1994: 181).

Abschottung wird gleichermaßen von Städten, Vororten, *gated communities* und den neuen Raumtypen (vgl. Schmincke 2009: 70) wie Shopping Malls und Themenparks praktiziert. Mike Davis (2006: 223) hat L.A. deshalb als das ultimative Produkt einer festungsähnlichen Stadtarchitektur beschrieben. Der Fokus auf die nationale Grenze und deren Sicherung spielt dabei die Bedeutung des Disziplinarraums (vgl. Foucault 1994: 183) im Inneren herunter.

Wohngemeinden grenzen sich im Rahmen rassistischer Kundenselektion durch Maklerbüros und einer Stadtentwicklung, die auf Sicherheitsgefühle der Bevölkerung abzielt, immer mehr „von außen“ ab. So wurde etwa das ehemalige Finanzzentrum von L.A. am Broadway Spring aufgrund der hohen migrantischen Frequenz in die „sicherere“ ehemalige Wohngegend Bunker Hill verlegt (Davis 2002: 196). Sicherheit bedeutet dabei neben körperlicher Unversehrtheit vor allem auch die zunehmende Isolierung gegenüber nicht-weißen, *gefährlichen* Orten (vgl. Schmincke 2009: 76) in Wohn-, Arbeits- und Konsumwelten. Matei, Ball-Rockeach und Linchuan Qiu (2001) haben in einer Studie gezeigt, dass Sicherheitslage und Sicherheitsfurcht in L.A. nicht nur auseinanderdriften, sondern auch rassistisch kodiert sind.

„Spatial-statistical analyses reveal that fear perceptions of Los Angeles urban space are not associated with commonly expected causes of fear, such as high crime victimization likelihood. The main source of discomfort seems to be presence of non-White and non-Asian populations (Matei et al. 2001: 429). [...] Paradoxically, people tend to feel more comfortable in higher crime areas, but fear is almost always associated with the presence and especially the copresence of large Hispanic and Black populations“ (ebd.: 452).

¹²³ Das L.A. County setzt sich aus 88 inkorporierten Städten zusammen, von denen Los Angeles City mit knapp vier Millionen EinwohnerInnen (USCB 2009b) die größte ist. Etwas mehr als die Hälfte des L.A. County machen die insgesamt 139 nicht inkorporierten Gebiete aus, die direkt der Verwaltung der County-Regierung unterstehen (County of Los Angeles 2008).

Gefahr, Gewalt und Verwundbarkeit werden auch medial ständig aufgerufen, was dazu führt, dass niemand sich sicher fühlt (Kivel 2006: 66). Fernsehsendungen über Gangkriminalität und *high crime areas* wie die erfolgreiche Dokureihe „Cops“ konstruieren *gefährliche Orte*, an denen Kriminelle typischerweise Schwarz oder People of Color sind (Doyle 1998: 107).

Singelstein und Stolle (2008: 15) haben den Begriff der *Sicherheitsgesellschaft* geprägt, um zu zeigen, dass die Regierung einer Gesellschaft zunehmend über *Verunsicherung* erfolgt. Techniken der Selbstführung, der Kontrolle und des Ausschlusses greifen ineinander und ergänzen sich (ebd.: 14f.). Das Streben nach umfassender Sicherheit wird allen anderen Zielen übergeordnet und zum Wert an sich (ebd.: 15).

Die massive Expansion von Schutz hat in L.A. zu einem Teufelskreis von Abwehr, Abschirmung und Verteidigung geführt. Während die Sicherheitsgefühle weißer Vororte durch Alarmanlagen und selbstorganisierte Nachbarschaftswachen steigen, steigen mit zunehmender Sicherheitsaufrüstung auch Furcht, Misstrauen und rassistische Paranoia (Koskela 2000: 247). Festungsähnliche Wohnanlagen suggerieren eine potentielle Gefahr und veranlassen all jene dazu, ihr Heim zu schützen, die das noch nicht getan haben. Die Furcht weißer Vororte vor Eindringlingen, die die friedliche Gemeinde stören und ihr Gewalt antun wollen, überlappen dabei mit den nationalen Grenzdiskursen. Wie die nationalstaatlichen Grenzen sind auch die Grenzen der weißen Vororte und der *gated communities* vielfach produktiv. Sie sind durchlässig für migrantische Arbeitskräfte wie Gärtner, Nannies und Putzkräfte und dicht für gefürchtete vermeintliche Verbrecher.

Weißer Vororte sind ständig bemüht, sich vor unkontrolliertem Eindringen zu schützen, obwohl die Verbrechensrate in diesen Suburbs gegen Null tendiert (Davis 2006: 244). Mike Davis (ebd.) hat am Beispiel der Stadt Hidden Hills im L.A. County verdeutlicht, dass es für Nichtanwohner nahezu unmöglich ist, ohne Einladung eines Bewohners Zutritt zu erlangen.

Um Obdachlose zu verbannen, werden zudem immer mehr öffentliche Orte wie z.B. Venice Beach von Videokameras und patrouillierenden Sicherheitsdiensten überwacht, was Koskela (2000: 247) zu der Einschätzung „the streets are dead“ veranlasste.

Foucault (1994: 183) hat den Begriff der *Parzellierung* gebraucht, um zu beschreiben, wie ein Raum in einen *Disziplinarraum* überführt wird, um ihn der umfassenden *Kontrolle* zugänglich zu machen.

„Jedem Individuum seinen Platz und auf jeden Platz ein Individuum. Gruppenverteilungen sollen vermieden, kollektive Einnistungen sollen zerstreut, massive und unübersichtliche Vielheiten sollen zersetzt werden. Der Disziplinarraum hat die Tendenz, sich in ebenso viele Parzellen zu unterteilen, wie Körper oder Elemente aufzuteilen sind. Es geht gegen die ungewissen Verteilungen, gegen das unkontrollierte Verschwinden von Individuen, gegen ihr diffuses Herumschweifen, gegen ihre unnütze und gefährliche Anhäufung: eine Antidesertions-, Antivagabondage-, Antiagglomerationstaktik. Es geht darum, die Anwesenheiten und

Abwesenheiten festzusetzen und festzustellen; zu wissen, wo und wie man die Individuen finden kann; die nützlichen Kommunikationskanäle zu installieren und die anderen zu unterbrechen; jeden Augenblick das Verhalten eines jeden überwachen, abschätzen und sanktionieren zu können; die Qualitäten und die Verdienste zu messen. Es handelt sich also um eine Prozedur zur Erkennung, zur Meisterung und zur Nutzbarmachung. Die Disziplin organisiert einen analytischen Raum“ (ebd.: 183f.).

Diese Kontrollarchitektur wird sowohl von einer selektiv rigide ausgeführten Einwanderungsgesetzgebung als auch durch informelle Praktiken der Polizei und der Einwanderungsbehörden ergänzt. Dabei liegt das Ziel der Disziplinierung der undokumentierten Bevölkerung nicht in der Abschiebung *aller* (De Genova 2007: 426), sondern in der repressiven Kontrolle ihrer Anwesenheit, ihrer Einschüchterung und ihrer Kommodifizierung.

Wesentliche Mechanismen der Kontrolle sind Personenüberprüfungen im Rahmen von Checkpoints und Razzien von Polizei und Einwanderungsbehörden, wobei beide Praktiken gezielt die Verunsicherung von Menschen ohne Aufenthaltspapiere anstreben. Die sogenannten DUI-Checkpoints (*Driving Under the Influence*) der Polizei geben zwar vor, Trunkenheit am Steuer zu ahnden, tatsächlich spannen sie aber ein dichtes Netz der Kontrolle und Einschüchterung von undokumentierten MigrantInnen auf. Weil der Führerscheinbesitz an eine registrierte Sozialversicherungsnummer gebunden ist, macht sich jede Person, die Auto fährt und undokumentiert ist, strafbar. Bei Nichtvorlage des Führerscheins wird daher das Auto beschlagnahmt und eine Geldstrafe verhängt (Gabrielson 2010).

Einem Bericht der Universität Berkeley (ebd.) zufolge ist die Anzahl der Beschlagnahmungen in hispanischen Wohngebieten¹²⁴ dreimal höher als in jenen Gegenden, in denen Hispanics weniger als die Hälfte der Anwohner ausmachen. In South Gate, einer Stadt im L.A. County mit 92 Prozent hispanischen EinwohnerInnen, konfiszierte die Polizei im Durchschnitt 86 Autos pro Operation (ebd.). Der Anteil von eingezogenen Autos wegen Trunkenheit am Steuer im Rahmen der DUI-Checkpoints ist demgegenüber verschwindend gering (ebd.). Obwohl seit einem Urteil des Bundesberufungsgerichts von 2005 keine Person nur aufgrund der Nichtvorlage des Führerscheins verhaftet werden darf (ebd.) und das Fahrzeug nur im Fall einer Behinderung der Fahrbahn beschlagnahmt werden kann, stellt der Bericht von Gabrielson fest, dass Fahrzeuge auch dann konfisziert werden, wenn das Abstellen keinerlei Behinderung verursacht (ebd.).

¹²⁴ Eine Schwachstelle des Berichts liegt in dessen fehlender begrifflicher Fundierung. Der Bericht arbeitet mit dem vom staatlichen *Office of Management and Budget* (vgl. OMB 1997) vorgegebenen Begriff *Hispanics* (vgl. Gabrielson 2010), weshalb die rassifizierenden Kategorienbildungen des OMB gefestigt werden. Ich übernehme diese Begrifflichkeit daher ausschließlich in Referenz auf die angegebene Studie.

Neben der Kontrolle und Überwachung haben die Checkpoints auch die Funktion der Profitgenerierung. Die Strafen im Zusammenhang mit beschlagnahmten Fahrzeugen erwirtschafteten im Jahr 2009 40 Millionen Dollar durch Geldbußen, Abschlepp- und Parkgebühren. Um ein beschlagnahmtes Fahrzeug zurückzuerhalten, müssen Gebühren in Höhe von 1.000 bis 4.000 Dollar entrichtet werden (ebd.). Diese Einnahmen kommen den Städten und den Abschleppunternehmen zugute. Das Abschleppunternehmen „Helms and Hill Inc.“ gewährte der Stadt Montebello im L.A. County einen Preisnachlass von 200 Dollar pro abgeschlepptem Wagen, sobald die Summe der Abschleppungen 151 im Monat überstieg (ebd.). Gleichzeitig sind die DUI-Checkpoints in Montebello die am wenigsten effektiven, was die Anhaltung alkoholisierter LenkerInnen betrifft (ebd.).

Das Verhalten der Polizei im Umgang mit undokumentierten MigrantInnen ist dabei unklar und oft von Willkür geleitet. Im Rahmen einer seit 30 Jahren vom LAPD übernommenen Richtlinie (*Special Order 40*) widersetzt sich die Polizei von L.A. offiziell einem bundesweit gültigen Gesetz, das auch PolizeibeamtInnen zur Erfassung von Personen ohne Aufenthaltsrecht ermächtigt¹²⁵ (OCP 1979; LAPD 2010). Diese offizielle *Don't ask don't tell*-Praxis des LAPD hat L.A. den Ruf einer *Sanctuary City* eingebracht.¹²⁶

Entgegen den offiziellen Versicherungen wurde mir in L.A. von unterschiedlichen Seiten geschildert, wie das LAPD, das als eine der brutalsten und korruptesten Einheiten der US-Polizei gilt, diese Richtlinien auch unterläuft. Das scheinbar zufällige Auftauchen der Einwanderungsbehörden bei der Überprüfung undokumentierter FahrerInnen durch die Polizei wurde mir am häufigsten berichtet. Auch Eduardo hat im Interview auf diese informelle Kooperation der Behörden hingewiesen (P:1, 7:8).

Die Inhaftierung undokumentierter MigrantInnen durch die Polizei unter Angabe fadenscheiniger Gründe funktioniert häufig auch als Präparation für mögliche weitere behördliche Schritte. Denn befindet sich eine Person in Haft und kann sie keine Papiere vorweisen, *müssen* die Einwanderungsbehörden verständigt werden (vgl. OCP 1979). Dass dies dennoch nicht immer geschieht, wie mir ebenfalls berichtet wurde, offenbart die Funktionsweise dieser Disziplinierungstechniken.

Überdies prüft das LAPD nachweislich verdachtsunabhängig entlang phänotypischer Merkmale (*racial profiling*). Eine Studie im Auftrag der *American Civil Liberties Union of Southern California* zur Praxis des LAPD kommt zu dem Schluss, „[...] African Americans

¹²⁵ Der *Illegal Immigration Reform and Immigrant Responsibility Act* von 1996 schreibt eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen lokalen Regierungen und der Bundesregierung vor. Insbesondere Section 287(g) konkretisiert diese Kooperationen, indem Verträge zwischen lokalen Regierungen und der Bundesregierung geschlossen werden, um die Einwanderungsgesetzgebung effektiver umzusetzen (vgl. IIRIRA 1996; DHS-OIG 2010: 83).

¹²⁶ Als *Sanctuary Cities* werden Städte in den USA bezeichnet, die offiziell eine Politik der Nicht-Beachtung des Aufenthaltsstatus verfolgen. Die Bezeichnung hat keine rechtliche Verankerung (vgl. Salvi 2008).

and Hispanics are over-stopped, over-frisked, over-searched, and over-arrested“ (Ayres, Borowsky 2008).¹²⁷ Den Ergebnissen der Studie zufolge werden von 10.000 EinwohnerInnen Schwarze 3.400-mal und Hispanics 360-mal öfter angehalten als Weiße. Die Wahrscheinlichkeit, durchsucht zu werden, ist bei Schwarzen um 127 Prozent und bei Hispanics um 43 Prozent höher als bei Weißen. Im Verhältnis zu von der Polizei angehaltenen Weißen liegt die Wahrscheinlichkeit, verhaftet zu werden, bei Schwarzen um 29 Prozent und bei Hispanics gar um 32 Prozent höher (ebd.).

Ein weiterer Mechanismus zur gezielten Einschüchterung und Verunsicherung sind Razzien durch die Einwanderungsbehörde ICE¹²⁸. Sie finden primär in Wohnungen oder migrantischen Wohngebieten statt und in erst in zweiter Linie am Arbeitsplatz (vgl. SCIC 2009). Häufig verschaffen sich die BeamtInnen unter einem falschen Vorwand, indem sie sich etwa als PolizistInnen ausgeben, Zutritt zu den Wohnungen und gehen dann äußerst brutal vor (Sullivan, Gamboa 2009; SCIC 2009). In Vierteln mit hoher migrantischer Dichte ist die Angst vor den ICE-BeamtInnen so groß, dass Kinder fürchten, ihre Eltern könnten nicht mehr von dem Lebensmittelgeschäft um die Ecke nach Hause kommen (ebd.). Einmal in Haft, werden die Menschen mitunter lange Zeit im Metropolitan Detention Center in Downtown L.A. festgehalten, das für eine langfristige Unterbringung gar nicht geeignet ist (ebd.).

Groß angelegte, oft bundesweite Operationen finden häufig in Wahlkampfzeiten statt oder folgen Konjunkturen erhöhter migrantischer Mobilisierung. Auch das Vorgehen von ICE ist prinzipiell unklar. Laut den Einwanderungsbehörden selbst liegt der Zweck der Razzien in der Verringerung der Kriminalität auf den Straßen von L.A., weshalb offiziell nur diejenigen verhaftet werden, die einen Vermerk im Strafregister haben (Sullivan, Gamboa 2009). De facto werden aber im Rahmen einer Razzia alle festgenommen, die gerade anwesend sind und keine Papiere vorweisen können (ebd.). Die behördliche, offizielle Assoziation der MigrantInnen mit Verbrechern ist dabei ein Mechanismus ihrer Kriminalisierung. Der Direktor von ICE, John Morton, äußerte gegenüber der Presse: „These are not people who we want walking our streets“ (Sullivan, Gamboa 2009).

Diese flexible und zu einem Großteil informelle Ausrichtung behördlicher Aktivität in Bezug auf undokumentierte Migration betrachte ich als zentrales Merkmal der in Kapitel 5.3.3. diskutierten Kommodifizierung migrantischer Anwesenheit, die sich insbesondere durch variable und habitualisierte staatliche Tätigkeiten auszeichnet.

Auch im Zusammenhang mit Demonstrationen zielt die staatliche Praxis auf Kontrolle und

¹²⁷ Wie Gabrielson (2010) arbeiten Ayres und Borowsky mit den Begriffen des *Office of Management and Budget*, und zwar *African Americans* bzw. *Blacks* (in synonyme Verwendung), *Hispanics* und *White/Other*. Es ist daher auf die gleichen Schwachstellen wie bei Gabrielson hinzuweisen (vgl. Fußnote 124).

Einschüchterung ab. Im Rahmen der *MayDay*-Demonstrationen im Jahr 2007 startete das LAPD eine Operation von beispielloser Brutalität gegen die TeilnehmerInnen, die als Reaktion auf die Stärke der Demonstration im Jahr zuvor gedeutet werden kann (vgl. 6.3.2.).

Als der Demonstrationzug den MacArthur Park zur Schlusskundgebung erreicht hatte, stürmten mehrere Beamte des LAPD den Park, schlugen mit Schlagstöcken auf die DemonstrantInnen ein und feuerten Gummigeschosse auf die völlig wehrlose Menge (Fox News 2007). Auf einer ersten Pressekonferenz verteidigte der Polizeichef das Vorgehen der BeamtInnen, widerrief aber auf öffentlichen Druck später seine Position (Zamora, Morales 2007). Nur die tagelang in den Medien zirkulierenden Bilder von BeamtInnen, die brutal auch auf ältere Menschen und Kinder einschlugen, zwangen den Bürgermeister von L.A. und den Chef des LAPD, Untersuchungen einzuleiten.

Unstimmigkeiten in den Berichten der Polizei legten den Schluss nahe, dass die Aktion der Polizei von oberster Stelle des LAPD konzipiert wurde, um die demonstrierende Menge einzuschüchtern und aufzulösen (Zamora, Morales 2007). Ein Kolumnist der auflagenstärksten spanischsprachigen Zeitung von L.A., der „La Opinión“, schrieb dazu:

„As part of a process, Tuesday's actions were not spontaneous or accidental, [or the actions] of a few disobedient officers, nor was it a case of them going beyond their authority. It was actually the opposite. It was an elite unit specially trained to do what they did. They marched in formation and advanced as they were trained to do. They were dressed in official uniforms and helmets and had the latest anti-riot equipment. And who gave the order?“ (Zamora, Morales 2007).

Das Vorgehen des LAPD bei dieser Demonstration spiegelt eine Strategie der konsequenten Disziplinierung der MigrantInnen, in der sowohl die Einwanderungsbehörde ICE als auch die Polizei eine tragende Rolle innehaben.

Als Ergebnis ihrer ständigen Überwachung fühlen sich undokumentierte MigrantInnen daher in ihrer Mobilität stark eingeschränkt und oft behördlicher Willkür ausgeliefert.

Der gesellschaftliche Konsens für mehr Grenzsicherung und immer repressivere Formen der migrantischen Disziplinierung manifestiert sich auch in Los Angeles bzw. Kalifornien. In einer Umfrage zeigten sich 2005 über 80 Prozent aller im L.A. County registrierten WählerInnen „extrem besorgt“ bzw. „besorgt“ über die Anwesenheit undokumentierter MigrantInnen (DiCamillo, Field 2005: 2). Und in einer Umfrage in Kalifornien 2010 äußerte gut die Hälfte der WählerInnen ihre Unterstützung für die Verabschiedung von SB1070 in Arizona (vgl. Mehta 2010¹²⁹ und 5.2.4.).

Eine auch in L.A. fehlende geeinte Front aller rassistisch Diskriminierten (vgl. 5.2.3.:

¹²⁸ *Immigration and Customs Enforcement.*

¹²⁹ Umfrage im Original der Verfasserin nicht zugänglich.

102ff.) und die diskursive Tarnung der Effekte neoliberaler Politik mit dem Verweis auf das „Problem“ der illegalen Migration sind ursächlich dafür, dass auch die Schwarze Bevölkerung in überwiegender Mehrheit gegen undokumentierte MigrantInnen Position bezieht (DiCamillo, Field 2005: 2).

Die *Los Angeles Riots* im Frühjahr 1992 zeigten erstmals eine bis dahin präzedenzlose eskalierende physische Gewalt gegen MigrantInnen.¹³⁰ Dass die *Riots* medial als antagonistischer Konflikt zwischen Weißen und Schwarzen vermittelt wurden, zeigt deutlich, dass die Medien noch nicht in der Lage waren, die Komplexität der Gewalt zu fassen (Sánchez 1997: 1018; Interview mit Danny Park).

Obwohl die Medien über einen Schwarzen Racheakt als Reaktion auf das Urteil einer weißen Jury berichteten,¹³¹ gibt es mittlerweile zahlreiche Belege dafür, dass bereits am ersten Tag der *Riots* mindestens 30 weitere Personen zur Zielscheibe der Gewalt wurden (Sánchez 1997: 1010). Bis auf eine einzige Ausnahme waren alle diese Personen MigrantInnen, und zwar in erster Linie mexikanische, koreanische und vietnamesische (ebd.). Einer der auf diese Menschen einprägelnden Männer begründete seine Taten mit den Worten: „because he was Mexican and everybody else was doin’ it“ (ebd.). Von der Brutalität der Taten zeugen Handlungen wie der Versuch, ein Ohr abzuschneiden, die Opfer Motoröl trinken zu lassen, Gesicht und Genitalien zu besprühen und mit dem Auto über verletzte Körper zu fahren (ebd.: 1011).

Ohne an dieser Stelle ausführlich bei den *L.A. Riots* verbleiben zu können, kann deren Bedeutung insofern als Bruch gewertet werden, als sie die Beziehungen zwischen der Schwarzen Bevölkerung von L.A. und den MigrantInnen, undokumentierten wie legalisierten, nachhaltig störten. Sie führten außerdem die Komplexität der unterschiedlichen sozialen Positionen vor Augen, die sich im Rahmen der wachsenden Migrationen der 1980er und 1990er Jahre auch durch die Herkunft und den Aufenthaltsstatus ergaben und nicht länger als Konflikt von Schwarzen und Weißen erklärt werden konnten.

¹³⁰ Ausführlich zu den *L.A. Riots* vgl. Sánchez 1997 und Whitman 1993.

¹³¹ Die *Riots* begannen in Reaktion auf das Urteil einer nahezu vollständig weißen Jury über die Misshandlung eines jungen Afroamerikaners seitens einer Gruppe fast ausnahmslos weißer Polizisten. Die Folge waren vier Tage andauernde gewalttätige Auseinandersetzungen, die bis heute einzigartig in der US-amerikanischen Geschichte geblieben sind und mit 52 Toten und rund 2.400 Verletzten endeten (Sánchez 1997: 1010).

6.3. Die Kämpfe der Migration in Los Angeles

Nachfolgend unternehme ich den Versuch, die Architektur des organisierten migrantischen Widerstands in L.A. zu umreißen und einige Konfliktlinien herauszuarbeiten.

Neben wissenschaftlichen Artikeln¹³² und Zeitungsberichten waren neun Interviews mit Personen, die in das *Immigrants Rights Movement* in L.A. involviert sind, hierfür ein unverzichtbares Material (vgl. 2.2.).

6.3.1. Das *Immigrants Rights Movement*

Im Gegensatz zu theoretischen Angeboten, wie sie die *New Social Movement Theory* oder die *Resource Mobilization Theory* liefern (vgl. Canel 2004), verorte ich *Bewegungen* nicht außerhalb des Staates,¹³³ sondern verstehe sie als integralen Bestandteil des staatlichen Feldes. Unter Bezugnahme auf Schwenken (2008: 902) verstehe ich unter einer Bewegung:

„alle Gruppen, Projekte, Netzwerke und Organisationen [...], die mit einer gewissen Kontinuität mittels variabler Organisations- und Aktionsformen Ziele sozialen Wandels verfolgen.“¹³⁴

Bewegungen sind demnach personell wie inhaltlich äußerst heterogen (ebd.).

Für den konkreten Kontext dieser Untersuchung ist ausschlaggebend, dass Bewegungen nicht notwendigerweise Formen der *Selbstorganisation* darstellen müssen. Das bedeutet, dass in den Bewegungen unter Umständen Personen eine führende Rolle

¹³² Vier Artikel aus wissenschaftlichen Zeitschriften (vgl. Gonzales 2009; Johnson, Hing 2007; Lazos 2007; Loyd, Burrige 2007) sowie eine Monografie (vgl. Cortés 2008), die bisher allerdings nur auf Spanisch erschienen ist, haben mir hier als Quellen gedient. Eine auf der UCLA am *Department of Political Science* verfasste Dissertation zu den *Marches* 2006 war mir leider nicht zugänglich, da vom Verfasser eine Nutzungssperre verhängt worden war [Gonzales, Alfonso (2008). „Anti-Migrant Hegemony in a Transnational North America: The Politics of Immigration Control from 1986 to 2006“, Dissertation, Department of Political Science, University of California Los Angeles]. Dieser stellte mir jedoch einen Artikel, erschienen in den *Latino Studies*, zur Verfügung, in dem die wesentlichen Ergebnisse der Dissertation zusammengefasst wurden (vgl. Gonzales 2009).

¹³³ Vgl. dazu Canel 2004, wonach die *Social Movement Theory* wie folgt gekennzeichnet werden kann: „It stresses the expressive aspects of [Social Movements] and places them exclusively in the terrain of civil society, as opposed to the state.“ Die *Resource Mobilization Theory* siedelt kollektives Handeln nach Canel (ebd.) ebenso in der Zivilgesellschaft an, die in diesem Zusammenhang auch einen „staatsfreien“ Raum nahelegt.

¹³⁴ Schwenken hat auf die begrifflichen Schwächen in der Bewegungsforschung hingewiesen, die dazu neigen, mit Benennungen wie Frauen- oder MigrantInnenbewegungen zu essentialisieren (ebd.). Dieser Einwand kann meines Erachtens nicht nur gegen die Forschung erhoben werden, sondern ist auch im konkreten Kontext dieser Arbeit relevant, wie ich im Folgenden ausführen

spielen, die selbst gar nicht zu der spezifischen subalternen Gruppe zu zählen sind, die eine Verbesserung ihrer Situation erreichen will. Ebenfalls im Anschluss an die Arbeit von Schwenken (2006: 71, 208, 211) unterscheide ich daher die pro migrant-Organisationen von der migrantischen Selbstorganisation.

Die pro migrant-Organisationen zeichnen sich dadurch aus, dass sie *für* jemanden sprechen und ihre Entscheidungsprozesse keine Teilhabe undokumentierter MigrantInnen vorsehen. Im Englischen wird daher auch der schwer ins Deutsche zu übersetzende Begriff *advocacy organizations* verwendet.

Der Mix aus pro migrant-Organisationen und Formen der Selbstorganisation ist charakteristisch für die Zusammensetzung des sogenannten *Immigrant Rights Movement* von L.A., das ich als eine *Bewegung* konzeptualisiere.

Das *Immigrant Rights Movement* in L.A. bildet einen volatilen Zusammenschluss von Organisationen, Bündnissen und Individuen (vgl. Gonzales 2009: 42). Obwohl der Begriff auch schon vor 2006 Verwendung fand, markierte die Bezeichnung als *Immigrant Rights Movement* den Beginn einer hoffnungsvollen Bewegung in L.A. und einer neugewonnenen Stärke, deren Name sich teilweise auch medial durchgesetzt hat (vgl. Interview mit Nathalie Contreras, Interview mit Gloria Saucedo). Während die Begriffsverwendung innerhalb von L.A. auf die lokalen Vernetzungen referenziert, wird in bundesweiten Zusammenhängen mit derselben Bezeichnung häufig auch auf nationale Organisationsformen Bezug genommen.

Das *Immigrant Rights Movement* organisiert sich für mehr Rechte *undokumentierter* MigrantInnen, weshalb die zentrale Forderung der Bewegung „Legalization for All!“ lautet. Paradox erscheint deshalb, dass das sichtbare Leadership dieser Bewegung mit Personen besetzt ist, die über sichere Aufenthaltstitel verfügen. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass sich undokumentierte MigrantInnen nur unter prekären Bedingungen politisch organisieren können, andererseits spielt auch die Selbsteingenommenheit einzelner Personen und deren Streben nach persönlicher Reputation eine Rolle (Interview mit Nathalie Contreras, Yuisa Gimeno, Javier Rodriguez). Das Spektrum der Bewegung in L.A. reicht von kleinen Zusammenschlüssen, die Ausdruck der Selbstorganisation migrantischer Communities¹³⁵ sind, bis zu parteinahen Non-Profit-Organisationen wie CHIRLA¹³⁶ und SALEF¹³⁷, die innerhalb einer weitgehend

werde.

¹³⁵ Der häufig unbestimmt eingesetzte Begriff der *Community* impliziert eine Gruppe von Personen, die aufgrund von Gemeinsamkeiten regelmäßig zusammenkommen bzw. in einem bestimmten Gebiet zusammenwohnen (Nachbarschaft). Diese Gemeinsamkeit kann sich durch einen Ort, ein Interesse oder schlicht den „Geist“ einer Personengruppe konstituieren. Eine *Community* ist stark von der Solidarität, der Gegenseitigkeit und dem Vertrauen ihrer Mitglieder geprägt. Der Begriff der *Community* verweist nicht zwangsläufig auf die Unterdrückung einer Gruppe, deutet diese aber häufig an, ebenso wie deren Organisation (vgl. Smith 2001, 2002).

¹³⁶ *Coalition for Humane Immigration Reform, Los Angeles.*

apolitischen migrantischen Gemeinde Unterstützung finden und im Kontext nicht-radikaler Auseinandersetzungen vor allem für eine bessere Repräsentation der MigrantInnen kämpfen (vgl. Interview mit Nathalie Contreras). Die Non-Profits zeichnen sich durch ihre Konsensorientierung gegenüber der Regierung aus, zu der teilweise personelle (Besetzung mit ehemaligen RegierungsbeamtInnen) oder finanzielle Verbindungen (Förderpolitik, Lobbyismus) bestehen.

Auch kapitalismuskritische und antirassistische Organisationen wie die *Southern California Immigration Coalition* (SCIC) oder die *Koreatown Immigrant Workers Alliance* (KIWA) sind zum Zusammenschluss des *Immigrant Rights Movement* zu zählen. Daneben sind außerdem zahlreiche kirchliche Einrichtungen zu nennen sowie die Gewerkschaften – trotz ihrer historisch ambivalenten Haltung gegenüber undokumentierten ArbeiterInnen.¹³⁸

Aus den Planungstreffen des ersten *Mega March* 2006 (vgl. 6.3.2.) ging die *March 25 Coalition* hervor, in der sich sowohl Personen ohne Anbindung an eine Organisation, wie JournalistInnen und SchriftstellerInnen, zusammenschlossen als auch kleinere Organisationen, die durch die Vernetzung mehr Gewicht innerhalb der Bewegung anstrebten (Interview mit William Torres). Im Laufe der Jahre 2006 und 2007 verließen angesichts zunehmender Kontroversen zahlreiche Mitglieder die *March 25 Coalition*, sodass sich ihre Größe von anfänglich 17 Mitgliedern (vgl. *March 25 Coalition*) auf heute nur noch zwei verringerte.

Die informelle Organisationsstruktur der Bewegung des *Immigrant Rights Movement* bilden Versammlungen, die meist in den Räumen einer ihrer Organisationen oder Vereine abgehalten werden. Die Aktionsformen sind in erster Linie die jährlichen *MayDay Marches* sowie spontane Demonstrationen, Pressekonferenzen oder Streiks.

Charakteristisch für die Bewegung ist deren Konzeption als Projekt *lateinamerikanischer* MigrantInnen (Interview mit Yuisa Gimeno, Danny Park, Fernando Fernando). Auch wenn ihr ebenso koreanische, philippinische oder chinesische Organisationen angehören, werden die Forderungen der Bewegung entlang der Bedürfnisse lateinamerikanischer – zudem meist männlicher (Interview mit Yuisa Gimeno, Nathalie Contreras) – MigrantInnen formuliert.

¹³⁷ *Salvadoran American Leadership and Education Fund.*

¹³⁸ Zu den Möglichkeiten und Begrenzungen der gewerkschaftlichen Organisation für undokumentierte ArbeiterInnen in L.A. vgl. Milkman 2000 und 2006 sowie: Bonacich, Edna (2000). „Intense Challenges, Tentative Possibilities: Organizing Immigrant Garment Workers in Los Angeles“, in: Milkman, Ruth (Hg.). „Organizing Immigrants. The challenge for Unions in Contemporary California“, Cornell University Press: New York; jedoch insbesondere: Delgado, Hector (1993). „New Immigrants, Old Unions: Organizing Undocumented Workers in Los Angeles“, Temple University Press: Philadelphia.

Diesen Selbstentwurf präsentieren auch die männlichen Sprecher der Bewegung (Interview mit Juan José Gutierrez, Javier Rodriguez), die zudem durchwegs mexikanischer Herkunft sind (Deitrick, Gimeno, Sunde 2007). Die Bemühungen philippinischer oder koreanischer Organisationen richten sich dementsprechend auf mehr Sichtbarkeit innerhalb der Bewegung, was sich jedoch auch angesichts der zahlenmäßigen Dominanz lateinamerikanischer Migrationen schwierig gestaltet (Interview mit Danny Park, Fernando Fernando, Aquilina Soriano-Versoza).

Immer wieder fielen im Zusammenhang mit der Bewegung einige Namen, auf die als *Leaders*, oft auch kritisch als „so-called Leaders“ Bezug genommen wurde.¹³⁹

Morris und Staggenborg (2002: 1) bezeichnen die *Leaders* einer Bewegung als „strategic decision-makers who inspire and organize others to participate in social movements“. In diesem Sinne liegt die Aufgabe eines Leaderships¹⁴⁰ in der Mobilisierung nach innen und der Artikulation der Ziele der Bewegung nach außen (ebd.: 2).

Eine häufig geäußerte Kritik an den *Leaders* des *Immigrant Rights Movement* war, dass diese nicht von dem Kollektiv der Bewegung gewählt worden waren (Interview mit Yuisa Gimeno, Nathalie Contreras). Sie können daher eher als *Sprecher* denn als *Leaders* bezeichnet werden, denn ihre Position in der Bewegung beruht auf Kontakten zu den Medien, freundschaftlichen (vgl. Morris, Staggenborg 2002: 21f.) und männerbündischen Netzwerken (vgl. Kreisky 1996) sowie letztlich den eigenen Ambitionen, im Rampenlicht zu stehen.

Die Exponiertheit dieses scheinbaren Leaderships in L.A. und häufig auch die diskursive Reduktion der Bewegung auf wenige Personen ist insbesondere für viele selbstorganisierte Strukturen in L.A. problematisch, wird doch die kritische Masse der Bewegung dadurch auf die Ränge der „followers“ verbannt (vgl. Morris, Staggenborg 2002: 1).

Konfliktlinien innerhalb der Bewegung verlaufen daher häufig entlang persönlicher Rivalitäten sowie zwischen den selbstorganisierten MigrantInnen und dem selbsternannten Leadership. In den Gesprächen mit Eduardo, Jeff, Junghee, Olivia, Liz, Neidi und Isaura waren diese Konflikte zentrale Themen. Sie wurden insbesondere in der Auseinandersetzung um den *DREAM Act* akut und sind Gegenstand der Kapitel 8.3.1. und 8.3.2.

Zunächst sollen aber die *Mega Marches* von 2006 in L.A. einer knappen Analyse

¹³⁹ Aufgrund der Belastung des Begriffs *Leader* im Deutschen verzichte ich auf eine Übersetzung und gebrauche die englische Bezeichnung.

¹⁴⁰ Morris und Staggenborg (2002: 13) räumen in ihrer Definition des Leadership-Begriffs die maskuline Dominanz in der Theoriebildung ein und stellen daher besorgt fest, die Übernahme der meisten Leadership-Theorien „could lead to an overly broad definition of leadership and to neglect of power dynamics in movement leadership“. Kritisch zu den Leadership-Theorien und den in ihnen eingesetzten Maskulismus vgl. insbesondere auch Kreisky 2004b: 19ff.

unterzogen werden, da sie einen geeigneten Ausgangspunkt bieten, um die Konfliktlinien des organisierten Widerstands in L.A. im Hinblick auf die vorliegende Untersuchung aufzuspannen.

6.3.2. Die *Mega Marches* 2006

In Kapitel 5.2.3. wurden die Entwicklungen, die zu den bundesweiten Mobilisierungen von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen geführt hatten, bereits skizziert und Konfliktlinien diskutiert. Der Gesetzesvorschlag des Abgeordneten Sensenbrenner, dem seit 9/11 zunehmend rassistische Diskurse sowie eine immer repressivere Regierung der Migration vorausgegangen waren, kann als Impetus für die landesweiten Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen des Frühjahrs 2006 gewertet werden.

Angesichts des großen migrantischen Anteils in der Stadt und damit verbundenen Erfahrungen in der Selbstorganisation und Mobilisierung war Los Angeles neben Chicago das Epizentrum des organisierten Widerstands im Frühjahr 2006. Dieser materialisierte sich in insgesamt vier Demonstrationen, den *Marches*, und einem Generalstreik. Der erste und größte *March* am 25. März 2006 legte ganz Downtown L.A. lahm und die Bilder von Menschenmengen, die aus den engen Straßen des Stadtzentrums herauszuquellen schienen, prägten wochenlang die mediale Berichterstattung.

Während von den OrganisatorInnen anfänglich nur einige Zehntausend TeilnehmerInnen erwartet wurden (vgl. Watanabe, Becerra 2006b; Interview mit William Torres, Javier Rodriguez), reichten die Schätzungen danach von 500.000 bis zu zwei Millionen DemonstrantInnen.¹⁴¹ Und obwohl die weiteren *Marches* am 10. und 15. April sowie am 1. Mai keine so großen Menschenmengen anziehen konnten, wird vermutlich angesichts der Gesamtzahl der TeilnehmerInnen und der proklamierten historischen Bedeutung des Frühjahrs 2006 häufig von den *Mega Marches* gesprochen.

Begleitet wurden die Kundgebungen von spontanen *Student-Walkouts* in der letzten Märzwoche 2006, in denen Tausende von SchülerInnen die Freeways von L.A. lahmlegten (Gonzales 2009: 44; Interview mit William Torres). Viele von ihnen waren US-StaatsbürgerInnen, die in undokumentierten Familien leben und sich auch angesichts von

¹⁴¹ Die *March 25 Coalition* (2006) schätzte die TeilnehmerInnenzahl auf eine Million, das *Los Angeles Independent Media Center* auf 500.000 bis eine Million (vgl. Marcus 2006), AktivistInnen verkündeten während des *March* von der Bühne aus, dass sich über eine Million Menschen versammelt hätten (vgl. Immigrant Solidarity Network 2006). In einem Interview mit „Democracy Now“ bezog sich Javier Rodriguez auf zwei Millionen TeilnehmerInnen (vgl. Democracy Now 2006).

Strafandrohungen¹⁴² nicht zur Rückkehr zu den Schulbänken bewegen ließen.

Doch beinahe so schnell wie sich die Bewegung in L.A. gebildet hatte, verlor sie ihre Kraft. Gonzales (2009: 34) hat die *Mega Marches* deshalb als gegenhegemonialen *Moment* bezeichnet, aber nicht als gegenhegemoniales *Projekt*, da keine nachhaltige Veränderung bewirkt werden konnte.

Während in Anschluss an Kapitel 5.2.3. die Versäumnisse der Bewegung in der Absenz einer breiten Basis aller People of Color und dem Verbleib der Bewegung in hegemonialen Diskursen verortet wurden, sind im Falle der Bewegung in Los Angeles zusätzlich interne Uneinigkeiten auszumachen, die sich insbesondere um die Organisation des 1. Mai 2006 entfalteten.

Nach Gonzales (2009: 36) vereinten sich im Rahmen der *Mega Marches* drei Generationen des organisierten Widerstands in L.A. zu einer Allianz: die Chicano-Bewegung der 1960er und 1970er Jahre, die Legalisierungsbewegung der 1980er Jahre sowie die Bewegung gegen *Proposition 187* Mitte der 1990er.

Verschiedene Organisationen und Einzelpersonen, die ihre Ursprünge in einer dieser Bewegungen hatten, waren seit Dezember 2005, dem Zeitpunkt der Annahme von H.R. 4437 im Repräsentantenhaus, an Überlegungen zu Widerstandsaktionen in L.A. beteiligt. Die männlichen Aktivisten der Chicano-Bewegung waren von Beginn an bemüht, eine jeweils dominante Rolle in diesen Treffen zu besetzen (Interview mit Yuisa Gimeno).

Die Chicana Cynthia Orozco (1997: 265) bezeichnete die maskuline Dominanz und den Androzentrismus der Chicano-Bewegung zugleich als ein wesentliches Merkmal und als eines ihrer größten Hindernisse.¹⁴³ Die Konflikte der Chicano-Bewegung verlagerten sich in diesem Sinne in das *Immigrant Rights Movement* und waren mit ursächlich für die mangelnde Sichtbarkeit von Frauen und feministischen Themen in der Bewegung. Auch wenn die Organisation mexikanischer ArbeiterInnen durch die Chicano-Bewegung in den

¹⁴² Polizeichef William Bratton kündigte an, das unentschuldigte Fernbleiben der SchülerInnen mit Geldbußen und Gemeindedienst zu bestrafen, und bemerkte: „Some of these kids might end up cleaning up the freeways they were demonstrating on“ (zitiert nach Orlov, Kleinbaum 2006).

¹⁴³ Orozco (1997: 265) bemerkt außerdem, dass feministische Themen nicht als Teil der „ideologischen Front“ der Chicano-Kämpfe betrachtet wurden – trotz vielfacher Bestrebungen von Chicanas, Sexismus als integralen Bestandteil von Rassismus und Kapitalismus anzusprechen. „When Chicanas raised the issue of male domination, both the community and its intellectual arm, Chicano studies, put down the ideology of feminism and put feminists in their place. Utilizing ideology and its corresponding actions, Chicanos continued to manifest the sexism feminists sought to eradicate“ (ebd.). Orozco identifiziert vier zentrale sexistische Narrative der Chicano-Bewegung über Feminismus bzw. Feministinnen. Aus Gesprächen mit Frauen der 2006-Bewegung und Feldbeobachtungen kann eine Überlappung dieser Narrative mit der Ideologie der *Marches* 2006 festgestellt werden. „(1) ‚El problema es el gabacho no el macho.‘ [‚The problem is the anglo not the macho.‘] (2) Feminism was Anglo, middle-class, and bourgeois (3) Feminism was a diversion from the ‚real‘ and ‚basic‘ issues, that is, racism and class exploitation (4) Feminism sought to destroy ‚la familia‘, supposedly the base of Mexican culture and the basis for resistance to domination“ (ebd.). Ausführlicher zu Sexismus und feministischer Organisation in der Chicano-

1960er und 1970er Jahren als Erfolg bewertet werden muss, führte die Dominanz der Chicano-Aktivisten 2006 nicht nur zu einem erschwerten Zugang von Frauen an die Spitze der Bewegung, sondern auch zu der weitgehend ausbleibenden Identifikation nicht-mexikanischer MigrantInnen mit dieser Bewegung (vgl. Interview mit Yuisa Gimeno, Danny Park, Fernando Fernando).

Umgekehrt berichtete Danny Park von der schwierigen Entwicklung eines kollektiven migrantischen Bewusstseins, da etwa koreanische MigrantInnen die Verrichtung von Niedriglohnarbeiten aus Scham häufig als vorübergehenden Zustand herunterspielen und sich von dem Schichtbewusstsein vieler MexikanerInnen als ArbeiterInnen abgrenzen (Interview mit Danny Park).

Neben den Erfahrungen der Chicano-Bewegung konnte das *Immigrant Rights Movement* außerdem auf das Wissen und die Ressourcen der Legalisierungskämpfe der 1980er Jahre zurückgreifen (Gonzales 2009: 37). Angesichts der Kriege mit US-Beteiligung in Zentralamerika kamen während der 1980er Jahre zentralamerikanische Flüchtlinge in großer Zahl in die USA, von denen sich die Mehrheit in Los Angeles niederließ.¹⁴⁴ Viele von ihnen hatten Widerstandserfahrungen in den Kriegen in ihren Herkunftsländern gesammelt und engagierten sich in den USA in unterschiedlichen Organisationsformen für zentralamerikanische AsylwerberInnen und ArbeiterInnen (ebd.). Isaura, eine meiner InterviewpartnerInnen, war aktiv beteiligt an den Legalisierungskämpfen der 1980er Jahre und organisierte bei den *Marches* 2006 die *Frente Continental* (FC), den Zusammenschluss zentralamerikanischer MigrantInnen.

Die dritte Erfahrung selbstorganisierten Widerstands, die in der Bewegung 2006 produktiv gemacht wurde, war nach Gonzales (ebd.) die Organisation rund um *Proposition 187*, die zu Beginn der 1990er Jahre überwiegend von Jugendlichen und StudentInnen getragen wurde. *California Proposition 187*, die auch die „Save Our State (SOS)-Initiative“ genannt wurde (Ono, Sloop 2002: 85), war eine 1994 von dem republikanischen Abgeordneten Dick Mountjoy eingebrachte Gesetzesinitiative, die undokumentierten MigrantInnen den Zugang zu allen staatlichen Leistungen versperrt hätte – mit Ausnahme der in EMTALA 1986 festgeschriebenen medizinischen Notfallhilfe (vgl. EMTALA 1986). Der in Kalifornien in bestimmten Fällen geregelte Anspruch auf Medi-Cal für undokumentierte MigrantInnen¹⁴⁵ sollte jedoch eingestellt werden. *Proposition 187* war im November 1994 per Referendum mit großer Mehrheit angenommen worden. Bereits

Bewegung vgl. die Beiträge in García 1997.

¹⁴⁴ Vgl. zu der guatemaltekischen und salvadorianischen Migration nach Los Angeles: Hamilton, Chinchilla Stoltz 2001; darin insb. Kapitel 8.

¹⁴⁵ Medizinische pränatale Betreuung sowie Heimhilfe für behinderte und alte Personen (vgl. Ono,

wenige Tage später ordnete eine Bundesrichterin jedoch die Tilgung wesentlicher Passagen an, bis dieselbe Richterin das Gesetz 1997 als verfassungswidrig befand (vgl. Ono, Sloop 2002: 39).

Der Widerstand gegen *Proposition 187* wurde unter anderem durch *Walkouts* von SchülerInnen artikuliert, die auch ein fester Bestandteil der Widerstände gegen H.R. 4437 im Jahr 2006 waren.

Obwohl einzelne Personen von Beginn an um das Leadership der Bewegung wetteiferten, kann dieses weder bestimmten Personen noch Organisationen zugerechnet werden. Vielmehr muss die Entwicklung der Bewegung als Produkt der Erfahrung von drei Generationen organisierter Kämpfe in L.A., einem zunehmenden Rassismus (Nativismus) sowie der intensivierten Disziplinierung und Kommodifizierung migrantischer Anwesenheit betrachtet werden (vgl. auch Gonzales 2009: 38).

Mehrere Treffen verschiedener Organisationen und Einzelpersonen mündeten nach der Verabschiedung von H.R. 4437 durch das Repräsentantenhaus in die *La Placita Working Group*. Im Keller der „Our Lady Queen of Angels Church“ (*Nuestra Señora de Los Angeles*) in La Placita, einem mexikanischen KünstlerInnen- und Intellektuellenviertel in L.A., wurden ab Jänner 2006 Strategien und Taktiken für eine Kundgebung besprochen. Ab Februar verstreuten sich die Treffen an unterschiedliche Orte in ganz L.A. und weiteten sich auf eine heterogene Vielfalt von Organisationen aus. Der Ort der Treffen deutet die Schlüsselrolle an, die die katholische Kirche beim Zustandekommen des ersten *Mega March* spielte. Die öffentlich geäußerte Kritik der Erzdiözese Los Angeles an H.R. 4437 und der Aufruf des Kardinals Roger Mahony zum friedlichen Protest gegen die Gesetzesinitiative konnte den *Marches* breite Legitimität verschaffen.

Die Arbeitsgruppe wuchs stetig an und umfasste ehemalige Chicano-Aktivisten, Jugend- und Studentenorganisationen, kleine Gemeindeorganisationen sowie die größeren in L.A. ansässigen Non-Profits wie CHIRLA, CARECEN¹⁴⁶, SALEF und Gewerkschaften wie die *United Farmworkers* (UFW), UNITE HERE und die *Service Employees International Union* (SEIU; vgl. Gonzales 2009: 40; Interview mit Gloria Saucedo).

Obwohl diese Organisationen und auch die Lokalbüros der Gewerkschaften bereits seit einigen Jahren am 1. Mai kleinere Kundgebungen veranstaltet hatten (Interview mit Danny Park), äußerten sie sich anfänglich skeptisch gegenüber der Konzentration auf eine einzige große Demonstration und betonten stattdessen die Bedeutung des Lobbyismus und der Öffentlichkeitsarbeit (Gonzales 2009: 40). Und obwohl die Lokalbüros der Gewerkschaften aktiv an der Planung der *Marches* in L.A. beteiligt waren,

Sloop 2002: 173).

war die Gewerkschaftsbürokratie in ihrer Position gespalten. So plädierte etwa auch die Führung von UNITE HERE für das traditionelle Lobbying, wie es von den Non-Profits vertreten wurde (Interview mit Nathalie Contreras).

Die *Marches* hatten überdies einen transnationalen Charakter (Gonzales 2009: 40). Delegationen aus L.A. trafen sich mit sozialen Bewegungen in ganz Lateinamerika, mit dem mexikanischen Präsidentschaftskandidaten Andres Manuel López Obrador und der Volksversammlung von Oaxaca (ebd.).

Nicht zuletzt spielten die spanischsprachigen Medien in L.A. eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung (Loyd, Burridge 2007: 4; Lazos 2007: 812; Stanley 2006; Gonzales 2009: 41). Insbesondere prominente Radio-DJs unterstützten den *March* in den Wochen vor dem 25. März, darunter der DJ Eduardo Sotelo, bekannt als El Piolín, der einst selbst undokumentiert in die USA gekommen war. El Piolín widmete große Teile seines Programms der Diskussion von H.R. 4437, den Interviews mit AktivistInnen und Informationen über den *March* (vgl. Stanley 2006). Und die auflagenstärkste spanischsprachige Zeitung in L.A., die „La Opinión“, titelte am 25. März: „A las Calles!“ (Auf die Straßen!) (ebd.).

Ungeachtet der exakten TeilnehmerInnenzahl war der *Mega March* am 25. März 2006 die bis heute größte Demonstration für migrantische Rechte in der Geschichte von Los Angeles und der USA. Die bis dahin größten Proteste in Los Angeles gegen *Proposition 187* im Oktober 1994 mit 70.000 TeilnehmerInnen (McDonnell, Lopez 1994) wurden um ein Vielfaches übertroffen.

Während die nicht-lateinamerikanischen MigrantInnen in den *Marches* wenig sichtbar waren, hatte sich auch innerhalb eines *Mexican American*-Mainstreams in L.A. von Beginn an eine Opposition gegen H.R. 4437 formiert. Kardinal Roger Mahony von der Erzdiözese Los Angeles hatte sich vielfach öffentlich gegen H.R. 4437 ausgesprochen (Mahony 2006) und auch der Bürgermeister von L.A., Antonio Villaraigosa, sprach am 25. März zu den DemonstrantInnen: „We cannot criminalize people who are working, people who are contributing to our economy and contributing to the nation“ (zitiert nach Watanabe, Becerra 2006a). Wie viele FürsprecherInnen des Mainstreams führte Villaraigosa die migrantische Anwesenheit auf ihren ökonomischen Wert zurück und bekräftigte damit die Prozesse der migrantischen Kommodifizierung (vgl. 5.3.3.).

Der 10. April 2006, der landesweit zum „National Day of Action“ ausgerufen wurde, wurde zum Indikator beginnender Kontroversen innerhalb der Bewegung. Während der Tag in

¹⁴⁶ *Central American Resource Center.*

anderen Städten ein Erfolg war, mit 50.000 TeilnehmerInnen in Chicago und 200.000 in New York, versammelten sich in L.A., dem Epizentrum der bundesweiten *Marches*, lediglich 5.000 bis 10.000 Menschen (Gonzales 2009: 45).

Ursächlich dafür war eine interne Krise, die um die Pläne eines landesweiten migrantischen Streiks am 1. Mai 2006 ausgelöst worden war und die schließlich in den öffentlichen Bruch des Mainstreams mit der übrigen Bewegung mündete (vgl. Gonzales 2009: 46; Interview mit William Torres).

Erste Kontroversen betrafen das Datum des 1. Mai, das mit „Kommunismus“ und „Anarchismus“ assoziiert wurde (Lazos 2007: 825). Auch die „Radikalität der Aktion“ veranlasste Befürworter des ersten *March*, zu weniger radikalen Maßnahmen aufzurufen. Sowohl Mahony als auch Villaraigosa lehnten einen Generalstreik ab und riefen stattdessen dazu auf, *nach* der Arbeit „friedlichen“ Protest zu äußern. Gegen den Streik stellten sich auch die Non-Profits CHIRLA, CARECEN und die Gewerkschaft der *United Farmworkers* (Gonzales 2009: 46). Die Ablehnung des Streiks durch den politischen Mainstream war ein klares Zeichen der Weigerung, die andauernde Kommodifizierung der migrantischen Arbeitskraft in Frage zu stellen.

Doch trotz des Rückzugs des Mainstreams aus der Bewegung wurde der „Great American Boycott 2006“¹⁴⁷ am 1. Mai sowohl in L.A. als auch bundesweit und transnational ein Erfolg.¹⁴⁸ Laut Schätzungen des LAPD demonstrierten am Morgen 250.000 und am Abend 400.000 Menschen (Gorman et al. 2006). Der Hafen von Los Angeles stand still, weil kaum ein Truckfahrer zur Arbeit erschien, die Textilfabriken blieben zu großen Teilen leer, Restaurants und Hotels mussten Verluste verzeichnen. Auch die Landwirtschaft wurde von den Streiks schwer getroffen (Gonzales 2009: 47; Interview mit William Torres). Ähnliches ereignete sich in Chicago, New York und San Francisco (Gonzales 2009: 47).

Die „Los Angeles Times“ schrieb:

„Dolls from China, DVD players from Japan and shirts from Malaysia piled up at the ports. Lettuce wasn't picked in Blythe and strawberries languished in Oxnard. On one block of L.A.'s Koreatown, only two out of nine businesses were open. The garment district was nearly deserted“ (Streitfeld 2006).

Die Kräfteverhältnisse wurden an diesem Tag von den MigrantInnen offensiv umgedeutet. „Nicht wir sind abhängig von euch, sondern ihr von uns“ war die Botschaft (Interview mit William Torres; vgl. Candeias 2006).

Nach Gonzales (2009: 48) repräsentierte der Erfolg des 1. Mai 2006 in Los Angeles eine

¹⁴⁷ Der „Great American Boycott“ wurde in Anlehnung an den Film „Un día sin Mexicanos“ auch als „A Day without an Immigrant“ betitelt (Lazos 2007: 834).

¹⁴⁸ Auch in Mexiko wurde zum Boykott von US-Produkten aufgerufen, der in Kampagnen resultierte, „nothing gringo“ zu kaufen (Lazos 2007: 825). Ausführlicher zu der Transnationalität des „Great American Boycott 2006“ vgl. Gonzales 2009: 48.

„Krise der Hegemonie“. Diese manifestierte sich zunächst durch die große Zahl der Streikenden – und zwar ungeachtet der Ablehnung der Mainstream-AkteurInnen und deren Aufrufen zur Nichtteilnahme. Zum zweiten hatte der Erfolg des „Great American Boycott“ eine kurzfristige Verschiebung der Einwanderungsdiskurse zur Folge, indem sich diese von solchen, in denen von undokumentierten MigrantInnen als Kriminelle, Schlepper und Budgetbelastung gesprochen wurde, zu solchen verlagerten, in denen temporär auch positiv über sie berichtet wurde. Massenblätter wie die „Los Angeles Times“, die „New York Times“ oder die „Washington Post“ riefen in ihren Berichten Bilder von migrantischer Handlungsfähigkeit auf und berichteten häufig auch von einzelnen Lebensgeschichten, die einen Gegenpol zu der hegemonialen Ent-Menschlichung undokumentierter MigrantInnen in den Diskursen bildeten.¹⁴⁹

Der dritte Ausdruck einer Krise der Hegemonie nach Gonzales manifestierte sich in dem Zuspruch vieler ArbeitgeberInnen für den Boykott, darunter einige große Unternehmen. Von Beginn an wurden die Unternehmen seitens der Organisatoren über die Pläne zum Boykott informiert, was dessen ökonomische Auswirkung wesentlich schwächte. Viele Geschäfte öffneten erst gar nicht oder gaben ihren ArbeiterInnen den Tag frei (Interview mit William Torres).

Die Geschäftsführerin der *California Employers Association*, Kim Parker, äußerte anlässlich der Streiks gegenüber der „Los Angeles Times“: „When you know it’s a one-day thing, as an employer you say, ‚We’re going to survive it, and we’re going to run our business as usual‘“ (zitiert nach Streitfeld 2006). Und Michael Niemira vom *International Council of Shopping Centers* bemerkte: „From the political side, it made a statement“ (zitiert nach ebd.).

Die Unterstützung des Boykotts durch die Unternehmen veranlasste die „Los Angeles Times“ zu der Einschätzung:

„This is an unusual protest movement. There’s little precedent in American history for a simultaneous combination of consumer boycotts, demonstrations and work stoppages. And there’s none for a labor rights struggle that is cheered on by many employers“ (Streitfeld 2006).

Trotz des Erfolgs des 1. Mai 2006 begann kurz danach die Desintegration der Bewegung. Neben den Kontroversen um den „Great American Boycott“ entwickelten sich die Konflikte entlang unterschiedlicher Gesetzesvorlagen des Jahres 2006, die als Gegenmodell zu H.R. 4437 eingebracht wurden und ein Kompromissangebot an die Bewegung unterbreiten sollten (Gonzales 2009: 51). Doch auch der Entwurf des Senats beinhaltete neben einer selektiven Legalisierung Maßnahmen zur Grenzhochrüstung und die Einführung von Gastarbeiterprogrammen (vgl. 5.2.3.: 99f.).

¹⁴⁹ Vgl. z.B. Gorman et al. 2006 oder Gold 2006 in der „Los Angeles Times“, Flaccus 2006 in der „Washington Post“ oder Johnson, Kelley 2006 in der „New York Times“.

Dieses Angebot des Kongresses spaltete die Bewegung endgültig. Während Kirche, Gewerkschaften und Non-Profits den Gesetzesvorschlag des Senats begrüßten, hielt die *March 25 Coalition* an der Forderung „Legalisierung für Alle!“ fest und lehnte insbesondere die Einführung eines Gastarbeiterprogramms ab (Gonzales 2009: 51f.; Interview mit William Torres, Juan José Gutierrez).

Wie bereits zuvor skizziert, gelang es den hegemonialen Kräften, die Bewegung durch einen Mix aus konsensueller Einbindung und Zwang aufzulösen. Die Zwangsausübung drückte sich einerseits in der Verabschiedung einer großen Zahl migrationsbezogener Gesetze insbesondere auf den Gemeindeebenen aus als auch in der nach 2006 zunehmenden behördlichen Gewalt und Kontrolle (vgl. 5.2.3.: 104).

Eine Intensivierung der Razzien, die steigende Zahl an Abschiebungen und die brutale Niederschlagung von Kundgebungen (vgl. 6.2.: 136f.) im Gefolge des Frühjahrs 2006 ist in engem Zusammenhang mit den organisierten Widerständen zu betrachten. Los Angeles als Epizentrum der migrantischen Auflehnung wurde auch der Fokus der danach zunehmenden repressiven Regierung der Migration. Javier Rodriguez und William Torres berichteten von abgehörten Telefongesprächen und kurzfristiger Inhaftierung als direkten Folgen ihrer Beteiligung an den *Marches*.

Neben den Kontroversen um den „Great American Boycott“ und die Kompromissvorlagen des Kongresses war eine Reihe innerer Widersprüche ursächlich für den Zerfall der Bewegung. Zunächst ereigneten sich Spaltungen zwischen den selbstorganisierten Strukturen und dem selbsternannten Leadership (Gonzales 2009: 53).

Zusätzlich gab es häufig maskuline Rivalitäten, die teilweise in dramatische Machtkämpfe und Versuche mündeten, die Bewegung zu einem Vehikel des persönlichen Prestigeerwerbs zu machen (Interview mit Yuisa Gimeno, Nathalie Contreras).

Diese Auseinandersetzungen störten die Entwicklung der Bewegung massiv und endeten häufig mit dem Rückzug vormaliger MitstreiterInnen. So etwa im Falle der Organisation *Radical Women Los Angeles*, der *Freedom Socialist Party Los Angeles* und der feministischen Aktivistin Jeri Deitrick, die im Februar 2007 ihr Ausscheiden in einem gemeinsamen Brief an die *March 25 Coalition* begründeten:

„[...] the March 25th Coalition had the *potential* to build an immigrant rights movement *independent* of the conservative pressures of Democratic Party politicians and corporate funded non-profit organizations. We earned respect because we stood our ground. We had the potential to be the role model for other coalitions forming nationwide [...]. Rather than fulfill this rich potential, the March 25th Coalition's priorities changed from building a grassroots movement in support of its principled demands to a group whose only focus is the May 1st 2007 boycott. Its demands and organizing for immediate amnesty, no border walls or guest worker programmes, and an end to immigration raids have virtually disappeared to be replaced by decisions to endorse candidates, compete with labor bureaucrats and conduct endless battles over money for travel to conferences [...]

1. A strong streak of cultural nationalism has taken hold [...]. Repeated pleas [...] to help build the

Black-Brown Alliance for Civil and Human Rights have fallen on deaf ears.

2. Another factor that has hindered the coalition is the outright sexist treatment towards women. Feminist issues are either ignored or trivialized in coalition meetings and women leaders [...] are accused of ‚lacking vision‘, when they stand up for themselves and object to being verbally attacked [...] It is no surprise that most women have left the coalition. Women whose opinions differ from the un-elected leaders are interrupted, put down and ridiculed [...]

3. Coalition leaders have decided to engage in a power fight with labor bureaucrats and misleaders over who controls the movement, *rather* than prioritize the masses of rank and file workers needed to build a movement that can fully defend immigrants“ (Deitrick, Gimeno, Sunde 2007).

Aus diesen Konflikten wird die inhaltliche wie strukturelle Heterogenität der Bewegung ersichtlich, die letztlich mit ursächlich für die Kurzzeitigkeit ihrer widerständigen Kraft war. Eine politische Gelegenheitsstruktur, ein „window of opportunity“ (vgl. Schwenken 2006: 309) ermöglichte einen temporären *strategischen* Zusammenschluss zahlreicher Organisationen, Personen und Vereine.

Vor allem der erste *March* am 25. März 2006 und der „Great American Boycott“ können daher in Anschluss an Gonzales (2009: 34) als gegenhegemonialer *Moment* bezeichnet werden. Die Durchsetzung der Bewegung mit Widersprüchen und asymmetrischen Machtverhältnissen verhinderte aber letztlich eine nachhaltige Verschiebung in der Herrschaftsarchitektur und legt daher die vielfach komplizierten Beziehungen innerhalb organisierter Widerstände offen.

Die hier skizzierten Konflikte setzten sich seit 2006 weiter fort und mündeten 2010 schließlich in tiefe Differenzen zwischen dem etablierten Leadership und der Bewegung undokumentierter Jugendlicher. Diese Entwicklungen werden Gegenstand in Kapitel 8.3.1. und insbesondere 8.3.2. sein.

III. FELDBEWEGUNGEN: WIDERSTÄNDE „DESTILLIEREN“

Der Forschungsverlauf war in vielfacher Hinsicht ein bewegender Prozess. Einerseits haben die Erfahrungen, Biografien und Persönlichkeiten meiner InterviewpartnerInnen mich bewegt, was mich immer wieder aufs Neue motivierte, noch tiefer in der Analyse zu gehen.

Darüber hinaus enthielten auch die einzelnen Untersuchungsschritte eine Menge Bewegung.

Das ständige Pendeln zwischen Theorie und Empirie, aber auch die Transformation der Daten vom gesprochenen Wort in verschriftlichten Text und die Aufladung des Textes mit meinen Interpretationen, Überlegungen und Reflexionen waren Bewegungen (vgl. Castro Varela 2007: 8).

Ich habe den Versuch unternommen, aus den dichten und lebhaften Schilderungen von Eduardo, Esteban, Isaura, Jeff, Junghee, Liz, Neidi, Olivia und Saoul, die von Lachen und teilweise auch von Weinen begleitet waren, ihren widerständigen Gehalt zumindest bruchstückhaft zu „destillieren“. Bisweilen konnten dadurch innovative und überraschende migrantische Handlungsmöglichkeiten offengelegt werden, oft stand ich auch vor rätselhaften und widersprüchlichen Daten, die mich gezwungen haben, wieder an den Anfang zurückzukehren. Die Auswertung ihrer Erzählungen veranlasste mich zu permanenter Umfokussierung und Neuorientierung, weshalb die Analyse häufig eine unerwartete und nicht minder aufschlussreiche Richtung erhielt.

Meine InterviewpartnerInnen haben sich in den Gesprächen geöffnet und mir einen Einblick in das Spektrum ihrer Kämpfe ermöglicht. Die folgenden Kapitel „leben“ von ihren Erzählungen.

Ich hoffe, dass meine konzeptionelle Bearbeitung ihrer Berichte diese Dynamiken reflektieren kann.

7. Darstellung der Ergebnisse

Mit Hilfe der vorangegangenen Überlegungen sollen nun anhand der Berichte meiner InterviewpartnerInnen bisher weitgehend unsichtbare Verhältnisse und Subjekte thematisiert und einer Begrifflichkeit zugeführt werden. Die Ergebnisse der Interviewauswertung werden im Folgenden in drei Motiven dargestellt.

„Ent-Grenzungen“, „Eigen-Sinnige Subjektconstitutionen“ und „Widerstand organisieren“ zeigen Überschreitungen und Schwierigkeiten der Überschreitung gleichermaßen an.

Weil sich Widerstände in ambivalenten Räumen ereignen, stellen die im Folgenden dargestellten Fragmente auch keine „reinen“ Widerstandsgeschichten dar, sondern vielmehr auch von Widersprüchen und Verstrickungen durchsetzte Erfahrungen der Erzählenden.

Das Motiv „Ent-Grenzungen“ bezieht sich darauf, materielle und immaterielle Grenzen zu verschieben und dadurch den Raum des Möglichen zu vergrößern. Das Präfix „Ent-“ deutet sowohl eine Auflösung an als auch Prozesse der Verrückung oder Neuordnung von Grenzen, die häufig selbst wieder neue Grenzen hervorbringen. Es geht darum, als *normal* empfundene Positionen herauszufordern, aber auch darum, gedanklich neue Räume zu schaffen, die bestehende Grenzen überlagern.

Die „Eigen-Sinnigen Subjektconstitutionen“ präsentieren Selbstentwürfe im Spannungsfeld von Wunsch und Zwang. Die in der Subjektivierung enthaltenen Freiräume werden teilweise widerständig ausgefüllt und somit zur Entwicklung alternativer Subjektformate genützt. Die Selbstentwürfe der Erzählenden zeigen Verweigerung ebenso wie Anpassung an und verdeutlichen, dass ihre Subjektivierungen unaufhörliche komplizierte Prozesse sind.

„Widerstand organisieren“ ist für die Erzählenden ein Mittel, sich kollektiv zur Wehr zu setzen. „Die Wahl zur Selbstorganisation ist keine freie“, wie Kaynar und Suda (2002: 167) pointiert angemerkt haben, denn „Selbstorganisation entsteht aus der Erfahrung eines feindlichen Ausschlusses“. Vor allem ist sie aber ein Mittel, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, wie Neidi bemerkt hat – weil nur von den Betroffenen selbst Veränderung ausgehen kann.

Die dargestellten Motive migrantischer Widerstände weisen vielfach Überschneidungen und Verzahnungen auf und sind als solche Ausdruck der Unmöglichkeit, widerständige Handlungen als singuläre, klar voneinander abgrenzbare Ereignisse zu denken.

8. Fragmente migrantischer Widerstände in drei Motiven

8.1. Ent-Grenzungen

8.1.1. De-Skandalisierung als widerständiges Sprechen

„Ajúa! Ajúa!
Chulas fronteras del norte,
como las extraño,
no las diviso desde hace un año. Ajúa!“
(Aus dem Lied „Chulas Fronteras del Norte“ von El Piporro)¹⁵⁰

Staatliche Grenzen werden, wie Castro Varela (2007: 186) bemerkt, bei jeder Überschreitung gleichsam irritiert und stabilisiert. Die Überquerung wirkt nicht nur auf die Grenze ein, indem diese bestätigt oder in Frage gestellt wird, sondern verändert auch das überquerende Subjekt. Die Nachhaltigkeit der Veränderung, die die Überquerung auf das Subjekt verursacht, ist unterschiedlich, in jedem Fall ist man auf der anderen Seite nicht mehr die Person, die man vorher war. Aus einer InländerIn wird jenseits der Grenze eine AusländerIn, eine TouristIn oder eine undokumentierte MigrantIn. Dabei zeigen diese staatlichen Subjektformationen weniger identitäre Positionen an, sondern vielmehr einen temporären oder dauerhaften, mehr oder weniger prekären sozialen Status (vgl. ebd.). Die staatlich verordnete Subjektkategorie kann allerdings dann zumindest teilweise zur Selbstdefinition werden, wenn sie emanzipatorisch angeeignet und umgedeutet wird (vgl. Kapitel 4).

Wie auch immer meine InterviewpartnerInnen die Grenzüberquerung erlebt und wahrgenommen haben, sie veränderte ihre Biografie und hinterließ deshalb Spuren im Subjekt (vgl. Castro Varela 2007: 186).

Der Effekt des Grenzübertritts für sie war jener des *Undokumentiert-Werdens*. Isaura, Liz, Neidi, Saoul und Esteban wurden unmittelbar nach der Überquerung der Grenze zu *undocumented people*, während Eduardo, Jeff und Junghee die ersten Monate in den USA mit legalen Aufenthaltstiteln verbrachten und erst nach Ablauf ihrer Touristenvisa undokumentiert wurden. Das Erlebnis der Grenzüberschreitung wurde von den Erzählenden deshalb unterschiedlich wahrgenommen.

Für Eduardo, Jeff und Junghee war die Grenzüberquerung ein formalisierter Akt, verbunden mit Pass- und Personenkontrolle, wohingegen Isaura, Liz, Saoul und Esteban die Grenze heimlich überquert haben und Neidi mit falschen Papieren, weshalb sie dieses

¹⁵⁰ Ragland 2009: 110. „Ajúa! Ajúa! Schöne Grenzen des Nordens, wie ich euch vermisst habe,

Ereignis emotional und teilweise furchtsam erlebt haben. Die unterschiedliche Erfahrung des Grenzübertritts ist etwa auffallend in der Gegenüberstellung der Erzählungen von Saoul und Eduardo.

Saoul, der als Siebzehnjähriger mit Hilfe eines Schleppers, eines *Koyoten*¹⁵¹, in die USA gekommen war, schildert den Grenzübertritt verbunden mit großer Furcht und spricht davon, sein Leben aufs Spiel gesetzt zu haben (P:5, 4:4, 20:20). Dagegen ist sich Eduardo, der als Jugendlicher mittels Touristenvisum einreiste, des Vorteils bewusst, den ihm die legale Einreise in die USA verschafft hat.

„I was ... fortunate not to cross the border that way most people do, in case you know, walking the desert, walking the mountains, putting themselves at risk. Yeah, I was, like, more, I was fortunate to get a, I get a visa and I immigrated here“ (Eduardo P:1, 2:2).

Statt wie Saoul seine Gefühle bei der Überquerung zu schildern, hält Eduardo schlicht fest: „and I immigrated here“. Während der illegale *Verbleib* von Eduardo wenig umrissen präsentiert wird, wird der illegale *Grenzübertritt* von Saoul als schicksalhaftes Ereignis dargestellt.

Doch der Modus der Schilderung spiegelt nicht nur Erfahrungen unterschiedlicher Überquerungsstrategien wider, sondern wird auch als widerständige Interventionstaktik eingesetzt.

Denn während mit Ausnahme von Olivia (vgl. 2.1.1.: 18) alle Erzählenden an der einen oder anderen Stelle im Gespräch auf das Faktum der widerständigen Reise bzw. des widerständigen Verbleibs verwiesen, taten dies bei weitem nicht alle in derselben Ausführlichkeit. Saoul und Neidi erzählten detaillierter und vergleichsweise emotional, während etwa Esteban, der ebenso illegal über die Grenze gekommen war, dieses Erlebnis dezentral und flüchtig behandelte.

Dieser Erzählmodus mag aus der zeitlichen Entfernung des Ereignisses oder der jeweils spezifischen Gesprächsdynamik resultieren. Es schien mir allerdings in einigen Passagen der Interviews darüber hinaus Bedeutung in den oft als trivial geschilderten Ereignissen zu liegen, die für meine InterviewpartnerInnen doch so tiefgreifende Konsequenzen hatten.

Im Falle der Grenzüberquerung etwa interpretierte ich diesen Erzählmodus nicht mit der verminderten Bedeutung, der dieser seitens der Erzählenden beigemessen wurde, sondern als Widerrede gegen hegemoniales Sprechen. Ich bezeichne dieses Sprechen

seit einem Jahr habe ich euch nicht mehr gesehen. Ajúa!“

¹⁵¹ Der *Koyote* steht für die gewerblichen „Guides“, die die illegalisierte Überquerung der US-mexikanischen Grenze organisieren. Nach Tsianos und Papadopoulos (2008) sind die Bezeichnungen der Schlepper mit Tiernamen (z.B. „Schafhandel“ in der Türkei, „Raben“ an der griechisch-albanischen Grenze, ebd.) gleichzeitig Ausdruck des individualisierten, skandalisierten und entkontextualisierten Anti-Schlepper Diskurses sowie eine „Chiffre für das körperliche Substrat der transnationalen Migration in Zeiten eines globalen Regimes erzwungener Illegalität“ (ebd.).

als *De-Skandalisierung*. De-Skandalisierung tritt hier als subversive Strategie auf, als widerständiges Sprechen, das den *Skandal* des illegalen Grenzübertritts bzw. des illegalen Verbleibs zurückweist und verweigert.

De-Skandalisierung steht im Widerspruch zu den Spuren, die die Grenzüberquerung in den Subjekten hinterlässt. Die SprecherIn führt mit diesem Mittel der Rede einen plakativen Gegensatz zu dem hegemonialen Narrativ des „illegalen Grenzübertritts“ ein, sie entwirft ein Gegen-Narrativ. Das Gegen-Narrativ vermittelt in unterschiedlicher Rahmung – z.B. Komik oder Gleichgültigkeit – eine untergeordnete Bedeutung oder Bedeutungslosigkeit von Grenzen. Teilweise artikulieren die Erzählenden in der De-Skandalisierung auch Visionen einer Freiheit von (territorialen) Grenzen. In jedem Fall stören sie die hegemoniale Vorstellung eines Ereignisses.

Die folgende Passage von Eduardos Darstellung seines Bleibens nach Ablauf des Visums lese ich als eine solche Strategie der De-Skandalisierung.

„I was supposed to come [sic!] in, and (*lacht*) visit Disneyland and all this tourist places but I decided to stay. So I'm undocumented here and I'm being undocumented for almost ten years [...]“ (Eduardo P:1, 2:2)

Die De-Skandalisierung im Falle von Eduardos Schilderung wird mit einem Witz und seinem Lachen ausgedrückt. Eigentlich wurde er als typischer Tourist ins Land gelassen, um Disneyland und andere Attraktionen zu besuchen, doch Eduardo blieb und stellte die Machtverhältnisse auf den Kopf. Der Humor seiner Schilderung und die Formulierung „I decided to stay“ zeigen Eduardos Selbstbewusstsein in der Auseinandersetzung mit der Macht. Dass sein Erzählstil Taktik ist und nicht Sorglosigkeit oder Naivität, verdeutlicht seine anschließende, nun nicht mehr humorvolle Feststellung, dass er durch den Verbleib undokumentiert wurde.

Während Eduardo von Disneyland spricht und damit bewusst ein klischeehaftes Bild der USA bedient, gebraucht Saoul in seiner de-skandalisierenden Erzählung ein ähnliches Stereotyp:

„The same reason some people are here over in the US is we like Mickey Mouse, you know (F: Like Mickey Mouse?) Some people come just to see Mickey Mouse. Some people come to work. [...]“ (Saoul P:5, 14:14)

Die Bemerkung „Some people come just to see Mickey Mouse“ widersteht dem Narrativ des „illegalen Migranten“, der verzweifelt seine Lebenssituation verbessern möchte, und zieht dieses gleichzeitig ins Lächerliche. Machtverhältnisse werden im Sprechen umgedeutet. Widerständigkeit wird im Kampf um Definitionsmacht artikuliert und darüber, *wer wie über was* legitim sprechen kann (vgl. Kastner 2008: 51). Es ist der Versuch einer Störung von Diskursen, indem diese mit alternativen Bedeutungsinhalten gefüllt werden. Während Saoul auch einräumt, dass für viele die Suche nach Arbeit ein Migrationsgrund

ist, kommen eben auch manche, um Mickey Mouse zu sehen.

De-Skandalisierung kann auch durch Auslassung artikuliert werden, indem ein „wichtiges“ Ereignis nicht näher erläutert wird. Denn durch das Nicht-Aufgreifen wird ebenfalls dem hegemonial konstruierten Skandal widersprochen.

Estebans Erzählung kann in diese Richtung gehört werden. Im Gegensatz zu Eduardo oder Saoul äußert er sich aber nicht humorvoll oder anderweitig emotional. Vielmehr ist die Schilderung seiner Beweggründe, in die USA zu kommen, von *Gleichmütigkeit* geprägt.

„Okay, my name ist Esteban Hernandez, I'm from Mexico, Oaxaca, and I came here in 1997 (F: 1997?) Yes, looking for a better opportunity and ... after the Mexican government collapsed the economic system (?) the economy ... so I had to come here for a better opportunity and it seems like it is a better opportunity for me because I got myself in education and ... it's, it's good for me ... and it makes, it makes sense“ (Esteban P:7, 2:2).

Estebans Beispiel zeigt, dass De-Skandalisierung unterschiedlich ausgedrückt werden kann. Während Eduardo und Saoul ihre Erzählungen mit Komik rahmen, stellt Esteban sehr trocken fest, dass der Ortswechsel eben die bessere Möglichkeit für ihn war. Er zeigt zwar seinen Migrationsstatus an, indem er auf den Ort der Herkunft und das Datum des Grenzübertritts verweist, doch er hält sich an keiner Stelle mit dessen Schilderung auf.

Liest man Estebans Darstellung ohne Kenntnisse über die Sicherung und Bewachung der Grenzanlage und ohne Wissen über die Gefahren und Risiken der Grenzüberquerung, dann vermittelt seine Erzählung nicht, dass die Überwindung der US-mexikanischen Grenze für ihn eigentlich nicht vorgesehen oder zumindest vielfach problematischer und riskanter war als für andere. Im Gegenteil suggerieren Formulierungen wie „I had to come here for a better opportunity“ und „it makes sense“ eine gewisse *Grenzenlosigkeit*.

Estebans Erzählstil veranlasste mich im Interview zu der Bemerkung, die Entscheidung, in die USA zu gehen, sei doch bestimmt keine gewesen, die man über Nacht fällt. Wie also hatte sich dieser Entschluss entwickelt? In meinem Nachfragen wird deutlich, wie Esteban meine Erwartungen irritiert, indem er eine Schilderung der – meiner Ansicht nach doch so bedeutsamen Grenzüberquerung – einfach überspringt.

Meiner Frage begegnet Esteban wiederum de-skandalisierend: „My brother was here in, like three years earlier and so I decided to come and join him“ (Esteban P:7, 3:3). Erneut enthält Estebans Schilderung keinen Hinweis auf die undokumentierte Migration, stattdessen impliziert er Bewegungsfreiheit. Während Eduardo schmunzelnd bemerkte: „I decided to stay“, hält Esteban kühl fest: „I decided to come“. Beide artikulieren damit ihre scheinbar *grenzenlose Handlungsmacht*. Sie haben entschieden und niemand sonst. Im Sprechen verflüssigen sich sedimentierte Machtverhältnisse und der Raum des Möglichen vergrößert sich. Ihrem Sprechen wird durch die erfolgte Handlung Bedeutung verliehen; es ist nicht *nur* Sprechen, denn sie alle haben die Grenze ja überwunden und sind jetzt

hier.

Angesichts der nachhaltigen Effekte ihrer widerständigen Reise bzw. ihres widerständigen Verbleibs auf ihre Biografien erscheint die stellenweise demonstrative Unbekümmertheit ihrer Schilderungen zunächst als Widerspruch. Esteban etwa befindet sich zum Zeitpunkt des Interviews in einem Asylverfahren, das aller Wahrscheinlichkeit nach mit seiner Abschiebung enden wird. Und Saoul hat über weite Strecken über die psychologische Belastung und die Hindernisse, die er täglich erlebt, berichtet. De-Skandalisierung interpretiere ich daher auch als Maske, mit deren Hilfe ein Abstand zu einer Kondition der Verwundbarkeit geschaffen wird.¹⁵²

Weil ich Interviewberichte als *Präsentationen* des eigenen Erlebens, Deutens und Wahrnehmens verstehe (Bührmann, Schneider 2007), können diese Erzählungen auch als das Beziehen eines Standpunkts interpretiert werden. Sie sind nicht nur Beschreibungen von Ereignissen, sondern aufgeladen mit Meinungen, Wünschen und Sichtweisen.

Junghee hat etwa sehr klar gemacht, dass staatliche Grenzen für sie nichts als künstliche Hindernisse in der Selbstgestaltung von Subjekten sind.

(*Übersetzt von Jeff:*) „[...] and she really felt that, you know, people just naturally, you know, people have naturally migrated throughout history and it's just something that humans do. It's instinctual, animals do it, you know, borders are just, you know, just men made things that are hindering people from doing what they naturally wanna do. And she felt that because we're all humans that we should all be given equal opportunities to achieve what we wanna do and achieve our own happiness and pursue our own happiness wherever in the world [...]“ (Junghee P:2, 6.6).

Junghee verbindet die De-Skandalisierung des Grenzübertritts hier mit der Utopie (vgl. Castro Varela 2007) einer *grenzenlosen* Gesellschaft.

Neben ihrer eigen-sinnigen Überschreitung der Grenze verrücken die Erzählenden Machtverhältnisse auch durch ihr *Sprechen* darüber. Durch die implizite Artikulation der *Banalität* der Grenzüberquerung begegnen sie deren *Skandalisierung* in den hegemonialen Diskursen. Ihr Sprechen *verändert* Machtverhältnisse noch nicht offensichtlich, aber es schafft Ausgangspunkte für einen Gegen-Diskurs, auf denen widerständige Handlungen aufbauen und einander vervielfachen können.

Weil sich die Biografien und Erlebnisse der Erzählenden unterscheiden, artikulieren sie sich auch unterschiedlich de-skandalisierend. So wird die Grenzüberquerung von Esteban

¹⁵² Castro Varela (2007: 257ff.) hat in ihrer Auseinandersetzung mit Utopiediskursen von MigrantInnen Ähnliches in der Strategie der „Dissimulation“ festgestellt, die demnach auch als Maskerade eingesetzt wird. Dissimulation bezeichnet sie als das Verhalten von Subjekten entsprechend der hegemonialen Bilder, die von ihnen bestehen, mit dem Ziel, das Publikum zu blamieren (ebd.: 257ff.; vgl. 3.2.3.: 50).

flüchtig und peripher behandelt, während sich Eduardo durchwegs selbstbewusst zeigt und spöttisch berichtet, wie er sich eigen-sinnig über Verbote hinwegsetzt.

Saouls Schilderungen des Grenzübertritts waren hingegen ausführlicher, jedoch nicht konsequent de-skandalisierend gerahmt. Kurz nach der Überquerung der Grenze Anfang der 1990er Jahre wurde Saoul abgeschoben und versuchte wenige Tage darauf, in die USA zurückzukehren. Er besuchte zu diesem Zeitpunkt in den USA die Schule und musste daher am Wochenbeginn zurück sein.

„I only, well, I went, stayed there [in Mexico], like, three days. I crossed the border without inspection. Actually, you know, yeah, they inspected me to be honest. I told him honestly the guy, to the immigrant [officer], you know, I, I have my ID, my everything¹⁵³, I went through it. And you know what, I'm not lying to you, brother. I'm in school right now, I need to go back to school by Monday. And ... you know, I need to cross. And then ... god opened his heart. Checked my bag up, everything, I was inspected to the fullest extent, you know, as they say, cavity search. And he let me in, that was my angel ... that was my angel“ (Saoul P:5, 23:23).

Saoul äußert sich in dieser Erzählpassage gegenüber dem *Grenzbeamten* de-skandalisierend. Indem er ihn mit dem Wort „brother“ anredet, bringt er eine Machtasymmetrie situativ in Bewegung. Er will die Grenze überqueren und versucht daher, die Situation zu seinen Gunsten zu verändern. Er deutet den skandalösen illegalen Grenzübertritt insofern um, als er ihn in seine persönliche Geschichte überträgt und dadurch an die „solidarische“ Unterstützung des Grenzbeamten appelliert. Saouls Erzählung zeigt auch seine Instrumentalisierung der Grenze für die eigene Lebensplanung an. Sie ist für ihn kein Endpunkt, sondern eine Zwischenstation und muss im konkreten Fall überquert werden, um den Schulbesuch realisieren zu können. Auf der anderen Seite kann das Verhalten des Grenzbeamten als Ausdruck der Funktionalität und Produktivität des Migrationsregimes gedeutet werden.

Die De-Skandalisierung der US-mexikanischen Grenze und deren Überquerung ist auch in mexikanischen Liedtexten ein Motiv. Die „Música Norteña“ (Musik aus dem Norden), die mit der häufigen Frequentierung der Grenze im Rahmen der Bracero-Migration in den 1960er Jahren populär wurde, verarbeitet auch heute in ihren Songs die Mühen des undokumentierten Grenzübertritts und die Schwierigkeiten des undokumentierten Lebens in den USA.¹⁵⁴ Neben den damit verbundenen Gefahren und Traumata wird in den Liedern auch häufig der illegale Grenzübertritt als solcher humorvoll de-skandalisierend

¹⁵³ Ich kann nur vermuten, dass Saoul sich hier auf seinen mexikanischen Pass bezieht. Saouls Schilderung ist im Kontext einer noch relativ durchlässigen Grenzpolitik zu Beginn der 1990er Jahre zu sehen, die insbesondere, was mexikanische Migrationen anbelangte, funktional porös war.

¹⁵⁴ Ausführlicher zu der Figur des undokumentierten Migranten in der Música Norteña vgl. Ragland 2009: 100ff. Aus einer geschlechtskritischen Perspektive vgl. Tatar 2010.

umgedeutet.

Die Protagonisten in den Liedern der *Música Norteña* sind dabei primär männlich vergeschlechtlicht und werden typischerweise in Auseinandersetzung mit Autoritäten und Herausforderungen dargestellt, denen durch Mut, Tapferkeit und Aufsässigkeit entgegengetreten wird. Diese Konzeption des aufmüpfigen *mojado*¹⁵⁵ findet ihren Ausdruck auch in der Bezeichnung der männlich besetzten Gruppen, wie etwa den „Los Bravos del Norte“ (Die Tapferen aus dem Norden).

„By the early 1960s, the undocumented immigrant became a central character who, though marginalized, developed a distinct identity as defiant and hypermacho, even though it is clear that this is a façade behind which he hides the reality of his existence“ (Ragland 2009: 102).

Der Schauspieler und Sänger Eulalio González Ramírez, auch El Piporro genannt, war einer der ersten Vertreter der mexikanischen Unterhaltungsindustrie, der dieses Thema sowohl in seinen Filmen als auch in seinen Liedern aufgriff. Sein Song „Chulas Fronteras del Norte“ (Schöne Grenzen des Nordens) porträtiert einen mexikanischen Saisonarbeiter, der schelmisch davon singt, wie er die Grenze überwunden hat, indem er einen Beamten der Border Patrol mit Tequila betrunken gemacht hat. El Piporros fröhliche Einladung, zu den „schönen Grenzen“ zu kommen, wo man Spaß haben kann („donde se van a gozar“) unterläuft die tatsächliche Gefahr, die die Grenze für viele MexikanerInnen repräsentiert (vgl. Ragland 2009: 109ff.), und de-skandalisiert ihre Überquerung. „Chulas Fronteras del Norte“ symbolisiert in der musikalischen Verarbeitung der illegalen Grenzüberquerung nach Ragland (2009: 109) einen Paradigmenwechsel. Während vor dessen Veröffentlichung in den 1960er Jahren mit Themen wie Gefängnis, Abschiebung und Tod die „Psychologie der Angst“ (ebd.), mit der viele undokumentierte MexikanerInnen leben (vgl. 8.2.2.), zu bewältigen versucht wurde, konnte danach in vielen Liedern eine widerständige Definition des *mojado* beobachtet werden.

Diese Richtung der *Música Norteña* ist als Teil einer kollektiven Formulierung einer Unterdrückungserfahrung zu betrachten, die sich in dem unautorisierten Grenzübertritt materialisierte. Ihre Kehrseite liegt in der Produktion und Beförderung des Antagonismus zwischen US-amerikanischem *gringo* und widerständigem *mojado*, der primär männlich und ausschließlich mexikanisch konstruiert wurde. Dieser Gegensatz ließ historisch wenig Raum für die Artikulation alternativer Unterdrückungserfahrungen (z.B. weibliche und asiatische), die sich ebenfalls aus einem undokumentierten Status ergeben.

Die Erfahrungen meiner InterviewpartnerInnen unterscheiden sich auch hinsichtlich der

¹⁵⁵ Wörtlich „nass“; auch abwertend als „wetback“ bezeichnet, weil viele undokumentierte MigrantInnen über den Rio Grande kamen (vgl. 5.1: 75, Fußnote 51). Diese rassistischen Bezeichnungen wurden in der *Música Norteña* umgedeutet und teilweise widerständig angeeignet.

Entschlussfassung zur Migration. Jeff, Junghee, Liz und Neidi haben sich nicht selbst dazu entschieden, sondern kamen als Kinder mit ihren Eltern in die USA. Alle drei betonen die zwingenden Gründe, die ihre Eltern veranlassten zu migrieren, und äußern sich an keiner Stelle vorwurfsvoll. Sie empfinden die Entscheidung ihrer Eltern nicht als autoritäre Handlung, sondern als Notwendigkeit im Lichte äußerer Umstände. Junghee, Liz, Neidi und Olivia äußern sich in diese Richtung (Junghee P:2, 5:5; Liz P:3, 9:9; Neidi P:4, 3:3, 5:5; Olivia P:2, 7:7).

In Neidis Schilderung der Migration wird ihre Unterstützung für die Entscheidung ihrer Mutter deutlich. So wie auch einige andere meiner InterviewpartnerInnen beginnt Neidi mit der Vorstellung ihrer Person und zeigt darin auch ihren Migrationsstatus an, den sie durch die widerständige Reise mit ihrer Mutter und ihrer jüngeren Schwester erklärt.

„So, my name is Neidi Dominguez and I was born in, in Cuernavaca, Morelos, Mexico, and I migrated to the US at the, at the age of 9 with my mother and my sister, my younger sister and my mum. Ahm, my mum raised, raised us by herself, she was a single mum and ... the reason why we came to the United States was because ... it was actually very different from maybe some other stories where people ... because of their, of their economic struggles and things like that, for us it was about safety. My parents were going through a very difficult divorce and there was an attempt to kidnap me and, and my grandmother had already been living in the US since 1986 and so my mom decided that we needed to leave for our safety and so ... I think for us it was like sexism that pushed us out and her struggle being a, a woman that really needed her independency and wanted to raise two daughters to have the same values and principles for themselves and so we left. We left in the middle of the night, we didn't tell anybody, so we didn't get to really say goodbye or anything. We just had to, we just had to flee the country and escape“ (Neidi P:4, 3:3).

Neben Motiven der persönlichen Sicherheit, die sich für die Familie durch das komplizierte Scheidungsverfahren und den Versuch des Vaters, Neidi zu entführen, ergaben, macht Neidi in ihrer Erzählung den Wunsch der Mutter nach *Selbstgestaltung* deutlich. Die Selbstgestaltung bezieht sich dabei auf das Leben der Mutter und ihrer beiden Töchter, für die sich die Mutter ebenso wie für sich selbst Unabhängigkeit wünscht. Die Entscheidung zur Migration wurde aus dem Bemühen der Mutter heraus gefällt, der ihr zugeschriebenen Position als Frau und der damit verbundenen gewalttätigen familiären Situation zu entfliehen. Neidi berichtet, wie die Mutter nicht nur nationale Grenzen überschritten hat, sondern auch Körper-Grenzen.¹⁵⁶

In Neidis Erzählung wird ihr Verständnis und die Unterstützung für die Entscheidung der Mutter deutlich. An anderer Stelle im Interview bezeichnet sie diese auch als ihr Vorbild (P:4, 4:4). Ihre Formulierungen „We left in the middle of the night“, „we didn't get to really say goodbye“, „flee the country and escape“ zeigen das intensive und schicksalhafte

¹⁵⁶ Castro Varela (2007: 207f.) hält mit dem Begriff der Körper-Grenzen fest, dass Grenzen in Form von *Ausgrenzung* auch die Körper Minorisierter durchziehen. Stereotypisierungen wie „Frauen“ und „Männer“ werden damit zu Orten der Intervention.

Erleben des Grenzübertritts an. Neidis Schilderung des Grenzübertritts unterscheidet sich damit grundlegend von Eduardos oder Estebans Erzählungen und auch zu Saouls Schilderungen gibt es Unterschiede.

Ich interpretiere diese Varianzen in den Erzählungen als Resultat unterschiedlicher Biografien und Bewältigungsstrategien. Zweifelsohne hatte auch für Eduardo, Esteban und Saoul die Reise in die USA tiefgreifende Auswirkungen. Genau wie Neidi sind sie undokumentiert, weshalb ihr Leben mit vielfältigen Hindernissen versehen ist.

Im Unterschied zu Neidi haben sich aber sowohl Eduardo als auch Esteban und Saoul *selbst* zu der Reise entschieden. Sie planten sie, visionierten den Zielort und knüpften Kontakte, um den Grenzübertritt zu ermöglichen. Neidi dagegen musste als Neunjährige sehr überstürzt die ihr vertraute Umgebung verlassen, um dem gewalttätigen Vater zu entkommen. Und obwohl Neidi heute von L.A. als ihrem Zuhause spricht, macht sie auch deutlich, dass es das lange nicht war (vgl. Neidi P:4, 4:4).

De-Skandalisierung kann als ein Spiel mit der Macht begriffen werden, das nur funktioniert, wenn das Ereignis oder Erlebnis, das im Sprechen banalisiert wird, emotional weit genug von dem sprechenden Subjekt entfernt ist (vgl. Castro Varela 2007: 258).¹⁵⁷

Neidi hat nicht nur die Reise, sondern auch die Ankunft sehr traumatisch erlebt. Als Kind wurde sie „über Nacht“ aus einer Umgebung herausgerissen, die sie als ihr Zuhause kannte, und an einen unbekanntem Ort geworfen (P:4, 3:4). Neidi hat ihre Erlebnisse im Interview teilweise sehr emotional geschildert. Über ihre Kindheit in Cuernavaca, die Reise mit ihrer Mutter und ihrer kleinen Schwester und über ihre Ankunft hat sie selbst einen Kurzfilm mit dem Titel „Neidi’s Story“ gedreht (vgl. Dominguez 2006).¹⁵⁸

Wie auch im Gespräch mit ihr geht aus Neidis Erzählung im Film hervor, wie die Erfahrung der Grenzüberquerung in ihrer Erinnerung eingefroren zu sein scheint. Ihre Formulierung „that was the end of that chapter in my life“ (ebd.), als sie von ihrem letzten Schultag in Mexiko berichtet, und der präzise Verweis auf den Tag der Ankunft in den USA zeigen, wie klar umrissen dieser Auszug aus Neidis Biografie von ihr präsentiert wird. Hingegen erscheinen sowohl Eduardos als auch Estebans Angaben der Grenzüberquerung im Rahmen ihrer Erzählungen fließend.

Im Unterschied zu unserem Gespräch artikuliert sich Neidi in der filmischen Erzählung teilweise de-skandalisierend.

„My parents were going through a custody battle. My mom had to make a radical decision. As a child I didn’t know who was right or wrong, even at a young age I realized things between my parents were not ok. I told my mom we needed to go. We arrived at the

¹⁵⁷ Vgl. dazu wiederum Castro Varela 2007: 257ff. Genau wie in der Dissimulation ist im De-Skandalisieren eine Distanz zu dem Ort notwendig, den die Subjekte in der widerständigen Artikulation zu bewohnen vorgeben, um selbstbewusst mit der Macht zu spielen (vgl. ebd.).

¹⁵⁸ Der nur fünfminütige Amateurfilm entstand, als Neidi 19 Jahre alt war. Sie verarbeitet darin die Reise in die USA und die schwierige Ankunft der Familie (vgl. ebd.).

United States on August 28, 1997. I was nine years old. The sun was setting as we crossed the border using someone else's birth certificates. All I knew was that my name was supposed to be Ivonne and nothing else. I even believed that I was Ivonne cause I responded when my grandma called me by that name. I fell asleep and woke up in Pasadena [Kalifornien] where I spent the next nine years of my life" (Dominguez 2006, 1:01-1:41).

Mit dem Satz „I told my mom we needed to go“ äußert sich Neidi ähnlich selbstbewusst wie Eduardo und Esteban, die ebenfalls ihre Handlungsmacht in den Erzählungen sichtbarer machten als die sie einschränkenden Mechanismen. „We needed to go“ widerspricht der hegemonialen Vorstellung der skandalösen Verletzung souveräner Grenzen. Zeitgleich betont Neidi in dieser Passage sehr bildhaft mit Beschreibungen wie „the sun was setting“, welches ein wichtiges Kapitel (ihr Erzählstil ähnelt teilweise tatsächlich einem Romankapitel) dieses Grenzübertritts in ihrem Leben darstellt. Diese Ambivalenzen verdeutlichen meiner Ansicht nach Neidis komplizierte Subjektivierung. Sie ist politisch aktiv und hat sich im Interview vielfach selbstbewusst artikuliert, gleichzeitig muss sie sich mit diesem Kapitel in ihrem Leben auseinandersetzen. Während unser Interview sehr emotional ablief, bot die Vorbereitung der begleitenden Erzählung im Film für Neidi eventuell mehr Möglichkeiten der De-Skandalisierung.

Dass De-Skandalisierung auch vergeschlechtlicht gerahmt ist, demonstriert Saouls Erzählung. Er widersteht darin der hegemonialen Festlegung auf die Figur des Arbeitsmigranten, des *sojourner*, und bricht im Gespräch diese dominante Darstellung auf.

„[...] countries being marginalized by corrupt governments, you know, poverty, a lot, so for those people they have a different, *different*, different agenda to come to the United States ... it's hunger ... the American dream. So it's way different from my side. So most Americans believe that most Mexicans or, you know, hispanics come to the United States because of ... the jobs and stuff like that. Sometimes it's like myself, family ties, you know, sometimes it's just adventure. Sometimes it's just the challenge“ (Saoul P:5, 14:14).

„Abenteuer“ und „Herausforderung“ als typisch maskulin vergeschlechtlichte Sehnsüchte verleihen Saouls Schilderungen etwas Spielerisches. Seine Erzählungen von dem Risiko der Grenzüberquerung, den Schwierigkeiten der Ankunft und seinem Verlangen nach Abenteuer stehen im Interview immer wieder in Gegensatz zueinander. Der Grenzübertritt und die Ankunft ohne Papiere werden in seinen Schilderungen als Abenteuer und Herausforderung präsentiert und dadurch de-skandalisiert.

Umgekehrt spricht Saoul häufig davon, Grenzen und Gesetze zu respektieren, und scheint sich immer wieder in den hegemonialen Diskursen zu verfangen, denen er an anderer Stelle wieder vehement widerspricht. Auch Saouls Beispiel zeigt, wie kompliziert der Prozess seiner Subjektkonstitution ist. Er scheint stellenweise zwischen

demonstrativer Assimilationsbereitschaft und Widerstand hin- und herzapendeln. Aus seiner Antwort auf meine Frage, ob er von einem grundsätzlichen Recht auf Bewegungsfreiheit überzeugt sei, werden die Ambivalenzen seiner Erzählungen deutlich.

„Well, the right, the right, as I told you, before my nationality, before my skin, I'm human. I'm from the human species of planet earth. Okay? And the only right that I have to be everywhere is the right that god gives me. But every country has its law and ... you know ... I don't wanna say the, I don't know how to say the word, sovereignty, his rules, his borders and everything, so these cultures, and they have the right to protect themselves from anyone. [...] So that, that's, from that part, yes I believe I can step in any, *any* place on earth, you know, because I have the right, I have god's right to be on earth and being everywhere. But you have to follow the rules because we are under a (?) and democratic society, you know. You have to follow the rules (*lacht*) always“ (Saoul P:5, 12:13).

Die Spannung in seiner Argumentation zeigt auch die folgende, bereits einleitend präsentierte Interviewpassage. Während Saoul die heimliche Grenzüberquerung zunächst de-skandalisiert, räumt er direkt im Anschluss daran ein, dass für die Mehrheit der undokumentierten MigrantInnen Armut und Marginalisierung zwingende Gründe zur Migration darstellen.

„The same reason some people are here over in the US is we like Mickey Mouse, you know (F: Like Mickey Mouse?) Some people come just to see Mickey Mouse. Some people come to work. Bust most people, 80 percent, come to work because they're being marginalized, you know. They've been pushed by their countries, poverty, you know. The rest is lucky, you know. But still you feel that pressure, you know. You feel pressure from your own government, you know. They don't give you crab. You can be an engineer but there's no jobs for you, to profess your education. So what are you gonna do to support your family? You know? (F: Sure) Yeah, you, you have to follow the basic things in life, is to fulfill your happiness. There's nothing else in life but to be happy, you know“ (Saoul P:5, 14:14).

De-Skandalisierung wurde von den Erzählenden auch durch die Einordnung der Grenzüberquerung in größere Zusammenhänge und globale Ungleichheiten artikuliert. Dem Skandal wird in diesem Sinne die Grundlage entzogen, indem er durch Verweis auf asymmetrische Machtverhältnisse erklärbar und dekonstruierbar wird.

Neidi spricht über die Notwendigkeiten, die die Menschen ihrer Meinung nach veranlassen zu migrieren. Sie tut dies zwar, ohne einen ausdrücklichen Bezug zu ihrer eigenen Migrationsgeschichte herzustellen, ihr geschildertes Beispiel scheint deshalb für diese aber nicht weniger Gültigkeit zu haben. Vielmehr verweist Neidi auf den Beweggrund Gewalt sowie auf Motive – Familienleben in Sicherheit, Freiheit und Glück –, die auch für die Migrationsentscheidung ihrer Mutter ausschlaggebend waren.

„You know, people don't migrate because they wan't to, maybe some do, but they're forced sometimes, you know, like, they're forced because of poverty, because of war, because of violence, you know. Like, if people had a choice to live in whatever place in the world they chose to be free and save and happy to raise their families, *they would*. But

they move because they're forced. [...]

And, and lot of the migration here in the US, all of those factors have ... you know, the US has played a huge role in that, in every single one of them. When you think of war as a factor of migration, I mean, you know, the US has made, like, war in all these Latinamerican countries and around the world immigrants are end up coming to this, to this nation to be refugees. When you think of poverty and like the effects of NAFTA and all these free trade agreements, the US has played a *huge* role in making sure those things happen. So, it's like, you know, not only do you ... have you made this where people have to actually come to this country to have a chance to survive and then here you continue to *exploit* them. And, because if they really wanted to close down the border they, they could. You know, like, the US has the power, the military power and the money to do it. But they do, don't because they *need the cheap labour* to continue to function as a economy. I mean, basic capitalism is, you, you know, the less that you invest to, to make more the better. And so ... I mean ... that's the bottom line, you know. Like, they haven't because they need us. And so, they make wars and they make us so that people have to move here, they exploit us" (Neidi P:4, 10:10).

Neidi versteht die Migrationsbewegungen und -beweggründe als Kreislauf. Die USA sind sowohl militärisch als auch finanziell in der Lage, die Grenzen zu schließen, doch stattdessen sieht sie die Grenze als funktional durchlässig. Mit der Bemerkung „immigrants are end up coming to this nation to be refugees“ markiert sie die Produktion nationalstaatlicher Subjekte mit reduzierten Rechten. Die Grenze betrachtet sie als Funktion, um Menschen zu prekarisieren. Und sie kontextualisiert Migration mit Kapitalismus, der in seiner Funktionsweise auf entrechtete Arbeit angewiesen ist.

Auch Liz macht deutlich, dass die Migration für ihre Eltern die einzige Möglichkeit war, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

„Like my parents, you know, they, they left *everything*. Their, their families, their home, everything that they've ever known to give their children a better future. And so ... sometimes, you know, there's no choice but to do that. But, but I'm sure, like, like my parents they wish that they haven't done that, that they would have a choice to stay with their families and with everything they had known. But that wasn't the case. So, there's no other possibility“ (Liz P:3, 9:9).

Indem sie die Motive der Migration in einen größeren Zusammenhang einordnen, machen Neidi und Liz klar, dass die widerständigen Migrationen (ihrer Eltern) keine isolierten Projekte sind, sondern legitimer Ausdruck eines Wunsches nach Verbesserung der Lebenssituation. Die individuellen Gründe sind vielfältig – Sexismus (Neidi), Abenteuer (Saoul), alternative Lebensentwürfe (Eduardo, Esteban) –, doch die Grenzüberschreitung auf der Suche nach einem besseren Leben ist ein kollektives Moment. Dieses Moment verdichtete sich in den Erzählungen häufig in der *Visionierung utopischer Orte*.

8.1.2. Visionierungen utopischer Orte¹⁵⁹

Was die Motive der Migration anbelangt, war in den Erzählungen meiner InterviewpartnerInnen oft auffallend, was Castro Varela (2007: 37) als die *Visionierung eines utopischen Ortes* beschrieben hat. Auch wenn die Erzählenden vielfältige Umstände zur Migration veranlassten, war ihnen allen der Wunsch nach einem besseren Leben an einem anderen Ort gemeinsam. Der „andere“ Ort wurde dabei häufig als paradiesisch visioniert oder zumindest als eindeutig besser als der Ort der Herkunft.

Auch in Neidis Schilderung der Beweggründe der Mutter zur Migration ist eine Verklärung des Zielorts zu bemerken. Sie erzählt, wie die Mutter vor dem „Sexismus“ ihres Umfeldes floh, um für sich und ihre Töchter „Unabhängigkeit“ zu erlangen (P:4, 3:3). Während Neidi den Herkunftsort in Mexiko als sexistisch und beengend präsentiert, wird das Migrationsziel USA als Ort visioniert, an dem Frauen ihr Leben *autonom* selbst gestalten können. Die kritiklose Imagination des Zielorts kann hier als *strategische Selbsttäuschung* begriffen werden, die die Sehnsucht zu migrieren steigert und so mögliche Ängste vor der gefährlichen Reise und dem unbekanntem Ort überlagert.

Isaura, Esteban und Saoul haben in den Interviews solche utopischen Visionen über die USA präsentiert. Ihnen ist gemeinsam, dass sie im Teenager-Alter in die USA kamen, sich selbst zu der Reise entschieden¹⁶⁰ und die Grenze unautorisiert überquert haben. Von Eduardo, Jeff, Liz, Neidi und Junghee, die mittels Visum bzw. als Kinder kamen (im Fall von Jeff und Junghee beides), wurden diese Visionierungen nur vage und in Bezug auf die Eltern vorgestellt.

Castro Varela (2007: 38) bezeichnet diese Visionierungen als *Sehnsuchtsdiskurse*, die gewissermaßen zur widerständigen Praxis motivieren. Denn die Imagination eines besseren Ortes wird zum Antrieb für die Reise. Die Phantasie ermöglicht die Gestaltung utopischer Räume und wirkt als Umlenkung von Wunsch und Sehnsucht in Handlung. Weil die MigrantIn nicht nur visioniert, sondern sich auch auf den Weg macht, den imaginierten Ort zu finden, wird die Visionierung zu einem Instrument widerständiger Intervention.

In der folgenden Passage aus dem Gespräch mit Saoul wird die utopische Vision beinahe überzogen präsentiert.

„Okay, well ... mostly the reason that I came to this country is because family ties. You know, I was doing good in Mexico, didn't have any needs to come to the United States but

¹⁵⁹ Vgl. Castro Varela 2007.

¹⁶⁰ Während Isaura größtenteils den Eindruck erweckt, sie wäre selbst gekommen, erwähnt sie zweimal, dass ihre Mutter sie kommen ließ („my mother brought me here“, „so she brought me here“, P:6, 11:11). Ich interpretiere das so, dass die Mutter den Grenzübergang finanzierte, denn diese war schon zuvor in die USA gekommen. Die genauen Umstände bleiben dennoch unklar, Isaura verdeutlicht aber ihre Sehnsucht zu migrieren (P:6, 11:11, 13:13).

they all say that when you taste the water from California you don't wanna go back. That's just what Mexicans say, you know. So, my family, you know, has been in California from generations. Actually, my family was, is real Californians. You know, native to California, you know. Like, my ancestry comes also from California. So, actually, before the Americans came in, and you know, so the real Californians. So, the reason I came here, actually, was an adventure, you know, because of family ties, you know. I came like everyone, you know, struggle, you know, with my life crossing. Back in the days it was more easy, you know (F: But how was it like to cross?) Like to cross? Okay (*seufzt*) ... crossing ... you go, you go to the unknown, you know. You go to the unknown. And ... you always trust the person who's bringing you (F: So you had someone?) Yes, someone, a coyote what they call it, coyote. And you trust the person, you know, and you're, you're scared, you're scared as hell. You know, you're scared. Because you're gambling with your life, you know (F: Sure) Sometimes for something that is, you know, you don't even know, you know. That's all the problem. Big, big ... you know ... exaggerations. People would come, so, hey, it goes to their, their home countries, and they talk beautiful things about Americans, because they don't wanna ... nobody talks about the failures. They always talk about the good stuff they have done and everything. So, there's no failure when you go to your country. So you always hear wonderful stories when you come to the United States. Just, sweet money, (*lacht*) you know, and you get this, you know, all the burgers over there they taste so good, you know, whole Disneyland (?) that everybody has, you know, everyone has, you know, the idea of the Americana view but the, the story's different when you come over here, you know, so ... it was really difficult when I passed, you know, I was 17 years old, you know, very limited English, because *we have* ... the schools in Mexico they teach us English because they know, most of us will emigrate to the United States. So, this is a second language, you know. So, I was, you know, prepared but my, my needs were different from other people which I respect a lot. You know, my needs were different, way different. I have money, I have everything, but the lure to come to see my family, to be with my family, you know. And the intention ... was my, you know, my, my trigger, you know" (Saoul P:5, 2:4).

Saoul beschreibt, wie er zunächst eigentlich keine Beweggründe für die Migration hatte, und stört dabei das Bild des Migranten als Opfer der Verhältnisse, der aus bitterster Not illegal über die Grenzen geht. „Es ging ihm gut in Mexiko“, doch da waren diese Geschichten über *Kalifornien*. Interessant ist Saouls Visionierung von Kalifornien und Bezeichnungen wie „your country“. Saouls Utopie steht hier in engem Zusammenhang mit der kolonialen Geschichte und dem Narrativ des mexikanischen Anspruchs auf den Südwesten der USA. Der Spruch „Nosotros no cruzamos la frontera, la frontera nos cruzó a nosotros“¹⁶¹, der häufig auf Transparenten im Rahmen der *MayDay Marches* gelesen werden kann, artikuliert dieses historische Anrecht auf die Teile der USA, die vor dem US-mexikanischen Krieg zu Mexiko gehörten (vgl. 5.2.2.: 85). Saouls Anmerkung, seine Vorfahren seien „echte Kalifornier“ und in Kalifornien gewesen, *bevor* die US-AmerikanerInnen kamen, ist ein Element seiner Utopie. Diese wiederum ist eingelagert in nationale Diskurse. Neben der paradiesischen Visionierung – „when you taste the water from California you don't wanna go back“, „sweet money“, „whole Disneyland“ – ist es der *Heimat*diskurs, in den Saouls Vision eingeschrieben war. Wie er einleitend bemerkte, war

¹⁶¹ Wir haben die Grenze nicht überquert, die Grenze hat uns überquert.

die *Familie* der Hauptgrund für ihn, in die USA zu kommen. Saouls Präsentation seiner Beziehung zu Kalifornien legt nahe, dass Familie sowohl für die Familienangehörigen steht, die zum Zeitpunkt seiner Migration in den USA lebten, als auch für seine *historischen* Familienbeziehungen zu Kalifornien.

An späterer Stelle bezeichnet er den Antrieb seiner Reise zweimal als *Abenteuer*, was wiederum unterstreicht, dass keine existentielle Notwendigkeit für Saoul bestand, die Grenze zu überqueren. Die Hinweise auf seine Unkenntnis des Zielortes und die Gefahren der Reise betonen die *Notwendigkeit* für die utopische Visionierung.

Dass seine Imaginationen eben *Utopien* waren, wird von Saoul in seiner Schilderung durch Bemerkungen wie „big exaggerations“, „nobody talks about the failures“ oder „the story’s different when you come over here“ markiert. Ebenso wie er im Interview stellenweise in die verklärten Visionierungen zurückzufallen scheint, räumt er die Ernüchterung und Enttäuschung nach der Ankunft ein. „It was totally different what I heard over there, in my country [...] and what I experienced over here“ (Saoul P:5, 5:5).

Und später macht Saoul deutlicher, wie er *verführt* wurde von diesen *trügerischen* Erzählungen.

„But being an immigrant, it’s very hard, it’s not easy. You even, if you go to Mexico, as I told you, you only hear good stories. Nobody wants, nobody wants to talk about their failures, they all talk about beautiful things, you know (F: And you’ve been seduced by their stories?) Yeah, you’re being seduced by their stories. You know, oh yeah, there’s wonderful over there, you know. You come over here, it’s a different reality. Like in California, yes. You need 2000 dollars to survive (*lacht*) every month. The rent is very expensive, there is no jobs, you know, there’s a lot of persecution, there is no way, you can make, you know, they’re making, they make living, you know, very difficult as an immigrant. But still [...]“ (Saoul P:5, 22:22).

Auch Esteban schilderte den Wunsch nach Verbesserung seiner Lebenssituation. Er beschreibt die wirtschaftlich drückende Lage in Mexiko, die er als Resultat der Handelsliberalisierung durch NAFTA und des damit zusammenhängenden Preisdrucks auf die mexikanischen Landwirte sieht.

„Yeah, and so ... But I think the most important thing about this is that a lot of people coming here because of better opportunities but what causes it, what causes people to come here ... I think for, for people that are coming after 1995 is especially due with the economic crisis in Mexico and also with the NAFTA. And NAFTA forced a lot of Mexican farmworkers out of their farms because the United States farm institution was being subsidized by the government so the small farmers in Mexico can’t compete with the prices. And I think that’s the main cause that people decided to come, a lot of people decided to come to the United States illegally ... and I’m one of them [...]“ (Esteban P:7, 2:3).

Esteban de-skandalisiert seine Migration, indem er sie als determiniert präsentiert. Ähnlich wie Liz das getan hat, indem sie die Migration ihrer Eltern als zwangvolle

Handlung markiert – „So, there’s no other possibility“ (P:3, 9:9). Liz und Esteban zeigen, dass Migration kein Stück in einem Akt und mit nur zwei AkteurInnen ist – Illegalen und Schmugglern (vgl. Tsianos, Papadopoulos 2008). Stattdessen präsentieren sie illegalisierte Migration als Resultat multipler AkteurInnen und Interessen. Weil die Lebensbedingungen in Mexiko immer schlechter wurden, *musste* Esteban gehen, um seine Möglichkeiten zu verbessern. Seine Schilderung legt nahe, dass er seine Migration als *Zwang* empfunden hat – genauso wie andere aus ihren Farmen *gezwungen* wurden. „I’m one of them“ drückt auch Estebans Solidarität mit ihnen aus und verstärkt sein Argument.

Esteban kommt aus einem kleinen Ort im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca, wo eine große Zahl jugendlicher Frauen und insbesondere Männer im Teenager-Alter in die USA migrieren. Aus seiner folgenden Schilderung geht hervor, wie Sehnsuchtsdiskurse in den Alltag eingeschrieben sind. Esteban wusste zwar um die Schwierigkeiten der Reise, es wird aber auch ein gewisses Maß an Unkenntnis über den visionierten Ort deutlich.

„[...] what I, what I come from is a small town and a lot of young, young people, young guys for as early as 16, 17 like to come to the United States because it is a, it is a very ... they see the United States as a place where they can achieve better things, they can achieve a lot of things and, and so a lot of the young people that, not only from where I come from, but from other, like, surrounding areas and probably places too have ... see the United States as a place of opportunity which I think it is. And so I think ... that’s, that’s how I, I didn’t really see, I didn’t really fully understand United States in, in, in terms of ... what I expected and what I actually see. Sort of, like, just came over here and sort of have like the idea that it is another place but I didn’t really know ... you know, all the, all the ... (F: You didn’t know too much about it?) Too much about it, yeah, I didn’t really know what was, what was, what was expected [sic!] although I knew that, you know, I had to be, you know, whenever illegal people come in here they have to pay someone so they can get into the United States“ (Esteban P:7, 7:8).

Esteban äußert seine Unkenntnis und bemerkt gleichzeitig, was er wusste: nämlich, dass er jemanden bezahlen muss, um in die USA zu kommen. Hier steht wiederum die Utopie über den „anderen Ort“, wie er sich ausdrückt, im Kontrast zu den Gefahren der Reise, die nur mit Hilfe eines Schleppers möglich ist. Im Rückblick räumt Esteban dann seine frühere Arglosigkeit ein:

„[...] I mean I guess I was very naive with the, with the, with the, with the system. I was in, I got enrolled in, in highschool. I was living at that time near, near Santa Monica so I was going to school there and yeah I was, I was fully ... I was really not like (?) with anything I was just like pretty much living I guess but was not aware [...] of many things and I wasn’t, I was sort of misguided and, and because I didn’t know many things and so I’m, but I mean I still think that the first years was challenging“ (Esteban P:7, 9:9).

Der Kontrast zwischen Erwartung und Erlebnis ist für Esteban im Rückblick so akut, dass er sich selbst als „misguided“ bezeichnet, was sowohl mit „fehlgeleitet“ als auch mit

„dumm“ übersetzt werden kann. Er deutet damit an, wie ihn die Sehnsuchtsdiskurse an seinem Herkunftsort beeinflusst haben, sie haben ihn nämlich auf eine falsche Spur geführt. Dennoch, Esteban ist gerne in den USA, die für ihn trotz Fehlschlägen ein „Ort der Möglichkeit“ sind. Sie sind zwar nicht der in Oaxaca visionierte Ort, aber es wurden auch nicht alle Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht. Entscheidend ist, dass Estebans utopische Visionierung seinen Wunsch zu gehen *befördert* hat.

Isauras Beispiel demonstriert sehr deutlich, wie ihre utopische Vision von den USA das *Mittel* einer widerständigen Praxis war. Denn hätte sie um alle Schwierigkeiten und Risiken der Reise und der Ankunft gewusst, wäre sie vielleicht gar nicht gegangen. „I had no clue how difficult it was going to be and that’s good, you know, in a way because if you know then probably you wouldn’t have done anything“ (P:6, 11:11).

Und an anderer Stelle erzählt sie:

„But looking back to your question if I had known how difficult it was gonna be maybe I wouldn’t have done it, you know. Someone’s saying that you don’t know, you’re, you’re not that, that they say ignorance is bliss that you think ... it, it really saves you“ (Isaura P:6, 13:13).

Um Castro Varelas (2007: 37) zugespitzte Formel anzuwenden, können die utopischen Projekte meiner InterviewpartnerInnen als die *Sublimierung ihres Migrationsverlangens* betrachtet werden. Sie bleiben materiell an dem Ort, den sie verlassen möchten, während ihre Phantasie die *Imagination besserer Orte* ermöglicht (ebd.: 38). Diese *Verbesserung* der Lebenssituation und der Möglichkeiten an einem *anderen* Ort war in den Erzählungen zentral.

Auch Liz und Neidi haben über den Antrieb ihrer Eltern erzählt, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen (Liz P:3, 9:9; Neidi P:4, 3:3, 5:5). Nicht anders Junghee:

(*Übersetzt von Jeff:*) „Yeah so, when she talks, when she thinks about immigration, a lot of Korean-American parents they come here for, like, better education opportunities, just like better economic opportunities, just looking for a better future for their families and her case was not any different. They came in search for a better life for their family“ (Junghee P:2, 5:5).

In ihrer Auseinandersetzung mit Sehnsuchtsdiskursen und Visionenentwicklungen von MigrantInnen spricht Castro Varela (2007: 37) vom *doppelten* Sehnen. Dieses bezieht sich zunächst auf die Emigration und den visionierten Ort und nach der Ankunft – häufig verbunden mit der Enttäuschung über die trügerische Vision – auf den Herkunftsort, der dann wiederum als Heimat visioniert und nostalgisch verklärt wird.

Während die bereits dargestellte Sehnsucht nach Verbesserung bzw. nach Ortswechsel in den Interviews geschildert wurde, hat sich allerdings keine meiner

InterviewpartnerInnen sehnsüchtig nach dem Ort ihrer Herkunft geäußert.

Im Gegenteil haben sie alle klargemacht, dass Los Angeles für sie keine Zwischenstation ist, sondern ihr Zuhause. Sie machen an vielen Stellen deutlich, wie sehr sie sich diesem Ort verbunden fühlen, weil hier auch ihnen nahestehende Menschen leben. Sie haben große Netzwerke und Freundeskreise, nicht zuletzt deshalb, weil sie aufgrund ihres Aufenthaltsstatus auf eine solidarische Gemeinschaft angewiesen sind.

Saouls Tochter ist sogar in den USA zur Welt gekommen. In einem Dialog mit sich selbst beantwortet sich Saoul die Frage, ob eine Rückkehr nach Mexiko eine Perspektive für ihn sein kann.

„[...] once again, take the question, you know, you take the burden and say, go back to your messed up country if you don't wanna feel bad, Sir, you know. That's not an option for me. That's not an option. I don't have no one in my country. I don't have nothing, my life is going here. My roots are being here, you know. That's like when a tornado comes to you and your neighbour and kicks your ass and your home and everything and coming to you and say: Sir, build another shack and live your life and stop crying like a bitch, you know. How does that feel? It's the same thing. When you create roots in a country, in this country, it's hard to take those roots off. My daughter doesn't know Mexico ... you know ...“ (P:5, 18:18).

Esteban, der auf einer Reise nach New York von den Einwanderungsbehörden aufgegriffen wurde, bemüht sich, seine Abschiebung so lange wie möglich hinauszuzögern, um sein Studium am L.A. City College beenden zu können. Gäbe es kein Abschiebungsverfahren gegen ihn, würde er vermutlich langfristig in LA bleiben.

Als ich Esteban im Interview auf das rassistische Profiling-Gesetz SB1070 anspreche, das kurz vor unserem Gespräch in Arizona erlassen wurde (vgl. 5.2.4.), nimmt er dies zum Anlass, um L.A. und Arizona als Zielorte in direkten Vergleich miteinander zu stellen.

„Wow, that's very ... yeah, Arizona is known for, for being anti-immigrant and it's really, I mean they're, they're very, Arizona is sort of like a cowboy place, so very, very ... conservative and very anti, anti-immigrants and so they're, I guess they are ... they fear newcomers (F: And how do you feel about that over here in LA?) Here, over there? That's really, that should not happen, that should not happen because it's really ... it's really, you know, if there's like, if like the employers want, want people to work then, you know, people can provide that. Like, like, like me I can provide that but the problem is that, like, once they make that, once they make that a felony I don't think people will want to stay there, stay there. I don't, you know, it's like ... illegal people will not be going there and they're probably rather go somewhere else that, and, I mean it's, Arizona's not that nice, it's not, so why should we not just come to LA or somewhere else (F: Do you think it's better here in LA?) I like LA (F: Yeah) Yeah, I think it's better for sure. Arizona is not really nice. The first time I came, I actually came through there and so it's very dry, it's very ... pretty much there's nothing exciting going on over there, it's very .. (F: Provincial?) Yeah, provincial, very, very, I don't know, like, sort of like it's not like upper, like, you know, sort of, like, people are not motivated, it's not like, LA is very, more, more, has more energy. In Arizona it's like, pretty much like, people like really ... sort of like ask themselves, like what to do. So, but I'm not surprised that they actually did that [...]“ (Esteban P:7, 11:11).

Während Esteban die Migration an sich für viele Leute als determiniert beschrieben hat, impliziert die Aussage „I don't think people will want to stay there“ und „illegal people will not be going there and they're probably rather go somewhere else“ eine Möglichkeit der *Wahl* des *Zielorts*. Esteban betont, dass Arizona öd und provinziell ist und ihn deshalb ohnehin nicht anzieht. Sollen sie doch so viele Anti-Einwanderungsgesetze erlassen, wie sie wollen, dann gehen die „illegalen Leute“ eben woanders hin. Z.B. nach L.A., das sowieso viel interessanter ist. In L.A. hält Esteban die Einführung eines solchen Gesetzes auch für wesentlich unwahrscheinlicher. Interessant ist, dass Esteban in diesem Zusammenhang plötzlich von „illegal people“ spricht, während er sonst das Adjektiv „undocumented“ verwendet. Auch in Estebans zuvor zitierter Schilderung über die Motive seiner Migration spricht er von „illegal people“ (P:7, 8:8), die jemanden bezahlen müssen, um über die Grenze zu kommen.

Dies könnte gewissermaßen als schadenfrohes Sprechen interpretiert werden, in dem Sinne, dass Gesetze darauf abzielen, „Illegale“ abzuhalten, diese aber tatsächlich nur umleiten. Dann sind die „Illegalen“ eben in L.A. und nicht in Arizona.

Auch wenn meine InterviewpartnerInnen bzw. deren Eltern unterschiedliche Beweggründe hatten, wollten sie alle individuelle Lebensentwürfe realisieren und ihr Leben *eigen-sinnig selbstgestalten*. Weil die widerständige Handlung immer auch ein Machtfeld eröffnet, werden Ungleichheiten auch in der Widerständigkeit reproduziert bzw. sind bereits in ihr eingelagert. Isauras Schilderungen der undokumentierten Reise unterscheiden sich deshalb von Saouls Erzählungen.

Während Saoul angibt, dass ihn das „Abenteuer“ (P:5, 3:3; 14:14) und die „Herausforderung“ gelockt haben (ebd., 14:14), was ich als typisch männlich vergeschlechtlichte Sehnsüchte betrachte, berichtet Isaura von ihren „Träumen“ als „kleines Mädchen“, ein wiederum stereotyp weibliches Narrativ.

„Yeah, because my mother was here already and I had a medical problem. I had a thyroid and they needed to operate it. And she couldn't afford it in Mexico, so she brought me here to come in the hospital. So they operated me there. That's the reason. But I would have come anyway because she was already here and, and I wanted to come here ... for some reason I did I, I think that even as a little girl I fell like I didn't belong in that small society. I had a lot of dreams and ambitions as a little girl and I had a desire to, to move, you know, to do something. And I fell like I was being choked so, I don't know, maybe it was all in my head that I wanted to come. That the ... the excuse at that time, as to why my mother brought me here, was that I needed that surgery. So I had this surgery“ (Isaura P:6, 11:11).

Auch wenn sich Saoul und Isaura innerhalb der hegemonial konstruierten Geschlechterrollen subjektivieren, dienten ihnen diese als Ausgangspunkt für Widerständigkeit. „Abenteuerlust“ und „Träume“ als Elemente machtvoller

Geschlechterkonstruktionen greifen in Räume der Freiheit, die für Saoul und Isaura die Möglichkeit einschließen, die für sie geschlossenen nationalstaatlichen Grenzen eigen-sinnig und widerständig zu überschreiten. Hierdurch wird deutlich, wie Widerstände Machtverhältnisse in Bewegung bringen und sie gleichzeitig immer wieder stabilisieren (vgl. Castro Varela 2007: 68).

In den Erzählungen wurde auch die Bedeutung transnationaler Familienbeziehungen für die Migrationsmotive offenbar: Neidis Großmutter, Saouls Verwandte, Isauras Mutter und auch Estebans Bruder lebten zum Zeitpunkt ihrer eigenen Migration bereits in den USA. Im Falle von Esteban (P:7, 3:3), Saoul (P:5, 2:3, 4:4) und Isaura (P:6, 11:11) wurden die transnationalen Familienverhältnisse als unmittelbare Gründe für die Migration in die USA angeführt. Estebans Bruder (P:7, 3:3) half auch bei der Organisation der Einreise und der Ankunft, woraus ersichtlich wird, dass die Migrierenden auch über die staatlichen Grenzen hinweg oft Strategien der gegenseitigen Unterstützung entwickeln.

Interessant ist, dass von meinen InterviewpartnerInnen nicht über die Erzählungen derer, die bereits vor ihnen in den USA waren, berichtet wurde. Aus Saouls Schilderung geht nicht eindeutig hervor, wer ihm von den USA erzählte, aber seine Bemerkung „everyone has, you know, the idea of the Americana view“ deutet an, dass es mehr um vage Vorstellungen als um konkrete Berichte geht. Kaum zu glauben, dass niemand der Verwandten zumindest versucht hatte, die Illusionen des vermeintlich paradiesischen Ortes zu demontieren. Wenn aber die Visionierungen als Antrieb funktionieren, um einen Wunsch in Handlung zu übersetzen, dann kann die Strategie der eigenen Täuschung nur durch selektive Kognition realisiert werden. Negative Informationen über den Zielort werden in diesem Sinne eventuell gefiltert oder umgedeutet.

Die Visionierung utopischer Orte kann auch als eine Suche nach *Grenzenlosigkeit* gedeutet werden (vgl. Castro Varela 2007: 215). Denn indem die Erzählenden einen Ortswechsel an andere, „bessere“ Orte visionieren, lösen sie Grenzen in der Imagination einerseits auf, auf der anderen Seite bekräftigen sie deren Bedeutung in ihrer Schilderung der Kontraste zwischen Herkunfts- und Zielland. Die Utopie einer Grenzenlosigkeit ist in ihrem Denken damit ebenso vorhanden wie die Grenze selbst (vgl. ebd.) und somit auch Ausdruck des Spannungsverhältnisses von migrantischer Eigen-Sinnigkeit und sedimentierten Machtasymmetrien, in dem sie sich bewegen.

8.1.3. Immaterielle Grenzen überschreiten

Undokumentiert-Sein überschreibt nicht generell die Subjektivität einer Person, sondern wird in bestimmten Momenten akut (Nyers 2008: 128). Meine InterviewpartnerInnen leben in vieler Hinsicht ein *normales* Leben: Sie gehen aus, haben ihren Freundeskreis, studieren, gehen am Wochenende zum Strand usw. Sie versuchen trotz aller Hindernisse, ihr Leben fortzusetzen.

Undokumentiert-Sein ist ein Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen, die immer dann wirkungsvoll werden, wenn eine Grenze überschritten wird. Diese Grenzen sind nicht nur Linien, die physikalisch ein Gebiet von einem anderen trennen, sondern konstituieren vielmehr ein kompliziertes Netzwerk, dass *innerhalb* des staatlichen Territoriums wirkt.

„As a consequence, borders cease to be purely external realities. They become also - and perhaps predominantly – what Fichte, in his *Reden an die deutsche Nation*, magnificently termed ‚inner borders‘ [*innere Grenzen*]; that is to say – as indeed he says himself – *invisible borders*, situated everywhere and nowhere“ (Balibar 2002: 78).

Diese unsichtbaren, *immateriellen* Grenzen erzeugen Differenz und Ungleichheiten im Inneren, sie sind ebenso wie die territoriale, staatliche Grenze *produktiv* und *funktional*. Die Ungleichheitslinien für meine InterviewpartnerInnen verdichten sich derart, dass sich die territoriale Grenze für sie auch im Inneren des Staates einschreibt und verzweigt. Ihre Anwesenheit ist in diesem Sinne von einer Matrix von Grenzen überlagert. Diese Grenzziehungen sind Ausdruck der Bemühungen, ungleiche Machtbeziehungen auch im Inneren über einen langen Zeitraum zu stabilisieren.

Ich möchte für die Analyse zwei Typen dieser Grenzen unterscheiden: zum einen solche, die Zugänge regeln, z.B. zu Gesundheitsleistungen oder Bildungsangeboten. Und zum anderen solche, die neue, riskante Räume für undokumentierte MigrantInnen festlegen und die Funktion eines unmittelbaren Fortsatzes der territorialen Grenze im Inneren übernehmen. In diese zweite Kategorie fallen z.B. Checkpoints der Polizei oder der Einwanderungsbehörden, die einen Raum erzeugen, in dem Deportabilität plötzlich akuter wird.

Zugangsgrenzen sind in aller Regel relativ kalkulierbar, weil sie mit der Verteilung von Rechten verbunden sind, die bekannt sind. Undokumentierte MigrantInnen erfahren einen beschränkten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, besitzen kein Wahlrecht und haben erschwerten Zugang zu universitärer Bildung.

Demgegenüber sind die Grenzen, die akute Deportabilität markieren, flexibler und daher weniger kalkulierbar. Obwohl ein Checkpoint an einem Ort wahrscheinlicher sein mag als an einem anderen, ist er an keinem Ort auszuschließen. Diese Grenzen sind daher *überall*.

Insbesondere die juristische und diskursive Verbindung von Einwanderung und nationaler Sicherheit nach 9/11 hat einen *Ausnahmezustand* sowohl an den physikalischen, territorialen Grenzen als auch im Inneren des Staates (Hiemstra 2010: 80) in Bezug auf eine nahezu uneingeschränkte Kontrolle migrantischer Anwesenheit in Gang gesetzt (ebd.). Foucaults Disziplinarraum (1994: 183f.) kann in diesem Sinne auch *immateriell* gedacht werden (vgl. 5.2.). Denn auch Zugangs- und Deportabilitätsgrenzen wirken parzellierend, da sie verschiedene Räume der Kontrolle zugänglich machen (vgl. Foucault 1994: 183).

Lebt man undokumentiert in L.A., müssen für die alltäglichsten Handlungen ständig Grenzen überschritten werden. Sie sind die gesellschaftlichen Ordnungsmodi, die die Kondition der Illegalität überhaupt erst erfahrbar machen. Ohne diesen Komplex immaterieller Grenzen wäre Illegalität nur ein abstrakter Gedanke.

Undokumentierte MigrantInnen begegnen Zugangsgrenzen etwa in Spitälern, Schulen oder Universitäten. Wie die territorialen sind auch diese nicht sichtbaren Grenzen unterschiedlich durchlässig. Das bedeutet, dass sich ihre Produktivität nicht zwingend einfach durch Ausschluss konstituiert, sondern häufig durch ihre variablen Modi. Während Saoul wegen fehlender Papiere an mehreren Universitäten abgelehnt wurde, haben einige meine InterviewpartnerInnen ein Studium abgeschlossen (oder sind dabei, es abzuschließen), aber sie haben dies unter differenten, vielfach erschwerten Bedingungen getan (vgl. 8.3.2.). Eduardo, Neidi und Saoul haben über die Schwierigkeiten in der Schule gesprochen, wo sie täglich zu spüren bekamen, dass sie als different markiert werden (Eduardo P:1, 2:2; Saoul P:5, 6:6, 7:7, 8:9). Neidi wurde verboten, in der Schule spanisch zu sprechen (P:4, 3:4) und Saoul musste eine spezielle Klasse für mexikanische MigrantInnen besuchen (P:5, 6:6) und berichtet von dem Hass, den ihm seine Lehrer entgegengebracht haben (P:5, 11:11).

Saoul war technisch interessiert, doch weil er über keine Sozialversicherungsnummer verfügt, wurden all seine Bemühungen, eine Ausbildung zu absolvieren, mit *Grenzen* beantwortet.

„Trying to go to school, I always wanted to be an engineer. I had so much potential to be an engineer, you know. Even, even, even the army went to my home because they know all my reviews and everything. My teacher, I had the, you know, the best grade, you know, for the science and everything, and he always recommended to my, to my, to other people, you know, I had so much potential. But I always hit a wall, I always hit a wall, you know. I couldn't, I couldn't develop my, my, my goals because being undocumented and because people didn't wanna help me. They didn't wanna help me because I'm a, I'm a ... what can I say, under their view I were, I'm a very low class man and, you know, citizen“ (Saoul P:5, 7:7).

Saoul beschreibt diese Grenzen als *Mauer* („wall“), an anderer Stelle auch als

Schließmechanismen („everything keeps closing“; P:5, 8:8) und *Hindernisse* („the more I struggle the more [...] obstacles I meet“; P:5, 21:21). Aus seiner Anmerkung, die Menschen wollten ihm nicht helfen, geht hervor, dass diese Grenzen durch *gesellschaftliche Praktiken* hergestellt werden.

Hiemstra (2010) hat die Beteiligung all jener, die nicht undokumentiert sind, an der permanenten Regierung undokumentierter MigrantInnen als *gouvernementale* Technik konzeptualisiert. Mit dem Begriff der *Überwachung* (*surveillance*) beschreibt sie, wie die territoriale Grenze in das Innere des Staates überführt wird (ebd.: 87) und die *Überwachung* undokumentierter MigrantInnen nicht nur von den Einwanderungsbehörden, sondern auch von der nicht-migrantischen *Bevölkerung* ausgeübt wird.

„The concept of surveillance, as I employ it in this article, includes all acts that result in immigrants managing their mobility, visibility, and behavior, including but certainly not limited to explicit acts of direct state intervention. Therefore, everyday acts (for example, negative statements about immigrants by non-immigrants on the street) are equally as important as formal acts of policing mandated by law. Surveillance, as such, works as governmentality by both conscripting non-state actors to do this work and by maintaining immigrants in an unstable, weak position“ (ebd.: 88).

Obwohl Hiemstras These undokumentierte MigrantInnen als bloße Unterworfenen der Verhältnisse hinterlässt, wie ich bereits an früherer Stelle vermerkt habe (vgl. 3.2.2.: 44), zeigt ihr Ansatz doch sehr deutlich, warum sich Saoul als „a very low class man“ oder „low class citizen“ fühlt. Denn er wird in unterschiedlichen Alltagskontexten von jenen, die seine Anwesenheit mitregieren, positioniert und aus dem Staatsgebiet *hinausgewiesen*. Durch die Beteiligung der gesamten Bevölkerung an seiner Disziplinierung und Regierung *existiert* die Grenze nicht nur überall, sie wird auch überall *umgesetzt*. Das verdeutlicht auch Saouls folgende Schilderung, die sich auf seine Schulzeit bezieht.

„For me it was a lot of struggle in school, you know, I wanted to do the right things but (*seufzt und lacht*) ... everything keeps closing, you know. And then everybody's gonna say, everybody says me, you know, go back to, go back to your country. Go back, you don't wanna suffer (F: Who said that?) You know, my teachers. Teachers that didn't want me, you know, they have a, a bias against, you know, Hispanics. Teachers that are, you know, they say, oh you are too smart, you know ... you probably take some, you know, American jobs, something like that, you know. They have a, an agenda in their mind. I don't know but they, you can feel the, you know, their hate against, against you“ (Saoul P:5, 8:9).

Saouls LehrerInnen fordern ihn auf, in sein Heimatland zurückzugehen, wenn er nicht leiden möchte. Sie wollen ihn nicht, haben Vorurteile und Sorge um ihre eigene Position in der Gesellschaft, was Saoul dadurch ausdrückt, dass sie sich von seiner Intelligenz und seinen Fähigkeiten bedroht fühlen. Diese Hinausweisung erlebt Saoul als Grenze. Er bemüht sich, alles richtig zu machen, aber *alles schließt sich*.

Weil Saouls *Überwachung*, um in Hiemstras Begrifflichkeit zu verbleiben, über seinen

Aufenthaltsstatus legitimiert wird, wird der rassistische Gehalt der Handlung verborgen. Saoul erkennt dies jedoch und bemerkt, dass seine LehrerInnen Vorurteile gegen „Hispanics“ hatten.

Genauso wie diese immateriellen Grenzen unterschiedlich beschaffen sind – geschlossen oder teilweise durchlässig – finden die Erzählenden unterschiedliche Formen der Bewältigung. Ebenso wie die Abschiebung oft als Entschleunigung und nicht als Endpunkt betrachtet wird (vgl. 5.3.2.: 117), beschreibt Saoul, dass er auch die immateriellen Grenzen, denen er begegnet, als *Verzögerung* und nicht als Verunmöglichung sieht. Trotz der vielfachen Schwierigkeiten hat Saoul die Schule nämlich abgeschlossen.

„I don't mind that, you know, I don't mind that. If you have, if you have the potential to do, you know, like my friends I am, you know, they're also undocumented and they have big businesses and everything, you know. It takes more time to do those things but it's doable, you know. So I struggled a lot through, you know, through education but I finished it. I finished it, you know. Was really difficult because ... in the second year I just wanna give up, you know, because of so many obstacles“ (Saoul P:5, 7:7).

Und im Fall von Eduardo beförderte die Diskriminierung, die auch er in der Schule erfahren hatte, seine Politisierung und seine Radikalisierung.

„And so I graduated from highschool until I was 20, even though I was supposed to graduate when I was 18. There's a lot of injustices in highschool, too, for immigrants, so that's when I started becoming more, like, radical and radical“ (Eduardo P:1, 2:2).

Neidi erzählte, wie sich die Grenze im Inneren für sie fortsetzte und dadurch erfahrbar für sie wurde, indem sie als deviant markiert wurde. Zunächst ist diese Differenz dadurch gekennzeichnet, dass sie sich – ähnlich wie Saoul erzählt hat – unerwünscht fühlt.

„I think my very first year I was here I, I mean I realized I was somewhere different and it was so, so different that I understood that my life was gonna change radically. And I didn't understand *how* (*lacht*) radically was gonna change but I felt it, like I felt it as a child just knowing that I was different in a place ... that, you know, was not very embracing of *me* and so ...“ (Neidi P:4, 3:3).

Kurz darauf überführt Neidi das negativ aufgeladene Anders-Sein in eine positive Aussage (vgl. Castro Varela 2007: 195). In einem Gespräch mit dem Direktor des Gemeindezentrums, das seit ihrer Ankunft ein wichtiger sozialer Raum für Neidi ist, lernt sie, dass ihr Anders-Sein als migrantische Frau auch als Strategie gegen eine hegemoniale Praxis eingesetzt werden kann (vgl. ebd.), deren Markierungsrituale sie aus der Gesellschaft ausweisen.

„And then, he said, well, as you grow up, you gonna see more and more differences and, and because you're a woman, because you're an immigrant woman in this country, you're, you're gonna be so unique to what's gonna happen in the next generations. And,

that's what I needed to understand then, to know, something, I was different, (*lacht*) I was different but I was, and he said it, I was unique.“ (Neidi P:4, 5:5)

Neidi erkennt, dass die Differenz, mit der sie markiert wird, von ihr positiv umgewandelt werden kann. Differenz kann auch ermächtigen und das Selbstbewusstsein stärken.

Saouls Beispiel zeigt, dass immaterielle Grenzen auch im Sprechen verschoben werden. Er schildert den Dialog mit einem Richter, demgegenüber er die Grenzen, denen er begegnet, sichtbar macht, indem er sie anspricht.

„I once, you know, I went to pay a ticket to the judge. And the judge was saying: why is it that you don't have a driver's license, you don't own one? Because I'm not allowed to have a driver's license. Why is it you don't have a driver's? – well, I don't have a social security number. Well, you should know that it is – and, you know, he was calling me, telling me about the things, you know, this and this, and that and then I go ... and I say: your honor, with all the respect. I love this country more than you. Even you are American but I love more this country, more than you. Why is it? Go tell me. Why you love this country, why is it? Simple. To put your family in front, your freedom ... your health, everything ... you must love the place, you really must love the place. Because what I have, because what I can lose, because all the things that I struggle, everyday ... you must love the place, you know. He said, well, you're right, you really love this place. To be, to be humiliated, to be persecuted, to be, you know ... single-pointed, you know, so ... do you love the place? (*lacht*) You must love the place. So, I love this country, you know. I can always go back to Mexico, I can always go, yeah, but I'm still here. So, don't tell me that I don't love this country. Don't tell me that I don't assimilate, you know“ (P:5, 20:20).

Während der Dialog zunächst in ein routinemäßiges Verhör mündet, gibt Saoul dem Gespräch eine Wende mit dem Satz „I love this country more than you“. Er artikuliert damit eine Unmöglichkeit: Saoul liebt das Land als undokumentierter Migrant mehr als der Richter, der Amerikaner ist. Saoul tut hier etwas, das ich im Interview vielfach beobachtet habe: Er handelt widerständig und angepasst zugleich. Er weist die Belehrungen des Richters zurück, benennt seine täglichen Kämpfe und führt dem Richter die Absurdität der Situation vor Augen. Saoul widersetzt sich der hegemonialen Praxis seiner Disziplinierung. Gleichzeitig versichert er seine Liebe zum Land und die Bereitschaft zur Anpassung; implizit begründet er damit sein Recht auf Anwesenheit. Er verrückt bestehende Grenzen situativ und setzt gleichzeitig neue. Diejenigen, für die der Aufenthalt eine strategische Entscheidung ist und die nicht daran denken, sich anzupassen, positioniert Saoul im Sprechen außerhalb eines legitimen Rechts auf Anwesenheit.

Saoul bringt Herrschaftszustände in Bewegung und stabilisiert gleichzeitig Hegemonien.

Balibar (2002: 81) hat die immateriellen Grenzen im Inneren des Staates auch als *polysemisch* bezeichnet, nämlich als variabel in ihren Bedeutungen, abhängig von der Person, die ihnen begegnet. Er drückt damit aus, dass Grenzen für verschiedene

Subjekte unterschiedlich verlaufen. Olivia und Jeff haben darüber berichtet, dass das Gefühl der Scham über den fehlenden Aufenthaltstitel innerhalb der koreanischen Communities eine gesonderte Grenze konstituiert, wohingegen unter mexikanischen undokumentierten MigrantInnen relativ offen über diese Tatsache gesprochen wird.

„So that’s one of the things that we happen trying to do, like, community education and it’s kind of starting from a different base than other communities in which it might be much more acceptable to talk about your papers or, you know, I don’t have papers and in our community that’s just very hush-hush [*geheim*]. [...] So, like, while we might not as commonly be profiled by, say the cops in LA, I think it’s a different type of challenge for an undocumented Korean-American. It’s, I mean, yes, it’s nice not to be racially profiled but at the same time it’s hard to even come out in your own community, in your family, so I think that’s where it’s different in nature, and identity-forming, and the goals that we set for our community“ (Olivia P:2, 7:11).

Aus Olivias Erzählung geht hervor, dass der Aufenthaltsstatus als *interdependente* Strukturkategorie unterschiedlich erfahren wird. Undokumentiert-Sein wird auf vielfältige Weise vermittelt und organisiert sowohl die gesamte Gesellschaft als auch das einzelne Subjekt, was Olivia mit dem Begriff „identity-forming“ ausdrückt. Im konkreten Fall wird Undokumentiert-Sein durch die Beteiligung der gesamten Community *gouvernemental* hergestellt, weil Illegalität als soziales Tabu verhandelt wird.

Ähnlich hat Isaura argumentiert. Aus ihrer Schilderung geht hervor, dass auch das Faktum der illegalen Überquerung der nationalstaatlichen Grenze eine *nachhaltige* Ungleichheitslinie darstellt.

„It’s, this morning the conference that was, they’re saying that two million Asians are undocumented. Here. Nobody talks about that (F: In LA?) In LA, yeah, yeah. Nobody talks about it because it’s not politicized. That is not the problem. It’s, it’s the latinos, you know, it’s the colour of your skin and it’s the ... We as latinos are the more, are more obvious because those Asians are not the lower class, they’re probably middle class. People who have come with visas and have overstayed. So their struggle is not the same as our struggle, it’s different. You know, they’re not standing at a corner asking for a job. They don’t have to do that, they’ll probably have a job because they have skills. So it’s a different ... representation of immigrants, of undocumented immigrants ... different etnias so ... it’s, it’s a bit different. Although at the end of the day they’re also undocumented but they don’t, they don’t have that problems. Their problems are different I should say. Their different when the latinos really have that struggle at all levels (F: Which levels when you say all?) It’s not just that you have in your mind that you have a legal problem, it’s just you have to earn a living and it’s so obvious that you’re undocumented when you stand at a corner waiting for a job because you didn’t know how and you don’t even have the connections. So there’s nothing that supports you whereas other communities might be better organized“ (Isaura P:6, 10:10).

Isaura zufolge unterscheiden sich die Konditionen der Anwesenheit durch den Modus der Einreise. Während sie die *overstayers* zur Mittelklasse zählt, ist der illegale Grenzübertritt mit Kämpfen in jeder Hinsicht verbunden. Ihr Hinweis auf „different etnias“ zeigt, dass

auch wiederum die Kategorie der Einreise interdependent mit der Herkunft verschränkt ist. Nicht zuletzt greift Isauras Argument auch die Skandalisierung des illegalen Grenzübertritts auf.

Einer der Effekte der Matrix immaterieller Grenzen besteht darin, dass die undokumentierte MigrantIn täglich – häufig unbewusst – Grenzen überschreitet und deshalb ständig straffällig wird. Diese permanente *Kriminalisierung* undokumentierter MigrantInnen ist ein entscheidender Mechanismus ihrer Disziplinierung.

Denn Illegalität – wie De Genova (2002: 429) festgehalten hat – zielt nicht auf die Exklusion der MigrantInnen aus dem staatlichen Territorium ab, sondern im Gegenteil auf deren organisierte Inklusion unter der Bedingung ihrer andauernden Verwundbarkeit. Alltägliche Handlungen – wie Arbeiten oder Autofahren – werden in kriminelle Handlungen überführt, sobald sie von undokumentierten MigrantInnen ausgeführt werden (ebd.: 427). Saoul beschreibt, wie er zu einem widerständigen, weil kriminellen Subjekt *gemacht wird*.

„Here’s, you can’t have an ID but yeah, you can have this but you can’t have that. So ... I am an enigma to, you know, to the system. But they wanna be protected (*lacht*) Isn’t that contradictory by itself? Very contradictory, so, you suffer a lot. Why? Because ... for everything you wanna do, you wanna pay your taxes, you wanna have your registration, you wanna drive, you know, safely, you know. Take the exams everything, to be, you know, liable for, you know, whatever you do, driving, you know. They don’t let you. So you become (*seufzt*), you know, a criminal, right away. According to their, you know, their view. According to their view, you’re a criminal anyway, you know. And in that sense, you’re the worst criminal even worse than an assassin, worse than a, you know, under their view you’re a criminal because your only, your only guilt is crossing the border. That’s, you know, that’s a big issue, you know. And they wanna make it a big issue and wanna make it very punishable, you know. So ... it’s a big burden, you know. So everything you wanna do, you always end up, you know, you don’t do right things. But you always end up, you know, trying to (*seufzt*) ... you know, to – they’re always trying to criminalize you for something, you know. Trying to support your family, you need to drive or you need to do something, okay, here it comes, you’re just a criminal. You don’t have a driver’s license, they take your car, take your money and, and there you go“ (Saoul P:5, 16:17).

Aus Saouls Schilderung geht bildlich hervor, dass die Grenze, die er illegal überquerte, nicht nach der Überquerung endet, sondern sich im Inneren fortsetzt. Sie ist als solche überall.

Die Desillusionierung vieler meiner InterviewpartnerInnen nach der Ankunft und ihre retrospektiv eingeräumte Naivität (vgl. 8.1.2.) führe ich auf die Unkenntnis bzw. Ausblendung dieser Fortsetzung und Verzweigung der Grenze im Inneren zurück. Die Vorstellung, ein markiertes Risiko einzugehen und danach ein besseres Leben zu beginnen, hat sich als trügerisch erwiesen.

Saoul berichtet davon, dass die Summe seines täglichen Handelns als Gegensatz zur hegemonialen Ordnung reguliert wird. Indem Saoul einfach sein Leben führt, wird er

bereits als widerständig markiert. Die Last („burden“), von der er spricht, deutet an, dass seine Anwesenheit innerhalb eines Affektregimes geregelt wird (vgl. 8.2.2.)

Während andere einfach fahren können, wird Saouls Fahren als widerständige Praxis hergestellt. Das Seufzen, von dem seine Erzählung unterbrochen wird, legt nahe, dass ihn dieser tägliche Stress erschöpft. Die Nicht-Intentionalität seiner Widerständigkeit macht Saoul auch kenntlich, indem er mehrmals darauf verweist, dass er den Regeln folgen will. Interessant ist, dass er sich dabei *selbst* außerhalb eines gesellschaftlichen Kollektivs positioniert.

„No, as I told you, this is, this is a, I'm a guest, I'm a guest in someone's house, you know. I don't apply the rules, I don't make the rules, you know, you follow the rules, you try to follow the rules. Sometimes, you know, the opportunity hits you and you take it, sometimes it doesn't but you don't, you don't try to impose nothing because, you know, you always wanna end up, you know, loosing, you know. Because you don't have a right, you don't have nothing to show, you know“ (Saoul P:5, 8:8).

Saoul markiert sich selbst als different und außenstehend; als jemand, der keinen Einfluss auf die Produktion der Regeln hat, die innerhalb des Kollektivs, in dem er lebt, Gültigkeit haben.

Er präsentiert sich als Gast in einem fremden Haus, der diese Regeln zu befolgen versucht. Saoul aktiviert eine Raummetaphorik, die Raum als Besitz bestimmter Gruppen deklariert (vgl. Castro Varela 2007: 46). Er markiert ein Machtungleichgewicht, er ist derjenige, der keine Rechte hat, keine Papiere herzeigen kann. Wenn Saoul die Regeln herausfordert, wird er daher immer verlieren. Aber Saoul weiß eine *Möglichkeit zu nutzen*. Innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse ist er sich seiner subalternen Position bewusst, aber in deren permanenter Dynamik und Verschiebung entdeckt er Handlungsspielräume und macht sie sich auch zunutze.

Etwas später greift Saoul noch einmal das Thema der Regeln auf. Auch hier wird deutlich, dass die widerständige Handlung nicht immer durch ihre Intentionalität gekennzeichnet ist.

„Yes, yes, that's how the system – see, that's one other thing you must understand that's immigrant – and immigration reform is not an amnesty ... like most Americans say: uh it's an amnesty. No, the reform must give more, more chances to me to follow the rules. And that's it, you know. I don't mind, I don't mind the rules. I pay the fine, yes, (?) to register, I'm getting my ass deported, you know. There's no need to be here just to screw. You know what I mean? What the hell do you loose? I mean you're risking your life, you're risking, you know, everything, just to screw? You know? Just to be messing around here? It makes no sense to me, you know ...“ (P:5, 20:20).

Saoul ist nicht gekommen, um sich über alles hinwegzusetzen und dadurch ständig in Schwierigkeiten zu geraten. Warum sollte er auch? Er ist weder ein revolutionäres Subjekt noch ein subalternes Opfer der Verhältnisse. Er hat schließlich sein Leben riskiert, um

hier zu sein, und versucht nun alles richtig zu machen, um sein Leben auch fortsetzen zu können. Eine Reform der Einwanderungsgesetzgebung sollte seiner Meinung nach deshalb das Dickicht immaterieller Grenzen entwirren und ihm die Möglichkeit geben, mehr Kontrolle über seine Lebensumstände zu erhalten. Saoul hat Ähnliches zuvor mit dem impliziten Wunsch artikuliert, selbst zuständig („liable“) sein zu können für das, was er tut.

Wie er zuvor bemerkt hat, weiß Saoul eine sich bietende Möglichkeit zu nutzen, aber er wägt auch ab, wann ein Risiko zu groß ist und er davon absehen sollte. Wie Klaas (2008: 158) in Auseinandersetzung mit Foucault argumentiert hat, „gibt es im Aufeinanderprallen der Mächte Spielräume der Reaktion“ – nämlich sich ihr zu unterwerfen („follow the rules“) oder Widerstand zu leisten („the opportunity hits you and you take it“).

Aus Saouls Schilderung geht auch hervor, dass sich geringfügige Gesetzesverstöße für undokumentierte MigrantInnen in ihrer Auswirkung potenzieren können, was dazu führen kann, dass ein minimales Verkehrsdelikt den gesamten Abschiebeapparat in Gang setzt. Saouls oft geäußertes Streben, alles richtig machen zu wollen, betrachte ich in Zusammenhang damit, die Handlungen so auszurichten, dass diese Abschiebemaschinerie eben *nicht* aktiviert wird.

Er bezahlt deshalb eine Geldstrafe, auch wenn er sie als ungerecht empfindet. Saoul weiß auch, dass kommodifizierend auf ihn zugegriffen wird. Er hat im Interview mehrmals darauf hingewiesen, wie versucht wird, seine Anwesenheit in Wert zu setzen.

„[...] as I told you, okay, I'm allowed to have a car, I'm allowed to have insurance, I'm not allowed to have a driver's license. And it's very ironic and hypocrite because it seems the system works only to take money out of you, to abuse you. Always, it's very clear“ (P:5, 16:16).

Saoul fürchtet jeden Tag, bei der Autofahrt geschnappt zu werden. Aus seiner Erzählung geht hervor, dass er im Fall einer Kontrolle *doppelt* bestraft wird: Er muss die Strafgebühren zahlen, sein Auto wird abgeschleppt *und* er wird abgeschoben. StaatsbürgerInnen hingegen werden nur einmal bestraft (Nyers 2008: 134).

„Well, I just say, well first of all, everything falls ... I mean even a regular citizen, even with papers, you know, even when you're documented it's very hard in California. Every ticket is more than 500 dollars, so it's a big burden in your pocket, you know, so – I mean everybody has a big crunch in your stomach when you get stopped because you know you're gonna, it's gonna hurt. For us it's even worse, you know. Because they're gonna take the car, we're gonna pay them, you know, the fine. And if they wanna deport me, you know, if they, you know, if they wanna deport me they will deport me, so I will loose everything. I'll loose my family, everything, you know. Right in a blink. And they don't care, they're very callouses [sic!]. They don't care, they will look at your eyes and they will say, like: you're just an animal. No, you're worse than an animal because animal has a purpose on life. It's either it's gonna end up in burgers, it's gonna protect your house, as a pet, but for us they don't see us that way. They see us as a menace, like a pest. That's the way it is. Because they don't, I mean I, me as a human I don't have the heart to

separate a family, a nice guy that is working, for any situation, for any, for any, any reason to destroy his, his life in a blink of a second. And they do it, they do it. They have the power, they have the will and, you know, they do it. You see it in the news, you know, you only, you know, you can only imagine those things when you're in, in my shoes, you know" (Saoul P:5, 19:19).

Zugangsgrenzen und Deportabilitätsgrenzen fallen in dieser Geschichte zusammen. Weil Saoul nicht Auto fahren darf, muss er zahlen *und* wird abgeschoben. Saoul hat gleich mehrere Grenzen überschritten. Der perfide Trick dabei ist, dass die Grenzen, die akute Deportabilität erzeugen, ständig an einem anderen Ort neu gezogen werden. Weil diese Grenzen deshalb immer und immer überall sind, kann man sich nirgends sicher fühlen. Saoul macht auch klar, dass die Abschiebung nicht obligatorisch, sondern häufig ein willkürlicher Akt ist.

Deportabilitätsgrenzen trennen riskante Orte von relativ sicheren. Sie schränken damit auch innerhalb des staatlichen Territoriums Räume ein. Riskant sind Orte dann, wenn Deportabilität akuter wird, weil der jeweilige Ort mit erhöhter Überwachung und Kontrolle oder einem wahrscheinlichen Kontakt mit Behörden verbunden ist. Neben Flughäfen kann so auch die Schule zu einem riskanten Ort werden. Obwohl Isaura Englisch lernen wollte, ließ sie ihre Mutter nicht zur Schule gehen aus Angst, eine Bürokratie in Gang zu setzen, die früher oder später den Besitz einer Sozialversicherungsnummer erforderlich machen könnte (Isaura P:6, 11:12). Dieses Geflecht an Grenzen schränkt die Mobilität von undokumentierten MigrantInnen auch innerhalb eines Staates ein und zwingt sie zur ständigen Kalkulation ihrer Bewegungen (Talavera et al. 2010: 175). Diese sowohl innerhalb des Staates als auch über die Staatsgrenze hinweg eingeschränkte Mobilität wird von vielen undokumentierten MigrantInnen als große Belastung empfunden. Esteban hat etwa im Jahr 2004 das letzte Mal seine Eltern in Mexiko gesehen (P:7, 8:8) und Jeff äußert sich bedrückt darüber, dass er nicht Auto fahren darf und daher Ziele in L.A. schwer erreichen kann (Jeff P:2; 3:3).

Immaterielle Grenzen werden unter Umständen auch erst durch die Person, die sie erlebt, gezogen (Nyers 2008: 129).

Oft werden etwa Leistungen aus Furcht vor Entdeckung nicht in Anspruch genommen, obwohl diese Furcht in einem konkreten Fall unbegründet sein mag. Ein Anwalt in L.A. erzählte mir, dass einige MigrantInnen die kostenlose Rechtsberatung in seiner Anwaltskanzlei nicht in Anspruch genommen haben, weil die Fahrzeuge einer Busvermietung im selben Block den Bussen von ICE ähneln. Hier kommt die Anrufung zur gouvernementalen Selbstregierung an die MigrantInnen selbst ins Spiel (vgl. 8.2.2.).

Eine Interventionsstrategie, die Eduardo im Interview präsentiert hat, besteht daher darin, riskante Orte sicherer zu machen. Im Rahmen selbstorganisierter Patrouillen nach dem

Vorbild der Black Panther-Bewegung organisieren die Einwohner migrantischer Viertel Nachbarschaftswachen zum Schutz gegen das LAPD und ICE (vgl. auch 8.3.1.).

Estebans Beispiel demonstriert die Unvorhersehbarkeit von Grenzziehungen. Esteban war 2008 mit einem nicht registrierten Wagen von L.A. nach New York unterwegs. Er wollte im Rahmen einer Studienreise den Hauptsitz der Vereinten Nationen besuchen (P:7, 3:4) und wurde – durch *racial profiling*, wie Eduardo erzählte (P:1, 11:11) – von den Behörden aufgegriffen. Weil er kurz darauf um Asyl angesucht hat, wurde Esteban nicht gleich abgeschoben, sondern gelangte in ein Verfahren, das ihm half, Zeit zu gewinnen. Die immateriellen Grenzen haben sich für Esteban dadurch teilweise re-konstituiert. Esteban kam mit dem Plan in die USA, das College und danach die Universität zu besuchen. Doch weil das Asylverfahren mit großer Wahrscheinlichkeit negativ entschieden wird, verkürzt sich die Dauer seines Aufenthalts, was sich auf Estebans Studienpläne auswirkt.

„But it’s, but it’s ... like, some of the small circumstances [Asylverfahren] are, have put my ... have delayed my, my, my goals. So, but nevertheless I’m now almost finishing (F: And your goals have been to study?) Yeah, to study and sort of ... like, what I want to, to, to, to do originally was to go to law school but that’s to me, right now it’s not, it’s really irrelevant and it’s not within, within my goals nor within, within my ... range of opportunities. So for me right now it’s just to finish school and then I don’t know what else is next for me to come for as far as opportunities, as far as what other goals I have but, but currently I’m going through some circumstances right now“ (Esteban P:7, 3:3).

Esteban artikuliert hier meiner Einschätzung nach zweierlei: Erstens, dass er – wie es auch Saoul ausgedrückt hat (vgl. Seite 177) – das schwebende Asylverfahren nicht als das Ende auf dem Weg zu seinem Universitätsabschluss, aber als *Verzögerung* betrachtet. Esteban lässt sich nicht aufhalten, denn er nutzt seine Möglichkeiten (Asylverfahren), aber die Verfolgung seiner Ziele wurde *entschleunigt* („have delayed my goals“).

Zweitens lese ich Estebans Schilderung als de-skandalisierende Darstellung (vgl. 8.1.1.) der Kondition von Deportabilität, die auf ihn wirkt. Esteban spricht nicht von Hindernissen oder Schwierigkeiten, sondern von Umständen („circumstances“), zu Beginn sogar von geringfügigen Umständen („small circumstances“). Angesichts der doch schwerwiegenden Folgen der Abschiebung für Esteban wird die De-Skandalisierung in seiner Erzählung möglicherweise als ein Schutz vor Verwundbarkeit angewandt.

Die Taktiken der Erzählenden zeigen, dass Grenzen durch die migrantische Aktivität auch im Inneren porös gemacht und deshalb auch immer wieder neu gezogen werden. Bojadžijev (2008: 119) hat darauf hingewiesen, dass die Kraft, die aufgewendet werden

muss, um nationalstaatliche Grenzen überhaupt realisieren zu können, bereits auf machtvolle widerständige Handlungen hindeutet. Ebenso ist die Aufrechterhaltung und permanente Re-Organisation der Grenzen im Inneren auf ihre repressive Disziplinierung sowie auf indirektere, diskretere gouvernementale Formen ihrer Regierung angewiesen. Saouls Beispiel, aber auch Estebans Geschichte haben gezeigt, dass Widerstand nicht notwendigerweise intentional ausgeführt wird, sondern – gerade, was die Überschreitung immaterieller Grenzen betrifft – erst von der machtüberlegenen Seite als solcher markiert und hergestellt wird.

8.2. Eigen-Sinnige Subjektkonstitutionen

8.2.1. Transkodierung als Interventionstaktik

In der Kategorie der MigrantIn verschränken sich Formen der *juridischen* und der *produktiven* Macht (vgl. Butler 2001: 82). Die *juridische* Macht wirkt auf Subjekte ein und zwingt sie zur Unterordnung. So etwa der repressive Gesetzesapparat des Einwanderungsrechts oder die zahlreichen Verordnungen auf Gemeindeebene, die Rechte undokumentierter MigrantInnen oft indirekt beschneiden (z.B. die Ausweisungspflicht bei Mietvertragsunterzeichnungen).

Die *produktive* Macht bringt das Subjekt hervor und formuliert es diskursiv (ebd.). Diese Form der Macht wird insbesondere in den alltäglichen Handlungskontexten wirksam.

Weil die Macht über diese Subjektivierungsprozesse operiert, richten sich Widerstände auch zunehmend gegen die Formen der Subjektivierung selbst (vgl. Pieper 2007: 220).

Im Kontext der Untersuchung bedeutet dies, dass undokumentierte MigrantInnen Devianz und Norm neu verhandeln und dadurch zugewiesene Plätze und Anteile in Unordnung bringen.

Hall (2004: 158ff.) hat die *Umdeutung* von *Bedeutung* als Transkodierung bezeichnet. Praktiken der Stereotypisierung werden dabei gestört, indem existierende Bedeutungen angeeignet und neu besetzt werden. In Kapitel 4 habe ich Transkodierung am Beispiel der Begrifflichkeit der „undokumentierten MigrantIn“ veranschaulicht.

In „Subjekt und Macht“ hat Foucault (2005a: 245) darauf hingewiesen, dass sich Widerstände immer auch gegen Mysterien, Deformationen und Mystifikationen richten, die man den Menschen aufzwingt. Transkodierung kann in diesem Sinne als eine Widerstandsstrategie bezeichnet werden, die Wahrheits- bzw. Wissensregime in Frage stellt.

„Denn ‚Nicht regiert werden wollen‘ heißt schließlich auch: nicht als wahr annehmen, was eine Autorität als wahr ansagt, oder jedenfalls nicht etwas als wahr annehmen, weil eine Autorität es als wahr vorschreibt“ (Foucault 1992: 14).

Die diskursiv stabilisierte Ordnung von Etablierten und Außenseitern, dem Eigenen und dem Fremden (Höhne et al. 2005: 9) wird durch Transkodierung in Alltagskontexten oft situativ verschoben und irritiert. Das Ziel von Transkodierung seitens der Erzählenden liegt darin, „Fremddefinition und Assimilierungsdruck“ (Castro Varela 2007: 260) zu widerstehen.

In Kapitel 3.3.1. habe ich *Weiß-Sein* als hegemonial akzeptierte und erwünschte Form der Subjektivierung definiert. Weiße bilden in diesem Sinne die normale Gruppe ab, deren Praktiken als selbstverständlich und natürlich wahrgenommen werden (vgl. Lorey 2006).

Das Normale Weiße infiltriert alle Bereiche des Lebens als *Zwangsprinzip* (vgl. Foucault 1994: 237). Weiß-Sein als zentrales Element des Amerikanismus (vgl. 5.1.: 70) war damit auch ein historisch konstanter und effektiver Mechanismus zur Disziplinierung der devianten Anderen und zur Privilegiensicherung der normalen und normalisierten (vgl. Foucault 1994: 237) homogenen Gruppe.

Aus Saouls folgender Schilderung geht hervor, wie Weiß-Sein als implizite, unsichtbare gesellschaftliche Forderung sein Leben beeinflusst.

„I went to school, you know. Thanks god to this country, they gave me, you know, education, you know. Even though I have it in Mexico also. But thank god that I got education and I got to assimilate, you know, so ... I do my part, you know. It's just (*lacht*) ... I feel, you know, that the more I struggle the more the, (*lacht*) you know ... obstacles I meet. But that's life, life is obstacles. Life is challenge. And only the ones who ... fit survive the game. You know, for everything, for every society. Some people have it easy, some people don't (*lacht*) ... [...] Yeah, some people have it easy, you know. Being white in America. That means there's no racial profile for you. That's a lesser burden for your life, uh? (*lacht*) Who's gonna stop you if you're so blue eyes, white? But you see a, you know, dark skin, short, you know, hispanic looking and they stop you (*lacht*) Let me take advantage of you, you know. Let me do this, let me do that because, you know, I got the right“ (Saoul P:5, 21:21).

Saoul artikuliert sich hier widerständig, weil er benennt, was eigentlich unwahrnehmbar bleiben soll. „Being white in America“ bedeutet, es leicht zu haben, nicht rassifizierend markiert zu werden, nicht *profiled* zu werden, eine Last weniger zu haben im Leben.

Dunkle Haut zu haben, ein hispanisches Äußeres bedeutet, rassifiziert, angehalten, übermäßig kontrolliert und ausgenutzt zu werden. Saouls Schilderung impliziert hier zunächst zweierlei: Es gibt Weiße, die es leicht haben, und es gibt die Anderen, die er äußerlich beschreibt, aber nicht als Gruppe benennt – etwa als Schwarze oder People of Color. Auch wenn Saoul die Anderen nicht bezeichnet, wird klar, dass die Anderen aufgrund rassifizierter Zeichen wie Hautfarbe und Körpergröße gewaltvoll *hergestellt* werden. Sie werden hergestellt durch Kontrolle, Schikane und Ausbeutung. Es ist auch klar, wo Saoul sich verortet. Er kämpft, muss ständig Hürden bewältigen, das tägliche Leben ist eine Herausforderung für ihn.

„Being white in America“ sichert Zugehörigkeit und die damit verbundenen Privilegien, während „hispanic looking“ als außerhalb dieser Zugehörigkeit verortet wird. Zugehörigkeitsregime sind ursächlich dafür, dass Saoul zwar der hegemonialen Anrufung nach *Assimilation* folgt, aber all seine Bemühungen mit Hürden beantwortet werden (vgl. 8.1.3.).

Foucault (2005a: 245) hat aufgedeckt, dass Macht dort am stärksten wirkt, wo sie ihre Funktionsweise verbirgt. „Weiß-Sein“ bleibt immer weitgehend unmarkiert, während das als anders Konstruierte bezeichnet und sichtbar gemacht wird (Lorey 2007).

Die *illegal aliens* als partikulare Gruppe sind in den Diskursen immer wahrnehmbar, wohingegen Weiß-Sein nie erkennbar wird. So wie Mensch hegemonial mit Mann gleichgesetzt wird, wird auch weiß als akzeptierter Teil der dominanten und dabei nie sichtbaren Gruppe angenommen. Sichtbar wird erst, wer abweicht. Unsichtbarkeit ist damit nicht nur ein Privileg (McIntosh 1988), sondern ein zentraler Herrschaftsmechanismus.

Doch die Unsichtbarkeit ist instabil (Frankenberg 2001) und daher veränderbar. Sie funktioniert nur, solange sie nicht herausgefordert wird. Butler (2006: 62) hat in Weiterführung von Foucaults Machttheorie festgestellt, dass Macht mittels Verstellung operiert. Sie tritt also maskiert in Erscheinung, sodass sie erst entlarvt werden muss, bevor ihr widerständig entgegengetreten werden kann.

Weiß-Sein ist unmittelbar mit dem Anspruch verknüpft, Andere zu objektivieren, kollektiv zu bezeichnen und abzuwerten (Wollrad 2007: 46). Umgekehrt werden die Anderen wesentlich dadurch bezeichnet, dass sie Weiße *nie* benennen. Von ihnen wird vielmehr Passivität erwünscht und erwartet, welche in der Zuweisung der Opferrolle eine klassische Ausdrucksform findet. Dieser Zuweisung hat sich Saoul verweigert. Stattdessen hat er die Definitionsmacht ergriffen und die Unsichtbaren kenntlich gemacht (vgl. ebd.: 46). Saoul sät damit an *dem* Funktionsprinzip weißer Subjektivierung, der Vermittlung von Weiß-Sein als Normalität.

Er markiert in seiner Schilderung, wie Rassismus Machtverhältnisse legitimiert und aktualisiert. Er bezeichnet diese Machtbeziehungen als Spiel, das nur diejenigen gewinnen können, die *hineinpassen*. Saoul weiß, dass er nicht passt, und er weiß, dass er *dieses* Spiel deshalb nicht gewinnen kann. Er hält sich deshalb nicht an die Spielregeln, sondern greift das *rassifizierte Repräsentationsregime* an (vgl. Hall 2004: 158).

Ruth Frankenberg (2001) bezeichnet Weiß-Sein als einen Prozess, der sich „in unterschiedlicher Weise an verschiedenen Orten und in verschiedenen sozialen Beziehungsnetzen“ gegen Widerstände vollzieht.

Ein zentraler Ort dieser Reibung ist die Schule. Als Disziplinarinstitution (Foucault 1994: 271) vermittelt die Schule Normalität als Referenzrahmen für selbstverständlich und natürlich wahrgenommene alltägliche Praktiken (Lorey 2006). Neidi, Saoul und Eduardo haben darüber berichtet, wie hart und ungerecht sie die Schulzeit empfunden haben. Sie alle haben über die Benachteiligung als MigrantInnen *und* als MexikanerInnen berichtet, was die Überlappung der Ungleichheitslinien veranschaulicht.

Für Neidi wurde die Diskriminierung in der Schule in ihren ersten Monaten in den USA akut, die mit dem gesetzlichen Ende der zweisprachigen Erziehung in Kalifornien zusammenfiel.

„... that year 1997, that was a year that also prop 200¹⁶² [sic!] in California passed that got rid of bilingual education. And so, my generation of recent immigrants, that year those children that started school September 1997 really got to see and feel the direct effects of getting rid of bilingual education in California. Because I had no longer ... I mean I was literally thrown into a classroom where it was only English speaking students, and even though there were other Latino or Latino heritage students, that spoke Spanish, we weren't allowed to speak Spanish in the classroom ...“ (Neidi P:4, 3:3).

Neidi erlebte die Schule in den USA als einen Ort der Anpassung und der Gewalt. Sie war erst neun Jahre alt, als sie in den USA ankam, und konnte noch kein Englisch. Durch das Verbot, spanisch zu sprechen, wurde Neidi deshalb auch sprachlos. Sie war wütend, weil sie sich nicht ausdrücken konnte, und weinte jeden Tag, weil sie nicht zur Schule gehen wollte (Dominguez 2006).

Die Abschaffung der zweisprachigen Erziehung in Kalifornien Ende der 1990er Jahre steht in engem Zusammenhang mit der Durchsetzung einer Grammatik des Amerikanismus und der damit verbundenen Forderung nach Assimilation. Assimilation impliziert dabei immer eine erwünschte Form der Subjektivierung, die sich wiederum durch die Nähe zum Weiß-Sein auszeichnet und damit Normalität durchsetzen will. In der Schule als Disziplinarinstitution wird Normalität zum Imperativ, der Unterricht und die Erziehung standardisiert (Foucault 1994: 237), denn „[in] den Disziplinen kommt die Macht der Norm zum Durchbruch“ (ebd.).

In ihrem Kurzfilm erzählt Neidi, wie sie sich gegen ihre Disziplinierung im Klassenzimmer zur Wehr gesetzt hat.

„One day I remember they were doing math. You don't need English to understand numbers, so I could do math. I raised my hand because I knew the answer. The teacher kept up ignoring me. I really wanted to participate. Finally, I got so frustrated I stood up and slapped the desk and said: ‚I don't comprehend.‘ Because I wanted to say the answer and I wanted to say I just don't understand. I was so angry, everyone laughed“ (Dominguez 2006).

Die Disziplinarinstitutionen wollen eine Ordnung herstellen, die sich um die Normalität sortiert. In diesen Normalisierungsprozessen stehen nicht die Subjekte im Vordergrund, sondern die Subjektivierungsweisen, die Durchschnitte und Abweichungen markieren (vgl. Lorey 2007). Darum wurde Neidi auch aufgefordert, englisch zu sprechen und nie spanisch.

Doch Neidi hat sich gegen den normalisierenden Zugriff gewehrt und auf den Tisch geschlagen, weil sie ihre Sprachlosigkeit wütend machte und sie nicht teilnehmen konnte.

¹⁶² Unter dem Titel „English for our Children“ endete mit *Proposition 227* im Jahr 1998 die zweisprachige Erziehung (Englisch/Spanisch) für migrantische Kinder in Kalifornien.

Das Lachen ihrer MitschülerInnen, als Neidi sich in schlechtem Englisch artikuliert, erinnert sie an ihre Devianz. Sie werden erst dann nicht mehr lachen, wenn Neidi fließend Englisch spricht und sich in den homogenen Schulklassenkörper einordnet.

In einem anderen Kontext hat Saoul sehr Ähnliches berichtet. Denn auch in seiner Erzählung geht es um hegemonial erwünschte und akzeptierte Subjektivierungsweisen.

„And from your own people, sometimes, you know, Mexican Americans, every, every culture has those things, anyway (F: Who are citizens?) Mexican Americans, people, you know, Mexican descendant or hispanic descendant, they, they were born over here¹⁶³, they also have a hate against [*undocumented*] immigrants. You know, here it comes the wetbacks, here it comes the, you know, the *paisa* [*abwertend, wörtlich: Bauer*] (F: They use this language?) They, they, they have a different derogatory, you know, languages, the worst *paisa*, you know, like, *paisano*, *paisa*, you know, means like, you know, low level citizen (*lacht*) I don't know, it's just something, you know, they have those things, you know. So you also feel pressure from your own people, people that been born over here that think that they are 100 percent Americans, you know, they, you know ... we call them (*lacht*) coconuts (F: Coconuts like the fruit?) Yeah, coconuts (F: Why?) Because they're brown from the outside and they feel white inside (F: Oh, okay) The Chinese, they have the same thing, they have bananas. They feel white inside but they're yellow outside (F: Never heard that) Yeah so, you know, as, as, those things are, you know, playing language to tell you what kind of people they are, you know“ (Saoul P:5, 11:12).

Einen Anstoß zum besseren Verständnis von Saouls Schilderung hat mir Kenji Yoshino in seinem Buch „Covering“ geliefert.

Yoshino (2007) schildert eine spezifische Konfiguration von Rassismus in den USA, der rassistisch Diskriminierte mit der Strategie des „covering“ begegnen. Rassismus, so Yoshino, richte sich in dieser spezifischen Konfiguration nicht gegen eine essentialisierte Gruppe, sondern gegen deren essentialisierte *Kultur*. Wird dieses antizipierte „kulturelle“ Verhalten von Einzelnen abgelegt, also *verdeckt*, ist dies ein Mittel, um Diskriminierung zu begegnen. „Outsiders are included, but only if we behave like insiders – that is, only if we cover“ (ebd.: 22). Yoshino beschreibt diese Beobachtungen anhand seiner Studienzeit in Harvard, wo er etwa von einem Vortragenden mit Behinderung berichtet, dessen Körper bei Vorlesungsbeginn immer bereits hinter einem Tisch verborgen war (ebd.). Aus diesen Beobachtungen zieht Yoshino folgenden Schluss – auch in Hinblick auf seine auf dem Campus versteckte Homosexualität:

„This was progress: individuals no longer needed to *be* white, male, straight, Protestant, and able-bodied; they needed only to *act* white, male, straight, Protestant, and able-bodied. But it was not equality. The message for an Asian-American closeted gay student was clear: downplay your ethnicity and your orientation. Don't uncover yourself“ (ebd.).

¹⁶³ Die Bezeichnung *Mexican Americans*, die ich nicht ins Deutsche übersetze, bezeichnet US-StaatsbürgerInnen mexikanischer Herkunft. In aller Regel wird dabei nicht auf naturalisierte, also eingebürgerte StaatsbürgerInnen Bezug genommen, sondern auf Personen, die, wie Saoul bemerkt, bereits in den USA geboren wurden.

Welchen Aufschluss liefert Yoshino nun hinsichtlich einer migrantischen Widerständigkeit?

Entscheidend ist, dass sich Subjekte *weiß* und damit entsprechend der hegemonialen Norm verhalten, um Zugehörigkeit zu erlangen. Akzentfrei englisch sprechen, die Muttersprache möglichst wenig und, wenn überhaupt, nur zu Hause, in weißen Vororten leben, eine weiße PartnerIn heiraten, die Haare glatt tragen und nicht im Afro-Style usw. Das Beispiel eines Gerichtsentscheids aus dem Jahr 1981, das meines Wissens bis heute nie widerrufen wurde, zeigt auf, wie abweichendes Verhalten von der weißen hegemonialen Norm sanktioniert wird. (vgl. ebd.: 131f.) Die Flugbegleiterin Renee Rogers klagte gegen das Unternehmen American Airlines, das für das Personal Bekleidungsrichtlinien vorgesehen hatte, die unter anderem das Tragen eines *all-braided hairstyle* im Dienst untersagten. Obwohl dieser Frisurstil allen MitarbeiterInnen (also auch weißen) verboten wurde, betraf er primär afroamerikanische Frauen, da diese ihr Haar häufig in dieser Zopftechnik tragen. Rogers, die ihr Haar ebenfalls in *braids* trug, klagte gegen die Fluggesellschaft wegen Verstoßes gegen Titel VII des *Civil Rights Act* von 1964, der rassistische und sexistische Diskriminierungen durch den Arbeitgeber verbietet. Die Klage wurde mit der Begründung abgewiesen, dass die Bekleidungsrichtlinien der Fluggesellschaft weder Frauen noch Schwarze diskriminieren würden, sondern nachvollziehbare Unternehmenspolitik seien (vgl. *Rogers vs. American Airlines* 1981).

In diesem Urteil wird deutlich, dass die *veränderbaren* Aspekte einer rassifizierten Gruppe¹⁶⁴ (Frisur) nicht in demselben Maße geschützt werden wie die unveränderbaren (Hautfarbe; vgl. Yoshino 2007: 131). Yoshinos Theorie wird in diesem Beispiel gewissermaßen erhärtet, denn es enthält eine eindeutige Botschaft: Man kann zwar Schwarz sein, aber man muss sich weiß *verhalten*. Rassistische Diskriminierung wird durch weißes Verhalten zwar nicht ausgelöscht, aber bewältigbarer.

Viele *Mexican Americans* verhalten sich in diesem Sinne entsprechend der hegemonialen Anrufung als weiß.

Obwohl die *Jim Crow*-Gesetze teilweise auf sie selbst angewandt wurden, waren viele *Mexican Americans*, insbesondere der Mittelklasse, vehemente Befürworter der weißen Überlegenheit und der Umsetzung von *Jim Crow* (vgl. Foley 1998: 53f). Ihre Forderung

¹⁶⁴ Yoshino operiert mit dem – im US-amerikanischen Sprachgebrauch durchaus üblichen – Begriff der „racial identity“, den ich allerdings für vielfach problematisch erachte. Der Begriff suggeriert die Kategorie „Rasse“, welche ich bereits an anderer Stelle diskutiert habe (vgl. 3.3.1.: 55), und unterstellt eine relativ homogene „Identität“, die sich wiederum aus der Zugehörigkeit zur Rasse ergibt. Ich ziehe stattdessen – wie bereits festgehalten – vor, von einer *rassifizierten Gruppe* zu sprechen (vgl. ebd.). Gemeinsame sichtbare Ausdrucksformen einer rassifizierten Gruppe, die etwa durch Bekleidung ausgedrückt werden, führe ich in diesem Sinne nicht auf eine kollektive „Identität“ zurück, sondern auf eine kollektive Diskriminierungserfahrung, der durch Strategien wie etwa das „acting black“ widerständig entgegengetreten wird.

nach Gleichbehandlung beruhte nicht auf einer Anklage rassistischer Gesetze und Praktiken, sondern auf der Überzeugung, dass sie selbst weiß seien.¹⁶⁵ Eine Nähe zu People of Color wurde deshalb häufig sehr ablehnend zurückgewiesen. Diese Strategie speiste sich aus der Beobachtung, dass Zugehörigkeit zu einer rassifizierten Gruppe die staatsbürgerlichen Rechte aufweicht (vgl. 3.3.2.: 61). Historisch gab es daher seitens vieler *Mexican Americans* immer wieder Bemühungen, sich als weiß durchzusetzen und sich von kürzlich eingewanderten MexikanerInnen abzugrenzen.

Saoul führt an, wie *Mexican Americans* MigrantInnen wie ihn kollektiv bezeichnen, was als ein typisch weißer Herrschaftsgestus betrachtet werden kann. Saoul bezeichnet die Benennung als „wetbacks“ oder „paisa“ als abwertende Sprache, wobei für ihn die schlimmste Bezeichnung „paisa“ ist, ein Bürger zweiter Klasse. Saoul erfährt durch diese Benennung eine Festlegung und, weil die Anrede verletzend ist, auch eine Herabwürdigung (vgl. Butler 2006: 10). Butler hat bemerkt, dass der Adressat durch das verletzende Sprechen *Kontext* und damit Orientierung verliert (ebd.: 13). Sie drückt damit die Unvorhersehbarkeit des verletzenden Sprechens aus, das das angesprochene Subjekt seiner Selbstkontrolle beraubt (ebd.). Dass ich so eine Verletzung gar nicht erwartet habe, macht bereits zu einem guten Teil die Verletzung aus. „In diesem vernichtenden Augenblick wird gerade die Unbeständigkeit des eigenen ‚Ortes‘ innerhalb der Gemeinschaft der Sprecher sichtbar“ (ebd.: 13).

Saoul drückt seine Irritation darüber aus, dass die „eigenen Leute“ sich gegen ihn stellen. Die Verletzung passiert also in einem von ihm so wahrgenommenen geschützten Raum. Seine eigene Verortung wird damit gestört, er erleidet „Desorientierung über die eigene Situation als Effekt dieses Sprechens“ (vgl. Butler 2006: 13).

Saoul kann nun seinerseits die Sprache gebrauchen, um der verletzenden Benennung entgegenzutreten (ebd.: 10). Denn die Anrufung ermächtigt auch immer zur Handlung (ebd.). Wenn einer der Effekte der Verletzung im Kontextverlust liegt, also man „buchstäblich nicht weiß, wo man ist“ (ebd.: 13), dann kann eine Antwort auf das verletzende Sprechen das Ziel verfolgen, den Kontext wiederherzustellen und die Raumvertrautheit (Castro Varela 2007: 236) wiederzugewinnen.

Die Enttäuschung darüber, dass die „eigenen Leute“ ihn sprachlich verletzen, beantwortet Saoul mit deren sprachlicher Ent-Autorisierung zur Verletzung. Sie *glauben*, sie wären 100 Prozent *Amerikanisch*. Amerikanisch ist hier die Chiffre für weiß, das im Amerikanischen natürlicherweise enthalten ist. Sie *denken* also, sie wären Weiße, tatsächlich sind sie Nicht-Weiße, die *versuchen*, weiß zu sein. Sie *können* Saoul deshalb

¹⁶⁵ In der Zeit der Bracero-Migration wurde auch von der US-Regierung versichert, dass MexikanerInnen der „kaukasischen Rasse“ angehörten, um weitere mexikanische Zuwanderung insbesondere auch in das *Jim Crow*-Hoheitsgebiet Texas zu ermutigen. Entgegen dieser Zusicherung betrachtete jedoch niemand im Südwesten der USA eine MexikanerIn als weiß (Mize,

gar nicht bezeichnen und verletzen. Saoul re-kontextualisiert den eigenen Ort und beruhigt ihn wieder.

Auch an anderer Stelle differenziert er die *Mexican Americans* klar von den Weißen.

„Even with your own people, you know. Mexican Americans, they're always against immigrants the same as whites" (Saoul P:5, 7:7). Indem er sie miteinander vergleicht, macht Saoul auch klar, dass sie nicht eins sind. Interessant ist, wie er immer wieder einen Bezug zu den „eigenen Leuten“ herstellt. Er stellt damit immer mehr Nähe zu seiner eigenen Subjektposition her und rückt die *Mexican Americans* damit immer weiter vom Weiß-Sein weg.

Saouls Verständnis von weiß bezieht sich sowohl auf Herkunft und rassifizierte Körperzeichen wie die Hautfarbe als auch auf das Verhalten: das Wissen um die Handlungsmuster der dominanten Gruppe *und* die Einhaltung bzw. Befolgung derselben. Die Abgrenzung und Benennung von People of Color ist konstitutiv für weiße Praktiken. Weiß-Sein wird von Saoul als soziale, flexible Konstruktion kenntlich gemacht und das weiße Subjekt als eines markiert, das sich wesentlich über die rassistische Praxis bestimmt.

Frankenberg stellt fest, dass sich viele MigrantInnen in einem langen und harten Prozess der Anpassung und Bewährung das Prädikat „weiß“ erstritten haben (vgl. Frankenberg 2001). In diese Richtung können auch die Diskurse um ein „Verdienen“ der Aufenthaltsbewilligung bzw. der Staatsbürgerschaft gedeutet werden.

Die *Mexican Americans*, von denen Saoul spricht, sind in den USA geboren, sie besitzen also die Staatsbürgerschaft und wurden bereits mit dem Prädikat „weiß“ ausgezeichnet. Doch statt sich ihrer gemeinsamen Herkunft zu erinnern, *verhalten* sie sich auch wie Weiße und „verraten“ ihre eigenen Leute.

Die Bezeichnungen „bananas“ oder „coconuts“ decken diese Komplizenschaft auf und bedienen sich dabei selbst handfester Rassismen. Dadurch wird das Paradox sichtbar, dass Rassismus gleichzeitig angeklagt und bedient wird. Saoul will der Verletzung widerstehen und eröffnet ein Machtfeld, das „als solches wiederum Ausgrenzungen produziert und spezifische Verletzlichkeiten und Differenzen ignoriert“ (Castro Varela 2007: 68). Hierdurch wird deutlich, dass jede widerständige Handlung wiederum von Machtlinien durchkreuzt ist.

Subversive Praktiken wollen Machtverhältnisse in Bewegung bringen und spannen gleichzeitig auch ein Machtfeld auf, das Ausschlüsse, Differenzen und Verwundbarkeiten erzeugt und/oder stabilisiert (ebd.). Denn Widerstand ist der Macht und der Herrschaft nicht äußerlich, sondern immer auch ein Bestandteil ihrer komplexen Netzwerke (ebd., Fußnote 19).

Swords 2011: 28).

Saoul hat vielfach deutlich gemacht, dass er *bezeichnet* wird. Während Weiße nie benannt werden, muss er sich ständig mit diesen Projektionen auseinandersetzen.

„[...] and, you know, you also get tired of being labelled, you know. Being labelled for one thing and for another thing, you know, Mexicans do this, Mexicans that. Even though, you know, there's not all Mexicans, are all types of immigrants, you know, from Central America, South America, everywhere but you're always labelled, you're always labelled“ (Saoul P:5, 10:10).

Saoul macht in seinen Ausführungen deutlich, dass insbesondere MexikanerInnen diskursiv als partikulare Gruppe konstruiert werden, die stark mit der Illegalität des Aufenthalts assoziiert wird. Mexikanisch-Sein steht für eine verobjektivierte Gruppe, die im Verhältnis zu denjenigen, die diese Zuschreibung vornehmen, als minderwertig definiert wird. Diese Gruppe gilt es nicht nur mittels Einwanderungsgesetzen zu kontrollieren, sondern sie sind durch ihre Benennung als „Illegale“ auch diskursiv ausgeschlossen. Die Vorstellung davon, wer ein Mexikaner oder eine Mexikanerin ist, orientiert sich dabei nicht an tatsächlicher Herkunft oder Staatsbürgerschaft, sondern – wie Said in Bezug auf den Orientalismus bemerkt hat – an einem Arsenal von Begehren, Repressionen, Aufwendungen und Projektionen (zitiert nach Hall 2004: 151). Die diskursive Figur des Mexikaners, auf die Saoul sich bezieht, ist deshalb Ausdruck eines Macht-Wissen Komplexes (vgl. Foucault 1994: 39f.). Der „Mexikaner“ und die „Mexikanerin“ sind als stereotypisierte Figur zugerichtet und vereinfachen als die „Anderen“ den Zusammenhalt einer imaginierten Gemeinschaft (Hall 2004: 144). Ähnlich wie Gutiérrez Rodríguez (2006) in Bezug auf Geschlecht ausgeführt hat, werden Subjekte auch durch ihren Aufenthaltsstatus „als Identische im Namen einer Nationalität, eines Geschlechts, einer Hautfarbe, einer Sexualität, einer Körperrorm entlang von Produktions- und Besitzverhältnissen in einem verräumlichten und verzeitlichten Kontext evoziert“ (ebd.). Saoul macht diese gewissermaßen unrichtige empirische Ableitung kenntlich, indem er darauf hinweist, dass MigrantInnen nicht nur aus Mexiko, sondern etwa auch aus Zentral- und Südamerika kommen.

Mir wurde häufig erzählt, dass Menschen lateinamerikanischer Herkunft vielfach dazu aufgefordert werden, die Legalität ihres Aufenthalts *nachzuweisen* – etwa in Ämtern oder bei Wohnungsvermietungen. Obwohl z.B. auch KoreanerInnen und KanadierInnen ohne Aufenthaltspapiere in den USA leben, richtet sich dieser Generalverdacht in erster Linie gegen jene, die als homogene Gruppe entlang einer Körperrorm als Mexikanisch rassifiziert bzw. *profiled* werden.

Saoul berichtete im Interview von seinem Onkel, der Soldat der US-Armee war und daher einen sogenannten Veteranenausweis¹⁶⁶ besitzt. Im Rahmen einer Polizeikontrolle legte

¹⁶⁶ Pensionierte US-SoldatInnen erhalten einen Veteranenausweis, der Vergünstigungen in der medizinischen Versorgung gewährleistet (vgl. DVA 2010).

Saouls Onkel diesen Ausweis vor. Ein Routinevorgang, der aber im geschilderten Fall zu einer Verhaftung führte.

„You know, my family went to serve this country and through wars. You know what they got? ... Three arrests. That's what they got, being arrested (F: Detained?) Yeah, because, you know, I have my uncle that, he went to, to World War II and Korea. And he got arrested because he was Mexican and the cop didn't believe that he went to, you know, he had a ID, veteran ID, so he thought he stole this because he got a, he got seven bullets in his body so he got his, you know, his check so, you know, it got complicated and he got arrested. Because of being a Mexican“ (P:5, 30:30).

Weil Saouls Onkel Mexikanisch ist, geht der Polizist davon aus, dass er den Ausweis gestohlen haben muss, denn er ist als stereotypisierte Figur zugerichtet.

In den Interviews gab es verschiedene Bemühungen, diese Repräsentationsregime herauszufordern.

Isaura hat so etwa angemerkt, dass Illegalität weniger eine juristische Festlegung produziert als eine rassistische. „When they say you're an illegal alien it is racism ... nothing else“ (Isaura P:6, 15:15). Sie setzt eine staatliche Subjektkategorie, die gleichzeitig ein alltagskulturelles Stereotyp darstellt, in einen gegen-hegemonialen Zusammenhang. Statt Assoziationen mit Übertretung und Devianz herzustellen, dechiffriert sie die skandalisierte und kriminalisierte Figur des *illegal alien* als eine rassistische.

Saoul hat teilweise offensive Transkodierungsstrategien angewandt. Er zeigt darin einen kecken und selbstbewussten Umgang mit der Macht. Im Folgenden stellt er entgegen der hegemonial vermittelten Wahrheit klar, was seine Abschiebung auch für andere bedeutet:

„[...] people depend on me. Americans, (?) Americans, *white* Americans, *they depend on me* ... They would cry their asses if I get deported. Because they trust me as a person. They trust me the, you know, the databases, the, the, the jobs and everything, they trust me. So, you know, I think I'm part of their, you know, their life“ (Saoul P:5, 27:27).

Saoul deutet die diskursiven Abhängigkeiten um: Während er an anderer Stelle die dramatischen Folgen für ihn und seine Familie im Falle seiner Abschiebung festgestellt hat, stellt er hier klar: Die Abhängigkeit besteht insbesondere für die, die auf seine Arbeitskraft angewiesen sind: weiße Amerikaner! Und er zeigt, dass nicht nur er von der Abschiebung betroffen ist. Wie ich in Kapitel 2.1.2 in einem anderen Kontext diskutiert habe (vgl. Seite 23), ent-tabuisiert Saoul die Grenze zwischen Betroffenen und Nicht-Betroffenen. Niemand kommt ungeschoren davon! Saoul karikiert die – gleichzeitig reale und fiktive – Figur der weißen AmerikanerIn. Statt überlegen und unabhängig stellt er sie als unselbständig und geradezu kindlich angewiesen dar. Heulen würden sie, wenn Saoul

abgeschoben wird. Aber nicht aus Empathie, sondern weil sie nicht fähig sind, die technischen Dinge des Alltags ohne Hilfe zu bewältigen. Naivität in Bezug auf die eigene Subjektposition und die Konsequenzen der eigenen Privilegien wird in Saouls Spottbild der weißen AmerikanerIn deutlich. Wie ein Kind, das unglücklich ist, weil es im Spiel den bunten Schmetterling getötet hat. Es weint nicht, weil der Schmetterling tot ist, sondern weil es nicht mehr mit ihm spielen kann.

Rommelspacher (2009: 31) hat erläutert, dass Zugehörigkeitsregime die zentralen Formen sind, in denen sich Rassismus sowohl im Alltag wie auch in Institutionen durchsetzt. Sie erklären mit Hilfe unterschiedlicher Mechanismen die Einzelnen in einem im jeweiligen *Kontext* relevanten Kollektiv als dazugehörig bzw. schließen sie davon aus (ebd.).

Die folgende Interviewpassage verdeutlicht, dass Saoul die Funktionsweise der Zugehörigkeitsregime durchschaut. Er weiß, wann er dazugehört und wann nicht. Saoul hat mit seiner Partnerin eine fünfjährige Tochter, die die US-Staatsbürgerschaft per Geburt erhalten hat. Er macht klar, dass auch die Staatsbürgerschaft nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass sie nie eine *echte Amerikanerin* sein wird. Er empfindet Zugehörigkeit als zweischneidiges Schwert.

„(F: And your daughter's born here?) Born here. Now they call it anchor baby, anchor baby, you know. She's not American, I never say she's an American, I never gonna say she's American. Let me rephrase the word: *North American*. Because America's the whole country, except for the United States it's always American, American. I never say that, you know. It is her, and her duties and her heart to say: I belong in this country, not me. Not a paper. I can not take her esteem, I can not take her last name, hispanic last name. [...] Some guy's gonna say: it's just an anchor baby, other guy's say, okay she's an American. But no, you know. It is ... it's how you feel, you know. Even if, you say you're from Austria, you have a child here in the United States. You think he's an American? Unless you're married to a ... an, you know, Anglo-American here, he's gonna be half and half. But if you're married to another Austrian, then he's gonna be American? A true American? You know what I mean? Because it's a double-layered knife. It works ... and ... depends (?) If you're going to, if you're going to work, *oh, you're a 100 percent American*. Come on and join the army! But if you wanna apply for something: fuck the wetback“ (Saoul P:5, 30:30).

Saoul wird als Arbeitskraft als zugehörig ritualisiert, aber in der Verteilung von Rechten als nicht zugehörig. So wie er zuvor geschildert hat: Als Arbeitskraft ist er sogar ein Teil des Lebens der Weißen. Saoul spricht hier wieder die Prozesse seiner Kommodifizierung an, die seine Teilhabe immer dann ermöglichen, wenn seine Teilhabe in Wert gesetzt werden kann.

Saoul stellt fest, dass Zugehörigkeit empfunden und gesellschaftlich hergestellt wird. Diese beiden Dimensionen von Zugehörigkeit sind dabei eng miteinander verbunden. Er kann sich nur dann zugehörig fühlen, wenn er in *allen* Lebensbereichen ein gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft ist. Obwohl seine Tochter US-Staatsbürgerin

ist, bezweifelt er eine solche Zukunft für sie. Denn eine *echte* Amerikanerin wird jedenfalls in den USA geboren *und* hat *anglo*-amerikanische Eltern. Mit dem Präfix *anglo* deutet Saoul wiederum die Forderung nach Weiß-Sein an.

Mit dem Hinweis „*North American*“ entlarvt Saoul auch den imaginierten *American Exceptionalism* als zentrales Element des Amerikanismus, der immer generalisierend von „America“ spricht, wenn aber einzig die USA gemeint sind.

Worauf es mir hier ankam, war zu zeigen, dass undokumentierte MigrantInnen sich der gesellschaftlich geforderten und erwünschten Subjektivierungsweise nicht einfach ergeben.

Sie handeln zwar nicht unabhängig von äußeren Umständen, doch sie fordern die Repräsentations- und Wahrheitsregime, die sie immer wieder auf ihren Platz verweisen wollen, in den individuellen Handlungskontexten heraus.

Durch Transkodierung beginnt sedimentierte Bedeutung situativ zu entgleiten, sie verschiebt sich.

„Neue Bedeutungen werden über alte hinübergestülpt. Wörter und Bilder tragen Konnotationen in sich, die niemand vollständig kontrolliert und diese marginalen oder untergründigen Bedeutungen kommen an die Oberfläche. Sie ermöglichen, dass unterschiedliche Bedeutungen konstruiert, verschiedene Dinge gezeigt und gesagt werden können“ (Hall 2004: 158).

Transkodierung als Interventionstaktik wird sowohl situativ als auch organisiert und im größeren, sichtbareren Kontext eingesetzt. Wenn etwa im Rahmen der *MayDay Marches* die DemonstrationsteilnehmerInnen ihren Kopf in übergroße Ausweiskarten mit der Überschrift „Illegal Alien“ stecken, dann deuten sie die ent-menschlichte Figur des *illegal alien* um, indem sie dieser Figur *ihr* Gesicht geben.

Schwarze in den USA haben die gewaltvollen Repräsentationsprozesse und Wahrheitsregime ebenfalls durch Transkodierung gestört, indem sie weiße Privilegien benannt und etwa die negativ aufgeladene Bedeutung von *Black* in „Black is Beautiful“ umgedeutet haben (ebd.: 162). Dabei waren die Schwarzen Kämpfe auch ganz besonders auf die alltäglichen Kontexte angewiesen, als es z.B. wichtig wurde, durch Kleidung und Verhalten zu zeigen, dass es *schön* ist, *Schwarz* zu sein.

8.2.2. Furchtlos-Sein

In den Berichten meiner InterviewpartnerInnen war immer wieder von *Gefühlen* die Rede. Das hat mich anfänglich irritiert und ich wusste nicht recht, wie ich diese Erzählungen konzeptualisieren sollte. Zunächst war klar, dass es sich um zwei Kategorien von Gefühlen handelte: solche, die meine InterviewpartnerInnen selbst verspüren, dann war von Wut, Angst und dem Gefühl einer psychologischen Last die Rede, und solche, mit denen sie von anderen konfrontiert werden. In diesem Fall berichteten sie von Einschüchterung, Hass oder Kälte.

Hiemstra (2010) hat, wie ich an früherer Stelle angeführt habe (3.2.2.: 44; vgl. auch Seite 176), gouvernementale Selbsttechniken in Hinblick auf alle Nicht-MigrantInnen konzeptualisiert, die zur ständigen Überwachung undokumentierter MigrantInnen aufgefordert werden. Ich möchte Hiemstras Ansatz im Folgenden aufgreifen und auf die gouvernementale Anrufung zur aktiven Mitregierung *der MigrantInnen selbst* ausweiten. Diese Annahme entkommt dem Antagonismus von Kontrolle und Unterwerfung, der undokumentierte MigrantInnen als rein Beherrschte hinterlässt, und eröffnet daher wichtige emanzipative Räume.

Denn die Schilderungen meiner InterviewpartnerInnen liefern zentrale Anhaltspunkte dafür, dass ihre Regierung insbesondere auch durch nach innen verlagerte *Selbstführung* von ihnen selbst aktiv mitgestaltet wird (vgl. Lorey 2006).

Ich möchte im Folgenden Affektproduktionen bzw. -aktivierungen als eine solche Technik der Selbstführung vorstellen und davon ausgehend aufzeigen, wie der Spielraum, der sich in der Selbstführung ergibt, von den Erzählenden teilweise widerständig ausgefüllt wird.

Während neoliberale Gouvernamentalität in vielen Bereichen die Verantwortlichkeiten des Individuums erweitert, zielt die hier vorgestellte gouvernementale Technik auf *Entmächtigung* des migrantischen Subjekts ab. Diese gouvernementale Führung operiert insofern mittels Selbstbeherrschung und Selbstdisziplinierung, als undokumentierte MigrantInnen permanent dazu aufgerufen werden, *furchtsam* zu sein.

Auch im Rahmen von Alltagsgesprächen haben Betroffene immer wieder beschrieben, wie sie sich täglich mit Gefühlen der Furcht auseinandersetzen müssen. Furcht, dass im Rahmen einer Verkehrskontrolle nach dem Ausweis gefragt wird, Furcht, verraten zu werden, Furcht, eine ÄrztIn aufzusuchen, Furcht, dass die Familie nicht mehr komplett ist, wenn man nach Hause kommt.

Die bei undokumentierten MigrantInnen verbreiteten Krankheitsbilder wie Magenprobleme, Depressionen und chronischer Kopfschmerz zeigen eine stresstechnische Überbelastung an, die aus einer ständig *geforderten* Haltung der Furchtsamkeit resultiert.

Sullivan (2005: 248f.) hat zum erhöhten Gesundheitsrisiko am Beispiel undokumentierter

mexikanischer MigrantInnen Folgendes festgestellt:

„Fear of detection and deportation is constant, regardless of length of time in the United States. It is specifically identified by [undocumented Mexican immigrants] as a life-altering concern and is synonymous with being undocumented. The experience of fear becomes integrated into daily life and shapes the perception of reality, leading to ‚habitual fear reactions‘. [...] The idea of home comes to be perceived as a refuge, a sanctuary from the fear of apprehension and deportation carried throughout the day. [...] [Undocumented Mexican immigrants’] stressful experiences include living in a hostile environment, fear of deportation, and states of hypervigilance. These ongoing stressful experiences may exacerbate health risks. In addition, [undocumented Mexican immigrants’] experience of discrimination results in questioning self-worth, which may increase their risk of depression“ (ebd.).

Aus Sullivans Schilderungen geht klar hervor, dass diese Furcht auf das individuelle Verhalten einwirkt. Routen werden vermieden, die Wohnung teilweise nur noch selten verlassen und die wenigen staatlichen Leistungen, die auch für undokumentierte MigrantInnen zugänglich sind, werden aus Angst vor Entdeckung häufig nicht in Anspruch genommen (ebd.). So wie etwa im Fall von Isaura, der die Mutter aus Furcht den Schulbesuch verboten hatte (Isaura P:6, 11:12). Die Regierung zielt hier auf eine indirekte und reflexive Lenkung des Verhaltens ab, nämlich auf die Art und Weise, wie Subjekte ihr Verhalten selbst regieren (Lemke 2006: 479).

In Kapitel 8.1.1. habe ich mit der Taktik der De-Skandalisierung zu zeigen versucht, dass widerständiges Handeln auf eine selbstbewusste Haltung angewiesen sein kann. Ein herabgesetztes Selbstwertgefühl und depressive Stimmungslagen als Effekt täglicher Feindseligkeiten und Diskriminierungen verringern dagegen stetig den Rahmen der Handlungsfähigkeit.

Foucault hat auf die Bedeutung von Wissens- und Denkformen als Erweiterung der Macht hingewiesen. Er hat damit verdeutlicht, dass sich gouvernementale Techniken im Wechselspiel mit Wissensformen konstituieren, die Handeln anleiten und rechtfertigen. Diese Wissensformen bringen im Rahmen von Diskursen *Wahrheit* hervor. Diesen Prozess bezeichnet Foucault auch als Veridiktion: die diskursive Produktion von Wahrheit als *Regulativ* der Gesellschaft (Foucault 2006b: 60). Wahrheit ist demnach, was unhinterfragt bleibt, was die eigene Subjektbestimmung befördert und was Normalität festlegt. Veridiktion kann in diesem Sinne als der Prozess der Modifikation von Realität betrachtet werden, innerhalb dessen das Feld geordnet wird, in das Regierungstechniken eingesetzt werden können. Die binäre Ordnung in Wir und die Anderen auf Basis des Nationalstaatsgedankens konstituiert dabei ebenso Prozesse der Veridiktion wie die neoliberale Formel von harter Arbeit und Verzicht als Weg zur Zugehörigkeit, die der Praktik des Zugriffs auf migrantische Arbeit Legitimität verschafft und gleichzeitig die privilegierte weiße Subjektposition stabilisiert.

Diese gesellschaftliche Reproduktion wird wesentlich durch Techniken der Selbstführung

wirksam, wobei sich die Subjekte innerhalb unterschiedlicher Anrufungen und Anforderungen verorten. Während undokumentierte MigrantInnen permanent dazu aufgerufen werden, furchtsam zu sein, werden alle Anderen aufgefordert, diesen Zustand zu *reproduzieren* und zu *stabilisieren*. Diese Technik der Selbstführung wird besonders im Alltag und in den kleinen Handlungskontexten akut. Während auf diese Weise Spaltungen innerhalb der Bevölkerung verfestigt werden, dient das stereotypisiert zugerichtete Bild des Anderen dem Zusammenhalt der nationalen Gemeinschaft und der Verdeckung ihrer inneren – ebenfalls rassistischen – Zerfallslinien.

Ich betrachte dies als einen der wesentlichen Gründe dafür, dass MigrantInnen auch von anderen rassistisch diskriminierten Gruppen Verletzungen erfahren und die Allianzbildung vielfach als schwierig eingestuft wird.

Dieses komplexe Zusammenwirken unterschiedlicher AkteurInnen, die einen für undokumentierte MigrantInnen angstbesetzten Raum schaffen und reproduzieren, der letztlich unmittelbar in ihr Verhalten eingreift und somit ihrer Regierung dient, bezeichne ich als *Affektregime*.¹⁶⁷

Ich möchte diese These zunächst anhand einer alltagsweltlichen Situation ausführen, die Saoul im Interview geschildert hat, und daran anschließend konkreter auf die Begrifflichkeit der Affekte zurückkommen. Saoul lebt von Reparaturjobs in privaten Haushalten und berichtet in dieser Interviewpassage von einer Arbeitssituation. Er nimmt dabei mehrere Male Bezug darauf, wie er sich gefühlt hat und welche Gefühle das Verhalten seines Gegenübers in ihm ausgelöst hat:

„... being, you know, in a situation if you do a job, you know, and they feel like, you, you, you are, you know, undocumented but you know how to do the job, honestly and clean, you know, but they, they know they have an advantage and they make you feel bad. They make you feel that you're not, hey [...] Yeah, you're not on the same level as a good American professional, you know, because you don't have the papers to prove it. So ... how much you're gonna charge me? So instead of be charging the right thing [...] (*lacht*) They make you feel you're Mexican, uh he's gonna charge me 20 dollars, anyway. I can do whatever I want with this guy, you know. You feel, you feel like kind of nothing, you know, you know, so that's what a scam is“ (Saoul P:5, 11:11).

Saoul wird um seinen Lohn betrogen, weil er undokumentiert ist *und* weil ihm die Auftraggeberin das *Gefühl* einer entrechteten Position vermittelt und Saoul sich wie nichts *fühlt*. Saouls Auftraggeberin *weiß*, dass sie ihm gegenüber einen Vorteil hat, und bringt ihn dazu, sich schlecht zu *fühlen*. Diese Affekte regulieren die von Saoul beschriebene Situation.

Mit dem Begriff der Affekte beziehe ich mich auf Gefühle und die auf deren Grundlage

¹⁶⁷ In der Definition eines *Regimes* orientiere ich mich an den Ausführungen von Höhne und Schreck (2009: 252).

hergestellten zwischenmenschlichen Kontakte und Interaktionen. Michael Hardt (2004: 182f.) hat in seinem Text zur affektiven Arbeit die Bedeutung der Erzeugung von Affekten dargelegt und damit einen analytischen Rahmen abgesteckt, den ich auch in Bezug auf meine eigene Arbeit für sinnvoll erachte. Hardt schlägt vor, dass durch die Produktion und Reproduktion von Affekten *kollektive Subjekte* und *Sozialitäten* hergestellt werden, die für das Kapital direkt verwertbar sind (ebd.).

Undokumentiert-Sein ist zwar Resultat gesetzlicher Bestimmungen, aber das undokumentierte Leben (und seine Konditionen) geschieht in einer Informalität, die es ja gerade bestimmt (vgl. auch 8.1.3.). Weil innerhalb dieser Informalität der unmittelbare Zugriff über staatliche Institutionen erschwert wird, entstehen Lücken und Spielräume in der Herrschaftsarchitektur. In seiner Rede in Reaktion auf die Massenproteste 2006 unterstrich Präsident Bush diese Lücken mit der Bemerkung, die MigrantInnen seien „[...] beyond the reach and protection of American law“ (OPS 2006).

Die Regierung migrantischer Subjekte muss deshalb umso mehr nach innen verlagert werden, um Techniken des Selbst an Regierungsziele knüpfen zu können (vgl. Lemke 2006: 482).

Weil die Anforderungen an die Subjekte unterschiedlich ausfallen, fällt die Anrufung zur Selbstregierung bei Saouls Auftraggeberin nicht allein mit einer postfordistisch/neoliberalen autonomen Subjektivität zusammen, sondern äußert sich in *freiwilliger Kooperation* und *kollaborativen Praktiken* (vgl. Pieper 2007: 235). Das bedeutet, dass die Selbstregierung nicht zwangsläufig auf das tatsächliche Selbst, also den eigenen biopolitischen Körper abzielt, vielmehr artikuliert sie eine eigene regierungstechnische Organisationsform in dem Sinne, dass die Bevölkerung sich *selbst* verwaltet.

Techniken der repressiven Fremdführung (Ent-Rechtung, Kontrolle, Abschiebungen) und Techniken der Selbstführung (affektive und interaktionale Praktiken) ergänzen einander nicht nur, sondern bedingen einander vor allem. Der Betrug an Saoul funktioniert nur, weil er aufgrund seines Migrationsstatus entrechtet positioniert ist und seine Benachteiligung Kristallisationspunkt eines Konsenses im Migrationsregime ist. Umgekehrt ist etwa die Durchsetzung rassistischer Gesetze möglich, weil sich binäre Trennungen in Eigen und Fremd, Sie und Wir als Wahrheiten durchgesetzt und Machtverhältnisse verfestigt haben. Die daraus abgeleiteten Handlungen erscheinen selbstverständlich und natürlich. Die alltagsweltliche Identifizierung des Anderen vollzieht sich dabei nicht zwingend anhand des tatsächlichen Aufenthaltsstatus, vielmehr wird dieser häufig phänotypisch abgeleitet und vorausgesetzt.

Affektproduktionen als Regulativ migrantischer Anwesenheit werden in vielfältigen

Situationen realisiert. Sowohl die Äußerung impliziter Drohungen, wenn es um die Aushandlung von Miet- oder Arbeitsverhältnissen geht, als auch feindselige Blicke in der U-Bahn betrachte ich als Teil dieses Affektregimes.

Der Zustand der Deportabilität wird in diesem Sinne neben behördlicher Kontrolle und Disziplinierung auch durch die alltägliche gesellschaftliche Interaktion wirksam. Nyers (2008: 130) hat Ähnliches am Beispiel Kanadas beobachtet und beschrieben, wie sich die Abschiebemaschinerie auf Individuen und Institutionen weit außerhalb der Einwanderungsbehörden ausweitet:

„One of the effects is that it is increasingly unclear who is actually a deportation officer: border security officers, immigration officials, local police, campus security, housing workers – or all of the above?“ (ebd.)

Ich beziehe mich nochmals auf Saouls eingangs zitierte Schilderung: Saouls Auftraggeberin handelt auf der Grundlage einer sozialen und ökonomischen Asymmetrie sowie rechtlicher Strukturen, die sich mit „Phänomenen der Gewohnheit“ mischen (vgl. Foucault 2005a: 259). Die Motivation ihrer Handlung liegt in der Bestätigung ihrer privilegierten Subjektposition sowie der Akkumulation von Profit.

Dabei wird sowohl eine wechselseitige Konstitution von Regierungstechniken und Wissensformen angezeigt als auch von repressiver und produktiver Macht (vgl. Langemeyer 2008: 176). Saouls Auftraggeberin mobilisiert Affekte, die Saoul aktiviert, wodurch er die geforderte Haltung bereitstellt: Sein Selbstbewusstsein verringert sich und wirkt sich auf seine Handlungsfähigkeit aus. Er lässt den Betrug durchgehen.

Am Beispiel von Saoul und seiner Auftraggeberin wird ersichtlich, wie unterschiedliche Selbsttechniken aufgegriffen, entwickelt und optimiert werden (ebd.). In diesen Praktiken der Selbstkontrolle, -disziplinierung und -modellierung liegen bereits entscheidende Mechanismen des Entstehens und der Reproduktion von Ungleichheiten (ebd.).

Die spezifische Erzeugung von Angst und die systematische Herabsetzung des Selbstbewusstseins funktionieren als herrschaftstechnische Strategie, um Handlungsmöglichkeiten undokumentierter MigrantInnen – oft scheinbar freiwillig – zu verringern. Saoul hat mehrmals darauf hingewiesen, dass er niemandem sonst als sich selbst die Schuld an seiner Situation gibt (P:5, 8:8, 12:12), denn er habe schließlich die Wahl (ebd.: 12:12).

Auch in den folgenden Interviewpassagen wird die Aufforderung zur Furchtsamkeit deutlich, die Saoul als mentale Last artikuliert.

„You know, but to be labelled, to be scrutinized, to be, you know, always chased. To have that feeling like, you know, you are the worst of the worst for every case, for every scenario there is, you know, it is, it is a burden in your life. Psychologically, you know,

mentally, it's very bad because you always feel, you know, you're being chased, persecuted, you know, you're being blamed for everything“ (Saoul P:5, 10:10).

Hier schildert Saoul sehr deutlich, welche Handlungen den psychologischen Druck erzeugen, von dem er berichtet: Er wird definiert, geprüft, gehetzt, verfolgt, beschuldigt. Vielfältige AkteurlInnen wirken handelnd auf Saoul ein und üben daher Macht auf ihn aus (vgl. Foucault 2005a: 255). Charakteristisch für diese Macht ist, dass durch ihre Anwendung Beziehungen zwischen Gruppen oder Individuen organisiert werden (ebd.: 252).

Ähnliche Erfahrungen wie Saoul schildert auch Isaura. Als sie eine Anstellung in einem Büro fand, arbeitete sie unter falscher Identität.

„You would work under a different name, you move around the city but there's always the fear that you gonna be caught ... any day. So it's a psychological burden that ... (F: pressure?) pressure, yes. So ... from early on I am very aware of that reality and it's ... inhuman, inhuman“ (Isaura P:6, 2:2).

Und später fährt sie fort:

„I, I worked hard, I worked very hard, I felt very, I was so fearful that they were gonna fire me when they discover that I can't speak enough English. That was always in my head, you know, psychological fear that, it's always there. [...] But prior to that when I worked in the other office I had to use another name which is so hard. You know, it's just that psychological, you, you have to be like (?), you know, like, one of these days they're gonna find out“ (Isaura P:6, 13:14).

In allen Fällen werden Gefühle mobilisiert, die auf die Erzählenden auf unterschiedliche Art einschränkend wirken. Isaura wird permanent dazu aufgerufen, Angst zu haben und einen psychologischen Druck zu verspüren. Und Saoul wird definiert, taxiert und gejagt, was ihm das Gefühl gibt, jederzeit an allem schuld zu sein. Deutlich wird in allen Schilderungen, wie Selbstführung und disziplinäre Unterwerfung einander systematisch voraussetzen und bedingen (vgl. Lemke 2000: 14).

Die Summe dieser Machttechniken löst in diesem Sinne Leidensprozesse bei den Betroffenen aus, die ihren Alltag infiltrieren und sie *verängstigen*. Denn verängstigte Subjekte bauen keine solidarischen Organisationsformen auf, meiden die Öffentlichkeit und ziehen sich zurück.

„Und genau das Subjekt, das als Anderes oder als vorher ausgeschlossener Teil in politische Herrschaft eingeschlossen wird, ist und war nie ein beängstigendes Subjekt für die bestehende politische Ordnung. Mehr noch, es ist nicht nur nicht Furcht erregend für die bestehende Ordnung, sondern es ist auch ein verängstigtes und furchtsames Subjekt. Und mit Spinoza wissen wir, dass ein Mob, der verängstigt ist, auch keine Furcht erregt [...]“ (Tsianos, Papadopoulos 2007).

Weil sich die gouvernementale Selbstregierung durch die Gleichzeitigkeit von Unterwerfung und Freiheit vollzieht, konstituiert sich diese Regierungstechnik in einem

Paradox aus Er- und Ent-Mächtigung (Lorey 2006). Denn wie Foucault festgehalten hat, kann Macht immer nur auf *freie* Subjekte ausgeübt werden, „die jeweils über mehrere Verhaltens-, Reaktions- oder Handlungsmöglichkeiten verfügen“ (Foucault 2005a: 257). Ein Spielraum für widerständiges Handeln liegt daher in dem Selbstbezug der gouvernementalen Regierungstechniken. Während die Erzählenden dazu aufgerufen werden, Angst zu haben und ihr Selbstbewusstsein zu verringern, war in vielen Berichten die *Zurückweisung* dieser Aufforderung zu lesen – nämlich die *Affektverweigerung*.

„Dies führt uns dazu zu sagen, dass ein Subjekt nur dann Furcht einflößt, wenn es nicht willens ist, an der Inklusionspolitik teilzunehmen. Und es ist Furcht erregend, weil es an der Totalität durch seine Singularität und Unwahrnehmbarkeit teilnimmt, nicht als wiedererkennbarer und repräsentierbarer Teil. Das bedeutet, dass es Furcht erregend ist, weil es überall ist, weil es jeder ist (Deleuze & Guattari, 1992)“ (Tsianos, Papadopoulos 2007).

Eduardo hat etwa klargemacht, dass er sich weder von der Polizei noch von ICE einschüchtern lässt, und er hält es darüber hinaus für wesentlich, auch anderen beizubringen, *keine Angst zu haben* (P:1, 8:9).

Die kollektive Verweigerung der Affektanrufung manifestierte sich insbesondere durch den Slogan „Undocumented and Unafraid“, der zur Parole der Bewegung der undokumentierten Jugendlichen wurde, die sich ab Mitte 2010 in Massen medial zu ihrem Status bekannten. Auch nach herben Rückschlägen für ihre Bewegung widerstehen sie konsequent der Anrufung, furchtsam zu sein (vgl. 8.3.2., Epilog).

Ebenso zielten in den Phasen verstärkter migrantischer Selbstorganisation die Regierungstechniken primär stets darauf ab, Furcht zu erzeugen: durch den Anstieg von Razzien am Arbeitsplatz und zu Hause sowie die Zunahme von Abschiebungen, wie dies nach den Massenerhebungen in L.A. 2006 geschah (vgl. DHS 2009: 12). Gleichzeitig erging immer auch der Aufruf an die BürgerInnen, „illegale Migration“ nicht zu tolerieren und zu befördern, weshalb es etwa in der *Verantwortlichkeit* der ArbeitgeberInnen liege, keine illegalen ArbeiterInnen zu beschäftigen (OPS 2006; Obama 2010).

Meine InterviewpartnerInnen zeigten sich in den Gesprächen unterschiedlich furchtsam und furchtlos. Jeff hat etwa geschildert, wie er lange Zeit depressiv war und Gefühle der Scham über seinen Aufenthaltsstatus empfunden hat. Seine Mutter hat ihm von Beginn ihrer undokumentierten Anwesenheit in den USA an quasi beigebracht, sich zu schämen und das Faktum des illegalen Aufenthalts zu verbergen. Jeff war deshalb isoliert von anderen undokumentierten Jugendlichen und permanent damit beschäftigt, die Schwierigkeiten, die sich für ihn aufgrund der fehlenden Aufenthaltspapiere ergaben, vor seinen SchulkollegInnen zu verheimlichen, was über Jahre hinweg Stress und Angst in ihm erzeugte. Seine Mutter hat die geforderte Haltung der Furchtsamkeit gewissermaßen

an Jeff weitergegeben.

„You know, when I found out that I was undocumented I was about 15 or 16 and ... it wasn't something that I could openly share with people, like, my parents, my mom always, I just immigrated with my mom, my dad stayed back in Korea. And my mom always told me: oh, don't tell this to people, this is something you don't, you know, you hide, and you don't share that with anyone. So I had this very big issue of identity growing up with a lot of non-Korean friends and a lot of non-immigrant type of, a lot of non-immigrant friends, I had a lot of issues about how do I tell people that I can't get my driver's license and things like that. So those issues were really hard for me to fight with in college. And then once I got into my undergrad things changed a little bit because no one really knew me, right? So it's like a fresh start. So I was able to be somewhat open about I was going through but not fully because there wasn't that support system for me at that campus. Is why, there wasn't like a student group or there wasn't like a organization that could support me in that kind of way so I still was kind of afraid to, you know, talk about things. But I got very much involved through my school and getting involved in that social justice field and working on things like anti-war, working on tenants' rights and things like that start to get my hands on organizing. And I start to really enjoy it and I thought: hey, you know, this is really, it goes with my interest in school, goes really well with what I believe to be, you know, cause I suffered a lot as an undocumented person so I *feel* social justice is something that holds dear to my heart and it was something I want to work on. So when I was done and I had like about a year to decide what I want to do with my time after I graduated I, I really didn't know what I was gonna do, you know. It's, I can't get a job, I can't really drive, so it's hard for me to commute to places, so I just, I was very ... stuck“ (Jeff P:2, 2:3).

Als Jeff auf die Universität kam, war dies ein Neubeginn für ihn. Niemand kannte ihn und es war daher etwas einfacher, offener mit seinem Status umzugehen. Er begann sich auf dem Campus politisch zu engagieren, aber er hatte immer noch kaum Kontakt mit anderen undokumentierten Jugendlichen. Er fühlte sich „festgefahren“, weil er nicht Auto fahren darf und seine Zukunftsplanung mit Hindernissen durchsetzt ist. Aber er hatte einen Vorgeschmack auf die politische Arbeit bekommen. Als er Kontakt zu dem koreanischen Gemeindezentrum NAKASEC knüpfte und dort eine Praktikumsstelle bekam, änderte sich einiges für Jeff. Er lernte andere undokumentierte Jugendliche kennen und begann sich für deren Anliegen wie die Verabschiedung des *DREAM Act* zu engagieren (vgl. 8.3.2.).

Die gemeinsamen Erfahrungen stärkten Jeffs Selbstbewusstsein und beförderten seinen Wunsch, diese Stärkung auch bei anderen zu erreichen.

„So I start to really ... open up my eyes and see that, you know what, this isn't something to be scared about and this isn't something to be ashamed about, this is something I need to go and advocate for myself to let people know about my experience that, you know, I'm not different from them. And that's, that's the power that I got from being here for the first few months. Just seeing other people go through that and seeing them, you know, go out there and just, from that point on I realized this is, this really fits me to my personal issue, it affects my family, it affects my, you know, people around me and it, it's a global issue that will have a big impact once we make a difference here and everywhere else in the world. So I always felt that this isn't just about me, it's about (?), you know, everybody else who's going through the same things. So I, from since last year I'm looking at it from a very more positive point of view, not trying to be depressed about my status, not trying to

put myself down and not trying to *be* in the shadows but more, be more open and be more comfortable with who I am and really just trying to, you know, be out there and be the voice for people that are more in my situation that don't have anybody they depend on“ (Jeff P:2, 3:3).

Jeff schildert im Interview den Prozess, in dessen Verlauf er seine Furchtsamkeit zunehmend abgelegt hat und immer furchtloser wurde. Mittlerweile ist Jeff Teil der Bewegung *Undocumented and Unafraid* und äußert sich öffentlich zu seinem Status. Ein Schritt, der wenige Jahre zuvor wahrscheinlich undenkbar für ihn gewesen wäre. Jeffs nunmehr selbstbewusster Umgang mit seinem undokumentierten Aufenthaltsstatus hat auch zu großen Differenzen mit seiner Familie geführt. Jeff verweigert mittlerweile Scham- und Angstgefühle nicht nur, er hält es auch wie Eduardo für notwendig, anderen beizubringen, keine Angst zu haben.

„And we really want them to not be afraid of what they, what they're going through. Cause a lot of them are scared and we totally understand why they feel that way and we really want them to be, getting rid of that fear cause that really stresses out people and gets them more, gets them, you know, nearly holds them back more than their status sometimes. Just that fear almost takes them over, so, it's just really about encouraging the youth and really just working with them in that way“ (Jeff P:2, 4:4).

Jeff beschreibt aus den Erfahrungen seiner Arbeit mit undokumentierten Jugendlichen, wie diese eher durch Furcht blockiert sind als durch die rechtlichen Implikationen ihres Aufenthaltsstatus. Daraus wird ersichtlich, welche Bedeutung der Affektaktivierung in ihrer Regierung zukommt.

Auch am Beispiel von Olivias Einschätzung wird deutlich, wie die Affektmobilisierung über Furcht und Scham der Selbstregulierung dient.

„And as of now some of the unique challenges I think are that one, even each isolated case, even one in seven Korean Americans might be undocumented, you feel, like, you're one in a million and you feel like you need to hide it. [...] Like, even in my, I attend church and then some people go like, oh, you know, like, Mrs Lee doesn't have papers and, like, yeah but don't talk about it, you know, just (?) and stuff like that and, and it's almost like Mrs Lee is such a unique case and it's so bad and it's so hard but really there's too many people like that and that trauma within our community it's creating a resistance to being organized because it's kind of, like ... it's not, it's not comfortable to talk about, it's not something to be proud of at all and ... it's kind of, like, your fault and just deal with it“ (Olivia P:2, 7:8).

Wie Jeff schildert Olivia, dass innerhalb der koreanischen Community das Faktum, undokumentiert zu sein, als Tabu behandelt wird. Diese De-Thematisierung sabotiert die Selbstorganisation, weil die Schwierigkeiten des undokumentierten Aufenthaltsstatus in die Eigenverantwortlichkeit überführt werden („your fault and just deal with it“).

Auch Neidi hat sich teilweise furchtlos gezeigt. Das Interview mit ihr kreiste zu einem

großen Teil um ihre Involvierung in verschiedene migrantische Organisationen und Bewegungen. Unser Gespräch war auch von SB1070 in Arizona geprägt (vgl. 5.2.4.), das bei Neidi – wie bei so vielen anderen in und jenseits der migrantischen Selbstorganisation – großen Frust ausgelöst hatte. Die Verabschiedung von SB1070 zusammen mit den vielen Rückschlägen, die die Jugendbewegung rund um den *DREAM Act* die letzten zehn Jahre nicht davon abgehalten hatte weiterzukämpfen, nahm Neidi zum Anlass, um über die Zukunft ihrer eigenen politischen Arbeit nachzudenken. „And at a personal level, I think I’m ready in my life now where I can really think of civil disobedience, as being, like, a realistic next step in my life“ (Neidi P:4, 8:8).

Neidi weiß, welche Konsequenzen Aktionsformen des politischen Ungehorsams für sie haben können. Sie erzählt, dass die Bewegungen um den *DREAM Act* bewusste Abschiebungen planen, um eine Öffentlichkeit für ihre Anliegen zu gewinnen und so Druck auf den Kongress auszuüben (vgl. 8.3.2., Epilog). Neidi erzählte sichtlich emotional bewegt von diesen Überlegungen und schien mir zwischen Furchtlosigkeit und Furchtsamkeit hin- und hergerissen.

„And ... and it’s a scary risky thought because our families are here but ... but it’s almost like there is no other way. And so, and there’s not a lot we have to loose, you know. Like, we’re already living here, we have degrees, we wanna, you know, like, well, I wanna be an attorney, I work with attorneys, you know, I am an activist, organizer, you know, I have, I have that network in my community and other places, but to the, to the government and to society I’m invisible“ (Neidi P:4, 6:6).

Der Gedanke einer Abschiebung jagt Neidi Angst ein, weil L.A. ihr Zuhause ist. Im nächsten Satz jedoch widerspricht sie sich, indem sie einräumt, nicht viel zu verlieren zu haben. Sie scheint richtiggehend mit ihrer Furcht zu kämpfen.

Eduardo artikulierte sich vielfach furchtlos. Ich erinnere mich, dass während unseres Interviews zwei Polizisten am Nebentisch Platz nahmen, aber Eduardo sich keine Sekunde lang aus der Ruhe bringen ließ. Ich dagegen fühlte mich während der Anwesenheit der Polizisten in unserem Gespräch stellenweise gehemmt.

Eduardo organisiert Beratungen, um im Falle von Polizeikontrollen und Razzien über das richtige Verhalten zu informieren. Informationen über den Aufenthaltsstatus sollen dabei in jedem Fall vermieden werden.¹⁶⁸ In dem von ihm geschilderten Beispiel wird deutlich, wie die Polizei vor allem mit Praktiken der Einschüchterung operiert.

¹⁶⁸ Im fünften Zusatz der US-amerikanischen Verfassung ist das universelle Recht auf Schweigen festgelegt. In den sogenannten „Miranda Rights“, die von der Polizei als Warnung bei einer Verhaftung verlesen werden, wird ebenfalls ausdrücklich auf das Recht zu schweigen verwiesen. Für undokumentierte MigrantInnen bedeutet dies, dass sie nicht verpflichtet sind, über ihren Status Auskunft zu geben (vgl. United States Constitution b; The Miranda Warning 1995-2010).

„Yeah, a lot of people, like, are afraid to ... to lie to the police and sometimes they don't know how to talk to police officers. And when, when they're being intimidated by police they, they try to be as truth [sic!] as possible for them not to get into problems [...] cause most officers will try to intimidate you to say something that you don't wanted to say“ (Eduardo P:1, 8:9).

Entsprechend findet es Eduardo wichtig, den Menschen Furchtlosigkeit beizubringen.

„It's like when we have fotos about law and rights¹⁶⁹ the first thing we tell them is, like, the first thing we, we, we present, this, this kids is how to talk to a police officer. Whether you're in your house, on the streets, in your job and, like, public places. So, we taught them not to be intimidated and we taught them: okay, you know, if they say this and then say and at some point, when cops come and pull you over you, you don't be afraid“ (ebd.).

Wie im vorigen Kapitel dargelegt, haben Eduardo, Neidi und Saoul auch über Ungerechtigkeit und Ablehnung in der Schule berichtet. Neidi erzählt, wie sich das Verhalten ihres Lehrers und ihrer MitschülerInnen auf ihr Selbstbewusstsein ausgewirkt hat.

„And so ... and even though that my teacher in fifth grade also was bilingual he, he refused to talk to me in Spanish. And so, that experience alone was very ... *traumatic* and very just, I ... grewing up in Mexico I was like the kind of kid that asked so many questions about everything and like very curious and very self-driven (*lacht*) upon like learning about the world and, and things, how things work and, and coming here and then experiencing that in my fifth grade year really silenced me for a long time. It was ... I really had .. it was really up until like middle school when I felt like I found my voice again in this country. It was really, it was really difficult, I mean, so my elementary schooling year in the US was very traumatic, you know, I couldn't communicate, people refused to communicate with me“ (Neidi P:4, 4:4).

Neidi spricht von einer Traumatisierung, die sie, wie sie sagt, für lange Zeit zum Schweigen gebracht hat. Sie hat zwar ihre Stimme wiedergefunden, aber dies war ein schmerzhafter Prozess für sie.

Dass die Kondition der *Deportabilität* (vgl. 5.3.2.) auf Affektproduktionen angewiesen ist, zeigt Saouls Erzählung. Saoul schildert, wie er jeden Tag *Deportabilität* erfährt. Weil er nicht berechtigt ist, einen Führerschein zu besitzen, ist die tägliche Fahrt zur Arbeit für ihn ständig mit der Angst verbunden, von seiner Familie getrennt zu werden. Denn eine Polizeikontrolle kann für ihn im schlimmsten Fall die Abschiebung bedeuten.

„Yeah, I'm driving and ... I always, you know, pray to God, everytime yeah, pray to God [...] No, everyday is, like, I never gonna come back to see my family. How do you feel? Seeing, seeing your child [...] But every thing that I (?) is, I never gonna see my family back. Everyday I pray to that god, please ... you know, you know, it's a pray to myself, a pray to my family. I had to have a safety backup, monetary safety backup for my family, just I don't come back. I need to have the right things, you know, set up, because I said, if I get caught, if I get deported and everything [...] So everyday it's the same thing, you

¹⁶⁹ Bildliche Darstellungen auf Broschüren über die richtige Verhaltensweise im Falle eines Kontakts mit der Polizei.

know. You, you try to say, oh my god, you know, I see a cop, you know, I pray to god, please don't stop me" (Saoul P:5, 18:18).

Saoul beschreibt hier, wie seine Furcht täglich aktiviert wird. Innerhalb des hier skizzierten Affektregimes wird er indirekt und auf Distanz regiert (vgl. Larner 2000: 6; vgl. 3.2.2.).

Auf meine Frage, wie der von ihm erwähnte Sicherheitsplan für den Fall seiner Abschiebung aussieht, stellt er wiederum eine Verbindung zu seiner Kommodifizierung her.

„Well, as I told you, everything's around money, banks allow you to have bank accounts as an immigrant (F: When you don't have documents you can have a bank account?) Yes, you can have. As an immigrant you can have bank accounts. I told you it's about money, you know. They will take your money but they won't give you nothing else. I have credit, you know, you know my credit score. It's 800, that's my credit score. I have all types of credit cards. I always pay them ... on time, you know ... You know what I mean? They will, it's just about, you know, (?) I don't like your ass but I like your pockets (*lacht*)“ (Saoul P:5, 18:18).

Wie Saoul zuvor erklärt hat, erfährt er immer dort Zugang, wo Zugang durch seine Anwesenheit und Arbeitskraft Profitgenerierung ermöglicht. Die Disziplinierung undokumentierter MigrantInnen im Rahmen eines Affektregimes wirkt als Platzanweiser und steht daher im Dienste der immer effektiveren Durchsetzung und Organisation von Mehrwert durch migrantische Anwesenheit.

Dass die Regierung der Migration auch repressiv umgesetzt wird, zeigt neben stetiger Grenzhochrüstung und einem Dickicht migrationsbezogener Gesetze auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen auch die Abschiebe- und Inhaftierungspraxis der Behörden.

Wie Fremd- und Selbsttechniken dabei aber produktiv ineinandergreifen, wird etwa darin deutlich, dass sowohl der Diskurs, dem die Verabschiedung eines Gesetzes vorausgeht, als auch dessen Inhalt auf die Erzeugung von Affekten abzielt. Die Gouverneurin von Arizona, Jan Brewer, begründete die Unterzeichnung von SB1070 im April 2010 etwa damit, die BürgerInnen von Arizona schützen zu müssen (vgl. Brewer 2010; vgl. 5.2.4.). Das Kollektiv der Nation wird vom *Illegalen* differenziert und die eigene positive Identität durch die illegale Migration als *bedroht* dargestellt.

Ebenso kann die Transformation des ehemaligen INS zu der Behörde ICE im Rahmen der institutionellen Umstrukturierung nach 9/11 unter diesem Blickwinkel betrachtet werden. Denn im Gegensatz zu INS wird mit der Bezeichnung ICE eine härtere, kältere Gangart kommuniziert, die Gefühle und Stimmungen aktiviert.

Auch wenn sich die Erzählenden ihrer Furcht nicht vollständig entziehen können, zeigen

sie unterschiedliche Strategien der Bewältigung und Intervention auf. Diese reichen etwa von situativer Verweigerung (Konfrontation mit Behörden), der Ermutigung anderer bzw. der Weitergabe ihrer Furchtlosigkeit (Eduardo, Jeff) bis zu der kollektiven Ankündigung ihrer Flucht aus dem Affektregime („undocumented and unafraid“).

8.3. Widerstand organisieren

8.3.1. *Grassroots Community Organizing* als Handlungsmöglichkeit

In den Kapiteln 5.2.3 (99ff.) und 6.3. wurden die Konfliktlinien skizziert, die ursächlich waren für die zunehmende Kraftlosigkeit des *Immigrant Rights Movement*: der ausbleibende Zusammenschluss mit anderen People of Color, der Bruch des politischen Mainstreams und der pro migrant-Organisationen mit dem Rest der Bewegung, androzentrische Strukturen und maskuline Rivalitäten um das Leadership.

Diese Konflikte haben gezeigt, dass Widerstandsbewegungen nicht als homogener Organismus konzeptualisierbar sind, sondern selbst Machtfelder mit Widersprüchen, unterschiedlichen Einstellungen und Prioritäten sowie Bemühungen um ihre Vermittlung und Bearbeitung eröffnen.

In den Interviews mit Eduardo, Jeff, Olivia, Junghee, Liz und Neidi waren diese Widersprüche, Ambivalenzen und Schwierigkeiten ein Schwerpunkt. In einer Perspektive aus und in die Bewegung(en)¹⁷⁰ haben sie von Erfolgen und Niederlagen berichtet und über künftige Perspektiven nachgedacht. Sie sprechen auch über die Schwierigkeit, die Motivation nicht zu verlieren, obwohl trotz aller Anstrengungen immer wieder Rückschritte zu verzeichnen sind. Es werden Demonstrationen organisiert, Petitionen verfasst, Hungerstreiks durchgeführt, doch statt Erfolge zu verbuchen, befördern einander gesellschaftliche Widersprüche, Ausbeutungs- und Ausschließungsmechanismen (Jeff P:2, 2:2; Olivia P:2, 12:12).

Das *Immigrant Rights Movement* in L.A. hat sich primär entlang des undokumentierten männlichen mexikanischen Arbeiters formiert. Während sich die Bewegung durch ihre inhaltliche und organisationsstrukturelle Heterogenität auszeichnet, funktioniert die Kompromissfindung für unterschiedliche Anliegen und Interessen selektiv. So haben sich etwa mehrere Gruppen nach dem erfolglosen Versuch, die spezifischen Verwundbarkeiten migrantischer Frauen zu thematisieren, enttäuscht abgewandt (vgl. 6.3.2.: 150f.).

Auch Liz hat darüber berichtet, dass die maskuline Dominanz des *Immigrant Rights Movement* Frauen den Zugang zu Entscheidungsprozessen erschwert. Immer wieder kommt es deshalb zwischen Liz und ihren ebenfalls politisch aktiven Freundinnen zu Überlegungen, wie sie diesen Ungleichheiten begegnen können.

„And we've had this conversations before where we feel like women are really doing the work but who gets the credit are the men. And, like, in Washington, DC there's really no, no female voice within, you know, that table of, of ... I mean there, there is, I should not say there *isn't* but at the end of the day what you see in the media and who gets the credit

¹⁷⁰ Der hier verwendete Plural soll der Vielfältigkeit der Widerstandsbewegungen, die in den Interviews artikuliert wurde, Ausdruck verleihen.

are men. And we see that as a big problem, we think it's very problematic for us because ... even with other movements women have been very instrumental in, in getting the things done but they don't get the recognition that, that they deserve. And so one thing that we're trying to do, I just talked to my friend last night, is we're trying to start like a, like a table of women who are part of this, you know, immigrant rights movement. And sort of have an initial conversation and see how we can address this. Because when we actually bring it up in, like, the larger group, the larger coalition, women who bring it up are seen as the emotional ones, the crazy ones. And so, we want to find a way to address it in ... in which we're not seen as the crazy, emotional women" (Liz P:3, 13:13).

Liz erzählt, wie sowohl die Entscheidungsfindung als auch die Sichtbarkeit des *Immigrant Rights Movement* männlich dominiert ist. Obwohl viele Frauen politisch aktiv sind, ist ihr Zugang zur Spitze der Bewegung durch männerbündische Strukturen (vgl. Kreisky 1996) eingeschränkt. Um diese maskulinen Vergemeinschaftungen (vgl. ebd.: 586) herauszufordern, planen Liz und ihre Freundinnen die Einführung eines eigenen Gremiums für Frauen in der Bewegung.

Aufgrund eines impliziten Fokus auf den undokumentierten männlichen mexikanischen Arbeiter bleibt das *Immigrant Rights Movement* androzentrischen Strukturen verpflichtet und letztlich auch in genau dem Rassismus verhaftet, den die Bewegung zu bekämpfen vorgibt.

Olivia berichtete beispielsweise von Diskriminierungen, die sie als koreanische Migrantin innerhalb vieler pro migrant-Organisationen erfährt:

„And there's a lot of groups which still, even though we're all immigrants, I still feel, like, that kind of discrimination as Asian Americans. They don't bother to ask if we're, like, Chinese or Korean, like, you hear a lot of things like, oh chinitos, you know, like, all those Chinese people and ...“ (Olivia P:2, 10:10).

Saoul verengte im Interview die Bedeutung der *Mega Marches* von 2006 auf eine Demonstration der „hispanic power“ (P:5, 25:25), obwohl unterschiedliche migrantische Communities Teil der *Marches* waren. Sowohl Olivia (P:2, 7:7) als auch Isaura (P:6, 10:10) räumten ein, dass die Anwesenheit einer großen Zahl undokumentierter AsiatInnen in L.A. kaum politisiert ist, weil undokumentierte Migration als „latino issue“ diskursiviert wird.

Diese Wahrnehmung ist nicht zuletzt Resultat eines als antagonistisch vermittelten Kampfes zwischen den in den USA historisch benachteiligten migrantischen „Latinos“ und einer weißen hegemonialen Elite, die komplexeren widerständigen Aktivitäten den Raum nimmt (vgl. Castro Varela, Dhawan 2005: 69).

Denn sowohl die Anliegen migrantischer Frauen, nicht-lateinamerikanischer MigrantInnen als auch undokumentierter Jugendlicher (vgl. 8.3.2.) wurden innerhalb des *Immigrant Rights Movement* systematisch de-thematisiert. Weil diese Gewaltachsen (Alter, Geschlecht, Herkunft) häufig zusammenfallen, kann diese Bewegung nur für eine

Minderheit der undokumentierten Bevölkerung Orte der Artikulation schaffen.

Die Konstruktion einer für alle undokumentierten MigrantInnen stabilen Kategorie der Repräsentation schließt zwangsläufig alle jene aus, die diese Kategorie nicht ausfüllen. Wie in anderen gegendiskursiven Bewegungen erzeugt das Festhalten an einem unveränderlichen Widerstandssubjekt Exklusionsmuster, die mit jenen überlappen, die eigentlich den Ausgangspunkt der Kämpfe bilden (vgl. Castro Varela, Dhawan 2004: 8).

Meine InterviewpartnerInnen haben durchwegs heterogene Subjektpositionen artikuliert, die zwangsläufig unvereinbar sind mit einer subalternen Subjektivität, wie sie von dem *Immigrant Rights Movement* konstruiert wird. Sie haben sich hinsichtlich der Bewegung vielfach kritisch geäußert und unterschiedliche Positionen, Hintergründe und Bedürfnisse zum Ausdruck gebracht. Sie engagieren sich in verschiedenen lokalen Organisationen, Gruppen und Bewegungen, was die *Vielfältigkeit* ihres Widerstands aufzeigt.

Immer wieder wurde die Notwendigkeit der Organisierung der Basis in den Interviews betont und umgekehrt der fehlende Kontakt des Leaderships des *Immigrant Rights Movement* zur Basis kritisiert. Während es einzelnen Personen um Machterhalt geht, stellt die Bewegung auch Strukturen bereit, um diese Positionen abzusichern, wie Neidi berichtet.

„Yeah, because it becomes sort of all about this ... it becomes all about like media hungry, you know, like getting covered by the media and so and so are the leaders in immigrants rights but they don't really ... put their own personalities, it's not really like a base, building movement, it becomes sort of about keep people that, you know, should be around the table somehow ... and unions have played a big role in that, too. [...] But their organizing, too, is very different from like grassroots organizing that we do ... or other groups like IDEPSCA¹⁷¹ or other community organizations. Because they're more driven top-bottom, right, so ... and, and that's not how we work“ (Neidi P:4, 7:7).

Ähnlich wie Neidi hat sich Liz geäußert.

„Yeah, so ... yeah, so like I was saying, you know ... there are, there are the so-called leaders. Ah, yeah, you're right, there's only a few who are really the ones that make the decisions about what gets done or how things get done. And sometimes I feel like they're not really in touch with what's going on locally ... and, and with the, you know, with the base, with all the base, like the people that are doing the work, the people who work. You know, calling and doing the marches and the rallies and all these actions ... to, you know, push for immigration reform but, so, yeah, there's, there's a few names [...]“ (Liz P:3, 3:3).

Gegenüber dem hier von Liz kritisierten Leadership bestimmt die staatliche Zuweisung

¹⁷¹ *Instituto de Educación Popular del Sur de California*, das Gemeindezentrum, in das Neidi seit ihrer Kindheit involviert ist.

des Aufenthaltsstatus für sie und die übrigen Erzählenden über ihre Position in der Gesellschaft auch die Bedingungen ihres organisierten Widerstands mit. Liz reist viel zu Vernetzungstreffen innerhalb der USA, was für sie ein erhöhtes Risiko bedeutet, und sie arbeitet ohne Bezahlung für *DREAM Team L.A.*, eine Gruppe undokumentierter Jugendlicher, die für ihr Aufenthaltsrecht kämpfen (vgl. 8.3.2.)

In dem folgenden Ausschnitt berichtet Liz von den Schwierigkeiten der unbezahlten Arbeit, die letztlich auf ihren undokumentierten Status zurückzuführen ist.

„[...] it's, we do this in our free time. And, for example, I quit my job last week, (*lacht*) so that I can work on it full time. So for the next two and a half months I, I hope to be able to just scribe my savings and really do this kind of work. Cause that's, you know, that's what I really, I'm really passionate about. But I, because of my legal status, I can't get hired by ... an organization or someone who, you know, pay me for this work. It's what I want, you wanna do the work, you keep volunteering. And so, I decided that if I'm gonna volunteer I'm gonna do it with, with the group that I've been working with. And, and really try to listen that, you know, younger voice of youth, you know, immigrant advocates [...]“ (Liz P:3, 5:5).

Liz kann aufgrund ihres undokumentierten Status kein formelles Arbeitsverhältnis eingehen. Um ihre finanzielle Existenz abzusichern, jobbte sie ohne Arbeitsvertrag als Kellnerin. Viele undokumentierte Jugendliche, die wie Liz ein Studium abgeschlossen haben, arbeiten in studienfernen Bereichen in meist unqualifizierten Stellen. Liz schildert, wie kompliziert und anstrengend ihre politische Arbeit bei gleichzeitiger Erwerbsarbeit war.

„It was really hard, because, you know, I have a, I used to have a ... a job with, you know, I would have to work 40 hours a day [sic!] and it wasn't (F: A nine to five job?) Yeah, pretty much, nine to five a day. And it was at a restaurant. So it has *nothing* to do with the work that I, that I do on the side. And so for me, it was getting up for work, going home, and sitting in front of the computer, making phone calls, or, like, going to meetings *at night*, and talking to people at nights or during my lunch break. So I was sitting there at my lunchbreak with my computer, sending out emails or being on the phone with people and, like, eating at the same time. So it was very stressful and I, and then there was, I realized there was so much work that needed to be done and we have *so little, little* time to do it. So, I talked to my boss and I was like, hey, I'm sorry but I will have to quit because I really think that I need to focus on this work that I'm doing. And, especially because I used to work with people that were very supportive and I, I was constantly changing my schedule at work (F: So, like, in your paid job?) Yeah, my paid job. I was constantly (F: Okay) changing my schedule because I would, so I go to DC, or fly to North Carolina, Minnesota, to meet with all these other people. And that, the flying thing, like ... all my travel arrangements, that came from my pocket, most of it came from my pocket. So, everything that I was doing was really, you know, setting up some money so that I could do all this work. Because I don't get paid for, for plenty of it. And so now ... I was able to save up some money and ... I'm hoping that it would last for at least a couple of months before I am forced to go, sort of, back to work because I need to pay bills and stuff“ (Liz P:3, 11: 12).

Der Job im Restaurant war für Liz neben der Existenzabsicherung auch eine Einnahmequelle, um die entstehenden Kosten ihrer politischen Arbeit zu decken. Neben

den finanziellen bringt Liz auch zeitliche und affektive Ressourcen auf. Für die sogenannten FürsprecherInnen, die für ihre Arbeit von großen Organisationen bezahlt werden, empfindet sie deshalb keinen Respekt. Liz hat klargemacht, dass die Arbeit der migrantischen Lobbyorganisationen vor allem eines sichert, nämlich deren persönliches Vorankommen. Es sind für sie Leute, „[...] who sit in, you know, have jobs in DC who ... at the end of the day, whatever happens they still gonna have their jobs and they still gonna have their family, safe“ (ebd.: 8:8).

Liz weist an mehreren Stellen auf das Missverhältnis hin zwischen Leuten, die die Arbeit tun, und denen, die das *Immigrant Rights Movement repräsentieren* (ebd.: 12:12). Denn die FürsprecherInnen einiger MigrantInnenorganisationen haben nichts zu verlieren. Weil sie aus ihrem Job handeln, riskieren sie weder diesen noch die Sicherheit ihrer Familie. Während das Leadership des *Immigrant Rights Movement* Privilegien wie Respekt, Reputation und finanziellen Gewinn aus den Positionen zieht, geht Liz vielfältige Risiken ein. Der persönliche Profit des Leaderships stehe dabei vor den Interessen der MigrantInnen, für die gesprochen wird, meint auch Neidi (P:4, 7:7).

Ebenso berichtet Isaura, die mittlerweile über einen relativ sicheren Aufenthaltsstatus verfügt, davon, dass die Bewegung von 2006 nicht hielt, weil das alte Leadership im Sinne der eigenen Interessen gehandelt hat. Ihrer Meinung nach muss daher die jüngere Generation die Führung übernehmen (P:6, 4:5). Und auch Saoul denkt, dass die Probleme undokumentierter MigrantInnen häufig als Vehikel dienen, sich zu profilieren und die eigenen Interessen durchzusetzen (P:5, 24:24).

Eduardo hat sich in dieser Hinsicht ebenfalls häufig kritisch geäußert und hat sichtlich keine hohe Meinung von den *Leaders* des *Immigrant Rights Movement*. Auf meine Frage nach seiner Einschätzung der Stärke der Bewegung hat er das deutlich gemacht.

„Yeah, it's becoming stronger. And thanks also, like, it's becoming stronger and more radical thanks to the ... the leadership of LA. Because all this leadership had proved to the community that they don't wanna challenge the government. They don't wanna challenge their, you know, their allies. Cause they're being allies with, you know, the Democrats, like, the Democrat party in the US (F: Which leadership are you talking about?) I'm talking more about leadership in general, like, with non-profits such as CHIRLA, (?) SALEF, and many other non-profits in, in ... in LA. Long time ago a girl, a comra of mine was saying, like, non-profits in LA are like the pimps of the community or the working class. Because they use the community to get money from, like, politicians, from rich people and therefore, they don't wanna, like, like .. (F: So they sell out the immigrants rights in a sense?) Yeah ... yeah, so, therefore, a lot of people would call them the pimps of the working class and immigrants in LA“ (Eduardo P:1, 5:5).

Für ihn besteht dieses Leadership aus „Zuhältern“, weil es sich letztlich an den Menschen bereichert, für die angeblich gesprochen wird. Aufgrund der hegemonialen Einbettung hat dieses daher wenig Veränderungsenergie, allerdings wird das Fortbestehen bestimmter

Organisationen auch durch Fördermittel gewährleistet.

Auch Neidi bezeichnet das Leadership des *Immigrant Rights Movement* in L.A. als Komplizen des Systems und als Teil der Hegemonie. Insbesondere die Funktion der Non-Profits mit Einfluss in Washington, D.C. liegt ihrer Ansicht nach nicht darin, die Interessen der MigrantInnen wirklich zu vertreten, sondern die Bewegung durch konsensuale Vereinnahmung und Ent-Radikalisierung zu *kontrollieren*.

„[...] like, these are the organizations that kind of have been selected by the system to be the leaders in immigrants rights because ... they are so connected *to them* that they could be so easily ... that they *can't be radical*. Because if they're radical they get *cut*, all, you know, funding or communications or power, political power gets cut, you know. Like, if CHIRLA would come out, you know, today and like, freakin' occupy a detention center or something like that, like ... they won't get money, right? Like they won't get money and they won't get all the resources, the political power they have in DC, like all those things will be cut. So, that's one of the biggest challenges. How do we bring ... all of, all of the big, the really broad spectrum of immigrants rights organizations from the very mainstream to the more radical ones, sort of, around the same table to take action“ (Neidi P:4, 7:7).

Als ich Eduardo nach den Verdiensten des Leaderships für die Bewegung frage, macht er in eindrucksvoller Weise deutlich, bei welchen Personen seiner Meinung nach tatsächlich die Handlungsmacht liegt.

„I think, like, when I look at people, I, I don't know, like, I don't like to look at for, like, people when it comes to ... justifying a movement and what they have achieved. I feel, like, that the one thing that we're looking for more is, like ... just like many. I think that's the, that's the base in the community. And, because, we still, you know, like, dogmatize in that sense that we need to have, like, *that face*, that this struggle hasn't moved a lot. And not only the immigrant struggle but many other struggles. [...]
So ... that's what we're trying, like, not to talk about, like, leadership in terms of, like, one person alone. Cause I think they're just a face. The real power comes from the people, we have to realize that. And that's what happened on May 1st few years ago. The power, like, the ones who have stopped HR-4437 [...] it's, like, the ones that have stopped that was, like, the two million people that walked in LA. Those were the ones who have stopped it. No, no ... CHIRLA, it wasn't CHIRLA, it wasn't Villaraigosa, it wasn't, like, any other priest or any other so-called, like, leader out there, it wasn't none of them. It was mainly people. It was the government who saw that people were mobilizing, and not one but it was millions, that they got scared. They were scared, you know, that, that another civil rights movement will start. And therefore they used many other organizations to kill the movement, to mislead it to something that will not become radical and will not become a sort, like, civil right movement. Cause I'm pretty sure that many other sectors of the community would have allied with, like, immigrants and fight not only for immigration reform but it would fight for, like, health care, like I said, public education, living, housing, like, living wages, like, affordable and good conditions, you know, like places to live. So, that's where the power really lies. But, like, you know, like, that's what this leadership is saying, you know, like: I'm the one leading to there and I'm the one doing that. No, it's like thousands, it's people. So, we gotta give to the people what is for the people, the power [...]“ (Eduardo P:1, 5:6).

Eduardo stellt klar, dass die Macht bei *vielen* liegt. Die *Vielen* haben im Mai 2006 den

Sensenbrenner-Gesetzesvorschlag gestoppt. Weder Organisationen noch Einzelpersonen können diesen Sieg für sich beanspruchen. Ihnen wirft Eduardo vielmehr die Lähmung und Ent-Radikalisierung der Bewegung vor. Denn die Bewegung wurde gefährlich und deshalb *furchterregend* (vgl. 8.2.2.), und nicht nur wegen ihrer zahlenmäßigen Stärke, sondern insbesondere deshalb, weil sie erst dabei war, sich wirklich zu organisieren und dadurch unberechenbar war (vgl. Hardt, Negri 2004: 150).

Die hegemoniale Verflechtung vieler anfänglicher FürsprecherInnen der Proteste führte letztlich zu einer Umlenkung und Entschleunigung des Widerstands aus Angst vor einer neuen BürgerInnenrechtsbewegung. Durch die konsensuale Einbindung eines großen Teils der Basis wurde eine tatsächliche und nachhaltige Verschiebung der Kräfteverhältnisse letztlich verhindert.

Die Verflechtung größerer subventionierter pro migrant-Organisationen mit machtvollen Institutionen, Parteien, Gewerkschaften und Lobbys wurde durchwegs problematisiert. Denn die hegemoniale Einbindung unterschiedlicher Organisationen und Einzelpersonen verunmöglichte ein offensives, radikales Vorgehen und rückte das *Immigrant Rights Movement* in Richtung Mainstream.

Maskuline Dominanz und Geltungsdrang, relative Undurchlässigkeit für nicht-mexikanische bzw. nicht-lateinamerikanische migrantische Interessen, Kompromissfindung durch Eliten (Männerbünde) und Zusammensetzung eines selbsternannten Leaderships aus Personen mit sicherem Aufenthaltsstatus veranlassen viele undokumentierte MigrantInnen dazu, auf alternative Räume kollektiver Handlungsmöglichkeiten auszuweichen.

Diese artikulieren sich häufig in der *Selbstorganisation*. Selbstorganisation drückt dabei aus, dass undokumentierte MigrantInnen ihre Kämpfe *selbst* in die Hand nehmen. Sie setzen sich gegen Rassismus zur Wehr, verlangen mehr Rechte und weisen dabei die Ratschläge von Lobbyisten und migrantischen Interessensvertretungen über „richtige“ und „angemessene“ Formen des Widerstands zurück (vgl. Bojadžijev, Tsianos 1999). Sie organisieren sich im Rahmen von Gemeindezentren (Neidi, Jeff), vernetzen sich innerhalb migrantischer Wohnblöcke (Eduardo) oder formieren sich bundesweit entlang konkreter Alltagsrealitäten einer migrantischen Gruppe (Neidi, Liz, Jeff; vgl. 8.3.2.).

Diese bei undokumentierten MigrantInnen in L.A. stark verbreiteten Organisationsformen lassen sich mit Staples' (2004) Definition des *Grassroots Community Organizing* (GCO) konzeptualisieren. Aufgrund spezifischer Formen der Organisation in den USA innerhalb von Communities¹⁷², die sich häufig durch eine gemeinsame Migrations- und Unterdrückungserfahrung bestimmen, vermag der Begriff des GCO eher an die

¹⁷² Zum Begriff der Community vgl. Fußnote 135.

empirische Wirklichkeit in L.A. heranzutreten als jener der Selbstorganisation.

Die Erzählenden sprechen häufig von *grassroot organizing* (z.B. Eduardo P:1, 3:3; Jeff P:2, 4:4; Neidi P:4, 7:7) oder davon, Communities zu organisieren (*organizing communities*, z.B. Eduardo P:1, 4:4; Jeff P:2, 4:4; Liz P:3, 4:4; Neidi P:4, 4:4), und verweisen dabei auf die Elemente, die durch den Begriff des GCO verbindend artikuliert werden.

Wie bereits im Begriff enthalten, ist die zentrale Einheit dieser Organisationsform die Community. Dabei werden in den Beispielen meiner InterviewpartnerInnen unterschiedliche Communities angesprochen: bestimmte Nachbarschaften in L.A., die von People of Color bewohnt werden und daher im Fokus behördlicher Gewalt liegen; undokumentierte KoreanerInnen oder undokumentierte Jugendliche, die jeweils spezifische Unterdrückungs- und Widerstandserfahrungen verbinden. Die Communities konstituieren sich entlang unterschiedlicher Gemeinsamkeiten, die freilich nicht immer präzise abgrenzbar sind.

Das von Staples (2004: 2) bezeichnete *Grassroots Community Organizing* ist in erster Linie dadurch bestimmt, dass Entscheidungen *selbst* getroffen werden, um die Lebenssituation aller in einer Community lebenden Personen unmittelbar zu verbessern. Nach Staples (2004: 1f.) handelt es sich um *Grassroots Community Organizing*, wenn kollektive Aktionen von Mitgliedern einer Community durchgeführt werden, deren Stärke sich aus ihrer Zahl, einer partizipativen Entscheidungsfindung und einem Leadership aus der Community selbst speist, um Asymmetrien von Kräfteverhältnissen zu mindern und gemeinsame Ziele für sozialen Wandel zu erreichen.

GCO basiert auf der Annahme, dass die Betroffenen selbst sowohl das Recht als auch die Fähigkeit dazu besitzen, ihre Anliegen selbst zu formulieren und in ihrem Interesse selbst zu handeln. Die *Selbstvertretung* wird zum Prinzip erhoben, um Wandel zu erreichen. Dieser Ansatz setzt ein starkes Vertrauen in das Urteil, die Absichten und die Fähigkeiten der Mitglieder einer Community voraus.

„Organizing isn't a process whereby small groups of enlightened elites are brought together to formulate the 'right' policies. To the extent that non-members *advocate* on behalf of the community [...], the process is *not* organizing, and to the degree that *self-advocacy* takes place [...], organizing *is* taking place. Organizing is a bottom-up philosophical approach to social change, not simply a method to achieve it“ (ebd.).

Organisation ist demnach *immer* Selbstorganisation, was in den Interviews auch dadurch artikuliert wird, dass häufig nur von *organizing* gesprochen wird.

Im Fall des *Immigrant Rights Movement* kann nach Staples daher *nicht* von *organizing* gesprochen werden.¹⁷³

¹⁷³ Aufgrund der Schwierigkeit einer präzisen deutschen Übersetzung von Staples' Konzept

Die unterschiedlichen Formen des *Grassroots Community Organizing* wurden in den Interviews als Abkehr von den in L.A. existierenden Formen migrantischer *Vertretung* begründet, deren Kennzeichen in aller Regel darin besteht, dass undokumentierte MigrantInnen keinen Zugang zu Entscheidungsprozessen haben. LeiterInnen von Non-Profits, Priester, GewerkschaftsbürokratInnen und Intellektuelle treten öffentlich als FürsprecherInnen undokumentierter MigrantInnen auf, deren Organisation aufgrund ihres Status erheblich erschwert ist. Nicht nur die Öffentlichkeit, die mit der Selbstvertretung häufig einhergeht (z.B. Sichtbarsein auf Demonstrationen, Fernsehübertragungen), wird als Risiko abgewogen, auch die Mechanismen der Vernetzung – wie etwa Reisen – sind für undokumentierte MigrantInnen riskant. Eduardo hat über die Schwierigkeiten der Mobilisierung undokumentierter MigrantInnen berichtet, die immer dann eher zur Teilnahme an Demonstrationen oder Streiks zu bewegen sind, wenn bereits andere auch zugesagt haben (P:1, 6:6). Eine solidarische Menge wird als Schutz wahrgenommen, was einerseits die Furcht vor Sichtbarkeit, aber auch die Stärkung der Handlungsfähigkeit in basisorganisierten Gruppen anzeigt.

Eduardo, Jeff, Liz und Neidi haben in den Interviews sowohl ihren Anspruch als auch ihr selbstverständliches Anrecht auf Aneignung der Kämpfe explizit gemacht.

Ihre Ansätze sind dabei aber durchaus unterschiedlich. Während Eduardo nicht die Frage der legitimen Repräsentation für ausschlaggebend hält, sondern Repräsentation an sich in Frage stellt (Eduardo P:1, 5:6), stellt Liz die Forderung, dass auch Jugendliche repräsentiert sein müssen (z.B. Liz P:3, 5:5). Ihre Kritik richtet sich gegen eine Stellvertreterposition und die Vermittlung einer kollektiven Wahrheit.

In unterschiedlichen Kontexten sind die Erzählenden daher in Formen des *Grassroots Community Organizing* eingebunden, um eine Verbesserung ihrer Situation zu erreichen.

GCO wird über zwei Ansätze realisiert, die nicht immer voneinander getrennt betrachtet werden können: *Community Development* und *Social Action* (Staples 2004: 6ff.). Beide Organisationsansätze wurden von meinen InterviewpartnerInnen vorgestellt.

Das *Community Development* umfasst nach Staples (ebd.: 7) Aktivitäten und Prozesse, die die Lebensqualität der Mitglieder einer Community verbessern, individuelle und kollektive Kapazitäten vervielfachen und die Solidarität der Mitglieder erhöhen. Die Organisation dient dem unmittelbaren Alltagsleben, *ohne* eine Verschiebung der Machtverhältnisse auf der *Makroebene* anzustreben. Vielmehr wird im Rahmen des

unterscheide ich im deutschen Wortgebrauch die Organisation von der Selbstorganisation. *Organizing* nach Staples wird demnach von mir nicht mit Organisation, sondern mit

Community Development versucht, diese in kleinen Kontexten *situativ* zu verrücken.¹⁷⁴ Zu dieser Organisationsform zähle ich die von Jeff erwähnten Beratungen für undokumentierte StudentInnen, die neben der Rechtsauskunft eine Vernetzung für die Jugendlichen ermöglichen, deren Selbstbewusstsein stärken und den unmittelbaren Alltag bewältigbarer machen (Jeff P:2, 4:4).

Ebenso kann Eduardos Engagement in der nachbarschaftlichen Organisation zur Verteidigung der AnwohnerInnen als *Community Development* bezeichnet werden. Eduardo organisiert sich in den Organisationen *Copwatch* und *MigraWatch*¹⁷⁵, um seine Nachbarschaft vor Polizeigewalt zu schützen und vor Razzien zu warnen. Selbstorganisation ist hier eine Maßnahme der Verteidigung des unmittelbaren Alltagslebens und ermöglicht Kommunikationsprozesse und die Weitergabe von Wissen – wann eine Razzia wo stattgefunden hat oder wo die Polizei gerade Checkpoints aufbaut.

„So, there's, like, few groups in LA that are continuing the Black Panther struggle and they continue different programmes and one of them is Copwatch. Which is ... members of the community patrolling their neighbourhoods and making sure that cops do not harrass people or that cops do not commit any crimes against people cause sometimes they abuse and still abusing their power. So, we're trying to do that, to keep safe our communities. And not only that, we're also trying to stop, you know, police checkpoints that only attack, you know, and are trying to oppress people of color. And so that is one thing that is people continuing but now there's another group of people that are kind of taking the same idea and put it in into immigration issues. And so now there is something that called MigraWatch. So, MigraWatch which is, like, a group of people making sure that everytime there is a police checkpoint there will not be ICE or, like, immigration involved. Cause in many cases police and immigration are working together. Even though the state will not recognize that openly. They say, like, PD [Police Department; Anm.] is different and ICE is different. So, we know that it's not. That in so many cases police and ICE are working together. And so therefore, we're making sure that nothing of that is happening. [...] And everytime there is, like, an immigration raid in our communities we try to alert others. So we try to educate our people in what to do, what is that right ways to, to stop raids. And also, what to do just in case, what to do in case Migra will come or ICE will come to your house. So that's, that's part of the work we're doing with MigraWatch. And it's just for the sake of keeping our community safe and keeping our, like, people safe. And when we talk about, you know, like, MigraWatch, when we're talking only about, like, mobilizing undocumented immigrants, we're talking about, you know, mobilizing communities and, you know ... [...] So, MigraWatch is doing that, is building a support for the community and tries, trying to self-empower individuals to, like, know how to react and how to confront different, like, situations such as raids in the streets, raids in the houses, raids in the workplaces“ (Eduardo P:1, 7:7).

Aus Eduardos Erzählung geht hervor, dass GCO ein Vehikel kollektiver Selbstermächtigung ist. Gerade in Communities, die Gewalt und Rassismus erfahren,

Selbstorganisation übersetzt.

¹⁷⁴ Staples bemerkt, dass dieser Ansatz innerhalb bestehender Machtverhältnisse operiert, *ohne* deren Verschiebung zu beabsichtigen (ebd.: 7). Ich schließe mich dieser Interpretation nicht an, sondern lese die Berichte meiner InterviewpartnerInnen als Bestreben, Machtverhältnisse *unmittelbar* und *situativ* zu verrücken.

¹⁷⁵ Die Kontrollbehörde ICE (*Immigration and Customs Enforcement*) wird von vielen MigrantInnen

werden so soziale Beziehungen aufgebaut, das Selbstbewusstsein der Mitglieder gestärkt und Gefühle des *ownership* befördert (Staples 2004: 13).

Community Development ist als Aufbau solidarischer Netzwerke zu verstehen, denen insbesondere auch in dem Transfer von Wissen eine besondere Rolle zukommt. Diese Organisationsform bietet einen Rahmen, um einander täglich hilfreich zur Seite zu stehen. Man informiert einander über die Rechtslage, Jobmöglichkeiten oder gibt praktische Tipps für das Studium.

Demgegenüber unterscheidet Staples (2004: 9) die *Social Action* als zweiten Ansatz des GCO. Dabei werden Mitglieder einer Community mobilisiert, um *externe* EntscheidungsträgerInnen zu überzeugen oder unter Druck zu setzen, um diese zur Durchsetzung der kollektiven Interessen der Community zu bewegen, die ohne die Aktion nicht zu erwarten wären. *Social Action* als zweite Form der Selbstorganisation zielt also im Gegensatz zum *Community Development* darauf ab, die Macht- bzw. Herrschaftsverhältnisse auf der *Makroebene* in Bewegung zu bringen.

Eine häufig von undokumentierten Jugendlichen eingesetzte Form der *Social Action* ist etwa das sogenannte *phone bank rallying*, das dazu dient, auf EntscheidungsträgerInnen Druck auszuüben. Dabei ergehen Aufrufe über das Internet (z.B. Facebook, Twitter) oder mittels Plakaten und Flugblättern auf den Universitätsgeländen, um die jeweiligen Abgeordneten anzurufen und zur Unterstützung für eine bestimmte gesetzliche Maßnahme aufzufordern. Die Jugendlichen organisieren sich dabei entweder in Schichten oder erledigen die Anrufe spontan auf dem Campus. Die Telefone der Abgeordneten kommen dann teilweise über Tage hinweg nicht zum Stillstand.¹⁷⁶

Wie unterschiedlich *Social Action* angewandt werden kann, demonstriert Eduardos folgende Erzählung. Er beginnt mit der Schilderung eines seiner Jobs in einem Supermarkt.

„[...] and then, my second job, I was working at a grocery store and right there, that's when I, when I, that's when I started organizing ... like, for the first time cause most of the employees they were, like, undocumented and they were being oppressed, when I got there, because of my education and because I already was a person of consciousness, that I was always looking for my rights and I will always, you know, demand different, like certain, like, you know, like, rights from my employers. But I noticed that most of my, my, my, like employees, or my coworkers they were being exploited, like, horrible. They would work twelve hours a day, they will get, like, paid, like, five, like, five dollars and fifty cents when the minimum wage was eight dollars. And they didn't have breaks, sometimes they didn't even have lunchtime, they work like six, six days a week and ... they were being

als „La Migra“ bezeichnet.

¹⁷⁶ Zur Veranschaulichung siehe den Aufruf zum „UCLA Phone Banking Event“, der von 16. bis 24.09.2010 organisiert wurde, um die SenatorInnen zur Unterstützung für den *DREAM Act* zu bewegen (04.02.2011; vgl. Dream Act Portal 2010).

mistreated, you know, like, the, the, the place where, like, the lunchroom was, it was horrible, it was filthy. Like, the lockers in the lunchroom, it was together, so if you wanted to change you gotta like, kind of go outside, you couldn't change in front of people. So, yeah, those were, like, conditions and so I started organizing them. I started telling them (F: Your coworkers?) Yeah, these are my coworkers and this is me when I was like 22 years old or so. So most people would look at me and they're like, you're too young, you don't have family therefore you wanting to do all this things but we have families, I can not afford to lose my job. And so it was something really difficult to organize but we organized, like, that workers. We had protests, we had picket lines in front of, like, our business. And at the end, we get at least minimum wage for this people and we get (F: Really?) breaks. So, so yeah, and then they start moving down so it was destroyed. We believed that it was by the same owner of the store and he opened up the store again but he hired everybody but me. Cause I was the main organizer so everybody worked back but me“ (Eduardo P:1, 2:3).

Durch Streiks und Proteste konnten die ArbeiterInnen den Inhaber schließlich ausreichend unter Druck setzen, sodass dieser Mindestlohn und Arbeitspausen zusicherte. Dass *Social Action* mit einem Risiko für die Teilnehmenden verbunden sein kann, veranschaulicht die von Eduardo geschilderte anfängliche Zurückhaltung der ArbeiterInnen bedingt durch die Sorge, sie könnten im Falle ihrer Auflehnung ihren Arbeitsplatz verlieren. Die mit dieser Organisationsform für alle Teilnehmenden verbundenen Risiken erhöhen sich angesichts des prekären rechtlichen Status undokumentierter MigrantInnen, was im konkreten Kontext von Eduardos Erzählung daran abzulesen ist, dass sein Engagement in der Organisation der ArbeiterInnen tatsächlich zu seiner Entlassung führte.

Nach Staples (2004: 320) ist daher die große Zahl an Teilnehmenden ausschlaggebend, da sie dazu dienen kann, die Risiken untereinander aufzuteilen.

Ebenso wie der undokumentierte Aufenthalt auf vielen Ebenen unterschiedlich strukturierend wirkt, ist der Widerstand meiner InterviewpartnerInnen in vielfältige soziale Auseinandersetzungen eingebettet.

Junghee und Eduardo haben in den Gesprächen Verbindungslinien zwischen unterschiedlichen Kämpfen hergestellt. Sie machen deutlich, dass migrantische Kämpfe keine scharfen Konturen haben, sondern diffuse Ränder.

Junghee hat betont, dass mehr migrantische Rechte auch mehr Arbeitsrechte bedeuten müssen (P:2, 6:6). Und auch Eduardo findet es etwa wichtig, Kämpfe um Arbeit, Mieterschutz, Bildung und Gesundheit nicht als voneinander isoliert zu betrachten (P:1, 4:4). Arbeitskämpfe betrachtet er auch als migrantische Kämpfe, weil Lohnarbeit seiner Ansicht nach rassistisch organisiert ist (P:1, 4:4).

Eduardo organisiert sich in vielfachen Zusammenhängen und veranschaulicht in seiner Erzählung, wie Machtlinien für undokumentierte MigrantInnen konvergieren.

Er berichtet von studentisch getragenen Organisationsformen, die neben Fragen des universitären Zugangs und der Studienbedingungen für undokumentierte MigrantInnen etwa auch um Wohnraumschaffung kämpften. Ebenso werden der Zugang zu medizinischen Leistungen oder faire Löhne als Gegenstände der migrantischen Kämpfe dargestellt.

Das GCO kann in diesem Sinne als Handlungsmöglichkeit gelesen werden, um diese komplexen Realitäten herauszufordern.

„(F: Yeah. And how are you involved in organizing right now?) Yes, so ... I get involved in grassroots organizations since 2003. I was member of a group called ‚Progressive Alliance‘ which was mainly led by students who were organizers. We were, like, a Marxist-Leninist-Trotskyist organization and we tried to organize that community not only in terms of political points of view but we were trying to mobilize in economical ways. So we helped a lot of undocumented immigrants to get, like, or to fight for living spaces, like, affordable living spaces. And also, ‚Progressive Alliance‘ was the organization I ... organized with in my, my workplace and we also organized in, among workers’ rights in other parts of LA. So, it was a very small group. However, we did a lot of organization among immigrants workers and immigrants tenants. So that’s how I started my action in LA. I also, I, I was or I am a cofounder of ‚AJ student undocumented‘, a undocumented student organization at Los Angeles City College. And the sole purpose of that was to have undocumented students to finish their education, their higher education. And we also fight for immigration reform. We were fighting and advocating for an immigration reform and now AJ has evolved into what is called APCI, and it’s ‚Asamblea Popular Contra Injusticias‘ and in English it’s ‚Popular Assembly Against Injustices‘ and that in itself, it’s fighting for something bigger which is, like ... not only immigration rights but it’s also, like, advocating for workers’ rights, tenants’ rights, and public education, like free public education for all, free healthcare for all, and even wages in California. So, that’s what we’re fighting for right now. We’re not, we don’t label ourselves in any, like, political points of view. We’re like an open space, we’re, like, anybody can come and share resources and also like, you know, like, share ideologies in order for us to better off our communities. So that’s, that’s what APCI is doing right now ...“ (Eduardo P:1, 4:4).

Wie in Eduardos Erzählung deutlich wird und wie ich dies auch im Folgekapitel am Beispiel des *DREAM Movement* ausführen werde, überlappen die beiden Organisationsformen des GCO häufig. Gruppen und Netzwerke, die sich im Rahmen des *Community Development* organisieren, können in diesem Sinne eine wichtige Ressource für *Social Action* sein.

Diese Organisationsformen werden von den Erzählenden nicht als zeitlich abgrenzbar betrachtet, sondern als andauernde Entwicklung, die die Communitymitglieder *langfristig kollektiv handlungsfähig* machen sollen. Dieser Anspruch resultiert aus der Analyse eines permanenten Machtungleichgewichts sowie der ebenso permanenten *Möglichkeit* zu widerständigem Handeln (Staples 2004: 3).

Jeff hat diese Langfristigkeit des Widerstands verdeutlicht. Mit der Verabschiedung eines einzigen Gesetzes werden die Kämpfe seiner Einschätzung nach nicht vorbei sein, denn

die Machtasymmetrien, die Migrationen verursachen und regeln, verlangen nach nachhaltigeren Prozessen der Veränderung.

„I don't wanna, I don't want this to be the end and off, it's not going to be the end at all. If we pass immigration reform this year, immigration is a process, will not stop and in a global sense it's not gonna change, you know, dramatically. So, it's an ongoing struggle and I feel, like, this is just the one big way and this is just, this is a long time but it's a one big thing that we have to get over, to work on the global issue that I feel strongly about that this is, like, the, places an example for the rest of the world. For fair and humane immigration reform policy that they could adapt everywhere else as an example. And that's, that's, because I see it that way and not from a short term, let's pass the DREAM Act this year, we need it this year and, like, I, of course I want that but I want to see it from a more sustainable longterm process“ (Jeff P:2, 12:12).

Gleichzeitig identifizieren die Erzählenden kleine Handlungskontexte als Elemente größerer Zusammenhänge und Ungleichheiten (vgl. Staples 2004: 3). Eduardo verweist auf globale Asymmetrien und auf parallele Unterdrückungsstrukturen in unterschiedlichen Ländern. Er äußert damit auch eine globale Utopie der Kämpfe.

„So the struggles are very similar, it's just, like, different tactics that we're using. And I guess the conditions in each country, you know, are relating to different struggles or to different techniques. But I, I guess, like, the most important job that we need to do is, like, estab a global, like, networking and global, like, mobilisations, you know. I believe that we need to start a strike in the system in one day in different ways. So ... that's important to, I guess, like, it's time for, like, the struggles to get united. Not only on the immigration issue but like, you know, on the global scale. Cause I guess, like, capitalism is destroying our cultures, is destroying our societies. And it's time for us to ... like, bring it down. It's time for us to, like change our society. It's time for us to, like, get together and, and free the world in it's, in it's totality“ (Eduardo P:1, 12:12).

Die Schilderungen der Erzählenden widerlegen eindrucksvoll die Annahme, wonach sich der migrantische Widerstand *als solcher* nach 2006 stetig verlangsamt hat (vgl. Gonzales 2009; Johnson, Hing 2007; Lazos 2007; Loyd, Burrige 2007). Vielmehr geben die Erzählenden Aufschluss darüber, dass die vorhandenen Strukturen und Organisationsformen von vielen als nicht geeignet erachtet werden und sich die Widerstände auf andere Aktionen und Zusammenhänge konzentrieren, die sich basisdemokratisch durchgesetzt und als wirkungsvoller erwiesen haben (vgl. Kastner 2008: 47).

Die Spivak'sche Frage, ob die unterdrückten Subjekte sich des Faktums ihrer Unterdrückung bewusst sind und *selbst sprechen können* (vgl. Spivak 2008a), kann meiner Ansicht nach nicht in die Konstatierung einer fehlenden subalternen Handlungsfähigkeit münden (und das hat Spivak auch nicht behauptet). Vielmehr denke ich in Anschluss an Castro Varela und Dhawan (2005: 76), dass die Subalternen darum kämpfen müssen, überhaupt gehört zu werden, weil Hören *hegemonial strukturiert* ist.

Durch die Verstrickung des *Immigrant Rights Movement* in hegemoniale Strukturen ist der

subalterne Widerstand bereits *gefiltert* (vgl. ebd.). So erfahren etwa Frauen, koreanische MigrantInnen oder Jugendliche nicht deshalb erschwerten Zugang, weil sie sprachlos sind, sondern weil sie *zum Schweigen gebracht werden*.

„Subalterner Aufstand [...] *ist* ein Bemühen, sich selbst in die Repräsentation einzubringen, und zwar *nicht* entlang der Linien, die von den offiziellen institutionellen Repräsentationsstrukturen vorgegeben werden“ (Spivak 2008b: 145).

Die Erzählenden haben in den Interviews deutlich gemacht, dass sie für sich selbst sprechen und handeln wollen. Sie fühlen sich in den Strukturen des *Immigrant Rights Movement* nicht vertreten und greifen stattdessen auf unterschiedliche Formen zurück, sich *selbst* zu organisieren.

Von der universellen Forderung „Legalisierung für Alle“ (vgl. 6.3.1.: 140) verlegen sie den Fokus auf andere, ihrem unmittelbaren Alltagsleben geltende Kontexte und *pluralisieren* die Schauplätze ihrer Kämpfe (vgl. Castro Varela, Dhawan 2005: 70).

8.3.2. Undokumentierte Jugendliche organisieren sich

„I came to this country when I had just turned fourteen. I carried with me few things: the memories of friends and loved ones left behind and a few personal dreams and ambitions. I relied on one phrase: ‚Sorry, I don’t speak English.‘ After weeks of crying myself to sleep, I found myself surrounded by new friends and teachers who welcomed me and believed in my abilities. After four years of hard work, I became the first person in my family to graduate from high school, yet it was a bittersweet accomplishment. After high school graduation, I had to choose between pursuing college in Mexico and fighting for a future in the United States. I’m American. I stayed to fight.“
(Liz)¹⁷⁷

Ich möchte im Folgenden eine Bewegung vorstellen, die im Zeitraum der Interviews – im März und April 2010 – gerade dabei war, sich zu re-organisieren und neue Strategien zu entwickeln. Drei meiner InterviewpartnerInnen sind sehr aktiv darin eingebunden: Liz, Neidi und Jeff. Weil es sich dabei um einen Zusammenschluss unterschiedlicher Gruppen, Netzwerke und Organisationen handelt, in dessen Rahmen gesellschaftliche Veränderung bewirkt werden soll, spreche ich in Anschluss an Schwenken (2008: 902; vgl. auch 6.3.1.) sowie in Anschluss an die Beteiligten selbst (vgl. Perez et al. 2010) von einer *Bewegung*.

Viele Organisationsformen, die in Kapitel 8.3.1. vorgestellt wurden, sind Teil dieser Bewegung. Charakteristisch für diesen Zusammenschluss ist, dass er überwiegend selbstorganisiert ist und sich um einen konkreten Gesetzesentwurf – den *DREAM Act* – formiert hat. Dessen Verabschiedung und Implementierung bildet die Hauptforderung der Bewegung. Sie bezeichnet sich selbst daher als *DREAM Movement* (vgl. ebd.).

Der *DREAM Act* wurde als überparteiliche Gesetzesvorlage 2001 zum ersten Mal im Kongress eingebracht und zielte auf die Verbesserung der Situation undokumentierter Jugendlicher durch selektive Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus ab. Bevor ich genauer auf das *DREAM Movement* und den konkreten Gesetzesentwurf zu sprechen komme, werde ich zunächst ausführen, inwiefern die Kämpfe undokumentierter *Jugendlicher* als spezifisch zu betrachten sind.¹⁷⁸

Neben der allgemeinen Kondition permanenter existentieller Verwundbarkeit durch Illegalität (vgl. 5.3.1.), Deportabilität (vgl. 5.3.2.) und Prozesse der Kommodifizierung migrantischer Anwesenheit (vgl. 5.3.3.) wirken auf undokumentierte Jugendliche aufgrund

¹⁷⁷ Liz in ihren eigenen Worten (Mateo 2010).

¹⁷⁸ An dieser Stelle möchte ich auf zwei der seltenen Publikationen verweisen, die Erzählungen undokumentierter StudentInnen enthalten: siehe dazu Pérez 2009 und Madera 2008.

ihres Alters gesonderte Ungleichheitslinien.

Ein wesentlicher Unterschied besteht in dem Erlebnis eines Schocks, wenn diese Jugendlichen erfahren, dass sie keine Aufenthaltspapiere besitzen. Insbesondere in den asiatisch-amerikanischen Communities ist ein undokumentierter Aufenthaltsstatus ein soziales Tabu, weshalb darüber in den Familien aus Furcht vor Rufschädigung nicht gesprochen wird. Ich möchte noch einmal an den Fall von Jeff erinnern, der als Zehnjähriger mit seiner Mutter aus Südkorea kam.

„You know, when I found out that I was undocumented I was about 15 or 16 and ... it wasn't something that I could openly share with people [...] And my mom always told me: oh, don't tell this to people, this is something you don't, you know, you hide, and you don't share that with anyone“ (Jeff P:2, 2:2).

Weil viele der undokumentierten Jugendlichen als Kinder mit ihren Eltern kamen, machen sie sich wie Jeff meist keine Gedanken um ihren Aufenthaltsstatus, bis sie im Jugendalter um einen Führerschein ansuchen, sich für ein College oder eine Arbeitsstelle bewerben oder sich in das Wählerverzeichnis aufnehmen lassen wollen. All diese amtlichen Prozesse erfordern eine Sozialversicherungsnummer, die diese Jugendlichen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus nicht haben. Die Zeit nach diesem Schockerlebnis resultiert für die Betroffenen häufig in Paralyse und Depression. Diese Gefühlszustände lähmen die Jugendlichen oft für lange Zeit und sind Bestandteil eines Affektregimes (vgl. 8.2.2.).

Die Grenzen, die sich für sie auftun, beginnen sich schließlich bei der Planung ihrer Zukunft zu zeigen.

65.000 undokumentierte Jugendliche schließen jährlich die Highschool ab, davon 26.000 in Kalifornien (UCLA-CLRE 2007: 3). Der Supreme Court entschied zwar im Jahr 1982 für ein allgemeines Recht auf Schulbesuch (SCUS 1982),¹⁷⁹ doch was die Hochschulbildung anbelangt, erfahren undokumentierte Jugendliche vielfache Hürden. Während 75 Prozent aller in den USA geborenen HighschoolabsolventInnen eine weiterführende (Aus-)Bildung verfolgen, tun dies nur etwa 20 Prozent der undokumentierten Jugendlichen (vgl. Buenavista, Tran 2010: 254). Oft werden die Bewerbungsunterlagen für das jeweilige College oder die Universität ohne Sozialversicherungsnummer gar nicht angenommen,¹⁸⁰ so wie im Fall von Saul, der nach mehreren abgelehnten Bewerbungen seine Pläne zu studieren schließlich aufgab (P:5, 7:8).

Der ausschlaggebendste Grund für diesen deutlich niedrigeren Bildungsgrad sind aber die für diese Jugendlichen kaum aufzubringenden Studiengebühren. Obwohl sie meist viele

¹⁷⁹ Der Supreme Court prüfte in diesem Fall den Antrag des Staates Texas, undokumentierten Kindern den Zugang zu öffentlichen Schulen dieses Staates zu verwehren (vgl. SCUS 1982).

¹⁸⁰ Einige Universitäten verpflichten sich dagegen zu einem Aufnahmeverfahren ohne Angabe der Sozialversicherungsnummer, wie mir Neidi und Liz berichteten, so z.B. die University of California Los Angeles.

Jahre in demselben Bundesstaat gelebt haben, können sie aufgrund ihres undokumentierten Status keinen entsprechenden Nachweis über ihren Wohnsitz bringen (vgl. Buenavista, Tran 2010: 255). Dies führt dazu, dass sie in den meisten Bundesstaaten die weitaus höheren *nonresident fees* zahlen müssen.

2001 wurde in Kalifornien AB 540¹⁸¹ verabschiedet, das zumindest eine Verringerung der Gebühren bedeutete (ebd.). AB 540 waren selbstorganisierte Aktionen der Jugendlichen vorausgegangen, in die auch Neidi als damals erst Dreizehnjährige involviert war (P:4, 5:5).

Doch trotz dieser Gesetzesänderung sind die Gebühren immer noch sehr hoch und für viele nicht bezahlbar.¹⁸² StudentInnen mit sicherem Aufenthaltsstatus finanzieren ihr Studium daher überwiegend über staatliche Stipendien und Kredite, zu denen undokumentierte Jugendliche aber keinen Zugang haben.¹⁸³

Selbstorganisierte Initiativen der letzten Jahre, die die Ausweitung finanzieller Unterstützung auf undokumentierte MigrantInnen forderten, resultierten in Kalifornien in erfolglosen Gesetzesvorschlägen. Der *California DREAM Act*, der den AB 540-StudentInnen die Möglichkeit eines leistungsbezogenen Stipendiums geben würde, scheiterte seit 2006 bereits dreimal am Veto von Gouverneur Schwarzenegger (vgl. Buenavista, Tran 2010: 256; McGreevy 2010).

Denjenigen, die sich trotz der hohen finanziellen Belastung für ein Studium entscheiden, werden eine gute körperliche Verfassung, Organisationstalent und Stressunempfindlichkeit abverlangt. Viele undokumentierte StudentInnen organisieren ihre Zeit in Arbeit-Studium-Zyklen, in denen sie abhängig von ihrer jeweiligen finanziellen Situation den Fokus abwechselnd auf Arbeit oder Studium legen (Buenavista, Tran 2010: 255). Weil sie zum formellen Arbeitsmarkt keinen Zugang haben, nehmen sie unqualifizierte Stellen an, z.B. in Fast-Food-Ketten. Und der finanzielle Druck ist groß, denn nicht nur die hohen Gebühren müssen aufgebracht werden, sondern auch die

¹⁸¹ Unter dem Titel *California Nonresident Tuition Exemption* (besser bekannt unter AB 540, Assembly Bill 540) wurde 2001 ein Gesetz verabschiedet, das Jugendliche unter bestimmten Voraussetzungen von den hohen *out of-state*-Gebühren der Universitäten befreit, die StudentInnen zahlen müssen, die nicht in dem Bundesstaat gemeldet sind, in dem sie die Universität besuchen. Stattdessen sind sie nach Erfüllung bestimmter Kriterien berechtigt für die niedrigeren *in-state*-Gebühren. AB 540 zielte zwar nicht ausschließlich auf undokumentierte Jugendliche ab (sondern erleichterte den Hochschulzugang für alle, die nicht in dem jeweiligen Bundesstaat gemeldet sind), bedeutete aber de facto eine Verbesserung ihrer Lage (vgl. Assembly Bill 540).

Aufgrund einer Klage am Berufungsgericht wurde AB 540 2008 angefochten, 2010 wurde die Klage allerdings abgelehnt. Eltern von US-BürgerInnen, die nicht in Kalifornien gemeldet sind und daher Nonresident-Gebühren zahlen müssen, haben AB 540 vor dem State Supreme Court in Fresno angefochten, mit der Begründung, das Gesetz verletze Bundesrecht und diskriminiere US-BürgerInnen (vgl. Martinez vs. Regents 2010).

¹⁸² Die „In-state tuition“ der University of California Los Angeles beträgt im günstigsten Fall über 10.000 Dollar für ein akademisches Jahr, während Nonresident-Gebühren an derselben Universität etwa 30.000 Dollar betragen (vgl. UCLA 2011).

¹⁸³ Texas und Oklahoma haben als einzige Bundesstaaten eine begrenzte finanzielle

Lebenskosten müssen gedeckt werden. Weil meist auch ihre Eltern undokumentiert sind, arbeiten diese ebenfalls in unqualifizierten Jobs und können die Ausbildung ihrer Kinder daher kaum mittragen.

Jeff, Liz und Neidi haben trotz dieser Erschwernisse ein Studium absolviert. Sie haben Vollzeit gearbeitet oder die wenigen privaten Förderungen genützt, wie Neidi im Interview berichtet:

„[...] it's not like our parents have, you know, 15,000 Dollars laying around to pay for school. But a lot of us, you know, made it happen. Like, I graduated in 2008 from the University of Santa Cruz, the University of California Santa Cruz, and ... and still as an undocumented youth and so, somehow you know I've worked and got private scholarships, and worked full-time and, you know, fundraising my own to get me through school but I know that's very difficult for a lot of other students [...]“ (Neidi P:4, 5:5).

Esteban war zum Zeitpunkt unseres Interviews in seinem letzten Semester am Los Angeles City College. Er spricht darin die Ungerechtigkeit an, die darin besteht, dass sich einige so sehr anstrengen müssen, während andere das Studium als selbstverständlich und mühelos erleben. Esteban artikuliert aber auch so etwas wie Genugtuung darüber, dass der Abschluss für diejenigen, die sich nicht in dem Maße bemühen müssen wie er, nicht dasselbe bedeutet wie für ihn.

„I got, I got enrolled to actually this school over here, LACC [Los Angeles City College]. And so ... all the way until then I've been able to get into university now and so ... I, I'm just glad that I'm almost done and ... and there are, there are students that are, you know, really doing well in, I mean, even though it's an, it's an obstacle and it doesn't matter in the end because we feel that it's very, it's achieving something that you have wanted and so, and so it's very, very good for people that, you know, even though they have gone through circumstances but they have been able to achieve what they need. So that's to me, that's why I am really (?) because there are people in here that, you know, even though they are from here but I see that they haven't done what they're probably supposed to do and so they've been probably wasting time when other people who are or face circumstances have done really a good job in, in terms of moving themselves through school and ... since I'm working, so ... and pretty much that's what I've been doing and I'm sure my, my, my experiences are similar with those of other people, so ...“ (Esteban P:7, 5:5).

Nach Abschluss der Universitäten sind die Jugendlichen mit dem nächsten Dilemma konfrontiert. Obwohl sie Ausbildungen absolviert haben, können sie diese beruflich nicht einsetzen und bleiben daher meist in den unqualifizierten Stellen, mit denen sie bereits ihr Studium finanziert haben. Neidi möchte Anwältin werden, aber sie weiß, dass dies bei der gegenwärtigen Gesetzeslage nicht möglich ist.

„[...] well, I wanna be an attorney, I work with attorneys, you know, I am an activist, organizer, you know, I have, I have that network in my community and other places, but to

the, to the government and to society I'm invisible. And I won't be able to enforce my degree or be able to go to law school and become an attorney ... unless something really radical happens [...]“ (Neidi P:4, 6:6).

Schätzungen zufolge sind knapp über 40 Prozent der undokumentierten Bevölkerung in den USA jünger als dreißig Jahre (Passel, Cohn 2009: 4) und etwa 17 Prozent jünger als 18 Jahre (Buenavista, Tran 2010: 254). Vierzig Prozent dieser Jugendlichen leben in Kalifornien (ebd.: 255).

Viele von ihnen kamen wie Jeff, Liz und Neidi als Kinder mit ihren Eltern in die USA und sahen sich an einem Punkt in ihrem Leben plötzlich mit der Tatsache konfrontiert, dass sie undokumentiert sind. Weil sie in aller Regel auch in undokumentierten Familien leben und ein Antrag um Legalisierung allenfalls mit ihrer Ausreise verbunden ist (vgl. 5.3.1.: 113), ist der Zustand ihrer Illegalität kaum veränderbar. Diejenigen, die einen der kaum vorhandenen Wege zur Beantragung einer Greencard ausmachen konnten, werden in jahrelangen Verfahren, die häufig mit dem sogenannten *Aging-Out*¹⁸⁴ enden, systematisch zermürbt. Neidis Mutter hat für ihre beiden Töchter 1994 eine Greencard nach INA 245(i) (vgl. ebd.: 114) beantragt, sie alle warten zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit immer noch auf eine Entscheidung.

2001 schien sich für diese Jugendlichen zum ersten Mal eine Möglichkeit aufzutun, die tatsächlich eine Legalisierung ihres Status denkbar werden ließ. Der demokratische Senator Richard Durbin und der republikanische Senator Orrin Hatch stellten dem Kongress einen überparteilichen Gesetzesvorschlag zur Legalisierung undokumentierter Jugendlicher vor – den *Development, Relief and Education for Alien Minors Act (DREAM Act)*, Batalova, McHugh 2010). Diese Idee einer *selektiven* Legalisierung für Jugendliche war im Kongress grundsätzlich konsensfähiger als eine *allgemeine* Legalisierung. Der Konsens basierte dabei auf zwei zentralen Kompromisspunkten im Migrationsregime: erstens der weiterhin konsequenten Sanktionierung des illegalen Grenzübertritts und zweitens der bedingten Vergabe der Aufenthaltsbewilligung, gekoppelt an *Leistung*. Zwar hatten viele der potentiellen AntragstellerInnen des *DREAM Act* die Grenze illegal überquert, doch wurde ihre Überquerung als „entschuldigbar“ verhandelt, weil die damals Minderjährigen lediglich der Entscheidung ihrer Eltern gefolgt waren. In diesem Sinne sollten Kinder nicht für die „Fehler“ ihrer Eltern verantwortlich gemacht werden, die diese im Unterschied zu ihren Kindern schließlich „wissentlich“ begangen hatten. Neidis, Jeffs und Liz' geäußerte Unterstützung für die Migration ihrer Eltern lese ich daher als *de-skandalisierende* Widerrede gegen diese hegemoniale Behauptung und Produktion eines

¹⁸⁴ Das *Aging-Out* bezeichnet das Ausscheiden aus einem Legalisierungsverfahren mit Abschluss des 21. Lebensjahres (vgl. Bray 2009: 138).

Skandals (vgl. 8.1.1.).

Zusätzlich würde die Aufenthaltsbewilligung im Rahmen des *DREAM Act* *bedingt* vergeben werden und den Betroffenen eine *Gegenleistung* abverlangen. Diese Bestimmungen sollten der Sorge rechtskonservativer und nativistischer Kräfte vor einer „Amnestie“, also einer „bedingungslosen“ Legalisierung, entgegenwirken. Ebenso wurde innerhalb einer neoliberalen Kosten-Nutzen-Logik argumentiert, wonach die USA im Falle einer Legalisierung dieser Jugendlichen zusätzliche Steuereinnahmen und intellektuelles Kapital „gewinnen“ würden. Das konservative *National Immigration Law Center* (2001) fasste die Zielsetzungen des *DREAM Act* daher sympathisierend zusammen:

„The only crime these young people have committed is that of living with their mothers and fathers. They have a human right to pursue their own dreams and not to be punished for their parents' actions. The rest of us also have a stake in the success of these children. Many are talented and poised to contribute to our joint future as teachers, nurses, and leaders“ (ebd.).

Trotz einer relativ konstanten überparteilichen Unterstützung im Kongress scheiterte der *DREAM Act* in variierenden Formulierungen und Formen¹⁸⁵ in der parlamentarischen Abstimmung stets an wenigen Stimmen. 2007 und 2010 blockierten einige Republikaner seine Verabschiedung durch das sogenannte *filibustering*.¹⁸⁶

Der *DREAM Act* sah in seiner Fassung zum Zeitpunkt der Interviews¹⁸⁷ die Vergabe einer Aufenthaltsbewilligung unter folgenden Voraussetzungen vor: Demnach wären jene Jugendliche zur Antragstellung qualifiziert, die vor dem Alter von 16 Jahren entweder unautorisiert in die USA gekommen waren oder über die bewilligte Aufenthaltsdauer hinaus geblieben und so aus dem Status gefallen waren, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens nicht älter als 35 Jahre sind, mindestens fünf Jahre ohne Unterbrechung in den USA gelebt haben, eine Highschool oder eine vergleichbare Ausbildung absolviert haben und nie straffällig geworden sind (vgl. UNITED WE DREAM 2010-2011). Laut den rigiden Bestimmungen des *DREAM Act* muss die Aufrechterhaltung der Aufenthaltsbewilligung allerdings in einem sechsjährigen Beobachtungszeitraum „verdient“ werden – das bedeutet, der Aufenthaltsstatus wird zunächst *bedingt* vergeben (*conditional status*). Innerhalb dieses sechsjährigen Zeitraums müssen sich die

¹⁸⁵ Der *DREAM Act* wurde bisher sowohl als Bestandteil größerer Gesetzesvorschläge als auch als sogenannte *stand alone bill* eingebracht.

¹⁸⁶ Das *filibustering* bezeichnet eine parlamentarische Taktik des Dauerredens, die von den Abgeordneten eingesetzt wird, um eine Beschlussfassung im Kongress zu verhindern.

¹⁸⁷ Der Text des *DREAM Act* wurde seit der ersten Einbringung im Kongress mehrmals geändert, teilweise auch unter dem Titel *American DREAM Act*. Die hier skizzierten Bestimmungen beziehen sich auf die Fassung von 2009, die zum Zeitpunkt der Interviews aktuell war. Die zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit letzte Fassung datierte von 2010 und sah gegenüber jener von 2009 unter anderem folgende Änderungen vor: 10 Jahre bedingter Aufenthaltsstatus statt 6 Jahre, spezielle Restriktionen hinsichtlich einer Gesundheitsversicherung, Altersgrenze 30 Jahre statt 35

AntragstellerInnen *bewähren*, indem entweder eine zweijährige Collegeausbildung oder mindestens zwei Jahre einer insgesamt vierjährigen Hochschulbildung absolviert oder wahlweise mindestens zwei Jahre Militärdienst in den USA abgeleistet werden. Ist eine dieser Bedingungen vor Ablauf des bedingten Aufenthaltsstatus erfüllt, wird danach eine permanente Aufenthaltsbewilligung vergeben. Nach Ablauf weiterer fünf Jahre kann dann um die Staatsbürgerschaft angesucht werden (vgl. ebd.). Die Bestimmungen des *DREAM Act* in dieser Fassung stellten es allen Bundesstaaten frei, die Höhe der Studiengebühren für undokumentierte StudentInnen festzusetzen, ohne die Universitäten allerdings zu einer Herabsetzung der Gebühren zu verpflichten (vgl. UCLA-CLRE 2007: 5).

Die Möglichkeit zur Legalisierung des Status ist im Rahmen des *DREAM Act* also in einer Weise vorgesehen, die die Jugendlichen diszipliniert und in der das Aufenthaltsrecht *verdient* und *erarbeitet* werden muss (Yanni 2010). Der umstrittene Passus über den Armeedienst impliziert eine geforderte Loyalität zur US-amerikanischen Nation und die Ausbildungsnachweise die Bereitschaft zur „harten Arbeit“ und den Willen, dem Land *nützlich* zu sein. Einmal mehr wurden das *Verständnis* für den Amerikanismus und die Bereitschaft zur *Assimilation* als Bedingung einer Teilhabe festgeschrieben. Die Feststellung des ökonomischen Nutzens dieser Legalisierungsmaßnahmen zeigt dabei die konsequente Absicht der Kommodifizierung migrantischer Anwesenheit an.

Das Weiße Haus informierte daher, der *DREAM Act* wäre „good for our economy, good for our security, good for our nation“¹⁸⁸ (The White House 2010b), allerdings nicht ohne gleichzeitig festzustellen: „The DREAM Act requires *responsibility* and *accountability* of young people who apply to adjust their status under the DREAM Act, creating a *lengthy* and *rigorous* process“¹⁸⁹ (ebd.).

Das *Migration Policy Institute* (Batalova, McHugh 2010: 1) schätzt, dass sich im Jahr 2010 bundesweit zwar etwa 2,1 Millionen Jugendliche für eine Antragstellung qualifizieren könnten – davon 26 Prozent allein in Kalifornien –, allerdings würden die restriktiven Bestimmungen des *DREAM Act* auch ein Scheitern an diesen Anforderungen wahrscheinlich machen (ebd.). Daraus wird ersichtlich, dass die „verdiente“ Legalisierung immer auch ein Mittel des *Ausschlusses* darstellt, während jedoch einzig das Ziel des *Einschlusses* vermittelt wird.

Viele undokumentierte Jugendliche organisieren sich in unterschiedlichen Organisationen, Gruppen oder Vereinen. Häufig werden direkt am Campus Netzwerke gegründet, um Beratungen zu ermöglichen und sich gegenseitig zu unterstützen. Jeff organisiert sich etwa innerhalb der *Alliance of Korean-American Students in Action* (P:2, 4:4) und auch Liz

Jahre, der Passus über die „In-state tuition“ fiel (vgl. Batalova, McHugh 2010).

¹⁸⁸ Im Original in Großbuchstaben.

¹⁸⁹ Hervorhebungen D.Y.

gibt an, eine ähnliche Gruppe an ihrem Campus gegründet zu haben (P:3, 11:11). Neidi gründete als Vierzehnjährige zusammen mit anderen undokumentierten Jugendlichen die Gruppe *Teens in Action* und war danach ebenfalls an ihrer Universität aktiv (P:4, 5:5). Ebenso hat Eduardo zusammen mit anderen undokumentierten StudentInnen ein Netzwerk am Los Angeles City College aufgebaut (P:1, 4:4).

Neben der unmittelbaren Bewältigung des Alltags durch Informationskampagnen und praktische Hilfestellungen ging es diesen Gruppen vor allem auch darum, Veränderungen zu bewirken, um ihre Situation nachhaltig zu verbessern. Sie mobilisierten daher häufig für Gesetzesinitiativen wie AB 540, den *DREAM Act* und den *California DREAM Act*, wie Neidi im Folgenden berichtet.

„And then later, as a young ... activist around 14 we founded our own youth group as part of IDEPSCA, called ‚Teens in Action‘, and they’re still going on now. And ... it was all about undocumented youth growing up in, in the United States, and also having equal access to education. So, we mobilized a lot around the AB 540 law here in California that allowed undocumented youth to pay a state tuition to go to universities but we can not apply to financial aid or any type of ... federal aid to attend school whereas US citizens or residents (F: No scholarships?) Yeah, no scholarships, nothing. Only unless it was like a private scholarships, right? Like ... yeah, but nothing through the system. And so, that would, that law passed in 2001. And then, throughout *then*, you know, all my highschool career, I really, my organizing was around undocumented youth and immigrant rights but around trying to pass the DREAM Act, and the Californian Dream Act, to try to systematize some in-state ... financial support for these students that can not pay in-state tuition which is still very expensive“ (Neidi P:4, 5:5).

Wie Neidis Schilderung zeigt, sind diese studentischen und jugendgeleiteten Organisationsformen unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass sie *Community Development* und *Social Action* produktiv miteinander verbinden, indem innerhalb bereits bestehender Netzwerke vielfältige Aktionen geplant und umgesetzt werden.

Ähnlich wie Neidi begann Liz sich auf ihrem Campus zu organisieren. Nach ihrer Graduierung beschloss sie, sich auf die politische Arbeit zu konzentrieren, und gründete zusammen mit anderen AbsolventInnen *Dream Team L.A.* Diese selbstorganisierte Gruppe war für Liz und ihre KollegInnen ein Mittel, auch innerhalb des *Immigrant Rights Movement* sichtbarer zu werden. Aus ihren Erzählungen geht auch einmal mehr klar hervor, dass sie sich als undokumentierte Jugendliche innerhalb dieser Bewegung nicht repräsentiert fühlte.

„And in 2007 I cofounded a student group in my university and then in 2008, or in 2007, I started a group [*Dream Team L.A.*]. In May 2008 I graduated from college. And so, after that I didn’t have a group to work with anymore but a lot of the people that I have been working with in other colleges and universities, cause we had a network, were also graduating. And so we decided that we wanted to start something for, *for us*. We already had degrees and so we wanted to also advocate for the DREAM Act and for immigration reform but to sort of have that voice. Because we, we are educated, we know what’s going on and so we, we wanted to contribute as well“ (Liz P:3, 11:11).

Durch den hohen Grad an Selbstorganisation, die freiwillige, d.h. nicht bezahlte Arbeit und die Finanzierung durch Spenden schützt sich *Dream Team L.A.* vor Vereinnahmung und Instrumentalisierung. Die Jugendlichen nutzen Netzwerke, indem sie etwa die Infrastruktur größerer Non-Profits in Anspruch nehmen. Doch sie selbst definieren die Bedingungen für diese Partnerschaften, wovon eine der zentralsten darin besteht, dass die Entscheidungsprozesse bei *Dream Team L.A.* partizipativ sind und ohne Intervention von außen stattfinden.

„And when we started ... we already knew a lot of people with like, with like different non-profits, different organizations, and so, we, we went, we went out to them, and where like: hey, we, we need support. This is what we're trying to do, can you help us out, can we meet in here, can you, can you, like, you know, host a meeting? And so, we meet in different places. We mostly work out of the downtown, the UCLA Downtown Labor Center¹⁹⁰ and, but we're also, like, we meet in the same building where MALDEF¹⁹¹ is located, in downtown. Sometimes we meet at KRC¹⁹² and NAKASEC where you, where you met Jeff. So, we have different locations, so we're not a project of any non-profit, we make our own decisions but when we have events we go to those non-profits that we know because they, they're very supportive. And so, the way that they can support is by donating materials, by, you know, helping us with the space, like, having a space to have an event, to have a training or something. So, like, this last Saturday we had a training. We brought people from different areas who are new to the immigrant rights movement and so we wanted to learn how to organize. To, like, go back to their schools, go back to their churches, their communities and organize. So we had, you know, teachers of other highschool students, for example. And we did that at the Labor Center so we didn't have to pay for the space, we have, you know, so we have free space, and we have some free materials that they, they provide us with. And also just, you know, individuals like our teachers, professors, people in the community that know the work that we've done for a long time. When we announce an event they come to us. They say, hey, how can we help you guys? Can we give you guys donations, material? And so, little by little we have started a fund where it's, it, it mainly comes from donations and from events that we've had where we fundraise or, you know, just asking around for people to donate. So that's how we, we do things but none of us get paid. So all the money that we have is just for materials that we need, for travelling, for going to other places, and lobbying or something“ (Liz P:3, 11:11).

Auch Jeff ist zusammen mit Liz aktiv bei *Dream Team L.A.* Er betont die Relevanz der Arbeit an der Basis und die Notwendigkeit der *Selbstermächtigung* der Jugendlichen.

„[...] I started working with another organization outside of KRC called DREAM Team Los Angeles which are undocumented, it's a volunteer base undocumented student group that are, that's doing exactly what I wanted, to help the youth and motivate them to know that there's something better out, better there for them and also to have a (?) for ourselves to pass the DREAM Act and Comprehensive Immigration Reform. So through *them* we've been doing, we've been doing youth, what is a trainings, where we're giving them tools that we've learned to organize in their communities, in a very grassroots way, so very organic grassroots organizing, you know, non-hierarchy, very non-structured leadership training and we've been doing that. We did one in LA last week and we're doing one in

¹⁹⁰ UCLA Center for Labor Research and Education.

¹⁹¹ Mexican American Legal Defense and Education Fund.

¹⁹² Korean Resource Center.

San Francisco and it's all, you know, it's so, that's kind of the work that we're doing, it's really trying to just empower these students. To know that they can go out there and make a difference for their lives on their own. Without really depending on others to do it for them“ (Jeff P:2, 4:4).

Wie das Beispiel von Jeff, Liz und Neidi zeigt, dient ihre Organisierung sowohl der Bewältigung ihres Alltagslebens als auch der nachhaltigen Veränderung ihrer Situation. Dabei besteht ein starker Fokus in der Organisierung der Basis und der Abwendung von Eliten. Die gegenseitige Vernetzung, auch über Bundesstaaten hinweg, wird als wesentlich erachtet (Liz P:3, 6:6), gleichzeitig werden strategische Partnerschaften auch mit größeren Organisationen eingegangen (ebd.: 11:11).

2006, als der *DREAM Act* als Element des *Comprehensive Immigration Reform Act* im Kongress erneut eingebracht wurde (vgl. 5.2.3.: 99f.), bündelten sich diese Kräfte und mobilisierten für seine Verabschiedung. Doch nach zahlreichen Aktionen der Jugendlichen wie Demonstrationen und Hungerstreiks scheiterte die Annahme des *DREAM Act* im Oktober 2007 an acht Stimmen im Senat (vgl. United States Senate 2007).

Vor dem Hintergrund einer Reihe von Ereignissen setzte im Frühjahr 2010 langsam eine Verschiebung in der Organisierung und Strategieentwicklung innerhalb des *DREAM Movement* ein (Perez et al. 2010), die in eine Re-Aktivierung und Re-Organisierung der Bewegung mündete.

Die Verabschiedung von SB1070 im April 2010 in Arizona (vgl. 5.2.4.), die sich vertiefenden Spaltungen und Differenzen innerhalb des *Immigrant Rights Movement* (vgl. 6.3.), die Untätigkeit Präsident Obamas (vgl. 5.2.3.: 106f.) sowie die stetig schwindende Unterstützung für eine Reform der Einwanderungsgesetzgebung seitens des Kongresses angesichts der nahenden Wahlen (*midterm elections* 2010) hatten Reflexionsprozesse innerhalb der bereits bestehenden selbstorganisierten Netzwerke undokumentierter Jugendlicher zur Folge. Diese Überlegungen gingen mit einer intensivierten bundesstaatenübergreifenden Vernetzung durch persönliche Treffen und virtuelle Konferenzen über das Internet einher.

Aufgrund der Konzentration innerhalb des *Immigrant Rights Movement* auf eine umfassende Einwanderungsreform (*Comprehensive Immigration Reform*, „*Legalization for All*“) und der konsequenten De-Thematisierung jugendlicher Illegalität vertieften sich die Kontroversen.

Diese Reflexionsprozesse innerhalb des *DREAM Movement* mündeten in die Emanzipation der Jugendlichen vom *Immigrant Rights Movement* und ihre bedingungslose Forderung nach *Selbstvertretung*.

In einem offenen Brief, als deren Unterzeichnerin auch Neidi angeführt ist, werden diese

Entwicklungen zusammengefasst:

„Until we organized this movement, we had been caught in a paralyzing stranglehold of inactivity across the country. We were told that the Comprehensive Immigration Reform Act, or CIRA, was still possible. Yet we continued to endure ICE raids and we witnessed the toxic Arizona SB1070. Meanwhile, CIRA had lost bipartisan support and there was no longer meaningful Congressional or executive support for real reform.

Youth DREAM Act activists stopped waiting. We organized ourselves and created our own strategy, used new tactics and we rejected the passivity of the nonprofit industrial complex. At a moment when hope seemed scarce, we forged new networks of solidarity. We declared ourselves UNDOCUMENTED AND UNAFRAID! [...]

We were told to *wait* for a better time in the future where immigration reform would again become plausible. Just as the Student Nonviolent Coordinating Committee followed the advice of Ella Baker to create their own organization independent of older organizations, we did the same. The nonprofit organizations and politicians pushing for Comprehensive Immigration Reform continued to try to dictate what our actions should be. We felt that a barrier in achieving legalization was the Nonprofit Industrial Complex. [...] Our so-called allies need to realize that they are not undocumented and, as such, do not have the right to say what undocumented youth need or want. [...]

WE DO NOT WANT IMMIGRATION RIGHTS 'ADVOCATES' SPEAKING FOR US ANY LONGER. WE DEMAND THE RIGHT TO REPRESENT OURSELVES!“ (Perez et al. 2010).

Neben dem Anspruch auf Selbstorganisation und der Emanzipation von anderen Bewegungen kündigen sie auch ihren *Entzug aus dem Affektregime* an. Sie zeigen, dass sie der permanenten Aufforderung, Angst haben zu müssen, ihre Furchtlosigkeit entgegenzusetzen haben (Yanni 2010).

Im Interview hat Neidi klargestellt, dass niemand außer ihnen selbst eine Veränderung *für sie* bewirken kann. „You know, many of us are not gonna wait on their own till something [radical] happens or (*lacht*) the government takes an initiative. We're gonna have to do it ourselves“ (Neidi P:4, 6:6).

Obgleich sich zahlreiche Gruppen und Organisationen vernetzten und die Bewegung immer größer wurde, blieb das *DREAM Movement* den Prinzipien des *Grassroots Community Organizing* verpflichtet. Die Entscheidungsprozesse wurden so angelegt, dass möglichst viele Personen daran teilhaben konnten. Und Personen, die später an die Öffentlichkeit traten, wurden basisdemokratisch entsendet (vgl. Epilog).

Im Unterschied zum *Immigrant Rights Movement* betonen die Jugendlichen ihre Heterogenität und die Vielfalt an Unterdrückungslinien, die ihre Existenzen kreuzen (vgl. Perez et al. 2010).

Frauen nehmen etwa eine starke und sichtbare Rolle in der Bewegung ein, wie Liz erzählt:

„And most of our members are women, there's very few men and there's only one guy who takes a leadership role, who is very strong and, like, is willing to do the work. The rest just kinda' show up when ... when there's an event, you know. But who makes things happen are really women ... And I feel like all the groups that I work with or most of the groups that I work with are really being led by women. Not just in, in LA but, like, all over the country. Like in New York, in Chicago, in Kansas, you know, all these, all these

places“ (Liz P:3, 13:13).

Die Reflexionsprozesse, die durch die konkrete politische Realität im Frühjahr 2010 in Gang gesetzt worden waren, beschleunigten schließlich die Bewegung um den *DREAM Act*. Die Jugendlichen weigerten sich, weiterhin Schachfiguren in politischen Spielen zu sein, und sie weigerten sich, auf ein anderes Jahr zu warten, weil es genau das war, was ihnen schon im letzten Jahr und im Jahr davor erzählt worden war (Yanni 2010). Während 2007 auch viele Jugendorganisationen an der Forderung nach einer umfassenden Legalisierung festhielten, begannen sie danach ihre Strategien zu überdenken, wie Liz berichtet. Denn die Forderung nach einer Legalisierung für Alle habe sich nach jahrelangen Kämpfen als Utopie erwiesen.

„And so, we, we are, we make our own analysis of things and so I really think that ... it seems like CIR is not gonna happen, CIR it's, is Comprehensive (F: Immigration Reform) So ... so for that, for us it's problematic because if it's, if it's not gonna happen this year and they keep pushing for all or nothing ... we might end up getting nothing. Just, just like we did in 2007. And I was involved in 2007, and so a lot of what's happening now happened in 2007, when there was, you know, there was debate for immigration reform and it kept failing and failing and failing. And so, a lot of the, a lot of advocates at that time were saying, well, if we can't get immigration reform in 2007, if we can't get the whole thing, let's get a, a couple of things at least. Mainly, the *DREAM Act*, and something called *AgJOBS*.¹⁹³ [...] So, you know, the *DREAM Act* is for young people, and so, there's this friction between ... the larger coalitions that have all the money, that have all the power, that have, you know, lobbies, in, in DC, Washington, DC, doing all the work for them. And, and the smaller groups, like the one that I work with. Who, you know, we're more realistic, and we're saying if we can't get everything, let's at least get something to sort of have, some sort of down payment for what, to talk later. And so ... we're not ... represented within that, you know, five or six leaders that you might know, we're not really represented by them. Because they don't really ask our opinion or they don't really let us ... sort of have a voice, at least in LA. I mean there, there's, they have, like *CHIRLA* has a youth component, so they, they organize young people. And I was part of that when I was a student but then I graduated so I couldn't be part of it anymore. So that's when we started *DREAM Team L.A.*“ (Liz P:3, 4:4).

Trotz Kontroversen und Schwachpunkten wird der *DREAM Act* von vielen undokumentierten Jugendlichen als ihre einzige Chance auf Legalisierung betrachtet. Sowohl Neidi als auch Liz haben angemerkt, dass der *DREAM Act* bei weitem keine ideale Lösung darstellt, aber strategisch fokussiert werden kann, um auf Teilerfolge aufbauen zu können.

¹⁹³ Der *Agricultural Job Opportunities, Benefits and Security Act* („*AgJOBS*“) ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den *United Farmworkers* und landwirtschaftlichen Unternehmen. „*AgJOBS*“ soll den Unternehmen landwirtschaftliche Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, die dafür einen temporären Aufenthaltsstatus erhalten. Obwohl für die ArbeiterInnen eine Umwandlung von dem temporären in einen dauerhaften Aufenthaltsstatus vorgesehen ist, sind die Bestimmungen dafür so restriktiv, dass vielfach von einem Gastarbeiterprogramm gesprochen wird. Auch Liz räumte im Interview ein, „*AgJOBS*“ beinhalte Elemente eines Gastarbeiterprogramms (P:3, 4:4; vgl. *Farmworker Justice* ----).

„And, then I think that’s where we need to start thinking of ... okay, well, what, what is likely to happen? And I think in those likely-to-happen bills, like for example the DREAM Act which, which was to be for, like, students and things like that, which were not like the ideal thing that we *want* but, but could be mere victories as we continue to build the immigrant rights movement“ (Neidi P:4, 9:9).

Der *DREAM Act* bedeutet für die Jugendlichen eine Möglichkeit, „einen Fuß in die Türe zu bekommen“, wie sich Neidi im Folgenden ausdrückt. Er ist ihre Chance, die Teilhabe an der nationalstaatlichen politischen Funktionalität überhaupt zu erlangen (vgl. Bratic 2002a), um sie dann auch für ihre Familien erkämpfen zu können.

„[...] and, and so, that’s the struggle that we’re still in, you know, trying to pass a law in, *in* the United States that recognizes undocumented youth as part of the society and can really give ’em a path to residency, as they’re going through school. And so, I mean it’s very, the politics around all of those things are so (*seufzt*) complicated and complex because, you know, as, as youth we’re very conscious that, you know, we don’t wanna just a law that is gonna benefit *us* but benefit our families, right? And our parents. But if you ask our parents, you know, they, they came to this country to give *us* a chance, for us to have a chance, an opportunity for the American dream, or just, you know, education and a *life*. To be able to live life freely and ... and we’re not experienced in that, and so, when we have, we had this discussion around laws and what laws will benefit what people and things like that, I think more and more we heard our parents in this light that desperate scream of like, you know, at least passes one that’s gonna help our children. Because we *were* here and we sacrificed so much for them. But we feel that that’s just the first step, right? Like that’s *our* foot in the door to, to push for other things and to, you know, really ... be ... understand the system and like, continue to do work on that side to be able to push for radical changes in immigration reform in this country“ (Neidi P:4, 5:5).

Liz bemerkt, dass auch Zugeständnisse, die ihr Unbehagen bereiten, notwendig sind, um Veränderungen zu bewirken (P:3, 9:9). Der *DREAM Act* ist auch für sie keine perfekte Lösung, aber die derzeit *einzig* für diese Jugendlichen.

Sie zeigen auch, dass sich ihre Kämpfe nicht von den Macht- und Herrschaftsverhältnissen entkoppeln lassen, die sie verschieben wollen. Stattdessen übernehmen viele undokumentierte Jugendliche strategische Subjektpositionen, die über die hegemoniale Ordnung konstruiert werden, und *instrumentalisieren* sie für ihre Kämpfe. Liz’ Eingangszitat (vgl. Seite 226) veranschaulicht dies anhand der Übernahme einer hegemonialen Argumentation, die darauf abzielt zu zeigen, dass Liz es „verdient, Amerikanerin zu sein“. Häufig werden die intellektuellen Ambitionen und der Leistungswille der Jugendlichen vom *DREAM Movement* strategisch betont. In dem bereits erwähnten offenen Brief äußert sich die Bewegung hinsichtlich dieser Kontroverse.¹⁹⁴

¹⁹⁴ Insbesondere der Passus über den Militärdienst spaltete die Kräfte der *Immigrant Rights* in L.A. Vgl. dazu ausführlicher: National Immigrant Solidarity Network 2010.

„Should we wait until a perfect politician introduces the perfect bill? Or should we wait until there are another 1.8 million undocumented youth with little chance at a successful future. We say hell no! We are tired of our third-class status, and we are tired of the social justice elite dictating what we can and cannot do, all the while speaking on our behalf and pretending they represent our interests“ (Perez et al. 2010).

Im Interview hat Neidi über die möglichen zukünftigen Entwicklungen nachgedacht und dabei ihrer Wut freien Lauf gelassen. Sie verdeutlicht, dass die Strategien ihrer Kämpfe neu entwickelt werden müssen.

„And so, I think, in terms from the immigrant rights movement, I think we *have* been able to do legislation (?), we *have* been able to mobilize in, in, in masses. But we *haven't escalated*, we *haven't* gone the next step. We still have been playing *their game*, you know. Sort of, like, this is what you need to do, so we respond, so, that's what we been doing. But, I think, this is what I'm telling you, like, I think, this is the time where finally people understand that's not ... we need to go beyond that ... and, and things are happening really fast, you know. And, and they're gonna be happening really fast. This is, this is it. So, I think, if anything is gonna happen it's gonna be because people are gonna escalate. And that's sort of the next step in the movement around the nation. Not just in Arizona but everywhere. People are fed up, it's like, enough is enough. And we've been playing their game and *we've been nice*. We can't continue to be *nice* when they keep on deporting and, and punishing our families ...“ (Neidi P:4, 9:10).

Staples (2004: 19) hat eines der wesentlichen Werkzeuge des GCO als „Disrupting „Business as Usual“ bezeichnet. Er beschreibt damit eine gewaltlose Störung der hegemonialen Ordnung, das, was Neidi als „deren Spiel“ bezeichnet. Neidi spricht von Eskalation als einer Taktik der Unterbrechung dieses Spiels. Weil die Jugendlichen innerhalb der elitären Dialoge des *Immigrant Rights*-Leadership nicht gehört werden, loten sie alternative Interventionstaktiken aus, um sichtbar und gehört zu werden.

Das *DREAM Movement* betrachtet sich als Kollektiv von Subjekten mit Handlungsmacht, die sich ihrer Position in der Gesellschaft eigen-sinnig bewusst sind. Sie spannen bewusst einen Gegensatz zu bestehenden Organisationsformen auf, die undokumentierte MigrantInnen vor Rassismus und Ausbeutung „schützen“ möchten (vgl. Schwenken 2006: 312) und überzeugt sind, dass diese einer Vertretung „bedürfen“. Stattdessen wollen sich die Jugendlichen zeigen und damit aus der Position der Unsichtbarkeit bewegen. Ihre Strategie liegt in der Sichtbarmachung undokumentierter Jugendlicher, der Politisierung und Skandalisierung der Konditionen ihrer Anwesenheit und der Enttabuisierung ihres Aufenthaltsstatus (vgl. ebd: 310).

Gesetze werden als Ausdruck von Kräfteverhältnissen gewertet, die durch widerständige Handlungen verschoben werden können. Die Einforderung der Implementierung des *DREAM Act* gibt den Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Situation zu thematisieren und zu artikulieren.

Liz und Neidi haben ihre präzise Kenntnis des politischen Systems deutlich gemacht, die

die Planung ihres Widerstands nach eingehender Analyse der Herrschaftsarchitektur anzeigt. Am Beispiel des parlamentarischen Prozesses hat Liz erläutert, wo sich Machtverhältnisse ihrer Meinung nach verfestigt haben und wo sie Spielräume erkennt, in denen sich widerständige Handlungen entfalten können. Weil seitens der Jugendlichen lange Zeit versucht wurde, für den *DREAM Act* als Bestandteil einer umfassenden Einwanderungsgesetzgebung (*Comprehensive Immigration Reform*) zu mobilisieren, analysiert Liz im Interview die Wahrscheinlichkeiten für die Verabschiedung eines solchen umfassenden Gesetzes seitens des Kongresses (P:3, 6:9).

Der legislative Prozess in den USA sieht die Einführung eines Gesetzesvorschlags von einer der beiden Kammern des US-Kongresses vor. Die eingebrachte Vorlage muss überparteilich sein, also von mindestens einem Demokraten und einem Republikaner vorgeschlagen werden. Während das Repräsentantenhaus 2010 angekündigt hatte, auf einen Vorschlag des Senats zu warten, verspricht der Senat zwar, einen solchen einzubringen, schiebt den Termin aber monatsweise auf. Und seitens des Repräsentantenhauses gibt es zwar bereits einen Gesetzestext, dieser findet aber keine Unterstützung von republikanischer Seite. Als einer der wenigen republikanischen Befürworter des *DREAM Act* ist der Senator von Arizona, John McCain, immer wieder aufgetreten, allerdings hat er aus wahltaktischen Gründen seine Unterstützung – wie schon im Jahr 2007 – 2010 erneut zurückgezogen. Im Kongress hatte sich ein Patt kristallisiert, das darin bestand, dass aus Mangel an UnterstützerInnen keine der beiden Kammern in der Lage war, ein Gesetz vorzuschlagen.

Zusätzlich gab der Kongress bekannt, ab Juli die Anhörungen für die Nachfolge des Obersten Richters zu beginnen, was zusammen mit den *midterm elections* im November einer de facto-Lähmung des Kongresses in legislativen Entscheidungsprozessen von Juli bis Jahresende gleichkam (Liz P:3, 7:7). Die Mobilität und Reversibilität der Machtverhältnisse war für die Jugendlichen stark eingeschränkt (vgl. Lemke 2001).

„And so, really, for anything to happen we only have until June [...] So ... there's so many mixed messages but one thing that, that the people that I work with are, are saying is, what we're saying is, if we can't get a bill that will legalize *everyone* let's at least start with something smaller. We don't want to, we don't want this work to go to waste and at the end of the day not have anything because that's what happened in 2007. We were really trying to push for the *DREAM Act* and ... the larger immigrant rights groups were still saying, no, we need to, we need to push for the larger bill, but there was really no time. There was really no, no support and no time for it. And in, in this year, I mean at least in 2007, there were, there was, there were more talks about it. This year, there's really nothing going on other than, I mean in the House there might be but not in the Senate. And the Senate is crucial. If they, if they don't do anything there's really *nothing*. *Nothing's* gonna happen“ (Liz P:3, 7:7).

Ausgehend von den durchgesetzten Herrschaftszuständen im Kongress schildert Liz, wo ihrer Meinung nach die Möglichkeiten liegen, um die Machtverhältnisse von einem

anderen Ort aus herauszufordern und zu verschieben. Wie zuvor Neidi beschreibt sie eine Störung der hegemonialen Ordnung und berichtet von der Möglichkeit des *zivilen Ungehorsams*.

„And so, it's, it's gonna be really interesting to see what happens in the next few days because there's a lot going on. Like today a few students got arrested for doin' (F: Where, in Arizona or here?) Yeah (F: What did they do?) They chained themselves to ... the building, one of the buildings, the state capitol in, in Arizona where the governor is, so they got, they got arrested and so ...you know, there's, there's probably gonna be acts of civil disobedience ... like people, you know, doin' sit-ins or chainin' themselves or doin' something that will get them arrested. And so, that creates several moral crises. And so, one thing that needs to happen is Congress needs to move and like, introduce a bill if we want something done. This is possible. And so that's, that's up to the, that's up to the Senate, that's up to the senators who, you know, lawmakers. And then the other thing that needs to happen I think is, there needs to be a moral crisis that people need to understand ... [...] So, people like the general public need to understand that it's so urgent, that things that shouldn't be happening are happening, especially in Arizona for example, and if people, if all eyes of the country turn to Arizona and just see the intensity of the crisis, then maybe they would go out to the streets and demand that something happens. I think this year May 1st is gonna be big ... and everywhere. I think it's, it's gonna be probably one of the, there's gonna be some of the biggest marches we've ever seen and so, it will be a good thing. But that's, that's not enough. You know, like, it, it empowers people, it, it really energizes the movements but at the end of the day ... our whole thing is, does it really translate into the votes that we need? Does it translate into the bill that we need?“ (Liz P.3, 7:8).

Liz entdeckt in den kristallisierten Machtverhältnissen Spielräume für widerständiges Handeln. Sie spricht darüber, was *möglich* ist – „This is possible“. Den Spielraum sieht sie in der Möglichkeit, von außen Druck auf den Kongress zu erzeugen. Durch *Sit-ins* und ähnliche Aktionen zivilen Ungehorsams undokumentierter Jugendlicher, die deren Inhaftierung und, weil sie undokumentiert sind, unter Umständen ihre Abschiebung zur Folge haben, wird Normalität unterbrochen und ein Skandal sichtbar gemacht. Liz drückt dies mit der Produktion einer *Krise* aus.

Wie Spivak (2008b: 145) festgestellt hat, müssen die Subalternen auf Artikulationsformen *außerhalb* hegemonialer Repräsentationsstrukturen ausweichen, weil sie in diesen hegemonialen Architekturen eben „nicht sprechen“ können (ebd.).

In seinem Brief aus dem Birmingham-Gefängnis hat Martin Luther King, Jr. Aktionen des zivilen Ungehorsams, die immer durch ihre Gewaltlosigkeit bestimmt sind, als notwendiges – weil einziges – Mittel des subalternen Widerstands bezeichnet.

„You may well ask: ‚Why direct action? Why sit ins, marches and so forth? Isn't negotiation a better path?‘ You are quite right in calling for negotiation. Indeed, this is the very purpose of direct action. Nonviolent direct action seeks to create such a crisis and foster such a tension that a community which has constantly refused to negotiate is forced to confront the issue. It seeks so to dramatize the issue that it can no longer be ignored“ (King 1963).

Was die Jugendlichen durch Aktionen wie *Sit-ins* erreichen wollen, ist eine Diskursstörung

und eine Thematisierung ihrer Situation. Jeff, Liz und Neidi zeigen, dass *jede* eine politische AnalystIn ist. Nicht nur die, die widerständige Handlungen vorschlagen, sondern ganz besonders diejenigen, die sie selbst ausführen und riskieren (vgl. Staples 2004: xv). Neidi sieht vor dem Hintergrund der spezifischen politischen Realitäten in den Aktionen des zivilen Ungehorsams die einzige Möglichkeit dafür, dass ihre Stimmen gehört werden.

„But right know it's just, I think, you're, right now, here in the US, really seeing like the most, in the last decades or, the most racist, the most anti-immigrant sentiment in a *long* time. And what's happening in Arizona right now is just ... is really the, the tip of the iceberg. And, and the thing is that it's now public, you know, like these things have been happening but it happened so discreet, and like so just kinda kept in those local governments, those local ordinances. But now, to have a state law that pretty much says you're brown and therefore you could be pushed and pulled over and, and treat, treated as a criminal it's just (F: Like a police state?) (*Laut*) Yeah, it is. And, yeah, it is just, it is a police state. And, and but that's sort of a pilot that a lot of states are looking at, you know. Like, if it happens there it's gonna rapidly happen in a lot of other states. And California is still close to Arizona ... so, the time right now, I think we're in a moment where we're gonna see more and more civil disobedience and direct action to push for these things because there is no other way now, you know. And really the youth are the ones ... that kind of torching that civil disobedience forward. And so, you know ... Liz and I and a bunch of other students we've been really thinking about, you know, what is, what is the next step for like undocumented youth in terms of thinking of taking that more civil disobedience stance and more kind of action. Does that ... what kind of action would it *take* to really ... push it to the next level, you know? And so, ideas are around like getting ourselves detained and things like that are, are, are, are happening, you know, like those are discussions happening and we're moving more towards that. And ... and it's a scary risky thought because our families are here but ... but it's almost like there is no other way“ (Neidi P:4, 5:6).

Neidi denkt in dieser Interviewpassage laut über die Möglichkeiten nach, durch die undokumentierte Jugendliche die Normalität ihrer Marginalisierung und De-Thematisierung durchbrechen können. Und wie Neidi in den letzten Sätzen betont, sind dies furchteinflößende Perspektiven, aber eben die einzigen, durch die sie hörbar und sichtbar werden. Diese Aktionen schaffen widerständige Gegen-Räume, von denen aus sie ihre Geschichten und Forderungen artikulieren können (vgl. Castro Varela, Dhawan 2005: 78).

Schon kurz nach den Interviews haben Jeff, Liz und Neidi die Nebenschauplätze, auf die sie gedrängt wurden, verlassen und ihre Rolle in der Haupthandlung beansprucht (vgl. ebd.; vgl. Epilog).

Die undokumentierten Jugendlichen zeigen in ihren Kämpfen die brüchigen widerständigen Subjektivitäten auf, die nie rein subversiv sind (vgl. Castro Varela, Dhawan 2005: 70). Vielmehr vollziehen sich ihre Widerstände in einem Spannungsfeld,

das von hegemonialen ebenso wie von gegen-hegemonialen Kräften durchzogen ist. Gerade diese Verstrickung in beide macht ihre Kämpfe so kompliziert.

9. Schluss: All the things that I struggle, everyday

Ich habe mich mit dieser Untersuchung der Frage zu nähern versucht, wie undokumentierte MigrantInnen Widerstand gegen eine hegemoniale Ordnung artikulieren. Dabei war es mir wichtig, die Praktiken der MigrantInnen zu kontextualisieren und im Anschluss daran Handlungsmöglichkeiten und -begrenzungen freizulegen.

Meine InterviewpartnerInnen sind wie Millionen andere Menschen in den USA teilweise viele Jahre lang undokumentiert – Junghee etwa seit 20 Jahren. Obwohl die Kämpfe um Legalisierung ebenfalls seit Jahrzehnten andauern, erscheint die Möglichkeit einer Verflüssigung dieser Machtverhältnisse zuweilen als gar nicht gegeben. Vor diesem Hintergrund stellt sich daher auch die Frage, warum bestimmte Herrschaftsformen so hartnäckig erhalten bleiben.

Während im Mainstream der Migrationsforschung undokumentierte MigrantInnen außerhalb der Handlungsfähigkeit verortet werden, werden sie aus der Perspektive einer Autonomie der Migration häufig als unabhängiges Kollektiv-Subjekt konzeptualisiert und die Kämpfe der Migration werden auf einen Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit reduziert (Benz, Schwenken 2005: 370). Handlungsspielräume von MigrantInnen werden keiner weiteren Analyse unterzogen, weshalb sowohl zentrale Fragen nach den Möglichkeiten als auch nach den *Un*-Möglichkeiten widerständiger Subjektivität unbeantwortet bleiben (vgl. ebd.).

Die Erzählungen meiner InterviewpartnerInnen haben dagegen die Ambivalenzen widerständiger Praxis deutlich gemacht. Sie haben offengelegt, dass Widerstand keine homogenen Handlungen hervorbringt, sondern auch neue Ausschlüsse produziert, die häufig mit den Interessen einer hegemonialen Ordnung überlappen.

Undokumentierte MigrantInnen erfahren aufgrund ihrer prekären Position in der Gesellschaft spezifische Einschränkungen und Verletzungen.

Die historisch entstandenen gesellschaftlichen Kompromissstrukturen sichern ein Set an Konditionen, die auf die Produktivität des Migrationsregimes abzielen. Diese Produktivität liegt nicht in einer vermeintlichen Abschottung des US-amerikanischen Staates gegenüber der proklamierten „unkontrollierten“ Einwanderung, sondern in der strategischen Illegalisierung von determinierten Gruppen entlang ökonomischer Bedarfslagen. Der Widerspruch, der aus funktionaler Durchlässigkeit und der Forderung nach gesicherten Grenzen (zum Schutz einer den Werten und Prinzipien des Amerikanismus verpflichteten Gesellschaft) erwächst, wird durch neoliberale und „diskret“ rassistische Rhetorik verdeckt.

Soziale Schief lagen und gesellschaftliche Unsicherheiten werden auf Eigenverantwortlichkeit, Wettbewerbsorientierung und eine Störung der nationalen Ordnung durch illegale, dem US-amerikanischen Selbstverständnis fernstehende und daher „assimilationsunwillige“ MigrantInnen zurückgeführt. Als solche münden diese *politischen Rationalitäten* in die Praxis ihrer andauernden Ent-Rechtung, d.h. Illegalisierung, und somit in die Reproduktion einer ultra-deregulierten und -flexibilisierten ArbeiterInnenschaft.

Die Erzählenden haben vielfältige Gründe für ihre Migration präsentiert (Wiedersehen mit Familie und Freunden, Abenteuer, Sehnsucht nach Veränderung, Flucht vor Gewalt, ökonomische Zwänge), weshalb ihre Reise meines Erachtens nicht allein auf makroökonomische bzw. -politische Veränderungen zurückgeführt werden kann. Diese Annahme würde in modernisierungstheoretisch geprägte Push/Pull-Erklärungsangebote münden und die unterschiedlichen Biografien und den Eigen-Sinn der Migrierenden unterschlagen.

Dessen ungeachtet muss nichtsdestotrotz auch der Kontext (neo)liberalisierter nationaler Ökonomien als ursächlich für die Entscheidung zur Migration betrachtet werden, was etwa Esteban am Beispiel von NAFTA ausgedrückt hat (P:7, 2:3). Neidi hat deutlich gemacht, dass die Beteiligung der US-Regierung an wirtschaftlicher und politischer Umstrukturierung in den Ländern Zentralamerikas ebenfalls eine zentrale Ursache für Migrationsbewegungen in die USA darstellt (P:4, 10:10).

Ein kontextualisierter Erklärungsversuch muss daher meiner Einschätzung nach das komplexe Zusammenspiel von strukturellen Zwängen und migrantischem Eigen-Sinn vereinen.

Weil die Gründe zur Migration vielfältig sind und nicht einzig dem Kommando des Arbeitskräftebedarfs folgen, lassen sich auch nicht alle Ankommenden widerstandslos in die Kommodifizierungsapparate einspannen. Vielmehr versuchen sie ihre jeweiligen Lebensentwürfe eigen-sinnig zu realisieren.

Esteban jobbt zwar im Restaurant, ist aber nach Los Angeles gekommen, um zu studieren, weshalb er diesem Ziel nach Möglichkeit alle anderen Notwendigkeiten unterordnet. Liz hat ihren Job gekündigt, um sich ganz dem selbstorganisierten Widerstand widmen zu können. Und auch Eduardo geht keiner Erwerbsarbeit nach, sondern möchte sein Studium abschließen, und ist politisch aktiv.

Die Disziplinierung im Inneren zielt daher darauf ab, diese widerständigen Momente undokumentierter Migration *effektiv* zu kontrollieren und auf ihre ökonomische Dimension zurückzuführen (Geldstrafen, Besteuerungen, Inhaftierungen).

Obwohl die den Menschen zugewiesene staatliche Subjektkategorie konstruiert ist, begründet sie reale Verhältnisse und ist daher auch wirkmächtig.

Mit der Überschreitung der Grenze bzw. der Dauer ihres Aufenthalts (*overstayers*) werden die Menschen kodifiziert und jenseits dieser Kodifizierung in einer weitgehenden Informalität hinterlassen, in der die staatlich verordnete Chiffre nur noch potentiell existiert (vgl. Balibar 1991: 15).

Illegalität muss deshalb *jenseits* des unmittelbaren behördlich-institutionellen Zugriffs täglich erfahrbar werden. Durch die *aktive* Beteiligung der *gesamten* Bevölkerung wird daher die territoriale Grenze in das Innere des Staates überführt und verzweigt.

Die *Regierung* undokumentierter MigrantInnen operiert in diesem Sinne über gouvernementale Techniken, die von den unterschiedlichen Subjekten unterschiedlich aufgegriffen werden. Diejenigen, die ihre Teilhabe *verdient* (Greencard, Staatsbürgerschaft) oder sie per Geburt erhalten haben (Staatsbürgerschaft), werden zur ständigen Überwachung derjenigen aufgerufen, die für die Teilhabe als nicht passend erachtet werden (undokumentierte MigrantInnen, starke Interdependenz mit nationaler Herkunft).

Rechtlich geregelte Zugänge, z.B. zu Spitälern oder Bildungseinrichtungen, werden im Rahmen gesellschaftlicher Praktiken ergänzt, die ebenso *begrenzend* wirken. So werden etwa Löhne einseitig gekürzt, Drohungen angedeutet, wenn Miet- oder Arbeitsverhältnisse eingegangen werden, Beschimpfungen geäußert und feindliche Blicke zugeworfen. Deportabilität wird dann nicht mehr nur durch den Kontakt mit Einwanderungsbehörden akut, sondern durch den Umgang mit potentiell *jeder und jedem*.

Repressive Formen der Regierung (Razzien, Kontrollen) werden zwar ebenso aktualisiert, können aber nur punktuell umgesetzt werden. Die gouvernementalen Selbsttechniken dagegen bringen Illegalität beständig im Alltag hervor.

Weil ein undokumentierter Status nicht auf der Stirn geschrieben steht, wird dieser häufig rassifizierend unterstellt, weshalb die gouvernementale Regierung der Migration mit einer Vielzahl von Gewaltachsen zusammenfällt.

Entgegen der Annahme einer antagonistischen Perspektive von Kontrolle und Unterwerfung habe ich vorgeschlagen, dass auch die aktive Mitgestaltung *der MigrantInnen selbst* als gouvernementale Selbsttechnik aufgerufen wird, wodurch nicht zuletzt zentrale Möglichkeiten für widerständiges Handeln eröffnet werden.

Das Zusammenwirken unterschiedlicher gesellschaftlicher AkteurInnen, die einen für undokumentierte MigrantInnen angstbesetzten Raum erzeugen, habe ich als Affektregime bezeichnet. Die gouvernementalen Handlungen aktivieren hier Furcht und Unsicherheit bei den Betroffenen und zielen daher direkt auf eine Herabsetzung ihres Selbstbewusstseins und damit auch ihrer Handlungsfähigkeit ab.

Während diese ständig geforderte Haltung der Furchtsamkeit auf die Betroffenen stark einschränkend wirkt, wird diese gouvernementale Anrufung von ihnen auch zurückgewiesen und verweigert.

Aber auch die kollaborativen Praktiken der nicht-migrantischen Bevölkerung konstituieren eine Macht von unten und bergen daher das Potential der widerständigen Praxis (vgl. Pieper 2007: 235). Ein interessanter Aspekt zukünftiger Forschung wäre hier etwa, wie solidarische Strukturen von Nicht-MigrantInnen mit MigrantInnen spontan aufgebaut werden.

Undokumentierte MigrantInnen werden in differentem Ausmaß täglich ihrer Illegalität versichert, was dazu führt, dass sie täglich kämpfen *müssen* – wenn auch die Kämpfe in ihren interdependenten Effekten für sie unterschiedlich virulent werden.

Häufig wird eine widerständige Handlung daher als solche gar nicht beabsichtigt, sondern erst von der machtüberlegenen Seite markiert und damit hervorgebracht. Denn die bloße Bewältigung des Alltags bringt bereits eine Reihe von Gesetzesverstößen mit sich (Autofahren, Erwerbsarbeit usw.). Aber auch die permanente tägliche Konfrontation mit gouvernementalen Regierungsformen erfordert Reibung und Gegenwehr, wenn etwa alltägliche Handlungen mit Schikane versetzt werden.

In den Interviews haben die Erzählenden die Orte ihrer gesellschaftlichen Fixierung und Unterdrückung (vgl. Eggers 2007: 246) teilweise benannt und ebenso unterschiedliche Umgänge mit dieser Position geschildert. Sie haben gezeigt, dass sie sich ihres subalternen Standortes in der Gesellschaft eigen-sinnig bewusst sind.

Weil sich ihre Subjektkonstitutionen durch die Simultanität von Unterwerfung und Freiheit vollziehen, werden eigen-sinnige Handlungsentscheidungen zwar realisiert, diese sind aber gebunden an sich verändernde Ungleichheitslinien und spezifische Zeit-Raum-Konstellationen.

Die aus den Gesprächen „destillierten“ Widerstände zeigen daher das ambivalente Konfliktfeld auf, in dem sich die Kämpfe meiner InterviewpartnerInnen konstituieren. Diese können ebenso wenig als „reine“ Widerstände konzeptualisiert werden wie sie sich in „reinen“ Herrschaftszuständen entfalten. Die präsentierten Fragmente zeugen vielmehr von der Heterogenität widerständiger Praktiken, ihren Zerfallslinien, Machtasymmetrien und hegemonialen Verstrickungen.

Die Widersprüche und Ambivalenzen, die mich in der Auswertung häufig irritierten, verstehe ich als Ausdruck dessen, dass undokumentierte MigrantInnen eben weder Opfer der Verhältnisse noch revolutionäre Subjekte sind (vgl. Castro Varela 2007: 7), sondern ihre Subjektivierungen gleichsam von Subversion und Anpassung durchzogen sind.

Bratic (2001: 521f.) hat darauf hingewiesen, dass migrantischer Widerstand nicht zuletzt auf einem Widerspruch zwischen MigrantIn-Sein und der Existenz als Teil der Aufnahmegesellschaft beruht.

Herrschaft operiert häufig durch ihre Unwahrnehmbarkeit (Foucault 2005a: 245). Weil sie sozialen Verhältnissen nicht äußerlich ist, sondern sie infiltrierte, richtet sich Widerstand in erster Linie nicht gegen AkteurInnen, sondern vor allem gegen die *Techniken*, die sie anwendet (ebd.). Diese Techniken gelten häufig dem unmittelbaren Alltagsleben, weil die Individuen dort geordnet und an ihre Identitäten gebunden werden (ebd.). Macht unterwirft nicht einfach, sie steigt von unten nach oben (Foucault 1983: 95), weshalb auch „von unten“ versucht wird, Herrschaftszustände herauszufordern.

In den Interviews wurde widerständiges Handeln oft als situative „Bewegung“ (vgl. Görg 2002: 223) erkennbar, die Machtverhältnisse noch nicht offensichtlich verändert, aber ständig neue Ausgangspunkte für Konfrontationen schafft (ebd.). Diese Praktiken „im Kleinen“ werden erst durch ihre Kollektivierung und damit retrospektiv wirkmächtig (Eggers 2007: 246).

Die Praktiken der De-Skandalisierung und Transkodierung haben gezeigt, dass widerständige Auseinandersetzungen in Alltagskontexte eingelagert sind. Die Erzählenden haben dabei ihren Widerstand im Kampf um Definitionsmacht artikuliert, indem sie sich die Positionen legitimen Sprechens angeeignet und das, was als Normalität vermittelt wird, einfach umgedreht haben.

Die skandalöse illegale Überquerung der hochgerüsteten nationalstaatlichen Grenze wird dann zu einem mitunter banalen Abschnitt der Erzählung. Und die eigene Abschiebung wird in erster Linie für alle jene zum Problem gewendet, die von der Anwesenheit undokumentierter MigrantInnen abhängig sind.

Diese „Bewegungen“ strahlen diskursiv aus und irritieren scheinbare *Normalität* (vgl. Görg 2002: 223). Sie greifen in die Prozesse der Aushandlung darüber ein, wie die soziale Wirklichkeit zu sehen und über sie zu reden ist, und demontieren daher Wissensregime.

Die Erzählenden haben auch deutlich gemacht, dass sie durch ihr Sprechen nicht nur ihrer Wut und ihrer Unzufriedenheit mit den Verhältnissen Ausdruck verleihen, sondern durch utopische Visionierungen auch neue Räume eröffnen (vgl. Castro Varela 2007: 262). Sie haben in ihrer Imagination eines Lebens an einem besseren Ort ihre Sehnsucht nach *Grenzenlosigkeit* ausgedrückt und damit ihren Wunsch befördert, diesen Ort auch aufzusuchen. Über eine reaktive Macht wurde ihre Widerständigkeit in der utopischen Visionierung zu einer *produktiven* Macht, weil sie den Raum des Möglichen vergrößert hat.

Meine InterviewpartnerInnen sind unterschiedliche Persönlichkeiten mit ebenso unterschiedlichen Einstellungen und Biografien.

Sie haben in ihren Erzählungen vielfach Ansatzpunkte für widerständiges Handeln aufgezeigt, aber auch deutlich gemacht, dass sie diese Möglichkeiten unterschiedlich ausfüllen. Während Eduardo, Liz, Neidi, Jeff, Isaura, Junghee und Olivia organisiert politisch aktiv sind, nutzen Saoul und Esteban alltägliche Kontexte, um die Umstände zu ihren Gunsten zu wenden (vgl. Philipps 2008: 269).

Saoul hat etwa auch klargemacht, dass er die Regeln befolgen will und nicht gekommen ist, um sich über alles hinwegzusetzen (P:5, 20:20). Daraus wird ersichtlich, dass nicht automatisch jeder Herrschaftszustand widerständig beantwortet wird.

Auch in ihrer Haltung haben die Erzählenden Kontraste sichtbar gemacht. Während sich Eduardo und Liz durchwegs sehr selbstbewusst gezeigt haben, traten Jeff und Neidi teilweise verletzlich auf. Und Saoul äußerte sich stellenweise wütend und forsch, verfiel sich aber auch immer wieder in Opferdiskursen.

Widerstandsformen wie die De-Skandalisierung haben gezeigt, dass oft eine selbstbewusste Haltung in der Konfrontation mit der Macht notwendig ist, um dieser auch machtvoll begegnen zu können. Affektregime demontieren dagegen Selbstsicherheit und Handlungsfähigkeit, indem sie Furchtsamkeit erzeugen.

Die Erzählenden beantworten diesen Zugriff teilweise mit Flucht aus dem Affektregime, der entweder individuell oder kollektiv realisiert wird. Im individuellen Kontext wird eine Aufforderung zur Furchtsamkeit dann situativ abgelehnt, kollektiv hat etwa die Selbstorganisation undokumentierter Jugendlicher zu der Verweigerung der Furchtsamkeit ermächtigt. Indem sie sich als „undocumented and *unafraid*“ deklariert haben, sabotieren die Jugendlichen *den* Mechanismus ihrer prekären Position.

In den Erzählungen über die Organisation und Selbstorganisation wurden auch die Widersprüche und Konfliktlinien migrantischer Bewegungen erkennbar. Sie verflüssigen die Vorstellungen homogener Kollektiv-Subjekte und zeigen, dass sich Widerstand auch *innerhalb* dieser Bewegungen vollzieht.

Wie Neidi es ausgedrückt hat, *kontrollieren* viele vermeintliche pro migrant-Organisationen widerständige Aktivität und managen Dissens in der Bewegung des *Immigrant Rights Movement* (P:4, 7:7). Durch ihre eigene hegemoniale Verwicklung ermuntern sie die Bewegung dazu, sich dem gesellschaftlichen Konsens zu unterwerfen, anstatt ihn herauszufordern. Sie tragen damit de facto zu der intensivierten Sprachlosigkeit der Subalternen bei, weshalb diese neue Orte schaffen müssen, an denen sie *sprechen können* (vgl. Spivak 2008a).

Diese komplizierten Beteiligungen und Interessen verlangsamten nachhaltige Destabilisierungen der Herrschaftsarchitektur.

Eggers (2007: 248) hat eine immer schon inhärente Verflechtung subjektiver Praxis mit Herrschaftsbeziehungen festgestellt, die garantiert, dass das Handeln subalternen Subjekte entlang der hegemonialen Ordnung ausgerichtet ist. Sie spricht davon, dass diese Ordnung zwar *innerhalb* unseres Verständnisses liegt, aber *außerhalb* unserer bewussten Steuerung (ebd.).

Ebenso wie sie sich widerständig artikuliert haben, haben die Erzählenden in vielen Bereichen ihre Akzeptanz der eigenen Beherrschung ausgedrückt. Saoul erinnerte sich daran, dass er ein „Gast“ in einem fremden Haus ist und daher den Regeln folgen muss (P:5, 8:8, 20:20). Und Isaura zeigte sich überzeugt davon, dass Frauen „emotionaler“ handeln als Männer (P:6, 6:6). Sie stimmen Herrschaftsstrukturen zu und setzen dadurch ihre Position „auf natürliche Weise“ und außerhalb ihrer bewussten Steuerung herab (Eggers 2007: 248).

Haugg hat deshalb festgestellt, dass aufgrund der Tatsache, dass wir selbst es sind, die Herrschaft hervorbringen, diese Strukturen „fester [sind] als Gefängnismauern“ (Haugg, zitiert nach ebd.).

Darüber hinaus werden auch in der Widerständigkeit hegemoniale Argumentationen strategisch eingesetzt. Liz hat etwa verkündet, dass sie bereit ist, sich ihre Teilhabe zu verdienen, weil sie sich als „echte Amerikanerin“ fühlt (vgl. Mateo 2010).

Widerständigkeit produziert dann auch Ausschlüsse für all jene, die sich nicht „amerikanisch“ fühlen, aber auch undokumentiert sind. Saoul hat seine Liebe zu den USA beteuert und damit sein Recht auf Anwesenheit begründet (P:5, 20:20). Während Liz' Argumentation als eine kollektive Taktik zur Gewinnung von Öffentlichkeit gedeutet werden kann, schien Saoul aus Überzeugung zu sprechen. Er hat zwar heftig gegen seinen Ausschluss gesprochen und diesen als Ungerechtigkeit gekennzeichnet, aber seinen Einschluss hat er mitunter mit hegemonialen Argumentationen bekräftigt.

Sowohl Liz' als auch Saouls Beispiel zeigen, dass widerständige Praxis herrschaftliche Zustände und Prozesse gleichzeitig stört *und* bestätigt (vgl. Castro Varela 2007: 68).

Diese Wahrnehmung entzieht einer romantisierenden Sicht migrantischer Widerständigkeit die Grundlage, weil sie zeigt, dass sich Widerstand nicht außerhalb bestehender Machtverhältnisse ereignet, sondern mit ihnen verwoben ist und sie hervorbringt.

Die Erzählenden haben gezeigt, dass sie vielfach Spielräume erschließen und widerständig ausfüllen.

Die Hoffnung, die mit diesem Untersuchungsvorhaben verbunden war, lag darin, die Komplexität und Vielfältigkeit ihrer Widerstandsformen offenzulegen. Essentialisierende Perspektiven von migrantischen Kämpfen werden dann überlagert von komplizierteren

und teils unübersichtlichen Gegebenheiten.

Gerade aufgrund der komplexen Einbettung subversiver Aktivität kennen Widerstände keinen Anfang und kein Ende. Sie stellen vielmehr andauernde Bemühungen dar, die bestehenden Machtungleichgewichte beständig und von unterschiedlichen Seiten aus herauszufordern.

10. Epilog

„We know through painful experience that freedom is never voluntarily given by the oppressor; it must be demanded by the oppressed. Frankly, I have yet to engage in a direct action campaign that was ‚well timed‘ in the view of those who have not suffered unduly from the disease of segregation. For years now I have heard the word ‚Wait!‘ It rings in the ear of every Negro with piercing familiarity. This ‚Wait‘ has almost always meant ‚Never.‘ We must come to see, with one of our distinguished jurists, that ‚justice too long delayed is justice denied.‘“

(Martin Luther King, Jr. 1963)

Kurz nach Abschluss der Interviews im Mai 2010 hat Liz zusammen mit vier weiteren Jugendlichen im Rahmen einer Aktion zivilen Ungehorsams ihr Abschiebeverfahren ausgelöst.

Wie sie dies auch im Interview geäußert hatte, zielte ihre Handlung darauf ab, die Situation undokumentierter Jugendlicher zu thematisieren und zu skandalisieren. In dem Versuch, ihre Aktionen zu unterstützen, möchte ich die Ereignisse der Monate unmittelbar nach Abschluss der Datenerhebung im Folgenden skizzieren.

Am 17. Mai 2010, dem 56. Jahrestag der historischen Entscheidung des U.S. Supreme Court über die Aufhebung der getrennten Schulen für Schwarze und Weiße und der Verankerung des allgemeinen Rechts auf Schulbesuch (vgl. U.S. Supreme Court 1954), veranstalteten fünf Jugendliche ein *Sit-in* im Büro von Senator John McCain in Tucson, Arizona.

Unterstützt wurden sie von Hunderten DemonstrantInnen, die sich vor dem Büro versammelt hatten, um ihre Solidarität mit Raul Alcaraz aus Arizona, Lizbeth Mateo aus Los Angeles, Tania Unzueta aus Chicago, Mohammad Abdollah aus Ann Arbor und Yahaira Carrillo aus Kansas City auszudrücken (The Dream is Coming 2010a).

Raul war der einzige der fünf mit Aufenthaltsgenehmigung. Alle anderen bewegten sich mit dieser Aktion bewusst in die riskante Sichtbarkeit und machten ihren Aufenthaltsstatus öffentlich.

Um für die Verabschiedung des *DREAM Act* Druck zu erzeugen und in Reaktion auf SB1070 (vgl. 5.2.4.), das erst einen Monat zuvor in Arizona unterzeichnet worden war, machten die Jugendlichen McCains Büro zum *Gegen-Ort* (vgl. Castro Varela, Dhawan 2005: 78).

Mit Hut und Talar bekleidet, stellten sie sich bei der Sekretärin von McCain mit den Worten „I’m undocumented“ vor und kündigten an, erst dann zu gehen, wenn McCain

seine Unterstützung für den *DREAM Act* im Kongress zusage (vgl. Videoclip vom 18.05.2010).

Sie weigerten sich, ihren Status weiterhin als ein Problem zu betrachten, mit dem sie selbst fertig werden müssen, und machten ihn deshalb öffentlich.

Wie Liz und Neidi im Interview erklärt hatten, stand eine mehrmonatige Phase des Stillstands im Kongress bevor (vgl. 8.3.2.: 240), weshalb die Forderung der Jugendlichen an McCain lautete, den *DREAM Act* noch vor dem 15. Juni 2010 in den Senat zu bringen. Die schriftlich mitgeteilte Gesprächsbereitschaft McCains wiesen die „*DREAM Act 5*“ daher entschieden zurück und weigerten sich weiterhin, das Büro zu verlassen (VozMob 2010).

Nach siebeneinhalb Stunden Besetzung wurden sie von der Polizei verhaftet und später an ICE übergeben. Da keine Fluchtgefahr eingeräumt wurde, wurden sie bald darauf wieder freigelassen, gelangten aber in die gerichtlichen Abschiebeverfahren (ebd.).

Ähnliche Aktionen fanden in den darauffolgenden Tagen und Monaten in mehreren Bundesstaaten statt.

In Michigan traten sechs Jugendliche in Hungerstreik, um die dortige Senatorin zur Unterstützung für den *DREAM Act* zu bewegen (The Dream is Coming 2010b). 60 undokumentierte StudentInnen besetzten das Büro der Senatorin in San Francisco, sieben von ihnen wurden verhaftet (The Dream is Coming 2010c). Kurz darauf wurden neun Jugendliche verhaftet, die in L.A. eine der Hauptverkehrsstraßen durch ein *Sit-in* blockierten (Coker 2010). Im Juli wurden 21 undokumentierte Jugendliche verhaftet, die die Büros mehrerer Kongressabgeordneter in Washington, D.C. besetzt hatten (The Dream is Coming 2010d). Im selben Monat wurden 24 Jugendliche bei Protestaktionen in Chicago festgenommen (Puente 2010).

Begleitet waren die Aktionen von einer Welle des „Coming Out“, in der sich zahlreiche Jugendliche in Interviews, auf Internetforen oder ihren Facebookprofilen als „Undocumented and Unafraid“ erklärten (Bacon 2010). Auch Jeff und Neidi haben ihren undokumentierten Status auf diese Weise öffentlich gemacht.

Die Aktionen der Bewegung wurden in den Medien breit aufgegriffen und der Druck auf den Kongress erhöhte sich. Im Dezember 2010 wurde einmal mehr über den *DREAM Act* abgestimmt. Doch während das Repräsentantenhaus mit knapper Mehrheit den *DREAM Act* annahm, stimmte der Senat mit ebenfalls knapper Mehrheit dagegen (vgl. Mascaro, Muskal 2010).

Obwohl eine selektive, an Leistung gekoppelte Legalisierung für Jugendliche, die als Kinder der Migrationsentscheidung ihrer Eltern gefolgt waren, in Teilen des Kongresses

einen Konsens erzielen konnte, wurde der *DREAM Act* einmal mehr zum Instrument, um Kompromisslosigkeit im Vorgehen gegen undokumentierte Einwanderung zu demonstrieren. Die republikanischen SenatorInnen stimmten geschlossen gegen die Verabschiedung und auch fünf DemokratInnen verweigerten ihre Unterstützung (ebd.).

Das *DREAM Movement* war nichtsdestotrotz erfolgreich darin, die Situation undokumentierter Jugendlicher zu thematisieren und zu politisieren. Für das Jahr 2011 planen sie weitere Aktionen, um den *DREAM Act* erneut in den Kongress zu bringen. Denn sie sind zwar weiterhin undokumentiert, aber sie werden auch weiterhin keine Angst haben, wie Liz mir geschrieben hat (Liz 2010).

„DREAMers will continue to fight and live our lives without fear. We'll continue to be undocumented and unafraid“ (ebd.).

11. Quellenverzeichnis

11.1. Selbsterhobene Daten

Interviews mit den ProtagonistInnen

Interview mit Eduardo: Primary Document 1, 06.04.2010, in Atlas.ti.

Interview mit Esteban: Primary Document 7, 17.04.2010, in Atlas.ti.

Interview mit Isaura: Primary Document 6, 15.04.2010, in Atlas.ti.

Interview mit Jeff, Junghee, Olivia: Primary Document 2, 20.04.2010, in Atlas.ti.

Interview mit Liz: Primary Document 3, 20.04.2010, in Atlas.ti.

Interview mit Neidi: Primary Document 4, 22.04.2010, in Atlas.ti.

Interview mit Saoul: Primary Document 5, 03.03.2010, in Atlas.ti.

Zusätzliche Interviews

Interview mit Aquilina Soriano-Versoza, *Pilipino Workers Center of Southern California*, 22.04.2010, Los Angeles (Audiodatei).

Interview mit Danny Park (KIWA), 21.04.2010, Los Angeles (Audiodatei).

Interview mit Fernando Fernando, *Bayan L.A.*, 19.04.2010, Los Angeles (Audiodatei).

Interview mit Gloria Saucedo, *Hermanidad Mexicana Nacional*, 15.04.2010, Los Angeles (Audiodatei).

Interview mit Javier Rodriguez, *March 25 Coalition*, 13.03.2010, Los Angeles (Audiodatei).

Interview mit Juan José Gutierrez, *Vamos Unidos*, 31.03.2011, Los Angeles (Audiodatei).

Interview mit Nathalie Contreras, *Homies Unidos*, 02.04.2010, Los Angeles (Audiodatei).

Interview mit William Torres, *March 25 Coalition*, 05.03.2010, Los Angeles (Audiodatei).

Interview mit Yuisa Gimeno, *Radical Women*, 05.04.2010, Los Angeles (Audiodatei).

Feldmaterialien

Dominguez, Neidi (2006). „Neidi’s Story“, von IDEPSCA gedrehter Kurzfilm, Los Angeles.

Deitrick, Jeri; Gimeno, Yuisa; Sunde, Muffy (2007). „Dear Members of the March 25th Coalition“, Brief vom 14.02.2007, Los Angeles.

Liz (2010). E-Mail vom 25.12.2010.

March 25 Coalition (2006). „March 25 Coalition Statement. We call for Amnesty & Full Legalization“, 01.04.2006, Presseaussendung.

Neidi (2010). E-Mail vom 23.04.2010.

Unidos en Arizona (2010). E-Mail vom 10. März 2010.

11.2. Sekundärquellen

Literatur

Acker, Joan (2006). „Class questions. Feminist answers“, Rowman & Littlefield Publishers, Inc.: Lenham.

Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat (2007). „Die Aktivierung der Subalternen – Gegenhegemonie und passive Revolution“, in: Buckel, Sonja; Fischer-Lescano, Andreas (Hgg.). „Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis“, Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden: 121-140.

Akers, Chacón, Justin; Davis, Mike (2007). „Crossing the Border. Migration und Klassenkampf in der US-amerikanischen Geschichte“, Assoziation A: Frankfurt am Main.

Aldrich, Nelson W (1996). „The Mythology of Wealth in America“, Allworth Press: New York.

Anbinder, Tyler (2006). „Nativism and Prejudice against Immigrants“, in: Reed, Ueda (Hg.). „A Companion to American Immigration“, Blackwell Publishing: Malden, Oxford, Carlton: 177-201.

Anderson, Benedict (1996). „Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts“. Mit einem Nachwort von Thomas Mergel, Campus Verlag: Frankfurt, New York.

Andrijašević, Rutvica (2009). „Der Wandel von Souveränität und BürgerInnenschaft in Europa“, in: Kulturrisse 0109, Migrationen: Durchkreuzte Räume, <http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1240414253/1242744127> (12.10.2010)

Anzaldúa, Gloria (1983). „Foreword to the Second Edition“, in: Anzaldúa, Gloria; Moraga, Cherríe (Hgg.). „This Bridge called my Back. Writings by Radical Women of Color“, Kitchen Table Press: New York, ohne Seiten.

Anzaldúa, Gloria (2007). „Borderlands, La Frontera. The New Mestiza“, Third Edition, Aunt Lute Books: San Francisco.

Atkin, Jerry (2005). „We Make the Road by Riding (Se Hace el Camino al Viajar): Stories from a Journal of the Immigrant Workers Freedom Ride – Portland to New York, September 23 to October 4, 2003“, in: Radical History Review, Issue 93, Fall 2005: 200-216.

Ayres, Ian; Borowsky, Jonathan (2008). „A Study of Racially Disparate Outcomes in the Los Angeles Police Department“, Prepared for ACLU of Southern California October 2008.

Balibar, Étienne (1991). „Es Gibt Keinen Staat in Europa. Racism and Politics in Europe Today“, in: New Left Review I/186, March-April 1991: 5-19.

Balibar, Étienne (2002). „Politics and the Other Scene“, Verso: London, New York.

Barken, Elliott Robert (2007). „From all Points. America's immigrant West, 1870s-1952“, Indiana University Press: Bloomington.

Batalova, Jean; McHugh, Margie (2010): „DREAM vs. Reality: An Analysis of Potential DREAM Act Beneficiaries“, Migration Policy Institute, Juli 2010, <http://www.migrationpolicy.org/pubs/DREAM-Insight-July2010.pdf> (14.03.2011)

Bennett, David H (----). „An Essay from 19th Century U.S. Newspapers Database. Immigration and
256

Immigrants: Anti-immigrant sentiment", Syracuse University, http://www.gale.cengage.com/pdf/whitepapers/gdc/Immigration_whtppr.pdf (23.02.2011)

Benz, Martina; Schwenken, Helen (2005). „Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis“, in: Prokla 140. Schwerpunkt: Migration, 35. Jg., September 2005, Westfälisches Dampfboot: Münster: 363-378, <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2005/Prokla140.pdf> (03.11.2009)

Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (2009). „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie“. Mit einer Einleitung zur deutschen Ausgabe von Helmuth Plessner, 22. Auflage, Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt am Main.

Bifo, Franco Berardi (2003). „Was heißt Autonomie heute? Rekombinantes Kapital und das Kognitariat“. Übersetzt aus dem Englischen von Hito Steyerl, in: eipcp, European Institute for Progressive Cultural Policies, <http://eipcp.net/transversal/1203/bifo/de> (07.11.2010)

Birkner, Martin; Foltin, Robert (2006). „(Post-)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude. Geschichte und Gegenwart, Theorie und Praxis. Eine Einführung“, 1. Auflage, Schmetterling Verlag: Stuttgart.

Bojadžijev, Manuela; Tsianos, Vassilis (1999). „Mit den besten Absichten. Spuren des migrantischen Widerstands“, <http://www.kanak-attak.de/ka/archiv/passagiere/presse/iz3wNo244.html> (01.02.2011)

Bojadžijev, Manuela (2008). „Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration“, Westfälisches Dampfboot: Münster.

Bonilla-Silva, Eduardo (2002). „The Linguistics of Color Blind Racism: How to Talk Nasty about Blacks without Sounding ‚Racist‘“, in: Critical Sociology, Vol. 28 (1-2): 41-64.

Bonilla-Silva, Eduardo (2003). „New Racism‘. Color-Blind Racism, and the Future of Whiteness in America“, in: Doane, Ashley W.; Bonilla-Silva, Eduardo (Hgg.). „White Out. The Continuing Significance of Racism“, Routledge: London: 271-285.

Brand, Ulrich (2005). „Gegen-Hegemonie. Bausteine für eine globalisierungskritische Strategie“, VSA-Verlag: Hamburg.

Bratic, Lubomir (2001). „Selbstorganisation im migrantischen Widerstand. Ein Diskussionsanstoß“, in: SWS-Rundschau, 41. Jg., Heft 4: 516–536.

Bratic, Lubomir (2002a). „Widerstand, Selbstorganisation und Repräsentation, in: Stimme von und für Minderheiten Nr. 44, III 2002, <http://minderheiten.at/stat/stimme/stimme44b.htm> (20.11.2010)

Bratic, Lubomir (2002b). „Rassismus und migrantischer Antirassismus in Österreich“, in: Bratic, Lubomir (Hg.). „Landschaften der Tat. Vermessung, Transformation und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa“, REMAprint: Wien: 119-141.

Bray, Ilona (2009): „U.S. Immigration Made Easy“, 14th Edition updated by Attorneys Jephtha Evans and Ruby Lieberman, Nolo: Berkeley.

Brettell, Caroline B.; Hollifield, James F (Hgg.) (2008). „Migration Theory. Talking across Disciplines“, Second Edition, Routledge: New York, London.

Breuer, Franz (2009). „Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis“, Unter Mitarbeit von Barbara Dieris und Antje Lettau, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (2010). „Governmentality. Current Issues and Future Challenges“, Routledge: New York, Abingdon.

Buenavista, Tracy Lachica; Tran, Tam (2010). „Undocumented Immigrant Students“, in: Wen-Chu

Chen, Edith; Yoo, Grace J (Hgg.). „Encyclopedia of Asian American Issues Today“, ABC-CLIO, LLC: Santa Barbara: 253-259.

Bührmann, Andrea D.; Schneider, Werner (2007). „Mehr als nur diskursive Praxis? – Konzeptionelle Grundlagen und methodische Aspekte der Dispositivanalyse“, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Volume 8, No. 2, Art. 28, Mai 2007, <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/237/525> (22.12.2010)

BUM – Büro für ungewöhnliche Maßnahmen (2003). „Unser kleines Jenseits. Das Wir und der Antirassismus, ein Beitrag zur antirassistischen Arbeitspraxis“, in: Grundrisse, 2003, Nr. 6, <http://www.grundrisse.net/grundrisse06/6bum.htm> (06.03.2010)

Bustamante, Jorge A. (1997). „Cruzar la linea: La Migracion De Mexico a Los Estados Unidos“, Seccion de Obras de Economía, Fondo de Cultura Economica: Mexico D.F.

Butler, Judith (2001). „Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung“, Edition Suhrkamp 1744, Suhrkamp: Frankfurt am Main.

Butler, Judith (2006). „Haß spricht. Zur Politik des Performativen“, Edition Suhrkamp 2414, Suhrkamp: Frankfurt am Main.

Calderón, Héctor; Saldívar, José David (1998). „Criticism in the borderlands: studies in Chicano literature, culture, and Ideology“, 3. Auflage, Duke University Press: Durham, North Carolina.

Candeias, Mario (2006). „Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung – Kritik der Analysen von und Politiken gegen Prekarisierung“, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Dezember, 2006, <http://www.linksnet.de/de/artikel/20290> (30.11.2010)

Canel, Eduardo (2004). „New Social Movement Theory and Resource Mobilization Theory: The Need for Integration“, in: The International Development Research Centre, http://www.idrc.ca/cp/ev-54446-201-1-DO_TOPIC.html (19.03.2011)

Castro Varela, María do Mar; Dhawan, Nikita (2004). „Horizonte der Repräsentationspolitik – Taktiken der Intervention“, in: Roß, Bettina (Hg.). „Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Perspektiven für eine antirassistische und feministische Politik und Politikwissenschaft“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden: 205-226.

Castro Varela, María do Mar; Dhawan, Nikita (2005). „Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung“, Transcript Verlag: Bielefeld.

Castro Varela, María do Mar (2007). „Unzeitgemäße Utopien. Migrantinnen zwischen Selbsterfindung und gelehrter Hoffnung“, Transcript Verlag: Bielefeld.

Chan, Sucheng (2000). „A People of Exceptional Character. Ethnic Diversity, Nativism, and Racism in the California Gold Rush“, in: Starr, Kevin; Orsi, Richard J (Hgg.). „Rooted in Barbarous Soil. People, Culture, and Community in Gold Rush California“, University of California Press: Berkeley: 44-85.

Chandler, Robert J (2004). „California. An illustrated history“, Hippocrene Books, Inc.: New York.

Chavez, Leo Ralph (2008). „The Latino threat. Constructing immigrants, citizens, and the nation“, Stanford University Press: Stanford.

Cortés, Víctor M (2008). „10 de Marzo. La Marcha Chicago 2006“, Ediciones La Cuadrilla de la Langosta/Mizisa: Mexico, D.F., Chicago

Courtwright, David T (2001). „Violent Land. Single Men and Social Disorder from the Frontier to the Inner City“, Harvard University Press: Cambridge, London.

Crenshaw, Kimberlé Williams (1994). „Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence Against Women of Color“, erschienen in: Fineman, Martha Albertson; Mykitiuk, Rixanne

(Hgg.). „The Public Nature of Private Violence“, Routledge: New York: Routledge: 93-118, <http://www.wcsap.org/Events/Workshop07/mapping-margins.pdf> (04.08.2010)

Cresswell, Tim (2000). „Mobility, Syphilis, and Democracy: pathologizing the mobile body“, in: Wrigley, Richard; Reville, George (Hgg.). „Pathologies of Travel“, *Clio Medica* 56, Rodopi: Amsterdam, Atlanta: 261-277.

Cresswell, Tim (2001). „The Tramp in America“, Reaktion Books Ltd.: London.

Davis, Mike (2002). „from City of Quartz: Excavating the Future in Los Angeles“, in: Bridge, Gary; Watson, Sophie (Hg.s). „The Blackwell City Reader“, Blackwell Readers in Geography, Blackwell Publishing Ltd.: Malden, Oxford, Melbourne, Berlin: 193-200.

Davis, Mike (2006). „City of Quartz“, Verso: London, New York.

Degele, Nina; Winker, Gabriele (2007). „Intersektionalität als Mehrebenenanalyse“, http://www.rosalux.de/fileadmin/ls_sh/dokumente/Intersektionalitaet_Mehrebenen.pdf (26.07.2010)

De Genova, Nicholas P (2002). „Migrant ‚Illegality‘ and Deportability in Everyday Life“, in: *Annual Review of Anthropology*, Vol. 31: 419-447.

De Genova, Nicholas P.; Ramos-Zayas, Ana Y (2003). „Latino Racial Formations in the United States: An Introduction“, in: *Journal of Latin American Anthropology*, Volume 8, Nr. 2: 2-16.

De Genova, Nicholas P (2004). „The legal production of Mexican/migrant ‚illegality‘“, in: *Latino Studies* 2004, Vol. 2 : 160-185.

De Genova, Nicholas P (2006). „Migrant ‚Illegality‘ and the Metaphysics of Antiterrorism: ‚Immigrants‘ Rights‘ in the Aftermath of the Homeland Security State“, in: *Border Battles: The U.S. Immigration Debates*, 28.07.2006, http://borderbattles.ssrc.org/De_Genova/ (01.03.2011)

De Genova, Nicholas P (2007). „The Production of Culprits: From Deportability to Detainability in the Aftermath of ‚Homeland Security‘“, in: *Citizenship Studies*, Nr. 11, Vol. 5: 421-448.

De Genova, Nicholas P (2009a). „Conflicts of mobility, and the mobility of conflict: Rightlessness, presence, subjectivity, freedom“, in: Andrijašević, Rutvica; Anderson, Bridget (Hgg.). „Subjectivity. Special Issue: Conflicts of Mobility. Migration, Labour and Political Subjectivities“, Vol. 29, Issue 1: 445-466.

De Genova, Nicholas P (2009b). „Sovereign Power and the ‚Bare Life‘ of Elvira Arellano“, in: Silva, Kumarini; Mendes, Kaitlynn (Hgg.) ‚Commentary and criticism‘, *Feminist Media Studies*, 9: 2: 245-250.

De Genova, Nicholas P (2010). „Antiterrorism, Race, and the New Frontier: American Exceptionalism, Imperial Multiculturalism, and the Global Security State“, in: *Identities: The New Frontiers of Race*, Vol. 17, Nr. 6: 613-640.

DiCamillo, Mark; Field, Mervin (2005). „Voters concerned about illegal immigration, but oppose private citizen patrols on the border. Public divided on whether governor should call a ‚border emergency‘“, Field Research Corporation, San Francisco, <http://www.field.com/fieldpollonline/subscribers/RLS2171.pdf> (02.02.2011)

Dietze, Gabriele; Hornscheidt, Antje; Walgenbach, Katharina; Palm, Kerstin (2007). „Einleitung“, in: Dies. (Hgg.). „Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität“, Verlag Barbara Budrich: Opladen: 7-22.

Dokuzović, Lina; Freudmann, Eduard (2009). „Die Krise besetzen. Zu den aktuellen Bildungs-Protesten und der Perspektive einer radikalen Veränderung“, in: *Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik*, Heft 4, 2009, IG Kultur Österreich, <http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1263237925/1263412108> (06.03.2011)

Dowell, Carol; Kelley, Bruce K (1987). „The Summer of Uncertainty. The Immigration Reform and Control Act debuts“, in: California Tomorrow. Our Changing State, Vol. 2, Nr. 2 and 3: 8-12.

Doyle, Aaron (1998). „Cops: Television Policing as Policing Reality“, in: Fishman, Mark; Cavender, Gray (Hgg.). „Entertaining Crime. Television Reality Programs“, Walter de Gruyter, Inc.: New York: 95-116.

Drum Major Institute for Public Policy (2009). „Principles for an Immigration Policy to Strengthen and Expand the American Middle Class Fact Sheet: The Exploitation of Undocumented Workers“, <http://www.drummajorinstitute.org/pdfs/Fact%20Sheet%20on%20exploitation%20FINAL.pdf> (07.03.2011)

Düvell, Franck (2006). „Europäische und internationale Migration. Einführung in historische, soziologische und politische Analysen“, LIT Verlag: Berlin, Hamburg, Münster.

Eggers, Maureen Maisha (2007). „Kritische Überschreitungen: Die Kollektivierung von (interdependentem) Eigen-Sinn als identitätspolitische Herausforderung“, in: Nghi Ha, Kein; Lauré al-Samarai, Nicole; Mysorekar, Sheila (Hgg.). „re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland“, UNRAST-Verlag: Münster: 243-257.

Epstein, Richard A (1994). „Caste and the Civil Rights Laws: From Jim Crow to Same-Sex Marriages“, in: Michigan Law Review, Vol. 92, No. 8, Symposium: Visions of Equality: The Future of Title VII: 2456-2478.

FeMigra (Feministische Migrantinnen, Frankfurt) (1998). „Wir, die Seiltänzerinnen. Politische Strategien von Migrantinnen gegen Ethnisierung und Assimilation“, Edition ID-Archiv Eichhorn/Grimm (Hg.) Gender Killer Texte zu Feminismus und Politik, http://www.nadir.org/nadir/archiv/Feminismus/GenderKiller/gender_5.html (08.11.2010)

Flaming, Daniel; Haydamack, Brent; Joassart, Pascale (2005). „Hopeful Workers, Marginal Jobs. LA's Off-The-Books Labor Force“, Economic Roundtable: Los Angeles, http://www.economicrt.org/pub/hopeful_workers_marginal_jobs/hopeful_workers_marginal_jobs.pdf (17.02.2011)

Foley, Neil (1998). „Becoming Hispanic: Mexican Americans and the Faustian Pact with Whiteness“, in: Foley, Neil (Hg.). „Reflexiones 1997: New Directions in Mexican American Studies“, Center for Mexican American Studies, University of Texas at Austin, University of Texas Press: Austin: 53-71.

Fortuny, Karina; Capps, Randy; Passel, Jeffrey S (2007). „The Characteristics of Unauthorized Immigrants in California, Los Angeles County, and the United States“, The Urban Institute: Washington, DC, http://www.urban.org/uploadedpdf/411425_characteristics_immigrants.pdf (16.02.2011)

Foucault, Michel (1970). „Theatrum Philosophicum“, in: Generation Online, <http://www.generation-online.org/p/fpfoucault5.htm> (16.12.2010)

Foucault, Michel (1981). „Archäologie des Wissens“, Suhrkamp: Frankfurt am Main.

Foucault, Michel (1983). „Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1“, Suhrkamp: Frankfurt am Main.

Foucault, Michel (1992). „Was ist Kritik?“, Merve Verlag: Berlin.

Foucault, Michel (1993a). „About the Beginning of the Hermeneutics of the Self. Two Lectures at Dartmouth“, in: Political Theory, Vol. 21, Nr. 2, Mai: 198-227.

Foucault, Michel (1993b). „Technologien des Selbst“, in: Martin, Luther H.; Gutmann Huck; Hutton, Patrick H (Hgg.). „Technologien des Selbst“, Fischer Verlag: Frankfurt am Main: 24-62.

Foucault, Michel (1993c). „Wahrheit, Macht, Selbst. Ein Gespräch zwischen Rux Martin und Michel Foucault (25. Oktober 1982)“, in: Martin, Luther H.; Gutmann Huck; Hutton, Patrick H (Hgg.). „Technologien des Selbst“, Fischer Verlag: Frankfurt am Main: 15-23.

Foucault, Michel (1994). „Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses“, Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main.

Foucault, Michel (1999). „Vorlesung vom 17. März 1976“, in: Michel Foucault. „In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76)“, aus dem Französischen von Michaela Ott, Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1999: 276-305, http://www.momo-berlin.de/Foucault_Vorlesung_17_03_76.html (hier ohne Seitenzahlen) (26.01.2011)

Foucault, Michel (2005a). „Subjekt und Macht“, in: Foucault, Michel. „Analytik der Macht“, Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main: 240-263.

Foucault, Michel (2005b). „Die Gouvernementalität“, in: Foucault, Michel. „Analytik der Macht“, Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main: 148-174.

Foucault, Michel (2005c). „Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit“, in: Foucault, Michel. „Analytik der Macht“, Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main: 274-300.

Foucault, Michel (2006a). „Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I“, Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main.

Foucault, Michel (2006b). „Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II“, Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main.

Foucault, Michel (2010). „Die Ordnung des Diskurses.“ Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970. Mit einem Essay von Ralf Konersmann, 11. Auflage, Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt am Main.

Frankenberg, Ruth (2001). „Die Politik der Whiteness. Ansichten zu einer kulturellen Front“, in: Linksnet, <http://linksnet.de/de/artikel/17828> (08.01.2011), gekürzte Fassung des Textes „Local Whitenesses, Localizing Whiteness“, in: Ruth Frankenberg (Hg.): „Displacing Whiteness. Essays in Social and Cultural Criticism“.

Frketić, Vlatka (2006). „Migrantische Kulturarbeit: verqueeren? Politische Kulturarbeit von Migrantinnen abseits national festgelegter Räume“, in: Migration und Kulturarbeit, kulturrisse 0306, <http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1158853565/1158925548> (07.07.2010)

Fry, Richard (2006). „Gender and Migration“, Pew Hispanic Center, 05.07.2006, <http://pewhispanic.org/files/reports/64.pdf> (28.02.2011)

Gabrielson, Ryan (2010). „Car seizures at DUI checkpoints prove profitable for cities, raise legal questions“, 13.02.2010, edited by Mark Katches and Lowell Bergman, copy edited by William Cooley, California Watch, A Project of the Center for Investigative Reporting, <http://californiawatch.org/public-safety/car-seizures-dui-checkpoints-prove-profitable-cities-raise-legal-questions> (20.10.2010)

García, Alma M (Hg.) (1997). „Chicana feminist thought: the basic historical writings“, Routledge: New York, London.

Garcia, Arnoldo (2010). "520 Weeks of Witness to Human Rights Crisis. Coalición de Derechos Humanos Celebrates Ten Years of Raising Voices for Justice and an End to Border Militarization", in: Immigrant Rights News, 19.05.2010, "Honoring the Fallen: Demanding an End to U.S. Border Militarization", <http://nnirr.blogspot.com/2010/05/honoring-fallen-demanding-end-to-us.html> (18.03.2011)

Georgi, Fabian; Wagner, Fabian (2009). „Macht Wissen Kontrolle“, in: Kulturrisse 0109, Migrationen: Durchkreuzte Räume, <http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1240414253/1242744283> (11.10.2010)

- Georgi, Fabian (2010). „Die International Organization for Migration (IOM)“, in: Hess, Sabine; Kasperek, Bernd (Hgg.). „Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa“, Assoziation A: Berlin, Hamburg: 145-161.
- Gilmore, Ruth Wilson (2007). „Golden Gulag. Prisons, Surplus, Crisis, and Opposition in globalizing California“, University of California Press: Berkeley, Los Angeles.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2009). „Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse“, 3. überarbeitete Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Gonzales, Alfonso (2009). „The 2006 Mega Marches in Greater Los Angeles: Counter-hegemonic moment and the future of El Migrante Struggle“, in: Latino Studies, Vol. 7, 1: 30–59.
- Görg, Andreas (2002). „Antirassismus: Konfliktlinien und Allianzenbildung“, in: Bratic, Lubomir (Hg.). „Landschaften der Tat. Vermessung, Transformation und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa“, REMAprint: Wien: 223-236.
- Gramsci, Antonio (2002). „Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in zehn Bänden“, Herausgegeben vom Deutschen Gramsci-Projekt unter der wissenschaftlichen Leitung von Klaus Bochmann, Argument Verlag: Hamburg.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2006). „Ethnisierung und Vergeschlechtlichung Revisited oder über Rassismus im neoliberalen Zeitalter“, Beitrag zum virtuellen Seminar „Interdependenzen-Geschlecht, Ethnizität und Klasse“, <http://www.telse.kiel-ist-meine-jacke.de/uploads/Rodriguez.pdf> (04.08.2010)
- Hall, Stuart (2004). „Das Spektakel des ‚Anderen‘“, in: Koivisto, Juha; Merckens, Andreas (Hg.). „Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4“, Argument Verlag: Hamburg: 108-166.
- Hamilton, Nora; Chinchilla Stoltz, Norma (2001). „Seeking community in a global city: Guatemalans and Salvadorans in Los Angeles“, Temple University Press: Philadelphia.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2000). „Empire. Die neue Weltordnung“. Aus dem Englischen von Thomas Atzert und Andreas Wirthensohn, Campus Verlag: Frankfurt, New York.
- Hardt, Michael (2004). „Affektive Arbeit“, in: Atzert, Thomas; Müller, Jost (Hgg.). „Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire“, Westfälisches Dampfboot: Münster: 175-188.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2004): „Multitude. Krieg und Demokratie im Empire“, Campus Verlag: Frankfurt, New York.
- Harvey, David (2005). „Neo-liberalism and the restoration of class power“, in: Harvey, David (Hg.). „Spaces of neoliberalization: towards a theory of uneven geographical development“, Franz Steiner Verlag: Wiesbaden, Stuttgart: 7-52.
- Hechler, Daniel; Philipps, Axel (2008). „Einleitung“, in: Hechler, Daniel; Philipps, Axel (Hgg.). „Widerstand denken. Michel Foucault und die Grenzen der Macht“, Transcript Verlag: Bielefeld: 8-16.
- Hiemstra, Nancy (2010). „Immigrant ‚Illegality‘ as Neoliberal Governmentality in Leadville, Colorado“, in: Antipode, Vol. 42, Nr. 1, January 2010: 74-102.
- Higbie, Frank Tobias (2008). „Between Romance and Degradation. Navigating the Meanings of Vagrancy in North America, 1870-1940“, in: Beier, A. L.; Ocobock, Paul (Hgg.). „Cast Out. Vagrancy and Homelessness in Global and Historical Perspective“, Center for International Studies, Ohio University: Ohio: 250-269.
- Hobsbawm, Eric J (2005). „Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780“, 3. Auflage, Campus Verlag: Frankfurt, New York.

Höhne, Thomas; Kunz, Thomas; Radtke, Franz-Olaf (2005). „Bilder von Fremden. Was unsere Kinder aus Schulbüchern über Migranten lernen sollen“, Johann Wolfgang Goethe-Universität: Frankfurt am Main, <https://www.palaeo.net/fb/fb04/schriftenreihe/inhalt/m3.pdf> (21.12.2010)

Höhne, Thomas; Schreck, Bruno (2009). „Private Akteure im Bildungsbereich. Eine Fallstudie zum schulpolitischen Einfluss der Bertelsmann Stiftung am Beispiel von SEIS (Selbstevaluation in Schulen)“, Juventa: Weinheim, München.

Hondagneu-Sotelo, Pierrette (1994). „Gendered transitions. Mexican experiences of immigration“, University of California Press: Berkeley, Los Angeles.

Hondagneu-Sotelo, Pierrette (2001). „Doméstica. Immigrant workers cleaning and caring in the shadows of affluence“, University of California Press: Berkeley, Los Angeles, London.

Interface (2005). „Vorworte“, in: Interface (Hg.). „Widerstandsbewegungen. Antirassismus zwischen Alltag und Aktion“, Assoziation A: Berlin, Hamburg: 15-23.

Jachimowicz, Maia (2004). „Bush Proposes New Temporary Worker Program“, Migration Policy Institute, Februar 2004, Migration Information Source, <http://www.migrationinformation.org/USFocus/display.cfm?ID=202> (12.11.2009)

Jimenez, Maria (2009). „Humanitarian Crisis: Migrant Deaths at the US-Mexico Border“, AACLU of San Diego & Imperial Counties, Mexico's National Commission of Human Rights, 01.10.2009, http://aclusandiego.org/article_downloads/000889/Humanitarian%20Crisis%20Report%20-%20web%20version.pdf (28.02.2011)

Johnson, Kevin R.; Hing, Bill Ong (2007). „The Immigrant Rights Marches of 2006 and the Prospects for a New Civil Rights Movement“, in: Harvard Civil Rights – Civil Liberties Law Review, Vol. 42, Issue 1, 2007: 99-138

Joppke, Christian (1999). „Immigration and the Nation-State. The United States, Germany, and Great Britain“, Oxford University Press: Oxford, New York.

Kanazawa, Mark (2005). „Immigration, Exclusion and Taxation: Anti-Chinese Legislation in Gold Rush California“, in: Journal of Economic History, Vol. 65: 779-805.

Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis (2005). „Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration“, in: Peripherie, Zeitschrift für Ökonomie und Politik in der Dritten Welt, Nr. 97/98, Westfälisches Dampfboot: Münster: 35-64, <http://www.linksnet.de/de/artikel/19249> (hier ohne Seitenzahlen) (02.03.2008)

Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis (2007). „Movements that matter. Eine Einleitung“, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.). „Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas“, Transcript Verlag: Bielefeld: 7-17.

Karakayali, Serhat (2008). „Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland“, Transcript Verlag: Bielefeld.

Karakayali, Serhat (2010). „Forschung über illegale Migration. Methodologische und theoretische Überlegungen“, in: Hess, Sabine; Kasperek, Bernd (Hgg.). „Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa“, Assoziation A: Berlin, Hamburg: 265-279.

Kastner, Jens (2008). „(Was heißt) Gegen-Verhalten im Neoliberalismus?“, in: Hechler, Daniel; Philipps, Axel (Hgg.). „Widerstand denken. Michel Foucault und die Grenzen der Macht“, Transcript Verlag: Bielefeld: 39-56.

Kaynar, Erdal; Suda, Kimiko (2002). „Aspekte migrantischer Selbstorganisation in Deutschland“, in: Bratic, Lubomir (Hg.). „Landschaften der Tat. Vermessung, Transformation und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa“, REMAprint: Wien: 167-187.

Kerwin, Donald M (2010). „More than IRCA: US Legalization Programs and the Current Policy

Debate“, Migration Policy Institute, Dezember 2010, <http://www.migrationpolicy.org/pubs/legalization-historical.pdf> (03.03.2011)

King, Martin Luther, Jr. (1963). „Letter from a Birmingham Jail [King, Jr.]“, in: African Studies Center. University of Pennsylvania, http://www.africa.upenn.edu/Articles_Gen/Letter_Birmingham.html (09.02.2011)

Kivel, Paul (2006). „Uprooting racism. How white people can work for racial justice“, revised edition, New Society Publishers: Gabriola Island.

Klaas, Tobias N (2008). „Foucault und der Widerstand. Anmerkung zu einem Missverständnis“, in: Hechler, Daniel; Philipps, Axel (Hgg.). „Widerstand denken. Michel Foucault und die Grenzen der Macht“, Transcript Verlag: Bielefeld: 149-168.

Klinger, Cornelia; Knapp, Gudrun-Axeli (2007). „Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, „Rasse/Ethnizität“, in: Klinger, Cornelia; Knapp, Gudrun-Axeli; Sauer, Birgit (Hgg.). „Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität“, Campus Verlag: Frankfurt am Main: 19-41.

Köck, Christoph; Moosmüller, Alois; Roth, Klaus (2004). „Zuwanderung und Integration. Kulturwissenschaftliche Zugänge und soziale Praxis“, Waxmann Verlag: Münster.

Köller, Wilhelm (2004). „Perspektivität und Sprache. Zur Struktur von Objektivierungsformen in Bildern, im Denken und in der Sprache, Walter de Gruyter: Berlin.

Koskela, Hille (2000). „The gaze without eyes: video-surveillance and the changing nature of urban space“, in: Progress in Human Geography, Vol. 24, Nr. 2: 243-265.

Kraler, Albert; Parnreiter, Christof (2005). „Migration Theoretisieren“, in: Prokla 140. Schwerpunkt: Migration, 35. Jg., September 2005, Westfälisches Dampfboot: Münster: 327-344.

Kreisky, Eva (1995). „Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung“, in: Kreisky, Eva; Sauer, Birgit (Hgg.). „Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung“, Campus Verlag: Frankfurt am Main, New York: 203-222.

Kreisky, Eva (1996). „Das Geschlecht politischer Institutionen“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Ausgabe 9/1996, Die andere Solidarität: Frauen, http://library.fes.de/gmh/main/jahresin/1996/jahres_9609.html (02.01.2011)

Kreisky, Eva (2001). „Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinität“, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) 2001/2: 137-160. http://evakreisky.at/onlinetexte/globalismus_kreisky.php (hier ohne Seitenzahlen) (24.02.2011)

Kreisky, Eva (2003). „Neoliberale Körpergefühle: Vom neuen Staatskörper zu profitablen Körpermärkten“, Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Brüche – Geschlecht – Gesellschaft: Leibes/Übungen“ des Gender Kollegs der Universität Wien, 15. Mai 2003, http://evakreisky.at/onlinetexte/koerpergefuehle_kreisky.pdf (12.10.2010)

Kreisky, Eva (2004a). „Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie“, in: Rosenberger, Sieglene K.; Sauer, Birgit (Hgg.). „Politikwissenschaft und Gesellschaft“: 23-43.

Kreisky, Eva (2004b). „Männlichkeit regiert die Welt. Ein Exemplarischer Rückblick: der Krieg im Kosovo als Arena von Männlichkeiten. Zur Relevanz der Dekodierung von Geschlechtlichkeit“, http://evakreisky.at/onlinetexte/maennlichkeit_kreisky.pdf (22.02.2011)

Kusmer, Kenneth L (2002). „Down and Out, on the Road. The Homeless in American History“, Oxford University Press: New York.

Kusmer, Kenneth L (2004). „Homelessness“, in: Mink, Gwendolyn; O'Connor, Alice (Hgg.). „Poverty in the United States. An Encyclopedia of History, Politics, and Policy“, ABC-CLIO: Santa

Barbara: 368-373.

Langemeyer, Ines (2008). „Subjekte im gesellschaftlichen Desintegrationsprozess. Zur Analyse flexibilisierter und prekärer Arbeits- und Lebensweisen und ihrer Segregationsformen“, in: Hechler, Daniel; Philipps, Axel (Hgg.). „Widerstand denken. Michel Foucault und die Grenzen der Macht“, Transcript Verlag: Bielefeld: 169-182.

Larner, Wendy (2000). „Neo-liberalism: Policy, Ideology, Governmentality“, in: Studies in Political Economy 63, Herbst 2000: 5-25.

Lazos, Sylvia R (2007). „The Immigrant Rights Marches (Las Marchas): Did the ‚Gigante‘ (Giant) Wake Up or Does it Still Sleep Tonight?“, in: Nevada Law Journal, Vol. 780: 803-852.

LeMay, Michael; Barkan, Elliott Robert (1999). „U.S. Immigration and Naturalization Laws and Issues. A Documentary History“, Greenwood Press: Westport.

Lemke, Thomas (2000). „Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies“, in: Politische Vierteljahresschrift, 41. Jg., Heft 1, 2000: 31-47, <http://www.thomaslemkeweb.de/engl.%20texte/Neoliberalismus%20ii.pdf> (hier: S. 1-22) (15.01.2011)

Lemke, Thomas (2001). „Gouvernementalität“, in: Marcus S. Kleiner (Hg.), „Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken“, Campus Verlag: Frankfurt am Main: 108-122, http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/Gouvernementalit%E4t%20Kleiner-Sammelband_.pdf (hier ohne Seitenzahlen) (22.01.2011)

Lemke, Thomas (2006). „Die politische Theorie der Gouvernementalität: Michel Foucault“, in: André Brodocz; Gary S. Schaal (Hgg.), „Politische Theorien der Gegenwart I“, 2. Auflage, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills: Leverkusen: 467-498.

Lenz, Ramona (2007). „Pauschal. Individual. Illegal: Aufenthalte am Mittelmeer“, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.). „Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas“, Transcript Verlag: Bielefeld: 141-154.

Lin, Sharat G (2006). „Undocumented Immigrants in the United States: From Impoverishment to May Day Resurgance“, San José Peace and Justice Center, <http://www.sanjosepeace.org/fmd/files/SGLin%20%20Ch10%20%20Undocumented%20immigrants%20in%20US%20-%202009.pdf> (04.12.2010)

Lipman, Francine J (2006). „The Taxation of Undocumented Immigrants: Separate, Unequal, and Without Representation“, in: Harvard Latino Law Review, Vol. 9, Spring 2006: 1-58.

Lorey, Isabell (2006). „Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung. Zur Normalisierung von KulturproduzentInnen“, in: eipcp, transversal, <http://eipcp.net/transversal/1106/lorey/de> (24.01.2011)

Lorey, Isabell (2007). „Weißsein und Immunisierung. Zur Unterscheidung zwischen Norm und Normalisierung“, in: eipcp, transversal, <http://translate.eipcp.net/strands/03/lorey-strands01de> (08.01.2011)

Lorey, Isabell (2008). „Kritik und Kategorie. Zur Begrenzung politischer Praxis durch neuere Theoreme der Intersektionalität, Interdependenz und Kritischen Weißseinsforschung“, in: eipcp, transversal, <http://eipcp.net/transversal/0806/lorey/de> (01.08.2010)

Loyd, Jenna M.; Burrige, Andrew (2007). „La Gran Marcha: Anti-Racism and Immigrants Rights in Southern California“, in: ACME Journals, Vol. 6, <http://www.acme-journal.org/vol6/JMLAB.pdf> (30.07.2010)

Ludwig, Gundula (----). „Gramsci und Geschlecht. Anschlusspunkte für feministische Gesellschafts- und Staatstheorie“, <http://www.gramsci.at/themengruppen/geschlechthegemoniestaat/workshopzusammenfassung/>

(10.12.2010)

Lutz, Helma (2008). „Migrations- und Geschlechterforschung: Zur Genese einer komplizierten Beziehung“, http://www.gesellschaftswissenschaften.uni-frankfurt.de/uploads/7820/2303/handbuch_nrw.pdf (12.08.2010)

Madera, Gabriela (2008). „Underground Undergrads. UCLA Undocumented Immigrant Students Speak Out“, UCLA Center for Labor Research and Education: Los Angeles.

Marx, Karl; Engels, Friedrich (2006). „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, Werke, Band 8, Dietz Verlag: Berlin.

Massey, Douglas S.; Arango, Joaquin; Graeme, Hugo; Kouaouci, Ali; Pellegrino, Adela; Taylor, J. Edward (1998). „Worlds in motion: understanding international migration at the end of the millenium“, International Studies in Demography, Clarendon Press: Oxford.

Matei, Sorin; Ball-Rockeach, Sandra J.; Linchuan Qiu, Jack (2001). „Fear and Misperception of Los Angeles Urban Space. A Spatial-Statistical Study of Communication-Shaped Mental Maps“, in: Communication Research, Vol. 28, Nr. 4, August 2001: 429-463.

McIntosh, Peggy (1988). „White Privilege: Unpacking the Invisible Knapsack“, <http://www.nymbp.org/reference/WhitePrivilege.pdf> (23.09.2010)

Melchor del Río, Amaranta (2007). „Der Zusammenhang zwischen Freihandel und Migration am Beispiel Mexikos. Eine theoretische und empirische Analyse“, Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH: Marburg.

Messerschmidt, Astrid (2008). „Postkoloniale Erinnerungsprozesse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft – vom Umgang mit Rassismus und Antisemitismus“, in: Peripherie Nr. 109/110, „Vom Erinnern und Vergessen“, 28. Jg. 2008, Westfälisches Dampfboot: Münster: 42-60, <http://www.linksnet.de/de/artikel/21125> (hier ohne Seitenzahlen) (07.03.2011)

Mezzadra, Sandro (2005). „Der Blick der Autonomie“. Aus dem Italienischen von Thomas Atzert, in: Kölnischer Kunstverein, Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland, Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt/Main, Institut für Theorie und Gestaltung und Kunst, HGK Zürich (Hgg.). „Projekt Migration“, Dumont Literatur und Kunst Verlag: Köln: 794-795.

Mezzadra, Sandro (2007). „Kapitalismus, Migrationen, soziale Kämpfe. Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration“, in: Pieper, Marianne; Atzert, Thomas; Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis (Hgg.). „Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri“, Campus Verlag: Frankfurt, New York: 179-193.

Miles, Robert; Brown, Malcolm (2003). „Racism. Key Ideas“, Second Edition, Routledge: New York.

Milkman, Ruth (2000). „Immigrant Organizing and the New Labor Movement in Los Angeles“, in: Critical Sociology, Vol. 26, No. 1-2: 59-81.

Milkman, Ruth (2006). „Labor and the New Immigrant Rights Movement: Lessons from California“, in: Border Battles: The U.S. Immigration Debates, 28.07.2006, <http://borderbattles.ssrc.org/Milkman/> (03.03.2011)

Mize, Ronald L.; Swords, Alicia C. S (2011). „Consuming Mexican Labor. From the Bracero Program to NAFTA“, University of Toronto Press: North York, Plymouth, New York.

Morris, Aldon; Staggenborg, Suzanne (2002). „Leadership in Social Movements“, Northwestern University, Department of Sociology, November 2002, <http://www.sociology.northwestern.edu/faculty/morris/docmorris-leadership.pdf> (09.03.2011)

Motomura, Hiroshi (2006). „Americans In Waiting. The Lost Story Of Immigration And Citizenship In The United States“, Oxford University Press: Oxford, New York.

Moulier-Boutang, Yann (1992). „Interview mit Yann Moulier-Boutang“, in: „Razzia operaia“; Padova edizioni, Mai 1992, in: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte, http://www.grundrisse.net/grundrisse34/interview_mit_yann_moulierbouta.htm (03.08.2010)

Moulier-Boutang, Yann (2007). „Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik“, in: Pieper, Marianne; Atzert, Thomas; Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis (Hgg.). „Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri“, Campus Verlag: Frankfurt, New York: 167-178.

Münz, Rainer; Seifert, Wolfgang; Ulrich, Ralf E (1999). „Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven“, Campus: Frankfurt am Main, New York.

Murguía, Edward; Forman, Tyrone (2003). „Shades of Whiteness: The Mexican American Experience in Relation to Anglos and Blacks“, in: Doane, Ashley W., Bonilla-Silva, Eduardo (Hgg.). „White Out. The Continuing Significance of Racism“, Routledge: London: 63-79.

National Immigration Law Center (2001). „Summary of the Hatch-Durbin Student Adjustment Bill S. 1291 Development, Relief, and Education for Alien Minors Act (DREAM)“, http://www.nilc.org/immlawpolicy/DREAM/DREAM_Summary.pdf (07.02.2011)

National Immigrant Solidarity Network (2010). „Immigrant Rights Under Obama So Far ... Plus DREAM Act Debate“, U.S. Immigration Alert! A Newsletter from October-November, 2010 Issue, Vol. 35, <http://www.immigrantsolidarity.org/Newsletter/Oct-Nov10.pdf> (10.02.2011)

Ngai, Mae M (2005). „Impossible Subjects. Illegal Aliens and the Making of Modern America“, 4. Auflage, Princeton University Press: Princeton, Oxford.

Nevins, Joseph (2002). „Operation Gatekeeper: the rise of the ‚illegal alien‘ and the making of the US-Mexico boundary“, Routledge: New York.

New York Times/CBS News (2010). „Poll Immigration Overhaul“, <http://documents.nytimes.com/new-york-times-cbs-news-poll-immigration-overhaul?ref=us> (08.03.2011)

Nyers, Peter (2008). „Community without Status: Non-Status Migrants and Cities of Refuge“, in: Brydon, Diana; Coleman, William D (Hgg.). „Renegotiating Community: Interdisciplinary Perspectives, Global Contexts“, UBC Press: Vancouver: 123-140.

Obhof, Larry (2002). „The Irrationality of Enforcement? An Economic Analysis of U.S. Immigration Law“, in: Kansas Journal of Law & Public Policy, Vol. 12: 163- 189.

Oneck, Michael R (2006). „Assimilation and American National Identity“, in: Reed, Ueda (Hg.). „A Companion to American Immigration“, Blackwell Publishing: Malden, Oxford, Carlton: 202-224.

Ono, Kent A.; Sloop, John M (2002). „Shifting borders. Rhetoric, immigration, and California's Proposition 187“, Temple University Press: Philadelphia.

Orozco, Cynthia (1997). „Sexism in Chicano Studies and the Community“, in: García, Alma M (Hg.). „Chicana feminist thought: the basic historical writings“, Routledge: New York, London: 265-270.

Osio, Antonio María (1996). „The history of Alta California. A memoir of Mexican California“, translated by Rose Marie Beebe and Robert M. Senkewicz, University of Wisconsin Press: Madison.

Papadopoulos, Dimitris; Stephenson, Niamh; Tsianos, Vassilis (2008). „Escape Routes. Control and Subversion in the Twenty-First Century“, Pluto Press: London, Ann Arbor.

Passel, Jeffrey S (2005). „Background Briefing Prepared for Task Force on Immigration and America's Future“, Pew Hispanic Center: Washington DC.

Passel, Jeffrey S.; Cohn, D'Vera (2008). „Trends in Unauthorized Immigration: Undocumented Inflow Now Trails Legal Inflow“, Pew Hispanic Center: Washington DC.

Passel, Jeffrey S.; Cohn, D'Vera (2009). „A Portrait of Unauthorized Immigrants in the United States“, Pew Hispanic Center: Washington DC.

Passel, Jeffrey S.; Cohn, D'Vera (2011). „Unauthorized Immigrant Population: National and State Trends, 2010“, Pew Hispanic Center: Washington DC, <http://pewhispanic.org/files/reports/133.pdf> (16.02.2011)

Paulus, Stanislaw (2008). „Ethnisierung von Geschlecht und die diskursive Reproduktion von Differenz in der Fernsehdokumentation „Fremde Nachbarn – Muslime zwischen Integration und Isolation“, in: Wischermann, Ulla; Thomas, Tanja (Hgg.). „Medien – Diversität – Ungleichheit. Zur medialen Konstruktion sozialer Differenz“, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden: 125-139.

Pérez, William (2009). „We are Americans. Undocumented students pursuing the American dream“, Stylus Publishing: Sterling.

Perez, Jonathan; Guitierrez, Jorge; Meza, Nancy; Dominguez Zamorano, Neidi (2010). „DREAM Movement: Challenges With the Social Justice Elite's Military Option Arguments and the Immigration Reform „Leaders““, 21.09.2010, in: t r u t h o u t, <http://www.truth-out.org/dream-movement-challenges-with-social-justice-elites-military-option-arguments-and-immigration-refo> (05.02.2011)

Pew Hispanic Center (2010). „Hispanics and Arizona's New Immigration Law“, Fact Sheet, <http://pewhispanic.org/files/factsheets/68.pdf> (04.03.2011)

Pfaelzer, Jean (2008). „Driven Out. The Forgotten War Against Chinese Americans“, University of California Press: Berkeley, Los Angeles.

Philipps, Axel (2008). „Proteste und Resistenzen der Erwerbslosen“, in: Hechler, Daniel; Philipps, Axel (Hgg.). „Widerstand denken. Michel Foucault und die Grenzen der Macht“, Transcript Verlag: Bielefeld: 261-275.

Pieper, Marianne (2007). „Biopolitik – Die Umwendung eines Machtparadigmas: Immaterielle Arbeit und Prekarisierung“, in: Pieper, Marianne; Atzert, Thomas; Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis (Hgg.). „Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri“, Campus Verlag: Frankfurt, New York: 215-244.

Pitt, Leonard (1961). „The Beginnings of Nativism in California“, in: The Pacific Historical Review, Vol. 30, No. 1: 23-38.

Poblete, Juan (Hg.) (2003). „Critical Latin American and Latino studies“, University of Minnesota Press: Minneapolis.

Portes, Alejandro (2006). „NAFTA and Mexican Immigration“, in: Border Battles: The U.S. Immigration Debates, 31.07.2006, <http://borderbattles.ssrc.org/Portes/> (28.02.2011)

Poulantzas, Nicos (2002). „Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus“. Mit einer Einleitung von Alex Demirović, Joachim Hirsch und Bob Jessop, VSA-Verlag: Hamburg.

Ptak, Ralf (----). „Grundlagen des Neoliberalismus“, <http://www.soziologie.phil.uni-erlangen.de/archiv/files/lehre/Ptak%202008%20Grundlagen%20NL.pdf> (24.02.2011)

Ragland, Cathy (2009). „Música Norteña. Mexican Migrants Creating a Nation between Nations“, Temple University Press: Philadelphia.

Räthzel, Nora (2008). „Rassismustheorien: Geschlechterverhältnisse und Feminismus“, in: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hgg.). „Handbuch Frauen und Geschlechterforschung. Theorien, Methoden, Empirie“, 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften:

Wiesbaden: 276-284.

Rice, Richard B.; Bullough, William A.; Orsi, Richard J (1988). „The Elusive Eden. A new history of California“, Erste Auflage, McGraw-Hill, Inc.: Ohne Ort.

Robinson, William I (2008). „Latin America and Global Capitalism. A Critical Globalization Perspective“, John Hopkins University Press: Baltimore.

Rohrbough, Malcolm J (1997). „Days of Gold. The California Gold Rush and the American nation“, University of California Press: Berkeley, Los Angeles.

Rommelspacher, Birgit (2009). „Was ist eigentlich Rassismus?“, in: Melter, Claus; Mecheril, Paul (Hgg.). „Rassismuskritik, Rassismustheorie und -forschung“, Wochenschau Verlag: Schwalbach: 25-38.

Root, Rebecca K (2004). „Indentured Servitude“, in: Mink, Gwendolyn; O'Connor, Alice (Hgg.). „Poverty in the United States. An Encyclopedia of History, Politics, and Policy“, ABCCLIO: Santa Barbara: 401-404.

Salvi, Steve (2008). „The Original list of Sanctuary Cities, USA. Sanctuary Cities: What are they?“, in: Ohio Jobs and Justice PAC, <http://www.ojjpac.org/sanctuary.asp> (15.11.2010)

Samers, Michael (2003). „Invisible capitalism. Political economy and the regulation of undocumented immigration in France“, in: Economy and Society, Vol. 32, Nr. 4: 555-583.

Sánchez, George J (1997). „Face the Nation: Race, Immigration, and the Rise of Nativism in Late Twentieth Century America“, in: International Migration Review, Vol. 31, Nr. 4 (Winter 1997): 1009-1030.

Sassen, Saskia (2002). „The Repositioning of Citizenship. Emergent Subjects and Spaces for Politics“, in: Berkeley Journal of Sociology, Vol. 46: 4-25.

Schmitter Heisler (2008). „The Sociology of Immigration“, in: Brettell, Caroline B.; Hollifield, James F (Hgg.). „Migration Theory. Talking across Disciplines“, Second Edition, Routledge: New York, London: 83-111.

Schmincke, Imke (2009). „Gefährliche Körper an gefährlichen Orten. Eine Studie zum Verhältnis von Körper, Raum und Marginalisierung“, Materialitäten Band 9, Transcript Verlag: Bielefeld.

Schneider-Sliwa, Rita (2007). „Die Sozialstruktur“, in: Jäger, Wolfgang ; Haas, Christoph M., Welz, Wolfgang (Hgg.). „Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch“, 3. Auflage, Oldenbourg: München: 1-24.

Schölzel, Hagen (2008). "Mut zur Lücke? Widerstand im französischen Parlament mit Foucault und Giddens lesen", in: Hechler, Daniel; Philipps, Axel (Hgg.). „Widerstand denken. Michel Foucault und die Grenzen der Macht“, Transcript Verlag: Bielefeld: 117-133.

Schrover, Marlou; van der Leun, Joanne; Lucassen, Leo; Quispel, Chris (2008). „Introduction: Illegal Migration and Gender in a Global and Historical Perspective“, in: Dies. (Hgg.). „Illegal Migration and Gender in a Global and Historical Perspective“, IMISCOE Research, Amsterdam University Press: Amsterdam: 9-38.

Schwenken, Helen (2006). „Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union“, Transcript Verlag: Bielefeld.

Schwenken, Helen (2008). „Migrantinnenorganisationen: Zur Selbstorganisation von Migrantinnen“, in: Becker, Ruth; Kortendieck, Beate (Hgg.). „Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie“, Geschlecht und Gesellschaft, Band 35, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden: 902-907.

Seminara, David (2008). „Hello, I Love You, Won't You Tell Me Your Name, Inside the Green Card

Marriage Phenomenon“, Center for Immigration Studies, November 2008, <http://www.cis.org/articles/2008/back1408.pdf> (04.03.2011)

Singelstein, Tobias; Stolle, Peer (2008). „Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert“, 2. vollständig überarbeitete Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Sitton, Tom (2005). „Zoning and Environmental Inequity in the Industrial East Side“, in: Deverell, William (Hg.). „Land of Sunshine. An Environmental History of Metropolitan Los Angeles“, University of Pittsburgh Press: Pittsburgh: 167-178.

Smith, Barbara (Hg.) (2000). „Home Girls. A Black Feminist Anthology“, Rutgers University Press: New Brunswick.

Smith, Mark K (2001, 2002). „community“, in: infed. ideas, thinkers, practice, <http://www.infed.org/community/community.htm> (08.02.2011)

Spivak, Gayatri Chakravorty (2008a). „Can the Subaltern Speak?“, in: Spivak, Gayatri Chakravorty. „Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation“. Mit einer Einleitung von Hito Steyerl, Verlag Turia + Kant: Wien: 17-118.

Spivak, Gayatri Chakravorty (2008b). „Ein Gespräch über Subalternität“, in: Spivak, Gayatri Chakravorty. „Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation“. Mit einer Einleitung von Hito Steyerl, Verlag Turia + Kant: Wien: 119-148.

Staples, Lee (2004). „Roots to Power. A Manual for Grass Roots Organizing“, Second Edition, Praeger Publishers: Westport, London.

Stark, Odet (1991). „The Migration of Labour“, Blackwell: Oxford.

Steinfeld, Robert J (2002). „The Invention of Free Labor. The Employment Relation in English and American Law and Culture, 1350-1870“, The University of North Carolina Press: Chapel Hill, London.

Stobbe, Holk (2004). „Undokumentierte Migration in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Interne Migrationskontrollen und die Handlungsspielräume von Sans Papiers“, Universitätsverlag Göttingen: Göttingen.

Strauss, Anselm L (1998). „Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung“, 2. Auflage, Wilhelm Fink Verlag: München.

Sullivan, Margaret M (2005). „Mental Health of Undocumented Mexican Immigrants. A Review of the Literature“, in: Advances in Nursing Science, Vol. 8, Nr. 3: 240-251.

Talavera, Victor; Núñez-Mchiri, Gina; Heyman, Josiah (2010). „Chapter 5. Deportation in the US-Mexico Borderlands. Anticipation, Experience and Memory“, in: De Genova, Nicholas; Peutz, Nathalie (Hgg.). „The Deportation Regime. Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement“, Duke University Press: Durham, London: 166-195.

Tatar, Bradley (2010). „Hombres Bravos, Mujeres Bravas: Gender and Violence in the Mexican Corrido“, in: Asian Journal of Latin American Studies, Vol. 23, Nr. 4: 83-117.

Terray, Emmanuel (2002). „Illegale Arbeit ist rentabel“, Interview mit Emmanuel Terray, in: Europäisches BürgerInnenforum, <http://www.forumcivique.org/de/content/illegale-arbeit-ist-rentabel> (24.02.2011)

The Dream is Coming (2010a). „DETAINED in Arizona: Four Student Immigrant Leaders“, 17.05.2010, <http://www.thedreamiscoming.com/2010/05/17/detained-in-arizona-four-student-immigrant-leaders/> (12.02.2011)

The Dream is Coming (2010b). „Hunger Strike in Michigan – Tell Stabenow to Sponsor the Dream“, 19.05.2010, <http://www.thedreamiscoming.com/2010/05/19/hunger-strike-in-michigan-stabenow-sponsor-the-dream/> (12.02.2011)

The Dream is Coming (2010c). „Civil Disobedience in San Francisco: Students call on Senator Feinstein to champion DREAM“, 20.05.2010, <http://www.thedreamiscoming.com/2010/05/20/civil-disobedience-in-san-francisco-students-call-on-senator-feinstein-to-champion-dream/> (11.02.2011)

The Dream is Coming (2010d). „21 good reasons to risk deportation for the DREAM Act“, 20.07.2010, <http://www.thedreamiscoming.com/media/dc-dreamers/> (10.02.2011)

Tiedemann, Christopher Gustavus (2002). „A treatise on state and federal control of persons and property in the United States. Considered from both a civil and criminal standpoint“, Vol. 1, The Lawbook Exchange, Ltd.: New Jersey.

Tiegel, Elito (2007): „Latinization of America. How Hispanics Are Changing the Nation's Sights and Sounds“, Phoenix Books: Beverly Hills.

Transmitter (2010). „Deportation Class Reloaded“, Freies Sender Kombinat: Hamburg: 7-10, <http://www.fsk-hh.org/files/tm0610.pdf> (19.02.2011)

Tsianos, Vassilis; Papadopoulos, Dimitris (2007). „Prekarität: Eine wilde Reise ins Herz des verkörperten Kapitalismus oder: Wer hat Angst vor der immateriellen Arbeit?“, in: Raunig, Gerald; Wuggenig, Ulf (Hg.). „Kritik der Kreativität“, Turia + Kant: Wien: 145-164.

Tsianos, Vassilis; Papadopoulos, Dimitris (2008). „Die Autonomie der Migration. Die Tiere der undokumentierten Mobilität“, <http://translate.eipcp.net/strands/02/papadopoulos-tsianos-strands01en?lid=papadopoulos-tsianos-strands01de> (15.06.2009)

Tsianos, Vassilis; Hess, Sabine; Karakayali, Serhat (2009). „Turbulente Ränder revisited. Die Europäisierung der Migrationspolitik aus der Perspektive der ethnografischen Regimeanalyse“, in: „Migrationen: Durchkreuzte Räume“, Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik, Heft 1, April 2009, IG Kultur Österreich: Wien: 12-15.

Tsianos, Vassilis (2010). „Zur Genealogie und Praxis des Migrationsregimes“, in: IG Bildende Kunst (Hg.). „Regimestörungen“, Bildpunkt, Zeitschrift der IG Bildende Kunst, <http://www.igbildendekunst.at/bildpunkt/2010/regimestoerungen/tsianos.htm> (01.02.2010)

(UCLA-CLRE 2007). UCLA Center for Labor Research and Education (2007). „Undocumented Students, Unfulfilled Dreams ...“, <http://www.labor.ucla.edu/publications/reports/Undocumented-Students.pdf> (14.03.2010)

Vaughan, Jessica (2008). „Numbers from US-VISIT“, Center for Immigration Studies, 24.12.2008, <http://www.cis.org/vaughan/USVISITNumbers> (02.12.2010)

Vorländer, Hans (2007). „Gesellschaftliche Wertvorstellungen und politische Ideologien“, in: Jäger, Wolfgang; Haas, Christoph M., Welz, Wolfgang (Hgg.). „Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch“, 3. Auflage, Oldenbourg: München: 26-44.

Weintraub, Sidney (1984). „Illegal Immigrants in Texas: Impact on Social Services and Related Considerations“, in: International Migration Review, Vol. 18, Nr. 3, Special Issue: Irregular Migration: An International Perspective (Autumn, 1984): 733-747.

Wollrad, Eske (2007). „Getilgtes Wissen, überschriebene Spuren. Weiße Subjektivierungen und antirassistische Bildungsarbeit“, in: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in NRW. „Tagungsdokumentation des Fachgesprächs zur ‚Normalität und Alltäglichkeit des Rassismus‘“, 14./15. September 2007, CJD Bonn, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik: 39-55, http://www.ida-nrw.de/html/Tagungsdoku_Alltagsrassismus.pdf (11.07.2010)

Woodrow, Karen A.; Passel, Jeffrey S (1990). „Post-IRCA undocumented migration to the United States: An assessment based on the June 1988 CPS“, in: Bean, Frank D.; Edmonston, Barry;

Passel, Jeffrey S (Hgg.). „Undocumented migration to the United States. IRCA and the experience of the 1980s“, University Press of America: Lanham, London: 33-76.

Wray, Matt (2006). „Not quite white. White trash and the boundaries of whiteness“, Duke University Press: Durham.

Yoshino, Kenji (2007). „Covering. The hidden assault on our civil rights“, Random House Trade Paperbacks: New York.

Zamora, Luciente; Morales, Travis (2007). „LAPD Attack on May 1 Immigrant Rights March: Anger, Resistance Grows“, in: Revolution Nr. 89, 20.05.2007, <http://revcom.us/a/089/lamayday-en.html> (22.10.2010)

Zepeda-Millan, Chris (2006). „Fleeing Oppression: Black Civil Rights, Immigrant Human Rights, and the Next Great American Social Movement“ Department of Government at Cornell University, http://www.cesarechavezfoundation.org/cms.php?mode=view&b_code=004006000000000&b_no=511&page=1&field=&key=&n=11 (04.12.2010)

Zeitungsartikel

o. V. 1 (2006). „Border games“, by Dateline D.C., in: Pittsburgh Tribune Review, 20.08.2006, http://www.pittsburghlive.com/x/pittsburghtrib/opinion/columnists/datelinedc/s_466724.html (30.11.2010)

o. V. 2 (2006). „Angela Davis in Texas“, in: Texas National Press, 18.12.2006, Interview mit Angela Davis, <http://www.texasnationalpress.com/texlog/article.php?story=2006121800210629> (04.12.2010)

o. V. 3 (2008). „L.A. as a sanctuary? Special Order 40 protects illegal immigrants but, unlike in San Francisco, they're not shielded“, in: Los Angeles Times, 02.07.2008, <http://articles.latimes.com/2008/jul/12/opinion/ed-sanctuary12> (15.11.2010)

o. V. 4 (2010). „Organized illegal immigration as a means to destroy all nations“, in: times of the signs, <http://timesofthesigns.wordpress.com/2010/06/22/10062202/> (04.03.2011)

America's Voice (2009). „Rep. Steve King (R-IA): Carrying the Banner for Anti-Immigrant Extremists“, http://amvoice.3cdn.net/aae1c1affee4feb338_0um6i64bw.pdf (07.03.2011)

Anti Defamation League (2008). „Immigrants Targeted: Extremist Rhetoric Moves into the Mainstream. Anti-immigrant rhetoric in media and politics“, http://www.adl.org/Civil_Rights/anti_immigrant/rhetoric.asp (07.03.2011)

Ayres, Ian (2008). „Racial profiling in L.A.: the numbers don't lie“, in: Los Angeles Times, 23.10.2008, <http://articles.latimes.com/2008/oct/23/opinion/oe-ayres23> (12.08.2010)

Bacon, David (2010). „DREAM Act Students Defy Deportations, Demand Vote in Congress“, in: t r u t h o u t, 28.11.2010, <http://www.truth-out.org/dream-act-students-defy-deportations-demand-vote-congress65463> (10.02.2011)

Ballvé, Marcelo (2010). „Arizona's Immigration Law Spurs Copycat Legislation“, in: New America Media, <http://newamericamedia.org/2010/05/arizonas-immigration-law-spurs-copycat-legislation.php> (02.03.2011)

Banks, Andre (2006). „The Price of the Ticket“, in: ColorLines, Applied Research Center, <http://www.arc.org/content/view/432/1/> (04.12.2010)

Barry, Tom (2007). "Another look at Rep. Tom Tancredo. US Rep. Tom Tancredo — Christian Crusader, Cultural Nationalist, and Iran Freedom Fighter", in: Spero News, 12.02.2007, <http://www.speroforum.com/a/7854/site/site/privacy.asp> (21.01.2011)

- Bernstein, Nina (2010). „Immigration Detention Centers Operated by Alaska Native Corps Faced Hunger Strikes and Protests“, in: Border Lines. Reporting from the TransBorder Project of the Center for International Policy, 22.01.2010, <http://borderlinesblog.blogspot.com/2010/01/immigration-detention-centers-operated.html> (07.03.2011)
- Blanton, Dana (2010). „Fox News Poll: Secure the Border First“, in: FoxNews.com, Published July 02, 2010, <http://www.foxnews.com/politics/2010/07/02/fox-news-poll-secure-border/> (04.08.2010)
- Blood, Michael R (2010). „Poizner attacks illegals in ad blitz. GOP governor hopeful risks alienating state's Hispanic voters“, in: Daily News Los Angeles, 21.03.2010, http://www.dailynews.com/ci_14726560 (06.03.2011)
- Brewer, Jan (2010). „Text of Gov. Brewer's speech after signing SB 1070“, in: TucsonCity.com, The Voice of Tucson, <http://tucsoncitizen.com/mark-evans/archives/236> (23.07.2010)
- Carr, Forest (2010). „Early reaction to Gov. Brewer's approval of SB 1070“, in: KGUN9, 24.04.2010, <http://www.kgun9.com/Global/story.asp?S=12366272> (04.03.2011)
- Ciria-Cruz, Rene P (2006). „Activists Must Avoid Cultural Tripwires Over Immigration“, Commentary, in: New American Media, Expanding the new lens through ethnic media, 01.06.2006, http://infowire.newamericamedia.org/news/view_article.html?article_id=c18d2713fa49471adc89cdb7cb0fb3b8 (03.12.2010)
- Coker, Matt (2010). „Jonathan Bibriesca, OC Dream Act Activist, Among 9 Arrested in Westwood“, in OC Weekly, 21.05.2010, http://blogs.ocweekly.com/navelgazing/2010/05/jonathan_bibriesca_dream_act_w.php (16.02.2011)
- Democracy Now (2006). „Over 1.5 Million March for Immigrant Rights in One of Largest Days of Protest in U.S. History“, Transcript, 02.05.2006, Democracy Now. The War and Peace Report, http://www.democracynow.org/2006/5/2/over_1_5_million_march_for (09.03.2011)
- Fears, Darryl; Aizenman, N.C (2006). „Immigration Rally's Low Turnout Disappoints Advocates. Fear of Blacklash, Mixed Messages, Timing Are Cited“, in: The Washington Post, 08.11.2006, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/09/07/AR2006090701247.html> (01.03.2011)
- Flaccus, Gillian (2006). „1M Immigrants Skip Work for Demonstration“, in: The Washington Post, 02.05.2010, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/05/01/AR2006050100151.html> (11.12.2010)
- Garcia, Uriel J (2010). „White supremacy led to SB 1070 formation, activist says“, in: Statepress.com, <http://www.statepress.com/2010/10/03/white-supremacy-led-to-sb-1070-formation-activist-says/> (02.03.2011)
- Gold, Scott (2006). „When I See This, I See Strength“, in: Los Angeles Times, 02.05.2010, <http://articles.latimes.com/2006/may/02/local/me-family2> (11.12.2010)
- Gomez, Alan (2010). „Hispanics flee Arizona ahead of immigration law“, in: USA Today, http://www.usatoday.com/news/nation/2010-06-08-immigration_N.htm (02.03.2011)
- Gorman, Anna; Miller, Marjorie; Landsberg, Mitchell (2006). „Marchers Fill L.A.'s Streets. Immigrants Demonstrate Peaceful Power“, in: Los Angeles Times, 02.05.2010, <http://articles.latimes.com/2006/may/02/local/me-main2> (04.12.2010)
- Hsu, Spencer S.; Lydersen, Kari (2006). „Illegal Hiring Is Rarely Penalized. Politics, 9/11 Cited in Lax Enforcement“, in: Washington Post, Montag, 19.06.2006, http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/06/18/AR2006061800613_pf.html (27.08.2010)
- Hsu, Spencer S (2009). „Little New in Obama's Immigration Policy. While Embracing Bush's

Programs, President Says Nuance Makes the Difference“, in: The Washington Post, 20.05.2009, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/05/19/AR2009051903404.html> (02.03.2011)

Johnson, Kirk; Kelley, Katie (2006). „Dispatches From Immigration Rallies Across the Nation“, in: The New York Times, 01.05.2006, <http://www.nytimes.com/2006/05/01/us/01cnd-rallies.html?hp&ex=1146542400&en=581d5f64ac941e87&ei=5094&partner=homepage> (11.12.2010)

Jordan, James (2010). „Lines Drawn over SB1070 in Arizona“, Fight Back! News and Views from the People's Struggle, <http://www.fightbacknews.org/2010/5/1/lines-drawn-over-sb1070-arizona> (04.03.2011)

Keyes, Allison (2008). „Obama Appeals To Latino Voters“, in: National Public Radio, 13.07.2008, <http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=92502847> (02.03.2011)

Kyriakou, Niko (2006). „Organizers See ‚New Civil Rights Movement‘ in Immigration Protests“, in: One World.net, 29.03.2006, <http://www.commondreams.org/headlines06/0329-03.htm> (30.11.2006)

La Voz de Aztlan (----). „Racist Anti-Mexican ‚Border Patrol‘ Game“, http://www.aztlan.net/racist_anti-mexican_game.htm (16.03.2010)

Lozano, Carlos (2010). „L.A. County poverty rate increases to 16% in 2009“, in: Los Angeles Times, 28.09.2010, <http://latimesblogs.latimes.com/lanow/2010/09/la-county-poverty-rate-increases-to-16-in-2009-.html> (17.02.2011)

Mahony, Roger (2006). „Called by God to Help“, in: The New York Times, 22.03.2006, <http://www.nytimes.com/2006/03/22/opinion/22mahony.html> (06.12.2010)

Marcus (ohne Nachnamen) (2006). „Between Half-million and One Million People Protest against Anti-Immigrant Law“, in: Los Angeles Independent Media Center, 25.03.2006, <http://la.indymedia.org/news/2006/03/151463.php> (06.12.2006)

Mascaro, Lisa; Muskal, Michael (2010). „Dream Act fails to advance in Senate“, in: Los Angeles Times, 18.12.2010, <http://articles.latimes.com/2010/dec/18/news/la-pn-senate-dream-20101219> (22.02.2011)

McCune, Marianne (2010). „Protesters Rally Against Deportation of Immigrant Rights Activist“, in: WNYC News, 06.01.2010, <http://beta.wnyc.org/articles/wnyc-news/2010/jan/06/protesters-rally-against-deportation-of-immigrant-rights-activist/> (02.05.2010)

McDonnell, Patrick J.; Lopez, Robert J (1994). „L.A. March Against Prop. 187 Draws 70,000 Immigration: Protesters condemn Wilson for backing initiative that they say promotes ‚racism, scapegoating‘.“, in: Los Angeles Times, 17.10.1994, http://articles.latimes.com/1994-10-17/news/mn-51339_1_illegal-immigrants (06.12.2010)

McGreevy, Patrick (2010). „Democratic lawmakers will revisit bills vetoed by Schwarzenegger“, in: Los Angeles Times, 04.12.2010, <http://articles.latimes.com/2010/dec/04/local/la-me-vetoes-20101204> (14.03.2011)

Mehta, Seema (2010). „Voters split on Arizona law“, in: Los Angeles Times, 31.05.2010, <http://articles.latimes.com/2010/may/31/local/la-me-0531-poll-20100531> (19.03.2011)

Nicholas, Peter (2010). „Obama falters on immigration reform promises“, in: Los Angeles Times, 21.04.2010, <http://articles.latimes.com/2010/apr/21/nation/la-na-obama-immigration-20100421-1> (07.03.2011)

Orlov, Rick; Kleinbaum, Josh (2006). „Return to Class. Mayor advises truant protesters to face penalties“, in: Daily News Los Angeles, 29.03.2006, <http://www.thefreelibrary.com/RETURN+TO+CLASS,+MAYOR+ADVISES+TRUANT+PROTESTERS+TO+FACE+PENALTIES.-a0143841315> (07.12.2010)

- Piggott, Stephen (2009). „Chicago Immigrant Rights Activist Faces Deportation After Traffic Stop“, in: Imagine 2050, 27.03.2009, <http://imagine2050.newcomm.org/2009/03/27/chicago-immigrant-rights-activist-faces-deportation-after-traffic-stop/> (10.10.2010)
- Preston, Julia (2008). „In Big Shift, Latino Vote Was Heavily for Obama“, in: The New York Times, 06.11.2008, <http://www.nytimes.com/2008/11/07/us/politics/07latino.html> (02.03.2011)
- Preston, Julia (2010) . „Deportations From U.S. Hit a Record High“, 06.10.2010, The New York Times, <http://www.nytimes.com/2010/10/07/us/07immig.html> (10.10.2010)
- Puente, Teresa (2010). „DREAM Act youth step up civil disobedience and speak out at Netroots Nation“, in Chicago Now, 23.07.2010, <http://www.chicagonow.com/blogs/chicanisima/2010/07/dream-act-youth-step-up-civil-disobedience-and-speak-out-at-netroots-nation.html> (21.02.2011)
- Pupovac, Jessica (2006). „Immigrant Solidarity Actions Planned in Latin America“, in: The NewStandard, 30.04.2006, <http://newstandardnews.net/content/index.cfm/items/3111> (06.12.2010)
- Riccardi, Nicholas (2010). "Arizona's immigration law may spur a showdown", in: Los Angeles Times, 23.04.2010, <http://articles.latimes.com/2010/apr/23/nation/la-na-obama-immigration-20100424> (29.08.2010)
- Schumer, Charles E.; Graham, Lindsey O (2010). „The right way to mend immigration“, in: The Washington Post, 19.03.2010, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/03/17/AR2010031703115.html> (02.08.2010)
- Silverstein, Jonathan (2006). „Racist Video Game Incites Anger. Internet Game Lets Players Take Shots at Immigrants“, in: abc News, 01.05.2006, <http://abcnews.go.com/Technology/story?id=1910119&page=1> (16.03.2010)
- Solomon, Alisa (13.08.2002). „Detainees Equal Dollars“, <http://www.villagevoice.com/2002-08-13/news/detainees-equal-dollars/> (13.8.2008)
- Stanley, Eduardo (2006). „„A las calles!‘ To the streets! Hispanic media drive immigration demonstrations“, New America Media, Los Angeles, in: National Catholic Reporter, 07.04.2010, http://natcath.org/NCR_Online/archives2/2006b/040706/040706h.php (06.12.2010)
- Stoddard, Ed (2007). „Texas signs new self-defense by gun law“, in: Reuters, 27.03.2007, <http://www.reuters.com/article/idUSN2721289620070327> (06.07.2010)
- Streitfeld, David (2006). „Throng Shows Their Potent Role in Economy“, in: Los Angeles Times, 02.05.2006, <http://articles.latimes.com/2006/may/02/business/fi-immigecon2> (11.12.2010)
- Sullivan, Eileen; Gamboa, Suzanne (2009). „Immigration Sweep: Raid Nets 280 With Criminal Records“, in: The Huffington Post, 11.12.2009, http://www.huffingtonpost.com/2009/12/11/immigration-sweep-raid-net_n_389256.html (18.02.2011)
- Sullivan, Laura (2010). „Prison Economics Help Drive Ariz. Immigration Law“, in: National Public Radio, 28.10.2010, <http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=130833741> (07.03.2011)
- The Media Consortium (2010). „Weekly Diaspora: Anti-Immigrant Hate Crimes Rise with Hateful Political Speech“, in: Open Left, <http://openleft.com/diary/21461/weekly-diaspora-antiimmigrant-hate-crimes-rise-with-hateful-political-speech> (02.03.2011)
- VozMob (2010). „DREAM ACT Student Protesters On Ice Hold“, Voces Móviles, 18.05.2010, <http://vozmob.net/en/content/dream-act-student-protesters-ice-hold> (12.02.2011)
- Watanabe, Teresa (2006). „Immigrant Crusade Enlists Few Blacks. Though they have sided with Latinos in the past, African Americans have not gotten involved in this debate. One reason is competition for jobs“, in: Los Angeles Times, 10.04.2006, <http://articles.latimes.com/2006/apr/10/local/me-blacks10> (03.12.2010)

Watanabe, Teresa; Finnegan, Michael (2006). „Rove tells of ‚shared values‘ with Latinos“, in: Los Angeles Times, 12.07.2006, <http://articles.latimes.com/2006/jul/12/local/me-rove12> (02.05.2010)

Watanabe, Teresa; Becerra, Hector (2006a). „500,000 Pack Streets to Protest Immigration Bills. The rally, part of a massive mobilization of immigrants and their supporters, may be the largest L.A. has seen“, in: Los Angeles Times, 26.03.2006, <http://articles.latimes.com/2006/mar/26/local/me-immig26> (06.12.2010)

Watanabe, Teresa; Becerra, Hector (2006b). „The immigration debate. How DJs Put 500,000 Marchers in Motion“, in: Los Angeles Times, 28.03.2006, <http://articles.latimes.com/2006/mar/28/local/me-march28> (06.12.2010)

Whitman, David (1993). "The Untold Story of The LA Riot. The prevailing view about its causes is flawed. The unsettling truth is that incompetence, alcohol, greed and hatred helped make it happen“, in: U.S. News & World Report, 23.05.1993, http://www.usnews.com/usnews/news/articles/930531/archive_015229.htm (14.12.2010)

Wilkinson, Tracy (2010). "Mexico issues travel alert on Arizona", in: Los Angeles Times, 27.04.2010, <http://articles.latimes.com/2010/apr/27/world/la-fg-0428-mexico-warning-20100428> (12.01.2011)

Wingett, Yvonne; González, Daniel (2006). „Mexican flags draw dissent“, in: The Arizona Republic, 05.04.2006, <http://www.azcentral.com/arizonarepublic/news/articles/0405mexicanflag0405.html> (03.03.2011)

Yallin, Jessica (2009). „Obama not pushing to pass immigration reform this year“, in: CNN Politics, 09.04.2009, http://articles.cnn.com/2009-04-09/politics/obama.immigration_1_immigration-reform-illegal-immigration-border-security-and-work?s=PM:POLITICS (07.03.2011)

Yanni, Dina (2010). „USA: Wir werden zwar weiterhin undokumentiert sein, aber wir werden auch weiterhin keine Angst haben!“, in: linksunten.indymedia.org, 26.12.2010, <http://linksunten.indymedia.org/de/node/31102> (04.02.2011)

Zavis, Alexandra; Gorman, Anna (2010). „Proposed cuts would end California assistance for most new legal immigrants“, in: Los Angeles Times, 16.02.2010, <http://articles.latimes.com/2010/feb/16/local/la-me-immigrant-cuts17-2010feb17> (06.03.2011)

Zimmerman, Eilene (2007). „Blackwater’s run for the border“, in: Salon, 23.10.2007, http://www.salon.com/news/feature/2007/10/23/blackwater_border/index.html?source=newsletter (07.03.2011)

TV- und Radio-Beiträge

Fox News (2007), gesendet am 02.05.2010, abrufbar unter: „LAPD Uses Force to Disperse Immigration Marchers“, in: InfoWars.com, http://www.infowars.com/articles/ps/police_lapd_riot_cops_spin_immigration_rally_out_of_control.htm (22.10.2010)

Fox News, Fox & Friends (2010), gesendet am 04.08.2010, 8:42am ET, abrufbar unter: „Fox calls 14th Amendment ‚the anchor baby amendment‘“, in: Media Matters for America, <http://mediamatters.org/mmtv/201008040005> (12.10.2010)

Regierungsdokumente und Gesetzestexte

„Assembly Bill 540“, California Education Code Section 68130.5, in: Law and Legal Research, <http://law.onecle.com/california/education/68130.5.html> (14.03.2011)

(CCSF-OM 2008). City and County of San Francisco. Office of the Mayor (2008). „Mayor Newsom Launches Sanctuary City Outreach Campaign“, 04.02.2008, Gavin Newsom, 42nd Mayor of the City and County of San Francisco, http://www.sfmayor.org/archives/PressRoom_NewsReleases_2008_78378/ (15.11.2010)

Commonwealth Club of California (1946). „The population of California. A report of a research study made by authorization of the Board of governors of the Commonwealth club of California“, Parker Printing Company: San Francisco, in: Hathi Trust Digital Library, <http://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=uc1.b3428005> (22.02.2011)

Congress (1877). „Report of the Joint Special Committee to Investigate Chinese Immigration“, 44th Congress, 2nd Session, Senate Report Nr. 689, February 27, 1877, Government Printing Office: Washington, DC, http://cpr.org/Museum/Chinese_Immigration.html (24.06.2010)

County of Los Angeles (2008). „Unincorporated Areas within the County of Los Angeles“, Public Affairs, Chief Executive Office, <http://ceo.lacounty.gov/forms/Unincorp%20Alpha%20Web.pdf> (16.02.2011)

(DHS 2009). Department of Homeland Security (2009). „U.S. Department of Homeland Security Annual Financial Report. Fiscal Year 2009“, Department of Homeland Security, Office of the Chief Financial Officer, Program Analysis and Evaluation, http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/cfo_afrfy2009_vol1.pdf (19.02.2011)

(DHS-ICE 2006). Department of Homeland Security, Bureau of Immigration and Customs Enforcement (2006). „ICE agents arrest seven managers of Nationwide Pallet Company and 1187 of the firm's illegal alien employees in 26 states“, Office of the Press Secretary, ICE Public Affairs, 20. April 2006, http://www.dhs.gov/xnews/releases/press_release_0891.shtm (18.03.2010)

(DHS-OIG 2009). Department of Homeland Security, Office of Inspector General (2009). „Removals Involving Illegal Alien Parents of United States Citizen Children“, http://www.dhs.gov/xoig/assets/mgmttrpts/OIG_09-15_Jan09.pdf (07.03.2011)

(DHS-OIG 2010). Department of Homeland Security, Office of Inspector General (2010). „The Performance of 287(g) Agreements“, März 2010, U.S. Department of Homeland Security: Washington, DC 20528, http://www.dhs.gov/xoig/assets/mgmttrpts/OIG_10-63_Mar10.pdf (14.10.2010)

(DHS-OIS 2009). Department of Homeland Security, Office of Immigration Statistics (2009). „Immigration Enforcement Actions: 2008“, Annual Report, Juli 2009, http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/enforcement_ar_08.pdf (20.01.2011)

(DHS-OIS 2010). Department of Homeland Security, Office of Immigration Statistics (2010). „2009 Yearbook of Immigration Statistics“, August 2010, U.S. Department of Homeland Security: Washington, D.C., http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/yearbook/2009/ois_yb_2009.pdf (27.10.2010)

(DJ 1987). Department of Justice, (1987). „8 CFR Parts 100, 103, 109, 210, 211, 212, 234, 242, 245a, 264, 274a, 299. Implementation of the Immigration Reform and Control Act; Proposed Rules“, Immigration and Naturalization Service, Federal Register, Part VI, Thursday March 19, 1987.

(DS 2010). Department of State (2010). „Visa Bulletin for October 2010“, Nr. 25, Vol. IX, Department of State Publication 9514: Washington, D.C., http://travel.state.gov/visa/bulletin/bulletin_5145.html (29.10.2010)

(DVA 2010). Department of Veterans Affairs (2010). „Health Care Fact Sheet“ 164-4, June 2010, <http://www.va.gov/healtheligibility/Library/pubs/VIC/vic.pdf> (29.01.2011)

EMTALA (1986). „Examination and treatment for emergency medical conditions and women in labor“, 42 USC, § 1395dd, in: Cornell University Law School, <http://www.law.cornell.edu/uscode/42/1395dd.html> (04.11.2010)

(FTC 2007). Federal Trade Commission. Bureau of Consumer Protection. Division of Consumer & Business Education (2007). „Diversity Visa Lottery: Read the Rules, Avoid the Rip-Offs“, <http://www.ftc.gov/bcp/edu/pubs/consumer/alerts/alt003.pdf> (07.03.2011)

(GAO 2003). U.S. Government Accountability Office (2003). „Homeland Security: Overstay Tracking Is a Key Component of a Layered Defense“, <http://www.gao.gov/htext/d04170t.html> (27.08.2010)

Hoefler, Michael; Rytina, Nancy; Baker, Bryan (2010). „Estimates of the Unauthorized Immigrant Population Residing in the United States: January 2009“, January 2010, Department of Homeland Security, Office of Immigration Statistics, http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/ill_pe_2006.pdf (16.01.2011)

(Homeland Security Act of 2002). An Act To establish the Department of Homeland Security, and for other purposes, Public Law 107-296 107th Congress, 25.11.2002, H.R. 5005, http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/hr_5005_enr.pdf (03.03.2011)

(H.R. 4437). Border Protection, Antiterrorism, and Illegal Immigration Control Act of 2005, 109th Congress 2005-2006, <http://www.govtrack.us/congress/bill.xpd?bill=h109-4437> (29.11.2010)

(IIRIRA 1996). Illegal Immigration Reform and Immigrant Responsibility Act (1996). Public Law 104-208, 104th Congress, 30.09.1996, http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=104_cong_public_laws&docid=f:publ208.104.pdf

(INA 1968, Sec. 212). Immigration and Nationality Act (1968). „Act 212 – General classes of aliens ineligible to receive visas and ineligible for admission; waivers of inadmissibility“, Sec. 212. [8 U.S.C. 1182], 30.06.1968, in: U.S. Citizenship and Immigration Services, <http://www.uscis.gov/portal/site/uscis/menuitem.f6da51a2342135be7e9d7a10e0dc91a0/?vgnnextoid=fa7e539dc4bed010VgnVCM1000000ecd190aRCRD&vgnnextchannel=fa7e539dc4bed010VgnVCM1000000ecd190aRCRD&CH=act> (20.10.2010)

(IRC 1986, § 7701). Internal Revenue Code (1986). „§ 7701. Definitions“, (b)(1)(A)(ii)(b)(3), in: Cornell University Law School, http://www.law.cornell.edu/uscode/26/usc_sec_26_00007701----000-.html (03.11.2010)

(IRSUS 2010a). Internal Revenue Service United States (2010a). „Immigration Terms and Definitions Involving Aliens“, <http://www.irs.gov/businesses/small/international/article/0,,id=129236,00.html> (23.10.2010)

(IRSUS 2010b). Internal Revenue Service United States (2010b). „Taxpayer Identification Numbers (TIN)“, <http://www.irs.gov/businesses/small/international/article/0,,id=96696,00.html> (07.03.2011)

(LAPD 2010). The Los Angeles Police Department (2010). „Chief Bratton's Comments on Immigration“, http://www.lapdonline.org/newsroom/content_basic_view/43388 (21.10.2010)

Martinez vs. Regents 2010, S167791, <http://www.courtinfo.ca.gov/courts/supreme/documents/S167791-bgsummary.pdf> (14.03.2011)

McCain, John (2008). „Transcript: John McCain Concession Speech, November 4, 2008“, in: Clips & Comment, <http://www.clipsandcomment.com/2008/11/05/transcript-john-mccain-concession-speech-november-4-2008/> (03.03.2011)

(NCSL 2008). National Conference of State Legislatures, Immigrant Policy Project (2008). „2007 Enacted State Legislation Related to Immigrants and Immigration“, Revised January 31, 2008, <http://www.ncsl.org/Portals/1/documents/immig/2007Immigrationfinal.pdf> (01.03.2011)

(NCSL 2011). National Conference of State Legislatures, Immigrant Policy Project (2011). „2010 Immigration-Related Laws and Resolutions in the States (January 1 - December 31, 2010)“, January 5, 2011, <http://www.ncsl.org/default.aspx?tabid=21857> (01.03.2011)

Nuschler, Dawn; Siskin, Alison (2005). „Social Security Benefits for Noncitizens. Current Policy and

Legislation“, CRS Report for Congress, Received through the CRS Web, 11.05.2005, <http://fpc.state.gov/documents/organization/46681.pdf> (04.11.2010)

Obama, Barack (2006). „Updates on Darfur, Immigration and Gas Prices – Podcast Transcript“, 27.04.2006, <http://obamaspeeches.com/063-Updates-on-Darfur-Immigration-Gas-Prices-Obama-Podcast.htm> (02.12.2010)

Obama, Barack (2008). „Barack Obama’s Speech on Race“, Transcript, in: The New York Times, 18.03.2008, <http://www.nytimes.com/2008/03/18/us/politics/18text-obama.html> (03.03.2008)

Obama, Barack (2009a). „Inaugural Address“, 20.01.2009, Washington, D.C., <http://people.uncw.edu/bollingerd/Barack%20Obama%20Inaugural%20address.pdf> (02.03.2011)

Obama, Barack (2009b). „Full text of President Obama’s Costa Mesa Town Hall meeting“, in: Los Angeles Times, 18.03.2009, <http://latimesblogs.latimes.com/washington/2009/03/obama-text.html> (02.12.2010)

Obama, Barack (2010). „Remarks by the President on Comprehensive Immigration Reform“, American University School of International Service, Washington, D.C., 01.07.2010, Official transcript released by the White House, The Wall Street Journal Blogs, <http://blogs.wsj.com/washwire/2010/07/01/transcript-of-obamas-immigration-speech/> (02.12.2010)

(OCP 1979). Office of the Chief of Police (1979). „Special Order No. 40“, 27.11.1979 <http://keepstuff.homestead.com/Spec40orig.html> (27.05.2010)

(OMB 1997). Office of Management and Budget (1997). „Revisions to the Standards for the Classification of Federal Data on Race and Ethnicity“, Federal Register Notice, October 30, 1997, <http://www.whitehouse.gov/omb/fedreg/1997standards.html> (21.08.2010)

(OPP 2000). Office of Policy and Planning. U.S. Immigration and Naturalization Service (2000). „Estimates of the Unauthorized Immigrant Population Residing in the United States: 1990 to 2000“, http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/statistics/publications/III_Report_1211.pdf (28.02.2011)

(OPS 2004). Office of the Press Secretary (2004). „President Bush Proposes New Temporary Worker Program. Remarks by the President on Immigration Policy“, 07.01.2004, <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2004/01/20040107-3.html> (27.08.2010)

(OPS 2006). Office of the Press Secretary (2006). „President Bush Addresses the Nation on Immigration Reform“, 15.05.2006, The White House, President George W. Bush, <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/05/20060515-8.html> (02.12.2010)

(Revenue Act of 1913). An Act to reduce tariff duties and to provide revenue for the Government, and for other purposes, H. R. 3321, 03.10.1913, Public Law, Nr. 16, in: Scribd, PL 63-16 Revenue Act of 1913, <http://www.scribd.com/doc/24622976/PL-63-16-Revenue-Act-of-1913> (06.03.2011)

Rogers vs. American Airlines (1981). D.C.N.Y., 1981. Renee Rogers v. American Airlines, Inc. 527 F.Supp. 229, 27 Fair Empl.Prac.Cas (BNA) 694, 27 Empl. Prac. Dec. P 32,260, <http://faculty.law.miami.edu/zfenton/documents/Rogers.pdf> (10.01.2010)

(S. 2611). „Comprehensive Immigration Reform Act of 2006“: 2611, 109th Congress 2005-2006, <http://www.govtrack.us/congress/billtext.xpd?bill=s109-2611> (30.11.2010)

(SCUS 1982). Supreme Court of the United States (1982). „Plyler v. Doe“, 457 U.S. 202, No. 80-1538 Argued: December 1, 1981 --- Decided: June 15, 1982, in: Cornell University Law School, http://www.law.cornell.edu/supct/html/historics/USSC_CR_0457_0202_ZO.html (14.10.2010)

„Secure Fence Act of 2006“, H.R. 6061, 109th Congress 2005-2006, 26. Oktober 2006, Public Law Nr. 109-367, <http://www.govtrack.us/congress/bill.xpd?bill=h109-6061> (01.03.2011)

„Senate Bill 1070“, Support Our Law Enforcement and Safe Neighborhoods Act, State of Arizona, Senate, Forty-ninth Legislature, Second Regular Session 2010, http://www.altoarizona.com/documents/sb1070house_engrossed.pdf (02.03.2011)

(SSO 2009). Social Security Online (2009). „Your Social Security Number And Card“, SSA Publication No. 05-10002, May 2009, ICN 451384, <http://www.ssa.gov/pubs/10002.pdf> (03.11.2010)

„The Miranda Warning“ (1995-2010), in: U.S. Constitution Online, <http://www.usconstitution.net/miranda.html> (25.02.2011)

The White House (2010a). „Get the Facts Straight on Health Reform“, <http://www.whitehouse.gov/healthreform/myths-and-facts#healthcare-menu> (07.11.2010)

The White House (2010b). „THE DREAM ACT: GOOD FOR OUR ECONOMY, GOOD FOR OUR SECURITY, GOOD FOR OUR NATION“, <http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/DREAM-Act-WhiteHouse-FactSheet.pdf> (09.02.2011)

United States Constitution (a). „14th Amendment“, in: Legal Information Institute, Cornell University Law School, <http://topics.law.cornell.edu/constitution/amendmentxiv> (25.02.2011)

United States Constitution (b). „5th Amendment“, in: Legal Information Institute, Cornell University Law School, <http://topics.law.cornell.edu/constitution/billofrights> (25.02.2011)

United States Senate (2007). „U.S. Senate Roll Call Votes 110th Congress – 1st Session“, http://www.senate.gov/legislative/LIS/roll_call_lists/roll_call_vote_cfm.cfm?congress=110&session=1&vote=00394 (09.02.2011)

United States Senate (----). „Conference Committee“, Glossary, http://www.senate.gov/reference/glossary_term/conference_committee.htm (22.02.2011)

(USA Patriot Act). H.R.3162, Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act of 2001, 107th Congress (2001-2002), H.R.3162.ENR, in: The Library of Congress-Thomas, <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/F?c107:1:./temp/~c107QVUAdC:e258114>: (03.03.2011)

(USCA 2006). United States Code Annotated (2006). „Title 8. Aliens and Nationality. Sec. 1611. Aliens who are not qualified, aliens ineligible for Federal public benefits“, in: Law OneCle, <http://law.onecle.com/uscode/8/1611.html> (03.11.2010)

(USCB 2009a). U.S. Census Bureau (2009a). „2009 American Community Survey 1-Year Estimates. Los Angeles County, California. S1603. Characteristics of People by Language Spoken at Home“, U.S. Census Bureau, American FactFinder, http://factfinder.census.gov/servlet/STTable?_bm=y&-qr_name=ACS_2009_1YR_G00_S1603&-geo_id=05000US06037&-context=st&-ds_name=ACS_2009_1YR_G00_&-tree_id=309&-lang=en&-format=&-CONTEXT=st (03.11.2010)

(USCB 2009b). U.S. Census Bureau (2009b). „Los Angeles (city), California“, State & County QuickFacts, <http://quickfacts.census.gov/qfd/states/06/0644000.html> (08.03.2011)

(USCB 2010a). U.S. Census Bureau (2010a). „Population Profile of the United States“, <http://www.census.gov/population/www/pop-profile/natproj.html> (06.08.2010)

(USCB 2010b). U.S. Census Bureau (2010b). „Current Population Survey (CPS)“, <http://www.census.gov/cps/> (19.02.2011)

(USCB 2010c). U.S. Census Bureau (2010c). „2010 Census Questionnaire – Census Bureau“, http://http://www.census.gov/schools/pdf/2010form_info.pdf (12.08.2010)

(USCIS 2010a). U.S. Citizenship and Immigration Services (2010a). „Permanent Resident Alien“, Glossary,

<http://www.uscis.gov/portal/site/uscis/menuitem.5af9bb95919f35e66f614176543f6d1a/?vgnextoid=9a1f95c4f635f010VgnVCM1000000ecd190aRCRD&vgnnextchannel=b328194d3e88d010VgnVCM10000048f3d6a1RCRD> (23.10.2010)

(USCIS 2010b). U.S. Citizenship and Immigration Services (2010b). „Deportable Alien“, Glossary, <http://www.uscis.gov/portal/site/uscis/menuitem.5af9bb95919f35e66f614176543f6d1a/?vgnextoid=a097136d2035f010VgnVCM1000000ecd190aRCRD&vgnnextchannel=b328194d3e88d010VgnVCM10000048f3d6a1RCRD> (23.10.2010)

(USCIS 2010c). U.S. Citizenship and Immigration Services (2010c). „Work Authorization“, Green Card, <http://www.uscis.gov/portal/site/uscis/menuitem.eb1d4c2a3e5b9ac89243c6a7543f6d1a/?vgnextoid=820a0a5659083210VgnVCM100000082ca60aRCRD&vgnnextchannel=820a0a5659083210VgnVCM100000082ca60aRCRD> (25.10.2010)

(USCIS 2010d). U.S. Citizenship and Immigration Services (2010d). „Nonimmigrant“, Glossary, <http://www.uscis.gov/portal/site/uscis/menuitem.5af9bb95919f35e66f614176543f6d1a/?vgnextoid=6ef88fa29935f010VgnVCM1000000ecd190aRCRD&vgnnextchannel=b328194d3e88d010VgnVCM10000048f3d6a1RCRD> (25.10.2010)

(USCIS 2010e). U.S. Citizenship and Immigration Services (2010e). „Green Card Eligibility“, Green Card, <http://www.uscis.gov/portal/site/uscis/menuitem.eb1d4c2a3e5b9ac89243c6a7543f6d1a/?vgnextoid=80f63a4107083210VgnVCM100000082ca60aRCRD&vgnnextchannel=80f63a4107083210VgnVCM100000082ca60aRCRD> (25.10.2010)

(USCIS 2010f). U.S. Citizenship and Immigration Services (2010f). „Deportation“, Glossary, <http://www.uscis.gov/portal/site/uscis/menuitem.5af9bb95919f35e66f614176543f6d1a/?vgnextoid=773895c4f635f010VgnVCM1000000ecd190aRCRD&vgnnextchannel=b328194d3e88d010VgnVCM10000048f3d6a1RCRD> (25.10.2010)

(USCIS 2010g). U.S. Citizenship and Immigration Services (2010g). „Who Is Eligible for Naturalization? A Guide to Naturalization“, <http://www.uscis.gov/files/article/chapter4.pdf> (07.03.2011)

(USIC 1907-1910). United States Immigration Commission (1907-1910). „Brief Statement of the Immigration Commission with conclusions and recommendations and views of the minority (Serial Set Vol. 5865)“, Washington, D.C., USA: Government Printing Office, 1911. <http://site.ebrary.com/lib/stanfordimmigrationdillingham/Doc?id=10006604&ppg=672> (11.08.2010)

U.S. Supreme Court (1954). „Brown vs. Board of Education“, 347 U.S. 483 (1954), Appeal from the United States District of Kansas No. 1., Argued December 9, 1952. Reargued December 8, 1953. Decided May 17, 1954, <http://caselaw.lp.findlaw.com/scripts/getcase.pl?court=US&vol=347&invol=483> (17.03.2011)

Websites

BAMN (2006). „This is the birth of a new civil rights movement“, Presseausendung vom 27.03.2006, <http://www.bamn.com/doc/2006/060327-bncrm.asp> (30.11.2010)

Bayan USA, <http://bayanusa.org/> (18.02.2011)

(CBP 2010). Customs and Border Protection. Securing America's Borders (2010). „Secure Border Initiative (SBI)“, http://www.cbp.gov/xp/cgov/border_security/sbi/ (18.10.2010)

Center for Labor Research and Education, University of California Los Angeles, <http://www.labor.ucla.edu/> (14.01.2011)

Citizens for a Secure America (----). „Secure our Borders now!“,

<http://www.petitiononline.com/karen162/petition.html> (18.10.2010)

Cop Watch L.A., <http://www.copwatchla.org/> (10.05.2010)

Dream Act Portal (2010). „UCLA Phone Banking Event“, in: Dream Act Portal, 16.09.2010, <http://dreamact.info/node/77333> (14.03.2011)

EWIC, <http://www.ewic.org/> (28.02.2011) #Vgl. Fußnote 74#

Farmworker Justice (----). „AgJOBS: The Agricultural Job Opportunities, Benefits and Security Act“, <http://www.fwjjustice.org/what-is-agjobs> (14.03.2011)

Gilchrist, Jim (2008). „Jim Gilchrist's Minutemen Project Official Website“, <http://www.minutemanproject.com/> (27.08.2010)

Hermandad Mexicana Nacional, <http://www.lahermandadmexicananacional.com/> (18.02.2011)

Homies Unidos, <http://homiesunidos.org> (18.02.2011)

Immigrant Solidarity Network (2006). „3/25: Los Angeles: Between Half-million to One Million People Protest against Anti-Immigrant Law!“, <http://www.immigrantsolidarity.org/granmarcha2006.html> (06.12.2010)

Mateo, Lizbeth (2010). „Lizbeth Mateo“, in: „The Dream is Coming“, <http://www.thedreamiscoming.com/2010/05/17/lizbeth-mateo/> (14.03.2010)

MigraWatch, <http://www.migrawatch.org/> (10.05.2010)

Organizing for America (----). „Comprehensive Immigration Reform“, Website von Barack Obama, <http://www.barackobama.com/issues/immigrationreform/index.php> (18.10.2010)

Secure Borders Coalition 2010 (2010). „Declaration opposing amnesty & ‚guest worker‘ proposals“, 11.05.2010, <http://secureborderscoalition.com/> (06.06.2010)

(SCIC 2009) Southern California Immigration Coalition (2009). „Full Legalization for All“, <http://www.immigrationcoalition.org/> (16.10.2010)

UCLA (2011). „Fees, Tuition, and Estimated Student Budget“, Undergraduate Admissions & Relations with Schools, <http://www.admissions.ucla.edu/prospect/budget.htm> (04.02.2011)

UNITED WE DREAM (2010-2011). „DREAM ACT OF 2009 FACTSHEET S. 729 and H.R. 1751“, <http://dreamactivist.org/wp-content/uploads/2008/02/dream-act-of-2009-factsheet.doc> (04.02.2011)

Veterans for Secure Borders (----). „Mr. President: They didn't die for open borders“, <http://www.veteransforsecureborders.us/> (18.10.2010)

Videoclips

Videoclip vom 10.05.2007. „Madeleine Cosman, Mexican predators“, http://www.youtube.com/watch?v=pzdAmu_GffM (07.03.2011)

Videoclip vom 31.05.2007. „Border Fence“, http://www.youtube.com/watch?v=of67SW_r2VU (07.03.2011)

Videoclip vom 04.07.2007. „Dr. Madeleine Cosman – Illegal Aliens and Tuberculosis“, <http://www.youtube.com/watch?v=ahEhcVW7oQ> (07.03.2011)

Videoclip vom 18.05.2010. „Los McCain Cinco“,

http://www.youtube.com/watch?v=9WX2G3W00E8&feature=player_embedded#! (11.02.2010)

Filme (veröffentlichte)

Graham Street Productions; El Grupo Juvenil (2008). „Papers the Movie: Stories of Undocumented Youth“, Film, Los Angeles.

Reyes, Margarita (2010). „An Unfinished Dream“, Film, Los Angeles.

12. Anhang

12.1. Abkürzungsverzeichnis

APCI	Asamblea Popular contra las Injusticias
BAMN	Coalition to Defend Affirmative Action, Integration, and Immigrant Rights and Fight for Equality By Any Means Necessary
CARECEN	Central American Resource Center
CBP	Customs and Border Protection
CCSF	City and County of San Francisco
CHIRLA	Coalition for Humane Immigration Reform, Los Angeles
CIR	Comprehensive Immigration Reform
CIRA	Comprehensive Immigration Reform Act
CLRE	Center for Labor Research and Education
CPS	Current Population Survey
DHS	Department of Homeland Security
DJ	Department of Justice
DREAM Act	Development, Relief and Education for Alien Minors Act
DS	Department of State
DUI	Driving Under the Influence
DVA	Department of Veterans Affairs
EMTALA	Emergency Medical Treatment and Active Labor Act
EWIC	Essential Worker Immigration Coalition
FC	Frente Continental
FTC	Federal Trade Commission
FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional
GAO	Government Accountability Office
GCO	Grassroots Community Organizing
H.R.	House of Representatives
ICE	Immigration and Customs Enforcement
IDEPSCA	Instituto de Educación Popular del Sur de California
IIRIRA	Illegal Immigration Reform and Immigration Responsibility Act
INA	Immigration and Nationality Act
INS	Immigration and Naturalization Service
IRC	Internal Revenue Code
IRCA	Immigration Reform and Control Act

IRS	Internal Revenue Service
IRSUS	Internal Revenue Service United States
ITIN	Individual Taxpayer Identification Number
KIWA	Koreatown Immigrant Workers Alliance
KRC	Korean Resource Center
LAPD	Los Angeles Police Department
MALDEF	Mexican American Legal Defense and Education Fund
NACARA	Nicaraguan Adjustment and Central American Relief Act
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NAKASEC	National Korean American Service & Education Consortium
NCSL	National Conference of State Legislatures
OCP	Office of the Chief of Police
OIG	Office of Inspector General
OM	Office of the Mayor
OMB	Office of Management and Budget
OPP	Office of Policy and Planning
OPS	Office of the Press Secretary
OIS	Office of Immigration Statistics
PD	Police Department
SALEF	Salvadoran American Leadership and Education Fund
SCIC	Southern California Immigration Coalition
SCUS	Supreme Court of the United States
SEIU	Service Employees International Union
SSN	Social Security Number
SSO	Social Security Online
UCLA	University of California Los Angeles
UFW	United Farmworkers
USCA	United States Code Annotated
USCB	U.S. Census Bureau
USCIS	U.S. Citizenship and Immigration Services
USIC	United States Immigration Commission

12.2. Abstracts

Abstract (Deutsch)

„All the things that I struggle, everyday“ – Fragmente migrantischer Widerstände in Los Angeles zwischen Alltag und Selbstorganisation

Das Forschungsinteresse der Dissertation liegt in der Widerständigkeit undokumentierter (illegalisierter) MigrantInnen, die am Beispiel Los Angeles exemplarisch untersucht wird. Im Rahmen von sechs Einzelinterviews und einem Gruppeninterview mit den ProtagonistInnen des Untersuchungsfeldes werden konkrete Ansatzpunkte widerständigen Handelns im alltäglichen Kontext und in der migrantischen Selbstorganisation aufgezeigt.

Die Spezifika des US-amerikanischen Migrationsregimes werden ebenso einer Analyse unterzogen wie die verdichteten Konfliktlinien im Disziplinarraum Los Angeles.

Die Produktivität des Migrationsregimes liegt dabei nicht in einer vermeintlichen Abschottung des US-amerikanischen Staates gegenüber der proklamierten „unkontrollierten“ Einwanderung, sondern in der strategischen Illegalisierung von determinierten Gruppen entlang ökonomischer Bedarfslagen. Doch weil die Gründe zur Migration vielfältig sind und nicht einzig dem Kommando nach Arbeitskräftebedarf folgen, lassen sich auch nicht alle Ankommenden widerstandslos in die Kommodifizierungsapparate einspannen. Vielmehr versuchen sie ihre jeweiligen Lebensentwürfe eigen-sinnig zu realisieren.

Ausgehend von macht-, staats- und rassismustheoretischen Reflexionen konnte die tiefenanalytische Analyse der Interviewberichte innovative und überraschende Handlungsmöglichkeiten offenlegen. Die Erzählenden haben gezeigt, dass sie vielfach Spielräume erschließen und widerständig ausfüllen.

Die Ergebnisse der Interviewauswertung werden in drei Motiven dargestellt: „Entgrenzungen“, „Eigen-Sinnige Subjektkonstitutionen“ und „Widerstand organisieren“ zeigen Überschreitungen und Schwierigkeiten der Überschreitung gleichermaßen an.

Weil diese ebenso wenig als „reine“ Widerstände konzeptualisiert werden können wie sie sich in „reinen“ Herrschaftszuständen entfalten, zeugen die präsentierten Fragmente von der Heterogenität widerständiger Praktiken, ihren Zerfallslinien, Machtasymmetrien und hegemonialen Verstrickungen.

Abstract (English)

„All the things that I struggle, everyday“ – Fragments of migrant resistance in Los Angeles between everyday life and grassroots organizing

The research interest of the thesis lies in the resistance of undocumented (illegalized) migrants which is exemplarily examined in the setting of Los Angeles.

Within the scope of six single interviews and a group interview performed with the protagonists of the research field, the investigation seeks to indicate concrete practices of migrant resistance in the everyday context as well as by certain modes of grassroots organizing.

Both the characteristics of the U.S. migration regime and its specific dimensions in the disciplinary space of Los Angeles are analyzed. During analysis, it becomes clear that the productiveness of the U.S. migration regime does not consist in a putative bulkheading of the state against the „illegal influx“ but in the *strategic illegalization* of determined groups in response to national economic needs.

As individual reasons for migration are diverse, however, and do not follow the command of labor requirements exclusively, not all newcomers can be clamped into the commodification apparatuses without resistance. In fact, they rather try to realize their desires and notions of life in a willful way (*eigen-sinnig*).

Based on power-, state- and racism-theoretical reflexions, the deep-analytic examination of the interview reports discloses innovative and surprising possibilities of action. The interviewees have shown that they identify scopes of action frequently expressing themselves resistant to the hegemonic order in various contexts.

The results of the interview evaluation are presented according to three motives: „Dissolving of boundaries,“ „Willful subject constitutions,“ and „Organized resistance“. Each of the three motives indicates both transgression and difficulties of transgression equally.

Given that the examined practices of resistance can be conceptualized just as little as „pure“ resistance as they are developed under „pure“ domination, the presented fragments testify to the heterogeneity of practices of resistance, to their decay lines, power asymmetries, and hegemonic entanglements.

12.3. Lebenslauf

Dina Yanni

*18.01.1977

Universitäre Bildung

seit März 2008 Doktoratsstudium Politikwissenschaft
November 2004 Magisterstudium Politikwissenschaft (Abschluss mit Auszeichnung)

Akademische Auszeichnungen

Preis für Migrationsforschung 2010, Österreichische Akademie der Wissenschaften
Theodor Körner Preis zur Förderung von Wissenschaft und Kunst 2010

Stipendien

2004 und 2010 Stipendium für kurzfristige, wissenschaftliche Arbeiten im Ausland der Universität Wien

Wissenschaftliche Konferenz mit eigenem Beitrag

Präsentation der Dissertation im Rahmen des Workshops „(Un)Sichtbare Prekäre. Migrantische Subjektivitäten und Selbstorganisation von MigrantInnen innerhalb des europäischen Grenzregimes“, 21., 28. und 29.01.2010, Graduiertenzentrum Fakultät für Sozialwissenschaften

Berufliche Stationen

seit 2009 Mitarbeit bei Projekten zu Migration und Diversität (EIF, UNESCO)
2007 bis 2009 Kulturreferentin, Österreichische UNESCO-Kommission
2007 Projektmitarbeit, United Nations Industrial Development Organization
2007 Projektmitarbeit, The World Bank
2007 Pressemitarbeit, Österreichische Botschaft, Washington, D.C.
2005 bis 2006 Historische Recherche, Allgemeiner Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus

Sprachkenntnisse

Deutsch, Englisch (fließend), Spanisch (gute Kenntnisse), Portugiesisch, Französisch (Grundkenntnisse).

